

# Protokoll

**34. Bundesparteitag  
7./8. Oktober 1986 · Mainz**



Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,  
Bundesgeschäftsstelle,  
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Gesamtherstellung:

Weiss-Druck+Verlag GmbH & Co. KG  
Industriestraße  
5108 Monschau-Imgenbroich  
Telefon 0 24 72 / 82 - 0

Bestell-Nr.: **3909**

**34. Bundesparteitag  
der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands**

**Niederschrift**

**Mainz, 7./8. Oktober 1986**

INHALT	Seite
Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	7
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Beschlußfassung über die Tagesordnung	11
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	14
Wahl der Stimmzählkommission	14
Grußworte	15, 18, 47, 49, 65
Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	22
Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler MdB	119
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger MdB	52
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP	60
Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1984, Einführung: Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep	86
Aussprache zu den Berichten	87
Beratung und Verabschiedung des „Zukunftsmanifestes“ Einführung: Generalsekretär Dr. Heiner Geißler MdB	119, 136
Anträge auf Änderung des Statuts der CDU	106
Sonstige Anträge	111, 116
Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	159

## ANHANG

Beschlußprotokoll	165
Beschlüsse	
Zukunftsmanifest der CDU	173
Sonstige Beschlüsse	180
Foren	
1. Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts	193
2. Neue Chancen in der Arbeit	230
3. Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit	269
Predigten beim Ökumenischen Gottesdienst im Dom zu Mainz am 7. Oktober 1986	
Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann	307
Kirchenpräsident Helmut Spengler	309
Namenverzeichnis	312

**Dienstag, 7. Oktober 1986**

1. Plenarsitzung

Beginn: 10.12 Uhr

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste aus dem In- und Ausland! Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierten aus der Christlich Demokratischen Union! Hiermit eröffne ich den 34. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Mainz. Ich heiÙe Sie alle in dieser großartigen Stadt, in der Rheingoldhalle sehr herzlich willkommen, zu allererst natürlich Sie, die Delegierten und Gastdelegierten der CDU Deutschlands. Sie sind die gewählten Vertreter der über 700 000 Mitglieder unserer großen Volkspartei.

Ich begrüÙe sehr herzlich unsere zahlreichen Gäste, an erster Stelle die Vertreter der Kirchen. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Bischof Dr. Karl Lehmann, und bei Ihnen, Herr Kirchenpräsident Helmut Spengler, dafür, daß Sie mit uns gemeinsam den ökumenischen Gottesdienst im Dom zu Speyer begangen haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie sehen: Die Heimatgefühle schlagen durch. Es war der tausendjährige Dom zu Mainz.

Meine Damen und Herren, wer in diesem ökumenischen Gottesdienst dabei war, wird — wie ich — verspürt haben, was es heißt, sich zu Beginn eines solchen Parteitages in Betrachtung, im Gebet und in der Zuwendung zum Wort Gottes auf diesen Tag auszurichten, und er wird auch verspürt haben, wie uns dieser über tausend Jahre alte Dom den Geist der Geschichte vermittelt hat, auch die Herausforderung der Geschichte. Ich darf Ihnen, Herr Kirchenpräsident, und Ihnen, Herr Bischof, und allen, die dazu beigetragen haben, für diese Stunde sehr, sehr herzlich danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns über die Anwesenheit zahlreicher Vertreter ausländischer Missionen. Ich begrüÙe ganz besonders herzlich unsere Freunde aus der Christlich Demokratischen Internationale. Wir danken Ihnen für Ihre Solidarität und Unterstützung, und wir versichern Ihnen: Wir werden es auch von unserer Seite aus in Zukunft nicht an Solidarität Ihnen gegenüber fehlen lassen.

BegrüÙen möchte ich herzlich auch die etwa tausend Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen hier auf diesem Bundesparteitag.

(Beifall)

Der Beifall bezeugt Ihnen: Sie sind uns herzlich willkommen. Ich weiß, daß auf diesem Parteitag — wie auf allen Parteitagen — viel Betrieb herrscht. Ich hoffe, daß Sie hier dennoch gute Arbeitsbedingungen finden.

Sehr herzlich danken will ich der Stadt Mainz für ihre Gastfreundschaft.

(Beifall)

Ich freue mich, daß ich Herrn Oberbürgermeister Dr. Jockel Fuchs als Repräsentant dieser Stadt herzlich begrüßen darf.

(Beifall)

Viele Freunde und auch ich persönlich, fühlen uns dieser Stadt ganz besonders verbunden. Ich darf Sie, Herr Oberbürgermeister, bitten, unseren Dank auch an alle Ihre Mitarbeiter zu übermitteln, die für diese so gastliche und freundschaftliche Aufnahme gesorgt haben.

Liebe Freunde, ein sehr herzliches Wort des Grußes darf ich an alle Bürgerinnen und Bürger des Bundeslandes Rheinland-Pfalz richten, in dem wir heute Gast sind. Für alle begrüße ich sehr herzlich den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, unseren Freund Bernhard Vogel.

(Beifall)

Wir haben uns für die nächste Zeit viel vorgenommen. Dazu gehört auch die Landtagswahl am 17. Mai nächsten Jahres. Ich werde gemeinsam mit den Freunden aus der Parteiführung der CDU Deutschlands und mit Bernhard Vogel und den Freunden in Rheinland-Pfalz um jede Stimme kämpfen für den Wahlsieg in diesem Bundesland.

(Beifall)

Liebe Freunde, in etwa fünf Wochen wählen die Hamburger ihre Bürgerschaft. Wir alle wissen: Das ist für uns kein Heimspiel. Aber Hamburg braucht frischen Wind und deshalb einen Wechsel.

(Beifall)

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch in Hamburg alle in der Führung der Partei und ich selbst uns gemeinsam mit Hartmut Perschau und allen unseren Freunden für ein großartiges Ergebnis engagieren werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, wir wollen uns heute und morgen hier auf dem Mainzer Bundesparteitag gemeinsam zu Diskussionen zusammenfinden, um über die Zukunftschancen unseres Landes nachzudenken und uns zugleich auch — das ist das Ziel dieser Mainzer Tage — auf die Bundestagswahl im kommenden Januar einstimmen. Wir wissen wohl, daß wir eine gute Ausgangsposition haben. Aber, liebe Freunde, es gibt nicht den geringsten Grund zum Übermut. Wir brauchen jede Stimme, und wir kämpfen um jede Stimme. Heute gilt unverändert der Satz Konrad Adenauers, daß Wahlkampf Kampf heißt. Und kämpfen heißt, daß jeder von uns an seinem Platz seine Pflicht tut.

(Beifall)

Diese Auseinandersetzung wird ganz gewiß nicht einfach werden, und gewonnen ist eine Wahl erst am Wahltag um 18 Uhr und keine Minute zuvor. Auch das muß jeder bedenken.

(Beifall)

Es kommt also darauf an, daß alle in der Partei zueinanderstehen, jeder jedem hilft, denn es geht um die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes.

Liebe Freunde, einer guten und großen Tradition unserer Parteitage folgend, will ich jetzt unserer Freunde gedenken, die seit unserem letzten Parteitag verstorben sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Ich will einige wenige Namen nennen, die für viele stehen und die uns daran erinnern, daß wir gerade in den letzten Monaten schmerzliche Verluste beklagen mußten.

Ich nenne Eugen Gerstenmaier, geboren am 25. August 1906, gestorben am 13. März 1986. Nach Verweigerung der Professur durch die nationalsozialistische Bewegung war er seit 1938 im Kirchlichen Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche in Berlin tätig. Er war Angehöriger des Kreisauer Kreises. Wegen seines Widerstandes gegen den Nationalsozialismus wurde er nach dem 20. Juli 1944 zu Zuchthaus verurteilt. Er war von 1945 bis 1951 Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, und er gehörte dem Deutschen Bundestag von 1949 bis 1969 an, seit 1954 als Präsident des Deutschen Bundestages. Über Jahrzehnte hindurch war er Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands. Er kam aus dem Widerstand gegen die Nazidiktatur. Er förderte wie wenige das Miteinander von katholischen und evangelischen Christen in der Union. Er war einer der ganz Großen aus der Gründergeneration unserer Republik, und er wurde zu einer der prägenden Gestalten unserer Partei.

Ich erinnere an Dr. Alois Mertes, geboren am 29. Oktober 1921, gestorben am 16. Juni 1985. Er war nach seiner Zeit als Soldat im Krieg in vielfältigen Funktionen im Auswärtigen Dienst tätig. Er war Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, dort Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik unserer Bundestagsfraktion, seit 1982 Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Ich erinnere an Bruno Brandes, geboren am 27. März 1910, gestorben am 20. Juni 1985. Er war einer aus der Kriegsgeneration, der nach dem Krieg beim Aufbau unserer Republik mithalf. Er war von 1956 bis 1968 Bürgermeister der Stadt Holzminden, seit 1981 Landrat des Landkreises Holzminden, seit 1963 Mitglied des Landtags von Niedersachsen. Dort war er zwölf Jahre Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Er war von 1982 bis 1985 Präsident des Landtages.

Ich erinnere an Dr. Werner Marx, geboren am 15. November 1924, gestorben am 12. Juli 1985. Er war viele Jahre hier in Rheinland-Pfalz tätig und dann im Bundesministerium der Verteidigung. Seit 1965 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1980 bis 1982 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und seit 1982 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Ich erinnere an Werner Scherer, geboren am 30. April 1928, gestorben am 27. Oktober 1985. Er war 30 Jahre lang Mitglied des Landtags des Saarlandes, von 1965 bis 1977 Kultusminister, von 1981 bis 1984 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, von 1984 bis 1985 Innenminister des Saarlandes. Er war Landesvorsitzender der CDU Saar und langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands.

Ich erinnere an Dr. Helga Wex, geboren am 5. Juli 1924, gestorben am 9. Januar

1986. Sie war nach dem Krieg von 1961 bis 1973 Stadtverordnete in Mülheim an der Ruhr. 16 Jahre lang gehörte sie als Mitglied dem Bundesvorstand der CDU an, davon acht Jahre als stellvertretende Bundesvorsitzende. Helga Wex war Mitglied des Deutschen Bundestages während 16 Jahren, seit 1972 auch als stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie leitete die Frauenvereinigung der CDU Deutschlands seit 1971.

Ich erinnere an Dr. Franz-Josef Wuermeling, geboren am 8. November 1900, gestorben am 7. März 1986. Er war vor 1933 im preußischen Innenministerium tätig und wurde dann von den Nationalsozialisten des Dienstes verwiesen. Er war Mitbegründer der CDU in Rheinland-Pfalz und der CDU Deutschlands. Er gehörte dem Landtag in Rheinland-Pfalz an. Von 1949 bis 1969 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1953 bis 1962 war er Bundesminister für Familien- und Jugendfragen. Fast 20 Jahre lang war er Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands.

Ich nenne Dr. Kurt Sieveking, geboren am 21. Januar 1897, gestorben am 16. März 1986. Er war nach dem Krieg Senatssyndikus in Hamburg, dann deutscher Botschafter in Schweden und von 1953 bis 1957 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

Liebe Freunde, wir wollen den Heimgegangenen ein stilles Gebet widmen. — Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, dies ist nach Köln, Stuttgart und Essen unser 4. Bundesparteitag als die führende Regierungspartei in den 80er Jahren. Wir alle dürfen nie vergessen, daß wir diese Position dem Vertrauen unserer Mitbürger verdanken.

Auch auf diesem Mainzer Parteitag wollen wir mit überzeugender, mit guter Arbeit um Vertrauen werben. Ich denke dabei ganz besonders an das Zukunftsmanifest, über das wir morgen beraten wollen. Hier geht es nicht um irgendeine Konkurrenz zum Wahlprogramm für die nächste Legislaturperiode, sondern um einen wichtigen Diskussionsbeitrag unserer Partei zur Gestaltung der 90er Jahre.

Anregungen und Ideen erwarten wir vor allem auch von der Arbeit in den drei Parteitagforen, die sich morgen gerade mittel- und langfristigen Zukunftsperspektiven widmen werden. Dabei werden wir uns hier in Mainz vor allem auf die innenpolitischen Herausforderungen der Zukunft konzentrieren. „CDU — Die Zukunft“: Das ist so, und dieser Parteitag wird es von neuem beweisen.

Die Sozialdemokraten blicken zurück. Wir schauen nach vorne. Das ist der Ausgangspunkt dieser Bundestagswahl, und so wird es auch ganz gewiß bleiben.

Ich rufe Sie alle, liebe Freunde, zum engagierten Einsatz für unsere Sache, für unsere Partei und für unseren Wahlsieg auf. Und darum geht es in diesen Tagen in Mainz.

Meine Damen und Herren, ich darf dann die Tagesordnung, die Ihnen allen vorliegt, aufrufen.

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

### WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

In Ihren Unterlagen befindet sich die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 2: Wahl des Tagungspräsidiums. Der Bundesvorstand hat Ihnen eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Wird zu dieser Vorlage das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Werden weitere, andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Vorlage zum Tagesordnungspunkt 2 — Wahl des Tagungspräsidiums — seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Dann ist das so beschlossen.

Ich darf dann den Tagungspräsidenten Dr. Bernhard Vogel bitten, die Geschäfte zu übernehmen.

(Beifall)

**Dr. Bernhard Vogel**, Tagungspräsidium (mit Beifall begrüßt):

Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren Delegierte! Verehrte Gäste! Das Tagungspräsidium bedankt sich für das Vertrauen, das die Delegierten ihm entgegengebracht haben. Wir wollen versuchen, es zu rechtfertigen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

### BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die Tagesordnung des 34. Bundesparteitages ist Ihnen schriftlich zugegangen und liegt Ihren Unterlagen bei. Ich darf den um das Handzeichen bitten, der dieser Tagesordnung zustimmen möchte. — Wer möchte dagegen stimmen? — Wer möchte sich enthalten? — Dann stelle ich fest, daß die Tagesordnung des 34. Bundesparteitages damit beschlossen ist.

Ich darf eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Wir müssen für die Einreichung von Initiativanträgen Fristen festlegen. Initiativanträge müssen von 30 stimmberechtigten Delegierten unterschrieben sein. Ich schlage Ihnen vor, für alle Anträge, die zum Zukunftsmanifest gestellt werden—das ist Antrag A 1, der sich in Ihren Unterlagen befindet, als Frist morgen, Mittwoch, 10.30 Uhr, festzulegen. Für alle Anträge, die sich nicht auf das Zukunftsmanifest beziehen — das sind die Anträge zu TOP 14, Anträge auf Änderung des Statuts und Anträge zu Punkt 15 der Tagesordnung, das sind die sonstigen Anträge, schlage ich Ihnen als Frist heute, 13.00 Uhr, vor. Ich darf fragen, ob es dazu Wortmeldungen gibt. Dann stelle ich fest, daß diese Fristen morgen, 10.30 Uhr, für das Zukunftsmanifest, und heute, 13.00 Uhr, für alle anderen Anträge beschlossen sind.

Meine Damen und Herren, die Initiativanträge, die Sie stellen können, werden mit dem elektronischen Textverarbeitungssystem bearbeitet und abgewickelt. Deswegen benutzen Sie bitte entsprechende Vordrucke, die im Tagungsbüro zu erhalten sind. Dort W werden die Anträge für die Antragsteller geschrieben und dann unmittelbar in die Textverarbeitung eingegeben. Nach Unterschrift von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten sind die Anträge bei dem Tagungspräsidium hier oben abzugeben.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt noch einmal die zum 34. Bundesparteitag der CDU so zahlreich erschienenen Gäste sehr herzlich willkommen heißen.

Ich begrüße vor allem die Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften.

(Beifall)

Ich begrüße alle Repräsentanten von Institutionen, Organisationen und Verbänden in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Ich begrüße die Repräsentanten der diplomatischen Missionen und anderen Vertretungen, und ich freue mich vor allem über die Anwesenheit zahlreicher Botschafter. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter vieler internationaler Organisationen.

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich unsere Freunde aus der CSU, deren Vorsitzender Franz Josef Strauß heute nachmittag zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter unserer ausländischen Schwesterparteien, die als Gäste an unserem Bundesparteitag teilnehmen werden. Ich heiße für alle Dr. Alois Mock, den Bundesparteiobmann der ÖVP und den Vorsitzenden der EDU und IDU, besonders herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich Minister Jean Spautz, den Vorsitzenden der Christlich Sozialen Volkspartei Luxemburgs und stellvertretenden Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei.

(Beifall)

Der Herr Bundesvorsitzende hat schon die außerordentlich zahlreichen Vertreter der nationalen und internationalen Presse, der tönenden und der schreibenden Kunst, begrüßt. Das Tagungspräsidium schließt sich diesen Grüßen an 952 erschienene Pressevertreter ausdrücklich an.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, jedermann wird verstehen, daß bei der Vielzahl der Ehrengäste eine namentliche Begrüßung unmöglich ist. Sie finden in Ihren Tagungsunterlagen eine Liste, in der alle unsere Ehrengäste namentlich aufgeführt sind. Abweichen möchte ich nur hinsichtlich der Begrüßung von Herrn Kirchenpräsident Spengler und Herrn Prof. Dr. Dr. Lehmann. Dem Dank für die Predigten möchte ich

die Anregung hinzufügen, daß diese beiden Predigten in den Protokollband dieses Parteitagés aufgenommen werden.

(Beifall)

Angesichts des Mainzer Doms, über den so vieles gesagt worden ist, lassen Sie mich darauf verweisen: Bischof von Mainz war auch Wilhelm Emanuel von Ketteler, der in diesem Dom beerdigt ist und der vor 175 Jahren — 1811 — geboren worden ist. Er und nicht der sieben Jahre später in Trier geborene Karl Marx ist in der Bundesrepublik Deutschland zum Symbol sozialer Gerechtigkeit und sozialer Mitverantwortung geworden.

(Beifall)

Ich danke dem soeben neuernannten Domdekan, Herrn Weihbischof Wolfgang Rolly, für seinen Willkommensgruß und dem Prälaten Seidel und Herrn Kirchenrat Kentmann für die liturgische Vorbereitung des Gottesdienstes. Ich danke den Lektorinnen und Lektoren, und ich danke Herrn Schönberger, der uns heute morgen die Orgelbeiträge dargeboten hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine weitere Ausnahme hinsichtlich der Begrüßung scheint mir gerechtfertigt. Ich begrüße ganz herzlich Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nur wenige können ermessen, was diese Frau für die Bundesrepublik Deutschland tut. Den Dank, der ihr dafür gebührt, wollen wir ihr abstaten, indem wir ihre Initiative zur Hilfe für die ZNS-Geschädigten in jeder nur denkbaren Weise unterstützen, denn sie hilft uns damit, Gutes für andere zu tun. Verehrte Frau Kohl, wir wollen Sie in dieser Arbeit mit Nachdruck unterstützen, und als ein kleines Zeichen unseres Dankes wird Ihnen im Auftrag des Tagungspräsidiums jetzt ein Blumenstrauß überreicht werden.

(Beifall)

Viele, die gerne gekommen wären, sind durch Krankheit oder Alter oder aus anderen Gründen am Kommen verhindert. Wir können ihre Grüße hier nicht vortragen. Aber den Brief eines Mannes möchte ich gerade hier in Mainz gerne verlesen.

Es ist der Brief des Ehrenvorsitzenden der CDU, des Altkanzlers Kurt Georg Kiesinger, den er an Helmut Kohl geschrieben hat. Ich darf ihn Ihnen zur Kenntnis bringen:

Lieber Herr Kohl,

zu meinem großen Bedauern wird es mir wegen einer eben überstandenen Krankheit nicht möglich sein, am Bundesparteitag der CDU teilzunehmen.

Nur wer von Beginn an durch unser Jahrhundert gewandert ist, vermag die geschichtliche Leistung der Christlich Demokratischen Union einzuschätzen.

Die erste Hälfte meines Lebens war von schrecklichen Katastrophen erfüllt: der Erste Weltkrieg und der Untergang des Kaiserreiches; der Zusammenbruch der Weimarer Republik; die Nationalsozialistische Diktatur und der von ihr heraufbeschworene Zweite Weltkrieg. Viele Millionen von Toten und ungeheures Masseneleid — eine furchtbare Bilanz!

Welch unvergleichlich anderes Bild in meiner zweiten Lebenshälfte! Ein beständiger wirtschaftlicher, sozialer und politischer Aufstieg in Freiheit und Frieden unter der politischen Führung der CDU in den entscheidenden Phasen.

Unsere CDU darf auf ihr vollbrachtes großes Werk stolz sein, und sie kann mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Sie hat das Vertrauen unseres Volkes erworben und verdient.

Ich wünsche Ihnen, lieber Bundeskanzler, und unserer Christlich Demokratischen Union einen großen Sieg bei der kommenden Bundestagswahl und grüße Sie und die Delegierten des Parteitag herzlich.

Ihr K. G. Kiesinger.

(Beifall)

Wir dürfen ein Telegramm von hier an Kurt Georg Kiesinger schicken und ihm die Grüße des Parteitags, die Grüße der Delegierten übermitteln.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin den Präsidenten der evangelischen Kirche und den Bischof der katholischen Kirche begrüßt, weil sie heute früh mit uns den Gottesdienst gefeiert haben. Ich füge einen ausdrücklichen Gruß an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, an Werner Nachmann, hinzu. Ich danke ihm ganz besonders, daß er heute hier bei diesem Parteitag unter uns ist.

(Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, ein paar Bemerkungen zum technischen Geschäft.

Ich muß TAGESORDNUNGSPUNKT 4 aufrufen:

#### BESTÄTIGUNG DER VOM BUNDESVORSTAND EINGESETZTEN ANTRAGSKOMMISSION

Sie finden in den Tagungsunterlagen die Aufstellung der vom Bundesvorstand bestellten Kommission. Werden Ergänzungsvorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

#### WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Der Vorschlag des Bundesvorstands für die nach § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu wählenden Stimmzählkommission liegt Ihnen vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, dann bitte ich um Ihr Zeichen mit der Stimmkarte. — Wer

möchte dagegen stimmen? — Wer möchte sich enthalten? — Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

### GRUSSWORTE

Zu einem Grußwort erteile ich das Wort für die gastgebende Stadt Mainz Herrn Oberbürgermeister Jockel Fuchs.

**Jockel Fuchs** (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Hochverehrte Gäste! Liebe Delegierte des Bundesparteitag des CDU! Ich freue mich sehr, daß ich Ihnen Grüße von Rat und Verwaltung der Stadt Mainz überbringen darf. Wir wissen, daß Parteitage wichtige Meilensteine im Wirken unserer demokratischen Parteien sind.

Dieser Parteitag findet in einer Vorwahlkampfzeit statt. Deshalb ist alles auf Kampf eingestellt. Das ist ganz natürlich. Denn es ist Ziel der demokratischen Parteien, politische Macht auszuüben. Das kann man nur, wenn man Wahlen gewinnt. Insofern sind solche Parteitage auf Kampf eingestellt.

Deshalb ist es für mich als OB, der Fuchs heißt — Füchse sind hier in unserer Gegend landläufig rot —, ein bißchen schwierig, objektive Grußworte zu sprechen. Aber ich werde mich anstrengen.

(Vereinzelt Beifall)

Daß Füchse ein bißchen rot sind, ist klar. Bei Vögeln kann das schon anders sein. Die haben unterschiedliches Gefieder. Trotzdem verstehen wir uns in Mainz ganz gut.

(Beifall)

Die Stadt Mainz hat eine große Tradition, auch als Tagungsort der Vorläufer der modernen Parteien. Am 11. Mai 1848 wurde in Mainz der erste deutsche Arbeiterbildungsverein gegründet. Im gleichen Jahr fand zum erstenmal ein Gesamttreffen der Arbeiterbildungsvereine statt. Wir wissen, daß diese Arbeiterbildungsvereine von großer Bedeutung für die spätere Arbeiterbewegung waren.

Vom 3. bis 6. Oktober 1848 hat der erste Deutsche Katholikentag in Mainz stattgefunden. Ich unterstreiche das, was Herr Ministerpräsident Dr. Vogel gesagt hat: 1848 und in den folgenden Jahren hat der große Bischof Ketteler hier gewirkt, der große Sozialbischof, der viele Weichen auf dem Weg in eine bessere, sozialere Zukunft gestellt hat.

Andere Namen jener Jahre sind Ludwig Bamberger oder Karl Wallau, der spätere Mainzer Oberbürgermeister.

Mainz hat im Mittelalter bis zur Auflösung des Reiches politisch und kulturell eine große Rolle gespielt. Nach 1815 ist Mainz in den Schatten der Geschichte zurückgetreten, als Bundesfestung, als Reichsfestung und als Provinzstadt von Hessen-Darmstadt.

Wir in Mainz sind auf unsere große Tradition stolz. Auch ich bin der Meinung, man muß seine Geschichte kennen, um die Probleme und Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft richtig einschätzen zu können.

(Beifall)

Ohne dieses Bekenntnis zur Tradition ist eine solche Stadt gar nicht denkbar. Ein Name wie Bonifatius, unser tausendjähriger Mainzer Dom, 500 Jahre Mainzer Universität seien nur stellvertretend für diese Geschichte genannt.

1945 ist Mainz fast völlig zerstört worden. Zudem wurde Mainz damals durch eine Grenze, die im Rhein gezogen worden ist, getrennt. Das ist das Thema AKK. Es war für Mainz eine doppelte Strafe, einmal die Zerstörung, und auf der anderen Seite hat man uns die Hälfte unseres Stadtgebietes durch einen Willkürakt eines damaligen Besatzungsoffiziers abgenommen.

Ich möchte mich heute bei der CDU-Bundestagsfraktion dafür bedanken, daß sie bereit ist, das Anliegen der Stadt Mainz zu unterstützen, eine Korrektur vorzunehmen und Unrecht zu beseitigen, das der Stadt Mainz zugefügt worden ist.

(Beifall)

Mainz hat nach der Zerstörung zugepackt. Ich bin stolz darauf, daß im Mainzer Rathaus die großen Parteien bis heute sachlich zusammenarbeiten und daß sie die politische Führungsspitze der Stadt in den letzten vierzig Jahren immer gemeinsam stellen konnten, ganz gleich, wie im einzelnen die Zusammensetzung des Stadtrats war. Ich hoffe, daß das auch in Zukunft möglich sein wird.

Wir sind heute Landeshauptstadt. Wir sind Medienstadt: ausgehend von Johannes Gutenberg, über das Zweite Deutsche Fernsehen, den Südwestfunk zu SAT 1. Mainz ist auch Sitz des größten Computerwerks Europas. Wenn Sie einmal Zeit haben, besuchen Sie eine unserer ältesten Kirchen, St. Stephan; sie hat wunderschöne Chagall-Fenster. Dies ist das einzige Werk, das Chagall in Deutschland gestaltet hat. Darauf sind wir ein wenig stolz.

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie einen Eindruck von dem Mainz von heute haben wollen, dann gehen Sie einmal ein wenig in unsere Altstadt. Sie erleben dort die Mainzer Art zu leben, wie wir sagen:

leben und leben lassen. Viele alte Bekannte, die heute auf diesem CDU-Parteitag sind, kennen diese Atmosphäre, die Mainz in besonderer Weise auszeichnet, aus vielen Jahren Mainzer Tätigkeit, zum Beispiel so alte Streiter wie Dr. Geißler und natürlich erst recht Bundeskanzler Dr. Kohl, der viele Jahre hier in Mainz gewirkt hat.

(Beifall)

Wir haben viele Jahre hier im Mainzer Landtag miteinander politisch gestritten und gerungen, ich damals als Oppositionsführer und er dann als Ministerpräsident.

Wir haben damals zwei große Dinge auf den Weg gebracht, die für Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung sind, und das geschah jeweils in einem vernünftigen Zusammenwirken. Das eine war die Schulreform, die Beseitigung der staatlichen Konfessionsschulen und die Beseitigung der Zwergschulen. Dann waren wir eines der ersten Bundesländer, die eine Gebiets- und Funktionalreform durchgeführt haben.

Das war nur durch dieses Zusammenwirken möglich, und darauf bin ich heute noch ein wenig stolz. Nur hat mich damals geärgert, daß Dr. Kohl hinterher die Wahl gewonnen hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Man konnte damals — auch das sage ich auf meine Weise — nach getaner politischer Arbeit auch noch ein Gläschen Wein zusammen trinken. Ich sage das ganz bewußt. Ich hoffe, daß, wenn der Pulverdampf des Wahlkampfes verraucht ist, meine Damen und Herren, die Demokraten — und wir brauchen die Demokraten in unserer parlamentarischen Demokratie —

(Beifall)

auch noch in der Lage sein werden, miteinander menschlich umzugehen, menschlich miteinander zu sprechen oder auch von mir aus ein Glas Bier in Bayern und ein Glas Wein in Mainz zu trinken.

(Beifall)

Die Weinlese ist in vollem Gange. Das ist, wie die Fachleute wissen, eine besonders schöne Zeit hier am Rhein. Es gibt in diesem Jahr wiederum einen guten Weinjahrgang. Der Federweiße schmeckt bereits, den können Sie auch in unseren Mainzer Weinstuben probieren. Der junge Wein rumort bereits in den Fässern.

Ob 1987 auch ein guter Weinjahrgang werden wird, kann man natürlich heute schwer voraussagen. Es kommt auf den Geschmack des einzelnen an, je nachdem, ob er gerne Riesling oder einen Spätburgunder trinkt. Normalerweise kann man erst im Juni, Juli erkennen, wie ein Weinjahrgang wird. Im Jahre 1987 wird diese alte Winzerregel durchbrochen. Wir werden schon im Januar 1987 wissen, wie der Jahrgang 1987 sein wird.

(Heiterkeit und Beifall — Zuruf: Ein guter!)

Es ist in jedem Fall ein guter; das ist ganz klar.

Meine Damen und Herren, vergessen wir bei aller Politik nicht das menschliche Miteinander, das Entspanntsein und den Alltag. Ich hoffe, daß Sie in Mainz das Gespür bekommen, daß die Mainzer gastfreundliche Bürger sind. In diesem Sinne wünsche ich mir, daß Sie Mainz in guter Erinnerung behalten und daß Ihr Parteitag den Verlauf nimmt, den Sie sich selbst wünschen. — Vielen Dank.

(Beifall)

**Johannes Gerster**, Tagungspräsidium: Herr Oberbürgermeister Fuchs, der Parteitag dankt Ihnen für Ihr freundliches Grußwort. Wir danken Ihnen zugleich für die Hilfe der Stadt Mainz bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitages. Wir danken Ihnen stellvertretend für die Mainzer Bürgerschaft für den freundlichen Empfang dieses Parteitages und seiner Delegierten hier in Mainz. — Herzlichen Dank.

(Beifall)

Sie haben die längst überfällige Rückgliederung der rechtsrheinischen Mainzer Vororte angesprochen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat, wie Sie wissen, diese Grundgesetzänderung eingebracht. Sie wird — mit der tatkräftigen Unterstützung unseres Fraktionsvorsitzenden Dr. Dregger — im November zur Abstimmung kommen. Wenn Ihre Parteifreunde, die wir zur Zweidrittelmehrheit benötigen, mitstimmen, wird dieses längst fällige Problem im Sinne von Mainz gelöst werden.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren! Mainz ist die Stadt der Lebensfreude und des Optimismus. Ich bin sicher, Herr Oberbürgermeister, wir werden diese Grundhaltung der Mainzer mitnehmen in die Gestaltung der Politik der nächsten Jahre, in die Gestaltung einer guten Zukunft.

Zu einem weiteren Grußwort erteile ich nun das Wort dem Landesvorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel.

**Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel**, Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz: Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren Delegierte des 34. Bundesparteitages der CDU! Liebe Freunde! Es sprach der „rote Fuchs“; da war kein Zweifel, und jetzt spricht der „schwarze Vogel“ damit auch da kein Zweifel ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Beide, Herr Fuchs und ich, bemühen sich, gute Demokraten zu sein und gut zusammenzuarbeiten. Ich bin ihm dafür sehr dankbar.

Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, einen guten Aufenthalt in Rheinland-Pfalz und uns einen erfolgreichen Parteitag. Ich begrüße Sie alle. Aber ganz besonders begrüße ich zwei Delegierte dieses Parteitages. Ich begrüße die Delegierten Helmut Kohl und Heiner Geißler.

(Beifall)

Ich begrüße den Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, und den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Heiner Geißler. Beide sind Delegierte des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, und beide führen die Liste zur Bundestagswahl unseres Landes an. Das zeigt, meine Freunde, die starke Verbundenheit der CDU von Rheinland-Pfalz mit der Bundespartei. Wir sagen das mit ein wenig Stolz, aber wir sagen es ausdrücklich auch mit der Verpflichtung, in besonderem Maße Solidarität gegenüber der Gesamtpartei zu üben.

Schon einmal fand ein Bundesparteitag der CDU in Mainz, in dieser Halle hier, statt, nämlich im November 1969. Wir hatten zuvor zwar nicht die Bundestagswahl, wohl aber die Regierung verloren. Es war der Beginn eines schweren und langen Weges für die Union.

1978 war die Union zum zweiten Mal mit einem Bundesparteitag in unserem Lande zu Gast. Im Oktober 1978 haben wir in Ludwigshafen, der Heimatstadt unseres Bundesvorsitzenden, das Grundsatzprogramm der CDU beschlossen und damit das Fundament für unsere heutige Arbeit gelegt.

Vor vier Jahren, am 1. Oktober 1982, ist Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt

worden. In diesen vier Jahren haben wir viel erreicht; mehr, meine Freunde, als wir vor den Wahlen versprochen hatten.

Ich meine, die Bilanz, die wir ziehen können, ist gut. Aber die Wähler fragen nicht nur nach der Bilanz, sondern sie fragen vor allem nach unseren Antworten auf die Fragen von heute und morgen. Deswegen ist mein Wunsch für diesen Parteitag, daß wir Profil zeigen, daß unsere Antworten klar und eindeutig sind und daß wir uns auf die Auseinandersetzungen der nächsten vier Monate vorbereiten.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen, daß die Koalition aus CDU/CSU und FDP ihre Arbeit fortsetzen kann. Wir wollen, daß Helmut Kohl der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland auch für die Zukunft ist. Das ist unser Ziel.

(Beifall)

Meine lieben Freunde: Fortsetzung der Koalition, Helmut Kohl Bundeskanzler, das ist die entscheidende Aufgabe. Und demgegenüber sind alle anderen Fragen, personelle und sachliche, so interessant sie auch sein mögen, zweitrangig. Es kommt in erster Linie darauf an, daß die Regierung weiterarbeiten und daß Helmut Kohl Bundeskanzler bleiben kann.

(Beifall)

Die Union, die ja ein relativ schwieriges Seelenkostüm zu tragen pflegt, ist in guter Verfassung. Wir spüren es, man spürt es hier: Unsere Mitglieder sind guter Stimmung. Und in der Tat, meine Freunde, Optimismus und Siegeszuversicht sind angebracht. Aber niemandem wird etwas geschenkt. Siege müssen erkämpft werden, nur dann werden sie auch errungen.

(Beifall)

Meine Freunde, die Wähler draußen müssen spüren, daß wir entschlossen sind, zu kämpfen, daß wir uns anstrengen, daß wir uns um die Zukunft bemühen. Stimmung ist wichtig, aber Stimmen sind wichtiger.

(Beifall)

Gewonnen wird diese Wahl nicht durch eine Umfrage, gewonnen wird sie nicht am 7. Oktober 1986, sondern am 25. Januar 1987. Fleiß und Beharrlichkeit, Überzeugungskraft und Phantasie sind erforderlich. Nur wenn wir den Sieg erkämpfen, werden wir den Sieg auch erringen, meine Freunde.

(Beifall)

Wir Rheinland-Pfälzer werden wie wir alle mit ganzer Kraft für die Bundestagswahl kämpfen. Aber, meine Freunde, damit wir die großen vor uns liegenden Aufgaben bewältigen können, brauchen wir nicht nur die Mehrheit im Bundestag; wir brauchen auch eine Mehrheit der unionsgeführten Länder im Bundesrat. Am Sonntag wählt Bayern. Im November wählt Hamburg. Am 17. Mai 1987 wählt Rheinland-Pfalz. Im Herbst 1987 folgt Schleswig-Holstein.

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sind für diese Mehrheit im Bundesrat wichtig. Deswegen bitte ich Sie alle heute, uns zu helfen, daß wir auch unsere Wahlen siegreich bestehen.

(Beifall)

Was Rheinland-Pfalz betrifft: Die Union führt dieses Land seit 40 Jahren. Meine Freunde, das ist in der Union in Deutschland ohne Beispiel. Nicht einmal die Bayern haben das geschafft. Wir Rheinland-Pfälzer bereiten uns auf das fünfte Jahrzehnt der Führungsverantwortung vor, und wir sind guten Mutes, daß uns diese Führungsverantwortung wieder übertragen wird; denn wir haben eine hervorragende Bilanz, wir haben ein überzeugendes Programm für die Zukunft und wir haben die bessere personelle Alternative.

Bei der Landtagswahl geht es um die Mehrheit im Landtag, um die Mehrheit im Bundesrat, um viele landespolitische Aufgaben. Aber, meine Freunde, es geht für die ganze Bundesrepublik auch darum, deutlich zu machen, daß die rund 160.000 Amerikaner und die rund 25.000 Franzosen, die in Rheinland-Pfalz Dienst tun, für unsere gemeinsame Freiheit hier stationiert sind.

(Beifall)

Wir, meine Freunde, werden nicht zulassen, daß Feindseligkeit gegenüber unserem stärksten Verbündeten, gegenüber unseren amerikanischen Freunden, aufkommt, nur weil kurzfristige Wahltaktik oder weil grundsätzliche Gegnerschaft diese Feindseligkeit schüren.

(Beifall)

Da gibt es zwei Orte in unserem Land, droben im Hunsrück, Wüschheim und Hasselbach. Dort werden in Deutschland die Cruise Missiles stationiert, weil Helmut Schmidt und weil Hans Apel das so entschieden haben. Und weil wir gute Demokraten sind, haben wir die Verwirklichung dieses Entschlusses übernommen.

Aber, meine Damen und Herren, es ist opportunistisch, wenn jetzt sozialdemokratische Landesvorsitzende an den Zaun von Wüschheim eilen, um gegen das zu protestieren, was sozialdemokratische Bundeskanzler beschlossen haben.

(Lebhafter Beifall)

Das zu unseren amerikanischen Freunden in diesem Land.

Und, meine Damen und Herren, noch weniger wollen wir, daß die deutsch-französische Freundschaft Schaden leidet. Wer das französische Kernkraftwerk Cattenom als „Zentrale des Todes“ bezeichnet oder die französische Regierung als „Atom-Mafia“ diffamiert, der schürt neuen, diesmal linken Nationalismus. Und das darf es nicht geben in Deutschland, meine Freunde.

(Beifall)

Rheinland-Pfalz ist in den 40 Jahren, in denen es existiert, gut vorangekommen, nicht nur in der Medienpolitik. Wir, die wir einmal das Armenhaus der Bundesrepublik

waren, können uns, glaube ich, im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehen lassen. Und darauf sind wir ein bißchen stolz.

Wir, die CDU von Rheinland-Pfalz, haben uns in den letzten Monaten besonders intensiv für den Schutz des Lebens engagiert. Wir halten es für gut, daß das Bewußtsein für den Schutz der Pflanzen und der Tiere lebendig ist. Aber wir meinen: Es darf nicht dabei bleiben, daß über Tierschutz mehr gesprochen wird als über den Schutz des ungeborenen Lebens.

(Beifall)

*Meine Freunde, wie viele in Deutschland haben auch wir in unserem Land Sorgen um die Zukunft der Landwirtschaft. Wir wollen den Bauern helfen, damit es auch morgen eine Zukunft für den bäuerlichen Betrieb gibt. Wir wollen ihnen helfen, damit der ländliche Raum kultivierte Landschaft bleibt.*

Bei uns in Rheinland-Pfalz kommt zur Sorge um die Landwirtschaft die Sorge um die Winzer, um den Weinbau, hinzu.

Durch kriminelle Elemente in anderen Ländern ist auch den deutschen Winzern schwerer Schaden zugefügt worden. Wir sind entschlossen, den guten Ruf der deutschen Winzer und des deutschen Weins zu stärken. Denn der deutsche Wein, die deutschen Winzer verdienen Vertrauen.

(Beifall)

Meine Freunde, das ist für uns Rheinland-Pfälzer eine ernste Sache, aber für Sie soll der Wein ein fröhlicher Genuß sein. Ich darf Sie alle zum Rheinland-Pfalz-Abend heute recht herzlich einladen.

(Beifall)

Aber bevor wir uns um halb neun zum fröhlichen Tun treffen, stehen zehn Stunden harter Arbeit an.

Ich wünsche dem Parteitag einen großen Erfolg. Weiter so, Deutschland; weiter so, Rheinland-Pfalz!

(Beifall)

**Johannes Gerster**, Tagungspräsidium: Herr Ministerpräsident Vogel, wir danken Ihnen für Ihr Grußwort. Wir danken Ihnen vor allem auch für Ihren ruhelosen und rastlosen Einsatz für die Menschen in Rheinland-Pfalz.

Wir wollen, daß Helmut Kohl Bundeskanzler bleibt. Wir wollen aber auch, daß Bernhard Vogel Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz bleibt.

(Beifall)

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION  
DEUTSCHLANDS, BUNDESKANZLER DR. HELMUT KOHL MdB

Das Wort hat unser Freund Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Bundesrepublik Deutschland steht heute 110 Tage vor der Bundestagswahl am 25. Januar 1987. Wir, die CDU, treten vor die Wähler als die Partei, die es geschafft hat, daß es in Deutschland wieder aufwärts geht, als die Partei mit Mut zur Zukunft, als die Partei, die bewiesen hat, daß sie das Steuer sicher halten kann.

Liebe Freunde, wir stehen vor einer Richtungsentscheidung, vor einer Bundestagswahl, die den Weg der Bundesrepublik Deutschland in die 90er Jahre bestimmt. Am 25. Januar des nächsten Jahres entscheiden die Bürger darüber, ob wir das Werk der Erneuerung weiterführen oder ob die Bundesrepublik den Weg des Ausstiegs einschlägt: des Ausstiegs aus praktisch allem, was uns in den vergangenen Jahrzehnten Freiheit, Sicherheit und auch Wohlstand garantiert hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, es geht ganz einfach darum, ob unser Land seinen Platz unter den führenden Industrienationen der Welt auch über die Jahrhundertgrenze hinaus behaupten kann.

Wir sind Regierungspartei, und wir wollen es bleiben.

(Beifall)

Wir dürfen sagen: Wir haben gute Arbeit geleistet, und wir wollen sie fortführen.

Die Bilanz — jedermann weiß dies — ist positiv und ermutigend. Es geht aufwärts in Deutschland, und so soll es bleiben.

Wir haben die Partnerschaft und die Freundschaft im Bündnis gefestigt. Wir haben das Gespräch, den Dialog mit unseren Nachbarn im Osten neu belebt. Wir haben den Frieden in Freiheit sicherer gemacht.

Die Beschäftigung nimmt zu, die Einkommen steigen, die Preise sind stabil, und wir haben wieder eine wachsende, auf die Zukunft orientierte Wirtschaft. Das sind Erfolge, die im Alltag der Bürger zählen.

Auch das Klima in der Bundesrepublik hat sich geändert. Zuversicht und Optimismus haben Verzagtheit und Pessimismus verdrängt. Es gibt ein neues Geschichtsbeußtsein und damit auch eine neue Offenheit für Zukunftsfragen. In der Regierungspolitik ist auf das gegebene Wort wieder Verlaß. Wir versuchen, Probleme zu lösen und nicht zu vertagen.

Daß es uns heute, liebe Freunde, besser geht als vor vier Jahren, daß es aufwärts geht, daß wir mit Zuversicht nach vorne blicken können — das ist zunächst und vor allem das gemeinsame Werk aller Bürger guten Willens in unserem Land.

(Beifall)

Ihre Anstrengung, ihre Opferbereitschaft, ihr Ja auch zurpersönlichen Leistung hat dies möglich gemacht, und dafür wollen wir allen danken.

Im Januar bitten wir erneut um das Vertrauen, weil wir für unser Land gemeinsam eine gute Zukunft gestalten wollen, eine Zukunft in Frieden, eine Zukunft in Freiheit, eine Zukunft in einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Wir haben diese Zukunft im Blick. Die Sozialisten wollen zur Politik von gestern zurück. Sie wollen die Belastbarkeit der Wirtschaft noch einmal testen. Sie wollen noch einmal mehr umverteilen, als zuvor gemeinsam erarbeitet wurde. Sie wollen noch einmal mehr Steuern, mehr Wirtschaftslenkung, weniger Markt. Sie wollen noch einmal Vorfahrt für den Staat und Stopp für den Bürger. Und die SPD will den sowjetischen Rüstungsvorsprung von 1979 wieder in Kauf nehmen, gegen den Helmut Schmidt damals den NATO-Doppelbeschluss erwirkt hat. Die SPD hat in diesen vier Jahren nichts, aber auch gar nichts dazugelernt.

(Beifall)

*Sie will die alten Fehler noch einmal machen — weiter links und noch viel dogmatischer.*

Liebe Freunde, das ist nicht mehr die SPD von Kurt Schmumacher. Das ist nicht mehr die SPD des Godesberger Programms. Das ist auch nicht mehr die SPD von Fritz Erler bis Helmut Schmidt, mit der wir die Klingen kräftig kreuzten, aber in Grundfragen deutscher Politik übereinstimmten. Sie wurde zur SPD der Eppler, Lafontaine und Schröder, und das ist eine ganz andere SPD: eine Partei, die außenpolitisch zum Wanderer zwischen den Welten geworden ist, und eine Partei, die sich jetzt — 1986/87 — in ihrem neuen Grundsatzprogramm wieder auf Karl Marx beziehen will.

Von dieser Ideologie und von opportunistischem Machtstreben wird diese Sozialdemokratie ins Bündnis mit den GRÜNEN getrieben. Unser Land und alle Bürger sind für solche Experimente viel zu schade.

(Beifall)

Wir, die CDU, als eine freiheitliche und soziale Volkspartei der Mitte wollen dagegen unsere erfolgreiche Politik der Erneuerung setzen.

Als wir die Verantwortung vor vier Jahren übernahmen, war das Haus Bundesrepublik Deutschland baufällig geworden. Heute sind die Fundamente gefestigt, die Statik ist wieder in Ordnung.

Wir wollen jetzt in den nächsten vier Jahren — unterstützt vom Vertrauen unserer Mitbürger — unsere Kraft darauf konzentrieren, dieses Haus Bundesrepublik Deutschland, unsere Republik auch innen wieder wohnlicher zu gestalten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir hatten in diesen Jahren ein gewaltiges Arbeitspensum zu bewältigen. Dabei sind uns auch Fehler unterlaufen. Auch das gehört in den Bericht dieser Stunde. Aber auf den entscheidenden Feldern der Politik haben wir eindrucksvolle Ergebnisse erzielt. Wir sind nicht den bequemen Weg gegangen und schon gar nicht den Weg des geringsten Widerstandes. Wir haben versucht, uns nicht von Stimmungen beherrschen zu lassen, und uns auch nicht dem bloßen Zeitgeist, in

welchem Gewande auch immer er einherkam, unterworfen. Wir haben das getan, was unsere Pflicht war, was wir für notwendig, was wir für richtig hielten.

Dafür, daß dies möglich war — gerade in schwierigen Zeiten und oft mit dem Wind, ja mit dem Sturm ins Gesicht —, bedanke ich mich heute bei Ihnen von ganzem Herzen: bei unserer Partei, bei unseren Mitgliedern, die diese Politik mitgetragen haben, oft genug mit ertragen und erlitten haben. Ich bedanke mich bei den Orts- und bei den Kreisvorsitzenden, bei den Mandatsträgern in den Gemeinden, in den Kreistagen, in den Landtagen, bei den Kollegen in der Parteiführung und im Bunderrat und natürlich bei den Freunden in der Bundestagsfraktion. Ich nenne für viele Alfred Dregger, den Fraktionsvorsitzenden, und Theo Waigel, den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe.

(Beifall)

Ich danke Heiner Geißler,

(Anhaltender lebhafter Beifall)

der mit großem Mut und mit Entschiedenheit unsere Sache immer wieder vertreten hat.

Ich danke den Mitarbeitern im Adenauer-Haus und damit allen unseren hauptamtlichen Freunden, ohne deren Mittun unsere Arbeit im Alltag nicht möglich wäre.

(Beifall)

Ich sage ein Wort des Dankes auch an unsere Schwesterpartei in Bayern. Ich sage ein Wort des Dankes an die Christlich-Soziale Union und an ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

(Beifall)

Auch wenn es gelegentlich Schwierigkeiten gab — verständliche und manchmal weniger verständliche —, das ändert nichts an unserer Gemeinsamkeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, durch 40 Jahre hindurch sind wir unseren Weg als Schwesterparteien gemeinsam gegangen. Das war zum Nutzen unseres Vaterlandes, und das wird auch in Zukunft so sein.

(Beifall)

Für den kommenden Sonntag wünschen wir alle der CSU und Franz Josef Strauß einen großartigen Wahlerfolg!

(Lebhafter Beifall)

Ich bedanke mich bei meinen Kabinettskollegen für ihre sachkundige, engagierte Mitarbeit im Alltag der Regierung. Koalitionsregierungen, liebe Freunde, sind nie einfach in ihrer Willensbildung. Da gibt es manchen auch gänzlich unnötigen Ärger. Entscheidend sind aber die Fähigkeit und der gemeinsame Wille, das besprochene

Regierungsprogramm im Geiste der Partnerschaft durchzusetzen, und hierzu hat die FDP einen wesentlichen Beitrag geleistet.

In dieser Bereitschaft zur Partnerschaft werden wir, die CDU Deutschlands, die Koalition der Mitte aus FDP, CSU und CDU auch in den nächsten vier Jahren fortsetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wissen um unseren Auftrag als führende Regierungspartei. Wir wissen um unsere Verantwortung. Wir können kämpfen, und das werden wir auch dieses Mal beweisen. Wir werden mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern darüber sprechen, was wir gemeinsam erreicht haben.

Ich will mich heute hier auf drei wesentliche Bereiche konzentrieren: die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, unsere Politik für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht und die Sicherung des Friedens in Freiheit.

Wir stehen für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Die Erfolge sind offenkundig: 1982 Überschuldung, heute wieder solide Staatsfinanzen; 1982 Inflation, heute wieder stabiler Geldwert; 1982 Rezession, heute Wirtschaftswachstum; 1982 die tiefste Krise der Nachkriegszeit, heute ein anhaltender Aufschwung auf einem immer breiter werdenden Fundament. 1982 standen die sozialen Sicherungssysteme vor dem Ruin; heute sind sie wieder stabil und zuverlässig. Die Rente ist sicher.

(Beifall)

1982 stieg die Arbeitslosigkeit scheinbar unaufhaltsam. Wir haben gehandelt, und der Trend ist umgekehrt. In dieser Legislaturperiode haben wir gemeinsam mit allen, die hilfreich waren, 600 000 neue, sichere Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall)

Unseren Mitbürgern geht es besser als vor vier Jahren. Die Erhöhung von Löhnen, die Erhöhung der Renten wird eben nicht mehr von Inflation zunichte gemacht. Wer als Arbeiter 1986 mehr Lohn bekommt, wer als Rentner heute mehr Rente erhält, der hat tatsächlich etwas davon. Er kann sich wirklich mehr kaufen. Er kann damit besser leben.

Liebe Freunde, in diesem Jahr steigen die Einkommen netto und real um nicht weniger als 4 %. Das ist der höchste Anstieg seit 16 Jahren, seit 1970, seit Beginn der Regierung der deutschen Sozialdemokraten.

(Beifall)

Neue Arbeitsplätze, sichere Renten und echte Einkommenszuwächse - das ist tatkräftige Politik für die Arbeitnehmer, Politik für die breiten Schichten unserer Bevölkerung.

(Beifall)

Ganz besondere Anstrengungen haben wir unternommen, um die Zukunftschancen

der jungen Generation zu verbessern. Ich erinnere Sie hier alle an die großartige Lehrstellenaktion, die gezeigt hat, was Bürgersinn zu bewegen vermag. Wir haben keine neuen Gesetze gemacht, wir haben keine neuen Steuern erlassen, wir haben die Menschen gebeten, den jungen Leuten zu helfen: den Unternehmer und den Betriebsrat, den Handwerksmeister und den Mann und die Frau im freien Beruf, den einzelnen, jeden, der Verantwortung hat. Wir haben ein großartiges, ein einzigartiges Ergebnis erreicht. Das war eine patriotische Tat für die jungen Leute in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Kernpunkt unserer wirtschaftspolitischen Anstrengungen war die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen. Wir haben damit neuen Spielraum gewonnen: Spielraum für eine Steuersenkung, mit der wir die Bürger um rund 20 Milliarden DM entlasten konnten, Spielraum für eine aktive Arbeitsmarktpolitik — das heißt zum Beispiel für über 100000 Plätze in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das ist mehr als dreimal soviel wie vor vier Jahren, am Ende der Regierungszeit meines Amtsvorgängers.

Wir haben neuen Spielraum gewonnen für eine schöpferische Sozialpolitik. Wir haben die Renten auf eine sichere Grundlage gestellt, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zweimal verlängert, das Wohngeld um eine Milliarde DM angehoben, die Sozialhilfe deutlich erhöht und das Kindergeld für arbeitslose Jugendliche wieder eingeführt, das die Sozialisten gerade gestrichen hatten.

Wir wissen, liebe Freunde, was Sozialdemokraten einfach nicht begreifen wollen und was ein Grundgesetz Sozialer Marktwirtschaft ist: Eine gute Wirtschaftspolitik ist immer auch die beste Sozialpolitik.

(Beifall)

Wir stehen für eine familienfreundliche Gesellschaft und eine lebenswerte Umwelt. Für mich gehört zu den zentralen Themen unserer Erfolgsbilanz, daß die Familie nicht länger ein politisches Randthema ist, sondern wieder im Mittelpunkt unserer Gesellschaft steht.

Die Einführung des Erziehungsgeldes, die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht — das sind wegweisende Reformwerke, die auf Dauer und für immer mit dem Namen der Christlich Demokratischen Union verbunden bleiben.

(Beifall)

Mit der Stärkung der Familie, mit unserem Engagement für Kinder haben wir Wesentliches, ja Entscheidendes für mehr Mitmenschlichkeit in unserer Gesellschaft erreicht. Unser Ziel ist und bleibt ganz klar: Wir müssen wieder ein familienfreundliches Land werden. Kinder müssen Vorfahrt haben in der Bundesrepublik Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Auch in dem für die Zukunft unseres Landes so wichtigen Bereich des Umweltschutzes mußten wir viele Versäumnisse aufarbeiten. Ich will jedem Kritiker unserer Politik einfach sagen: Hätten frühere Regierungen rechtzeitig gehandelt, hätten wir alle diese Themen längst abgeschlossen.

(Beifall)

Wir haben dafür gesorgt, daß Kraftwerke, Industrieanlagen und Autos sauberer geworden sind. Wir haben in Europa — und übrigens auch zwischen Ost und West — den Umweltschutz ganz oben auf die Tagesordnung gebracht. Und es war auch an der Zeit, daß dieses Thema in einem eigenständigen Ministerium verwaltet wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen für die Sicherung von Frieden und Freiheit. Wir haben heute wieder freundschaftliche, vertrauensvolle Beziehungen zu unserem amerikanischen Bündnispartner. Jeder weiß: Gerade in diesen Tagen äußert sich dies in ständigen und intensiven Konsultationen.

Unsere Standfestigkeit bei der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses hat das Bündnis gefestigt. Diese Entscheidung hat uns im Osten Respekt verschafft, und das Bündnis hat dadurch gemeinsam die Kraft bewiesen, seine Sicherheitsinteressen gegen äußeren und inneren Druck durchzusetzen.

Liebe Freunde, ich sage auch dies in der Erinnerung an das schwierige Jahr 1983, in der Erinnerung daran, was unsere Freunde in vielen Städten und Gemeinden in der Diskussion um die Stationierung durchstehen mußten: Ohne unsere Entscheidung wäre das Treffen Reagan — Gorbatschow in Genf, wäre das bevorstehende Treffen Reagan — Gorbatschow in Reykjavik nicht möglich gewesen und auch nicht das zukünftige Treffen.

(Beifall)

Wir haben unsere Bündnisverpflichtungen eingelöst, weil wir eben wissen — und wir müssen es allen im Lande immer wieder sagen, damit es nie vergessen wird —, daß es Frieden in Freiheit nicht zum Nulltarif geben kann. Wir mußten deshalb den Wehrdienst verlängern, und dies ist ein Opfer für die junge Männergeneration unseres Landes. Wir haben die Führungsstruktur der Bundeswehr verbessert und der Bundeswehr längst überfällige solide, in die Zukunft weisende Planungsgrundlagen gegeben.

Liebe Freunde, wir danken allen unseren Soldaten für ihren Dienst in der Bundeswehr.

(Beifall)

Dieser Dienst ist ein Friedensdienst. Bei meinen vielen Gesprächen bei Truppenbesuchen habe ich immer wieder erfahren, auch im Gespräch mit jungen Wehrpflichtigen, wie sehr sich diese Soldaten, die ja unsere Söhne sind, über ein Wort der Anerkennung und der Sympathie freuen. Meine Bitte an Sie alle draußen in den Städten und Gemeinden und in unseren Kreisverbänden ist: Kümmern Sie sich um die Soldaten! Es lohnt sich. Es sind unsere Söhne, unsere Kinder.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich möchte ausdrücklich hinzufügen: Auch bei meinem Besuch in Bethel habe ich engagierte junge Leute kennengelernt, die dort in eindrucksvoller Weise ihren Zivildienst leisteten. Auch ihnen haben wir herzlich zu danken.

(Beifall)

Wir haben die Fundamente gefestigt, auf denen wir eine aktive Politik des Dialogs und, wenn möglich, der Verständigung und der Zusammenarbeit mit unseren wichtigsten Nachbarn im Osten, mit der Sowjetunion und den Staaten Ost- und Mitteleuropas einleiten könnten. Vor allem aber konnten wir auf diesen festen Fundamenten offensiv unser großes Ziel verfolgen: Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen. Auch hier, liebe Freunde, haben wir Wort gehalten. Erste wichtige Schritte waren möglich.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern haben wir beschlossen, 2400 nukleare Sprengköpfe in Europa abzubauen. Dies ist ein einseitiger Schritt, dem die Sowjetunion bis heute nichts entgegengesetzt hat.

Mit unseren amerikanischen Freunden haben wir vereinbart, daß bis 1992 alle chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen werden. Auch hier ist im Osten kein entsprechender Schritt gefolgt.

Für jede Mittelstreckenrakete, die seit 1983 stationiert worden ist, ist eine andere abgebaut worden. Und jetzt, liebe Freunde, stehen wir vor der großen Chance, daß sich die beiden Weltmächte darauf einigen, die nuklearen Mittelstreckenwaffen drastisch zu reduzieren — und zwar in West und Ost und ohne Einbeziehung der französischen und britischen Systeme.

Wir haben mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, daß im Januar 1984 die Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa in Stockholm beginnen konnte. Diese Konferenz wurde ein Erfolg, und daran haben wir entscheidend mitgearbeitet.

Es ist — sagen Sie das draußen überall im Land — der erste Erfolg für eine Rüstungskontrollvereinbarung seit 1979. Heute liegen die umfassendsten und weitreichendsten Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge von West und Ost auf dem Verhandlungstisch. Wir haben daran in vielfältiger Weise mitgewirkt.

Liebe Freunde, im März 1985 habe ich in meiner Rede auf dem Parteitag in Essen darauf hingewiesen, daß es einen engen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Reduzierung von nuklearen Offensivwaffen und der Notwendigkeit und der Zahl von strategischen Verteidigungswaffen gibt. Dem Abrüstungsvorschlag von Präsident Reagan vom Juli dieses Jahres an Generalsekretär Gorbatschow liegt zum erstenmal dieser Zusammenhang von Offensiv- und Defensivwaffen zugrunde.

Wir haben — ich sage es noch einmal — das vor vier Jahren gegebene Wort gehalten, und wir werden es weiter halten: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Wenn Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow Ende dieser Woche zusammentreffen, werden weitere wichtige Schritte für die Zukunft eingeleitet. Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg unserer verlässlichen Politik.

(Beifall)

Vierzehn Jahre lang lag das wissenschaftlich-technische Abkommen mit der Sowjetunion auf dem Tisch. Wir konnten es jetzt zu einem guten Abschluß bringen. In diesem Monat beginnen die Verhandlungen über ein Umweltschutzabkommen. Wir haben dies alles erreicht, ohne gegenüber irgend jemand willfährig oder gar unterwürdig gewesen zu sein. Wir haben es erreicht, weil wir selbstbewußt, entschlossen

und unbeirrt die Entscheidungen getroffen haben, die den Interessen unseres Volkes dienen, und das heißt immer auch, dem Frieden in Freiheit.

(Beifall)

Wir haben auch Europa auf dem Weg zur Einigung neuen Schwung gegeben. Lassen Sie mich sagen, und zwar für jedermann hörbar: Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, sind die deutsche Europapartei.

(Beifall)

Es entspricht dem Programm, der Tradition, dem Gesetz des Anfangs der CDU, auf dem Weg zur Einigung Europas voranzugehen, auch wenn dies in der Zwischenstrecke Opfer kostet.

(Beifall)

Ich war deshalb vom ersten Tag meines Amtsantritts an fest entschlossen, diesen Kurs weiterzusteuern.

Auch in der EG erwarteten uns und auch mich persönlich umfangreiche Aufräumarbeiten. Heute ist die Gemeinschaft wieder handlungsfähig. Das ist für die Bundesrepublik Deutschland lebenswichtig. Bei aller Kritik — es gibt genug Grund zur Kritik — sollten wir immer daran denken: Wir haben den größten Nutzen von dieser Gemeinschaft. Über 50 % unserer Exporte gehen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft und — das ist das Wichtigste, das sage ich auch allen Kritikern — es gibt keine Alternative zur Politik der Einigung Europas.

(Beifall)

Ein Zurück in die Enge, in die Begrenztheit nationalstaatlichen Denkens wie im 19. Jahrhundert — das verspricht keine Zukunft.

Um Europa voranzubringen, müssen — auch das ist Vermächtnis Christlicher Demokraten — Deutschland und Frankreich zusammenwirken. Wir haben gemeinsam einen Vertragsentwurf für die außenpolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt, der Ende dieses Jahres Wirklichkeit werden soll. Sie alle erinnern sich an die Geste der Versöhnung über den Gräbern von Verdun. Diese Bilder haben uns gezeigt, wie nahe die Völker, die Menschen in Deutschland und Frankreich sich heute stehen.

Für uns als Deutsche ist Europapolitik noch wichtiger als für andere, denn nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung werden wir in freier Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands vollenden können. „In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland,“ so formulierte Konrad Adenauer den deutschen und den europäischen Auftrag am 5. Mai 1955, an dem Tag, an dem die Bundesrepublik Deutschland ihre Souveränität wiedergewann.

Sie erinnern sich: 1983 hat man uns auch für die Deutschlandpolitik Stagnation vorausgesagt, eine neue Eiszeit und vieles mehr. Heute spricht niemand mehr davon. Wir konnten vieles zum Wohle der Menschen erreichen, aber wir wissen auch: Solange es Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gibt, kann von einer Normalität in Deutschland keine Rede sein.

(Beifall)

Es geht uns in der Deutschlandpolitik nicht nur um die Beziehungen von Staat zu Staat, es geht uns immer und vor allem um die Begegnung von Menschen. Denn die Freiheit, liebe Freunde, ist und bleibt der Kern der Deutschen Frage.

(Beifall)

Ich sage das ganz bewußt auf diesem Bundesparteitag 1986 — in einem Jahr, in dem wir uns daran erinnern, wie vor 40 Jahren in vielen Städten, Orten und Gemeinden die Christlich Demokratische Union Deutschlands gegründet wurde. Damals — in den Monaten und Jahren nach Krieg und Diktatur — entstand unsere Partei fast gleichzeitig überall: nicht nur in den sogenannten Westzonen, sondern auch in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone. Die freie politische Arbeit der CDU der Gründerjahre wurde dort bald unmöglich. Von 1945 bis 1953 wurden weit über 2 000 unserer Parteifreunde inhaftiert, verurteilt oder in die Sowjetunion deportiert. Viele von ihnen verloren ihr Leben. Wir haben das Opfer der vielen nicht vergessen, und wir werden es auch in Zukunft nicht vergessen.

Als Christlich Demokratische Union Deutschlands vergessen wir nicht, wofür diese Christlichen Demokraten eingetreten sind: Dafür, daß keinem Deutschen Freiheit vorenthalten wird und daß wirklicher Friede erst herrscht, wenn die Menschenrechte in ganz Deutschland geachtet werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben in diesen vier Jahren hart und auch erfolgreich gearbeitet. In den kommenden Wochen und Monaten ist es unsere Pflicht, die Pflicht eines jeden an seinem Platz, diese Erfolge und unser Zukunftsprogramm den Wählern, den Bürgern klar und deutlich vorzutragen.

Wir sagen ihnen aber auch, es bleibt bei der Grundphilosophie unserer Politik: Wir setzen auf den Bürger, auf seine Willens-, auf seine Schaffenskraft. Deshalb ist unser Erfolg immer auch der Erfolg aller Bürger. Die Herausforderung der kommenden Jahre wird größer werden als das Abtragen der Erblast. Wir wollen die Zukunft unseres Landes gestalten, das Haus der Bundesrepublik Deutschland auch in den einzelnen Etagen wieder wohnlicher machen. Wir wollen unser Zukunftsprogramm verwirklichen. Dafür haben wir jetzt die Voraussetzungen geschaffen.

Wir, die CDU Deutschlands als die führende Kraft dieser Koalition, haben für dieses Zukunftsprogramm ein festes ethisches Fundament.

Für uns alle — und ich sage dies auch für mich ganz persönlich — ist das „C“ Mahnung und Verpflichtung und — nach meiner Erfahrung — auch eine Chance, um daraus Kraft zu gewinnen.

In wenigen Wochen — erlauben Sie mir dieses persönliche Wort —, im Dezember, ist es 40 Jahre her, seit ich als Schüler mit 16 Jahren Mitglied unserer Partei wurde. Ich stand damals — wie die allermeisten, die zur Union fanden — noch ganz und gar unter dem Eindruck der Unmenschlichkeit der Hitler-Diktatur. Bedrückt hatte viele von uns gerade die Gottlosigkeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit ihren schrecklichen Folgen.

In der CDU fand ich wie viele andere vor allem deshalb eine Heimat, weil von Anfang an insbesondere klar war, daß hier — und ich denke, das ist heute noch genauso — politisches Handeln in der Verantwortung vor Gott gesehen wurde. Vielleicht, liebe Freunde, haben wir das im Alltag und im Getriebe der Tagespolitik manches Mal zu sehr in den Hintergrund gedrängt. Aber gerade im Gesetz dieses Anfangs liegt das eigentliche Selbstverständnis unserer Partei.

(Beifall)

Wir haben das in unserem Grundsatzprogramm 1978 neu bekräftigt. Für mich war es immer eine Verpflichtung, daß dieses Programm in meiner Heimatstadt Ludwigshafen verabschiedet wurde.

Liebe Freunde, 110 Tage vor der Bundestagswahl sage ich das mit Ernst und Bedacht: Das Gesicht unserer Partei darf niemals geprägt sein und geprägt werden von bloßer Routine und erst recht nicht von Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit.

(Beifall)

Wir dürfen nicht die Sensibilität und Offenheit für die Fragen der Menschen verlieren. Wir müssen uns immer im klaren darüber bleiben, daß uns die Bürger Vertrauen auf Zeit geschenkt haben. Nicht um Macht auszuüben und zu herrschen, sondern um zu gestalten und zu dienen — dazu haben wir Regierungsmacht und -mandat.

Und wir wollen uns stets darauf besinnen, weshalb wir Christliche Demokraten sind. Aus christlichem Glauben, liebe Freunde, läßt sich nicht einfach ein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber das christliche Menschenbild bleibt Maßstab unserer Politik.

(Beifall)

Die neue Wertediskussion in der Bundesrepublik — sie ist ja nicht zuletzt auch von uns mit eröffnet worden — ist für die CDU eine Chance. Das heißt, wir müssen uns trotz der Belastung durch die Tagespolitik noch stärker den ethischen Fragen und Herausforderungen unserer Zeit zuwenden.

Der Schutz des ungeborenen Lebens verlangt unsere ganze Aufmerksamkeit. Wir konnten jetzt vieles von dem, was wir gern tun wollten und tun würden, nicht erreichen. Wir konnten jedoch erste Schritte einleiten. Einer dieser Schritte war beispielsweise die Stiftung „Mutter und Kind“, die wir weiter ausbauen. Wir brauchen aber allesamt ein noch schärferes Bewußtsein für die Schutzbedürftigkeit des ungeborenen Lebens,

(Beifall)

und wir müssen alles tun, damit die erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen unter Berufung auf eine soziale Indikation drastisch zurückgeht.

(Erneuter Beifall)

Liebe Freunde, ein geschärftes Wertebewußtsein brauchen wir auch, wo es um immer neue Möglichkeiten in der Gentechnologie geht. Wir werden nicht zulassen, daß der Mensch zum Gegenstand genetischer Manipulationen herabgewürdigt wird.

(Beifall)

Gefordert sind wir als Christliche Demokraten auch überall dort, wo Menschenrechte verletzt werden. Eine entschiedene Politik gegenüber diktatorischen Machthabern — ganz gleich, welcher Farbe und Ideologie — und tatkräftige Solidarität mit ihren Opfern sind für uns auch in Zukunft selbstverständlich.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist auch der Geist und die Verpflichtung, aus der heraus wir die aktuellen Asylprobleme besprechen und angehen wollen. Für uns ist ganz selbstverständlich, und das kann gar keine Frage sein: Unsere Türen bleiben offen für diejenigen, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt werden und um Leben und Gesundheit bangen müssen. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ — dieser Satz unseres Grundgesetzes gilt und wird nicht angetastet.

(Beifall)

Auch den Menschen in der Welt, die hungern oder wirtschaftliche Not leiden, wollen und müssen wir helfen. Aber die beste Hilfe für diese Menschen ist die Hilfe vor Ort. Wir Deutschen stehen hier in einer besonderen Pflicht; denn auch uns wurde in der Stunde der Not geholfen, als Hunger und Elend in Deutschland zum Alltag gehörten.

Die Bundesrepublik Deutschland gibt auch in diesem Jahr aus Steuermitteln für Entwicklungshilfe mehr aus als der gesamte Warschauer Pakt einschließlich der Sowjetunion. Hinzu kommen die zahlreichen privaten Spenden der vielen Hilfswerke, nicht zuletzt der großen Hilfswerke der Kirchen.

Ich darf hier auf dem Parteitag daran erinnern, daß auch wir als Partei, als CDU, eine große Entwicklungshilfe-Aktion durchführen. Bisher wurden fast 5 Millionen DM gesammelt, und viele Kreisverbände haben Projekt-Patenschaften übernommen. Liebe Freunde, das „C“ in unserem Parteinamen erinnert uns immer wieder daran, daß für uns auch der Fernste stets ein Nächster ist.

(Beifall)

Und so sage ich aus Überzeugung: Die Deutschen sind nicht ausländerfeindlich. Aber die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Deshalb gebieten wir dem Mißbrauch unseres Asylrechts durch kriminelle Schlepperorganisationen Einhalt.

(Beifall)

Wir wollen diese Diskussion offen, sensibel und in der Verpflichtung zur Mitmenschlichkeit auch im Wahlkampf miteinander führen.

Liebe Freunde, wir in der Union bleiben unseren Grundwerten treu, ohne in Dogmatismus zu erstarren. Wir sind fähig zum Wandel, ohne vor dem Zeitgeist zu kapitulieren: selbstbewußt, wo es gilt, Probleme anzupacken, und — ich sage dies bewußt — auch demütig vor dem Auftrag der Geschichte.

Die Bürger werden am Wahltag nicht nur über unsere Bilanz entscheiden. Sie werden uns fragen: Was geschieht mit unserem Vertrauensvotum für euch in der

Zukunft? Mit diesem Parteitag wollen wir eine breite Zukunftsdebatte eröffnen, und wir laden alle ein, die guten Willens sind, mit uns darüber nachzudenken, was für die Zukunft unseres Landes zu tun ist.

Ich will heute acht Punkte nennen, die dabei für uns im Vordergrund stehen:

Erstens. Wir wollen noch bessere Zukunftschancen für die Familie; denn sie bleibt das Fundament einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

(Beifall)

In den letzten Jahren konnten wir die Weichen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft stellen. Unsere Gesellschaft braucht das Verständnis, die Geduld, ja, die Kinderliebe der Erwachsenen. Bürgerinitiativen gegen Kinderspielplätze vor der Haustür - auch das gibt es in der Bundesrepublik.

Ich finde es schlimm, wenn lachende und spielende Kinder vor allem als ruhestörend empfunden werden.

(Beifall)

Wer von Kindern spricht, muß auch an die Eltern und besonders an die Mütter, an die Frauen, denken. Wir wollen den Frauen neue Wege in Familie und Beruf eröffnen. Unsere Lebenswelt und die Gesetze, die dort gelten, müssen sich mehr auf die Lage und die Anliegen der Frauen einstellen.

Wir Christlichen Demokraten haben in der Politik für die Frauen ein neues Kapitel aufgeschlagen. Wir engagieren uns mit Kraft für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Lebensalltag.

Vor allem die Tarifpartner sind gefragt, wenn es darum geht, familienfreundlichere Arbeitszeiten oder ein größeres Angebot an Teilzeitarbeit einzuführen. Auch der Staat als Arbeitgeber in Bund, Ländern und Gemeinden ist gefragt, etwa wenn es um einen Beitrag dazu geht, flexiblere Öffnungszeiten von Behörden und Verwaltungen zu ermöglichen.

Frauen, die im Berufsleben stehen oder dorthin zurückkehren, brauchen bessere Chancen. Unser Versicherungs- und Rentenrecht muß die Arbeit in der Familie noch mehr als bisher berücksichtigen.

Liebe Freunde, ob eine Frau berufstätig ist oder nicht, ist ihre ganz persönliche Entscheidung, die wir zu respektieren haben.

(Beifall)

Wir brauchen die berufstätige Frau, und wir brauchen jene Frauen, die sich ganz dem Haushalt und der Kindererziehung widmen. Wer ihre Leistungen herabsetzt, der ist herzlos und überheblich.

(Beifall)

Das Ja zum Kind ist eine höchstpersönliche Entscheidung eines jeden Ehepaares.

Aber der Staat, die Gesellschaft, wir alle haben die Pflicht zur Solidarität: gegenüber dem Kind, gegenüber der Mutter und gegenüber der Familie.

(Beifall)

Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft, weil Kinder unser Leben bereichern und dem Land menschliche Wärme spenden, aber auch weil die Zukunft der Deutschen, die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland davon abhängt.

Wir werden deshalb in der nächsten Legislaturperiode das Erziehungsgeld ausbauen, das Kindergeld für kinderreiche Familien anheben und Kinderfreibeträge wie Kindergeldzuschlag weiter erhöhen.

Das sind materielle Verbesserungen, aber, liebe Freunde, es geht um viel, viel mehr: Wenn Kinder und Familien Vorfahrt haben sollen, dann sind alle Bürger und alle Organisationen der Gesellschaft angesprochen.

(Beifall)

Zweitens. Wir stellen uns auf den tiefgreifenden Wandel im Altersaufbau unseres Landes ein.

Der Geburtenrückgang der letzten 20 Jahre führt dazu, daß der Anteil der Älteren an der Bevölkerung ständig zunimmt. So gewinnt eine Frage an Bedeutung, die sich an uns alle richtet: Ältere Menschen wollen und dürfen nicht ins Abseits abgeschoben werden. Wir alle sollten mehr auf sie zugehen und eingehen.

Liebe Freunde, alle großen Kulturen der Weltgeschichte haben Sinn für Würde, Weisheit und Erfahrung des Alters. Wir wollen die Lebenserfahrung der Älteren besser nutzen.

Dazu gehört, daß wir fähig sind, die starren Grenzen des Ruhestandes aufzulockern. Wer gern möchte und sich gesund und fit fühlt, der soll auch länger arbeiten können — und dann natürlich auch eine höhere Rente erhalten.

(Beifall)

Es geht auch darum, die Erfahrung des Alters für die politische Arbeit zu nutzen. Die Christlich Demokratische Union wird auf ihrem nächsten Parteitag als erste deutsche Partei eine eigene Vereinigung für die Senioren begründen.

(Zustimmung)

Ich verspreche mir davon viele Impulse, auch in die eigene Partei hinein.

Liebe Freunde, der demographische Wandel macht auch eine Strukturreform der Rentenversicherung notwendig. Wir werden sie in der nächsten Legislaturperiode in Angriff nehmen. Ich denke, es wäre gut, wenn alle demokratischen Parteien bei dieser wichtigen Aufgabe zusammenwirken würden. Ich will die Sozialdemokraten hier heute ausdrücklich dazu einladen.

(Beifall)

Für uns gelten bei der Bewältigung dieser Zukunftsaufgabe einige zentrale Grund-

sätze: Der Drei-Generationen-Vertrag ist und bleibt das Fundament einer sicheren Rente. Wir wollen bei der anstehenden Reform dem Anliegen aller drei Generationen Rechnung tragen.

Den Rentnern sagen wir: Die Rente ist und bleibt Alterslohn für Lebensleistung. Eine Einheitsrente kommt für uns nicht in Frage.

(Beifall)

Wir wollen auch im Rahmen des Möglichen sicherstellen, daß die verfügbaren Einkommen von Rentnern und Beschäftigten jeweils in gleichem Maße steigen.

Den Beitragszahlern sagen wir: Die Belastungen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben, dürfen nicht allein auf ihren Schultern ruhen. Und vor allem: Die Höhe der Beiträge bleibt Maßstab für die Höhe der späteren Rente.

Und den jungen Menschen sagen wir: Wir wollen gemeinsam mit Ihnen eine sichere und leistungsgerechte Rente auch für die Zukunft garantieren. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Zukunftssicherung der jungen Generation.

Drittens. Mit einer großen Steuerreform werden wir Eigeninitiative und Leistung fördern.

Liebe Freunde, unseren Wohlstand verdanken wir nicht großen Rohstoffvorkommen, sondern allein dem Fleiß, der Schaffenskraft und dem Einfallsreichtum der Bürger unseres Landes.

(Beifall)

Für die Zukunft unseres Landes, für die Dynamik unserer Gesellschaft ist es deshalb von entscheidender Bedeutung, daß der Leistungswille der Menschen angemessen belohnt wird.

(Beifall)

In der Vergangenheit hat sich bei uns ein Steuersystem entwickelt, das, wie jeder weiß, dem Staat zuviel gibt und dem Bürger zu wenig läßt. So werden im Alltag die Tüchtigen, die Redlichen, die Ehrlichen bestraft und diejenigen belohnt, die Schleichwege finden und die Gemeinschaft hintergehen.

Liebe Freunde, eine Gesellschaft, die einen solchen Zustand tatenlos hinnimmt, kann Zukunftsaufgaben nicht bewältigen. Deshalb ist diese Steuerreform nicht einfach eine finanztechnische Frage, sondern eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit ersten Ranges. Wer mehr arbeitet, mehr investiert, mehr leistet und sich auch mehr plagt, der hat einen moralisch berechtigten Anspruch, dafür auch einen gerechten Lohn und Gewinn zu erhalten.

(Beifall)

Das Thema heißt: „Leistung muß sich wieder lohnen.“ Um die große Mehrzahl der Steuerzahler zu entlasten, wollen wir einen durchgehenden linear-progressiven Einkommensteuertarif einführen und zugunsten der kleinen Einkommen den Grundfreibetrag erhöhen. Die Belastung der Familien wollen wir mit einer Erhöhung der

Kinderfreibeträge und der Kindergeldzuschläge ausgleichen. Dazu besteht die Notwendigkeit, eine Senkung der im internationalen Vergleich viel zu hohen Unternehmensbesteuerung vorzunehmen.

Liebe Freunde, das hört sich sehr gut an, aber dies alles wird nur möglich sein, wenn wir auch den Mut zum Abbau von Subventionen aufbringen.

(Beifall)

Das heißt, wenn wir in über einem Jahr, in zwölf Monaten in diese Debatte eintreten, dürfen wir nicht nur leidenschaftlich die Subventionen des anderen oder der anderen Gruppe abbauen wollen, sondern wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall)

Diese Steuerreform wird uns auch Gelegenheit geben, ein weiteres Ärgernis anzugehen: Unser Steuersystem ist zu kompliziert und für immer mehr Bürger immer weniger verständlich. Unser Ziel muß sein, ein einfacheres, verständlicheres Steuersystem mit immer weniger Ausnahmen zu finden.

Denn auch das gilt: Je komplizierter und undurchsichtiger ein Steuersystem ist, desto ungerechter wirkt es. Denn die, die die Möglichkeit dazu haben, können in der Regel alles ausschöpfen, und viele, die dabei nicht mithalten können, werden ungerecht behandelt. Deshalb ist eine Steuerreform immer auch eine soziale Aufgabe.

Wer über Steuerreform spricht, muß über die Lohnnebenkosten sprechen. Dabei sind wir beim Thema einer grundlegenden Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung. Nicht kostentreibendes Verhalten, sondern Sparsamkeit muß belohnt werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, was ich hier eben vom Kampf der Gruppen im Blick auf Subventionen sagte, gilt auch für diesen Bereich. Man braucht kein Prophet zu sein: Wenn wir in zwölf Monaten über diese beiden großen Themen diskutieren, dann braucht es viel Solidarität — ja, ich gehe weiter: viel Mitmenschlichkeit — in unserer Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Viertens. Wir wollen mehr Flexibilität in unserer Arbeitswelt und neue Chancen für eigene Lebensgestaltung.

Mit dem Wirtschaftsaufschwung haben wir die Wende auch auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt. Die Beschäftigung nimmt zu, die Arbeitslosigkeit nimmt ab. Wir übersehen dabei überhaupt nicht, daß noch eine wichtige Wegstrecke vor uns liegt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt noch auf absehbare Zeit unsere wichtigste innenpolitische Zukunftsaufgabe.

Dabei, liebe Freunde, sind wir zu einer vernünftigen, wenn möglich guten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bereit. Ich sage bewußt: mit den Gewerkschaften. Denn in einer Gesellschaft, in der Pluralismus herrscht, herrscht natürlich auch bei den Gewerkschaften Pluralismus. Da gibt es den DGB, die DAG, die christlichen Gewerkschaften und den Deutschen Beamtenbund — um nur einige zu nennen. Wir

sind zu guter Zusammenarbeit bereit, zu vernünftiger Zusammenarbeit. Das gilt auch für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Nur sind Beziehungen dieser Art nie eine Einbahnstraße.

(Beifall)

Wer — ich schaue dabei Ernst Albrecht an — auf die Verleumdung, ja, auf die Volksverhetzung zurückblickt, die von einigen Repräsentanten und Gruppen des DGB vor der Niedersachsenwahl betrieben wurde, muß sagen: Das ist für uns gänzlich unerträglich. Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen.

(Anhaltender Beifall)

Manche in der Führung des DGB oder der Einzelgewerkschaften haben uns im Blick auf den Januar einiges in Aussicht gestellt. Nun, meine Damen und Herren, mich reizt das alles nicht sonderlich. Auch beeindruckt mich dies alles nicht sonderlich. Wir hatten schon einmal in der Geschichte unserer Republik den Aufruf: Wählt einen besseren Bundestag! Heraus kam ein phantastisches Wahlergebnis für die Union.

(Beifall)

Ein Bundesbürger, der die Parole „Wählt einen besseren Bundestag“ hört und gleichzeitig das DGB-Flugblatt zur Neuen Heimat in der Hand hat, weiß, was er zu wählen hat.

(Beifall)

Aber bei aller Bereitschaft zur kämpferischen Auseinandersetzung bleibe ich dabei: Für den Staat, für die Gesellschaft, für uns alle ist es wichtig, daß wir starke Unternehmerverbände und starke Gewerkschaften haben. Die müssen die Tarifhoheit ausüben. Damit sind wir in den letzten Jahrzehnten gut gefahren.

Gerade zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme brauchen wir diese Gemeinsamkeit, weil wir mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung erreichen wollen. Das bringt wirtschaftliche Vorteile und erleichtert es den Betrieben, neue Mitarbeiter einzustellen, statt einen Auftrag über Überstunden abzuwickeln.

Gleichzeitig wollen heute mehr Menschen ihren Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Wir wollen deshalb das Wirrwarr von Geboten und Verboten durch eine Vielfalt von Angeboten ersetzen, auch durch neue Spielräume zur persönlichen Lebensgestaltung.

Als Christliche Demokraten sind wir dabei in ganz besonderem Maße angesprochen. Denn wir wissen: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Er braucht Heimat, nicht nur im örtlichen Sinne, sondern auch im besten Sinne des Verständnisses von geistiger Heimat.

Die Menschen suchen immer mehr nach sinnvollen Beschäftigungen außerhalb der Erwerbsarbeit, außerhalb herkömmlicher Freizeitgestaltung. In unserem Verständnis sollten dabei zwei Bereiche im Vordergrund stehen: soziales Engagement und Dienst am Nächsten einerseits und das weite Feld der kulturellen Selbstentfaltung andererseits.

Liebe Freunde, unsere demokratische Ordnung lebt vom uneigennützigem Einsatz der Bürger. Dabei werden in zahlreichen Fällen viel menschlichere Lösungen gefunden, als wenn der Staat mit seiner ganzen Macht in Aktion tritt. Wir wollen auch in Zukunft das ehrenamtliche Engagement in seiner ganzen Vielfalt fördern.

(Beifall)

Immer mehr Menschen sind bereit, ihre Freizeit und einen immer größeren Teil ihres Einkommens kulturellen Bedürfnissen zu widmen. Durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden die Chancen dazu in rapidem Tempo wachsen. Dieser neuen Freiheit muß eine neue Verantwortung entsprechen.

Ich will hier vor allem unsere Verantwortung für unsere Muttersprache unterstreichen. Die Geschichte lehrt, daß die Überlebensfähigkeit von Völkern und Kulturen durch die Sprache gesichert wird. Deshalb werden wir vor allem jenseits unserer Grenzen eine groß angelegte Aktion zur Förderung der deutschen Sprache einleiten. Aber auch unsere Schulen haben hier zweifellos ein lohnendes Arbeitsfeld.

(Beifall)

Fünftens. Wir brauchen den Fortschritt in Wissenschaft und Technik; aber er muß ethischen Maßstäben unterworfen sein.

Als eine der großen Exportnationen der Welt sind wir davon abhängig, daß wir auf den Weltmärkten bestehen. Unsere Wirtschaft ist auf Patente, auf Innovationen und Erfindungen angewiesen. Die Mittel für Forschung und Entwicklung sind von 1982 bis 1985 um 20 Prozent angehoben worden, die Forschungsmittel der deutschen Wirtschaft sogar um 26 Prozent. Allein in diesem Jahr geben wir insgesamt — öffentliche Hand und Wirtschaft — die Rekordsumme von 55 Milliarden Mark für Forschung aus. Wir wollen dabei nicht stehenbleiben; denn Forschungsinvestitionen sind immer Zukunftsinvestitionen.

Die besten Köpfe und Ideen brauchen wir auch deshalb, damit die Not in der Welt — insbesondere Hunger und Krankheit — besser bekämpft werden kann. Wer Fortschritt ablehnt, schließt auch vor dieser Aufgabe die Augen.

(Beifall)

Wir wissen: Wissenschaft und Technik haben in der Vergangenheit unser Leben oft erleichtert. Wir müssen freilich in Zukunft mehr denn je darauf achten, daß sich der Fortschritt am Wohle der Menschen orientiert, daß er uns nicht sprichwörtlich über den Kopf wächst.

Auch bei der Bewältigung dieser Zukunftsaufgabe tragen wir heute als Union die Hauptlast. Die Sozialdemokraten haben sich längst abgemeldet: Vom Glauben, alles sei machbar, von einer naiven Fortschrittsgläubigkeit Anfang der 70er Jahre sind sie heute in düsteren Fortschrittspessimismus verfallen.

Für uns, liebe Freunde, ist klar: Die moderne Technik muß dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Sie darf niemals zum Glaubensersatz oder zur Ideologie werden.

(Beifall)

Maßstäbe für verantwortungsbewußte Forschung sind: Achtung der Würde des Menschen, Verantwortung gegenüber der Schöpfung und Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen. Hier liegt der Ursprung einer Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation.

Ich plädiere für neuen Mut zur Forschung auf dieser Grundlage. Liebe Freunde, wenn wir uns im heutigen Wissensstand bequem einrichten würden, hieße das, vor den Herausforderungen des Lebens und den Problemen dieser Welt zu kapitulieren. Das wird niemals unsere Politik sein.

(Beifall)

So suchen wir auch nach neuen Wegen in der Energieversorgung. Wir Christlichen Demokraten sind nicht für die Kernenergie um ihrer selbst Willen. Wir sind heute für ihre Nutzung, weil sie wirtschaftlich und umweltfreundlich ist, weil sie nach unserer Überzeugung in der Bundesrepublik Deutschland auch das höchstmögliche Sicherheitsniveau aufweist.

Wenn wir angemessenen, d. h. sicheren und umweltschonenden Ersatz gefunden haben, können und werden wir auf die Kernenergie verzichten. Wer aber heute aus der Kernenergie einfach aussteigen will, dem sind unsere Wälder offenbar auf einmal gleichgültig und der nimmt auch keine Rücksicht auf Not und Hunger in den Entwicklungsländern.

(Beifall)

Bei alledem gilt selbstverständlich der Satz, daß die Sicherheit der Bürger und der Schutz der Gesundheit Vorrang haben müssen vor allen anderen — auch wirtschaftlichen — Überlegungen. Deswegen wollen wir den höchsten Sicherheitsstandard, und zwar nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern, die Kernkraftwerke betreiben, vor allem auch in unseren Nachbarländern. Das war auch der Sinn der internationalen Konferenz zur Reaktorsicherheit, die auf meine Initiative hin vor 14 Tagen in Wien stattfand.

Ich meine, liebe Freunde, bei diesem sensiblen Thema zeigt sich sehr deutlich, worum es in der Politik geht: Die Realitäten und Notwendigkeiten von heute ernst zu nehmen und gleichzeitig die Chancen künftiger Veränderungen entschlossen zu nutzen.

Sechstens. Wir erschließen den Bürgern neuen Freiraum und stärken zugleich die Autorität des Staates.

Eine der schwersten Hypotheken, die uns die Sozialisten hinterlassen haben, war eine weitverbreitete Anspruchsmentalität gegenüber dem Staat. Wir haben hier einen wichtigen Wandel eingeleitet. Wir haben klargestellt: Wer Rechte hat, der hat auch Pflichten; wer Ansprüche stellt, der muß auch seinen Beitrag und Leistung erbringen wollen.

Die Bürger haben bewiesen, wie gut sie neugeschaffene Freiräume nutzen können. Sie wollen in ihrer großen Mehrheit, daß der Staat auf seine eigentlichen Aufgaben zurückgeführt wird, weil er nur so diese Aufgaben auch wirksam erfüllen kann.

Zu den klassischen Staatsaufgaben zählt die Gewährleistung der Sicherheit des

Bürgers nach innen und nach außen. Dies sage ich auch im Blick auf manche Demonstrationen: Wem der Frieden zwischen den Völkern wirklich am Herzen liegt, der darf im Innern des Landes weder Gewalt dulden, noch Gewalt ausüben.

(Beifall)

Und ich bitte Sie alle, auch draußen vor Ort bei solchen Diskussionen immer wieder auch den Beamten unserer Polizei für ihren oft nicht einfachen Dienst zu danken.

(Erneuter Beifall)

Wer den Alltag eines Bereitschaftspolizeibeamten, eines Beamten im Bundesgrenzschutz in Brokdorf oder Wackersdorf oder anderswo erlebt, wer die Pflichterfüllung der Beamten auf den Polizeirevieren erlebt, der weiß, daß wir auch in unserer Sprache mit diesen Mitbürgern freundlicher umgehen sollten.

(Beifall)

Zu den gefährlichsten Herausforderungen der freiheitlichen Demokratie gehört der Terrorismus. Auch in der Antwort darauf müssen und wollen wir uns den Rechtsstaat bewahren. Aber an unserer Entschlossenheit beim Kampf gegen den Terrorismus darf es keinen Zweifel geben, und wir müssen allesamt — alle Länder, die sich zivilisierte Länder nennen — mittun, um diesen Kampf auch international geschlossener führen zu können.

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland wollen einen Staat mit Autorität, einen Staat, der ihre Freiheit schützt und respektiert. Sie wollen nicht den Bevormundungsstaat, der Autorität mit autoritärem Gehabe verwechselt. Das lehnen wir mit der großen Zahl unserer Mitbürger entschieden ab.

Diese selbstbewußte Einstellung gegenüber dem Staat hat auch ihre Ursache in einer großartigen Renaissance privater Initiativen und bürgerschaftlichen Möglichkeiten. Das ist ein entscheidendes Zukunftskapital für unsere freiheitliche Gesellschaft.

Siebtens. Wir engagieren uns auch künftig für Frieden in Freiheit und für mehr Gerechtigkeit in der Völkergemeinschaft.

Liebe Freunde, wir brauchen in unserem Volk ein neues und ein stärkeres Bewußtsein für die Rolle und die Verantwortung, die die Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik übernehmen muß. Wir müssen uns gegen jede Form des Provinzialismus wenden, der durchs Land zieht und glaubt, wir könnten in Frieden und Freiheit leben, wenn wir nur unsere eigenen Dinge in Ordnung halten.

(Beifall)

Die Welt, in der wir leben, wächst immer enger zusammen. Dies erhöht unsere Betroffenheit und Abhängigkeit von internationalen Veränderungen, von regionalen Krisen, aber auch von währungspolitischen, von weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Zugleich erfahren wir, daß wichtige innenpolitische Aufgaben wie Umweltschutz, Terrorismus-Abwehr, Drogenbekämpfung nur noch grenzüberschreitend lösbar sind.

Wir Deutsche können uns deshalb nicht als eine Insel der Glückseligkeit verstehen — als ein Volk, das sich aus internationalen Bindungen und Verpflichtungen heraushält,

als eine Zone möglichst frei von allen Waffensystemen und Soldaten, als ein Land, das immer mehr nach draußen verkaufen will und muß, das aber vor internationaler Verantwortung zurückscheut. Wer dies will — wie die GRÜNEN und starke Kräfte der SPD —, der zerstört weltweit das Vertrauen in die Friedensfähigkeit und in die Verantwortungsbereitschaft der Deutschen.

(Beifall)

Über 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und nach dem Ende der Barbarei der Nationalsozialisten werden wir uns als Deutsche künftig noch stärker für eine aktive und weltweite Außenpolitik engagieren müssen. Unser internationales Gewicht, liebe Freunde, bestimmt sich dabei zu allererst und immer durch die innere Stabilität unseres Landes. Wenn wir innenpolitisch erfolgreich sind, hilft uns das auch in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Dabei ist klar: Die Wertegemeinschaft westlicher Demokratien ist unsere Heimat. Eine Äquidistanz zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Einpartei-herrschaft kann und darf es für die Bundesrepublik Deutschland niemals geben.

(Beifall)

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Freunden ist ein wichtiges Kapitel, das wir bei der Wahrung unserer Interessen einbringen können. Dieses Kapital ermöglicht uns Einfluß, Mitwirkung und Mitgestaltung. Es erhöht unsere Chance, deutschen und europäischen Interessen im globalen West-Ost-Dialog die nötige Geltung zu verschaffen.

Liebe Freunde, das heißt auch — das ist nicht anders als in unserer eigenen Partei —: Freunde müssen nicht immer der gleichen Meinung sein, aber sie müssen sich aufeinander verlassen können und vor allem auch nach außen zusammenstehen. Keine Freundschaft — das gilt auch für die Freundschaft und Partnerschaft zwischen Staaten — verträgt auf die Dauer besserwisserische Nörgelei und fortdauernde öffentliche Herabsetzung des anderen.

(Beifall)

Ich sage das auch an die Adresse führender deutscher Sozialdemokraten und nehme ein Beispiel auf, das Bernd Vogel hier eingeführt hat: Wer bei fast jeder Demonstration gegen die Vereinigten Staaten in der ersten Reihe mitmarschiert und protestiert, hat sich vom Bündnis in Tat und Wahrheit längst abgesetzt und die Freundschaft gekündigt.

(Beifall)

Wir erleben heute einen amerikanischen Partner, der neues Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein entwickelt hat. An uns Europäer, auch an uns Deutsche, richtet sich immer dringlicher die Anfrage nach verstärkten Beiträgen zur europäischen Verteidigung, zu internationalen Konfliktlösungen. Das sollte uns — und hier muß man doch auch fair sein gegenüber den Freunden — 41 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und auch angesichts der inneren Probleme der USA gewiß nicht überraschen.

Wir müssen darauf Antworten finden — im nationalen Maßstab wie im Konzert

unserer europäischen Partner. Dies erfordert neue Dimensionen des Denkens in der Außen- und Sicherheitspolitik unserer Länder in Europa: mehr Zusammenarbeit, bilateral und multilateral, mehr Arbeitsteilung zwischen Europa und den USA — nicht in Alternative zu den Vereinigten Staaten, sondern gemeinsam, als Partner und Freunde.

Meine Damen und Herren, auch die sowjetische Politik spiegelt unter der Führung von Generalsekretär Gorbatschow neue Dynamik wider. Sie richtet sich mit neuen Initiativen nicht nur an die Adresse der USA, sondern auch an Westeuropa, Japan, China, Indien und an andere politische Machtzentren. Generalsekretär Gorbatschow hat große Anstrengungen im Inneren des Landes angekündigt. Diese sowjetische Politik enthält Risiken, aber auch Chancen für mehr Verständigung, Zusammenarbeit und vor allem für wichtige Ergebnisse im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sie kann darüber hinaus zu einer engeren Kooperation zwischen west- und osteuropäischen Staaten führen.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, und wir als Christliche Demokraten werden auf der Grundlage unserer nationalen und Bündnisinteressen jede Chance nutzen, um die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn — wenn möglich, auf allen Ebenen konstruktiv zu entwickeln.

Je besser sich die Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten gestalten, desto größer ist der politische Bewegungsspielraum der Europäer in West und Ost - und damit immer auch der deutsche. Wir werden deshalb alle Kräfte dafür einsetzen, daß der im November 1985 mit dem Genfer Gipfel in Gang gekommene Prozeß der Verständigung, wie er jetzt zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in dieser Woche in Reykjavik fortgeführt wird, konstruktiv auf allen Ebenen erhalten bleibt.

Liebe Freunde, Frieden in Freiheit — das ist heute noch vor allem ein Thema zwischen West und Ost. Aber immer mehr wird sich auch die Frage nach einem gerechten Interessenausgleich zwischen Nord und Süd in den Vordergrund schieben. Das konnte ich bei meinen gezielten Besuchen in Ländern wie Mexiko und Argentinien, Indien und China beobachten.

Unsere Beziehungen zu neuen politischen Machtzentren der Dritten Welt müssen über Wirtschafts- und Entwicklungshilfe hinausgehen. Wir brauchen den breiten politischen Dialog auch in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dabei streben wir die politische Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern an. So wollen wir auch einen guten Rahmen schaffen für wirtschaftliche und technologisch-wissenschaftliche Kooperation, die beiden Seiten nützt.

Achtens. Wir wollen das freie und geeinte Europa — auch, weil darin die Zukunft der deutschen Nation eingebettet ist.

Wenn wir als Europäer weltweit unser Gewicht zur Geltung bringen und unserer Verantwortung gerecht werden wollen, müssen wir lernen, mit einer Stimme zu sprechen. Ein freies Europa, das seine Kräfte bündelt, ist eine großartige Perspektive. Es könnte ein stabiler Verbündeter der USA sein, ein selbstbewußter Partner der Sowjetunion und für die meisten Länder der Dritten Welt endlich die gewünschte Alternative zu den bestehenden Weltmächten. Ein freies und geeintes Europa kann sich zu einem neuen Zentrum der internationalen Politik entwickeln.

Die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Bündnismitgliedern bestimmt sich auch in Zukunft, liebe Freunde, ausschließlich nach dem Gewicht, das die Europäer in die internationale Politik einbringen, und nach dem Beitrag, den die Europäer, also auch die Deutschen für die gemeinsame Sicherheit leisten.

(Beifall)

Für unsere Nachbarn im Osten — und das sind alles alte europäische Länder, Menschen mitten in Europa — wird ein geeintes und freies Europa große Ausstrahlungs- und Anziehungskraft als ein Modell für das friedliche Zusammenleben der Völker entwickeln.

320 Millionen Europäer in der Europäischen Gemeinschaft heute: Das ist zugleich, wirtschaftlich gesehen, der größte Markt in der Welt. Und deshalb bietet der Beschluß des Europäischen Rates vom letzten Dezember in Luxemburg, bis 1992 den gemeinsamen Binnenmarkt zu verwirklichen, so große Zukunftschancen, vor allem auch für die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Die Einigung Europas voranzubringen und die Rechte der Bürger zu stärken, das läßt sich nicht trennen. Deshalb muß die Vertretung der Bürger Europas, das Europäische Parlament, mehr Kompetenzen erhalten; denn dieses geeinte Europa braucht immer eine demokratische Legitimation.

(Beifall)

Die europäische Idee muß wieder unsere Leidenschaft bewegen können. Gerade uns Deutschen bietet sich die historische Chance, die Einheit Deutschlands in der Einheit Europas zu vollenden. Wer gegen dieses große Ziel nur Bedenken vorbringt, der hat nie verstanden, wie viel der Wille eines Volkes in der Geschichte bewegen kann.

(Beifall)

Daß das ganze Deutschland, liebe Freunde, das ganze Deutschland in einem freien Europa seine Heimat findet — diesem Ziel bleiben wir auch in Zukunft verpflichtet.

(Beifall)

Deshalb wird es, so lange es die Christlich Demokratische Union in Deutschland gibt, keine Zustimmung zu Bestrebungen geben, die Präambel unseres Grundgesetzes zu ändern.

(Beifall)

Wir haben nicht das Recht — niemand hat das Recht —, den Anspruch auf Selbstbestimmung für alle Deutschen einfach aufzugeben. Im Gegenteil, liebe Freunde, gerade weil uns nach 1945 die Chance der Freiheit geschenkt wurde, haben wir die moralische Pflicht, den Freiheitsanspruch unserer Landsleute zu

unterstützen, die damals gänzlich unverschuldet in neue Unterdrückung geraten sind.

(Beifall)

So bleibt die deutsche Frage offen, bis alle Deutschen die Chancen der Freiheit erhalten.

(Beifall)

Dies war, ist und bleibt das Fundament unserer Deutschlandpolitik. Wir werden mit der Führung der DDR alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen ausloten. Dabei vergessen wir niemals, daß wir es mit den Repräsentanten einer kommunistischen Diktatur zu tun haben.

Wir bleiben bei unserer Politik, die nach menschlichen Erleichterungen strebt, um die Teilung für die Menschen erträglicher zu machen. Aber wir finden uns mit dieser Teilung nicht ab, sondern wir bekennen uns zur Einheit der Nation. Dabei, liebe Freunde, genügt es nicht, das einmal im Jahr bei einer Feierstunde am 17. Juni zu tun. Das muß Bestandteil unseres politischen Denkens bleiben!

(Beifall)

Deshalb freuen wir uns, daß allen schlimmen Prognosen von einer neuen Eiszeit, von einem Raketenzaun zum Trotz, die wir doch gehört haben — 1982, 1983, 1984 — in diesem Jahr, wenn ich die Zahlen bis Ende Dezember hochrechne, etwas mehr als 200 000 Landsleute aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik zu Besuch kommen: Viele von ihnen — und Sie können sie heute und morgen auf den Straßen und Plätzen von Mainz finden — zum ersten Mal in ihrem Leben, viele von ihnen voller Hoffnung, daß wir im Wohlstand den Gedanken an die Zukunft der Einheit der Nation nicht aufgegeben haben, viele von ihnen aber auch mit fragenden Augen und mit dem Willen, ihre Erfahrungen an uns weiterzugeben. Meine Hoffnung ist, daß diese 200 000 Landsleute, die aus der DDR zu uns kommen, viele Hunderttausende in der Bundesrepublik veranlassen, endlich einmal selbst nach dort zu fahren, um dort Erfahrungen zu sammeln.

(Beifall)

Natürlich weiß ich um die finanziellen Probleme, um Umtauschquote und dies alles. Aber lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen, und ich richte dies an jeden: Wenn ich sehe, wofür in unserem Land oft Geld ausgegeben wird, so denke ich, es muß doch möglich sein — und wir alle sind gefordert —, daß in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland darüber nicht nur diskutiert, sondern auch gehandelt wird und möglichst viele Klassen hinüberfahren, bevor sie nach Paris, Rom oder anderswohin reisen,

(Beifall)

hinüberfahren nach Leipzig, nach Dresden, nach Weimar und nach Halle, eben Deutschland erleben und auch in der DDR — mitten in Deutschland — Geschichte und Alltag unseres Volkes zur Kenntnis nehmen.

Liebe Freunde, wir haben Grund, auf unsere Erfolge stolz zu sein. Aber erfolgreich

konnten wir nur sein, weil unsere Bürger ein Bündnis zur Erneuerung unseres Landes mit uns eingegangen sind. Ich bin ganz sicher, daß die Wähler unsere Arbeit richtig bemessen. Sie werden nicht denen glauben, die den Karren in den Dreck gefahren haben und die zu allen wichtigen Zukunftsfragen die Antworten von gestern oder gar vorgestern anbieten.

Wir versprechen auch vor dieser Wahl nicht allen alles. Aber wir versprechen unserem Volk, zu bewahren, was es mühsam gemeinsam erarbeitet hat.

Wir haben das Steuer vor vier Jahren übernommen und es gegen viele Widersacher und Widerstände herumgeworfen. Heute stehen wir mitten in einem Abschnitt der Gesundung und Konsolidierung in Staat und Gesellschaft, in einer neuen Aufbruchphase europäischer Gesinnung und atlantischer Partnerschaft.

Als Konrad Adenauer 1953 den Wahlkampf eröffnete — auch damals ging es um die Durchsetzung einer wegweisenden Politik —, beschrieb er — und ich zitiere ihn — „den Rohbau, den wir ausgeführt haben, die Pfosten, die wir gesetzt haben, die Außenmauern, die wir gebaut haben, das Dach, das wir darüber gesetzt haben, damit das deutsche Volk wieder eine Behausung hatte“. Auf dieser Grundlage stellte er dann den „inneren Ausbau“ in Aussicht.

Wer, liebe Freunde, denkt bei diesem Zitat nicht an die Lage, in der wir uns heute befinden? Wieder ist es die Union, die ein Werk des Aufbaus und der Gestaltung zu leisten hat. Aber aus dieser historischen Verantwortung können wir Kraft für die Aufgaben und die Schwierigkeiten schöpfen, die vor uns liegen.

Bei der Richtungsentscheidung am 25. Januar geht es um die Zukunft Deutschlands, und das ist immer die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Sie wollen offene Tore in die Welt, sie wollen eine faire Chance, mit der sie selbst durch ihr Tun und ihre Leistung ihr Glück finden können. Es ist eine großartige junge Generation, für die es sich zu arbeiten, ja, zu kämpfen lohnt.

So, liebe Freunde, gehen wir selbstbewußt in diesen Wahlkampf. Wir haben alle Chancen, wenn wir um jede Stimme kämpfen.

Wir wissen, was auf dem Spiel steht. Die Wähler wissen, was auf dem Spiel steht. Deutschland, unser Vaterland, braucht unsere Tatkraft, unsere Zuversicht, unseren Mut. Tun wir unsere Pflicht!

(Die Delegierten erheben sich — Langanhaltender, lebhafter Beifall)

**Dr. Bernhard Vogel**, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Helmut Kohl für eine große, für eine umfassende und für eine nachdenkliche Rede. Herzlichen Dank, lieber Helmut Kohl!

(Beifall)

Mit dieser Rede ist Position bezogen worden, und sie wird uns in den nächsten Monaten viel helfen. Es ist eine Bilanz gezogen worden über Jahre, in denen wir aus der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit herausgeführt worden sind und in denen unsere Außenpolitik wieder ein stabiles Fundament bekommen hat.

Es ist aber auch über den Auftrag, den wir für die Zukunft haben, gesprochen worden, einen Auftrag, der über die Alltagsfragen und über den Tag hinausgeht.

Herzlichen Dank. Weiter so, Helmut Kohl, weiter so für eine gute Zukunft!

(Beifall)

Nun noch ein paar kurze Mitteilungen zum weiteren Verlauf: Die Mitglieder der Antragskommission werden daran erinnert, daß sie um 14.30 Uhr zu einer Sitzung zusammenkommen, und zwar im Goldsaal des Hotels Hilton.

Weiter: Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden zu einer Sitzung um 13.45 Uhr in das Büro des Organisationsleiters gebeten.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission werden gebeten, sich zu einer konstituierenden Sitzung während der zweiten Plenarsitzung bereitzuhalten.

Ich erinnere noch einmal daran, daß die Frist für die Einreichung von Initiativanträgen um 13 Uhr abläuft.

Ich berufe die nächste Plenarsitzung auf 14.30 Uhr ein und wünsche Ihnen einen guten Appetit.

(Unterbrechung von 12.51 Uhr bis 14.37 Uhr)

**Dienstag, 7. Oktober 1986**

2. Plenarsitzung

Beginn: 14.37 Uhr

**Dr. Horst Waffenschmidt**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Hiermit eröffne ich unsere 2. Plenarsitzung auf diesem Parteitag.

Wir haben heute morgen schon gehört, daß wir die große Freude haben, daß wieder eine große Zahl von Parteifreunden aus dem benachbarten Ausland bei uns sind. Heute nachmittag haben wir die Freude, daß zwei von ihnen zu uns sprechen werden. Ich begrüße in unserer Mitte sehr herzlich unseren Freund Dr. Alois Mock, den Obmann der Österreichischen Volkspartei und Vorsitzenden der EDU.

(Beifall)

Lieber Freund Mock, wir sind mit Ihnen seit vielen Jahren in vielfältiger Weise verbunden. Wir freuen uns sehr, daß Sie bei uns sind. Sie haben jetzt das Wort. Wir freuen uns auf Ihre Grußansprache. Das Wort hat Alois Mock.

**Dr. Alois Mock** (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe deutsche Christdemokraten! Lieber Helmut Kohl! Ich möchte mich sowohl als Präsident der Internationalen Demokratischen Union wie auch als Obmann der Österreichischen Volkspartei für die Einladung zu diesem Parteitag bei der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sehr herzlich bedanken.

(Beifall)

Ich danke erstens deswegen, weil eine rege und gute Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Christlich Demokratischen Union aus der Geschichte und aus der nachbarschaftlichen Situation zu einer guten Tradition geworden ist. Zweitens danke ich dafür, daß hier in Rheinland-Pfalz Herr Ministerpräsident Vogel, der uns in der Europäischen Demokratischen Union in einer wichtigen Position, nämlich als Vorsitzender der Politischen Kommission, etwas sehr Wertvolles zur Verfügung stellt — seine Zeit —, für die Zusammenarbeit christlich-demokratischer und konservativer Parteien wertvolle Arbeit leistet. Drittens freue ich mich, hier in dieser schönen Gegend der Bundesrepublik zu sein, die Goethe bei einer Reise nach Mainz ja folgendermaßen beschrieben hat: eine gesegnete Gegend, die ein Gefühl von Wohlfahrt und Behagen erweckt, welches in den Weinländern in der Luft zu schweben scheint. Ich freue mich jedenfalls ganz besonders, im Bundesland Rheinland-Pfalz zu sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich überbringe Ihnen die Grüße der Internationalen Demokratischen Union, einer weltweiten Organisation, hinter der 150 Millionen Wähler stehen. Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei Helmut Kohl und der Christlich Demokratischen Union, daß sie nicht nur Gründungsväter der Internationalen Demokratischen Union waren, sondern den Aufbau dieser weltweiten Organisation mit Rat, mit Wort und mit Tat unterstützt haben. Liebe Freunde, die deutschen Christdemokraten haben — wie das immer ist, wenn Sozialisten abtreten — ein schwieriges Erbe übernommen: hohe Schulden und eine wachsende Arbeitslosigkeit.

keit. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich, daß Sie hier in diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich eine Wende herbeigeführt haben.

(Beifall)

Es hat sich auch bei Ihnen — genauso wie in Österreich — das Wort Adenauers als richtig erwiesen: Sozialisten wissen, wie man das Geld ausgibt, aber nie, wie man es ordentlich einnimmt und verwaltet.

(Beifall)

Thomas Bernhard, einer der großen noch lebenden österreichischen Literaten und Schriftsteller, mit dem man nicht in jeder Hinsicht übereinstimmen muß, hat in seinem Stück „Der Theatermacher“ vor kurzem geschrieben:

Jetzt präsentiert uns der sogenannte Sozialismus die Rechnung. Die Kassen sind leer. Es wird hundert Jahre dauern, bis das Ruinierte wiederhergestellt wird.

Die CDU hat den Beweis erbracht, daß es nicht unbedingt hundert Jahre dauern wird, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Sie haben den Beweis erbracht, daß eine Politik, die sich an der Sozialen Marktwirtschaft orientiert, innerhalb kurzer Zeit Ordnung in die Staatsfinanzen bringt, ein neues Wirtschaftswachstum sicherstellt, wieder zu mehr Arbeitsplätzen führt, mehr Eigentum in der Hand des Bürgers sichert und trotzdem auch niedrigere Steuern ermöglicht.

Auch wir werden in Österreich am 23. November versuchen, diese Wende herbeizuführen.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte mich, liebe Freunde, ohne meine Grußadresse zu sehr zu strapazieren, noch bei Helmut Kohl bedanken für sein unermüdliches, ausdauerndes und vorbildhaftes Engagement für ein vereinigtes Europa. Wir sind auf Grund der Politik von Helmut Kohl in europäischer Hinsicht der Vision des europäischen Bundesstaates wieder ein Stück nähergekommen.

(Beifall)

Ich habe das in der Vergangenheit als Präsident der Europäischen Demokratischen Union unterstützt und werde das in Zukunft aus persönlicher Überzeugung als Präsident der Europäischen Demokratischen Union mit allen Möglichkeiten unterstützen, und auch als Obmann der Österreichischen Volkspartei bin ich im Hinblick auf die geopolitische Lage meines Heimatlandes als immerwährenden neutralen Staates interessiert, daß die europäische Einigung im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich konsequent verwirklicht wird.

Ich wünsche Ihrem Parteitag einen erfolgreichen Verlauf. Ich versichere Ihnen die Verbundenheit und die Solidarität der Österreichischen Volkspartei und der Internationalen Demokratischen Union, nicht als protokollarische Floskel, sondern aufbauend auf vielen persönlichen Freundschaften und auf einer gemeinsamen gesellschaftspolitischen und weltanschaulichen Basis. Alles Gute für Ihre Beratungen!

(Beifall)

**Dr. Horst Waffenschmidt**, Tagungspräsidium: Lieber Alois Mock, wir danken sehr herzlich für diese Grußadresse an unseren Parteitag. Ich darf, auch für diesen Parteitag, noch einmal sagen, daß wir uns mit der Arbeit der Österreichischen Volkspartei auf's Engste verbunden wissen. Und, lieber Alois Mock, eines ist hier auch noch ganz offen auszusprechen: Bei Euch in Österreich gibt es in Bälde Nationalratswahlen. Ich möchte für den Bundesparteitag der CDU hier ganz deutlich zum Ausdruck bringen, lieber Alois Mock: Viel Glück und Erfolg für die Österreichische Volkspartei bei den anstehenden Nationalratswahlen in Österreich.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir haben nun die Freude, auch noch einen Vertreter der Europäischen Volkspartei unter uns zu wissen. Ich begrüße sehr herzlich unseren Freund Jean Spautz, den Innenminister von Luxemburg und Vizepräsidenten der Europäischen Volkspartei. Herzlich willkommen in unserer Mitte!

(Beifall)

Lieber Freund Spautz, Sie vertreten heute hier bei uns die christlich demokratischen Parteien, sozusagen unsere europäische Mutterpartei. Wir freuen uns auf Ihr Grußwort an diesen Parteitag.

Das Wort zu einer Grußadresse hat jetzt unser Freund Spautz.

**Jean Spautz**, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei (mit Beifall begrüßt): Wertes Parteitagspräsidium! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler und Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, lieber Helmut Kohl! Verehrte Delegierte und Gäste! Liebe Freunde! Ich überbringe Ihnen die herzlichsten Grüße und besten Wünsche der Christlichen Demokraten Europas, die in der Europäischen Volkspartei zusammenarbeiten und sich gemeinsam mit der CDU darum bemühen, unsere Ideale und Ziele in der Alltagswirklichkeit der Europäischen Gemeinschaft zur Geltung zu bringen. Ich grüße Sie insbesondere auch im Namen des Präsidenten der Europäischen Volkspartei, unseres niederländischen Freundes Piet Bukman, dessen neue Aufgabe als Minister für Entwicklungshilfe und internationale Zusammenarbeit seines Landes es ihm heute nicht gestattet, selbst hier zu sein. Ich grüße Sie auch im Namen meiner Kollegen im Präsidium der EVP, dem auch meine deutschen Freunde Egon Klepsch, Gerold Tandler und unser Generalsekretär Thomas Jansen angehören und mit denen mich eine ebenso herzliche wie fruchtbare Zusammenarbeit verbindet.

Mit Genugtuung stelle ich bei dieser Gelegenheit fest, welch bedeutenden Beitrag die deutschen Freunde für den Aufbau, das Funktionieren und die Entwicklung der Europäischen Volkspartei leisten. Ich spreche dabei nicht nur von Ihren Landsleuten, die in den Gremien der EVP und in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments oder in den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft Verantwortung tragen. Ich denke dabei vor allem auch an Helmut Kohl und seine Kollegen und Mitarbeiter in der Parteiführung und der Bundesgeschäftsstelle der CDU, die frühzeitig erkannt haben, daß wir mit der Einigung Europas über das Administrative und das Wirtschaftliche hinaus zur notwendigen politischen Einheit nur dann gelangen können, wenn die Parteien selbst als Parteien einen unmittelbaren Beitrag leisten und bei der Einigung ihrer Staaten vorangehen durch die Organisation ihrer eigenen Einheit auf europäischer Ebene. Eine Parteienarbeit von christlichen Demokraten, die sich auf den nationalen Raum beschränken würde, wäre heute angesichts dessen, was wir

erreicht haben und was wir noch zu erreichen trachten, ein unglaublicher Anachronismus.

Um auf Dauer in Europa erfolgreich zu sein, müssen die christlichen Demokraten in ihren jeweiligen Ländern stark sein, aber um zu Hause auf Dauer stark zu bleiben, müssen die christlichen Demokraten auch in Europa erfolgreich sein.

(Beifall)

Das geht nur, wenn sie sich zur gemeinsamen Aktion zusammenfinden. Das geschieht in der EVP, mit der wir alle zusammen den richtigen Weg gewählt haben. Wir sind auf einem guten Weg, aber lange noch nicht am Ziel. Die EVP kann und muß besser ausgestattet, weiterentwickelt und wirksamer werden, um ihr Ziel zu erreichen. Voraussetzung ist die anhaltende Unterstützung durch die Mitgliedsparteien und ihre Bereitschaft, die Aktion der EVP zu tragen, sich mit ihr zu identifizieren und sich immer mehr als Glieder der EVP zu betrachten.

Sie haben auf Grund Ihrer Tradition und politischen Kultur in Deutschland ein besonders großes Verständnis für diesen Zusammenhang. Ihre Partei als Bundespartei hätte es nicht zu ihrer jetzigen Stärke gebracht, wenn nicht ihre Glieder, die Landesparteien, sie mit Kraft erfüllen würden.

In dem sich einigenden Europa kann es nicht anders sein. Die EVP kann nicht von ihrem Präsidium, von ihrer Fraktion im Europäischen Parlament oder von ihrem Sekretariat leben. Von ihnen müssen und können die notwendigen Anstöße kommen. Lebendig und politisch wirksam wird das Ganze aber nur durch das Engagement der Mitgliedsparteien, die sich immer mehr, auch für die Bürger ihrer Länder klar erkennbar und nicht nur durch Europawahlen, aus den nationalen Sektionen der Europäischen Volkspartei darstellen sollten.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, was wir im Hinblick auf die Einigung Europas erreichen wollen, ist kein Spiel mit idealistischen Vorstellungen und Träumen. Wir wollen konkrete Ergebnisse, denn davon hängt unsere Zukunft ab. Ohne die Einheit Europas werden wir weder den Frieden bewahren noch unsere Freiheit verteidigen können.

(Beifall)

Auch unser wirtschaftlicher Wohlstand, unsere Ordnung und die kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten, die wir erhalten und entwickeln sollen, sind ohne die Einordnung unserer Staaten in die Europäische Union auf Dauer nicht zu sichern.

Die christlichen Demokraten haben in diesem Jahr überall in Europa anlässlich des 100. Geburtstages des Gründers unserer Europäischen Gemeinschaft, Robert Schuman, gedacht. Es waren unsere Leute, neben Robert Schuman vor allem Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Josef Bösch, um nur einige herausragende Persönlichkeiten zu nennen, die aus der weitsichtigen Erkenntnis der Notwendigkeiten den Prozeß in Gang gesetzt haben. Wir haben diesen Persönlichkeiten viel zu verdanken und sind es ihnen schuldig, das Werk, das sie begonnen haben, zu vollenden. Doch auch diesem noch unvollendeten Werk der Europäischen Gemeinschaft haben wir heute bereits viel zu verdanken. Kein Mitgliedsland, auch nicht die Bundesrepublik Deutschland, hätte aus eigener Kraft das politische, das wirtschaftliche, das soziale,

das kulturelle Leistungsniveau erreichen können, das uns heute selbstverständlich erscheint.

(Beifall)

Die Kosten, die aufgewendet wurden, haben sich bezahlt gemacht. Weitere Investitionen werden notwendig sein. Sie werden hohe und sichere politische und materielle Gewinne einbringen. Das Ziel der politischen Einheit Europas und unsere Bereitschaft, uns dafür einzusetzen, auch dafür zu zahlen und gestalterisch darauf einzuwirken, ergibt sich folgerichtig aus den uns christlichen Demokraten eigenen Grundsätzen, Überlegungen und Programmen. Es ergibt sich ebenso aus unserer Tradition wie aus unserem historischen Auftrag. Die christlichen Demokraten aller Länder des freien Europas vertrauen darauf, daß die große und starke Mitgliedspartei der EVP in Deutschland, die CDU, mit mutiger Entschlossenheit und mit großzügigem Beispiel weiterhin zügig auf diesen Weg vorangeht.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß, liebe Freunde, als Luxemburger und als Ihr unmittelbarer Nachbar auch die Grüße meiner eigenen Christlich Sozialen Volkspartei überbringen. Ihre Luxemburger Parteifreunde, allen voran der Ministerpräsident Jacques Santer, stehen in dem Wahlkampf, den Sie in den nächsten Monaten durchzuführen haben, mit großer Sympathie an der Seite von Bundeskanzler Helmut Kohl und seiner Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Wir sind sicher, lieber Helmut Kohl, daß Sie dabei genauso erfolgreich sein werden wie in den letzten vier Jahren Ihrer Regierungstätigkeit. Als Sie vor vier Jahren unter schwierigen Umständen Ihr Amt angetreten haben, haben nicht nur in Deutschland die christlichen Demokraten gebannt nach Bonn geschaut und gedacht: Was sollen die nach dem, was denen hinterlassen wurde, danach leisten? Vier Jahre später können wir feststellen, nicht nur hier in Deutschland, sondern auch in Europa, was eine Christlich Demokratische Union mit dem richtigen Bundeskanzler an der Spitze und der richtigen Equipe fertigbringt. Sie haben es fertiggebracht, in Deutschland 25 Jahre nach dem ersten Wirtschaftswunder ein zweites Wirtschaftswunder zu vollbringen. In den Augen der Öffentlichkeit wurde es nicht für möglich gehalten. Sie haben heute, vier Jahre später die stabilste Währung, die niedrigste Inflationsrate. Die Arbeitslosenzahlen gehen zurück. Sie haben allein 600 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Ich glaube, eine bessere Referenz könnte die CDU dem Volke im Lande bei den bevorstehenden Wahlen nicht vorzeigen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wie das heute morgen hier schon klar zum Ausdruck gebracht wurde, in vier Monaten fällt hier in Deutschland eine wichtige Entscheidung, nicht nur für Deutschland, auch für Europa. Sie, die CDU als stärkste Partei, sind besonders gefordert. Ich möchte mich den Appellen, die schon an Sie ergangen sind, namens der Europäischen Volkspartei anschließen, daß alle Kräfte genutzt werden, daß die CDU am 25. Januar das, was sie unter schwierigsten Umständen begonnen hat,

weiterführen kann, weiter konsolidieren kann. Das ist im Interesse Deutschlands und im Interesse Europas.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

**Dr. Horst Waffenschmidt**, Tagungspräsidium: Lieber Freund Spautz, wir danken Ihnen ganz, ganz herzlich für dieses engagierte Grußwort an diesen Parteitag. Wir danken Ihnen besonders für die große Verbundenheit, die durch Ihre Worte zum Ausdruck gekommen ist, die Verbundenheit zwischen Ihnen, der Europäischen Volkspartei und dem, was wir in der CDU hier in der Bundesrepublik Deutschland tun. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Helmut Kohl hat heute morgen gesagt, die Union ist die Europapartei in der Bundesrepublik Deutschland. Lieber Freund Spautz, in diesem Geiste werden wir die Europäische Volkspartei unterstützen und werden weiterbauen an einem freien Europa im Geiste der EVP. Noch einmal herzlichen Dank und Glückauf auch für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ehe ich jetzt das Wort weitergebe, möchte ich Ihnen eine Information vermitteln. Das gehört auch zum guten menschlichen Miteinander auf einem Parteitag.

Einer unserer Freunde hat eben zum Mittag das Restaurant am Fischtor besucht. Er hat dort seine Geldbörse liegenlassen. Ohne in weitere Einzelheiten einzutreten, würde ich sagen, es lohnt sich, sie hier wieder abzuholen. Es ist unser Freund Hans Joachim Pack, und er ist hiermit herzlich eingeladen, die Geldbörse wieder abzuholen.

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung unseres Parteitages fort.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

**BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION  
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, DR. ALFRED DREGGER, MdB**

Ich erteile das Wort unserem Freund Alfred Dregger.

**Dr. Alfred Dregger**, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Herr Tagungspräsident! Verehrte Gäste aus Österreich, aus Luxemburg und vielen anderen Ländern Europas und der Welt! Liebe Freunde! Helmut Kohl hat uns vor vier Jahren aus der Opposition in die Regierungsverantwortung geführt. Das war vor allem sein Verdienst.

(Beifall)

Am Ende der ersten vier Jahre seiner Kanzlerschaft steht ein Traumergebnis: totale Geldwertstabilität, zunehmende Beschäftigung, steigende Realeinkommen für

*Arbeitnehmer und Rentner, familienpolitische Reformen — und das alles bei steigender Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und zunehmender Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Hinzu treten eine gefestigte westliche Allianz und auf der Grundlage gegenseitigen Respekts eine Politik des Dialogs mit der Sowjetunion.*

Meine Damen und Herren, nicht nur wir, das ganze deutsche Volk hat Anlaß, seinem Bundeskanzler für diese großartige Leistung zu danken.

(Beifall)

Die Bundestagsfraktion aus CDU und CSU war in diesen vier Jahren das verlässliche Fundament der Unionspolitik in Deutschland. Wir hatten nicht nur die Kraft zur Auseinandersetzung, sondern auch die Kraft zur Entscheidung. Die Fraktion hat in diesen vier Jahren alle wichtigen und schwierigen Entscheidungen einstimmig getroffen. Dafür, meine Damen und Herren, danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen von Flensburg bis Garmisch, insbesondere meinem ersten Stellvertreter, dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, CDU und CSU sind organisatorisch selbständige und eigenständige Parteien. Aber ich behaupte: Die Union in Hamburg und in Passau ist ein und dasselbe. Als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die die beiden Unionsparteien im Deutschen Bundestag politisch zusammenfaßt, danke ich nicht nur unserem Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler, sondern auch dem Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ohne Franz Josef Strauß wäre die Union in Deutschland nicht das, was sie heute ist. Und deswegen danke ich ihm für das, was er in den hinter uns liegenden Jahren und Jahrzehnten für die Gesamtunion und für Deutschland geleistet hat.

(Beifall)

Die Erfolgsbilanz der Regierung Helmut Kohl habe ich in der Bundestagsdebatte vom 10. September vorgetragen. Ich will sie heute nicht wiederholen. Ich verweise auf die Broschüre, die auf dem Stand der Bundestagsfraktion ausgelegt ist. Ich nehme an, daß darin noch einige wertvolle Daten für Ihren Wahlkampfeinsatz enthalten sind.

Ich möchte heute etwas anderes tun. Ich möchte über Aufgaben sprechen, die wir in den letzten vier Jahren angepackt haben, die aber in der kommenden Legislaturperiode energisch fortgeführt werden müssen. Es sind sämtlich Aufgaben jenseits von Angebot und Nachfrage. Es sind Aufgaben, bei denen die Übereinstimmung mit unserem Koalitionspartner FDP nicht gerade flächendeckend ist, Aufgaben zudem, die der Staat nicht allein erfüllen kann, bei denen er mehr als bei anderen auf die Mitwirkung der Bürger angewiesen ist, auf ihr geistiges und moralisches Bewußtsein, ja, auf ihre Liebe zu ihren Mitmenschen und zu unserem Volk, durch das und in dem wir als Deutsche leben.

Ich will heute über den Schutz des Lebens, insbesondere des ungeborenen Lebens, sprechen,

(Beifall)

über den Schutz der deutschen Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation,

(Beifall)

über den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen gegen Gefährdung und Verwüstung, über den Schutz des inneren Friedens gegen Gewalt und über den Schutz des äußeren Friedens hier bei uns mitten in Europa an der Grenze von Ost und West. Dieser Katalog, meine Freunde, zeigt, daß wir nicht nur eine Wirtschafts- und Sozialpartei sind, womit ich die Bedeutung dieser beiden Aspekte unserer Politik nicht geringschätzen will. Aber unsere Verantwortung und unsere Politik gehen darüber hinaus. Sie umfassen das Ganze des Menschen und das Ganze der deutschen Nation.

Schutz des Lebens, insbesondere des ungeborenen: Ich sehe nicht, meine Damen und Herren, den Weg verschärfter Strafandrohungen. Dafür gibt es weder Mehrheiten, noch wäre dieser Weg sehr erfolgversprechend.

Notwendig und möglich ist zweierlei: einmal ein Bewußtseinswandel, der unsere sittliche Verantwortung für das Leben und unsere Freude an Kindern wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft rückt. Verantwortung übrigens tragen wir alle, nicht nur Frauen, sondern auch Männer. Wenn die Männer, die Verantwortung tragen, dadurch, daß sie sich Frauen vertrautgemacht haben, diesen Frauen beistünden, dann gäbe es keine Massenabtreibungen in Deutschland.

(Beifall)

Verantwortung trägt aber auch der Staat. Wir müssen die Rahmenbedingungen für das Leben, auch für das ungeborene Leben, verbessern. Wir müssen die skandalösen Ungerechtigkeiten in bezug auf diejenigen abbauen, die Kindern das Leben schenken und sie erziehen, gegenüber denen, die keine Kinder haben können oder wollen.

(Beifall)

Damit haben wir begonnen: durch die drastische Erhöhung der Kinderfreibeträge im Steuerrecht und der Kinderzuschläge für diejenigen, die nichts oder nur wenig zu versteuern haben, durch Erziehungsurlaub mit Kündigungsschutz, durch Erziehungszeiten in der Rentenversicherung — meine Freunde, das ist eine ganz große Sache; damit haben wir ein neues Blatt in der Sozialgeschichte unseres Volkes aufgeschlagen —

(Beifall)

und durch die Stiftung „Mutter und Kind“, die, wenn die Länder mitwirken, Frauen in Konfliktsituationen unbürokratisch und schnell helfen kann.

(Zustimmung)

Daß Herr Rau und die anderen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten jede Mitwirkung an dieser Stiftung — jedenfalls durch Aufstockung ihrer Beträge, wie es in den CDU-regierten Ländern der Fall ist — verweigern, gehört zu den großen Skandalen unserer Zeit.

(Beifall)

Wir wollen, daß in Nordrhein-Westfalen, in Hessen und in den anderen sozialdemokratisch geführten Bundesländern in gleicher Weise wie in CDU-regierten Ländern Frauen, die Leben in sich tragen, Hilfe, und Kinder, die ungeboren sind, Schutz finden.

(Beifall)

Zweite Aufgabe: Schutz der deutschen Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation. „Vaterlandsliebe ist sittliche Pflicht“; ich zitiere den Kardinal von Köln, meine Damen und Herren. Sie ist unentbehrlich für das Überleben unserer Nation hier mitten in Europa an der Grenze von Ost und West. Es besteht auch kein Anlaß, daß wir uns von dieser Nation abwenden. Diese Nation wurde weder 1933 gegründet noch 1945 beerdigt.

(Beifall)

Wir stehen nicht nur in der Tradition der zwölf braunen Jahre, sondern wir stehen vor allem in der Tradition des Bismarck-Reiches und in der Tradition des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das nahezu ein Jahrtausend Schutz und Schirm der Christenheit war.

(Beifall)

Wer heute morgen im Gottesdienst im Mainzer Dom, im Kaiserdom, war, der hat vielleicht noch etwas davon verspürt. Wir lassen uns die Erinnerung daran nicht nehmen. Wir lassen uns die deutsche Geschichte nicht aus unseren Herzen reißen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir wollen im Zusammenwirken mit unseren Nachbarn und selbstverständlich unter Mitwirkung der beiden Weltmächte die erstarrte Kriegsordnung, die Deutschland und Europa teilt, überwinden. Aber wir wollen nicht zur Vorkriegsordnung zurückkehren, wir wollen qualitativ etwas anderes: Wir wollen die Nationalstaaten Europas — dazu gehört selbstverständlich auch der deutsche Nationalstaat — miteinander verknüpfen, und wir wollen sie durch ein vereinigtes Europa überwölben. Das ist unsere Vision.

(Beifall)

Wir wollen Europa, von dem zwei Weltkriege ausgegangen sind, auf diesem Wege einmal zur friedenserhaltenden Mitte zwischen den Weltmächten machen. Meine Freunde, mit der Verwirklichung dieses Ziels haben wir im freien Westen Europas bereits begonnen. Was in den hinter uns liegenden Jahren zwischen Deutschland

und Frankreich möglich war, das muß in den vor uns liegenden Jahren auch zwischen Deutschland und Polen möglich werden.

(Beifall)

Wladyslaw Bartoszewski, Häftling in Auschwitz und in kommunistischen Gefängnissen, ein großer Europäer polnischer Nation, der vorgestern in der Paulskirche in Frankfurt den Friedenspreis des deutschen Buchhandels entgegennahm, dieser Pole verkörpert durch sein Leben, durch seine Gesinnung, durch seine Haltung auch uns gegenüber die Wertordnung des Abendlandes, der auch wir verpflichtet sind.

(Beifall)

Auch deshalb halten wir fest an der Einheit der deutschen Nation und zumindest an der geistigen und kulturellen Einheit des ganzen Abendlandes — von Polen bis Portugal.

Dritte Aufgabe: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen vor Gefährdung und Verwüstung. Wir Lebenden sind Treuhänder. Wir müssen die Kulturlandschaft, die wir von unseren Vorfahren übernommen haben und die nur deshalb so schön ist, weil sie sie durch ihre Knochenarbeit dazu gemacht haben, nicht unverändert — das geht nicht —, aber unversehrt an unsere Kinder und Kindeskinde weitergeben.

Ausstieg aus der technischen Entwicklung geht nicht. Aber wir können und wir müssen Gefahren beherrschen und Schäden abwenden und, wo sie eingetreten sind, wiedergutmachen. Waldsterben, das in Frankreich zu einem Fremdwort geworden ist, ist bei SPD und Grünen nicht mehr „in“. Meine Damen und Herren, Buschhaus, das die Republik einmal zu erschüttern schien, wäre nach der heutigen Darstellung von SPD und Grünen keine Panne, sondern ein Verdienst. So hysterisch geht es bei denen hin und her.

Kernenergie. Der Vorsitzende des Vorstandes unseres größten Kraftwerksbetreibers, KWU, Barthelt, hat im „Spiegel“ dem Sinne nach erklärt: Ich schließe bei einem Unfall deutscher Kernkraftwerke tödliche Folgen aus.

Trotzdem, das Mißtrauen ist groß, nicht nur wegen der Katastrophe in Tschernobyl, sondern auch wegen Zeichen von Unsicherheit und Hilflosigkeit nach der Katastrophe.

Die SPD, die eigentliche Kernkraftpartei unseres Landes, deren Regierungen ja die meisten Kernkraftwerke genehmigt haben, ist hurtig — hurtig! — ausgestiegen. Dahinter steht eine taktische Absicht: Sie will auf diese Weise die Union zur Kernkraftpartei machen, die ohne Rücksicht auf Gefahren für Kernenergie ist. Das ist perfide — wie vieles, was die Genossen uns anbieten. Meine Damen und Herren, deshalb sage ich: Wir sind keine Kernkraftfetschisten, wir sind die Sicherheitspartei Deutschlands.

(Beifall)

Für uns hat Sicherheit überall den obersten Stellenwert: Rentensicherheit, Versorgungssicherheit, innere Sicherheit, äußere Sicherheit. Es wäre absurd, wenn es bei der Erzeugung von Energie anders wäre.

Selbstverständlich suchen wir nach Alternativen zur Kernenergie, und zwar mit Nachdruck. Es fehlt nicht an finanziellen Mitteln, die dafür bereitzustellen sind. Da es jedoch auf jeden Fall Zeit erfordert, bis es Alternativen gibt — die SPD redet von zehn Jahren; aber bis dahin müssen wir ja auch überleben —, verbessern wir die Sicherheit unserer Kernkraftwerke nach dem jeweils höchsten Stand der Technik. Aber wir tun zugleich alles, um unsere Nachbarn — wir leben hier doch mitten in Europa, und um uns herum wird Kernenergie erzeugt — zu veranlassen, sich entsprechend zu verhalten.

Das ist der Sinn der Wiener Konferenz, deren erster Abschnitt gerade zu Ende gegangen ist und zu der Helmut Kohl den Vorschlag gemacht hat — direkt nach Tschernobyl, noch von Tokio aus —, daß sich alle Staaten, in denen Kernenergie erzeugt wird, zusammenfinden, um die Sicherheitsstandards zu erhöhen. Zwei erste Abkommen sind dort abgeschlossen worden, aber wir wollen mehr: Wir wollen international vereinbarte Standards der Sicherheit nach höchstem Stand — das ist zur Zeit der deutsche —, und wir wollen internationale Kontrollen. Bei Gefahren, die nationale Grenzen überschreiten, kann die Souveränität der Staaten nicht mehr oberstes Gesetz sein. Da muß die Völkergemeinschaft, die Staatengemeinschaft selbst Verantwortung tragen.

Meine Damen und Herren, Sicherheit geht vor Nutzen. Das ist Tradition deutscher Technik. Deswegen sind unsere Anlagenbauer überall in der Welt begehrt, nicht nur bei Kernkraftwerken. Sicherheit muß auch vor Planerfüllung gehen. Das ist das Problem, das im Augenblick zu lösen ist.

Innerer Friede. In der Demokratie ist alles, nahezu alles erlaubt: Man kann denken, was man will; man kann sagen, was man will; und man kann demonstrieren, wogegen man will. Aber eines darf man nicht, nämlich Gewalt üben. Gewalt zerstört die Demokratie.

(Beifall)

Deswegen können wir Gewalt nicht dulden. Auch wir wollen die Freiheit der Meinungsäußerung in Form von Demonstrationen. Aber wir wollen keine Vermummung. Wer demonstrieren will, muß sein Gesicht zeigen. Wer eine Maske zeigt, zeigt seine verbrecherische Gesinnung.

(Beifall)

Wir wollen denen das Handwerk legen, die sich wie Kader einer künftigen Bürgerkriegsarmee auführen.

Das schulden wir dem inneren Frieden unseres Landes; das schulden wir der Autorität des demokratischen Staates, die, wenn sie einmal verloren ist — denken Sie an Weimar —, schlecht wiederherzustellen ist; und das schulden wir auch unseren Polizeibeamten, von denen allein im ersten Halbjahr über fünfhundert verletzt worden sind, zum Teil schwer. Wir haben diesen Polizeibeamten gegenüber eine Fürsorgepflicht.

(Beifall)

Wir müssen ihnen daher rechtlich und tatsächlich die Instrumente an die Hand

geben, die sie benötigen, um ihren schweren Dienst rechtsstaatlich korrekt und wirksam erfüllen zu können.

Die fünfte und letzte Aufgabe, die ich behandeln will: äußerer Frieden. Meine Damen und Herren, Illusionen, Wirklichkeitsfremdheit und Schlamperie sind auf allen Feldern der Politik schlimm. In der äußeren Sicherheit können sie tödlich sein, jedenfalls bei einem Land wie dem unseren.

Wie ist die Lage seit 1945? Es ist doch das Erste, daß man eine Lagebeurteilung macht. Die Vormacht des Ostens steht zum erstenmal in der europäischen Geschichte schon im Frieden — wenn man den jetzigen Zustand so bezeichnen will — mitten in Deutschland. Diese Vormacht des Ostens ist heute Weltmacht, die einzige zwischen Wladiwostok und Lissabon. Diese Weltmacht verkörpert ein politisches System, das unserem freiheitlichen, demokratischen feindlich gesonnen ist. Diese Weltmacht ist ideologisch offensiv und militärisch expansiv. Das bisher letzte Opfer ist Afghanistan, in dem nun seit sechs Jahren gegen eine freiheitsliebende Bevölkerung Krieg geführt wird.

Das ist die Lage. Sie hat sich nicht verändert und wird sich so bald auch nicht verändern. Aus dieser Lage müssen Konsequenzen gezogen werden. Diese Konsequenzen hat Konrad Adenauer mit Unterstützung der CDU/CSU und der FDP gegen die SPD durchgesetzt.

1960 hat Herbert Wehner ist seiner später berühmt gewordenen Bundestagsrede diese Kardinalentscheidung für den Westen für die SPD übernommen. Seitdem war sie unstrittig. Die Nach-Schmidt-SPD, die Brandt-SPD, die SPD von Lafontaine — ich weiß nicht, ob ich auch Herrn Rau erwähnen soll; ich weiß gar nicht, ob er auf diese Frage irgendwelchen Einfluß genommen hat oder nehmen könnte — hat diese Kardinalentscheidung aufgekündigt. Sie müssen einmal die Nürnberger Beschlüsse der SPD lesen, meine Damen und Herren. Das ist atemberaubend.

Ein Satz vorweg: Unsere Strategie ist keine Kriegführungsstrategie, sondern eine Kriegsverhinderungsstrategie. Wir wollen keinen Krieg gewinnen, wir wollen ihn vermeiden. Das ist der Sinn.

Die SPD hat in Nürnberg beschlossen, einseitig auf die atomare Komponente bei der Abschreckung eines Angriffs auf Deutschland zu verzichten. Sie hat der Sowjetunion ein Monopol bei Mittelstreckenwaffen zuerkannt, 420 Gefechtsköpfe in Europa. Inzwischen ist der Herr Gorbatschow schon mit 100 zufrieden. Wir haben die SPD im Parlament gefragt, ob sie sich auch mit 100 von diesen Hegemonialwaffen begnügen könnte. Es könnte ja sein, daß sie nicht immer weitergehend sein muß als Herr Gorbatschow.

Die SPD hat in Nürnberg beschlossen, das Unterstützungsabkommen mit den USA aufzukündigen, in dem sie uns Hilfe in Notlagen versprochen hat.

Die SPD hat beschlossen, die Bundeswehr zu verkleinern, sie zu kadern, ihr Mittel zu entziehen, also sie zu schwächen; statt Atomwaffen weniger konventionelle Waffen. Das ist sicherheitspolitischer Blödsinn.

Die SPD ist wie in der Energiepolitik so auch in der Sicherheitspolitik nur noch ein Ablatsch der GRÜNEN, meine Damen und Herren, nichts anderes.

(Beifall)

Solange die SPD so denkt, darf sie bei den Wahlen nicht gewinnen. Solange darf sie in Deutschland nicht regieren.

(Beifall)

Inzwischen hat unsere Politik der Sicherheitspartnerschaft mit den USA und des Dialogs mit der Sowjetunion Früchte gezeigt. Es gibt Bewegung zwischen den Weltmächten, die ohne unsere klare Haltung — der Bundeskanzler hat sie heute morgen vorgetragen — nicht zustande gekommen wäre. Die Bundestagsfraktion hat damals die Nachrüstungsentscheidung gegen großen äußeren Druck einstimmig getroffen.

Es ist beachtlich, daß beide Weltmächte in Aussicht genommen haben, die Zahl der Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen auf je 100 in Europa zu vermindern.

Unser Wunsch ist, daß auch die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite — das sind 600 schreckliche Dinger mit einer Reichweite von 150 km bis 500 km — in die Vereinbarung einbezogen werden. Meine Damen und Herren, der Bundesaußenminister warnt mit Recht vor einer Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland. Dabei meint er eine Singularisierung bei der Stationierung westlicher Raketenwaffen. Ich warne auch und noch mehr vor einer Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland bei der atomaren Bedrohung.

Wenn es im Zuge der Abrüstung — die wir begrüßen — nachher in Europa nur noch sowjetische Raketen gäbe, die Deutschland und die Benelux-Staaten bedrohen und sonst keine Europäer mehr, dann ginge das verloren, was die Philosophie des Bündnisses ist, nämlich strategische Einheit und gemeinsame Sicherheit.

Deswegen begrüße ich es ausdrücklich und bin dem Außenminister dankbar, daß er in dieser Frage auf unsere Linie eingeschwenkt ist. Die Bundesregierung als Ganzes vertritt den Standpunkt, daß schon in der ersten Vereinbarung über Mittelstreckenraketen größerer Reichweite vereinbart werden muß, daß auch über die 600 schrecklichen kleinen Dinger, die kürzer reichenden Dinger, weiterzuverhandeln ist und daß das bereits verpflichtend zu sein hat. Ich begrüße das.

Meine Damen und Herren, wir dürfen unsere Beziehungen zur Sowjetunion nicht auf den Sicherheitsaspekt verkürzen. Man braucht die Sowjetunion weder zu lieben noch zu hassen. Ich hasse niemanden, auch nicht die Sowjetunion. Es gibt auf vielen Feldern großartige Chancen der Zusammenarbeit.

Mit Philipp Jenninger, dem Bundestagspräsidenten, waren wir in einer kleinen Delegation im Dezember in Moskau. Uns wurde gesagt: Die Bundesrepublik Deutschland ist der solideste Wirtschaftspartner der Sowjetunion in der Welt. Das habe ich gerne gehört. Dann wurde gesagt: Wir wollen die Produktivität unserer Industrie und unserer Landwirtschaft steigern. Das ist auch nach sowjetischen Standpunkt wirklich nötig. Es hieß weiter: Dabei können uns die Deutschen am besten helfen. Auch das habe ich gerne gehört. Das werden wir auch tun.

Bei der Sowjetunion muß man auf der Hut sein und alle Chancen der Zusammenarbeit nutzen, wenn die beiderseitigen Interessen es erlauben. Aber wenn wir sie nutzen, dürfen wir keinen Augenblick vergessen, daß diese große Sowjetunion für uns nicht nur Partner, sondern auch mögliche Bedrohung ist. Deswegen dürfen wir uns den Teppich nicht unter den Füßen wegziehen lassen, der in der Atlantischen Allianz liegt. Das ist mein Anliegen; das ist meine Sorge.

(Beifall)

Ich glaube, daß auch aus meinem kurzen Beitrag hervorgeht, worum es bei der Wahl im Januar eigentlich geht. Es geht im Grunde um zwei Kardinalentscheidungen. Es geht zum einen um die westliche Allianz, d.h. um die Sicherheit. Dafür sind wir.

Oder ein neutralistisches Hin und Her; für diese Politik — nicht für ihre Folgen — treten SPD und GRÜNE ein. Denn diese Politik bedeutet Unsicherheit, Gefährdung des Friedens und der Freiheit unseres Landes. Das ist die erste dramatische Entscheidung, und zwar zum ersten Mal seit 1960; denn 1960 hatte Wehner unsere Politik für die SPD übernommen. Das macht diese Wahl so dramatisch.

Und die zweite Alternative heißt: Soziale Marktwirtschaft — das heißt Fortschritt für alle wie von 1949 bis 1969 und jetzt wieder seit 1982 — oder Verschuldung, Inflation, Massenarbeitslosigkeit, Rentenverunsicherung, wie sie vor 1982 begonnen hatten. Für diese Politik — nicht für ihre Folgen — streiten SPD und GRÜNE.

Vor diesen dramatischen Entscheidungen treten alle anderen Fragen in den Hintergrund. Wir müssen verhindern, daß die SPD einen Schleier schöner Worte über andere Dinge vor die Augen der Wähler zieht. Wir müssen den Wählern klarmachen, daß im Januar eine Richtungsentscheidung zu treffen ist, von der ihr Schicksal und das Schicksal der deutschen Nation abhängen. — Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Dr. h. c. Peter Lorenz**, Tagungspräsidium: Lieber Alfred Dregger, herzlichen Dank für Ihre hervorragende Rede. Der Parteitag dankt Ihnen besonders auch für Ihre unermüdliche erfolgreiche Arbeit als Vorsitzender der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Sie haben unsere gemeinsame Sache dort, wie wir es von Ihnen gewöhnt sind, mit Beharrlichkeit und Geschick, aber immer auch mutig und kämpferisch vertreten. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall)

Unser Dank gilt darüber hinaus auch der Arbeit unserer Bundestagsabgeordneten, die Helmut Kohl und seine Regierungsmannschaft auf ihrem erfolgreichen Weg immer tatkräftig unterstützt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE  
IN DER EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Wort zu seinem Bericht hat unser Freund Rudolf Luster.

**Rudolf Luster**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments (mit Beifall begrüßt): Lieber Parteitagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Unsere Arbeit an der europäischen Einigung, über die ich berichten darf, ist die folgerichtige Alternative zu einer durch

die Geschichte widerlegten Politik des europäischen Nationalismus. Europa sichert unsere Zukunft.

Voran steht unsere Sicherheit. Nur ein geeintes und starkes Europa kann erfolgreich für Sicherheit, Freiheit und Solidarität im Innern und für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt eintreten.

(Beifall)

Sicherheit für Europa kann es nur mit den USA geben. Wichtige Voraussetzung unserer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Heute ist Sicherung der Existenz langfristig nicht nur Abwehr der Bedrohung von außen, sondern auch Behütung der uns anvertrauten Schöpfung. Deshalb hat gemeinsame Umweltpolitik besondere Aktualität. Tschernobyl war eine besonders eindringliche Lehre. Europäische Regelungen sind notwendig. Die Gemeinschaft muß die Initiative zu weltweiten Vereinbarungen ergreifen. Zu Recht wird in der Einheitlichen Europäischen Akte der Gemeinschaft eine Kompetenz im Umweltschutz zugewiesen.

Gleiches gilt für den Bereich der Forschung und Technologie. Die neuen Möglichkeiten für den Ausbau der EG zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft müssen voll ausgeschöpft werden.

Da ist dann auch das Thema europäischer Binnenmarkt; der Bundeskanzler hat es angesprochen. Zu seiner fahrplanmäßigen Vollendung ist die alsbaldige Ratifizierung der Einheitlichen Akte unverzichtbar. Noch immer fehlt es an vielem, was nötig ist, damit ein Unternehmen den Europäischen Markt als seinen Heimatmarkt betrachten kann.

Die Vollendung des Binnenmarktes ist die stärkste Waffe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Beifall)

Ein Kernstück für den Binnenmarkt ist dabei die Öffnung der Verkehrsmärkte. Ein Problem sind auch die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze, die fiskalische Grenzen für den gemeinschaftlichen Binnenhandel aufrichten. Eine völlige Harmonisierung ist nicht notwendig, es genügt die Annäherung innerhalb einer gewissen Bandbreite.

Um die Zukunftsaufgaben der EG meistern zu können, brauchen wir nicht so sehr ein höheres Finanzaufkommen, sondern wir brauchen eine neue Finanzverfassung. Dort müssen nationale und europäische Aufgaben nach dem Prinzip der Subsidiarität geordnet, klar voneinander abgegrenzt und entsprechend finanziert werden. Dadurch darf sich die steuerliche Gesamtbelastung nicht erhöhen.

Dem Bundesfinanzminister ist nicht zu verdenken, daß er die Nettozahlerposition Deutschlands sorgenvoll betrachtet. Aber kann diese Tatsache den Ausschlag geben? Die EG kostet Geld. Aber der Haushalt für die 320 Millionen EG-Bürger macht weniger als 3 % des Volumens der nationalen Haushalte aus. Allein der Handelsgewinn Deutschlands in der EG ist enorm. Der deutsche Export in die

Länder der Gemeinschaft stieg zwischen 1958 und 1985 um das 42fache.

Zudem steht fest: das „Nichteuropa“, das noch nicht verwirklichte Gemeinschafts-Europa, bringt uns erhebliche Verluste. Schon die Hälfte der geschätzten jährlichen Gesamtverluste von rund 200 Milliarden DM ist größer als der derzeitige Jahreset der Gemeinschaft von weniger als 80 Milliarden DM. Hier verschenkt Europa einen Teil seines Wohlstandes.

Unser europäisches Engagement zielt aber letztlich nicht auf kurzfristige Profite. Es geht um langfristige Sicherung des Friedens und Stabilisierung unseres Wohlstandes, um Gesundung des Kontinents, um europäischer Konvergenz.

Extremes Sozialgefälle war der Grund für den Zustrom zu zahlreicher ausländischer Arbeiter nach Deutschland. Zur Lösung dieses Problems müssen wir dieses Gefälle abflachen. Es kommt uns billiger, hält Irritationen und Infrastrukturprobleme von uns fern, wenn wir anderen helfen, am Heimatort ausreichend bezahlte Arbeit zu finden. Ein ausgeglicheneres Sozialklima wirkt günstig in alle Bereiche von Politik und Gesellschaft.

Es ist unsere nach vorne gewandte Geschichtsbewältigung, zu lernen und zu praktizieren, die eigenen Interessen in möglichst vielen Feldern mit den Interessen möglichst vieler zur Deckung zu bringen und so alle zu fördern und zu schützen. Europapolitik kann uns so das Übungsfeld für unseren Beitrag zu einer brüderlichen Weltgesellschaft werden. Im Mai dieses Jahres hat es der Bundeskanzler so formuliert: „Wir werden Außenpolitik zunehmend als eine Art Weltinnenpolitik begreifen müssen.“ Besonders im Felde der Europäischen Gemeinschaft können wir längst nicht mehr von „Außenpolitik“ reden.

Ein europaspezifisches Ressort kann am besten die Brücke schlagen zwischen Bund und Ländern auf der einen Seite und der Europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite.

Vor uns liegt die Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte, deren Vollzug noch in diesem Jahr wir dringend anmahnen. Diese Akte ist ein Zwischenschritt, der uns ein Stück vorwärts bringt. Wesentliches allerdings bleibt zu tun.

Wiewohl nämlich, liebe Freunde, die EG kein Staat ist, hat sie eine eigene Gesetzgebung. Die EG-Gesetze werden jedoch bisher allein vom Ministerrat, in Wirklichkeit vielfach nur von den Ministerialbürokratien, das heißt von hochzuschätzenden Beamten, gemacht.

Nicht um mehr Zuständigkeiten oder um mehr Macht geht es für das Europäische Parlament. Es geht präzise um parlamentarische Mitentscheidung bei der Gesetzgebung dort, wo sie der nationalen Souveränität und damit den Parlamenten der Mitgliedstaaten entzogen ist.

(Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU, betritt  
mit Dr. h. c. Franz Josef Strauß, Vorsitzender  
der CSU, das Podium — Anhaltender Beifall)

Ich darf mit Genehmigung des Parteitagspräsidenten fortfahren.

**Frau Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Fahren Sie fort, Herr Luster.

**Rudolf Luster**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments: Ich wiederhole, so daß es auch zu den Ohren des hochgeschätzten Vorsitzenden der CSU dringen kann: Nicht um mehr Zuständigkeiten oder um mehr Macht geht es für das Europäische Parlament; es geht präzise um parlamentarische Mitentscheidung bei der Gesetzgebung dort, wo sie der nationalen Souveränität und damit den Parlamenten der Mitgliedstaaten entzogen ist — und nur dort —, und zwar um Mitentscheidung, gleichberechtigt und gemeinsam mit dem bisher allein entscheidenden Ministerrat.

(Beifall)

Der Bundespräsident hat in diesem Zusammenhang vor dem Europäischen Parlament es so ausgedrückt:

Zentraler Bestandteil der Demokratie ist das Parlament . . . Deshalb bedarf auch die Europäische Gemeinschaft ihrer demokratischen Legitimierung durch das Parlament.

Und er hat angefügt:

Wir müssen aufpassen, daß wir nicht auf die Dauer in der Gemeinschaft ganz andere Prinzipien demokratischer Gewaltenteilung schaffen, als wir sie in den Mitgliedsländern befolgen.

(Beifall)

Das Europäische Parlament, sagen wir, muß deshalb das Mitentscheidungsrecht bei der Gesetzgebung haben. Die Verfahren würden so, im übrigen, beschleunigt. Vorschläge könnten nicht mehr in den Schubladen der Brüsseler Bürokratie versacken. Ein in parlamentarischer Debatte entstehendes Gesetz würde die Europapolitik dem Bürger kontinuierlich nahebringen und die öffentliche Diskussion anregen. Darin läge ein Schlüssel für höhere Beteiligung bei europäischen Parlamentswahlen. Zugleich wäre es ein wichtiger Schritt zu unserem Ziel: dem Bundesstaat Europäische Union.

Aus dem Gesagten folgt: Im Bundestagswahlkampf kann die Europapolitik nicht ausgespart bleiben.

Homogen und geschlossen wie keine andere Fraktion des Europäischen Parlaments vermag die EVP-Fraktion die hier beschriebene Politik offensiv zu vertreten. Hierbei kommt dem Fraktionsvorsitzenden, Egon Klepsch, seinem Einsatz und seinem Geschick, ein besonderes Verdienst zu.

(Beifall)

Lassen Sie mich, liebe Freunde, an dieser Stelle ein persönliches und herzliches Wort des Dankes an den Herrn Bundeskanzler sagen. Helmut Kohl hat uns mit seiner Treue zu Europa in Vision und in Aktion große Hilfe gegeben. Er gibt ein Beispiel für viele außerhalb, aber auch innerhalb unserer Partei. Seine Politik, unsere Politik, hat das Vertrauen der Wähler gefunden. Bei beiden Direktwahlen zum Europäischen Parlament haben CDU und CSU die absolute Mehrheit der Stimmen und Sitze gewonnen. Mit diesem Pfund müssen wir auch bei Bundestagswahlen wuchern.

Die SPD tut heute so, als habe sie die EG erfunden. In Wirklichkeit tat sie alles, um die EG zu verhindern. Die europapolitische Vergangenheit der SPD zeigt sie abwechselnd in der Rolle des Bremsers oder des Trittbrettfahrers. Das europäische Sündenregister der SPD ist lang, in Vergangenheit und Gegenwart.

Eines unserer Sorgenkinder, liebe Freunde, ist die Landwirtschaft. Auch dies ist eine Erblast der SPD-Regierungen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben es im Ministerrat nicht fertiggebracht, die Marktordnungen, die in Zeiten der Unterversorgung und gering entwickelter Agrarwirtschaft geschaffen worden sind, rechtzeitig an die Überschusssituation anzupassen.

Wir wollen den bäuerlichen Familienbetrieb.

(Beifall)

Die Agrarfabrik aber, deren Existenz sich auf schrankenlose Einfuhr von Substituten und auf Raubbau an der Natur gründet, wollen wir nicht. Sie ist die maßgebliche Ursache des Unheils.

(Beifall)

Wir müssen runter von der sinnlosen Überproduktion, aber die Drosselung der Überschußproduktion muß sozial verträglich sein. Die Leistung, die bäuerliche Landwirtschaft durch die Pflege der ländlichen Kulturlandschaft für uns alle erbringt, hat Anspruch auf Anerkennung und gerechte Entlohnung.

(Beifall)

Insgesamt, liebe Freunde: Wir alle wünschten uns einen rascheren Fortgang der europäischen Dinge. Wir brauchen aber Geduld und Engagement. Europa muß zusammenwachsen. Es kann nicht zusammengeschraubt werden.

Die EG hat allen, aber besonders uns Deutschen, nicht unerheblichen Wohlstand gebracht. Ihren Hauptauftrag, uns den Frieden zu bewahren, hat die EG in vorbildlicher Weise erfüllt. In unruhigen Jahrzehnten mit kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt blieb die EG ein Hort des Friedens.

Die geschichtswidrige, unnatürliche Zerreißung Berlins, Deutschlands und Europas drängt unwiderstehlich zur Zusammenführung. Der Zusammenhang zwischen europäischer Einigung und der Überwindung der Spaltung Deutschlands ist von uns Christlichen Demokraten immer hervorgehoben worden.

(Beifall)

Wir lassen die schleichende Aushöhlung der Präambel des Grundgesetzes durch rot-grüne Abenteuerlichkeiten nicht zu.

Gerade der Deutschland-Vertrag und der Brief zur deutschen Einheit dokumentieren, daß unsere nationale Frage in einen dauerhaften Friedenszustand in Europa eingebettet ist. Die politische Einigung Westeuropas hat Schrittmacherfunktion für eine solche Friedensordnung zugunsten aller europäischen Völker diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, in der das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir brauchen Europa, Europa braucht uns. Wir Christlichen Demokraten sagen Ja zu Europa.

(Beifall)

**Frau Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Herr Luster, der Parteitag dankt Ihnen und bittet Sie, die herzlichste Unterstützung der Bundes-CDU der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zu übermitteln.

Wir wissen, daß wir nur durch ein demokratisch, sprich: durch das Europäische Parlament gestaltetes Europa dem Auftrag unserer Verfassungen in den Mitgliedsländern gerecht werden. Deswegen wird auch in Zukunft unsere Hauptanstrengung auf eine Stärkung des Europäischen Parlaments gerichtet sein. Es ist uns schon deswegen so sympathisch, weil dort der Anteil der Frauen dreimal so hoch ist wie im Bundestag.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Einheitliche Europäische Akte ist nur ein erster Schritt in diese Richtung, dem weitere Schritte in der nächsten Legislaturperiode noch folgen müssen. Die CDU Deutschlands weiß, daß sie nur mit einer geschlossenen Haltung, die auch nicht durch Länderdetailregelungen am europäischen Verhandlungstisch gestört wird, den deutschen Einfluß in angemessener Weise in Europa zur Geltung bringen wird.

Bitte, übermitteln Sie das der Fraktion. — Vielen Dank, Herr Luster.

(Beifall)

**Dr. Bernhard Vogel**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, der 34. Bundesparteitag der CDU begrüßt sehr herzlich als seinen Gast den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, unseren Freund Franz Josef Strauß.

(Beifall)

Lieber Kollege Strauß, wir wissen: Sie stehen wenige Tage von einer für Bayern und damit auch für uns alle entscheidenden Landtagswahl. Um so mehr danken wir Ihnen, daß Sie trotzdem heute zu uns nach Mainz gekommen sind und zu uns sprechen werden.

Das Wort hat Franz Josef Strauß.

**Dr. h. c. Franz Josef Strauß**, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrter Herr Kollege, Herr Bundesparteivorsitzender der CDU, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl! Meine lieben Freunde! Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind ja eine Volkspartei. Deshalb ist es auch durchaus natürlich, daß der Redner nicht schlechter gestellt werden darf als die Mehrheit der Delegierten. Das heißt: Ich werde jetzt meinen Rock ausziehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich freue mich, daß ich auf diesem 34. Parteitag der Christlich Demokratischen Union in einer als Perle bekannten deutschen Stadt, in einer wohlbekannteren Arena wenige Tage vor den bayerischen Landtagswahlen, so wie es seit vielen Jahren zwischen uns üblich ist, ein Grußwort zu den Delegierten der CDU spreche, so wie wir bei unseren Parteitagen auch immer den oberhirtlichen Segen vom Bundesparteivorstand der CDU erhalten haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Dieser Parteitag findet wenige Tage vor der Landtagswahl in Bayern — der 12. Oktober 1986 ist das denkwürdige Datum — und wenige Monate vor der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 statt. Für uns in der Christlich-Sozialen Union sind deshalb — ähnlich wie bei unseren Freunden in Hamburg, die etwas später Landtagswahl haben — die Argumentation zur Landtagswahl und die Argumentation zur Bundestagswahl aufs engste miteinander verflochten, ganz abgesehen davon, daß ja die meisten Themen, die heute Schwerpunkte der Landespolitik sind, auch Probleme der Bundespolitik sind. Denken wir z. B. an den kooperativen Föderalismus, der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in meiner Zeit auch als Bundesfinanzminister mit der Gemeindefinanzverfassungsreform, mit den Verbundsteuern eingeführt worden ist. Ich erinnere weiter an das Programm für Dorfsanierung und Stadterneuerung. Ich erinnere an unsere gemeinsamen agrarpolitischen Aufgaben, Sorgen, Nöte und Probleme. Kurzum: Zwischen Landespolitik und Bundespolitik herrscht — genauso wie zwischen Landes- und Gemeindepolitik — ein enger thematischer Verbund. Und wenn zwei Wahlen ganz nahe beieinanderliegen — für die eine wie für die andere Ebene —, dann ist das natürlich für uns auch eine besondere, so darf ich sagen, Chance, aber auch eine besondere Verpflichtung.

Der Wahlerfolg der CSU in Bayern, auf den wir setzen und über den ich mich noch kurz äußern werde, ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen Sieg der CDU/CSU bei der Bundestagswahl.

(Beifall)

Ich sage das nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil ich hier außergewöhnliche Ansprüche stelle, sondern weil ein Rückschlag — ich rede nicht von Verlust — für die CSU natürlich auch als ein negatives Symbol, als ein ungünstiges Signal, als kein freundliches Omen für die Bundestagswahl gewertet werden würde. Darum wissen wir sehr wohl, daß ein möglichst hohes Wahlergebnis der Christlich-Sozialen Union bei den Landtagswahlen in Bayern eine gute Voraussetzung, sozusagen der fruchtbare, atmosphärisch positive Boden wäre und, wie ich überzeugt bin, sein wird: für ein gutes Wahlergebnis der CDU und der CSU bei den bundesweiten Wahlen.

Ich darf sagen, daß wir mit der harten Arbeit der letzten vier Jahre — trotz der bekannten Schwierigkeiten, Stichwort: Kernenergie, Wackersdorf — in Bayern ein gutes politisch-psychologisches Fundament gelegt haben. Wir können mit einem Wahlsieg — ich bin mit Prognosen sehr vorsichtig, ich klopf mir nicht leicht auf die Schultern — in erheblicher Höhe, von mehr als 50 % rechnen.

(Beifall)

Ich habe die Ergebnisse in Niedersachsen sowohl bei der Landtagswahl als auch jetzt bei der Kommunalwahl sorgfältig verfolgt, weil das auch für uns interessante

Daten sind. Wir waren froh, daß es in den letzten Wochen vor der Landtagswahl in Niedersachsen noch gelungen ist, aus den bekannten Gründen eingetretene Verluste wieder auszugleichen, mit einer Stimme Mehrheit den Erfolg der christlich-demokratischen-liberalen Koalition zu retten, wobei allerdings — ich bitte, das nicht mißzuverstehen — ein Mandat mehr natürlich eine schwere Bürde und ein kleines Ruhepolster ist. Aber wenn ich daran denke, daß 50 000 Stimmen umgekehrt zum Gegenteil hätten führen können, dann wäre das für uns eine außerordentlich unerfreuliche Ausgangslage gewesen, obwohl auch das nicht bedeutet hätte, daß wir die Bundestagswahl deshalb hätten verlieren müssen.

Was die Gemeindewahl in Niedersachsen angeht, so kann ich nur sagen: Die CDU hat sich gut behauptet. Das ist unsere gemeinsame Wertung.

(Beifall)

Wir leiden ja alle unter den falschen Interpretationen von Wahlergebnissen in der Endphase der Helmut Schmidtschen Agonie. Denn in der Zeit hatten die Gegner der SPD sogar in den Reihen der SPD selber einen solchen Auftrieb — sei es Wahlenthaltung, sei es sogar Wahl der Unionsparteien in klassischen SPD-Wählerkreisen —, daß damals Ergebnisse zustande kamen, mit denen uns heute zu messen keine vernünftige Vergleichsbasis ist.

(Beifall)

Aber eine Vergleichsbasis wäre, was merkwürdigerweise nicht in den Zeitungen stand, die Kommunalwahl 1976. Bei der Kommunalwahl 1976 hatte die CDU 47,3 % und 1986 46,9 %. Das heißt: Sie hat sich auf einem hohen Niveau stabilisiert.

(Beifall)

Das ist auch für die Wahlerwartungen hinsichtlich des Januar 1987 nicht ohne Bedeutung.

Noch interessanter ist, daß die SPD bei den Kommunalwahlen 1976 44,9 % und bei den Kommunalwahlen 1986 39,7 % hatte.

(Beifall)

Herr Schröder hat also gar keinen Grund, sich hier besonders rosigen Vorstellungen hinzugeben, was die Zukunftsaussichten der SPD angeht.

Auch sein Auftritt in Bayern war blamabel.

(Heiterkeit und Beifall)

Er hatte die unglaubliche Geschmacklosigkeit — ich rede von mir sonst nicht in der dritten Person, aber diesmal tue ich es —, den bayerischen Ministerpräsidenten wegen seiner Forderung nach einer vernünftigen Gestaltung, nach einer wirksamen Gestaltung des Asylrechts in einer öffentlichen Versammlung eine Sau zu nennen.

(Unruhe)

Nichts dagegen, wenn er sein Milieu verrät.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber im Interesse der bayerischen Schweinezucht — ich nehme an, auch der niedersächsischen — möchte ich doch sagen, daß die Schweine reinliche Tiere sind.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns in den letzten vier Jahren, seit der Landtagswahl 1982, die ja vor dem 1. Oktober, also vor der Änderung der Koalition und der Regierung in Bonn stattfand, bis heute bemüht, eine nicht nur für Bayern, sondern auch für den Bund positive Arbeit zu leisten, und zwar positive Arbeit nicht allein durch begleitende schöne Redensarten, sondern vor allem durch ein konkludentes Handeln, z.B. bei der Gestaltung der öffentlichen Investitionen.

Sie wissen, daß wir keinen Grund haben, von unserer Auffassung abzuweichen, daß das Hauptinstrument zum Abbau der Arbeitslosigkeit die Verstärkung der privaten und der öffentlichen Investitionen ist.

(Beifall)

Die privaten Investitionen sind auch im Steigen begriffen. Gerade wir in Bayern haben eine sehr erfreuliche Entwicklung in den letzten sechs Monaten zu verzeichnen. Ich bin aber immer dem Aberglauben entgegengetreten, daß heute für öffentliche Investitionen eigentlich kein rechter Bedarf mehr bestehe. Für bestimmte Teile der öffentlichen Investitionen mag das zutreffen, z.B. für den Bau von großen Verwaltungsgebäuden. Das mag auch für Hallenschwimmbäder mit ihren ewigen Betriebsdefiziten zutreffen. Wenn wir in Bayern aber in jedem Jahr mehr als 1,1 Milliarden DM für Krankenhausbau und Krankenhausausrüstung ausgeben, dann dient dies einerseits der Infrastruktur einer modernen humanen Lebensgestaltung; es sollte andererseits aber auch einer Unterstützung der Konjunkturpolitik der Bundesregierung gerade auf dem heiklen Sektor der Bauwirtschaft und des Bauausrüstungsgewerbes dienen.

(Beifall)

Alles, was in diesem Bereich ausgegeben wird, geht sofort in die Wirtschaft. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung als Probleme, die sich in jedem Lande stellen.

Ich bin sehr dankbar, daß unsere ja manchmal von streitigen Gesprächen begleiteten Auseinandersetzungen in Bonn, bei denen ich mich auch immer wieder der Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers erfreuen durfte,

(Heiterkeit)

dazu geführt haben, daß die Mittel für Stadterneuerung und Dorfsanierung im Bund verdreifacht und in den Ländern unterschiedlich erhöht - verzweifacht bis verdreifacht - worden sind.

(Beifall)

Wir schaffen hier ein neues Bayern, ein neues Baden-Württemberg, ein neues Niedersachsen. Wir schaffen hier bei Erhaltung der historischen Fassaden und der

historischen Kerne unserer Städte auch innerhalb unserer Städte moderne Wohn- und Lebensqualitäten. Wir wollen nicht, daß unsere Innenstädte aussterben, daß keine Kinder mehr in ihnen spielen, daß die Lichter am Abend und am Wochenende erlöschen. Wir wollen die Innenstädte wieder mit Leben erfüllen.

(Beifall)

Deshalb haben wir mit allem Nachdruck darauf gedrängt, daß eine Änderung erfolgt und die Mittel erheblich aufgestockt werden. Siehe da, das Ganze hatte auch einen erheblichen arbeitsmarktpolitischen und einen allgemein politischen und psychologischen Erfolg. Wie wichtig das ist, mag daraus hervorgehen, daß z.B. in Bayern trotz der Verdreifachung der Mittel nur 30 % der eingereichten Anträge überhaupt bedient werden konnten. Das heißt, wir haben hier ein aktuelles, ein konkretes Programm bis Mitte der 90er Jahre, das unmittelbar dem Bürger dient und gleichzeitig der Wirtschaft dient. Gerade hier sind die kleinen und mittleren Bauunternehmen, das kleine und mittlere Handwerk begünstigt. Die großen Unternehmungen, die Baukonzerne kümmern sich weniger um diese kleinen Aufträge.

Wir haben uns auch bemüht, demgemäß die Investitionsquote im bayerischen Staatshaushalt so zu gestalten, daß wir weit über dem Bundesdurchschnitt liegen. Wir liegen bei dieser Quote ähnlich wie Baden-Württemberg, aber weit vor den anderen Ländern. Wir haben in den schlechtesten Jahren der Helmut Schmidtschen Verfallszeiten nie unter 20% gelegen. Wir liegen heute bei 22,5 %. Das sind beinahe 8 Milliarden DM, die jährlich für Investitionen im echten Sinne des Wortes ausgegeben werden. Diese Arbeiten — ich habe hier nur ein paar Stichworte genannt — sollten nicht nur unserem Erfolg in Bayern dienen. Der Erfolg in Bayern wäre auf Sand gebaut oder wäre nicht eingetreten, wenn nicht die Bundesregierung mit ihrem Gesamtwirtschaftsprogramm, mit der wirtschaftlichen Erholung, der finanziellen Konsolidierung und der Sicherung des sozialen Netzes Erfolg gehabt hätte.

(Beifall)

Auch das ist wieder ein Beweis für die gegenseitige Abhängigkeit der Unionspolitik, die aus einem Guß bei Gemeinden, Ländern und Bund sein muß, was natürlich nicht immer von vornherein Harmonie garantiert. Die Interessenlagen sind im Ausgangspunkt nicht automatisch immer die gleichen. Ich weiß, daß eine hämische Berichterstattung auch in dieser Hinsicht häufig Gegensätze erzeugt, selbst wenn keine bestehen, oder vorhandene Meinungsverschiedenheiten zu Kontroversen aufbaut, obwohl es sich um eine völlig normale Austragung von unterschiedlichen Meinungen handelt. Das haben wir uns aber schon alles an den Schuhsohlen abgelaufen.

Ich darf auch die gemeinsamen Erfolge bei unseren Leistungen für die Familie positiv erwähnen, angefangen bei der Steuerpolitik — Wiedereinführung der Kinderfreibeträge in erheblicher Höhe — bis hin zu den Transferzahlungen. Ich darf auch die anderen sozialpolitischen Erfolge und Fortschritte erwähnen. Wir müssen uns hier wieder, obwohl das heute nicht mehr so brisant ist wie vor einem Jahr, argumentativ und energisch gegen die vergiftende Behauptung von der Demontage des Sozialstaates, gegen den Klassenkampf von unten nach oben, die Umverteilung von unten nach oben und ähnliche nur der politischen Hetzsprache entstammende Fehlargumentationen zur Wehr setzen und sie nachdrücklich widerlegen.

(Beifall)

Die Umverteilung von unten nach oben hat in den Zeiten der riesigen Schuldenaufnahme stattgefunden, als hohe und höchste Zinsen bezahlt werden mußten und die Großbanken, die man angeblich ja als Gegenspieler hat, seinerzeit große Gewinne in Gestalt der hohen Zinsen einstecken konnten. Zur Zeit findet bei der Neuen Heimat auch eine Umverteilung statt, nämlich von unten nach oben.

(Heiterkeit)

Das gleiche gilt für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Das Thema braucht hier auf dem Parteitag nicht behandelt zu werden. Ich muß aber sagen: Ich bin empört. Ich habe mit dem Chef der Neuen Heimat verhandelt. Wir haben deshalb die Verhandlungen nicht sofort abschließen können, weil kein Prüfungsgutachten vorlag. Der DGB hat die Durchführung einer Prüfung überhaupt abgelehnt. Wir haben dann im Rahmen von Bayern eine Prüfung mit dem Prüfungsverband der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften durchgeführt. Wir haben dann erst einmal Zahlen bekommen. Dabei ist die Neue Heimat Bayern eine der wenigen Gliederungen der Neuen Heimat, die nicht mit roten Ziffern oder an der Grenze des Bankrotts operierten. Wir waren bereit, ihr aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft Erwerber zu vermitteln, die den Bestand der Wohnungen der Neuen Heimat Bayern übernommen hätten. Genauso wie die Belegschaft, genauso wie der Betriebsrat haben auch wir der Zeitung entnommen, daß das nächste Gespräch keinen Sinn mehr hat, weil das ganze Unternehmen für eine Mark an einen höchst dubiosen Berliner Bäcker verscheppt worden ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Man kommt nämlich zum zweiten Teil des Skandals, wenn man den wirtschaftlichen Hintergrund des Erwerbers nebst den Motiven einmal etwas näher durchleuchtet. Ich empfehle die Lektüre des „Handelsblattes“ vom letzten Samstag. Dort ist von den Motiven des DGB die Rede, sich durch dieses Manöver aus der Durchgriffshaftung zu Lasten der Banken, der Aktionäre, der Steuerzahler und der Sparer herauszumogeln, indem man den Konkurs bis nach 1987 verschiebt. Wir haben gar keinen Grund, uns Wahlprüfsteine vom DGB vorlegen zu lassen, in Zusammenhang mit denen wir unser soziales Gewissen beweisen sollen!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich hatte, obwohl ich hier nicht zu den Heißspornen und Vorreitern gehöre, eigentlich immer eine etwas andere Auffassung von Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung in den Betrieben. Wenn das die Schule für Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung sein sollte, kann man nur sagen, daß der DGB bis zum Ende dieses Jahrhunderts oder länger diskreditiert ist.

(Beifall)

Wir haben gemeinsam Sorgen im Kampf um die materielle und psychologische Stabilisierung der Landwirtschaft. Wir müssen buchstäblich um jeden Preis die Marktvorräte abbauen. Der Wahn der Mehrerzeugung hat Gott sei Dank ein Ende genommen. Diese Mehrerzeugung war ja die große Sünde der 70er Jahre. Wir haben dauernd davor gewarnt. Unsere Stimme war aber die eines Predigers in der Wüste. Anfang der 70er Jahre ist der Umschlag von der Bedarfsdeckung, also von der Mangelbeseitigung zur Überschußproduktion erfolgt. Von einem bestimmten Zeitpunkt an, der heute schon zehn Jahre zurückliegt, waren jedes Kilogramm, jeder

Liter, jeder Zentner mehr nur mehr dazu bestimmt, auf Kosten der Steuerzahler eingelagert, umgewälzt, verwaltet und dann entweder vernichtet oder verscheppt zu werden. So wurde z.B. ein kg Rindfleisch für 1,60 DM an die Sowjetunion geliefert, obwohl die Kosten 8,80 DM betragen.

Das ist auch — so darf ich sagen — der Offenbarungseid der europäischen Agrarpolitik, der Mansholtschen Agrarpolitik mit den Vorstellungen von Massentierhaltung, von großen Agrarfarmen. Man sollte doch unsere bäuerliche Landwirtschaft zum Zuge kommen lassen — auf der Grundlage eines breitgestreuten Bodeneigentums, nicht mit Massentierhaltung, sondern mit einer an den Boden gebundenen Tierhaltung. Wir brauchen unsere Landwirtschaft aus drei Gründen: Einmal brauchen wir sie überhaupt, zweitens wegen der Ernährung und drittens wegen unserer Kulturlandschaft.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte der Bundesregierung danken, daß sie auf Grund der Gespräche, die wir seinerzeit beim Wechsel der Koalition und bei der Neubildung der Regierung im Frühjahr 1983 geführt haben, die Versprechungen bzw. Abmachungen erfüllt und uns damit auch wesentlich in der Vorbereitung des psychologischen Bodens für ein gutes Wahlergebnis geholfen hat.

Da ist der Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals, dessen qualifizierten Abschluß die Regierung Schmidt beschlossen hatte. Ich weiß nicht, ob sie dort Leistungszentren für Wasserskifahrer entwickeln wollte oder was auch immer. Einen Kanal in Nürnberg zu beenden und in Regensburg weiterfließen zu lassen und dazwischen zweimal zu verladen, das entspricht der Logik sozialdemokratischer Wirtschaftspolitiker, die ihren Verstand an der Garderobe abgegeben haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich darf mich bedanken für die Erhöhung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau, wo wir im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern, aber gemeinsam mit Unionsländern noch einen gewissen Nachhol- und Restbedarf haben. Ich darf bloß an die empörenden Zustände auf der Fahrt von München nach Lindau erinnern, lieber Kollege Späth. Allerdings waren hier die Verwaltungsgerichte mit ihrer sehr fruchtbaren, konstruktiven Urteilsfindung nicht gerade hilfreich.

(Heiterkeit)

Wir haben also Grund, mit einem guten Wahlergebnis zu rechnen und damit Ihnen und uns allen einen guten psychologischen Boden für den 25. Januar 1987 in Aussicht zu stellen.

Die Zustimmung der Mehrheit im Lande zu unserer Politik ist deutlich spürbar. Ich habe sie noch nie so deutlich gespürt wie gerade in den letzten Monaten und Wochen. Das hängt allerdings nicht nur optisch, sondern auch sachlich mit der Alternative zusammen —

(Heiterkeit)

ich meine, mit der Alternative in Gestalt eines Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, in Gestalt eines — „Herausforderer“ ist eigentlich ein etwas kühner

Ausdruck — eines Spitzenkandidaten der SPD. Es gibt zu unserer Politik in Bayern keine echte, verantwortlich diskutierbare Alternative. Das haben wir gemeinsam mit der Bundespolitik.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie wissen, daß ich mich bemühe, mich nicht etwa nur von vornherein in Lobgesängen für uns selber oder für Freunde zu ergehen.

(Heiterkeit)

Das letzte Stück in diesem Theater ist heute vormittag im bayerischen Kabinett gespielt worden, sozusagen mit dem letzten Appell mit sehr kritischen Noten an einige Wegbegleiter. Aber es gibt zur Politik der CSU in Bayern wie zur Politik der CDU/CSU auf Bundesebene keine echte Alternative. Unter „Alternative“ verstehe ich eine diskutabile und, auch wenn man über sie enttäuscht ist, immerhin noch verantwortliche Lösung, eine Lösung, die irgendwo im Bereich des Spektrums der Mitte ist.

Wenn wir die Position der Mitte mit demokratisch rechts besetzen, dann hat es einmal eine SPD gegeben, die die Mitte demokratisch links besetzt hat. Aber die Koalition mit den GRÜNEN, dieser rot-grüne Faschingszug,

(Heiterkeit)

der uns heute in Hessen dauernd begegnet, das ist doch keine denkbare Alternative; das wäre die Preisgabe der Grundwerte einer repräsentativen Demokratie.

(Lebhafter Beifall)

Es wäre die Preisgabe der rechtsstaatlichen Ordnung, auf der die Freiheit bei uns beruht.

(Beifall)

Wir wollen doch nicht die Freiheit der Chaoten und Gewalttäter, wir wollen die Freiheit des Bürgers, die der Staat schützen muß, wenn es notwendig ist.

(Beifall)

Es wäre auch — und ich nehme hier den Mund nicht zu voll; zum Glück bin ich nicht von Angst erfüllt, weil die Gefahr nicht sehr groß ist, aber ernst nehmen muß man sie trotzdem — das Ende jeder Sicherheit.

Ich kann mich an die vielen Gespräche mit Konrad Adenauer und seinen damaligen Begleitern, zu deren jüngerem Gefolge ich gehörte, sehr wohl noch erinnern. Durch alles zog sich die Sorge um die äußere Sicherheit, nicht nur um die innere Stabilität, die soziale Konsolidierung, die finanzielle Ausgewogenheit, die wirtschaftliche Dynamik. Nein, Konrad Adenauers Sorge galt vor allem der äußeren Sicherheit.

Das war der Grund, warum er fünf Jahre nach dem Krieg — zu mancher Leute Entsetzen, zum Entsetzen auch mancher Parteifreunde —, fünf Jahre nach der größten Niederlage aller Zeiten, den Alliierten deutsche Streitkräfte angeboten hat —

als deutschen Beitrag. In jener Zeit schien das vermessen zu sein. Wenn wir das heute noch nicht hätten, wäre es wohl noch schwieriger, es zu kriegen. Auch das ist ja wahrscheinlich wichtig. Aber fünf Jahre nach dem Krieg deutsche Streitkräfte anzubieten, aus Angst, daß die Bundesrepublik das Schicksal Südkoreas teilen könnte, das war für Adenauer der akute Anlaß, die akute Überlegung. Deshalb das Angebot: Wir stellen auch wieder deutsche Streitkräfte zur Verfügung — damals dachte man noch: als Beitrag zu einer europäischen Armee; das ist dann an Frankreich gescheitert —, als Gegenleistung dafür bekommen wir eine volle Sicherheitsgarantie der Westalliierten, vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika.

Dieses Grundthema, meine Damen und Herren, stellt sich heute noch genauso wie in den Jahren 1949/50 und danach und kein Haar anders!

(Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade deshalb fühlen wir uns, ohne Sonderrechte zu beanspruchen oder besondere Wege zu gehen — ganz im Gegenteil —, als Wahrer der Kontinuität und der Tradition, der klassischen Elemente und Motive und Zielorientierungen der Union verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten zu einem klaren Profil, zu eindeutigen Konturen und zu griffigen Formulierungen für die Zukunft.

Wir sind hier auch in einer ganz guten Konstellation. Vielleicht wählt mancher in Bayern die CSU, weil es die CDU gibt, vielleicht wählt aber auch mancher im Rest Deutschlands die CDU, weil es die CSU gibt.

(Heiterkeit und Beifall)

Dies ist nicht so an den Haaren herbeigezogen; auch ich lebe ja nicht in einem Elfenbeingehäuse der Anonymität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich auf die Bundestagswahl blicke, so höre ich manchmal, das sei eine Richtungswahl. Das Wort „Richtungswahl“ befriedigt mich nicht. Jede Wahl ist eine Richtungswahl. Schon jede Landtagswahl ist eine Richtungswahl, jede Bundestagswahl war eine Richtungswahl. Diese Wahl ist angesichts dessen, was sich gegenübersteht, keine Richtungswahl, es ist eine Schicksalswahl,

(Beifall)

eine Schicksalswahl, die eine historische Weichenstellung bedeutet in der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland auf dem Boden der politischen Grundlagen bleibt, die in der ersten politischen Generation nach dem Zweiten Weltkriege gelegt worden sind. Hier geht es nicht darum, Lorbeer zu verstreuen oder Sympathien und Antipathien zu verteilen — all das hat damit überhaupt keinen Zusammenhang. Bleiben wir auf dem Boden der repräsentativen Demokratie! Gewährleisten wir unseren Bürgern einen freiheitlichen Rechtsstaat mit der dafür notwendigen Ordnung, ohne die ein Rechtsstaat auf die Dauer nicht gedeihen kann, und genießen wir weiterhin außenpolitisch, sicherheitspolitisch die Sicherheit, daß wir in Ruhe arbeiten, in Frieden schlafen und unseren normalen menschlichen Betätigungen nachgehen können,

ohne befürchten zu müssen, daß der Große Bruder heute über den Zaun guckt und morgen durch den Zaun hindurch zu uns herüberkommt!

(Beifall)

Was waren denn die Grundentscheidungen? Wir haben sie hier im Parteitag der CDU und CSU oft behandelt. Die beiden Grundentscheidungen waren neben der rechtsstaatlichen Ordnung, wie sie im Grundgesetz niedergelegt ist, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die zwar im Grundgesetz nicht vorgesehen ist, aber aus dem Grundgesetz — freie Entfaltung der Persönlichkeit — zwangsläufig als die einzig mögliche dem Grundgesetz voll entsprechende Wirtschaftsform hervorgeht — Soziale Marktwirtschaft, nicht allein Marktwirtschaft —, und dann der Einbau in das westliche Verteidigungsbündnis mit eigenen Streitkräften.

Ich wage nicht zu phantasieren — mit einem Satz sei das nur erwähnt —, was aus dieser Bundesrepublik geworden wäre, wenn sich die damaligen Vorstellungen der SPD in Gestalt der parlamentarischen Mehrheit hätten durchsetzen können. Wir hätten die Soziale Marktwirtschaft nicht bekommen mit all ihren ungeheuren Leistungen, und als erste Leistung zähle ich nicht die Ertragskraft der Unternehmen, als erste Leistung zähle ich die Befreiung der Arbeiter von unwürdiger Fron, von Armut und Rückständigkeit zum modernen Staatsbürger.

(Beifall)

Wir hätten keine Bundeswehr noch moderne Bewaffnung, noch hätten wir die Nachrüstung, von allen anderen Dingen zu schweigen.

Meine Damen und Herren, das läßt mich darauf kommen, daß man gerade in diesen Tagen mit dem Begriff Kernenergie, dargestellt durch Tschernobyl, also mit dem Grausen, ein oft sehr makabres und schabiges Spiel treibt, und daß man jetzt hört, wir sollen das Thema Asyl nicht im Wahlkampf erwähnen. Was wir im Wahlkampf erwähnen oder nicht, hängt gar nicht von uns ab, es hängt von denen ab, die uns als Auditorium gegenüber sitzen und die wissen wollen, was ihnen der Redner zu diesem oder jenem Thema zu sagen hat; ob es ihnen paßt oder nicht paßt, ist eine andere Frage. Wer aber hier sagt, man dürfe mit menschlichen Schicksalen keine Wahlkampfpropaganda machen, muß sich fragen lassen: Wie steht es mit der dauernden Schürung kriegshysterischer Ängste in unserem Volke, wie wir es doch über 30 Jahre erlebt haben? Ich erinnere mich, wie einer der großen Redner der SPD damals sagte: " Sie haben jetzt eine Straße beschritten" — er meinte den Aufbau der Bundeswehr, den Eintritt in die NATO —, „am Ende dieser Straße gibt es nur eine einzige Endstation, das ist der Krieg.“ So gesprochen vor knapp 30 Jahren. Dasselbe Thema haben wir wieder bei der Einführung moderner Waffenträger bei der Bundeswehr gehört, dasselbe haben wir wieder gehört bei der Nachrüstung, dasselbe Thema hat sich dann auch wieder bei SDI gestellt. Die Sozialdemokraten schüren dauernd die Angst vor dem Kriege, um damit die Undiskutabilität ihrer eigenen Politik zu verbergen.

(Beifall)

Ich möchte einmal die Erinnerung der älteren Mitkämpfer in Nordrhein-Westfalen strapazieren. Haben wir nicht schon bei den Landtagswahlen Ende der 50er Jahre die schauerlichen Bilder mit der Bombe über Düsseldorf erlebt, und darüber stand: „SPD wählen, bevor die Bombe fällt“? Das war doch jahrelang bis 1980, bis in die

Nachrüstung hinein, das Thema der SPD, mit den heiligsten menschlichen Gefühlen, mit der Angst vor dem Grauen des Krieges ein unanständiges politisches Geschäft machen zu wollen.

(Beifall)

Ich möchte nicht behaupten, daß die SPD die Antifreiheitspartei ist, aber ihre Freiheitsvorstellungen unterscheiden sich von unseren Freiheitsvorstellungen in wesentlichen Punkten: Wir wollen sozialen Fortschritt sichern und zugleich die Freiheit erhalten; wir wollen die Aufgaben, die die einzelnen Menschen in eigener Verantwortung lösen können, ihnen nicht nehmen, das Geld dafür nicht vorher wegnehmen und dann wieder huldvoll zuteilen. Wir wollen den Abbau der Arbeitslosigkeit durch tragfähige Produktionsstrukturen, durch solide Staatshaushalte, durch Geldwertstabilität und nicht durch aufgeblähte Konjunkturprogramme mit Strohfuehreffekt.

Die SPD will staatliche Pläne. Die Sozialisten meinen, daß die Moralität der proklamierten Ziele genügt, um beliebige Mittel zu rechtfertigen. Staatliche Pläne und kollektive Entscheidungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die Blaue Blume der Weisheit, daher eine staatliche oder gesellschaftliche Planung, Lenkung, Kontrolle der Investitionen. Natürlich braucht man dann die Organe dafür. Man braucht Investitionsräte, man braucht Strukturräte. Wenn man so von der Kreisebene an alle diese Räte einsetzen würde, hätte man für den akademischen Überschuß, der als Folge verfehilter sozialistischer Bildungspolitik in nicht verwendungsfähigen Studiengängen entstanden ist, eine reiche Beschäftigungsmöglichkeit zu Lasten der Steuerzahler.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie wollen staatliche Pläne und kollektive Entscheidungen über Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unter dem Gebot des Sozialen und Gerechten sollen die Freiheitsräume in einem unerträglichen Ausmaß eingeschränkt werden. Konsequenz: Gängelung der Bürger und Zerrüttung der Wirtschaftskraft.

Die FAZ hat vor drei Tagen, am 4. Oktober, geschrieben:

*Die stillen Zerstörer der Freiheit glauben selbst an diese von ihnen selbst postulierte Moral und ignorieren die verhängnisvollen Folgen.*

Meine Damen und Herren, beim letzten Parteitag der SPD hat sich ja ein bemerkenswerter Vorgang ereignet, der zu echter Besorgnis Anlaß gibt, und das ist die Abwahl des langjährigen Bürgermeisters Koschnick in Bremen. Sie kennen seinen Vorgänger Kaisen, einen der königlichen hanseatischen Sozialdemokraten, ein Mann von Vernunft, ein gestandenes Mannsbild, eigenes Urteil, kein Apparatschik, kein Funktionärstyp, aus sich selbst heraus lebend und Politik machend. Wir haben das immer anerkannt. Im übrigen war ja, wie Sie wissen, einer seiner engsten Mitarbeiter unser Bundespräsident Carstens aus der Zeit, in der er noch im Bundesrat tätig war. Wenn heute Koschnick aus dem Parteivorstand hinausgewählt wird, weil, wie er selbst sagt, er Entspannungspolitik nur im Rahmen des Bündnisses und mit Hilfe des Bündnisses für möglich hält, wenn er, der Sozialdemokrat, den man lange Zeit wohl nicht zum rechten Flügel der SPD zählen konnte, sagt: „Ich bin deswegen hinausgewählt worden, weil die Mehrheit meiner Partei Entspannung ohne und gegen das Bündnis durchsetzen will“, ist das einer der tragischsten Fehlschlüsse, die dritte

große Fehlentwicklung der deutschen Politik in diesem Jahrhundert.

(Beifall)

Das bedeutet Annäherung an Moskau, das bedeutet einen neutralistischen Nationalismus, und das bedeutet schrittweise zunehmende Abkehr von den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Deutschen haben nicht zuletzt das Abenteuer des Ersten Weltkrieges auf sich genommen — Kaiser Wilhelm I. —, weil sie ihre Rolle in der Weltpolitik falsch eingeschätzt haben, auch die Vereinigten Staaten tragisch unterschätzt haben. Das Ganze hat sich dann noch einmal in grausigen Dimensionen in der Geschichte vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Zweiten Weltkrieges wiederholt. Ich bin kein Bewunderer der amerikanischen Politik. In der amerikanischen Politik sind in diesem Jahrhundert so viele tragisch-naive Fehlentscheidungen zu verzeichnen, daß man stundenlang darüber reden könnte — es nützt aber nichts, wir haben ja auch einiges auf dem Kerbholz —, nur, unser geostrategisches Schicksal, nicht nur unsere Wertordnungszugehörigkeit, ist an die Vereinigten Staaten von Amerika gebunden.

(Beifall)

Ich wäre auch heute noch ein Befürworter einer europäischen Armee, auch heute noch ein Befürworter einer europäischen nuklearen Verteidigungsstreitmacht — das steht auch nicht im Widerspruch zu meinen vorhergehenden Äußerungen —, aber die Europäer haben nicht mehr die Tiefe des Raumes, die die Russen bis Wladiwostok haben und die die Amerikaner bis San Franzisko und Los Angeles und bis in den Pazifik hinein haben. Selbst ein militärisch wesentlich stärkeres geeintes Europa mit Atombewaffnung könnte allein dieses Manko, dieses Defizit, das in der Tiefe des Raumes liegt, nicht von sich aus ausgleichen. Darum sind wir mit den Amerikanern in einem Boot. Das hindert uns sicherlich nicht, an ihnen Kritik zu üben oder uns mit ihnen auch einmal hart auseinanderzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die englische Labour Party hat den Ausstieg aus der nuklearen Abschreckung beschlossen. Sollte die Labour Party trotz der Erfolge unserer Partnerin Margaret Thatcher an die Regierung kommen, wäre das eine ernste Situation, wenn dann die Regierung mit den Parteibeschlüssen übereinstimmen würde. Bei den Sozialdemokraten gibt es hier immer noch einen schmalen Rest für die Straße der Vernunft, daß Parteibeschlüsse nicht unbedingt in staatliches Handeln umgesetzt werden.

Die „Neue Zürcher“ schreibt in der Nummer vom Wochenbeginn:

Im Gegensatz dazu hat die unter dem Eindruck von Tschernobyl weitgehende Parallelentwicklung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vergleichsweise wenig Aufsehen erregt. Bewußte Regie am Nürnberger Parteitag schob die vorbereiteten Beschlüsse zur Sicherheitspolitik in den Hintergrund, und den Anhängern der von Helmut Schmidt, Georg Leber und Hans Apel betriebenen NATO-konformen Verteidigungspolitik fehlte der Mut, die angesichts der nächsten Bundestagswahl dekretierte Einigkeit mit kritischen Stellungnahmen zu durchbrechen.

Eine richtige Darstellung der Szenerie des Nürnberger Parteitags.

Das Echo blieb demzufolge gering, obwohl die SPD-Beschlüsse in die gleiche Richtung wie diejenigen der Labour Party gingen.

Sie sehen einseitige Schritte gegen die geltende NATO-Doktrin der beweglichen Vorverteidigung und der abgestuften nuklearen Eskalationsdrohung vor, indem sie strukturell die Nichtangriffsfähigkeit, nuklearfreie Zonen und einseitigen Verzicht auf die Mittelstreckenabrüstung postulieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem ehemaligen Verteidigungsminister sei nur eine Bemerkung dazu gestattet. Der Versuch, zwischen Angriffs- und Nichtangriffswaffen zu unterscheiden, ist Unsinn. Es gibt keinen Unterschied zwischen Angriffs- und Nichtangriffswaffen. Ist der Panzer eine Angriffswaffe oder ist er eine Verteidigungswaffe? Er kann beides sein. Das hängt immer von der Intention dessen ab, der über den Panzer verfügen kann. Lesen Sie Churchills Darstellung des Ersten Weltkrieges. Danach war das deutsche Maschinengewehr eine Angriffswaffe von größter Wirkung, und die englischen Panzer waren eine Verteidigungswaffe, die nur dazu diente, den deutschen Einbruch in Frankreich wieder rückgängig zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von diesen Widersprüchen in der SPD ist auch der Kanzlerkandidat Rau nicht verschont worden. Er geht von drei Irrealitäten aus. Nehmen Sie nur das törichte Gerede von der absoluten Mehrheit, um die er kämpft. Er hat doch nicht die geringste Chance, die absolute Mehrheit zu kriegen. Ich teile die Meinung von Helmut Schmidt, der erklärt hat, er werde 42 Liegestütze machen, wenn Herr Rau 42 % erreicht. Ich schließe mich dem an, obwohl ich noch ein bißchen mehr Gewicht habe.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist ja nicht einmal ein Propagandatricks; das ist doch plumpe Unwahrheit. Er lügt sich doch selber an — eine Art John Lackland, König Johann ohne Land.

(Heiterkeit)

Die nächste Irrealität ist das Nein zur Koalition mit den GRÜNEN. Er kriegt zwar auch mit den GRÜNEN keine Mehrheit. Aber wie will er denn ohne sie regieren?

Jetzt kommt ein zartes Pflänzchen zum Vorschein, nämlich die Andeutung von Brandt und Rau, man könnte nach den nächsten Bundestagswahlen sehr wohl an die Eventualität einer Großen Koalition denken. Meine Damen und Herren, auch ich bin öfter mit diesem Wort in Verbindung gebracht worden. Ich war Minister und kein erfolgloser Minister in der Großen Koalition. Ich bin auch der Meinung, daß alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein und sich gegenseitig dazu erklären sollen. Aber wer in Deutschland regieren will, darf sich nicht nach links oder nach rechtsaußen bewegen. Sonst ist er regierungsunfähig und regierungsunwürdig.

(Beifall)

Außerdem kann schon aus ordnungspolitischen Gründen eine Große Koalition nach meiner Überzeugung nur im Fall eines extremen nationalen Notstands in Betracht gezogen werden, aber nur mit einer SPD, die gezeigt hat, daß sie wieder zur Mitte aufgerückt ist und sich nicht ständig noch weiter nach linksaußen bewegt. Aber bezeichnend ist doch, daß beide, Herr Brandt und Herr Rau, nicht an ihren Sieg glauben. Sonst hätten sie jetzt nicht diese aufsehenerregende, bunt angestrichene Ente steigen lassen, die so schwerfällig fliegt, wie eine Ente eben zu fliegen pfllegt.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang erinnere ich Sie an das Wort von Willy Brandt im Herbst 1982 — sinngemäß —: Wir sind jetzt aus der Regierung verdrängt, wir kämpfen um die Rückkehr in die Regierung, wir brauchen neue Mehrheiten, wir können nur mit neuen linken Mehrheiten in die Regierung einziehen. Was gibt es denn an linken Mehrheiten? Da gibt es zum einen die SPD mit ihrer ständigen Wanderung nach links. Was gibt es denn sonst noch? Die Deutsche Kommunistische Partei hat keine ernsthaften Aussichten, auch nur 5 % zu kriegen. Sie hat jetzt eine Wahlempfehlung abgegeben: Stimme 1 für die Deutsche Friedensunion. Die von Moskau gesteuerte Deutsche Kommunistische Partei meint, daß die Friedensunion die richtige Partei sei, was auf dem Hintergrund Afghanistan ein besonderer Beitrag zur friedlichen Entwicklung in der Welt ist. Die Stimme 2 — das ist die einzig entscheidende Stimme; die erste ist denen ja völlig gleichgültig, weil sie nur für einen Wahlkreis kandidaten gilt; die zweite Stimme zählt — soll der SPD oder den GRÜNEN gegeben werden. Das empfiehlt die offizielle Moskau-Partei in der Bundesrepublik Deutschland, so vor kurzem öffentlich verkündet. Das heißt, Willy Brandt wollte linke Mehrheiten suchen; aber er findet sie nicht, er weiß, daß er sie nicht mehr finden kann, er weiß, daß eine linke Mehrheit nicht die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag bekommen kann. Und darum hat er dieses Rauchzeichen steigen lassen.

Ich sage immer: Eher fließt die Donau in den Schwarzwald zurück, als daß die SPD die absolute Mehrheit bekommt.

(Heiterkeit und Beifall)

Die dritte Irrealität hat Herr Rau am Wochenende in Würzburg verkündet: „Ich schaffe es nur, wenn Bayerns SPD zulegt.“ Von diesem Erwartungsalphraum können wir ihn befreien.

(Heiterkeit und Beifall)

Die SPD hatte bei der letzten Landtagswahl in Bayern, ich glaube, 31,8, sagen wir, knapp 32 %. Sie müßte sich glücklich preisen, wenn sie am nächsten Sonntagabend das gleiche Ergebnis vorweisen könnte. Es ist für Herrn Rau eine Escape-Klausel, wie man neuerdings sagt,

(Heiterkeit)

wenn er den bayerischen Genossen sagen kann: „Da ihr versagt habt, habe ich nicht gesiegt.“

(Heiterkeit und Beifall)

Wir sagen: Da die Genossen in Bayern versagen werden, wird er nicht siegen, kann er nicht siegen.

(Erneute Heiterkeit)

Eine kritische Bemerkung, die ich nicht als Besserwisserei oder als Beckmesserei zu verstehen bitte. Aber wir müssen uns vor einer unzureichenden Selbstdarstellung hüten. Die Selbstdarstellung ist angesichts der echten Erfolge, der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Erfolge bei uns, nicht zuletzt natürlich auch wegen der Kopflastigkeit der Medien nach einer bestimmten Richtung hin, einfach unzulänglich.

Wir müssen uns ferner vor einer satten Selbstzufriedenheit hüten, als ob wir die Wahl schon gewonnen hätten,

(Beifall)

selbst wenn wir davon überzeugt sind, und wir sind davon überzeugt, vor einer satten Selbstzufriedenheit, die sich heute schon im Anspruch auf Posten, in der Verteilung von Posten ausdrücken würde. Ich habe gehört, daß nunmehr Herr Baum aus den Reihen unserer lieben Koalitionspartei Bundesumweltminister werden will. Ich glaube, wir tun gut daran — das ist auch die Linie, die Helmut Kohl empfohlen hat —, uns aus diesem Persönlichkeitskarussell und Personengeschiebe herauszuhalten. Wir kämpfen, wir schnallen den Helm fester, wir schnallen den Riemen fest, wir gehen in den Kampf, wir werden die Wahlen gewinnen, anschließend reden wir über das Programm, über ein gemeinsames Programm — ich meine das Koalitionsprogramm - und über die personelle Ausfüllung.

(Lebhafter Beifall)

Erlauben Sie mir noch zwei kritische Anmerkungen zu machen. Wir müssen uns auch vor Fehlern im politischen Management hüten, die vom Gegner verwertbar sind. Ich verwende jetzt bewußt ein Beispiel, das im Garten der FDP gepflanzt worden ist, nämlich die Beauftragung des Öko-Instituts in Freiburg über die Ablösbarkeit der Kernenergie.

(Beifall)

Vielleicht hätte man dieses Gutachten gleich beim Bundesvorstand der GRÜNEN in Auftrag geben können. Dann brauchten ihre wertvollsten Mitarbeiter nicht Arbeitslosenunterstützung zu beziehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Was dabei herauskommt, ist insofern gleichgültig, weil wir ohnehin schon wissen, was bei denen herauskommen würde und herausgekommen ist.

Wir müssen uns ferner davor hüten, die Konturen einer Richtungspartei, die wir ja sind — vielleicht mit unterschiedlichen Schwerpunkten, aber gleicher Grundlage und gleichen Zielen —, verschwimmen zu lassen und zu einer Art Generalanzeiger-Partei zu werden. Nichts gegen den Zeitungstyp Generalanzeiger; aber das ist ein Typ, der innerhalb sehr weit gesteckter Grenzen alles vertritt. Als Partei müssen wir eine Richtungspartei und dürfen keine Generalanzeiger-Partei sein, die für und gegen alles gleichzeitig sein kann. Ich könnte Ihnen eine große Latte von Beispielen aufzählen. Aber um des erreichten Redeerfolgs willen will ich es nicht tun.

(Heiterkeit und Beifall)

Ohne Zweifel gehört es aber zu unseren Aufgaben, eine Neudefinition, eine up to date-Definition, wichtiger Begriffe vorzunehmen. Was bedeutet heute noch der Begriff „christlich“ in der Partei? Ist er nur ein Traditionssymbol, das im Namen unserer Partei bis heute erhalten geblieben ist, ohne daß man eigentlich weiß, worum es dabei geht, so wie der Dampfheizer auf der Elektrolokomotive? Was bedeutet heute noch „christlich“? Sicherlich nicht mehr „klerikal“. Aber hier bedarf es einer Neudefinition. Ich kann sie nicht bieten; aber die Aufgabe steht. Was bedeutet heute

„sozial“ und „nicht-sozialistisch“? Dafür gibt es bedeutende Vorarbeiten. Unsere Politik ist sozial, nicht sozialistisch. Was bedeutet heute „liberal“? „Liberal“ bedeutet sicherlich nicht „bindungslos“. Wir lassen uns die Plakette „liberal“ auch nicht von denen wegnehmen, die unter „liberal“ hemmungslose Bindungslosigkeit verstehen.

(Beifall)

Ohne Zweifel gehört zu unseren Plaketten auch der Begriff „konservativ“. Wir müssen uns mit allem Nachdruck dagegen verwahren, daß „konservativ“ mit „reaktionär“, in einen Topf geworfen wird.

(Beifall)

Wir bedürfen auch einer Klärung des Begriffes „national“ in den heutigen Umständen sowie einer Klärung des Begriffes: Was ist unser Vaterland, was ist Deutschland?, einschließlich der Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Zu einer Richtungspartei gehört auch die Kontinuität der eigenen Politik, auch wenn sie in einer Koalition nicht ohne Kompromiß durchgesetzt werden kann. Durch sie ist die Notwendigkeit von Kompromissen und die Fähigkeit zu Kompromissen nicht ausgeschlossen. Wir müssen aber zu dem stehen, was wir in der Opposition gefordert haben und das ablehnen, was wir als Opposition bekämpft haben, wenn unsere Konturen nicht verschwimmen sollen.

Das gilt auch für unser Verhältnis zur Außen- und Sicherheitspolitik, für unser Verhältnis zum Bündnis, zu den Vereinigten Staaten von Amerika, zu der Entspannung und den mit ihr oft verbundenen euphorischen Erscheinungen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier auch eines sagen: Entspannung oder Nicht-Entspannung wird nicht zwischen Ost-Berlin und Bonn entschieden. Die Rolle, die wir Deutschen am allerwenigsten spielen sollten, ist der Versuch, zwischen den beiden Partnern sozusagen als dritte Großmacht den Ausgleich herbeizuführen. Wir wissen genau, wo wir stehen. Wir sollten auch unseren Wert für den potentiellen Gegner und unseren Wert für den echten Freund kennen. Aber diese hektische Ausgleichstätigkeit zwischen Moskau und Washington bringt uns gar nichts, außer Hoffnungen auf der einen Seite, die nicht erfüllt werden, und Gelächter auf der anderen Seite, das uns dann doch wehtut, selbst wenn es hintergründig erfolgt.

Wir sollten uns auch klar sein über die Rechtsgrundlagen unserer Deutschlandpolitik. Ich will nicht weiter darauf eingehen, aber Sie wissen, daß mit der Verfassungsklage und den Urteilen aus dem Jahre 1973 einer verfassungswidrigen Ausuferung der Brandtschen-Bahrschen Ostpolitik eine hoffentlich endgültige Grenze gesetzt worden ist; ich will nicht in Einzelheiten gehen.

Wir sollen unentwegt für eine Verbesserung der inneren Sicherheit und unserer rechtsstaatlichen Ordnung kämpfen. Was wir bisher erreicht haben, sind Schritte, die anerkannt werden müssen. Aber sie reichen bei weitem nicht aus, um das Problem zufriedenstellend lösen zu können. Wir müssen im Kampf um die innere Sicherheit, im Kampf gegen den Terrorismus sowohl die Rechtsgrundlagen als auch die Fahndungsmethoden noch wesentlich verbessern. Da gibt es noch einiges zu tun.

(Beifall)

Ich verstehe beim besten Willen wirklich nicht, warum Forderungen nach Verbesserung der Rechtsgrundlagen und nach Präzisierung der Fahndungsmethoden antiliberalen Forderungen sein sollen. Ich bekenne mich immer noch zu der Meinung, daß im Mittelpunkt unserer Bemühungen der Bürger steht. Freiheit, Gesundheit, Leben und ehrliches Eigentum des Bürgers haben allemal noch den Vorrang vor Nachgiebigkeit gegenüber den unbefriedigten Trieben chaotischer Gewalttäter und Gesellschaftsveränderer.

(Beifall)

Wir haben in der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik eine echte Wende erreicht, eine teilweise Wende in der Rechtspolitik, in der Familienpolitik, in der Politik der inneren Sicherheit, teilweise in der Außenpolitik. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier gibt es noch einige Felder, die geklärt werden müssen.

Es ist heute nicht die Zeit und der Ort, um z.B. über das Problem Südafrika zu reden. Ich bin Helmut Kohl für seine nüchterne und — ich darf sagen — klare Einstellung zu den deutschen Aufgaben und Verantwortlichkeiten gegenüber diesem Problem sehr, sehr dankbar und wollte das auch hier einmal in aller Form zum Ausdruck bringen.

Ich war immer ein radikaler Gegner der allgemeinen, der menschlichen, der gesellschaftlichen und der sozialen Apartheid. Ich habe mich dort, wo ich Glaubwürdigkeit habe, in 20jährigen Bemühungen bei denen, die noch über die Macht verfügen, dafür eingesetzt, hier die Schranken abzubauen. Drei Viertel dieser Schranken sind abgebaut worden; das letzte Viertel muß auch noch fallen. Meine Damen und Herren, ich bin aber sehr vorsichtig mit dem Begriff der politischen Apartheid und ihrem Abbau. Ich sage das auch hier ganz offen und deutlich.

Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Wo sind denn heute die Schreier, die nach mehr Demokratie für den Iran gerufen haben, die nach der Einführung eines liberalen Systems im Iran gar nicht begriffen haben, daß im Iran gar keine Menschen für ein solches System vorhanden waren, die nicht begriffen haben, daß dort ein blutrünstiges System mit Todesurteilen am laufenden Band, mit einer schrecklichen Verlängerung des menschenmordenden Krieges herrscht? Das ist das demokratische Ergebnis der jahrzehntelangen Schreie nach mehr Demokratie und nach mehr Liberalität.

(Beifall)

Wir müssen auch begreifen — bei allen Fehlern, die die im Ghetto lebenden Weißen Südafrikas machen; zum Ghetto haben ja auch manche andere beigetragen —, daß Botha an die Grenze der Möglichkeiten geht. Der nächste Schritt wäre Staatsstreich in seinem eigenen System mit Militärdiktatur. Das hat noch niemand gesagt, aber diejenigen, die die Verhältnisse kennen, wissen es; die meisten wagen es jedoch nicht zu sagen. Wir müssen ihn ermuntern, in den Reformen fortzufahren. Wir müssen ihm helfen, die Nicht-Weißen, die Farbigen, die Schwarzen, am politischen Entscheidungsprozeß des Landes zu beteiligen. Aber wir würden eine Todsünde gegen unsere eigene Sicherheit, eine Todsünde an den Nicht-Weißen, den Farbigen und den Schwarzen, begehen, wenn wir durch unsere Politik helfen würden, den Radikalen die Macht in die Hand zu spielen. Das wäre das Ende jeder Menschenwürdigkeit.

(Beifall)

Wir haben deshalb auch die Aufgabe der geistigen Führung, nicht allein, aber Helmut Schmidt war völlig falsch beraten, als er sagte, die Politik habe mit der geistigen Führung nichts zu tun. Die geistige Führung liegt nicht allein bei der Politik, bei den Parteien und bei den Regierungen, aber Regierungen und Parteien erfüllen ihre Aufgabe nicht, wenn sie nicht ihren Beitrag zur geistigen Führung der Nation leisten, ohne damit einen Monopolanspruch zu verbinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige wenige Bemerkungen machen. Sie führen zum Teil zur Bundespolitik, zum Teil zur Landespolitik. Wir warnen davor, Deutschland, den Rest Deutschlands, die Bundesrepublik, in zwei Bildungsnationen zu teilen. Wir sehen mit großer Sorge die Bestrebungen der SPD in Nordrhein-Westfalen, ihres schwachen Kultusministers, ihres richtungslosen Ministerpräsidenten, der ja nicht einmal sein Land regieren kann — wie will er denn dann den Bund regieren? —,

(Beifall)

die Struwwelpeterschule zur Einheitsschule des Landes machen zu wollen.

(Heiterkeit)

Die Struwwelpeterschule, wie die Bildungspolitiker sie nennen, verleiht weder eine theoretische Qualifikation noch eine praktische Qualifikation, sondern sie verleiht eine halbqualifizierte Doppelqualifikation. Wer diese Struwwelpeterschule verläßt, der hat weder das theoretische Rüstzeug zu einem wissenschaftlichen Studium noch das praktische Können zur Ausübung eines handwerklichen Berufs. Wir wissen, warum wir in Bayern an unserem leistungsbezogenen Bildungssystem mit geglieder-tem Schulwesen festhalten.

(Beifall)

Ich weiß, daß auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf dem gleichen Boden stehen, aber die sozialdemokratisch regierten Länder — das sind jetzt das Saarland, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen — driften weg von dieser gemeinsamen Bildungspolitik. Ich sehe hier keine weißen Mäuse und male keinen schwarzen Mann an die Wand, aber wenn das so weitergeht, kriegen wir ein gespaltenes Bildungssystem. Wir kriegen zwei deutsche Bildungssysteme, und daß das Bildungssystem des Südens und Südwestens mit Abstand besser als das der genannten sozialdemokratisch regierten Länder sein wird, kann man als Wahrscheinlichkeitsbeweis schon an den sonstigen Erfolgen sozialdemokratischer Politik ablesen.

(Beifall)

Und die Einführung dieser Schulen erfolgt dann noch gegen den erklärten Willen der Eltern.

Meine Damen und Herren, die SPD wollte die Politik verwissenschaftlichen und die Wissenschaft in die Politik tragen. Was ist daraus geworden? Daß sie den Aberglauben in die Politik getragen hat und daß sie selber ihre Partei in den Bereich des Abergläubischen verwiesen hat. Ich erinnere mich noch der großen Attacken im Deutschen Bundestag vor 30 Jahren — ich bin kein Archäologe in der Politik, aber gelegentlich sind solche Erinnerungen doch wertvoll —, als man der damaligen

Regierung Adenauer mit dem Ressortminister Strauß, dem ersten Atomminister der Bundesrepublik, die schwersten Vorwürfe machte, wir verschrieben uns nicht schnell genug, nicht leidenschaftlich genug dem Einstieg in die Kernenergie.

Das war der Parteitag in München. — Zweite industrielle Revolution! Atomkraft bringt die Befreiung! Atomkraft macht die Armen reich! Atomkraft bringt die Befreiung des Arbeiters! Atomkraft ermöglicht den Sozialismus! Atomkraft ist die Lösung der Zukunft! Atomkraft bringt die Befreiung der armen Völker! Atomkraft bedeutet die Zukunft der Menschheit!

Ich habe mich im Bundestag und in Versammlungen bei unzähligen Gelegenheiten damit auseinandergesetzt. Mich hat Adenauer damals mit der Erforschung beauftragt, d.h. damit, die 1939 unterbrochene Forschungs- und Entwicklungstätigkeit auf zivilen Gebiete wiederaufzunehmen. Wir haben heute gar keinen Grund, von der Atomenergie so zu reden, als ob sie eine Teufelsenergie wäre, die durch einen Fehler der Politiker in unser Leben getreten sei und die übermorgen, wenn nicht schon morgen, abgeschafft werden könnte.

Ich habe mich sowohl aus meiner damaligen Tätigkeit heraus wie auch jetzt mit Wackersdorf und dem Ausbau der Nutzung der Kernenergie in Bayern aus gutem Grunde gründlich mit diesem Problem befaßt. Dazu kann ich in einigen wenigen Punkten zusammengefaßt nur sagen: Die Atomkraft ist jetzt und in vorausschaubarer Zukunft durch keine andere Energieart verantwortlich zu ersetzen.

(Beifall)

Die einzige Ersatzenergie ist die vermehrte Verbrennung fossiler Energieträger, von Kohle und Öl, mit den Folgen, vor denen die Physikalische Gesellschaft vor wenigen Wochen — ich bitte die Denkschrift nachzulesen — gewarnt hat. Sie schreibt darin, daß die Vermehrung der Verbrennung ein Verbrechen an der Menschheit wäre. Mit Abstand mißt man der Verbrennung der Kohle die größere Gefahr bei als der Kernenergie mit all ihren Möglichkeiten, wie sie bei uns bestehen.

Eine Ablösungsenergie ist die Fusionsenergie — wenn nicht ein Wunder geschieht — nicht vor dem dritten, vierten oder fünften Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts. Die Gewinnung der Fusionsenergie, d.h. der Energie, die durch die Verschmelzung zweier Wasserstoffkerne zu einem Atom gewonnen wird, bringt neue radioaktive Probleme. Dieselben Leute werden wiederkommen und genau dasselbe Klagegedicht wieder anstimmen. Wir müssen die Technik beherrschbar machen. Das ist das Wesentliche daran.

Dann gibt es die Solar- und Wasserstofftechnik. Hier bemühen wir uns. Wir haben mehrere Forschungsinstitute. Ich habe seinerzeit das Forschungsinstitut der Max-Planck-Gesellschaft in Garching begründet, das Institut für Plasmaphysik. Es sollte die Verschmelzungsenergie erforschen. Viele Jahre, bevor der erste Reaktor gebaut und in Dienst gestellt wurde, haben wir mit der Erforschung der Nachfolgeenergie begonnen. Die Schätzung der Wissenschaftler damals lautete: 1980 Erfolge im Labor, 2000 Erfolge in der Großtechnik. Wie steht es heute? Schätzung der Wissenschaftler: Laborergebnis nicht vor 2000, großtechnische Anwendung nicht vor 2030, vielleicht auch erst 2050.

Das sagen alle verantwortlichen Wissenschaftler. Wir halten uns immer noch an die Wissenschaftler; die SPD hält sich an die Gegenwissenschaftler. Das meine ich

sehr, sehr ernst. Denn seit einigen Jahren ist der Unfug hochgekommen, daß ernsthaft begründete Wissenschaft nicht mehr zum Gegenstand der eigenen Überlegungen gemacht wird, sondern daß eine gesellschaftspolitisch motivierte Gegenwissenschaft angebetet wird. Die Gegenwissenschaft behauptet, daß die normale Wissenschaft der etablierten Gesellschaft dient und deshalb jede wissenschaftliche These der Veränderung der Gesellschaft dienen muß. Ob sie richtig oder falsch ist, spielt dabei keine Rolle.

Die Solar-Wasserstoff-Technik ist in Deutschland zur Zeit technisch nicht möglich. Man muß mehr hineinstecken als herauskommt. Das große Projekt läuft in Saudi-Arabien. Ein kleines Projekt beginnt jetzt bei uns in der Oberpfalz zu laufen. Ausgehend von der Chance, daß Wasserstoff ökonomisch günstig gewonnen werden kann, daß er betriebssicher gemacht und transportiert werden kann, hat das Hearing in der Staatskanzlei, zu dem wir über zwanzig führende Wissenschaftler Europas eingeladen haben - keine Gegenwissenschaftler, sondern echte Wissenschaftler —, ergeben: Vor dem Jahre 2050 dürfe man sich nicht auf eine Verwertung im großtechnischen Maßstab verlassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch sagen: Wir sind — wir in Bayern im kleinen Rahmen, wir in der Bundesrepublik im großen Rahmen — das halbe Deutschland. Das Deutsche Reich hatte bis 1918 540 000 Quadratkilometer. Die Weimarer Republik hatte 450 000 Quadratkilometer als Ergebnis von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg. Heute sind wir dreigeteilt: die Gebiete jenseits der Oder und Neiße unter polnischer und russischer Verwaltung mit ihren besonderen Schicksalen, die DDR mit ihren über 100 000 Quadratkilometern, die Bundesrepublik mit 250 000 Quadratkilometern und so vielen Einwohnern, wie das Deutsche Reich in den 20er Jahren hatte, in denen ich aufgewachsen bin. Damals waren 140 Menschen auf einem Quadratkilometer, heute sind es 250. Das sind keine Fellachen, die mit einer Handvoll Reis zufrieden sind. Das sind keine Nomaden, die in Zelten zu leben bereit sind. Das sind hochkultivierte, hochzivilisierte Bürger. Die haben sich aus dem Dreck, dem Schutt und dem Rauch, aus den Tränen und dem Blut des Zweiten Weltkriegs emporgearbeitet. Sie haben hohe Lebensverhältnisse erwirtschaftet. Sie wollen diese hohen Lebensverhältnisse für sich sichern und ausbauen, im Alter soziale Sicherheit haben und der Jugend einen Ausblick in die Zukunft geben.

Meine Damen und Herren, das ist nur möglich, wenn wir in der Spitzengruppe der Industrienationen, in der jeweiligen Vorhut des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beheimatet sind und beheimatet bleiben. Nur so ist das möglich.

(Beifall)

Deshalb habe ich die Wahl vom Januar 1987 nicht eine Richtungswahl, sondern eine Schicksalswahl genannt. Wenn die Verantwortung für die Geschehnisse der Bundesrepublik zu einer wirtschaftlichen Mittelmacht bedeutenden Ausmaßes, einer militärisch unentbehrlichen Größenordnung im atlantischen Gefüge und im europäischen Gleichgewicht nicht politisch mit steigender Kraft ausgestattet ist, wenn diese Bundesrepublik Deutschland einen fundamentalen Wandel in Richtung Rot/Grün vollziehen würde, dann wäre unsere Arbeit der letzten vierzig Jahre umsonst gewesen, dann wäre das Schicksal der Lebenden ungewiß, und die Zukunft der kommenden Generationen würde auf dem Spiele stehen.

Das ist es, was wir unseren Wählern sagen müssen. Das geht weit über kleinliche

Mäkeleien in der Steuerpolitik, in der Finanzpolitik, in der Umweltschutzpolitik und in welchen politischen Bereichen auch immer hinaus. Das ist eine historische Weichenstellung, so bedeutend wie 1949. Die Niederlage der SPD in 1949 war ein Glücksfall für Deutschland in seinem freien Teil.

(Beifall)

Adenauer hat im Mai 1957 bei einer großen Wahlkundgebung in Nürnberg, als wir Aussicht hatten, eine große absolute Mehrheit zu erringen, und sie auch errungen haben, gesagt, die SPD wäre der Untergang Deutschlands. Er wurde daraufhin Opfer ungezählter Angriffe, auch aus den eigenen Reihen. Man meinte, es sei wohl übertrieben, die SPD derartig anzugreifen und derartig in Zweifel zu ziehen. Vielleicht war es damals so übertrieben. Vielleicht hat er holzschnittartig gezeichnet. Aber sollen wir heute, meine Damen und Herren, dieses Deutschland einer Kombination von Rau + x, Rau + 0 oder 0 + 0 überlassen, dem Zufall überlassen,

(Beifall)

phantastischen Utopien überlassen? Wir stehen vor der Entscheidung: Bleiben wir auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden, oder steigen wir in das prunkgeschmückte Narrenschiff Utopia ein, in dem dann ein Grüner und zwei Rote die Rolle der Faschingskommandanten übernehmen würden?

(Beifall)

Hier eine klare Entscheidung herbeizuführen, sind wir unseren Bürgern und unserer Jugend schuldig, sind wir aber auch der Glaubwürdigkeit Deutschlands bei unseren Nachbarn aller vier Himmelsrichtungen schuldig.

Ich danke Ihnen für die Geduld, mit der Sie mich angehört haben.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

**Dr. Bernhard Vogel**, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Kollege! Der Parteitag dankt Ihnen für Ihre Rede, die wir mit großer Aufmerksamkeit und mit Zustimmung verfolgt haben. Helmut Kohl hat Ihnen und der CSU heute morgen schon für den gemeinsamen Weg gedankt. Der Parteitag macht sich diesen Dank zu eigen.

(Beifall)

Sie haben, lieber Herr Strauß, von den gemeinsamen Grundlagen, von den gemeinsamen Erfolgen und von den gemeinsamen Zielen gesprochen. Wir sind Ihnen dafür sehr dankbar. Eine Schicksalswahl haben Sie die Wahl 1987 genannt. Wenn Schicksalswahl, dann aber auch Schicksalsgemeinschaft der ganzen Union in Deutschland!

(Beifall)

Wir wollen in der Tat den Riemen enger schnallen, wir wollen gemeinsam kämpfen, wir wollen gemeinsam siegen! Herzlichen Dank, Franz Josef Strauß, für Ihre Rede.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Parteitag fährt in seiner Tagesordnung fort.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

### VORLAGE DES RECHENSCHAFTSBERICHTES 1984 ZUR ERÖRTERUNG

Das Wort zur Begründung hat der Bundesschatzmeister, unser Freund Walther Leisler Kiep.

**Walther Leisler Kiep**, Bundesschatzmeister: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Parteitagspräsidium hat mich zu diesem Zeitpunkt aufgerufen, diesen Bericht abzugeben, um gewissermaßen als Kontrastprogramm zur Rede von Franz Josef Strauß Sie nach dieser Rede wieder in die Niederungen der Parteiarbeit und der Finanzpolitik der Partei zurückzuführen.

Das neue Parteienfinanzierungsgesetz, das am 1. Januar 1984 in Kraft getreten ist und das am 14. Juli 1986 vom Bundesverfassungsgericht in allen wesentlichen Punkten bestätigt wurde, sieht vor, daß die Parteien unter diesem Gesetz ihren Rechenschaftsbericht dem Bundesparteitag vorlegen müssen, der der nächste Parteitag nach der Vorlage beim Bundestagspräsidenten ist. Aus diesem Grunde bin ich heute gehalten, den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1984 vorzulegen.

Ich komme diesem Anliegen des Gesetzes sehr gerne nach, weil hier ein alter Wunsch der Union und auch von mir selber Wirklichkeit wird, nämlich die Transparenz der Parteienfinanzierung in Ausgaben, in Einnahmen und im Parteivermögen herzustellen, um damit sicherzustellen, daß jedermann die Parteienfinanzen durchschauen und begreifen kann.

Der Rechenschaftsbericht unserer Partei ist Ihnen mit den Parteitagsunterlagen zugegangen. Deshalb kann ich mich hier auf diese Unterlagen beziehen. Ich darf hinzufügen, daß eine von mir verfaßte detaillierte Analyse dieses Rechenschaftsberichtes in Heft 37/85 des UID veröffentlicht wurde. Auch diese Analyse liegt Ihren Parteitagsunterlagen bei, so daß Sie sich, an Hand dieser Unterlagen, im einzelnen über den Stand der Parteifinanzen im Jahre 1984 unterrichten können.

Ich möchte die Gelegenheit gerne benutzen, allen Schatzmeisterkollegen auf allen Ebenen sehr herzlich für die große Arbeit zu danken, die sie für Sie alle, meine Damen und Herren, mit der Erstellung dieses Berichtes auf sich genommen haben.

Den Bericht 1985 wird in Kürze vom Bundestagspräsidenten veröffentlicht werden.

Die Umstellung auf das neue System beinhaltet insofern Schwierigkeiten, als wir danach zur Öffentlichmachung unserer Finanzen verpflichtet sind, wo doch in der Vergangenheit die strikteste Diskretion und Zurückhaltung in allen Parteifinanzierungsfragen üblich war. Ich glaube aber, daß diese Transparenz ein Stück unserer Glaubwürdigkeit als Partei sein wird. Ich fordere Sie alle auf, auf allen Ebenen an dieser wichtigen Aufgabe weiterhin aktiv mitzuarbeiten.

Wir müssen jetzt die finanziellen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf 1986/87 schaffen. Eine Voraussetzung für den Wahlerfolg ist die Fähigkeit der Union zur Herstellung der Waffengleichheit mit unseren politischen Gegnern, sprich: die Bereitstellung der notwendigen Finanzierung. Ich möchte Sie

heute alle aufrufen, bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe mitzuwirken.

Unsere zukünftige politische Glaubwürdigkeit hängt davon ab, ob es uns auch im Wahlkampfjahr gelingt, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Deshalb hoffe ich, daß hier nicht nur wir Schatzmeister, sondern alle Politiker, alle Mandatsträger, alle Landes-, Kreis- und Bezirksvorsitzende sich diese wichtige Aufgabe zu eigen machen. Ihnen allen gilt auch die Bitte und der Wunsch nach der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Unterstützung.

Wir wollen, wenn wir heute in einem Jahr den Rechenschaftsbericht 1986 vorlegen, rückblickend feststellen können, daß wir auch in diesem Wahlkampfjahr die Straße und die Bahn der Solidität und der Solidarität nicht verlassen haben.

Ich bedanke mich für die Mitarbeit, und ich bedanke mich für die relative Bereitschaft, mir zuzuhören.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten noch einmal die wichtige Tätigkeit unseres Bundesschatzmeisters erwähnen und anerkennen, daß er dieses Amt in schwieriger Zeit so ausgeübt hat und als Erfolg gesunde Finanzen der Partei vorweisen kann. Vielen Dank, Walther Leisler Kiep, für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

#### AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN

Vor der Eröffnung der Aussprache erteile ich zunächst dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission Hans Terlinden das Wort zu seinem Bericht.

**Hans Terlinden**, Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich trage Ihnen die Kurzfassung des Berichtes der Mandatsprüfungskommission vor. Ich bin sicher, Sie sind damit einverstanden, daß ich die Langfassung zu Protokoll gebe.

Die Mandatsprüfungskommission hat sich davon überzeugen können, daß bei der Wahl der Delegierten die satzungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen eingehalten worden sind.

Dem Parteitag gehören 750 von den Landes- beziehungsweise Kreis- und Bezirksverbänden zu wählende Vertreter und der Ehreuvorsitzende an. Die Exil-CDU entsendet 30 Delegierte; sie verfügen allerdings nicht über das volle Stimmrecht. Ich verweise in dem Zusammenhang auf § 28 Abs. 3 des Bundesstatuts.

Zum Zeitpunkt der Prüfung waren 744 Delegierte anwesend. Der Parteitag ist damit beschlußfähig. - Danke.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei der Mandatsprüfungskommission.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nun die Aussprache. Ich darf zu Beginn dieser Aussprache darauf hinweisen, daß Wortmeldungen auf vollständig ausgefüllten Wortmeldezetteln hier oben beim Tagungspräsidium abgegeben werden müssen. Sie können die unten bei den Helfern abgeben, und sie gelangen dann hier ins Präsidium. Mir liegen inzwischen vier Wortmeldungen vor.

Als erster hat der Spitzenkandidat für die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft, unser Freund Hartmut Perschau, das Wort.

**Hartmut Perschau** (mit Beifall begrüßt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist jetzt etwa vier Jahre her, daß Helmut Kohl Bundeskanzler geworden ist. Und es sind noch knapp vier Monate, die uns vom Wahltermin trennen, an dem der Wähler über unsere Politik zu entscheiden hat. Es sind noch gut vier Wochen bis zu unserer Wahl in Hamburg, wo auch über die Politik, allerdings einer sozialdemokratischen Regierung in Hamburg, entschieden werden muß.

Ich glaube, liebe Freunde, wir können, wenn man dies alles miteinander vergleicht, außerordentlich stolz sein auf die exzellenten Ergebnisse, die unser Kabinett unter der Leitung von Helmut Kohl in den letzten vier Jahren in Deutschland und für Deutschland erreicht hat.

(Beifall)

Diese exzellenten Ergebnisse stehen allerdings in einem außerordentlichen Kontrast zu den Ergebnissen der Politik, die wir in vielen SPD-regierten Ländern in demselben Zeitraum feststellen müssen.

Mein Plädoyer für den Wahlkampf lautet: Setzen wir uns offensiv mit der SPD auseinander, aber nicht mit ihren wohlklingenden Aussagen und Versprechungen, sondern mit den Ergebnissen ihrer tatsächlichen Politik. Wir sollten den Wählern an den Beispielen der Länder und der Städte, in denen die SPD regiert, zeigen, worin sich die Politik von CDU und SPD unterscheidet und wie die Ergebnisse konkret nebeneinander aussehen.

Franz Josef Strauß hat vor einigen Wochen eine sehr plastische, sehr drastische und sehr deutliche Leistungsbilanz vorgelegt und einen Vergleich der Leistungen von Bayern und Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Wer diese Zahlen und Ergebnisse nebeneinander sieht, der weiß sehr wohl zu würdigen, welche Politik in die Zukunft zeigt und welche Politik uns in Zukunft nach vorne bringen wird.

Meine Damen und Herren, ich komme, wie Sie wissen, aus einem sozialdemokratisch regierten Land. Ich komme aus einem Land, das nunmehr seit fast 30 Jahren von den Sozialdemokraten regiert wird und seit fünf Jahren von einem Bürgermeister, der sich Wirtschaftsexperte der Bundes-SPD nennt. Ich möchte hier eigentlich mit Ihnen nicht darüber diskutieren, wie weltläufig und wie parkettsicher der Hamburger Bürgermeister ist, sondern ich möchte Ihnen für Ihre eigene Argumentation einige Daten und Fakten an die Hand geben, wie sich denn die konkreten Ergebnisse der sozialdemokratischen Politik der letzten vier, fünf Jahre in Hamburg tatsächlich darstellen.

Lassen Sie mich kurz etwas zum Problem der Arbeitslosigkeit sagen: Liebe Freunde,

wir alle wissen, daß derjenige, dem es heute in unserem Land gelingt, die Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen, eine ganz große Chance hat, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen. Wenn Sie sich die Entwicklung im Bund und in Hamburg ansehen, dann stellen Sie plötzlich fest, daß wir noch vor fünf Jahren, an dem Tag, als Herr von Dohnanyi nach Hamburg kam, mit der Arbeitslosenquote exakt im Bundesdurchschnitt lagen. Wir hatten exakt dieselbe Arbeitslosenquote wie der Bund, sowohl was die allgemeine Arbeitslosigkeit anging als auch was die Jugendarbeitslosigkeit anging.

Wenn Sie sich die Zahlen von heute ansehen, stellen Sie fest, daß im September die Arbeitslosenquote des Bundes bei 8,2 Prozent und die in Hamburg bei 12,7 Prozent lag. Innerhalb von fünf Jahren hat die Hamburger Sozialdemokratische Partei unter Führung des Wirtschaftsexperten der Bundes-SPD in Hamburg eine Arbeitslosenquote erwirtschaftet, die heute um mehr als 50 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt — und das in der Handels-, Wirtschafts- und Industriemetropole Norddeutschlands, einem der bedeutendsten Handels- und Wirtschaftszentren der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Wenn Sie sich das Ergebnis jetzt auch im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit angucken, wo wir vor fünf Jahren ebenfalls exakt im Bundesdurchschnitt lagen, stellen Sie heute fest, daß im Bund die Jugendarbeitslosenquote bei 7,4 Prozent liegt, in Hamburg in diesem Monat bei 18,5 Prozent - innerhalb von fünf Jahren eine zweieinhalbmal so hohe Arbeitslosenquote wie im Bund. Meine Damen und Herren, eine solche Politik, wie sie die Sozialdemokraten in unserer Stadt betrieben haben, die dazu geführt hat, daß in wirtschaftlichen Ballungsräumen die Arbeitslosigkeit wächst, daß junge Menschen immer weniger Zukunftsperspektive haben, ist eine arbeitnehmerfeindliche Politik, und sie ist eine zutiefst unsoziale Politik.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein zweites Thema nehmen. Das ist die Problematik der Verschuldung. Wir stellen fest, daß im Bund die Verschuldungskurve immer mehr abflacht, daß sich die Finanzen stabilisieren, daß sich die Preise stabilisieren, daß wir eine sichere Haushaltswirtschaft haben und dies neben einem großzügigen Steuerentlastungsgesetz, daß in ganz großem Umfang Steuerkraft an die Bürger zurückgegeben wird. — In Hamburg ist es genau umgekehrt. In Hamburg ist es so, daß wir eine drastisch weiter steigende Verschuldung haben, eine drastisch sinkende Investitionsquote des Landes, daß wir gleichzeitig aber nicht eine Senkung der Steuern oder eine Rückgabe von Steuern an die Bürger haben, sondern während der Bund die Steuern an die Bürger zurückgibt, werden im sozialdemokratisch regierten Land Hamburg die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die Getränkesteuer, die Hundesteuer erhöht, werden sämtliche Tarife, Gebühren erhöht, in einem Maße, das weit, weit oberhalb der Preissteigerungsrate liegt.

Meine Damen und Herren, diese Politik trifft natürlich nicht die Reichen. Sie trifft nicht die Vermögenden. Sie trifft nicht die Großbürger, die in Hamburg an der Elbchaussee wohnen. Die wissen noch nicht einmal, wie eine Stromrechnung aussieht, und die kennen auch nicht die Tariffkarten des Verkehrsverbundes. Eine solche Politik trifft die Schwachen. Sie trifft die Bezieher kleinerer Einkommen. Sie trifft die sogenannten unteren sozialen Schichten. Eine solche Verschuldungspolitik, eine solche Steuerpolitik, eine solche Verteuerungspolitik, die Hamburg zur teuersten Stadt der

Bundesrepublik Deutschland gemacht hat, die heute die Bürger und die Betriebe aus der Stadt treibt, die natürlich auf dem Rücken des „kleinen Mannes“ ausgetragen wird, ist eine zutiefst arbeitnehmerfeindliche, eine unsoziale und eine mieterfeindliche Politik.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich komme aber nicht nur aus dem Land des Wirtschaftsexperten der SPD, sondern ich komme auch aus dem Stammland der Neuen Heimat. Die meisten von Ihnen wissen sicherlich, daß die Muttergesellschaft der Neuen Heimat ihren Sitz in Hamburg hat. Zuständig für die Kontrolle der Neuen Heimat sind seit ihrem Bestehen der Hamburger Senat, die Hamburger SPD, die Hamburger Baubehörde und das Amt für Wohnungswesen in Hamburg. Wir haben drei Jahre lang in einem Untersuchungsausschuß zum Thema Neue Heimat in der Hamburger Bürgerschaft mühsam Punkt für Punkt, gemeinsam übrigens mit den Sozialdemokraten, herausgearbeitet, was sich denn dieser Senat an Aufsichtsverletzungen hat zuschulden kommen lassen. Dieser Untersuchungsausschuß hat allein 213 Rechtsverstöße der Neuen Heimat nachgewiesen, die nur deshalb möglich waren, weil der Filz von DGB und SPD und Neuer Heimat und Hamburger Senat und Hamburger Bürgermeistern so groß war, daß kein Beamter in der Baubehörde die Auffassung nährte, daß es darum gehe, bei der Neuen Heimat Recht und Gesetz durchzusetzen, sondern es ging in erster Linie darum, den Nutzen der Neuen Heimat zu mehren, dem DGB und der SPD dienlich zu sein.

Die Hamburger SPD hat die Neue Heimat immer als eine Art parteieigenes Unternehmen betrachtet. Deshalb haben wir auch eine der höchsten Wohnungsquoten der Neuen Heimat in unserer Stadt.

Die SPD in Hamburg hat dabei natürlich nie die Interessen der Mieter im Auge gehabt, sondern sie hat die finanzielle Lage der Neuen Heimat, ihre eigene finanzielle Lage und die finanzielle Lage des DGB im Auge gehabt, aber doch nicht die der Mieter! Nach dem, was der DGB heute und in den letzten Wochen getan hat und was Herr Schiesser in den nächsten Wochen im Auftrag des DGB tun wird, können wir doch nur sagen: Sozialdemokratische Politik, 30 Jahre Genossenfilz in einer Stadt, 30 Jahre Filz von SPD, DGB, Neuer Heimat und öffentlichen Unternehmen haben diese Tragödie und diesen Skandal der Neuen Heimat in unserem Land erst möglich gemacht.

(Beifall)

Hätte der Hamburger Senat seiner Aufsichtspflicht in den letzten Jahren auch nur ansatzweise entsprochen, es wäre völlig undenkbar gewesen, daß dieser Neue Heimat-Skandal, so wie er sich jetzt in den letzten Jahren abgespielt hat, tatsächlich stattgefunden hätte.

Meine Damen und Herren, dies zeigt sehr deutlich, was es für eine große Stadt bedeutet, wenn sie 30 Jahre lang von einer Sozialdemokratischen Partei mit dieser unglaublichen Nähe zu den Gewerkschaften, zu deren wirtschaftlichen Unternehmen und zu den öffentlichen Unternehmen regiert wird. Die Ergebnisse der Politik sind katastrophal: Hamburg koppelt sich immer mehr von der positiven Entwicklung des Bundes ab. Das, was wir heute feststellen, ist, daß Hamburg in den Wirtschaftsfragen, in den Finanzfragen, in den Verschuldungsfragen, in der Preispolitik, in der

Sozialpolitik hinter der Entwicklung des Bundes weit, weit zurückhängt und im Vergleich zu den anderen Metropolen mehr und mehr die rote Laterne des Schlußlichtes trägt.

Liebe Freunde, deshalb müssen wir in den vor uns liegenden Wochen und Monaten auf die große Diskrepanz zwischen Worten und Taten der Sozialdemokratischen Partei hinweisen.

(Beifall)

Wir müssen sie überall dort packen, wo sie hinsichtlich ihrer konkreten Leistungsergebnisse — in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg, in Bremen, in Hessen — in so unglaublicher Weise versagt haben und sich damit natürlich auch das Recht genommen haben, ausgerechnet diese unsere Bundesregierung zu beschuldigen, die Sozialpolitik nicht im Zentrum ihrer politischen Überlegungen zu haben. Meine Damen und Herren, wenn wir diese Leistungsvergleiche vorlegen, dann wird man uns verstehen, dann werden wir eine neue, eine weitere und stärkere Überzeugungskraft finden.

Wir in Hamburg, meine Mannschaft und ich, Senatsmannschaft der CDU, die Kollegen aus der Fraktion, die gesamte Partei, wir sind in diesen Wochen und Monaten angetreten, um es unseren Freunden in Frankfurt, Berlin und Stuttgart nachzumachen,

(Beifall)

um als eine moderne Großstadtpartei die Talfahrt der Freien und Hansestadt Hamburg zu beenden und unsere Stadt, die sicherlich eine der schönsten — für mich die schönste — Städte der Bundesrepublik Deutschland ist, endlich wieder dort hinzubringen, wo sie hingehört: vom Ende des Geleitzuges der deutschen Metropolen wieder nach vorn an die Spitze. An die Spitze wird diese Stadt aber nicht mit einer Sozialdemokratischen Partei kommen, die fast über 30 Jahre die Mehrheit hatte und es in der Hand hielt, in dieser Stadt alles so zu gestalten, wie sie es selbst für richtig gehalten hat.

Die Ergebnisse dieser Politik sind für unsere Stadt katastrophal, und die Wende dieser Politik ist nur mit der CDU möglich.

(Beifall)

Da viele Delegierte, meine Freunde, mich angesprochen haben, wie es denn in Hamburg mit der FDP ist, einen letzten Satz zur FDP: Die FDP hat in unserer Stadt eine markante, klare, eindeutige und entschiedene Aussage gemacht. Sie hat sich für ein entschiedenes Sowohl — Als auch ausgesprochen. Sie hat gesagt: Im Prinzip wollen wir lieber eine Koalition mit der CDU, aber wenn es nicht reicht, dann machen wir auch eine mit der SPD. Im Grundsatz wollen wir die Wende, und wir wollen auch eine Koalition. Wir wissen nur noch nicht genau, ob mit Dohnanyi oder Perschau. Meine Damen und Herren, damit verzichtet die FDP natürlich darauf, programmatisch Einfluß auf die hamburgische Landespolitik zu nehmen. Und sie macht deutlich, worum es ihr ausschließlich geht: Es geht ihr ausschließlich um Machtfragen, nur um Partizipation an der Macht. Ich glaube, daß die FDP mit dieser Aussage dort stehen bleiben wird, wo sie heute steht, nämlich deutlich unter 5 %.

(Beifall)

Deshalb gilt es für die Hamburger CDU, die Verantwortung dafür zu übernehmen, mit aller Kraft nach vorne zu arbeiten, nach vorne zu gucken und die Argumente in das Hamburger Bürgertum hineinzutragen. Ohne uns wird es eine Wende in Hamburg nicht geben. Eine Wende gibt es in Hamburg nur mit der CDU.

Dafür bitte ich Sie sehr herzlich um Ihre ganz persönliche Unterstützung. Ich bitte Sie aber auch um die Unterstützung der gesamten großen Unionsfamilie, die uns, wenn sie gut zusammenhält, den Rückenwind geben kann, den wir brauchen, damit wir Ihnen am 9. November ein exzellentes Ergebnis für die Bundestagswahl melden können.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hartmut Perschau, für diesen Beitrag. Herzlichen Dank aber auch für Ihren großartigen Einsatz, mit dem Sie in Hamburg für den Wahlerfolg der Union kämpfen. Der Parteitag wünscht Ihnen bei dieser Bürgerschaftswahl einen Erfolg, nicht nur im Interesse unserer Stadt, sondern auch als guten Auftakt für die nachkommende Bundestagswahl. Sie können sicher sein, daß die ganze CDU Deutschlands in Hamburg für diesen Wahlerfolg mitkämpfen wird.

Vielen Dank.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Pöttering aus dem Landesverband Niedersachsen.

**Dr. Gerd Pöttering**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte gern einige wenige Bemerkungen zur europäischen Politik machen. Es ist ja heute in sehr beeindruckenden Redebeiträgen die Vision Europas dargestellt worden. Alles, was gesagt worden ist, kann sicher auch unsere Zustimmung finden.

Aber, liebe Freunde, ich möchte doch auch einmal sehr deutlich sagen, daß wir, wenn wir jetzt wieder in die konkrete Arbeit der Partei hineingehen, auch sicherstellen müssen, daß die Europapolitik in unserer Partei den gleichen Stellenwert wie die Landespolitik und die Bundespolitik bekommt. Dies bedeutet konkret, daß es selbstverständlich sein muß, daß auch in den Vorständen unserer Partei über die Arbeit des Europäischen Parlaments und der Europapolitik diskutiert wird, wenn Berichte aus dem Deutschen Bundestag oder aus dem Landtag dazu anstehen oder wenn Europaabgeordnete aus den Regionen kommen.

Europapolitik, liebe Freunde, ist heute konkrete, tägliche Politik. Wir erleben es an der Debatte über die sogenannte Einheitliche Europäische Akte, die ein Wort für das Reformwerk der Europäischen Gemeinschaft ist. Wir sehen gegenwärtig, daß es in der Bundesrepublik Deutschland Schwierigkeiten gibt — nicht mit den CDU-Ländern, sondern mit den Ländern, die nicht der CDU angehören —, daß Bedingungen gestellt werden, die durch die Bundesregierung, so glaube ich, nicht einzuhalten sind. Wir müssen deutlich machen, daß wir bald, in den nächsten Wochen, zur Verabschiedung des Reformwerks der Europäischen Akte kommen müssen, damit wir sicherstellen, daß nicht wir als Bundesrepublik Deutschland das Schlußlicht im Ratifizierungsverfahren werden.

Wir haben deswegen, meine Damen und Herren, liebe Freunde, als CDU-Gruppe aus dem Europäischen Parlament einen Antrag vorgelegt, über den nachher ja abzustimmen sein wird. Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung und sagen, daß das berechnete Interesse der Bundesländer, über die Europapolitik der Bundesregierung informiert zu werden und darauf Einfluß zu nehmen — dies ist ein wirklich berechtigtes Interesse der Bundesländer —, nicht zu einer Verzögerung des europäischen Entscheidungsverfahrens führen darf.

Meine Damen und Herren, ich möchte gern noch eine zweite und abschließende Bemerkung zur europäischen Sicherheitspolitik machen: Viele Beiträge — Helmut Kohl, Franz Josef Strauß und andere — haben von der Notwendigkeit europäischer Sicherheitspolitik gesprochen. Ich denke, dies ist eines der wichtigsten Anliegen. In der Europäischen Gemeinschaft leben heute 320 Millionen Menschen. Das sind 50 Millionen Menschen mehr als in der Sowjetunion und gar 80 Millionen Menschen mehr als in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich denke, daß wir Europäer endlich bereit sein müssen, diesen Verantwortungsneutralismus, dieses Nicht-Handeln-Wollen hinter uns zu lassen. Und wir müssen bereit sein, auch in der Sicherheitspolitik politische Verantwortung zu übernehmen.

Viele haben die Amerikaner kritisiert, als sie ihre Aktion gegen Libyen unternommen haben. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, daß die Amerikaner diese Aktion nicht unternommen hätten, wenn die Europäer bereit gewesen wären, in den Monaten vorher gegenüber dem Terrorismus Libyens politisch, diplomatisch und wirtschaftlich etwas zu unternehmen. Dieses ist der Punkt, von dem ich glaube, daß wir als Europäer mehr gemeinsam handeln müssen. Wir haben im Falle Südafrika gemeinsam gehandelt. Ich denke, die Lösung, die in diesem Falle gefunden wurde, war eine alles in allem akzeptable Lösung. Wir haben als Europäische Gemeinschaft den Präsidenten der Gemeinschaft, den britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe, nach Pretoria geschickt. Das war richtig. Meine Freunde, wir müssen aber auch andere bedeutsame Themen aufnehmen. Herr Generalsekretär Geißler, Sie sind ja besonders in der Frage Afghanistan engagiert. Haben wir auch als Europäische Gemeinschaft, als Europäer den Mut, dieses Problem auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs aufzugreifen und einen Verantwortlichen nach Moskau zu schicken, um Michail Gorbatschow zu sagen, welche Auffassung wir über den Völkermord der Sowjetunion in Afghanistan haben.

Meine Damen und Herren, ich denke, daß wir als Europäer mehr Verantwortung übernehmen müssen — und dieses nicht im Gegensatz zu unseren Freunden in Amerika, sondern dieses, wo immer es geht, in Gemeinsamkeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir sollten sehr deutlich machen — das ist meine letzte Bemerkung —: Wenn wir für Sicherheitspartnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika eintreten, so geschieht das nicht aus einer besonderen Zuneigung gegenüber Amerika, sondern deshalb, weil wir wissen: Solange die Vereinigten Staaten von Amerika und die Länder Westeuropas Demokratien sind, dem Menschenrecht und dem Selbstbestimmungsrecht verpflichtet sind, kann es Sicherheitspartnerschaft für die Länder Westeuropas nur mit den Vereinigten Staaten von Amerika, aber nicht mit der Sowjetunion geben. Mit der Sowjetunion müssen wir uns gleichwohl um eine kooperative, auf Zusammenarbeit ausgerichtete Sicherheitspolitik bemühen. Dies ist, wie ich denke, eine große Aufgabe für die Europäer. Wir sollten diese Aufgabe tatkräftig angehen. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Pöttering.

Jetzt hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Herr Böhr, das Wort.

**Christoph Böhr**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern ein Wort des Bundeskanzlers von heute vormittag aufgreifen. Helmut Kohl hat heute morgen gesagt: Die CDU ist die Partei der Zukunft. — Ich denke, daß die CDU inzwischen die einzige Partei ist, der man überhaupt noch vertrauen kann, daß sie Zukunft nicht nur verwalten, sondern auch aktiv gestalten will.

Meine Damen und Herren, ich sage das an dieser Stelle, weil ich denke, daß in diesem Punkt so etwas wie eine neue Qualität von Politik überhaupt sichtbar wird. Was es heißt, wenn durch Politik Zukunft verspielt wird, haben wir alle während der siebziger Jahre sehr leidvoll erlebt und erfahren müssen. Ich denke, es ist gerade dies die neue Qualität von Politik, daß Politik inzwischen wieder zu einem langen Atem zurückgefunden hat, daß Politik inzwischen wieder über den Tellerrand des Tages hinausschaut, daß sie auch langfristige Ziele in den Blick nimmt und daß Politik Schluß damit gemacht hat, die Probleme des Heute ausschließlich und allein auf Kosten des Morgen und zukünftiger Generationen zu lösen. Auch das ist der Wandel der Politik der letzten Jahre.

(Beifall)

Darin wird, wie ich denke, auch so etwas wie eine neue ethische Durchdringung von Politik deutlich.

Meine Damen und Herren, schon heute, nach erst vier Jahren Amtszeit dieser Bundesregierung läßt sich feststellen: Mit Helmut Kohl und seiner Regierung ist Politik in der Tat wieder glaubwürdig geworden, und zwar gerade auch in den Augen junger Leute, bei denen sie lange Jahre Glaubwürdigkeit verloren hatte.

(Zustimmung)

Junge Leute, junge Menschen wollen keinen Opportunismus. Junge Menschen wollen kein Nachhecheln hinter modischen Trends. Junge Menschen wollen Perspektiven, wollen Ziele, für die sie sich einsetzen können. Diese Bundesregierung hat jungen Leuten in der Tat wieder Perspektiven eröffnet, hat ihnen gezeigt, für was es sich einzusetzen lohnt. Erinnern wir uns nur einmal an die Klagen über Zukunftsverlust und Zukunftspessimismus, die vor nicht allzu langer Zeit zu hören waren. Meine Damen und Herren, diese Klagen sind inzwischen alle verstummt. Jugend hat wieder eine Zukunft. Auch das gehört zum Klimaumschwung der letzten vier Jahre.

Es ist eben mehrfach darauf hingewiesen worden, daß zur Gestaltung der Zukunft eine gemeinsame Anstrengung von allen erforderlich ist. Weil wir diese Gemeinsamkeit wollen, fände ich es in der Tat schön, wenn am Ende einer erfolgreichen gemeinsamen vierjährigen Regierungspolitik in Bonn jetzt auch ein gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU diese Regierungszeit abschließen würde und wir gemeinsam in den Wahlkampf ziehen würden.

(Beifall)

Junge Menschen in unserer Gesellschaft sind heute wieder zur Leistung bereit. Sie wollen sich engagieren. Sie wollen in diese Gesellschaft einsteigen. Meine Damen und Herren, das muß aber auch sichtbar werden, das muß auch deutlich werden. Es muß noch mehr als bisher deutlich werden, daß die Mehrheit der Jugendlichen in der

Bundesrepublik eben keine Sympathien für verummte Chaoten in Wackersdorf hat, sondern ganz andere Ziele verfolgt. Die Jugendlichen setzen sich für konstruktive Ziele ein.

(Beifall)

Die Mehrheit der deutschen Jugend ist anders, als es vielleicht die eine oder andere Sendung der Tagesschau uns allabendlich nahelegt. Tausende und Abertausende junger Menschen engagieren sich in ihrer Freizeit, arbeiten für eine bessere Umwelt, setzen sich für die Armsten der Armen in Entwicklungsländern ein, helfen älteren Mitbürgern, denen sie Nachbarschaftshilfe leisten. Meine Damen und Herren, das ist die Mehrheit, die breite Mehrheit der deutschen Jugend, die endlich auch wieder die Anerkennung finden muß, die ihr eigentlich zusteht.

(Beifall)

Ich finde, daß unsere Partei auch für dieses Ziel steht, daß wir für dieses Ziel stehen. Wenn es richtig ist, daß die CDU die Partei der Zukunft ist, dann können wir, wie ich denke, hinzufügen: Die CDU ist nicht nur die Partei der Zukunft. Die CDU ist inzwischen die Partei der Jugend. Wir werden gemeinsam dafür kämpfen, daß das so bleibt. — Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Frau Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Böhr. Es liegen weitere Wortmeldungen zur Aussprache vor. Ich rufe Herrn Peter Jacoby auf.

**Peter Jacoby:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mehrfach war auch am heutigen Tage davon die Rede, die bevorstehende Bundestagswahl sei eine politische Richtungsentscheidung. Ich denke, daß dieser Begriff gut ist und daß es auch keinen Widerspruch zwischen einer Schicksalswahl und der politischen Richtung, die damit einhergeht, gibt. Insofern tun wir gut daran, diesen Begriff beizubehalten.

Wir im Saarland machen seit nunmehr eineinhalb Jahren die konkrete Erfahrung, um welche andere politische Richtung es sich nicht nur in der Theorie, sondern eben auch in der Praxis handelt. Hier wird unter dem Etikett des Ökosozialismus eine Politik gemacht, die mit der Ausrichtung der traditionellen deutschen Sozialdemokratie kaum mehr in einem Zusammenhang steht.

Trotz aller Beschwichtigungsversuche des Kanzlerkandidaten droht uns auch auf der Bundesebene eine solche Politik für den Fall, daß die SPD bei der Bundestagswahl eine Mehrheit erlangen könnte. Rau ist eine Marionette; Drahtzieher sind Brandt, Schröder und Lafontaine.

Angesichts einer so sozialistisch ausgerichteten SPD wird die Frage einer möglichen rot-grünen Koalition insofern zweitrangig, als die SPD des Jahres 1986, die SPD des Jahres 1987 mittlerweile selbst etliche ultralinke grüne Positionen zur eigenen Programmatik erhoben hat.

Dieser Ökosozialismus findet seinen geistigen Nährboden im Neomarxismus vom Ende der sechziger Jahre, der letztlich durch Lebens-, Freiheits- und Zukunftsfeindlichkeit gekennzeichnet ist. Lebensfeindlich ist diese SPD-Politik, weil sie sich im

konkreten Bewährungsfall außerstande zeigt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und den Wert wie auch die staatliche Verpflichtung zum Schutz des menschlichen Lebens ernst zu nehmen und diesen Belangen Rechnung zu tragen.

Anspruch und Wirklichkeit klappten selten so auseinander, wie dies vor einigen Wochen im Zusammenhang mit der dilettantischen Behandlung einer großen Umweltkatastrophe an der Saar, des Fischsterbens in Saar und Mosel, durch den saarländischen Umweltminister, aber auch durch den saarländischen Ministerpräsidenten der Fall war.

Lebensfeindlichkeit wird aber auch deutlich, meine Damen und Herren, wenn eine der ersten Maßnahmen der neuen saarländischen Landesregierung die Abschaffung der Familiengründungsdarlehen, die Kürzung der Haushaltsansätze für Kindergärten und die Ablehnung einer landeseigenen Stiftung „Mutter und Kind“ gewesen sind — dies alles, meine Damen und Herren, bei gleichzeitiger massiver finanzieller Unterstützung einer Abtreibungseinrichtung der Pro Familia! Pflanzenschutz, Tierschutz und Datenschutz — nur der Schutz des menschlichen Lebens droht auf der Strecke zu bleiben. Dies dürfen wir nicht hinnehmen. Dies begreifen wir als Herausforderung und geben entsprechend klare Antworten gerade in einem solchen grundsatzbezogenen Politikbereich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Ökosozialisten bemühen in anderen Zusammenhängen die Philosophie Albert Schweitzers und beziehen sich auf dessen Liebe zum Leben. Sie handeln aber dann unglaublich, wenn sie sich nicht eindeutig distanzieren von der Beschlußfassung etwa der Grünen zu § 218, wenn sie statt dessen sogar noch eine Politik verantworten, die diesem Ziel der Grünen schon heute sehr nahekommt.

Diese neue SPD-Politik ist freiheitsfeindlich, weil sie die Unverzichtbarkeit der atlantischen Wertegemeinschaft zur Erhaltung von Frieden in Freiheit in Frage stellt. Und gerade der saarländische Ministerpräsident betätigt sich als Speerspitze des Antiamerikanismus, als Verfechter der Äquidistanz und als unterwürfiger Propagandist von Ostblockinteressen.

Meine Damen und Herren, dies gilt auch für die Einlassungen nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Einerseits im Hinblick auf die Amerikaner von der „Angst vor den Freunden“ zu sprechen, andererseits die menschenverachtende Informationsblockade unmittelbar nach dem Reaktorunfall zu bemänteln und zu verharmlosen, ja noch Verständnis dafür zum Ausdruck zu bringen, das ist doppelte Moral, die bei einem Wahlsieg der SPD ebenfalls bundesweit Einzug halten würde und regierungsamtlich zur Verkündung anstünde.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir Christlichen Demokraten waren und sind immer dann stark und erfolgreich, wenn wir neben den Erfolgen in der Tagespolitik eintreten für unsere politischen Grundüberzeugungen, für unser christliches Menschenbild und unsere Wertorientierungen. So sagen wir ja zur Technik und zur modernen Technologie. Wir sagen allerdings auch, und zwar als Konservative, daß wir gefordert sind, wenn es um Folgeabschätzungen moderner Technik geht.

Gestatten Sie mir deshalb noch einige kurze Anmerkungen zu dem gerade im Saarland aktuell diskutierten Thema der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Wenn wir sagen, eine Politik aus christlicher Verantwortung verlange eine prüfende Grundhaltung zur modernen Technik, dann betrifft dies nach unserem Dafürhalten auch die Kernenergie, und zwar als Mittelweg, den wir gehen wollen zwischen totaler Ablehnung einerseits und blinder Zustimmung andererseits.

(Beifall)

Ich meine, wir sind sensibler und empfindsamer, als wir manchmal den Eindruck erwecken. Auf diesen Punkt möchte ich hinweisen.

Natürlich geht es heute nicht darum, unrealistische Ausstiegsszenarien zu verkünden. Aber der ernsthafte Wunsch, Alternativen zu entwickeln, das Bemühen, angemessenen, das heißt sicheren und umweltschonenden Ersatz zu finden — so hat es der Bundeskanzler heute morgen formuliert —, und eines Tages möglicherweise auf die Kernenergie verzichten zu können — auch so hat es der Bundeskanzler heute morgen formuliert — das hat etwas mit der Perspektive zu tun, es hat etwas mit der Zukunft zu tun. Und deshalb argumentieren wir in diesem Politikbereich rational. Wir argumentieren allerdings auch mit Emotion, und wir argumentieren insbesondere im Hinblick auf die Zukunft.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auf dieser Basis argumentieren wir auch dann, wenn es — wie in diesen Tagen — um das französische Kernkraftwerk in Cattenom geht. Weder vor zehn Jahren noch vor acht Jahren, noch vor sechs Jahren, zu keinem Zeitpunkt während der Bau- und Planungsphase des Kernkraftwerks Cattenom sah die SPD-geführte Bundesregierung eine Veranlassung, sich gegen die Kernkraftpläne der Franzosen zu wenden. Jetzt, kurz vor Toresschluß, kurz vor Inbetriebnahme den Eindruck zu erwecken, als seien Helmut Kohl, Walter Wallmann, Bernhard Vogel, Klaus Töpfer — wer auch immer — die eigentlichen Betreiber dieses Projektes, ist Roßtäuscherei, ist Augenwischerei und sollte auch beim Namen genannt werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es waren die CDU-Ministerpräsidenten Röder und Zeyer im Saarland sowie Kohl und Vogel in Rheinland-Pfalz, die vor zehn Jahren mehrfach und eindrucksvoll ihre Stimmen erhoben und zum Beispiel gesagt haben: Wir nehmen nicht so ohne weiteres die vorgesehene Massierung in der Grenzregion mit vier Kernkraftwerksblöcken à 1300 MW hin.

In dieser Kontinuität stehen wir als CDU des Saarlandes auch heute noch. Und es waren CDU-Ministerpräsidenten, die darüber hinaus die Planungswerte von Cattenom im Sinne unserer deutschen Sicherheits- und Umweltphilosophie verbessern wollten. Und tatsächlich ist ja auch vieles — bis in die jüngsten Tage hinein — erreicht worden. Einiges ist noch offen.

Auch wenn wir selbst die Informationspolitik der Franzosen für verbesserungswürdig halten, auch wenn wir selbst noch weitere Verhandlungsziele gegenüber den Franzosen verfechten, so liegt uns doch entscheidend daran, für die Zukunft ein vernünftiges Zusammenwirken mit unseren französischen Nachbarn und Freunden zu

gewährleisten. Dies jedoch wird durch den Verbalradikalismus und die politische Overkillstrategie der SPD in Sachen Cattenom in Frage gestellt und gefährdet.

Da wird die deutsch-französische Grenze zur „Giftgrenze“ erklärt. Da wird gesagt, Cattenom sei eine „Zentrale des Todes“. Da wird in Frankreich eine „Atom-Mafia“ vermutet. Da wird beinahe Tag für Tag die drohende Unbewohnbarkeit unserer Region an die Wand gemalt. Da werden Hysterie und Angstpsychose erzeugt. Deswegen sage ich: Das An-die-Wand-Malen unbegründeter Horrorgemälde um politischer Zwecke willen ist nicht weniger zynisch als das Verschweigen realer Gefahren.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund fasse ich meine Aussagen zusammen und nehme Bezug auf unser Wahlprogramm wie auch auf unser Zukunftsmanifest, das wir am morgigen Tage verabschieden werden. Nicht ideologisch begründete Maschinenstürmerei, keine Phrasen vom „Ende der Menschheit“ und auch nicht der Ausstieg aus der Industriegesellschaft, sondern die Fortentwicklung dieser Gesellschaft zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht ist unser Auftrag. Und ich bin davon überzeugt, daß wir mit dieser programmatischen Aussage auch den Bundestagswahlkampf erfolgreich bestehen und bestreiten können. — Vielen Dank.

(Beifall)

**Frau Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Jacoby.

Meine Damen und Herren, mir liegen noch vier Wortmeldungen zur Aussprache vor. Bevor wir die Aussprache fortsetzen, möchte ich die Delegierten draußen in der Halle und unten im Foyer bitten, ihre Plätze hier wieder einzunehmen, bevor wir nachher zum Tagesordnungspunkt 14 kommen, zu dem abgestimmt werden muß.

Wir setzen jetzt die Aussprache fort. Ich rufe Herrn Christoph Brand, den Bundesvorsitzenden des RCDS, auf.

**Christoph Brand:** Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Glaubwürdigkeit in der Politik, Glaubwürdigkeit von Reden und Handeln, dies ist zu Recht ein Maßstab, an dem heute viele Menschen Politiker messen. An diesem Maßstab muß sich auch christlich-demokratische Politik messen lassen. Ich finde es gut, daß dieser Parteitag heute morgen unter der Überschrift „Für eine gute Zukunft“ mit Aussagen des Bundesvorsitzenden Helmut Kohl zu der Bedeutung des C im Namen der Christlich Demokratischen Union eingeleitet worden ist. Wir müssen für die Zukunft unseres Landes gerade auch die Nachdenklichen, die Zögernden, die, die noch nicht ganz dabei sind, die, die uns zugucken, die uns ernsthaft beobachten, die uns prüfen, zu gewinnen versuchen. Wir müssen die, die nachdenklich sind, sehr ernst nehmen und mit ihnen in einen offenen Dialog treten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Heiner Geißler hat in seiner letzten Diskussion in einer deutschen Universität, in Bielefeld, aber auch schon vorher in Göttingen, vor über 1 500 Studenten trotz massiver Störungen deutlich gemacht, daß es Politiker gibt, die eine offene Diskussion mit jungen Leuten führen wollen, die sich für die Probleme gerade auch der Studentenschaft interessieren und die bereit und in der Lage sind, trotz massiver Störungen eine offene Diskussion zu führen. Ich möchte mich im Namen von nunmehr 90 Hochschulgruppen des Rings Christlich-

Demokratischer Studenten bei Helmut Kohl und Heiner Geißler sehr herzlich für die großartige Unterstützung des RCDS im vergangenen Jahr bedanken. Ich persönlich glaube, wenn die CDU die Fragen junger Menschen weiterhin aufgreift und deutlich macht, daß sie sich mit den Problemen junger Leute wie Umweltschutz, Staatsverschuldung, Jugendarbeitslosigkeit, Akademikerarbeitslosigkeit, Bildungsfragen und eben dem großen Thema der Glaubwürdigkeit der Parteien sehr ernsthaft auseinandersetzt, dann kann ein wichtiger Beitrag nach vorn für eine gute Zukunft geleistet werden.

Diese Nachdenklichkeit, dieses nachdenkliche Aufgreifen von Themen, gilt für mich im übrigen auch für das Thema Asylrecht und für das Thema Kernenergie. Ich bin nicht einverstanden damit, Asylrecht als ein Thema zu definieren, das uns in Wahlveranstaltungen gewissermaßen aufgezwungen wird. Wir sollten deutlich machen, daß dies für uns kein antastbares Grundrecht ist, daß wir zu diesem Grundrecht stehen und daß es da für uns keinen Zweifel gibt. Nur eine Politik, deren Entscheidungen und deren Handeln immer wieder auf die Grundwerte, gerade auch unserer Grundwerte christlich-demokratischer Politik zurückgeführt werden kann, wird Glaubwürdigkeit und Vertrauen in der Bevölkerung erreichen.

Wenn wir Studenten uns heute in unserem eigenen Umfeld der Hochschule umsehen, dann stellen wir fest, daß es seit nunmehr über zehn Jahren dort einen unglaublichen Vorgang gibt: An 30 Universitäten der Bundesrepublik Deutschland koalieren junge SPD-Funktionäre entweder mit Kommunisten oder mit Grün-Alternativen oder mit beiden. Dies ist für meine Begriffe ein großer Skandal, der seit über zehn Jahren die Bündnispolitik der SPD-Jugendorganisation an den Hochschulen kennzeichnet.

(Beifall)

Besonders schlimm wird dieser Vorgang, wenn man sich den nordrhein-westfälischen Universitätsbereich ansieht. In den Studentenvertretungen aller 14 Universitäten in Nordrhein-Westfalen existiert ein solches linksradikales Bündnisgeflecht, in das Jungsozialisten moskauhörige Kommunisten einbinden und in die Studentenvertretungen holen. Wenn man sich vor Augen hält, wer in Nordrhein-Westfalen SPD-Landesvorsitzender ist, wer Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen ist und wer nicht zuletzt Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen war und wissen muß, was sich an den Hochschulen tut, der weiß, wer diese Zustände seit über zehn Jahren duldet. Es ist niemand anderes als Johannes Rau, der bis heute nicht die Kraft und nicht das Rückgrat gehabt hat, sich dieser fatalen Bündnispolitik seiner Jugendorganisation an den Hochschulen entgegenzustellen.

Daß Johannes Rau und die SPD-Führung ihren akademischen Nachwuchs die rot-grüne Koalition unter Hinzuziehung moskautreuer Kommunisten an den Hochschulen konzipieren und erproben lassen, ist für mich und meine Freunde im RCDS ein politischer Skandal ersten Ranges. Entweder will Johannes Rau diese Realität nicht wahrhaben oder der Kanzlerkandidat der SPD schwebt gewissermaßen auf einer rosagrünen Wolke irgendwelchen Mehrheiten hinterher, ohne zu merken, was sich in seiner Partei tatsächlich bewegt.

Wer nach dem Nürnberger Parteitag der SPD aufmerksam verfolgt hat, was die DKP in der Bundesrepublik, was aber auch sowjetische Kommentatoren zu dem in Nürnberg bestätigten neuen sicherheitspolitischen Kurs sagen, den wird das sehr nachdenklich machen. Heute lobt der DKP-Vorsitzende Mies die großen Gemein-

samkeiten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Die deutschsprachige sowjetische Zeitschrift „Neue Zeit“ schreibt in ihrer September-Ausgabe zu den sicherheitspolitischen Beschlüssen der SPD in Nürnberg — wenn es erlaubt ist, zitiere ich dieses Moskauer Papier —: „Diese Ideen“ — Ideen zur Sicherheitspolitik der SPD —, „decken sich weitgehend oder völlig mit der Haltung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, was insbesondere der namhafte SPD-Politiker Egon Bahr konstatierte.“

Wenn man sich nun ansieht, was Johannes Rau gegen die dramatischen Veränderungen seiner Partei setzt, so merkt man sehr schnell, woran es bei ihm hapert: Das Regierungsprogramm von Johannes Rau gibt in einer ungewöhnlich „präzisen“, bedeutungsschwangeren, wolkigen Sprache Auskunft, und es zeigt natürlich auch, mit welcher Sprache der Kanzlerkandidat der SPD versucht, Aussagen zu machen. Erlauben Sie, vielleicht als kleine humoristische Einlage, daß ich Ihnen zum Schluß meines Beitrages drei Sätze aus dem Vorwort zum Regierungsprogramm der SPD für die Jahre 1987 bis 1993 vorlese. Johannes Rau spricht zu uns:

„Die politische Sprache wirkt häufig leer. Manche Geste ist aufgesetzt und nur für das Fernsehen bestimmt. Ich teile die Welt nicht in Gut und Böse, ich teile die Welt nicht in Rote und Schwarze, in Grüne und Farblose. Unsere Gesellschaft besteht aus Menschen, aus kräftigen und schwachen, gesunden und kranken, jungen und alten, Frauen und Männern.“

Meine Damen und Herren, wenn jemand Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden will, sollte er zumindest zu einer etwas tiefeschürfenderen Analyse unserer Gesellschaft fähig sein, als Johannes Rau dies hiermit vorgeführt hat. Der grundgesetzliche Auftrag an die Parteien lautet, Meinungsbildung zu betreiben, und nicht, Stimmungen hinterherzulaufen, wie die SPD dies in letzter Zeit immer tut. Wir Studenten, wir Jugendlichen wollen Politiker, die ehrlich und offen sagen, mit welchem Zukunftskonzept, mit welchem politischen Partner und vor allem wie sie die Zukunft dieses Landes gestalten wollen. Wir wollen kein Blabla à la Johannes Rau und SPD, wir wollen eine Politik für eine offene und solidarische Gesellschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Frau Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brand. Als nächster hat Herr Grob vom Bundesvorstand der Jungen Union das Wort.

Herr Grob, mir liegt die Wortmeldung zur Aussprache vor. Das ist offenbar ein Mißverständnis. Sie wollten nachher zu den Anträgen sprechen.

Dann hat als nächster Herr Dr. Ernst aus Baden-Württemberg das Wort.

**Dr. Siegfried Ernst**: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte hier gleichzeitig in meiner Eigenschaft als Mitglied und Alterspräsident der Evangelischen Landessynode von Württemberg etwas sagen. Ich möchte mich bei Bundeskanzler Kohl herzlich dafür bedanken, daß er trotz der ständigen Pression des Rates der EKD etwa in der Frage der Sanktionen festgeblieben ist, speziell nachdem sie noch den Herrn Naudé von Südafrika herübergeholt hatte, um unseren Bundeskanzler unter Druck zu setzen. Ich halte es mit Buthelezi, dem Ministerpräsidenten von Kwa-Zulu, den ich persönlich kenne und der sich neulich über die politisierenden Geistlichen

geäußert hat. Er sagte, wenn sie Politik machten, seien sie politische Dummköpfe. Ich bedaure als evangelischer Christ, dem nicht widersprechen zu können. Ich danke besonders auch Franz Josef Strauß für seine klaren Worte zu dieser Frage sowie auch den Ministern Zimmermann und Kiechle dafür, daß sie im Kabinett den Mut hatten, nicht für Sanktionen zu stimmen, auch nicht für diejenigen, die dann beschlossen worden sind. Mein ältester Sohn arbeitet als Arzt mit seiner Familie in einem Missionskrankenhaus in Südafrika. Sanktionen heißt für mich ganz konkret: Sollen wir ihm und den Tausenden, die dort unten für die Schwarzen und für die Versöhnung zwischen den Weißen und den Schwarzen arbeiten, jetzt sagen: „Kommt zurück, es hat keinen Sinn mehr; wir müssen jetzt mit Sanktionen Südafrika erst kaputt machen, und dann könnt ihr vielleicht wieder hinuntergehen, wenn der Scherbenhaufen da ist?“ Oder sollen wir zusammen mit diesen Menschen, die zwischen den Fronten zerrieben zu werden drohen, kämpfen und das tun, was Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen hat, nämlich Hilfe für die Schwarzen zu leisten, und eine Art geistigen, moralischen und wirtschaftlichen Marshallplan für Südafrika statt Sanktionen durchzuführen?

Im übrigen haben wir als Europäer, als Deutsche, und haben auch die Amerikaner keinerlei moralisches Recht, mit dem Zeigefinger auf Südafrika zu zeigen. Als ich dort unten war, mußte ich feststellen, daß die Regierung dort z. B. jedes schwarze Baby im Mutterleib durch das Strafgesetz schützt, was bei uns nicht mehr der Fall ist. Liebe Freunde, in meinen Augen als Arzt ist die schlimmste Form getrennter Entwicklung, also der Apartheid, die Apartheid zwischen einer Mutter und ihrem ungeborenen Kind: die Abtreibung. Solange wir das als CDU dulden und das auch noch von den Krankenkassen finanzieren lassen, so lange haben wir nicht das mindeste Recht, auf die Südafrikaner mit Fingern zu zeigen, die das nicht tun, und die Amerikaner haben es erst recht nicht, denn sie bringen 1,5 Millionen jedes Jahr um. Davon sind fast die Hälfte schwarze Kinder. Deswegen haben auch die Amerikaner keinerlei moralisches Recht, auf die Südafrikaner mit Fingern zu zeigen.

Darf ich noch etwas zu dem sagen, was der Bundeskanzler in seiner Rede zur Präambel des Grundgesetzes gesagt hat. Liebe Freunde, leider ist nicht nur die Präambel, sondern sind auch Artikel 1, Artikel 2, Artikel 4, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 8 und Artikel 14 unseres Grundgesetzes heute radikal ausgehöhlt. Das begann damit, daß man die Verantwortung vor Gott, von der der Bundeskanzler sprach, praktisch durch ein Gesetz aus dem Wege geschafft hat, indem man den Gotteslästerungsparagraphen 166 liberalisiert hat. Die Väter des Grundgesetzes sprachen von der Verantwortung vor Gott. Das heißt doch: Verantworten kann ich mich nur einer Instanz gegenüber, die objektiv existiert und personal ist, die antworten kann. Wenn ich nun hingehe und sage: „Gott ist nicht beleidigungsfähig, er existiert nur in Gefühlen; es geht heute in unserem Staat nur noch um die Verletzung religiöser Gefühle und nicht mehr um die Bestrafung der Gotteslästerung“, dann habe ich damit in Wirklichkeit Gott offiziell aus dem öffentlichen Leben entfernt, indem ich ihn zu einem subjektiven religiösen Gefühl reduziert habe. Deswegen ist die Präambel des Grundgesetzes in Wahrheit nicht mehr voll existent.

Liebe Freunde, wir sagen: „Wir wünschen etwa in bezug auf Artikel 2, das Recht auf Leben, eine Bewußtseinsänderung herbeizuführen.“ Wir werden keine Bewußtseinsänderung von wirklich grundlegender Bedeutung erreichen, solange wir es akzeptieren, daß eine Frau mit dem Krankenschein und dem Rechtsanspruch zum Doktor kommen und sagen kann: „Die Abtreibung ist mein Recht; hier ist der Krankenschein.“ Solange das nicht beseitigt wird, gibt es letztlich keine Bewußtseinsänderung. Alles andere ist fromme Augenwischerei.

Zum Schluß noch folgendes. Der Bundeskanzler sagte: „Wir müssen alles tun, um den Schutz des Lebens zu verbessern.“ Schutz, liebe Freunde, ist nicht Hilfe. Das, was wir bis jetzt gemacht haben, ist Hilfe für die Mutter und das Kind. Aber Schutz ist nur das Gesetz, ist die Polizei, ist die Bundeswehr. Wir sollten mit diesem semantischen Betrug aufhören und uns nicht selber etwas vormachen. Schutz gibt es erst dann wieder, wenn der Rechtsanspruch, verkörpert durch den Krankenschein, beseitigt ist und wenn man den Mut hat, wie der Bundeskanzler sagte, alles, was möglich ist, zu tun. Das bedeutet, mit einer Normenkontrollklage nach Karlsruhe zu gehen. - Danke schön.

(Beifall)

**Rudolf Friedrich**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Ernst!

Als vorletztem erteile ich Herrn Peter Müller vom Landesverband Saar das Wort.

**Peter Müller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Der Blick in den Saal ist wenig erfreulich; denn er dokumentiert, daß viele Delegierte nicht mehr anwesend sind, daß viele Delegierte gegangen sind oder den Beratungen zumindest nicht folgen. Ich muß sagen, ich habe Verständnis für diese Delegierten; denn der Blick nach rechts und links dokumentiert, daß offensichtlich auch die Führung der Partei wenig Interesse daran hat zu erfahren, was ganz normale Delegierte im Rahmen der Aussprache hier inhaltlich anzumerken haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die beeindruckende Erfolgsbilanz der Regierung Helmut Kohl, die am heutigen Vormittag vorgetragen worden ist, stimmt optimistisch und zuversichtlich im Hinblick auf die bevorstehende Wahlkampfauseinandersetzung. Es gibt tatsächlich keine Alternative zu der Regierung Helmut Kohl, und wir sind alle aufgefordert, dafür zu kämpfen, daß diese Politik fortgesetzt werden kann. Aber die für die Fortsetzung dieser Politik erforderliche mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung unseres Landes wird nicht nur durch den Hinweis auf Geleistetes und vor allem durch den Hinweis auf wirtschaftspolitische Erfolge erreicht werden können. Notwendig ist in diesem Zusammenhang auch die Auseinandersetzung mit Besorgnissen, mit drängenden Fragen, die die Bevölkerung unseres Landes bewegen.

Gestatten Sie mir deshalb, einen einzigen Bereich anzusprechen, in dem zumindest die nach außen dringende Dokumentation vorhandener Sensibilität der Bundesregierung verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig erscheint.

Ich meine den Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Lassen wir uns doch in dieser Diskussion nicht von Anfang an in eine defensive Position drängen, die sich darin erschöpft, daß wir die Notwendigkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie verteidigen. Wir müssen uns der Tatsache bewußt bleiben, daß diese Technologie, auf Grund ihrer Komplexität, der Bevölkerung nur begrenzt vermittelbar ist. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich trete nicht für eine Stimmungspolitik ein, für eine Politik, die sich dem Diktat der Demoskopie unterwirft, ich trete auch nicht dafür ein, daß die Politik das Geschäft mit der Angst, mit der Verunsicherung der Bevölkerung betreibt, wie dies die Sozialdemokraten gerade bei der Kernenergiepolitik machen; ich trete aber für eine Politik ein, die immer wieder die Frage nach der ethischen

Verantwortbarkeit des technologisch Machbaren stellt. Ich trete für eine ehrliche Politik ein, die offen sagt, daß wir bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie Probleme haben, die bis heute nicht gelöst sind; ich denke etwa an die Entsorgung. Ich trete schließlich für eine Politik ein, die bestehende, nicht künstlich erzeugte Ängste ernst nimmt.

Deshalb fordere ich dazu auf, in der Energiediskussion verstärkt zweierlei zu tun: Lassen Sie uns auf der einen Seite offen sagen, daß ein kurzfristiger Ausstieg aus der Kernenergie nicht möglich ist. Dazu ist heute schon genug gesagt worden; ich brauche dem nichts hinzuzufügen. Lassen Sie uns auf der anderen Seite aber auch sagen, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie für uns kein Tabuthema ist. Bekennen wir uns zu der Bereitschaft, auf diese Energieform zu verzichten, wenn wir über ökonomisch und ökologisch verantwortbare Alternativen verfügen.

(Zustimmung)

Versuchen wir, solche Alternativen zu entwickeln und zu erforschen. Lassen wir uns das Etikett der Atompartei nicht aufdrängen.

Ich wende mich ganz persönlich an den Bundesumweltminister, Herrn Walter Wallmann, dem meine Bitte sicherlich über das Protokoll zugetragen wird. Herr Wallmann, ich möchte Sie aufrufen, in der öffentlichen Diskussion die zweite Komponente, das Bekenntnis zu der Bereitschaft, auf die friedliche Nutzung der Kernenergie dann zu verzichten, wenn es politisch und ethisch verantwortbar ist, nicht zu vergessen, sondern verstärkt zu betonen. Nein zum kurzfristigen Ausstieg aus der Kernenergie, aber ja zum mittel- und langfristigen Verzicht, ja zur Erforschung aller möglichen Alternativen, ja zu einer Forschungspolitik, die auch nachprüfbar Schwerpunkte in diesem Bereich setzt: Ich glaube, daß dies eine Herausforderung an unsere Politik ist, die wir gemeinsam noch bestehen müssen. Dies würde es uns in den bevorstehenden Wahlkampfwochen leichter machen, dafür zu kämpfen, daß Umweltminister Walter Wallmann auch nach dem 25. Januar Umweltpolitik an verantwortlicher Stelle betreiben kann.

(Beifall)

**Rudolf Friedrich**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Müller.

Die nächste und letzte Wortmeldung stammt von Herrn Dr. van Hooven. Bevor ich Herrn Dr. van Hooven bitte, das Wort zu ergreifen, möchte ich an die Delegierten in den Wandelgängen noch einmal die dringende Bitte richten, in den Versammlungsraum zurückzukommen, da wir in wenigen Minuten den Tagesordnungspunkt 14 aufrufen werden, zu dem wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

**Dr. Eckart van Hooven:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wer als Hamburger die kraftvolle Rede des bayerischen Ministerpräsidenten verfolgt hat, in dem kommt der unbändige Wunsch hoch, eines Tages hier zu stehen und über die Stadt Hamburg genauso berichten zu können wie über das Bundesland Bayern.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, das haben wir vor.

(Erneuter Beifall)

Ich komme aus dem Kreis der hessischen Delegierten, und ich habe erlebt, wie die hessische CDU aus dem 26-Prozent-Ghetto im Jahre 1966 aufbrach, um fast bis zur absoluten Mehrheit bei den Landtagswahlen von 1974 und 1978 zu kommen. Alfred Dregger und Walter Wallmann haben dies in bewundernswerter Konsequenz und hohem persönlichem Einsatz verfolgt und erreicht.

(Beifall)

Wir müssen am 9. November in Hamburg ähnliches wiederholen. Wir wollen hier in die Verantwortung. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat in Hamburg Zustände geschaffen, die uns fragen lassen, ob diese Stadt das Ende dieses Jahrhunderts in einer Façon erreicht, die ihrer großen Tradition gerecht wird, und ob sie ihren Anspruch auf Teilhabe am gegenwärtigen Aufschwung der Bundesrepublik überhaupt verwirklichen kann.

Liebe Parteifreunde, die Zeichen stehen für die CDU günstig. Sie muß ihre Position in den Stadtstaaten jetzt und heute ausbauen und festigen. Das Dilemma der gegenwärtigen industriellen Struktur mit ihrem Schwerpunkt im maritimen Bereich, also bei der Seeschifffahrt, im Schiffbau und in der Hafenvirtschaft, muß beendet werden. So ist der Entschluß des Senats von Hamburg, just in diesem Augenblick den Ausstieg aus der Kernenergie zu verkünden, ein K.o.-Schlag für die Stadt, die sich andererseits zur Zeit dringend um Industrieansiedlung aus dem Süden bemüht.

(Beifall)

Strompreise sind ein wichtiges Kostenelement. So wird Arbeitslosigkeit, die in dieser Stadt schon zweistellige Zahlen erreicht, weiter wachsen.

Wir müssen jetzt auf dem Höhepunkt der Konjunktur, für die unsere Partei das richtige Konzept hat, die großen strukturellen Fragen offensiv angehen. Flaut die Konjunktur wieder ab, dann hat jeder zunächst mit sich selbst zu tun.

Der Bundeskanzler hat in seinem Interview in der „Welt am Sonntag“ von dem Wir-Gefühl gesprochen. Ich meine, das gilt gleichermaßen für unsere Partei, für die CSU und natürlich auch für das Verhältnis der Bundesländer von Nord und Süd zueinander. Es gibt zu wenige Norddeutsche in Bonn. — Es gibt zu wenige Norddeutsche in Bonn.

(Beifall)

Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß die wärmenden Strahlen der solidarischen Sonne unserer Partei notwendig sind, um den sozialistischen Rauhreif in den Stadtstaaten zu beseitigen. Ganz besonders - das wiederhole ich - würden wir uns natürlich über kräftige Strahlen aus dem alemannisch-schwäbischen und aus dem bayerischen Teil unserer Republik freuen. Schließlich ist es für uns alle wichtig, daß unser föderales System mit allen seinen Vorteilen nicht in regionale Egozentrik ausschlägt. Meine Damen und Herren, wir können im Süden siegen, solange wir wollen: Zur Zeit fallen die großen Entscheidungen über wirtschaftliche Strukturen und damit auch für oder gegen unser soziales Gleichgewicht in Nordrhein-Westfalen und an der Küste.

(Beifall)

Es geht eben nicht mehr um die Förderung überholter Wirtschaftsstrukturen durch Subventionen. Es geht vielmehr um eine geographisch ausgewogene Verteilung von Betriebsstätten der Zukunftsindustrien, insbesondere im mittelständischen Bereich. Der Norden bietet Arbeitskräfte, und der Norden bietet Industriegelände. Mit der CDU in der Hamburgischen Regierungsverantwortung wird dafür gesorgt, daß alle Weichen für Strukturwandel, Eigeninitiative der Wirtschaft und die Freiheit des Bürgers im Sinne unserer Stuttgarter Leitlinien aus dem Jahre 1984 richtig gestellt werden.

Wir freuen uns deshalb ganz besonders auf den Besuch des Bundeskanzlers in Hamburg. Ich bitte den Bundeskanzler darum, die Bundesregierung möge der Region bei dem vorzunehmenden Strukturwandel Beistand leisten. Wir freuen uns natürlich auch auf den Besuch des Bundesfinanzministers, der um unsere Probleme weiß und trotz einiger Schwierigkeiten manches für uns getan hat. Meine Damen und Herren, wir freuen uns aber insbesondere auf den Besuch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, oder sollte ich sagen: des persönlich Haftenden der Baden-Württemberg KG. Ich weiß, daß Lothar Späths Herz für Hamburg schlägt, aber ich möchte auch hinzufügen: Ein bißchen Rastatt in Hamburg-Finkenwerder könnte dem schrecklichen Wort vom Süd-Nord-Gefälle den Garaus machen.

Wir sollten schon heute dieses schreckliche Wort durch den Begriff der Nord-Süd-Gemeinschaft der Christdemokraten ersetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Denn das bekommen die Sozialdemokraten nicht hin - da sei Franz Josef Strauß davor — und die Freien Demokraten schon gar nicht.

Ich freue mich natürlich auch auf den Besuch von Pieroth; denn es ist gut, ein Fachgespräch mit einem erfolgreichen Wirtschaftssenator eines Stadtstaates zu haben.

Gestatten Sie mir noch eine wichtige persönliche Bemerkung. Ich stehe unserem Landesverband Hamburg, dem ich seit 1946 angehöre, für politischen Einsatz zur Verfügung. Die wirtschaftliche Lage an der Küste ist mir gut vertraut; denn ich arbeite dort seit vielen Jahren. Mit dem Wechsel aus dem Beruf in die Politik folge ich der uns allen schon lange vertrauten Aufforderung des Bundeskanzlers an die Wirtschaft, die dort gemachten Erfahrungen mehr als bisher der Politik zur Verfügung zu stellen.

(Beifall)

Wir brauchen Abgeordnete und Minister nötig, meine Damen und Herren, die einmal in der Verantwortung für ein Unternehmensergebnis gestanden haben.

(Vereinzelt Beifall)

Schließlich gibt es mehr als zweihunderttausend Unternehmer. Es ist nur ein gradueller, aber kein prinzipieller Unterschied, ob es sich um einen Handwerksmeister handelt, der für zwanzig Arbeitsplätze geradestehen hat, oder um das Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft, das mit vielen tausend Arbeitsplätzen zu tun hat. Am Ende zählt, ob schwarze oder rote Zahlen geschrieben werden.

(Vereinzelt Beifall)

Am Ende zählt, ob Arbeitsplätze entstehen oder verlorengehen. Wer so zu denken gelernt hat, der kommt schnell zur Sache.

Sie sind sicherlich mit mir der Auffassung, daß hier noch sehr viel mehr geschehen muß. Politik und Wirtschaft sind die beiden großen Veranstaltungen unseres gesellschaftlichen Lebens. Es muß etwas geschehen, wenn wir effizient und glaubwürdig bleiben wollen. Das gilt in der Wirtschaft für beide Seiten, für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer.

Ich sage hier ausdrücklich: Gerade die Erfahrungen der Gewerkschafter und Betriebsräte aus ihrer Arbeit in den Aufsichtsräten können von großem Nutzen für uns sein.

Ich hoffe nun sehr, hier einen wenn auch kleinen Beitrag leisten zu können. Die Mannschaft um Hartmut Perschau ist bereit, in Hamburg die Leitlinien unseres Programms in Regierungsverantwortung umzusetzen. Die Aussichten sind gut. Ich bitte um Ihre Solidarität.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Rudolf Friedrich**, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Dr. van Hooven für den sehr interessanten Diskussionsbeitrag.

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Dr. van Hooven ein sehr herzliches Wort des Dankes dafür sagen, daß er sich der Mannschaft in Hamburg zur Verfügung gestellt hat und den wichtigen und bedeutsamen Wahlkampf in Hamburg mitträgt. Wir wünschen viel Glück und Erfolg.

(Beifall)

Damit sind wir am Ende des Punktes 12 der Tagesordnung: Aussprache zu den Berichten.

**Dieter Pützhofen**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zu PUNKT 14 der TAGESORDNUNG:

#### ANTRÄGE AUF ÄNDERUNG DES STATUTS

Ich darf noch einmal bitten, daß die Kollegen, die draußen auf den Gängen lustwandeln, die Gelegenheit nehmen, hier in den Saal zu kommen, damit wir möglichst geschlossen diese Satzungsanträge beraten und beschließen können. Ich bitte gleichzeitig um Aufmerksamkeit hier im Saal.

Zu den Anträgen auf Änderung des Status gehören die Anträge B1 bis B3.

Ich rufe zuerst die Anträge B1 und B2 auf. Sie sind deckungsgleich. Sie sind von den beiden Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe in der gleichen Form beschlossen worden und beziehen sich auf die Gründung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, auf die Fusion der beiden bisherigen Landesverbände.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die wortgleichen Beiträge B1 und B2 gemeinsam zu behandeln. Sie finden sie in Ihrer Sammlung der Anträge, Initiativan-

träge und Empfehlungen der Antragskommission. Diese Unterlagen sind heute hier im Saal verteilt worden. Die Anträge stehen auf den Seiten 13 bis 16. Eine fachliche Erläuterung ist hinzugefügt.

Der Bundesvorstand hat sich mit diesen Anträgen beschäftigt und hat in seiner Sitzung vom 29. September 1986 die Empfehlung beschlossen, die Anträge B1 und B2 anzunehmen. Eine gleichlautende Empfehlung liegt seitens der Antragskommission vor.

Ich darf für den Antragsteller dem Landesvorsitzenden von NRW das Wort geben. Ich erteile das Wort Kurt Biedenkopf.

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf** (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Für die Christlich Demokratische Union in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen ist dies ein wichtiger Antrag. Im August 1946 entstand durch ein Dekret der britischen Militärregierung das Land Nordrhein-Westfalen aus den beiden früheren preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen, später ergänzt durch das bis dahin unabhängige Land Lippe. Am 1. September 1945, also vor Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, wurden in den beiden Provinzen Rheinland und Westfalen Landesverbände der CDU gegründet.

Wir haben im letzten Jahr in Bochum in Anwesenheit des Bundeskanzlers der 40jährigen Wiederkehr dieser Gründungstage gedacht. Damals wurden die Verbände zeitgleich im Rheinland und in Westfalen gegründet, weil man eigentlich eine Gemeinsamkeit wollte.

Nordrhein-Westfalen war zunächst ein Bindestrich-Land und als solches ein Kunstwerk. Aber das Experiment ist erfolgreich geworden. Das Land wächst zusammen. Es bildet heute ein Einheit in der Vielfalt. Mit unserem heutigen Antrag, liebe Freunde, vollziehen die beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe diese Entwicklung nach. Wir entsprechen damit der Notwendigkeit, auch in Nordrhein-Westfalen zu einer echten Landespartei zu werden, deren Grenzen mit den Grenzen des Landes übereinstimmen, wie das in allen anderen Landesverbänden der Fall ist.

Mit dieser Entscheidung geben wir einmal eine Antwort auf die Entwicklung der letzten Jahre, die auch dadurch gekennzeichnet ist, daß es Schwierigkeiten und Probleme gab, durch zwei Landesverbände die Einheit des Landes ausreichend zu vertreten. Aber, meine Freunde, wir geben damit vor allem auch eine Antwort auf die Herausforderungen von morgen.

Am 8. März haben wir unsere Fusion beschlossen. Wir haben uns damals drei Aufgaben gestellt. Ich möchte diese drei Aufgaben hier kurz vortragen, weil sie auch für die kommenden Monate von großer Bedeutung sind.

Wir haben uns vorgenommen, auch diesmal — wie im Jahre 1983 — einen wesentlichen Beitrag zu einer erfolgreichen Bundestagswahl zu leisten.

Wir wollen ebenso wie das letzte Mal mit dazu beitragen, daß die Christlich Demokratische Union wieder einen überwältigenden Wahlsieg unter der Führung von Helmut Kohl erringt.

(Beifall)

Wir wollen so sicherstellen, daß die jetzt und in dieser Legislaturperiode begonnene Arbeit fortgeführt werden kann.

Wir sind, was diesen Beitrag betrifft, guten Mutes. Wir haben heute von Helmut Kohl über das Fundament gehört, das in dieser Legislaturperiode gelegt worden ist und das das Haus, in dem wir politisch wohnen, wieder gestärkt hat. Wir werden für die Anstrengung, die vor uns liegt, ermutigt durch die Leistungsfähigkeit der Regierung in Bonn und durch die Qualität unserer Politik. Wir werden aber auch bestätigt und angespornt durch die Notwendigkeit, die Alternative zu verhindern, die sozialistische Alternative, die andernfalls, wenn wir nicht erfolgreich arbeiten, die Zukunft unseres Landes bestimmen würde.

Johannes Rau ist Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, und deshalb haben wir die Möglichkeit, in besonderer Weise nicht nur einen Beitrag zur Bundestagswahl, sondern auch einen Beitrag zur Aufklärung der Bevölkerung zu leisten. Denn wir haben hautnahe Erfahrungen mit dem, was dort geleistet oder nicht geleistet wird.

Nirgends wird die Unfähigkeit von Herrn Rau und seiner Regierung, ein Land zu führen — geschweige denn die Bundesrepublik Deutschland —, deutlicher als in der Unfähigkeit, die Chancen zu nutzen, die die positive Entwicklung der Bundespolitik auch für das Land Nordrhein-Westfalen begründet hat. Die Steuereinnahmen des Landes sind gestiegen, die Zinslast ist gesunken; gleichwohl ist das Land überschuldet und handlungsunfähig. Es befindet sich in einer gefährlichen Zukunftsblokade, die wir aufbrechen müssen. Es muß die Aufgabe des neuen Landesverbandes der CDU in Nordrhein-Westfalen sein, dies zu leisten durch den Beitrag für die Bundestagswahl und im Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Wir haben, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren Gelegenheit gehabt, die Ursachen kennenzulernen, warum dies so ist: warum wir hinter der Entwicklung des Arbeitsmarktes zurückbleiben, warum wir hinter der Entwicklung des Wachstums zurückbleiben, warum wir hinter der Entwicklung der neuen Techniken in unserem Lande zurückbleiben. Es gibt eine Kombination von drei Faktoren: Ideologische Rückwärtsorientierung, grüne Vorwärtsorientierung und Machtverfälschung. Alle drei zusammengenommen machen die Sozialdemokraten auf absehbare Zeit unfähig, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes oder der Bundesrepublik Deutschland zu sichern.

(Beifall)

Die Rückwärtsorientierung wird deutlich an der nach wie vor aufrechterhaltenen Diffamierung unternehmerischer und persönlicher Eigeninitiative. Die Sozialdemokraten kämpfen noch immer den Kampf zwischen Kapital und Arbeit im 19. Jahrhundert. Weil sie unfähig sind zu begreifen, daß unser Land sich tiefgreifend verändert hat, wenden sie das, was man im 19. Jahrhundert vielleicht brauchen konnte, auf die Gegenwart und die Zukunft an. Sie zwingen uns zurück in eine überwundene Vergangenheit. Das müssen wir verhindern.

(Beifall)

Sie sind auf die GRÜNEN orientiert. Nirgends wird dies deutlicher als in der ersten Rede, die Herr Rau im Bundestag gehalten hat, als er die Auffassung vertreten hat,

wer für die Kernkraft sei, sei gegen die Kohle. Jahrelang haben wir in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik eine Kombination dieser beiden Energiequellen für unverzichtbar gehalten. Wir müssen dafür sorgen, daß die Politik — wie Bundeskanzler Kohl und Franz Josef Strauß es hier vorgetragen haben — gerade in diesem Bereich eine Politik mit Augenmaß bleibt. Nichts wäre verheerender für die Zukunft unseres Landes und insbesondere seines größten Industriegebietes als ein Ausstieg aus der technischen Entwicklung und ein Ausstieg aus einer zukunftsfähigen Sicherung der Energieversorgung.

(Beifall)

Meine Freunde, wir aus Nordrhein-Westfalen können in ganz besonderer Weise mitteilen, was es bedeutet, wenn sich die Sozialdemokratische Partei in einer großen Industrielandschaft mit Gewerkschaften und Kommunalpolitik zu einer großen Machtverfilzung verbindet. Wir haben schon 1976 im Bundestagswahlkampf gegen diese Verfilzung angekämpft.

Heute ist jedermann deutlich: Machtverfilzung ist der Humus für Korruption. Nichts anderes als das Beispiel der Neuen Heimat zeigt, zu welchen Ausmaßen sich eine solche Entwicklung ausdehnen kann. Die Grenzen zwischen Zulässigem und Unzulässigem werden fließend. Aber Korruption findet auch dann statt, wenn die Vorteile nicht in die Taschen einzelner fließen, sondern wenn sie Kollektiven zukommen.

Die ideologische Position der SPD ist gescheitert. Wir erleben, daß sich nichts mehr bewegt. Wir als nordrhein-westfälische CDU müssen wieder Bewegung in unser Land und damit auch Bewegung in die Politik bringen.

(Beifall)

Wir haben, meine Freunde, gelernt: nicht die Machtverfilzung sichert unsere Zukunft, sondern eine offene Gesellschaft, eine Gesellschaft, die durch die Soziale Marktwirtschaft bestimmt ist.

Helmut Kohl und Franz Josef Strauß haben von der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen. Es gehört zu den großen Traditionen unserer Partei, daß die Soziale Marktwirtschaft nicht nur als ein wohlstandsförderndes Prinzip gesehen wird, sondern als ein Prinzip der Machtverteilung und der Machtkontrolle.

Die Entscheidung, die in der nächsten Bundestagswahl ansteht, ist, ob wir dieses Prinzip auch in Zukunft als das prägende Prinzip unserer Gesellschaft und unseres Landes akzeptieren oder ob an die Stelle der Sozialen Marktwirtschaft sozialistische Machtwirtschaft tritt. Es ist eine schicksalhafte Entscheidung. Wir wollen dazu einen Beitrag leisten.

Wir wollen zum zweiten einen Beitrag leisten zur schöpferischen Legislaturperiode von 1987 bis 1990. Die nordrhein-westfälische CDU hat in Vorbereitung auf diese Auseinandersetzung sich mit vielen Fragen des Arbeitsmarktes, des Umweltschutzes und der Sozialpolitik befaßt. Wir wollen alles das, was wir erarbeitet haben, gemeinsam in die Arbeit der Bundespartei einbringen.

Wir wollen drittens — und lassen Sie mich das auf einem Bundesparteitag sagen — unsere Fähigkeit erneuern, als nordrhein-westfälische CDU in einer Landtagswahl mehrheitsfähig zu werden. Wir wollen 1990 das nachvollziehen, was wir seit vielen

Jahren für unverzichtbar halten und was uns bisher nicht gelungen ist: auch in Düsseldorf die Mehrheitsverhältnisse zu unseren Gunsten zu verändern und in Nordrhein-Westfalen wieder politische Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall)

Wir erwarten, daß wir dieses Ziel durch unsere eigenen Anstrengungen erreichen können, gerichtet auf die Erneuerung unserer Partei, durch die Arbeit als Opposition im Landtag und durch unsere gemeinsame Arbeit in Bonn.

Karl Arnold hat in den fünfziger Jahren davon gesprochen, daß das Land Nordrhein-Westfalen ein soziales Gewissen für die Bundesrepublik Deutschland sei. Wir wollen diese Tradition fortsetzen; wir wollen sie lebendig erhalten und wieder lebendig machen in der Bundespartei und in Europa.

Meine Freunde, die kommende Legislaturperiode wird eine schicksalhafte Legislaturperiode sein. Wir werden in ihr in ähnlicher Weise, wie das in den fünfziger Jahren der Fall war, über die Entwicklung unseres Landes in der nächsten Generation entscheiden. Wir wollen dies gemeinsam — darin waren wir uns heute einig — mit der jüngeren Generation tun. Wir wollen die Herausforderungen bestehen, die vor uns liegen. Die nordrhein-westfälische CDU möchte dies mittun in der Tradition der Kölner Leitsätze von 1945, des Ahlener Programms und der Leitsätze zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Sozialpolitik.

Wir sind überzeugt, daß die Verbindung der beiden Landesverbände nicht nur eine Organisationsfrage ist. Sie ist mehr. Sie ist die Schaffung eines neuen Fundaments für eine erfolgreiche Arbeit in Land und Bund.

Wir bauen auf den großen Traditionen der Christlich Demokratischen Union und ihrer beiden Landesverbände auf. Wir verbinden die Vielfalt unseres Landes in der Einheit einer Partei, und wir möchten mit dieser Partei zur Stärkung und zum Erfolg unserer Politik in Deutschland beitragen.

Und so bitte ich Sie, meine Damen und Herren, liebe Freunde, im Namen von rund 260.000 CDU-Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen, die hier im Saal durch ihre Delegierten vertreten sind, daß Sie unseren Anträgen B 1 und B 2 der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe Ihre Zustimmung geben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dieter Pützhofer**, Tagungspräsidium: Ich danke Kurt Biedenkopf für die Begründung dieser beiden Anträge.

Ich frage die Antragskommission, ob dazu noch das Wort gewünscht wird? — Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich das Plenum, ob es zu den beiden Anträgen Wortmeldungen gibt. — Auch das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Anträge B 1 und B 2 abstimmen. Wer einer Änderung des Statuts der CDU in der vorliegenden Fassung zustimmen möchte, den bitte ich

um das Handzeichen. — Gegenstimmen! — Eine. Enthaltungen? — Dann ist die Änderung bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Beifall)

Ich danke dem Plenum für diese deutliche Aussage. Wir Rheinländer und Westfalen nehmen die Eindeutigkeit dieses Abstimmungsergebnisses als Hilfe für unsere zukünftige Arbeit mit nach Hause. Unser Ziel ist es, daß das schöne und große Land Nordrhein-Westfalen möglichst bald einmal wieder eine CDU-Regierung erhält.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu Antrag B 3. Dieser Antrag B 3 wird entsprechend einer Empfehlung der Antragskommission später zusammen mit dem Antrag C 29 behandelt werden. — Damit ist der Tagesordnungspunkt 14 abgeschlossen.

**Dr. Josef Bugl**, Tagungspräsidium: Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

#### SONSTIGE ANTRÄGE

Dazu gehören die Anträge C 1 bis C 31 sowie die Initiativanträge C32 bis C 35.

Ich rufe zunächst den Antrag C 1 der Jungen Union auf. Sie finden den Antrag in Ihrer Sammlung der Anträge, Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 17.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 1 anzunehmen. Zur Begründung der Empfehlung der Antragskommission erteile ich Herrn Volker Rühle das Wort.

**Volker Rühle**, Antragskommission: Liebe Kollegen! Einige wenige Worte zur Unterstützung dieses Antrages, der sich mit der Situation in Chile 13 Jahre nach dem blutigen Militärputsch des Jahres 1973 beschäftigt und Sie alle bittet, Ihre Solidarität insbesondere mit unseren christlich demokratischen Freunden in Chile auf diesem Parteitag zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall)

Ich glaube, wenn wir das alle miteinander tun, wird das gehört werden, und dann bedeutet das auch eine konkrete Hilfe für die Freunde, die in Chile unter der Unterdrückung zu leiden haben.

(Beifall)

Es ist inzwischen für unsere Mitbürger ein Markenzeichen der Politik der CDU geworden, daß wir Menschenrechtsverletzungen überall anklagen, überall bekämpfen, in Ost wie in West, in Nord wie in Süd. Die Politik des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs, die gerade in den letzten Monaten immer deutlicher geworden ist, ist unser Markenzeichen im Unterschied zu den Sozialdemokraten. Auch deswegen bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen, der sich mit der Situation in Chile auseinandersetzt.

Es geht um eine Stärkung der politischen Mitte in Chile. Pinochet und die Kommunisten nützen im Grunde einander. Durch das Attentat auf Pinochet konnten die Unterdrückungsmaßnahmen verstärkt werden. Und dies nutzt wiederum den Extremen auf der Linken. Wir müssen mit unserer Politik der Solidarität die Christdemokraten in der Mitte unterstützen, damit wir den Weg für eine friedliche Reform freimachen, um eine Situation zu vermeiden, die in die Revolution führt. Und es gibt ja sehr ungute Beispiele in anderen Teilen der Welt.

Es gibt auch ermutigende Zeichen und Erfolge unserer Solidarität, die wir in den siebziger Jahren und in den frühen achtziger Jahren im Kampf gegen die deutschen Sozialdemokraten, im Kampf gegen die Sozialistische Internationale unter Unterstützung von so wichtigen Führern wie Napoleon Duarte in Salvador und Venitio Sereso in Guatemala zum Ausdruck gebracht haben. Heute sind Salvador und Guatemala Lichtzeichen der Entwicklung der Demokratie in Zentralamerika. Und es gibt weitere gute Anzeichen. Chile muß dazukommen. Chile darf nicht länger im Abseits der Unterdrückung leben. Deswegen brauchen wir Solidarität mit den Christdemokraten in Chile.

Ein letztes Wort: Auf ihrem Nürnberger Parteitag hat die SPD den Sprecher der Sandinisten aus Nicaragua reden lassen. Unter dem Beifall der Delegierten der SPD hat er begründet, warum man die einzige freie Zeitung des Landes, „La Prensa“, schließen mußte. Die deutschen Sozialdemokraten haben auf ihrem Bundesparteitag zugehört und Beifall für die in Nicaragua gespendet, die unsere Freunde, die Christdemokraten dort, aber auch andere demokratische Parteien und die gesamte Gewerkschaftsbewegung, unterdrücken.

Setzen wir heute den Kontrapunkt dazu, indem wir nicht die Unterdrücker feiern, sondern indem wir unsere Solidarität für die, die in Chile unterdrückt werden, zum Ausdruck bringen. Und das sind die Christdemokraten.

Ich bitte Sie herzlich um Unterstützung für diesen Antrag.

(Beifall)

**Dr. Josef Bugl**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Rühle. — Eine weitere Wortmeldung liegt vom Antragsteller vor. Herr Kropp vom Bundesvorstand der Jungen Union.

**Thomas Kropp**: Meine Damen und Herren! Die Junge Union begrüßt es außerordentlich, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten die Union so einmütig hinter unserem Antrag steht. Der Generalsekretär hat durch seine Reise in diesem Sommer, die nicht nur nach Chile ging, Bedeutsames für die Unterstützung der Christdemokraten geleistet. Die Junge Union Deutschlands fordert den Parteitag auf, Heiner Geißler dafür hier auch einmal zu danken.

(Beifall)

Hier steht das Motto dieses Parteitages: „Weiter so, Deutschland — Für eine gute Zukunft“. Und es ist wichtig, daß dieser Parteitag deutlich macht, daß nicht nur Deutschland eine gute Zukunft haben soll, sondern auch die Menschen in Chile und anderswo, dort, wo sie unterdrückt werden.

Ich möchte aber — und das ist vielleicht das Recht der jungen Generation der CDU — zwei kritische Bemerkungen zu konkreten Punkten hinzufügen: Es ist natürlich irritierend, wenn im Verantwortungsbereich des Bundesverteidigungsministeriums Militärattachés in Chile hingehen, sich Orden von Herrn Pinochet verleihen lassen, und das in der deutschen Presse natürlich auch gewürdigt wird. Das konterkariert unsere Position. Ich fordere das Bundesverteidigungsministerium auf, bei der Auswahl der Militärattachés, nicht nur in Chile, diesen Dingen auch einmal Rechnung zu tragen.

(Beifall)

Das gleiche gilt für die Militärausbildung von chilenischen Offizieren in Hamburg. Was unter Helmut Schmidt geschehen ist, sollte bei Christdemokraten nicht möglich sein. Wir haben hier eine Verantwortung nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.

Ich meine, in diesem Sinne sollten wir diesen Antrag annehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Dr. Josef Bugl**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kropp.

Ich lasse über den Antrag C 1 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 2 auf. Fundstelle in Ihrer Antragsbroschüre ist die Seite 8 ff.

Die Antragskommission empfiehlt, zusammen mit dem Antrag C 2 auch die Anträge C 25 und C 31 zu behandeln. Sie finden diese Anträge auf Seite 14 ff abgedruckt.

Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung der Anträge C 2, C 25 und C 31 an den Bundesvorstand und die Annahme einer EntschlieÙung, die auf Seite 15 der Antragsbroschüre abgedruckt ist. Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 2, C 25 und C 31 abstimmen. Wer ihr zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Antrag C 3 auf. Sie finden diesen Antrag auf den Seiten 16 ff Ihrer Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen auf Vorschlag des Bundesvorstandes der Frauenvereinigung und unterstützt vom Bundesvorstand der CDU die Annahme des Antrags C 3 in der ausgedruckten Fassung.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Herr Generalsekretär.

**Dr. Heiner Geißler**, Generalsekretär der CDU: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag des Bundesvorstandes der Frauenvereini-

gung in der jetzt vorliegenden Fassung, unterstützt vom Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union, beinhaltet eine wichtige Weiterführung der Beschlüsse des Essener Parteitages zur neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Wir haben auf dem Essener Parteitag gesagt: Die politische Gleichstellung der Frau darf nicht Angelegenheit der Frauen allein bleiben, sondern muß zu einem Parteithema werden. Die Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung müssen bewußter, intensiver und kontrollierbar umgesetzt werden.

Ich glaube, daß es unsere gemeinsame Aufgabe ist, die gemeinsame Aufgabe der Frauen und Männer in der Christlich Demokratischen Union, das nach wie vor krasse Mißverhältnis zwischen der Mitgliederstärke der Frauen in unserer Partei und der Zahl der weiblichen Mandats- und Funktionsträger mit der Realisierung dieser Beschlüsse zu beseitigen.

(Beifall)

Dies für die kommende Zeit sicherzustellen, ist der Sinn dieses Antrags. Der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union empfiehlt dem Bundesparteitag, diesem Antrag, wie er jetzt von der Antragskommission formuliert ist und wie er auf Vorschlag des Bundesvorstandes der Frauenvereinigung gefaßt worden ist, zuzustimmen.

Wir, der Bundesparteitag, haben in Essen die Forderung an die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Kommunen gerichtet, bei der Besetzung von Gremien und leitenden Positionen Frauen stärker zu berücksichtigen.

Und jetzt mache ich etwas, was vielleicht etwas außerhalb dessen ist, was man hier bei einem solchen Antrag normalerweise zu tun hat. Ich möchte, lieber Helmut Kohl, sagen: Eine der besten Entscheidungen, die du als Bundeskanzler in den letzten Monaten, in den letzten zwei Jahren, in dieser Legislaturperiode getroffen hast, war die Ernennung von Frau Rita Süßmuth zur Bundesministerin für Familie, Jugend, Frauen und Gesundheit.

(Beifall)

Ich möchte Frau Süßmuth für ihre Arbeit danken, ihr gratulieren. Ich glaube, ich spreche in Ihrer aller Namen, wenn ich ihr sage, daß wir alle sie bei ihrer Arbeit nachdrücklich unterstützen.

Ich möchte an dieser Stelle auch unseren Frauen, der Frauenvereinigung der Christlich Demokratischen Union, unseren Dank und unsere Anerkennung für ihren Einsatz für unsere gemeinsame Sache aussprechen.

Stimmen Sie auch aus diesem Grunde, um unseren Frauen diesen Dank zu sagen, diesem Antrag zu.

(Beifall)

**Dr. Josef Bugl, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Herr Geißler.

Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag C 3 abstimmen. Wer ihr zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. —

Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

(Beifall)

Ich gebe die Leitung an den Tagungspräsidenten, Herrn Ministerpräsidenten Vogel, zurück.

**Dr. Bernhard Vogel**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach neun Stunden intensiver Arbeit möchte ich mich für die zügige Abwicklung der Tagesordnung bedanken.

Ich möchte Sie alle zum Rheinland-Pfalz-Abend um 20.30 Uhr - nicht, wie in der Einladung angekündigt, um 20 Uhr - einladen. Denn es sind in dieser Halle noch Herrichtungsarbeiten notwendig, und es müssen ein paar Umbauten vorgenommen werden. Deswegen bitte ich alle Teilnehmer, ihre Unterlagen mitzunehmen. Ich bitte auch darum, die Einladung für heute abend nachher am Eingang vorzuzeigen, weil wir einen so großen Andrang erwarten, daß wir sonst Schwierigkeiten bekommen. Bitte, bringen Sie die Einladung mit.

Und ich habe noch eine Bitte, meine Damen und Herren: Wir wollen trotz des heutigen Abends morgen pünktlich um 9 Uhr beginnen. Wir haben morgen noch eine Menge Arbeit zu bewältigen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir morgen pünktlich um 9 Uhr mit der 3. Plenarsitzung beginnen.

Ich danke Ihnen und bitte, die Halle möglichst zügig zu verlassen.

Die 2. Plenarsitzung ist geschlossen.

(Schluß: 18.59 Uhr)

**Mittwoch, 8. Oktober 1986**

**3. Plenarsitzung**

**Beginn: 9.08 Uhr**

**Dr. Josef Bugl**, Tagungspräsidium: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Wir setzen die Beratung über die Anträge fort, und zwar bis 9.30 Uhr.

Wir kommen zum Antrag C 4. Fundstelle in der Antragsbroschüre ist Seite 18. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist offensichtlich nicht so. Wer dem Antrag C 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag C 5 auf. Fundstelle in der Antragsbroschüre ist die Seite 19. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag C 5 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag C 6 auf. Fundstelle in der Antragsbroschüre ist Seite 19. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so. Ich komme zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C 7. Fundstelle: Seite 19. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? - Keine Wortmeldung. Wer dem Antrag C 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun gemäß der Empfehlung der Antragskommission die Anträge C 8, C 15, C 22 und C 28 auf. Sie finden diese Anträge in Ihrer Broschüre auf den Seiten 20 und 21. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die Anträge C 8 und C 15 in der auf Seite 21 abgedruckten Fassung anzunehmen. Damit können die Anträge C 22 und C 28 als erledigt betrachtet werden. Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 8, C 15, C 22 und C 28 abstimmen. Wer ihr zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Nun folgt Antrag C 29, den Sie auf Seite 22 finden. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag in der ausgedruckten Fassung anzunehmen. Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so. Ich komme zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme angenommen.

Wir kommen zum Antrag C 10 auf Seite 23. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung des Antrages an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so. Ich lasse abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 11 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 23.

Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesvorstand.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Es folgt der Antrag C 12 auf Seite 24.

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen des Antrags und empfiehlt ihn zur Annahme.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so.

Wer sich der Auffassung der Antragskommission anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Wir kommen damit zum Antrag C 13, auf Seite 24.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so.

Ich bitte, abzustimmen. Wer dem Antrag C 13 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe gemäß der Empfehlung der Antragskommission die wortgleichen Anträge C 14 und C 18 auf. Sie finden sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 24 ff.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieser Anträge in der auf Seite 25 abgedruckten Fassung.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 14 und C 18 abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Der Antrag C 15 ist zurückgestellt.

Es folgen nun der Antrag C 17 und der Initiativantrag C 34.

Die Antragskommission empfiehlt, beide Anträge zusammen zu behandeln. Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf Seite 26. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung der Anträge C 17 und C 34 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dem ist nicht so.

Ich lasse über die Empfehlung abstimmen. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - So einstimmig beschlossen.

Über den Antrag C 18 ist bei der Behandlung des Antrages C 14 bereits beschlossen worden.

Damit kommen wir zum Antrag C 19, auf Seite 27.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 19 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so.

Dann komme ich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 20 auf. Sie finden ihn in Ihrer Antragsbroschüre auf Seite 28.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Nein.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag C 20 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Es folgt der Antrag C 21. Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf Seite 28.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags C 21 in der dort vorgeschlagenen Fassung.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Dem ist nicht so.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ihr zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Über den Antrag C 22 wurde bereits im Zusammenhang mit dem Antrag C8 Beschluß gefaßt.

Wir kommen damit zum Antrag C 23 auf Seite 29.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages C 23 in der dort abgedruckten Fassung.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Nein.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Antrag C 4 auf und erteile dazu dem Vorsitzenden der Antragskommission, Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, das Wort.

**Dr. Heiner Geißler**, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es handelt sich bei diesem Antrag ganz sicher um einen sehr wichtigen, einen bedeutenden Antrag. Der Schutz des Lebens, der Schutz des ungeborenen Kindes ist ein Auftrag, den wir in unserer Politik realisieren wollen.

Ich habe mit den Antragstellern, mit unserem Freund Doppmeier und den anderen Freunden aus dem Kreis Gütersloh, gesprochen. Wir sind der gemeinsamen Auffassung, daß dieses Thema von so überragender Bedeutung ist, daß es besser wäre, das Thema Leben, Schutz des ungeborenen Kindes, aber auch das Thema der modernen Fragen der Gentechnologie bis hin zur Frage der Sterbehilfe und den großen Problemen, die damit verbunden sind, mit ausreichender Zeit schwerpunktmäßig auf dem nächsten Bundesparteitag zu behandeln.

(Beifall)

Wir sollten auf dem nächsten Bundesparteitag das Thema Leben zu einem Schwerpunkt unserer Diskussion machen.

Ich bin mit den Antragstellern, mit dem Freund Doppmeier übereingekommen, Ihnen vorzuschlagen, daß wir diesen Antrag des Kreisverbandes Gütersloh jetzt nicht ablehnen oder zurückziehen, sondern daß wir ihn bis zum nächsten Bundesparteitag zurückstellen sollten. Ich bitte Sie dafür um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

**Dr. Josef Bugl**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Doppmeier hat sich zu Wort gemeldet. - Der Generalsekretär sagt mir gerade, er sei bevollmächtigt. Herr Doppmeier ist nicht im Raum.

Dann steht der Antrag der Antragskommission - der Generalsekretär hat ihn eben vorgetragen - zur Abstimmung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich gebe das Präsidium an den Vorsitzenden, Herrn Ministerpräsidenten Vogel, zurück.

**Dr. Bernhard Vogel**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagungsordnungspunkt aufrufe, mache ich darauf aufmerksam, daß die Frist für die Abgabe der Anträge, die sich auf das Zukunftsmanifest beziehen, auf 10.30 Uhr festgelegt ist. Anträge, die noch gestellt werden sollen, müssen bis 10.30 Uhr bei uns eingebracht sein.

Jetzt, meine Damen und Herren, rufe ich den TAGESORDNUNGSPUNKT 8

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER  
CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS  
Dr. Heiner Geißler MdB

sowie den TAGESORDNUNGSPUNKT 13

BERATUNG UND VERABSCHIEDUNG DES ZUKUNFTSMANIFESTES

auf.

Ich erteile zunächst dem Herrn Generalsekretär das Wort. Das Wort hat Heiner Geißler.

**Dr. Heiner Geißler** (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe eigentlich gedacht, ich könnte sofort mit unserem Zukunftsmanifest beginnen. Ich muß nun leider feststellen, daß die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht nur am letzten Wochenende, sondern auch gestern in den deutschen Tageszeitungen ein Flugblatt verteilt hat: „Liebe Mitbürgerin und lieber Mitbürger!“

Ich finde, wir können das, was in diesem Flugblatt zum Thema Neue Heimat steht, und vor allem, was die damit verbundenen Angriffe auf die Bundesregierung betrifft, nicht ohne eine klare und deutliche Antwort im Raum stehen lassen.

(Beifall)

Jetzt will es wieder einmal niemand gewesen sein. Die Bundesregierung wird hier beschuldigt. Dann wird gesagt, wenn man die Neue Heimat nicht verkauft hätte, hätten die Gewerkschaften ihren letzten Pfennig für die Neue Heimat ausgeben müssen.

Wir haben einmal zusammengerechnet. Die IG Metall hat im niedersächsischen Landtagswahlkampf umgerechnet ungefähr drei bis vier Millionen DM für den Wahlkampf im Dienste der SPD gegen die Christlich Demokratische Union ausgegeben. Anstatt drei bis vier Millionen DM für die Agitation gegen die CDU auszugeben, hätten die Leute das Geld für die Mieter in der Neuen Heimat investieren sollen.

(Beifall)

Im übrigen sind das alles miteinander SPD-Leute. Das wollen wir hier gleich einmal festhalten. Der Herr Mahlberg erklärte in der letzten Woche, die Gewerkschaften würden sich aktiv in den Wahlkampf einmischen.

Und Franz Steinkühler sagt, er wolle den Gewerkschaftstag in diesem Monat dazu nutzen, um die Arbeitnehmer gegen die, so wie er es ausdrückt, arbeitnehmerfeindliche Politik der Bundesregierung zu mobilisieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jede Regierung muß sich Angriffe und Kritik gefallen lassen. Da darf man auch nicht so empfindlich sein. Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, daß sie für ihre Aufgaben demonstrieren und natürlich auch argumentativ dafür eintreten. Aber diese Angriffe der führenden Funktionäre des DGB gegen die CDU und die Bundesregierung sind weder fair noch gerecht.

Wir brauchen uns von diesen Leuten keine Belehrung über die Sozialpolitik gefallen zu lassen. Alle großen Sozialgesetze - ich habe es auf Bundesparteitagen schon dreimal gesagt, jetzt sage ich es zum vierten Mal, auch in Anwesenheit von Norbert Blüm,

(Beifall)

alle großen Sozialgesetze, ohne jede Ausnahme — vom Betriebsverfassungsgesetz über die Mitbestimmung, das Bundesversorgungsgesetz, das Kindergeld, die dynamische Rente, das Arbeitsförderungsgesetz, die Sozialhilfe, das 312-Mark- und das 624-Mark-Gesetz bis zum Lastenausgleich für 12 Millionen Flüchtlinge; in den letzten

vier Jahren, Helmut, sind noch das Erziehungsgeld, die Anrechnung von Erziehungsjahren, der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie und weitere großartige Leistungen in der Sozial- und Familienpolitik hinzugekommen —, sind nicht von Sozialdemokraten, sondern von Christlichen Demokraten gemacht worden.

(Beifall)

Aber etwas ist auch wahr: Noch nie in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland klafften bei den führenden Sozialdemokraten im Deutschen Gewerkschaftsbund, vor allem bei der IG Metall, Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander.

(Beifall)

Wir wollen — ich bin selber Mitglied des DGB — keine schwachen Gewerkschaften — ich wiederhole das, was der Bundeskanzler gesagt hat —, wir wollen starke Gewerkschaften. Aber wenn jemand die Politik der Bundesregierung in den letzten vier Jahren, nachdem wir die schwerste Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform vorgefunden hatten, arbeitnehmerfeindlich nennt, dann vertritt er nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern läßt sich vor den Karren einer bestimmten politischen Partei spannen.

(Beifall)

Und wir müssen immer hinzufügen: Es sind Sozialdemokraten, die dies tun, Sozialdemokraten in den Führungsetagen des DGB, die 10 Milliarden DM an Steuergeldern kassiert haben und die Neue Heimat jetzt für eine Mark verkaufen. Ich weiß genau, was unsere Leute im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen gespürt haben, als man ihnen Sozialdemagogie, Schaffung einer kalten Gesellschaft und was weiß ich alles unterstellt hat. Ich wiederhole: Diese Leute reden von Demokratie und fragen ihre Mitglieder nicht. Sie reden von Mitbestimmung und fragen ihre Betriebsräte nicht. Sie reden von sozialer Verantwortung und fragen die Mieter nicht. Diese Leute können weder mit dem Geld noch mit den Menschen umgehen.

(Lebhafter Beifall)

Also, jede Krise hat auch ihre positiven Ergebnisse; jedenfalls hoffen wir das. Was diese Leute anbelangt, ist es zumindest das Prinzip Hoffnung. Wir hoffen, daß der Skandal um die Neue Heimat wenigstens ein Ergebnis haben wird, daß nämlich die einsichtigen Sozialdemokraten, die einsichtigen Führer innerhalb des DGB endlich aufwachen und den unerträglichen Filz zwischen der Führung des DGB und der Sozialdemokratischen Partei beseitigen und sich wieder auf die Tradition der Einheitsgewerkschaft besinnen.

(Beifall)

Wir sind in den Vordiskussionen zu diesem Parteitag oft gefragt worden: Warum jetzt das Thema Zukunft? Ich glaube, es gibt darauf zunächst einmal eine ganz einfache Antwort: Wer über die Zukunft nicht nachdenkt, so hat ein polnischer Schriftsteller gesagt, wird nie eine haben.

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Technische, soziale und gesellschaftspolitische Entwicklungen laufen heute schneller ab als jemals

zuvor. Die Zukunft rückt näher, gleichzeitig nimmt die Prognostizierbarkeit der Zukunft ab. Die Folge ist ein Schwund der Zukunftsgewißheit. Dadurch wird die Zukunft offen als Raum für die Einbildung, vor allem für die Einbildung von Ängsten. Resignation und Lähmung können die Folge sein. Dadurch kann die Zukunftsfähigkeit einer ganzen Gesellschaft gefährdet werden.

Unsere große Aufgabe heißt: Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland ist, wenn wir einmal von der Kohle absehen, ein Land fast ohne Rohstoffe. Unser Kapital besteht im Fleiß, in der Leistungsbereitschaft, im Erfindungsgeist und in der Innovationskraft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, der Arbeitnehmer ebenso wie der Unternehmer. Wir müssen auch in der Zukunft technologische Spitzenprodukte in der Konkurrenz zu Japan, den Vereinigten Staaten und neu aufkommenden Industrienationen auf dem Weltmarkt absetzen können. Mit einem Wort: Deutschland muß erstklassig bleiben, wir dürfen nicht zweit- und drittklassig werden. Made in Germany muß auch in der Zukunft ein Gütezeichen der deutschen Wirtschaft bleiben.

(Beifall)

Die Biowissenschaften zu nutzen, den Ozean zu erforschen, in den Weltraum vorzudringen, neue Werkstoffe zu erfinden und die dafür benötigten Technologien zu beherrschen und zu schaffen, wird im ausgehenden 20. Jahrhundert wesentlich darüber mitbestimmen, ob wir in der ersten Reihe der großen Industrienationen der Welt bleiben.

Aber diese technische Innovation muß immer mit sozialen Innovationen verbunden bleiben.

Unser Schicksal hängt davon ab — und deswegen ist die Bundestagswahl von einer großen Bedeutung —, welche Kräfte die Zukunft unseres Landes bestimmen. Es ist klar: diese Bundestagswahl entscheidet angesichts des tiefen Umbruchs und des tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Prozesses, der gestaltet werden soll und gestaltet werden muß, darüber, wie die Zukunft unseres Landes aussehen soll. Deswegen sagen wir zu Recht: es handelt sich um eine Richtungswahl. Ich habe nichts dagegen, wenn gesagt wird, daß das auch eine Schicksalswahl ist, wie wir das gestern gehört haben. Ich würde sagen: es ist eine Richtungswahl von schicksalhafter Bedeutung.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber dann müssen auch alle bis zum 25. Januar sich entsprechend verhalten — vom Norden bis zum Süden —,

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

damit die Bürger in ihrer übergroßen Mehrheit die richtige Richtungsentscheidung treffen.

Die Frage ist also: wem soll unsere Zukunft anvertraut werden? Die Erfolge des Bundeskanzlers, der Bundesregierung sind ja unbestritten; wir sagen aber nicht in erster Linie, daß wir gewählt werden wollen, weil wir erfolgreich waren, sondern wir nehmen diese Erfolge als einen Beweis dafür, daß die CDU die Kompetenz hat, die Zukunft zu gestalten.

(Beifall)

Nicht diejenigen, die uns in die Krise geführt haben, sondern diejenigen, die unser Land aus der Krise herausgeführt haben, werden auch diese Herausforderungen bestehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor vier Jahren — das können wir sagen — war es ziemlich dunkel in Deutschland. Technikfeindlichkeit, Staatsverschuldung, Inflation, Wirtschaftskrise haben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gelähmt. Wir haben heute wieder frischen Wind. Es ist ein neuer Anfang gemacht worden.

Die Erfolge der CDU — Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum, sichere Renten, Stärkung der Familien — haben auch eine Stimmungswende bewirkt. 1982 hatten die meisten Menschen Angst vor der Zukunft. 1986 blicken die meisten Menschen wieder mit Hoffnung in die Zukunft.

Das wollen wir aber auch einmal sagen: die Regierung und die CDU haben es nicht allein gemacht. Es ist die Leistung aller Bürgerinnen und Bürger bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben deswegen gerade auch in der jungen Generation wieder eine neue Zuversicht, eine neue Perspektive. Ich glaube, wir übertreiben nicht, wenn wir sagen: wir stehen heute besser da als vor vier Jahren. Die Deutschen sind stärker als vor vier Jahren. Mit einem Wort: die Deutschen sind ein großartiges Volk, wenn sie die richtige politische Führung haben.

(Beifall)

— Lieber Helmut, das ist im Grunde genommen Dein Beifall. Wenn ich sage: wir haben die richtige politische Führung gehabt, dann ist das in erster Linie die Leistung des Bundeskanzlers.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich möchte Dir — auch im Namen der gesamten Christlich Demokratischen Union — für diese hervorragende Arbeit im Dienste unseres Vaterlandes danken. Es sind nicht einfache Zeiten gewesen. Aber wir haben sie unter Deiner Führung im Dienste unseres Landes positiv und gut gemeistert.

Ich möchte neben dem Bundeskanzler noch zwei unserer Freunde nennen, die die Hauptlast dieser Arbeit zusammen mit dem Bundeskanzler getragen haben: Gerhard Stoltenberg und Norbert Blüm.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir waren alle im Ausland, auch ich war im Ausland. In Italien haben mir vor zweieinhalb Monaten die Regierungsvertreter, die Leute von der Democrazia Christiana, gesagt: Im Ausland redet man vom „Modell Deutschland“. Der Chefredakteur der Financial Times, Geoffrey Owen, hat neulich gesagt, man müsse vom Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik einfach tief beeindruckt sein. - Das hört man im Ausland, überall, wo man hinkommt. Die einzigen, die dies offenbar nicht begreifen, sind die Sozialdemokraten und die GRÜNEN. Ich mache einen Vorschlag: Das Beste ist,

wir schicken die bis zum 25. Januar ins Ausland, damit sie sich über die Situation hier bei uns informieren können.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es lohnt sich, wenn wir über die Zukunft reden, uns auch mit der SPD auseinanderzusetzen. Noch 1961 wollte die SPD eine Gesellschaft, „die in einer Welt höchster technischer Zivilisation die kulturelle Entfaltung der freien Persönlichkeit sichert“; so das SPD-Regierungsprogramm 1961. Und heute: „Nicht genehmigen“, „stillegen“, „gesellschaftlich steuern“ sind die Stich- und Schlüsselworte sozialdemokratischer Forschungs-, Energie-, Wissenschafts- und Technikpolitik.

Die SPD hat einen Entwurf für ein Grundsatzprogramm erstellt, den sogenannten Irseer Grundsatzprogramm-Entwurf; das ist also das Zukunftskonzept der Sozialdemokratischen Partei. Darin wird ein Untergangsszenario nach dem anderen entwickelt. Dort heißt es: „Der weltweite Holocaust ist vorbereitet.“ Es ist die Rede von den ständig wiederkehrenden kapitalistischen Krisen“. Diese, so wird dann wieder an anderer Stelle behauptet, verstärkten „Furcht und Resignation“. Es wird festgestellt: „Die Selbstvernichtung der Menschheit ist auch ohne Krieg möglich.“ Man hat fast den Eindruck, wenn man das Programm liest, daß bei den Sozialdemokraten die Lust am Untergang eine erotische Qualität bekommen hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Papst Johannes Paul II. hat am 15. November 1980 im Kölner Dom gesagt: Es besteht kein Anlaß, unsere technisch-wissenschaftliche Kultur als gegensätzlich zur Schöpfungswelt Gottes zu sehen.

Aber Wissenschaft und Technik müssen auch im Dienst der Schöpfung bleiben. Wir Christliche Demokraten begreifen deshalb die Schöpfung als einen Gestaltungsauftrag. Wir gehören nicht zu denjenigen, die den technischen Fortschritt vergöttern, auch nicht zu denjenigen, die den technischen Fortschritt dämonisieren. Wir wollen auch hier den Weg der Mitte. Wir wollen die Chancen des technischen Fortschritts nutzen und die Risiken des technischen Fortschritts begrenzen und den technischen Fortschritt ethisch verantworten. Technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum sind für uns keine Werte an sich. Diese Ziele bekommen ihre Werthaftigkeit ausschließlich und allein dadurch, daß sie in den Dienst des Menschen und der Schöpfung gestellt werden.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat dafür gestern drei ethische Maßstäbe genannt: die Würde des Menschen, die Verantwortung für künftige Generationen und die Verantwortung gegenüber der Schöpfung. Und wenn wir Schöpfung sagen, dann müssen wir die ganze Erde meinen. Das heißt: Wir müssen Umwelt als Mit-Welt verstehen.

Der Sprachgebrauch teilt ja die Länder dieser Welt in Länder der ersten und der zweiten und der dritten Welt ein, aber in Wirklichkeit gibt es doch nur eine Welt, auf der wir leben. Wenn die großen tropischen Wälder abgeholzt werden, hat dies Auswirkungen auf unser Klima. Und wenn in den Industrieländern die Kernkraftwerke

abgeschaltet werden, zerstören wir auf Grund steigender Energiepreise die wirtschaftlichen Grundlagen der Völker und Länder in den anderen Kontinenten.

(Beifall)

Früher hat dies Eppler auch gewußt; er hat gesagt — ich zitiere den „Vorwärts“, Juli 1968 —:

Der Energiebedarf der meisten Entwicklungsländer wird nur durch Kernenergie befriedigt werden können.

Wir müssen die Frage stellen: Ist für die SPD die Solidarität mit den Entwicklungsländern plötzlich nichts mehr wert, nur weil ein sowjetischer Reaktor durchgebrannt ist?

Wenn wir zusammen mit den Kirchen — das ist die entscheidende Auseinandersetzung mit der SPD — in unserem Zukunftsmanifest sagen: Wir müssen anders leben, damit andere überleben können, dann ist dies der richtige Weg. Diejenigen, die aussteigen, wollen auch anders leben, aber auf Kosten der anderen. Sie wollen nicht deren Zukunft sichern, sondern nur ihre eigene. Bequemlichkeit, nicht Menschlichkeit ist die Devise derer, die aussteigen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kernenergiepolitik der SPD — Walter Wallmann und Heinz Riesenhuber haben in der Bundestagsdebatte am letzten Freitag im Parlament unsere Position in hervorragender Weise dargestellt — gehört zu den schlimmsten Beispielen einer Politik, die sich nicht an Verantwortung, sondern an tagespolitischem Opportunismus orientiert.

(Beifall)

Unsere Position ist klar. Wir haben immer gesagt: Wir sind nicht auf ewig und immer mit der Kernenergie verheiratet, aber es gibt auf absehbare Zeit keine andere anwendbare Technologie. Wir arbeiten parallel intensiv an der Forschung: Fusions-technologie, Wasserstofftechnologie, Solartechnologie, Einsparung von Energie. Das sind unsere Konzepte, die wir schon vor Tschernobyl gehabt haben.

Das ist absolut richtig, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Begründung der SPD ist doch eine scheinheilige Begründung für den Ausstieg. Wir haben 355 Kernkraftwerke auf der Welt; davon stehen 19 in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir diese 19 Kernkraftwerke abschalten, dann schalten wir die 19 sichersten ab, und 336 um uns herum bleiben in Betrieb. Gleichzeitig sind ungefähr 120 Kernkraftwerke in Europa, die näher liegen als Tschernobyl, entweder in der Planung oder sie stehen kurz vor der Genehmigung. Wie kann man mit diesem Ausstiegskonzept den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich glaubwürdig weismachen wollen, die Sozialdemokraten handelten im Interesse der Sicherheit und der Gesundheit unserer Mitbürger.

Es ist schon merkwürdig und bezeichnend, zu welchen Antworten das neue energiepolitische As der SPD, Johannes Rau, fähig ist. Er hat sich dazu auch geäußert; das ist wahr. Er hat am 29. 4. gesagt: „Die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis werden politisch nicht in Frage gestellt.“ Wenig später sagte er, ein „Verzicht auf die Kernenergie“ sei das Ziel der SPD. Aber schon eine gute Woche

später sagte er, man müsse noch längere Zeit mit der Nutzung der Kernenergie rechnen. Und in der Illustrierten „Quick“ sagte er — wieder 14 Tage später: „Vor dem Jahr 2 000 dürfte auch bei uns diese Aufgabe — Umstieg auf eine Energieversorgung ohne Atomstrom — nicht geleistet sein.“ Was gilt denn nun eigentlich? Dem Durcheinander im Kopf des Kandidaten der SPD entspricht das Chaos in der Politik der Sozialdemokratischen Partei.

(Beifall)

Um eine Doktorarbeit an einer Technischen Hochschule anzufertigen, braucht man mehrere Jahre. Die Sozialdemokraten haben in einem Salto-Mortale innerhalb von zweieinhalb Monaten ihr ganzes bisheriges altes Energiekonzept durch ein neues Energiepapier ersetzt. Das, was dabei herausgekommen ist, kann man nur als einen intellektuellen Störfall bezeichnen.

(Beifall)

17 der 19 Kernkraftwerke sind unter der Regierungsverantwortung der SPD in Betrieb gegangen. Die Sozialdemokraten waren erst für den Einstieg in die Kernenergie. Dann waren sie für den Ausstieg aus der Kernenergie. Dann waren sie für den Einstieg in den Ausstieg. Dann waren sie für den Umstieg. Dann waren sie für den Einstieg in den Umstieg zum Ausstieg. Mit den Leuten kann es nur zum Abstieg der Bundesrepublik Deutschland kommen.

(Beifall)

SPD-Geschäftsführer Glotz hat in seinem neuesten Buch „Kampagne in Deutschland“ selbstkritisch festgestellt: „Das Problem der SPD ist, daß es zu viele Sozialdemokraten gibt,

(Heiterkeit und Beifall)

— das stimmt zwar auch, wie wir alle wissen, ist aber nicht gemeint —

die sich entweder an die eine oder an die andere Zeittendenz anpassen wollen, statt selbst Zeittendenzen zu prägen.

Recht hat er: Es ist unglaublich, wie die SPD die Fahne nach dem Wind hängt. Wie Diskjockeys legen die Sozialdemokraten die jeweils neueste Stimmungsplatte auf. Ich will Ihnen einmal die Hitliste

(Heiterkeit)

dieses sozialdemokratischen Stimmungsoportunismus nennen:

Erst den NATO-Doppelbeschluß erfinden, dann schnell wieder aussteigen, weil die Stimmung gewechselt hat.

Erst 17 von 19 Kernkraftwerken genehmigen und in Betrieb nehmen, dann schnell wieder aussteigen, weil die Stimmung gewechselt hat.

Erst den Radikalenerlaß beschließen, dann wieder aussteigen, weil die Stimmung gewechselt hat.

Erst die Kohlekraftwerke diffamieren — siehe Buschhaus —, sie dann wieder propagieren, weil die Stimmung gewechselt hat.

Erst das Waldsterben dramatisieren und jetzt das Waldsterben bagatellisieren, weil die Stimmung gewechselt hat.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen unser Land doch nicht diesen Stimmungsdemokraten, Untergangsstrategen, Pessimismusdozenten, apokalyptischen Reitern und öko-romantischen Bilderstürmern ausliefern!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Jetzt will ich Ihnen eine Geschichte erzählen. Ich war im Jahr 1973 — Helmut Kohl war Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz — als Sozialminister der für die Reaktorsicherheit zuständige Minister des Landes Rheinland-Pfalz. Die BASF wollte damals im Betriebsgelände einen Kernreaktor bauen. Daraus ist auf Grund anderer Überlegungen nichts geworden. Aber ich kann mich genau erinnern, daß der Bundeskanzler Willy Brandt damals auf einer Riesenbetriebsversammlung in der BASF vor den Arbeitnehmern lebhaft und heftig die „bürokratische Langatmigkeit“ bei der Genehmigung dieses Kernkraftwerkes beklagt hat. Heute ist derselbe Mann, Willy Brandt, Gast bei „Rock gegen Atom“ auf der Loreley. Sozusagen von den Anilinern zu den Punkern: Die SPD als Loreley-Partei!

(Große Heiterkeit und Beifall)

Sie kennen ja das Lied:

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten ...

(Heiterkeit)

Es endet:

Ich glaube, die Wellen verschlingen  
Am Ende Schiffer und Kahn,  
Und das hat mit seinem Singen  
Der Erhard Eppler getan.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Untergangspessimisten hat es schon immer gegeben. Aber es ist auch klar: Gegenüber früher besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Die Probleme, die wir heute haben und die ich vorhin genannt habe, die wir auch im Zukunftsmanifest beschrieben haben, haben gegenüber früher eine existentiell andere Qualität. Pest, Hunger und Krieg haben früher die Menschheit in ihrer Existenz nicht bedroht. Heute sind die Ausbeutung der Natur, aber auch die atomare Überrüstung Gründe für eine Sorge um das Überleben der gesamten Welt.

Aber wir müssen uns unterscheiden von denen, über die ich gerade gesprochen habe, und zwar dadurch, daß wir an die geistige und moralische Kraft des Menschen glauben, auch auf diese weltweiten Herausforderungen eine positive Antwort geben

zu können, ohne auf technischen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und damit auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen verzichten zu müssen.

Einer der großen Gurus der Friedensbewegung, Professor Horst Eberhard Richter, hat einmal ein Bibelwort verdreht und gesagt: Habe Mut zur Angst. Auch den Mut, Angst zu machen. Angstige deinen Nachbarn wie dich selbst.

Wir sagen als Christliche Demokraten nach wie vor, auch für die Zukunft: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Und das bedeutet: soziale Verantwortung gegenüber den Ländern, den Völkern in den anderen Kontinenten durch unsere Technik- und Industriepolitik. Und wie heißt es bei Matthäus im 8. Kapitel — und das ist wirklich die Frage, die wir an manche stellen wollen, die unter der Überschrift des Evangeliums glauben, Angst machen zu müssen —: „Warum habt ihr solche Angst? Ihr habt zu wenig Vertrauen.“

Die Auseinandersetzung um Vergangenheit und Zukunft zwischen CDU und SPD hat eine Tradition seit Bestehen dieser Republik. Die Linke war immer groß im Verdrehen der Begriffe und im Verwechseln von Fortschritt und Rückschritt, von Vorwärts und Rückwärts, von Zukunft und Vergangenheit.

Wir hatten in den 50er Jahren, haben aber auch heute den Versuch der Sozialdemokraten, die Geschichte Nachkriegsdeutschlands als Restauration zu diffamieren. Das erleben wir auch heute wieder. Man sagt, nach 1945 hätte man was ganz anderes machen müssen; die Restauration sei eingekehrt. Aber die historische Wahrheit ist eine ganz andere: Unsere Prinzipien und Richtungsentscheidungen haben Deutschland nach vorn gebracht und aus der Bundesrepublik Deutschland einen modernen Staat gemacht: Europäische Einigung, westliche Allianz, Privateigentum, Partnerschaft, Soziale Marktwirtschaft, Mitbestimmung, Vermögensbildung, dynamische Rente — das waren damals die Begriffe der neuen Zeit. Neutralismus, Klassenkampf, Staatseigentum, Wirtschaftslenkung — das waren die Begriffe der sozialistischen Reaktion.

Und es ist heute nicht anders. Wir bestimmen heute auch in unserem Zukunftsmanifest die neuen Themen: technischer Fortschritt, wirtschaftliche Dynamik, neue Arbeit, Dezentralisation, aktive Subsidiarität, weniger Staat, neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, farbige Kulturgesellschaft. Das sind heute die Themen und Entwürfe der Zukunft und eine Antwort auf den Pessimismus der falschen Propheten.

Auch heute sind wieder Klassenkampf, Zentralismus, Technikfeindlichkeit, Staatsgläubigkeit, Kollektivismus, Neutralismus die Parolen der sozialistischen Reaktion. Die Sozialdemokraten singen: „Brüder zur Sonne zur Freiheit, Brüder zum Lichte empor, hell aus dem dunklen Vergangenen leuchtet die Zukunft hervor.“ Dieses Lied der Arbeiterbewegung singt die heutige SPD ohne jede Berechtigung.

(Beifall)

Sie sollte es vom Programm absetzen, denn die neosozialistischen Ideologen haben der Arbeiterbewegung den Zukunftsoptimismus genommen.

Es gibt ein Welthandbuch, in dem die Indikatoren aufgezählt sind, die vorhanden sein müssen, um Länder beschreiben zu können, die sich auf dem Weg von der Industrie-

in die Informationsgesellschaft befinden. Von diesen 135 Ländern werden zehn als solche Länder bezeichnet, die sich auf diesem Wege befinden. Es ist doch kein Zufall, daß in acht dieser zehn Länder Christliche Demokraten oder Konservative die Weichen in die Zukunft stellen: in Belgien, in Frankreich, in Großbritannien, in Japan, in den Niederlanden, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist kein Zufall!

Auch in der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland werden die Maßstäbe und die Richtungen von den Christlichen Demokraten gesetzt werden müssen und nicht vom Bündnis der Sozialdemokraten mit den Grünen.

Wir haben in diesem Zukunftsmanifest die Themen der Zukunft vor allen Dingen in der Gesellschaftspolitik, in der Sozialpolitik, in der Innenpolitik genannt. Ich kann sie hier nicht alle erläutern, aber ich möchte zwei Beispiele herausgreifen, zwei Themen, um zu zeigen, was wir meinen:

Zunächst einmal nennen wir in diesem Zukunftsmanifest als ein großes Thema, ein großes Ziel die aktive Subsidiarität. Wir wissen, daß die Menschen dazu neigen, nur das für wichtig zu erachten, was sie in D-Mark ausdrücken können. Dementsprechend verhält sich im übrigen auch der Staat. Er steckt z.B. viel Geld in die Erziehung, die vom Staat organisiert wird, also in die schulische Erziehung. Die familiäre Erziehung hat es schon schwerer, obwohl wir auch hier einen neuen Anfang gemacht haben. Er steckt viel Geld in die soziale Sicherung, wenn sie vom Staat oder von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen organisiert wird, aber es ist kaum Geld vorhanden für soziale Arbeit in Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Es ist nicht immer leicht, verständlich zu machen, daß es auch wichtige Themen jenseits dessen gibt, was quantitativ meßbar ist, durch Geld finanziert oder durch Gesetze geregelt wird. Es wird die große Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein, eine soziale Politik zu realisieren, die die Absicherung der Lebensrisiken z.B. verbindet mit Familien- und Nachbarschaftshilfe, sozialen Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Ich nenne ein Beispiel: Im Jahre 1950 gab es in der Bundesrepublik Deutschland rund 500 000 Menschen, die älter als 80 Jahre waren. Heute gibt es rund 2 Millionen Hochbetagte, die älter sind als 80 Jahre. Das Problem dieser Menschen, die zum großen Teil pflegebedürftig sind, kann heute nicht mehr allein durch eine sichere Rente gewährleistet werden. Wir müssen Lösungen dafür finden, daß die Menschen in diesem Lebensalter soziale Zuwendungen, soziale Dienstleistungen erhalten und wie man diese organisiert. Hier gibt es gute Vorschläge.

Wahrscheinlich wird es manchen von uns überraschen, wenn wir feststellen, daß 80 % dieser Pflegebedürftigen innerhalb der Familie gepflegt werden. Aber ist dies denn, so müssen wir fragen, auf Dauer gewährleistet, wo die Zahl der älteren Menschen ständig ansteigt, aber die Zahl der Familien abnimmt und auch immer mehr Frauen berufstätig sind, was wir wollen, wozu wir die Chancen eröffnen wollen? Sollten wir deswegen nicht überlegen, ob solche Arbeit in der Familie auch als „neue Arbeit“ verstanden werden muß, deren Ausübung zwar auch in Zukunft ehrenamtlich erfolgt, die aber von sozialen Benachteiligungen wie in der Steuer oder in der fehlenden Alterssicherung befreit wird? Familienarbeit als neue Arbeit.

(Beifall)

Eine menschliche Gesellschaft, die wir wollen, ist eben mehr als die Höhe ihres Sozialbudgets, sie lebt auch aus den Diensten, die aus Liebe, aus Mitmenschlichkeit,

aus dem Herzen heraus erbracht werden. Aber welche Änderung des Bewußtseins seit den 70er Jahren, auch wenn man das nicht immer im Fernsehen feststellen kann! Wir sehen zwar immer wieder diese Bilder, und da halten die Fernsehkameras drauf, wenn irgendwelche Leute, auch junge Leute, demonstrieren. Sie haben ihr Recht dazu. Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland kann jeder für seine Ziele demonstrieren. Wir fügen allerdings hinzu, in dieser freien Gesellschaft kann er dies mit offenem Antlitz tun, er braucht sich nicht zu verummern.

(Beifall)

Aber wir sehen immer wieder im Fernsehen, daß junge Leute mit ihren Fahnen, mit ihren Plakaten gegen etwas demonstrieren: Dieses Recht wollen wir schützen. Aber gleichzeitig, während gegen etwas demonstriert wird, arbeiten Millionen von jungen Menschen in unseren Vereinen, in den Turn- und Sportvereinen, in den kulturellen Vereinen, in den Musikvereinen, engagieren sich bei der Jugendfeuerwehr, beim Jugendrotkreuz, in den religiösen Jugendverbänden, „Jugend forscht“, „Jugend musiziert“, 1 200 junge Leute im Freiwilligen Sozialen Jahr. Ich empfehle unseren Publizisten, auch den Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Medien, anstatt mit der Kamera immer das abzulichten, wo gegen etwas demonstriert wird, einmal über diese jungen Leute zu berichten, die sich für etwas engagieren und für etwas einsetzen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich will ein zweites Beispiel nennen, nämlich die flexible und familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens. Auch in der Arbeitswelt, im Arbeitsmarkt und im Arbeitsrecht haben wir eine ähnliche Konfliktlage zwischen Gegenwart und Zukunft.

Wir haben im Arbeitsrecht noch die Herrschaft der kollektiven Regelungen. Wir haben sie durch das Beschäftigungsförderungsgesetz aufgebrochen, ein gutes, ein zukunftsweisendes Gesetz. Nach wie vor jedoch dominieren starre und feste Arbeitszeitregelungen. Aber gehört denn nicht in Wirklichkeit der flexiblen Wochenarbeitszeit, der individuellen Gestaltung am Arbeitsplatz, ja sogar der flexiblen Lebensarbeitszeit die Zukunft des Arbeitslebens? Manche kämpfen immer noch gegen diese moderne Entwicklung. Hans Janßen, ein besonders engagierter Vertreter der Parteibuchpolitik, die ich vorhin umrissen habe, Mitglied des Vorstandes der IG Metall, sagte zu diesem Zukunftsproblem folgendes:

Wenn sich viele Arbeitnehmer mit der Flexibilisierung befreunden und das für richtig halten, dann irren diese Arbeitnehmer. Aber ich kriege mein Geld ja schließlich dafür, daß ich meinen Mitgliedern unserer Basis sage, was für sie gut und richtig ist.

Und Detlef Hensche, ebenbürtig, der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, hat auf dem DGB-Kongreß im Mai unter Beifall erklärt — das sind im übrigen alles Sozialdemokraten —: „Es gibt keine Flexibilisierung, die u n s e r e n Interessen entspricht.“ Ist es denn nicht auffallend, daß diejenigen, die das Glück von oben verordnen wollen — ein Kennzeichen des Sozialismus —, gleichzeitig die starren Arbeitsformen von gestern verteidigen? Gehört nicht vielmehr die Zukunft denen, die auch im Arbeitsleben auf mehr Selbstbestimmung, auf Arbeitsplatzteilung, Wahlfreiheit und Zeitsouveränität des Arbeitnehmers setzen?

In den gewerkschaftlichen Stellungnahmen dieser Sozialdemokraten äußert sich der innerhalb des DGB noch nicht überwundene Konflikt zwischen den Interessen einer auf eine starre, kollektive Regelung ausgerichteten Organisation und den Interessen

der arbeitenden Menschen selber. Auch in diesem Konflikt ist die Christlich Demokratische Union auf der Seite der Interessen der Arbeitnehmer. Und die Gewerkschaften werden, wenn sie sich auf die neue Zeit nicht einstellen, erleben, daß sie wie die Dinosaurier in der gesellschaftspolitischen Landschaft stehenbleiben und die Zeit über sie hinweggeht. Das ist die große Auseinandersetzung, die im DGB geführt werden muß.

Den großen Herausforderungen, die sich hier auftun, sind die Sozialdemokraten, ob in Partei oder Gewerkschaft, nicht gewachsen. Technikfeindlich, dem alten kollektiven Arbeitsrecht verhaftet, staatsgläubig, wirtschaftspolitisch unfähig und energiepolitisch unglaubwürdig sind sie nicht zukunftsfähig und damit auch nicht mehrheitsfähig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas ist doch ganz klar: DIE GRÜNEN mit ihren 6 oder 7 % wären doch politisch ohne jede Bedeutung, wenn nicht eine immer größer werdende Mehrheit bei den Sozialdemokraten bereit wäre, den Zielen der GRÜNEN die Politik in der Regierungsverantwortung zu öffnen, wie das in Hessen bereits der Fall ist und wie sie das in Niedersachsen vorbereitet haben.

Und dies ist doch die entscheidende Frage: Soll am 25. Januar die SPD zusammen mit den GRÜNEN die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland bestimmen? Deswegen ist doch der Kandidat gar nicht von entscheidender Bedeutung. Lassen Sie einmal das Politbarometer dort, wohin es gehört! Eine Bundestagswahl ist keine Schönheitskonkurrenz oder Sympathieveranstaltung. Eine Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung. Deswegen ist es nicht entscheidend, ob der Kandidat der SPD sympathisch oder weniger sympathisch ist, ob er es weniger gut oder gut mit den Menschen meint, ob seine Bibelzitate immer stimmen. Entscheidender ist z. B. schon, daß er auf Katholikentagen für die SPD zum ungeborenen Kind so redet und auf SPD-Versammlungen anders. Das ist schon entscheidender.

(Beifall)

Entscheidender ist auch, daß er sich als Kandidat familienfreundlich gibt, aber als Ministerpräsident sogar eine Landesstiftung „Mutter und Kind“ oder ein Landesfamiliengeld ablehnt. Das ist schon entscheidender, um deutlich zu machen, was das für ein Mann ist.

(Beifall)

Nur, wirklich ausschlaggebend für die Zukunft unseres Landes ist, ob bei dieser Bundestagswahl das rot-grüne Lager eine Mehrheit bekommt oder nicht. Dabei ist es unerheblich, ob Rau dabei Steigbügelhalter, Nutznießer oder nur Stimmenfänger ist. Im übrigen — ich wiederhole diesen Satz; man kann ihn nicht oft genug wiederholen —: Warum sollten wir eigentlich dem Johannes Rau mehr glauben als Holger Börner?

(Beifall)

Ich habe mir das Regierungsprogramm durchgelesen, das vor 14 Tagen verkündet worden ist. Es enthält viele schlimme Sachen, Unwahrheiten. Eine ganz schlimme Unwahrheit, versteckt ausgedrückt — das kann er — besteht darin, daß er gesagt hat, er wolle das BAföG für die Schülerinnen wiedereinführen, damit Mädchen, damit junge Frauen wieder bessere Chancen bekommen. Er sollte doch bitte der Wahrheit

die Ehre geben! Wir haben das BAföG nicht abgeschafft; wir haben es sogar verbessert. Aber wir waren vor vier Jahren der Meinung, als wir von den Sozialdemokraten 200 000 arbeitslose junge Arbeiter erbten, daß man es einem Gymnasiasten, dessen Schule sich am Wohnort der Eltern befindet, bis zum Abitur zumuten kann, in Gottes Namen bis zum Abitur bei seinen Eltern zu Hause wohnen zu bleiben

(Beifall)

und sich nicht auf Kosten der Steuerzahler eine Bude in der Stadt zu suchen.

Wir müssen diese Diskussion einmal offensiv aufnehmen. Am Studenten-BAföG ist überhaupt nichts geändert worden. Wir haben nur die Zuschüsse auf Darlehen umgestellt. Jetzt will ich einmal fragen — ich frage alle Arbeiter, alle Angestellten —: Ist es denn unzumutbar, daß einer, der Studienförderung aus Mitteln der Steuerzahler bekommen hat, wenn er später Akademiker ist, nach dem fünften Berufsjahr — das ist nämlich die Regelung — in langen 20 Jahren in Monatsraten von 120 DM dieses Darlehen — bei einem Einkommen von 3 000 bis 4 000 DM — wieder an diejenigen zurückzahlt, nämlich an das deutsche Volk, die ihm diese Studienförderung mit ihren Steuergroschen finanziert haben?

(Beifall)

Ist das wirklich unzumutbar?

Dann sollten wir mit dieser Diskussion in die Betriebe gehen. Ich bin fest davon überzeugt: Die ganz überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben ist mit uns der Meinung, daß man diese sozialistische Gießkannenpolitik beenden muß.

Ich habe im übrigen, was die meisten von Ihnen vermuten, nichts gegen Harmonie.

(Heiterkeit)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir die Aussagen des Kanzlerkandidaten einmal vor Augen halte, dann muß ich doch folgendes feststellen: Wer Kanzler werden will, der muß doch dem Volk sagen, was er will und was er nicht will, und er muß doch in der Lage sein, sich mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen und zu sagen, was ihn denn von diesem unterscheidet, was er für falsch und was er für richtig hält. Was ist er denn nun eigentlich mit seiner Harmonie? Ist er Herausforderer oder ist er Schmusedecke, ist er Kanzlerkandidat oder ist er das Knuffeltier der Nation?

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Die Politik ist kein politisches Biedermeier, und die Demokratie unterscheidet sich von der Diktatur dadurch, daß die Konflikte nicht verschleiert und nicht unter den Teppich gekehrt, sondern offen ausgetragen werden. Demokratie ist keine Harmonieveranstaltung, ist kein Gesangsverein Eintracht. Es geht um die Auseinandersetzung, um den richtigen politischen Weg, es geht um den besseren Weg. Willy Brandt — jetzt will ich einmal etwas Positives sagen —, Helmut Schmidt, selbst Hans-Jochen Vogel haben als Kanzler und Kanzlerkandidaten gesagt, was sie wollten und

was sie nicht wollten. Die inhaltlichen Alternativen waren klar. Bei dem jetzigen Kandidaten ist gar nichts klar: weder sein Programm, noch seine Koalitionspartner, noch seine Ziele. Wir möchten gern einmal wissen, mit welchen Leistungen in Nordrhein-Westfalen er sich eigentlich ausgewiesen hat, um Bundeskanzler zu werden.

(Beifall)

Das weiß kein Mensch. Dieser Mann als Kanzler: Dann kann man den Ernst Breit auch gleich zum Wohnungsbauminister machen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in unserem Zukunftsmanifest auch unsere langfristigen außenpolitischen Ziele formuliert. Abrüstung und Sicherung des Friedens sind unsere wichtigsten außenpolitischen Aufgaben. Am letzten Sonntag hat der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, der Pole Wladyslaw Bartoszewski, gesagt, daß es keinen Frieden geben könne ohne die Verwirklichung von Freiheit und Menschenrechten. Er als Pole, verfolgt von zwei totalitären Systemen, dem nationalsozialistischen und dem kommunistischen, konnte dies mit hoher persönlicher Glaubwürdigkeit sagen. Das, was dieser Mann gesagt hat, ist auch unsere Überzeugung.

37 Jahre nach der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bieten die weltweiten Verletzungen der Grund- und Menschenrechte ein bedrückendes Bild. Mehr als 3,1 Milliarden Menschen, zwei Drittel der Weltbevölkerung, leben in politischen Systemen, die ihnen Menschenrechte, Freiheit, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit vorenthalten. Zahllose Menschen werden in über 100 Staaten — 150 Staaten gibt es in der UNO — in kommunistischen Diktaturen, in islamischen Feudalstaaten, in afrikanischen, lateinamerikanischen Militärdiktaturen ihrer Freiheit und ihrer Menschenwürde beraubt, verfolgt wegen ihrer religiösen Überzeugung, wegen ihrer Rasse, wegen ihrer Hautfarbe oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Sie werden verfolgt, mißhandelt und getötet. Dies ist eine nicht geringere Herausforderung an die Menschheit als die atomare Rüstung. Wir Christliche Demokraten stehen an der Seite dieser Leute.

Marx hat einmal gesagt: Der Mensch, wie er geht und steht, ist nicht der eigentliche Mensch; der eigentliche Mensch muß das richtige gesellschaftliche Bewußtsein, den richtigen Klassenstandpunkt haben. Die Nazis haben gesagt: Ihr müßt der richtigen Rasse angehören. Wir Christliche Demokraten sagen: Der Mensch, wie er geht und steht, so, wie er ist, ist der eigentliche Mensch, ob alt oder jung, ob krank oder gesund oder — um etwas Aktuelles zu sagen — ob schwarz oder weiß. Die Menschenwürde ist für uns auch in der praktischen Politik unantastbar.

(Lebhafter Beifall)

Regierungen, auch unsere Regierung, müssen mit allen Regierungen und Staaten gute Kontakte und diplomatische Beziehungen haben. Das ist ganz selbstverständlich; das muß so sein, und das ist auch richtig. Aber wir als Partei, als Christliche Demokraten, dürfen in Sachen Menschenwürde und Menschenrechte keine falschen und faulen Kompromisse machen. Dies darf nicht sein.

(Beifall)

Wir tragen als Deutsche eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung und Erhaltung der Menschenrechte, und wir wissen, wohin Gewalt und Terror und wohin das Schweigen über Diktatur und Unmenschlichkeit führen kann. Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt: „Die Weimarer Republik ist nicht daran gescheitert, daß es zu viele Nazis, daß es damals zu viele Kommunisten, sondern daß es zu wenig engagierte Demokraten gab.“ „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“, hat Kurt Schumacher gesagt. Wir fügen den zweiten Teil des Satzes hinzu, der von den Sozialdemokraten leider ständig unterschlagen wird, nämlich: Keine Diktatur mehr auf deutschem Boden! Das ist der zweite Teil des Satzes von Kurt Schumacher, der die gleiche Wertigkeit hat.

Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im freiheitlichsten und friedlichsten Staat, den es in Deutschland je gegeben hat. Gerade dies verpflichtet uns, für die Menschenrechte weltweit einzutreten. Wir sind davon überzeugt — und das ist unsere Hoffnung, deswegen haben wir Zuversicht, die wir auf unser Menschenbild gründen —, daß die Zukunft den freiheitlichen Demokratien und nicht den Diktaturen gehört. Wir glauben daran, daß es einen Sinn hat, in der Zukunft daran zu arbeiten, daß aus den 30 Demokratien auf der Welt eines Tages 50, 80, 100 und mehr rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratien werden. Wir glauben an die ansteckende Kraft der Freiheit und der Demokratie.

(Beifall)

Aus dieser Überzeugung heraus hat der Bundeskanzler, hat die Bundesregierung ihre Außenpolitik in den vergangenen vier Jahren erfolgreich gestaltet. Der Bundeskanzler — und das ist sein persönliches Verdienst — hat Europa vorangebracht, er hat die innerdeutschen Beziehungen verbessert, das westliche Bündnis gestärkt, die Bundesrepublik Deutschland aus dem Zwielicht herausgeführt, in das uns die Sozialdemokraten im Bündnis hineingebracht hatten. Er hat als Kanzler seinen Beitrag dazu geleistet, daß die Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang gekommen sind, daß Ergebnisse in greifbarer Nähe sind und daß Spannungen abgebaut wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben in der Innenpolitik, in der Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Finanzpolitik, in der Außenpolitik viel geleistet. Wir haben überhaupt keinen Grund, uns zu verstecken. Der Bundeskanzler, die Bundesregierung, die Christlich Demokratische Union als die führende Regierungspartei haben für unser Land erfolgreiche und gute Arbeit geleistet. Gehen wir hinaus, reden wir mit unseren Familien, mit unseren Freunden, mit unseren Nachbarn in den Betrieben, und sagen wir ihnen unsere Botschaft! Unsere Sache ist die Sache der Zukunft.

Deswegen sagen wir zu Recht: Weiter so, Deutschland, weiter so, Helmut Kohl, weiter so, Christlich Demokratische Union!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Dr. Bernhard Vogel**, Tagungspräsidium: Ich frage den Parteitag: War das nicht eine gute Rede?

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Heiner Geißler, wir danken dir für diese Rede. Aber wir danken dir aus Anlaß dieser Rede für deine Arbeit in den letzten Jahren.

(Beifall)

Wir danken dir für deinen unermühtlichen Einsatz, für deine Tapferkeit, für deinen Mut und dafür, daß du oft den Kopf hingehalten hast, wenn die Partei stand und kämpfte.

(Beifall)

Wir setzen für die nächsten vier Monate große Hoffnungen und Erwartungen auf dich, daß du mit bei denen bist, die diese Partei zu Erfolg und Sieg führen. Ich füge deinem letzten Satz hinzu: Weiter so, Heiner Geißler!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt muß es auf diesem Parteitag so weitergehen.

Erstens. Die Mitglieder der Antragskommission sollen um 12.30 Uhr zu einer weiteren Sitzung zusammenkommen.

Zweitens. Das Forum „Durch Wissenschaft und Technik an die Spitze des Fortschritts“ beginnt in einer Viertelstunde hier in diesem Saal.

Drittens. Das Forum „Neue Chancen der Arbeit“ beginnt im Kurfürstlichen Schloß in einer Viertelstunde.

Viertens. Das Forum „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“ beginnt im Eltzer Hof in einer Viertelstunde.

Wer von hier zum Schloß oder zum Eltzer Hof geht, der verlasse die Rheingoldhalle und wende sich stromabwärts nach Norden. Das erste historische Gebäude, das er dann sieht, ist die Staatskanzlei, das zweite ist der Landtag und das dritte ist das Schloß. Vom Schloß sind es noch zwei Minuten zum Eltzer Hof. Der Weg zum Eltzer Hof ist beschildert. Das Schloß liegt hier am Rhein, etwa 500 bis 700 m nördlich.

Ich berufe die nächste Sitzung, die 4. Plenarsitzung, für heute nachmittag, 14.00 Uhr, ein.

Die Vormittagssitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 10.29 Uhr)

Mittwoch, 8. Oktober 1986

4. Plenarsitzung

Beginn: 14.04 Uhr

**Manfred Carstens**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich heiße Sie in der Rheingoldhalle zur 4. Plenarsitzung des Bundesparteitag, die ich hiermit eröffne, alle wieder herzlich willkommen. Ich freue mich, daß Sie aus den Foren den Weg hierher wieder gefunden haben.

Ich begrüße einen Ehrengast in unserer Runde ganz besonders herzlich. Es ist der stellvertretende CSU-Vorsitzende Bundesminister Dr. Dollinger.

(Beifall)

Herzlich willkommen, Herr Dollinger.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie in den drei Foren gute Beratungen gehabt haben und daß Sie sich in der kurzen Mittagspause für die wichtigen Abschlußberatungen des heutigen Tages hinreichend erholt und regeneriert haben.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

BERATUNG DES ZUKUNFTSMANIFESTES  
BERICHTE AUS DEN FOREN  
VERABSCHIEDUNG DES ZUKUNFTSMANIFESTES

Wir kommen zur Berichterstattung aus dem Forum 1 „Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts“. Berichtersteller über die Arbeit dieses Forums ist der Bundesminister, der durch seine klare Linie und sein starkes Durchsetzungsvermögen für Vertrauen, Stabilität und geordnete Staatsfinanzen sowie dafür gesorgt hat, daß heute immer mehr Bürger unseres Landes zuversichtlich in die Zukunft schauen. Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, unser Freund Gerhard Stoltenberg.

**Dr. Gerhard Stoltenberg** (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident, lieber Manfred Carstens! Meine lieben Parteifreunde! Verehrte Gäste! Es ging in dem Forum „Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts“ nach einleitenden Ausführungen unseres Freundes Walter Wallmann und einem engagierten Referat unseres Freundes Heinz Riesenhuber zunächst um eine Bestandsaufnahme zu einer Reihe wichtiger Gesichtspunkte der Wissenschafts- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Es ging um den Leistungsstand unserer Forschung, die Aufwendungen, die Schwerpunkte des Engagements von Staat und Wirtschaft. Noch bedeutsamer waren die Fragen nach der Legitimation, der Begründung moderner Forschung vor allem im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und damit natürlich auch die Frage von Chancen und Risiken sowie ihrer Abwägung.

Wenn wir von der Spitze des Fortschritts sprechen, so gehören dazu die Resultate der Fachdisziplinen, der Wettbewerb der Volkswirtschaften und Nationen. Dies ist,

wie wir alle wissen, von entscheidender Bedeutung für die Wirklichkeit von heute und morgen. Wer als Volk, als Volkswirtschaft nicht zu Spitzenleistungen befähigt ist, wer nicht die Aufgabe der Innovation, also der Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Anwendung nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch im Bereich des staatlichen Handelns und der Gesellschaft meistert, der wird zurückfallen, was schwerwiegende Folgerungen für die ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen von morgen hat. Spitze des Fortschritts muß aber auch heißen, die Grenzen der Umsetzung und Nutzung unter moralischen und sozialen Gesichtspunkten ständig zu bedenken und richtig zu bestimmen. Das ist vielleicht sogar die schwierigere Aufgabe. Sie gewinnt weiter an Bedeutung, wenn die mißbräuchliche oder die fahrlässige, in den Folgen nicht richtig kalkulierte Anwendung von Forschungsergebnissen vermieden werden soll. Die Würde des Menschen, seine Unversehrtheit und seine natürlichen Lebensgrundlagen müssen gewahrt bleiben. Das erfordert übrigens mehr als einen anspruchsvollen fachwissenschaftlichen Standard. Es verlangt integratives, wertorientiertes Denken und Handeln. Nur durch eine hohe Bildung, durch ethischen Grundkonsens und durch geschärftes Problembewußtsein werden wir dieser Herausforderung gewachsen sein. Auch deshalb gewinnen übrigens die Geisteswissenschaften einen neuen Rang. Bei aller zentralen Bedeutung der Naturwissenschaften und Technik dürfen wir nicht zu einer Vernachlässigung der Geisteswissenschaften kommen, und zwar weder in unserem Selbstverständnis noch in der staatlichen Wissenschaftspolitik.

(Beifall)

Bei aller unvermeidlichen fachlichen Spezialisierung und den Verständigungsschwierigkeiten, die diese gelegentlich auch in der Gemeinschaft der Wissenschaftler schafft, müssen wir vor allem den Brückenschlag zwischen Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften fördern, also interdisziplinäres Denken und übergreifende Fragestellungen anregen und ihre Antworten ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, natürlich vollzieht sich Wissenschaft niemals ohne Bezug zur Gesellschaft. Wissenschaft muß aber zunächst auch eine Distanz zu den Zwecken des Tages halten. Sie muß sich aus einer anspruchsvollen methodischen Exaktheit ihrer Erkenntnisse und Begründungen rechtfertigen.

Sonst besteht die Gefahr, daß sie in anderer Weise mißbraucht wird — als Deckmantel für einseitige Interessen, für fragwürdige ideologische Heilslehren oder für rein parteipolitische Kampfpapieren. Das heißt für unsere öffentlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen zu vielen Fragen, von der Energiedebatte bis zur Gentechnologie: Wissenschaftliche Vielfalt ist kein Freibrief für Amateure und Dilettanten, die ihre akademischen Titel auch dort einsetzen, wo Leidenschaften an die Stelle von methodisch sauber begründeten Folgerungen aus Forschungsergebnissen treten.

(Beifall)

Die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung können für uns nur in einer Staats- und Wirtschaftsverfassung zur vollen fruchtbaren Entfaltung kommen, die durch Freiheit und Verantwortung, die Vielfalt der Überzeugungen, durch Wettbewerb, aber vor allem auch durch das Streben nach Wahrheit und nach Gerechtigkeit geprägt ist. Freiheitliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind nach unserer Einsicht tragende Grundsätze unseres Gemeinwesens.

Die Ursprünge Sozialer Marktwirtschaft — das ist auch nicht mehr allen in unserer Partei voll bewußt — beruhen auf einer bedeutenden wissenschaftlichen Leistung erneuerter liberaler Nationalökonomie und christlicher Soziallehre. Dabei verstehen wir Soziale Marktwirtschaft nicht als einen abgeschlossenen Katalog dogmatischer Lehrsätze, sondern als ein offenes System, das neue Erfahrungen und Herausforderungen aufnimmt. Die Grundsätze bleiben verpflichtend. Wir haben sie in den letzten Jahren nach mannigfachen linken Verirrungen der 70er Jahre in unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wieder zur Geltung gebracht. In unserem Zukunftsmanifest, das wir heute verabschieden wollen, heißt es:

Das neu geschaffene wirtschaftliche Fundament zu festigen und zu verbreitern, die Volkswirtschaft weiter zu modernisieren, wirtschaftliche Dynamik freizusetzen und die Arbeitslosigkeit weiter nachhaltig abzubauen, bleiben auch in Zukunft vorrangige Ziele.

Meine Freunde, wir haben in vier Jahren große Fortschritte in diesen zentralen Bereichen erreicht, aber nicht weniger große Aufgaben und Herausforderungen liegen vor uns. Dabei ist nicht jede politische Einzelentscheidung wissenschaftlich begründbar.

Wir waren vor 15 Jahren skeptisch gegenüber dem überheblichen Anspruch der Ära Brandt, mit angeblichen wissenschaftlichen Methoden wirtschaftliche und soziale Prozesse steuern und lenken zu können. Aber heute muß man sagen, daß diese Skepsis auch kein Freibrief ist für Irrationalismus und Beliebigkeit mit pseudo-wissenschaftlicher Bemäntelung.

(Beifall)

Es gibt auch im Hinblick auf konkrete politische Entscheidungen und Alternativen logische, rationale, nachprüfbare Zusammenhänge und begründbare Alternativen. Das heißt konkret, wenn wir den Blick nach vorne richten: Wer den erreichten Wohlstand langfristig sichern will, wer den sozial Schwachen die Perspektive besserer Lebensverhältnisse eröffnen will, der kann nicht zugleich wirtschaftliches Wachstum und die verantwortliche Nutzung von Ergebnissen moderner Naturwissenschaft und Technik ablehnen und bekämpfen. Das heißt, wer bei der bevorstehenden drastischen Änderung der Altersstruktur unseres Volkes verlässliche soziale Sicherung gewährleisten will, der muß zugleich für eine starke, moderne, dynamische Volkswirtschaft und höhere Kapitalbildung eintreten.

(Beifall)

Der Generationenvertrag ist keine Einbahnstraße. Wer die Verantwortung für die nächste und übernächste Generation wirklich und nicht nur verbal ernst nimmt, muß den Kurs einer stabilitätsfördernden Finanzpolitik, also weiterhin geringe Ausgabenzuwächse und eine niedrige Kreditaufnahme, konsequent fortsetzen, an Stelle nach kurzer Zeit wieder, vielleicht unter schönen Überschriften, in den Schlendrian einer unverantwortlichen Schuldenwirtschaft der Linken zurückzufallen.

(Beifall)

Arbeitsmarkt: Die Trendwende zum Positiven ist auch auf dem Arbeitsmarkt erreicht. Aber solange rund 2 Millionen Mitbürger erwerbslos sind, bleibt es für uns die wichtigste Aufgabe der Wirtschafts-, der Finanz-, vor allem aber auch der Tarifpolitik,

die Voraussetzungen für ein ständig erweitertes Angebot bezahlbarer Arbeit zu schaffen.

Den meisten Betrieben geht es heute wieder besser. Die Zahl der Neugründungen steigt beträchtlich an. Aber nach wie vor stehen einige Bereiche, vor allem des Mittelstandes, steht die Landwirtschaft im Schatten, betroffen durch schwerwiegende Anpassungsprozesse und die ausstehenden Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft. Wir können dort, wo Märkte schrumpfen, wo Überschüsse nicht mehr absetzbar sind, keine Bestandsgarantien geben. Aber wir wollen mit aller Kraft dafür arbeiten, daß sich Strukturveränderungen menschlich und sozial tragbar vollziehen und insbesondere auch der Mittelstand und die Landwirte wieder eine Zukunftsperspektive gewinnen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben in den letzten vier Jahren gegen manche Kritik den privaten Sektor unserer Volkswirtschaft bewußt gestärkt und den Anteil, den der Staat von der Arbeitsleistung seiner Bürger beansprucht, in einer wachsenden Wirtschaft zurückgeführt. Wir müssen auf diesem Weg konsequent weiter vorangehen. Dieser Kurs ist Ausdruck des Vertrauens in die Selbstverantwortung der mündigen Bürger und ihrer sittlichen Bereitschaft, Mitverantwortung für die Nächsten, vor allem im sozialen und kulturellen Leben, zu übernehmen. Es geht uns dabei nicht um eine unvermeidbare Schwächung des Staates. Es geht uns nicht um eine Hinwendung zum Nachtwächterstaat oder zur Ellenbogengesellschaft, wie eine der vielen Wortschöpfungen der Sozialdemokraten heißt. Wir vertrauen den Menschen mehr als die Sozialisten es tun. Das ist die einfachste Feststellung zu diesem Sachverhalt.

(Beifall)

Wir wollen beides: Verantwortete Freiheit und Solidarität. Aber wir wollen nicht den unter Funktionären und Administrationen bevormundeten, überreglementierten, unselbständigen Bürger.

Wir können jetzt mit Blick auf den Wahlkampf, auch im Hinblick auf die SPD, einige sehr interessante Feststellungen treffen: Manche ihrer aggressiven Kampfpärolen werden leiser und schwächer. Wir haben in der ganzen Haushaltsdebatte vor vier Wochen in fünf Tagen das Wort vom Kaputtsparen nicht mehr gehört, weil dieses Wort durch die Ergebnisse unserer Politik widerlegt ist. Und wir haben auch das Wort von der Umverteilung von unten nach oben nur noch sehr leise vernommen. Es setzt sich nämlich die Einsicht durch, daß wir eine Umverteilung zugunsten der arbeitsplatzschaffenden und -sichernden Zukunftsinvestitionen vorgenommen haben. Und dies war dringend geboten.

(Beifall)

Was heißt das? Ich will nur eine Zahl nennen. Die Ausrüstungsinvestitionen der deutschen Wirtschaft — das sind diejenigen Investitionen, in denen die Ergebnisse von Naturwissenschaft und Technik besonders zum Tragen kommen — haben in den Jahren 1985 und — in der vorläufigen Schätzung- 1986 um 20% zugenommen. Das ist ein Zeichen, daß sich unsere Volkswirtschaft durch eine richtige Politik auf die Herausforderungen von morgen einzurichten beginnt.

Auch deshalb ist eine grundlegende Steuerreform so wichtig, die die berufliche Leistung nachhaltiger anerkennt und unsere volkswirtschaftlichen Grundlagen weiter stärkt. Deswegen werden wir die Politik der Privatisierung und des Abbaus hemmender administrativer Regelungen fortsetzen.

Privatisierung ist übrigens auch eine Chance, endlich zu einer breiteren Streuung des Produktivvermögens zu kommen. Wir müssen hier an die Ziele und Wertvorstellungen christlich-sozialer Politik gleichsam aus der Gründergeneration anknüpfen. Heute gehen 95% der staatlich geförderten Vermögensbildung in verschiedene Formen des Sparens und nur 5% in Produktivanlagen. Wir müssen hier durch eine Reform eine ganz andere Gewichtung erreichen. Der Arbeitnehmer soll nach eigener Entscheidung zwischen konkurrierenden Angeboten in wesentlich stärkerem Umfang Miteigentümer am industriellen Vermögen unseres Volkes werden können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland ist wie kaum eine zweite Volkswirtschaft international verflochten und damit auch von der Entwicklung der Weltwirtschaft zu einem gewissen Teil abhängig. Es ist ganz naheliegend, daß sich das Interesse unserer Bürger und damit unsere eigenen Aussagen vor einer Wahl vor allem den innenpolitischen Fragen zuwenden. Aber wir müssen über die klassische Außenpolitik hinaus den Blick für die Probleme, für die Situation anderer Völker öffnen, für ihre Entwicklung, ihre Lasten und ihre Sorgen.

Ich habe bis Ende letzter Woche sieben Tage lang Gelegenheit gehabt, in Washington bei den Jahrestagungen von Weltbank und Währungsfonds, zu denen Delegationen aus weit über hundert Nationen zusammenkommen, gleichsam Anschauungsunterricht über das zu bekommen, was andere Völker bewegt und auch belastet.

Das Ergebnis dieser Gespräche ist einerseits Ermutigung, andererseits aber auch Betroffenheit. Es ist ermutigend, wenn wir zu einem stärkeren Gleichklang in der Wirtschafts- und der Finanzpolitik vieler Industrieländer kommen. Man kann auch sagen, daß in der westlichen Welt Grundvorstellungen sozialer Marktwirtschaft erfreulicherweise auf dem Vormarsch sind.

Es gibt auch in einer Reihe von Entwicklungsländern Fortschritte. Aber zugleich müssen wir Betroffenheit empfinden, wenn wir die wirtschaftlichen Krisen, die Bedrängnis, die sozialen Nöte so vieler Völker sehen, auch alter, bedeutender Kulturnationen, auch von Ländern, die uns besonders eng verbunden sind wie die wieder jungen Demokratien Lateinamerikas. Natürlich sind deren Lasten zum Teil auch die Folgen von Fehlentscheidungen vergangener Jahre, etwa bei der erschreckenden Auslandsverschuldung. Natürlich ist eine neue Politik bei ihnen unvermeidlich, die weitere Einschränkungen bringt, auch Härten — Härten übrigens, die alles, was wir in den letzten vier Jahren an Kürzungen bei uns vorgenommen haben, als eine Bagatelle erscheinen lassen.

Aber wir müssen ihnen helfen. Wir müssen ihnen wirksamer helfen, über die klassischen Formen der Entwicklungshilfe hinaus. Wir müssen ihnen durch mehr Transfer von wissenschaftlichen Ergebnissen und Technologie zu besseren Bedingungen helfen. Wir müssen ihnen — das wird ernste innenpolitische Probleme schaffen — durch eine weitere schrittweise Öffnung unserer Märkte für ihre Produkte helfen. Wir müssen ihnen durch die Bereitschaft zu höheren Auslandsinvestitionen in Ländern der dritten und vierten Welt helfen.

Es gibt Verwerfungen in der Weltwirtschaft. Es gibt auch gewisse Risiken für die nächsten Jahre. Um so wichtiger ist es, daß wir unser eigenes Haus in Ordnung halten und noch wetterfester machen.

(Vereinzelt Beifall)

Um so wichtiger ist es, daß wir volkswirtschaftliche Dynamik, Zunahme der Beschäftigung, daß wir Wohlstand und verlässliche Systeme der sozialen Sicherung im Zusammenhang mit unserem Beitrag als Hilfe für andere Völker zur Lösung ihrer Probleme sehen.

Dies alles, Wohlstand, Vollbeschäftigung, Ausbau sozialer Leistungen in Schwerpunkten, wo es wirklich nötig ist, kann immer nur das Ergebnis einer neuen nachhaltigen Anstrengung sein. Nichts kann man als gelöst abhaken, was die Zukunft unserer Volkswirtschaft, den Arbeitsmarkt, die Ordnung unserer Finanzen angeht. Wir müssen uns diesen zentralen Aufgaben immer wieder mit Ideenreichtum, mit Entschlossenheit, mit den richtigen ordnungspolitischen Grundsätzen stellen.

Die Fundamente sind in vier Jahren gelegt worden. Die Weichen sind richtig gestellt. Aber wir dürfen nicht erlahmen. Nicht nur im Wahlkampf, sondern vor allem nach der Wahl sind Entschlossenheit, Handlungsfähigkeit und der klare Sinn für Prioritäten von uns gefordert.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall)

**Manfred Carstens**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, man konnte dem Bericht des Bundesfinanzministers unschwer entnehmen, daß er sich als ehemaliger Bundesforschungsminister noch heute bei den Themen Wissenschaft und Technik sehr wohl fühlt. — Herzlichen Dank für Ihren Bericht, lieber Gerhard Stoltenberg.

(Beifall)

Wir kommen zum Bericht aus dem Forum 2, „Neue Chancen der Arbeit“.

Ich erteile das Wort einem Minister, der ein wichtiger Eckpfeiler der Regierung Kohl ist, der in den letzten Jahren schon Großes geleistet hat und der auch in den nächsten Jahren unverzichtbar sein wird. — Das Wort hat unser Freund Norbert Blüm.

**Dr. Norbert Blüm** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Forum 2 unter der fürsorglich resoluten Leitung von Frau Laurien und nach einem informativen, innovativen, impulsiven Einführungsreferat unseres Freundes Lothar Späth die neuen Chancen der Arbeit diskutiert.

Wir haben zwei Millionen Arbeitslose, meine Damen und Herren. Darüber können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Dabei kann niemand ruhig schlafen — obwohl: nicht jeder, der plärrt, ist heilwach. Wir haben zwei Millionen Arbeitslose, und im Forum 2 wird von neuen Chancen der Arbeit geredet.

Meine Damen und Herren, ich bin da ganz sicher: Neue Arbeit gibt es nur auf neuen Wegen. Die Wege, die in die Krise hineingeführt haben, werden nicht aus der Krise herausführen.

(Beifall)

Wir richten uns in der Arbeitslosigkeit nicht häuslich ein. Wir finden uns nicht mit ihr ab, und wir bieten auch kein Katastrophensicherungsprogramm. Probleme sind nicht vom Himmel gefallen, sie sind gemacht, und deshalb kann ihnen auch ein Ende gemacht werden.

Dazu bedarf es freilich Mut und Ausdauer. Und wir kommen voran: 1986 ist das erste Jahr seit 1979, in dem die Arbeitslosenzahl jahresdurchschnittlich wieder sinkt. Und die wichtigste Nachricht: Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt zu. 1981/1982 verloren wir fast eine Million Arbeitsplätze, und jetzt haben wir in zwei Jahren eine halbe Million dazugewonnen. Eine Million in den zwei Jahren verloren, eine halbe Million in zwei Jahren gewonnen. Es ist richtig: Bergauf geht es immer langsamer als bergab. Das wissen schon die Kinder vom Schlittenfahren.

Die Talfahrt begann bei der SPD, mit uns geht es bergauf. Und, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde: Ich wundere mich manchmal. Manche tun so, als würden wir schon 40 Jahre regieren. Wir sind jetzt gerade vier Jahre im Amt. Helmut Schmidt war noch vier Jahre länger Kanzler.

(Heiterkeit und Beifall)

Deshalb kann sich die SPD nicht aus dem Staube machen. Deshalb ist sie mit aufgerufen, zu bewältigen, was sie uns hinterlassen hat.

Das Forum 2 hat sich nicht einfach mit der Arbeit um jeden Preis befaßt — das ist ja das Konzept der Planwirtschaft; die produzieren selbst dann noch, wenn gar nichts mehr gebraucht wird —, sondern mit neuen Chancen der Arbeit, neuen Chancen des Wohlstandes, also dem Arbeitsergebnis, und der Zufriedenheit, deren Quelle die Arbeit ist. Das will ich auch gegenüber allen utopischen Ausflügen hier festhalten: Arbeit ist immer Anstrengung. Auch neue Formen der Arbeit bieten kein Schlaraffenland; das gibt es nur im Märchen. Auch die moderne Arbeit wird nicht ein permanenter Betriebsausflug sein. Ich bin im übrigen davon überzeugt, daß Zufriedenheit des Menschen ihre Quelle auch darin hat, daß man mit Widerständen fertig wird, daß man Herausforderungen annimmt. Langweilig ist das grüne Paradies. Vielleicht ist dieses grüne Paradies auch die Quelle der ganzen Frustrationen eines Teils der nachwachsenden Generation.

(Beifall)

Und ich bleibe dabei: Fortschritt ist möglich. Das ist ja auch eine der großen Traditionen der Arbeiterbewegung und schlimm für eine SPD, wenn sie sich von dieser Tradition jetzt verabschiedet und mit den grünen Bürgersöhnchen und -töchterlein fusioniert.

Fortschritt ist möglich: Hat uns die moderne Technik die Arbeit nicht auch leichter gemacht? Will jemand in jene Arbeitswelt zurück, in der die Arbeitnehmer zu zwei Drittel — noch vor zwei Generationen — das Rentenalter gar nicht erreicht haben? Die sind, wie man so sagt, in den Seelen gestorben. Zwei Drittel der Arbeitnehmer

haben nach ihrer Erwerbsarbeit das Rentenalter gar nicht erreicht. Wenn es so wäre, daß die moderne Technik nur Ausbeutung, Vergiftung, Katastrophen bieten würde, dann frage ich mich, warum wir alle älter werden. Will jemand ins Siechenhaus zurück, oder nehmen wir nicht alle gern die modernen Errungenschaften der Medizin in Anspruch? Ist die Kohlenfräse nicht besser als die alte Spitzhacke? Die bekommt keine Staublung. Ist der Lackautomat nicht besser als die Spritzpistole? Er bekommt keine Bleivergiftung. Und selbst die Transferstraße erspart manchem Fließbandarbeiter, der 8000 Schrauben in einer Schicht in gebückter Haltung anziehen mußte, den Bandscheibenschaden. Ich stelle die moderne Technik nicht als problemlos dar, aber ich bleibe dabei: Es gibt Fortschritt, und Fortschritt ist möglich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, freilich: Die größte Herausforderung ist Arbeit für alle. Ich sage ausdrücklich: für alle, nicht nur für eine jugendliche Hochleistungsmannschaft, für alle: für alt und jung, für Männer und Frauen. Auch die Behinderten haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Recht, mitzuarbeiten, in die Erwerbsgesellschaft einbezogen zu werden.

(Beifall)

Keine noch so hohe Unterstützung macht dieses angeborene Recht auf Mitwirkung vergessen.

Lothar Späth hat von zwei Bereichen gesprochen, in denen die Schaffung von Arbeit für alle angegangen werden muß: Er hat davon gesprochen, das Arbeitsplatzangebot auszuweiten, und er hat auf die Fragen der Gestaltung des Arbeitskräftepotentials, einschließlich der Verringerung des Arbeitskräftepotentials, hingewiesen. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß beide Strategien aufeinander abgestimmt sein müssen, daß nicht die eine der anderen ein Bein stellt. Für den ersten Bereich gilt: Wachstum, Produktivität, Flexibilität, für den anderen Bereich: Vorruhestand. Das haben wir angeboten. Darüber haben die anderen nur geredet. Erziehungsurlaub: Was ist denn Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie anderes als Arbeitszeitverkürzung? Freilich, wir verbinden Arbeitszeitverkürzung immer mit einem Sinn, der nicht nur defensiv ist, sondern neue Chancen bietet: Teilzeitarbeit, Rückkehrförderung. Ich rede jetzt nicht über Programme dieser Regierung, sondern wir haben das getan.

(Beifall)

Die SPD hat eine hervorstechende Eigenschaft: Sie redet und redet über Pläne so lange, bis die Leute glauben, sie hätte sie gemacht. Wir machen sie, und die Leute merken es gar nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

— Ja, ja. — Jahrelang hat sie über Vorruhestand geredet, wir haben ihn angeboten. Jahrelang hat sie darüber geredet, so daß mancher Arbeitnehmer glaubt, die SPD hätte ihn eingeführt. Das erinnert mich an einen Schmied, der immer auf den Amboß schlägt und gar kein Eisen in der Hand hat,

(Heiterkeit)

an Stellwerke, die dauernd bedient werden, obwohl gar keine Züge fahren. Wir brauchen auch eine Mitgliedschaft, die unsere Erfolge im Wahlkampf offensiv darstellt. Wir brauchen nicht Leisetreter, sondern wir brauchen in diesem Wahlkampf Lautsprecher.

(Beifall)

Wachstum, meine Damen und Herren: Freilich, Wachstum ist nicht alles, aber gibt es nicht noch genug Bedürfnisse? Angesichts einer Welt voll Hunger und Not von Nullwachstum zu reden, ist nichts anderes als eine Verabschiedung aus der Solidarität. Gibt es in unserem Land nicht noch viele Bedürfnisse? Sind wir alle satt? Wer Nullwachstum als Ziel verkündet, muß schon sehr saturiert sein. Gibt es nicht auch neue Bedürfnisse in einer Freizeitgesellschaft? Und hierin waren sich alle Sachverständigen des Forums 2 einig: daß der Dienstleistungsbereich neue Chancen für Arbeit bietet, der Dienstleistungsbereich, der das Wachstum auch früher beschäftigungsintensiv werden läßt.

Dies an Zahlen: Beschäftigungsintensiv war das Wachstum in den sechziger Jahren ab einer Größenordnung von 4 Prozent, heute ist es das bereits ab einer Größenordnung von 1,5 Prozent. Im Dienstleistungsbereich gibt es neue Chancen, weil auch neue Bedürfnisse zu befriedigen sind: Betreuung, Beratung, Pflege, Lehre, Forschung.

Und, meine Damen und Herren, gegenüber jeder Resignation: Der Mensch wird — entgegen anderslautenden Meldungen — nicht verschwinden, auch nicht aus der Dienstleistungsgesellschaft. Und wenn die ganze Welt verkabelt ist und Sie rund um die Welt telefonieren können, ihren Geschäftspartner weitab am Bildtelefon erreichen können, werden dennoch Leute sagen: Machen wir uns auf den Weg und trinken wir miteinander ein Glas Bier. Und wenn Sie von jedem Computer auf Knopfdruck jede x-beliebige Frage beantwortet bekommen, wird dennoch jemand sagen: Komm' rüber und schwätz einmal mit mir.

Ich bin ganz sicher, daß die moderne Technologie den Menschen gerade im Dienstleistungsbereich nicht überflüssig machen wird, daß es für die menschliche Dienstleistung geradezu neue Marktlücken geben wird. Freilich: Da brauchen wir auch ein neues Image für Dienen und Dienst. Unsere Sprache verrät ja die ganzen Verklammungen. Wir haben keine Hemmung zu sagen, ein Mensch bedient eine Maschine.

Aber einen Menschen zu bedienen, das gilt ja schon fast als ein Defekt. Menschen beherrschen, das geht schon eher. Ich würde sagen: Die Welt ist paradox. Lieber Maschinen beherrschen und Menschen bedienen, das ist unser Traum von einer zukünftigen, von einer menschlichen Gesellschaft.

(Beifall)

Nirgendwo wird der Mensch entbehrlich. Auch bei der modernen Medizin ist vielleicht das Lächeln einer Krankenschwester manchmal viel mehr wert als ganze Kurzwellenstöße von modernen Apparaten.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin auch sicher, daß diese Welt der Computer unser Leben nicht ganz einfangen

wird. Schon allein das digitale Denken! Es mag der Entscheidungsfindung dienen, aber die Lebensfülle wird es nicht abbilden können. Das beginnt ja bereits bei der Mathematik. Es ist ja gerade unsinnig zu sagen: Fritz liebt Lisbeth zwei-, dreimal mehr als Amanda.

(Heiterkeit)

Sie sehen, es gibt Dinge, wo man gar nicht im Bereich der modernen Computertechnik kommunizieren kann. Ich plädiere für eine Welt, die sich durch Technik nicht verunsichern läßt. Technik als Entlastung, aber auch als Eröffnung neuer Spielräume. Die Wiederentdeckung des Faktors Mensch wird eine neue Beschäftigungschance sein.

Das Zweite, was in der Diskussion auch von den Praktikern immer wieder zur Debatte gestellt worden ist: neue Arbeitszeiten. Meine Damen und Herren, wir haben uns an die industriellen Arbeitszeiten so gewöhnt, daß wir glauben, sie seien naturwüchsig. Wo steht das eigentlich geschrieben? So starr, so kolonnenhaft organisiert wie die industriellen Arbeitszeiten sind die Arbeitszeiten bestenfalls 200 Jahre. Es gab keine Zeit früher, die die Arbeitszeiten so standardisiert hat. Heute acht Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, 46, 48 Wochen im Jahr. Ein Arbeitsleben: alles auf Kommando, alles im Gleichschritt. Frühere Zeiten hatten Arbeitszeit und Leben viel besser miteinander kombiniert. Dem alten Bauern früher wäre es nie eingefallen, sich auf den Glockenschlag einer Reichversicherungsordnung aus der Arbeit zu verabschieden. Er hat sich Schritt für Schritt zurückgezogen. Auch die Bäuerin hat ihren Lebensrhythmus mit dem Arbeitsrhythmus kombiniert. Zur Zeit kleiner Kinder hat sie andere Arbeitstakte bevorzugt als später.

Ich frage mich, ob wir nicht wieder zu einem natürlichen Arbeitsrhythmus zurückkehren können, ob wir denn am Maschinentakt Maß nehmen müssen, ob nicht die Fließbandgesellschaft bald im Museum steht und ob die moderne Technik uns nicht neue Chancen der Individualisierung, der Freiheit, der Wahlmöglichkeiten bietet. Dieses Gesicht der Technik: mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung, das gilt es gegenüber den dunklen Job-Killern mehr in das Bewußtsein auch der Öffentlichkeit zu bringen.

(Beifall)

Übergänge können sanfter gestaltet werden. Menschen sind doch nicht zu organisieren wie Maschinen: an Schaltern an- und abgeknipst, ein- und aussteigen. Das läßt sich alles anders bewerkstelligen. Wenn gesagt wird, eine junge Frau oder ein junger Mann, die heute wegen der Kindererziehung aussteigen, hätten nie mehr die Chance, später zurückzukehren, dann frage ich: Was müßt ihr denn verändern, die Mütter oder die Gesellschaft? Da würde ich sagen: Laßt die Mütter und verändert die Gesellschaft. Wir haben dazu das Angebot auch von Teilzeitarbeit. Wir haben Übergangsmöglichkeiten, Möglichkeiten eines sanften, eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand.

Im Forum ist auch gesagt worden, daß solche neuen Modelle des Vorruhestandes, des Gleitens in den Ruhestand nicht nur von den Unternehmern gefordert werden dürfen, sondern daß der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen soll.

(Beifall)

Mein Appell geht auch an die großen Organisationen. Heute morgen hat Heiner Geißler von den Dinosauriern gesprochen. Er hat aber das Schicksal der Dinosaurier nicht in Erinnerung gerufen. Die Dinosaurier wurden immer größer, bis sie so groß waren, daß sie sich nicht mehr bewegen konnten, und daran sind sie eingegangen.

(Heiterkeit)

Es geht darum — gerade um die Überlebensfähigkeit der Sozialpartnerschaft zu sichern —, neue Beweglichkeiten zu trainieren. Und im übrigen, damit auch das nicht in unserer lieben Mutterpartei in Vergessenheit gerät: Wenn von Starrheit gesprochen wird, wollen wir nicht nur die Gewerkschaften im Blick haben, sondern auch manchen Arbeitgeberverband, der sonntags über Flexibilität redet und werktags sie nicht praktiziert.

(Beifall)

Ich weiß, daß ein solches Programm sich nicht überall durchsetzen läßt, daß die Kollektivisten immer in den beiden Alternativen denken und reden: entweder für alle oder für niemand. Sie belassen es dabei meistens bei „niemand“. Ich sage: Wenn es nicht überall geht, dann macht es dort, wo es geht. Nicht das „Alles oder Nichts“ sondern das „teils — teils“ ist das Gebot der Stunde. Nicht überall wird sich Teilzeitarbeit durchführen lassen; in meinem Job beispielsweise relativ schwer.

(Heiterkeit)

Es gibt sicherlich mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, als wir uns alle vorstellen können. Eine Untersuchung von Rheinland-Pfalz zeigt, daß 60 % der Arbeitsplätze zu teilen wären. Lothar Späth hat auf eine Untersuchung von McKinsey aufmerksam gemacht. Sie hat ergeben, daß ein Riesenpotential von neuer Beschäftigung, neuer Flexibilität gegeben ist.

Aber auch das, meine ich, müßte zu den neuen Einsichten gehören: Wenn die Menschen kürzer arbeiten wollen, dann müssen die Maschinen länger arbeiten. Wir werden uns nicht den Luxus leisten können, daß dann Betriebszeit und individuelle Arbeitszeit deckungsgleich sind.

Und im übrigen: Was da für stärkere Auslastung herausgewirtschaftet wird, hätte ich auch gerne in den Lohntüten der Arbeitnehmer.

Wir brauchen eine neue Zeitordnung auch zur Entlastung der Raumordnung. Es müssen die Infrastrukturen nicht alle gezeitenhaft überschwemmt werden. Samstags sind alle Schwimmbäder überfüllt, montags stehen sie leer.

Wir brauchen neue Flexibilitäten. Darauf werden Kollektivisten, die immer in Kolonnen denken, nie eine Antwort finden. Aber — auch das gehört zur ganzen Wirklichkeit — Flexibilität nicht mit einer Hurra-Begeisterung. Flexibilität und sozialer Schutz! Die Flexibilität kann nicht zu einer Beweglichkeit führen, wo niemand mehr ein Rückgrat hat. Soviel Gelenkigkeit nicht! Sozialer Schutz muß auch mit neuen Arbeitsformen verbunden sein.

Ich bleibe dabei: Bei aller Mischung, laßt uns den Sonntag von jeder Flexibilität freihalten. Nicht nur aus religiösen Gründen, sondern weil die Familien sich nicht nur

an der Haltestelle treffen sollen und weil es in dieser Industriegesellschaft noch Ruhe- und Rastpausen für alle geben muß.

(Beifall)

Aber wir werden auch neue Teilzeitformen, wo die Menschen wie Zubehör behandelt werden, abstützen müssen. Wir haben im Beschäftigungsförderungsgesetz der Teilzeitarbeit auf Abruf erste soziale Korsettstangen eingezogen. Wir haben das Job-sharing davon befreit, daß es wie siamesische Zwillinge organisiert ist: Wenn der eine Teil geht, muß der andere auch gehen. So nicht! — Flexibilisierung mit sozialem Schutz!

Ich sehe auch in den neuen, fast massenhaft auftretenden Kleinstarbeitsverhältnissen unter 410 Mark einen neuen Versuch eines trojanischen Pferdes, den Sozialstaat zu unterwandern. Auch darauf muß eine Antwort gegeben werden.

Wir brauchen Teilzeitarbeit nicht nur in der Form der Tagesteilung. Wir brauchen auch Wochenteilung, Jahresteilung. Vielleicht müssen wir Jahresarbeitszeiten vereinbaren. Vielleicht ist der Kampf um Wochenarbeitszeiten ein Kampf, den wir demnächst wie einen Kampf aus der Eiszeit behandeln werden.

Ich weiß jedenfalls, daß eine Partei wie unsere, dem Neuen aufgeschlossen, nicht kollektiv denkend diesen Chancen der Arbeit nachspüren muß. Wir brauchen geradezu eine Olympiade der Einfälle. Wenn manche sagen: das gab es nie, dann kann ich nur sagen: das hat das Neue so an sich, daß es das nie gab.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn wir den technischen Fortschritt nach dem Motto begleitet hätten, wie manche sozialen Innovationen heute begegnen - „Das gab es nie, deshalb darf es das nicht geben“ -, dann würden wir heute unseren Kongreß nicht in der Rheingoldhalle, sondern auf Bäumen abhalten. Technik lebt davon, daß Neues riskiert wird.

Ich denke, daß auch die Politik Innovation braucht. Sozialdemokraten werden immer in großen Beschäftigungsprogrammen, in großen spektakulären Verteilungsaktionen denken. Aber, meine Damen und Herren, spricht es sich nicht herum, daß diese Therapien alle nutzlos waren? 17 Beschäftigungsprogramme, 50 Milliarden Mark haben sie gekostet! 17mal die falsche Diagnose, 17mal die falsche Therapie. Jetzt wollen sie das zum 18. Mal probieren, was 17mal falsch war. Also ein Arzt, der 17 mal den Blinddarm an der falschen Stelle gesucht hat, den würde ich beim 18. Mal nicht operieren lassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Und das andere Stichwort: Qualifizierung. Wir reden von Modernisierung der Wirtschaft. Modernisierung der Wirtschaft kann doch nicht nur bedeuten: neue Maschinen, Erneuerung des Maschinenparkes. Es muß auch Qualifizierung der Arbeitnehmer bedeuten. Was nützt die schönste und modernste Maschine, wenn sie niemand mehr bedienen kann, wenn sie niemand mehr beherrschen kann?

Deshalb: Ich finde, auch darauf dürfen wir stolz sein. Diejenigen, die mitgewirkt haben, verdienen Respekt dafür, daß uns ein neuer Aufbruch für die Lehrlingsausbildung gelungen ist. Drei Jahre hintereinander Lehrlingsrekorde: Das ist auch ein

Aufbruch hin zu Qualifizierung. — Ja, ich sage wieder: Lehrling, denn das Wort „Auszubildender“ stammt aus der Entsaftungsmaschine der Soziologen, die alles so plattwalzen.

(Heiterkeit und Beifall)

Diese Verkünstlichung der Sprache entspricht der Lebensferne der Politik.

Aber ich bleibe dabei: Lehrlingsausbildung ist nur ein Teil. Der andere Teil heißt Weiterbildung, und zwar nicht nur für die Jungen und nicht nur für den Aufstieg. Natürlich bietet Bildung Aufstieg, aber macht den Leuten keine Angst. Erweckt jetzt nicht den Eindruck, als würde jetzt aus jedem Schrankenwärter ein E-Lok-Führer, aus jedem Aufzugführer ein Weltraumfahrer. Es kommt auch darauf an, daß man im erlernten Beruf auf der Höhe der Zeit bleibt, daß der Werkzeugmacher seinen Beruf auch noch in 30 Jahren beherrscht. Dann nützt ihm der Facharbeiterbrief nichts, dann muß er auftanken können.

Vielleicht ist ein Teil der Vermittlungsschwierigkeiten, der Arbeitsplatzschwierigkeiten der älteren Generation darauf zurückzuführen, daß sie — anders als in früheren Zeiten — nicht mehr die Arbeitnehmer sind, bei denen sich die jüngeren Rat holen, weil sie alle Tricks beherrschen, sondern daß sie diejenigen Arbeitnehmer sind, deren Ausbildung am weitesten zurückliegt. Deshalb heißt Weiterbildung nicht nur Weiterbildung der Jungen, sondern auch der Älteren.

(Zustimmung)

Das ist nicht nur die Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit. Wir brauchen qualifizierte Arbeiter in den Betrieben.

„Prognos“ hat nachgewiesen: Von zehn durch Technologie veränderten Arbeitsplätzen werden neun höhere Qualifizierungen verlangen; nur einer wird mit niedrigeren Qualifikationen enden. Die Zahl der Arbeitsplätze, auf denen Ungelernte beschäftigt sind, wird abnehmen. Es hat keinen Sinn, über Facharbeitermangel zu klagen und den nächsten schon zu produzieren. Wenn sich die Wirtschaft über einen Mangel an Facharbeitern beklagt, dann stelle ich überhaupt die Frage: Wer bildet denn Facharbeiter aus? Seid vorsichtig, daß das nicht ein Bumerangargument wird. Wenn es zu wenige Facharbeiter gibt, dann müssen die Betriebe mehr ausbilden. Geliefert werden die nicht. Man muß nicht nur planen in Sachen Maschinen, sondern wir brauchen auch eine Personalplanung.

(Beifall)

Es wäre dumm, den 40jährigen abzuschreiben. Nur 2 % der 40jährigen werden im Betrieb weitergebildet. Der 40jährige ist im Jahre 2 000 54 Jahre alt. Das ist noch ein junger Arbeitnehmer; ich sehe hier einige. Wenn dieser Arbeitnehmer jetzt nicht weitergebildet wird, dann vermindern wir auch dessen Chancen. Im Jahre 2 000 haben wir 300 000 Schulabgänger weniger. Es ist also eine vorausschauende Bildung erforderlich.

Wir geben in den Betrieben 32 Milliarden DM für Weiterbildung aus. Das sind 5 % der Lohnsumme, das sind 10 % von dem, was wir für Anlageninvestitionen ausgeben. Ich sage: Das ist zu wenig. Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive in den Betrieben

Freilich: Die Bundesanstalt für Arbeit — Heinz Franke war heute morgen hier — wird nicht beiseite stehen, aber sie wird immer nur flankierend tätig sein. Ihr werdet doch den 50jährigen nicht mehr auf die Schulbank irgendeiner Institution setzen; er muß im Betrieb weiterlernen. Das ganze Erfolgsgeheimnis des dualen Bildungssystems ist Lernen durch Mitarbeit; das gilt auch für den Älteren.

Meine Damen und Herren, das zur aktuellen Verwertung im Wahlkampf: Nie wurden die arbeitsmarktpolitischen Instrumente mehr genutzt als in unserer Zeit. Dies zum Thema Sozialabbau. Als ich mein Amt übernommen habe, hat die Bundesanstalt für Arbeit 6,8 Milliarden DM für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben. Wissen Sie, wieviel sie in diesem Jahr ausgibt? 11,5 Milliarden DM. Nach meiner Kenntnis sind 11 mehr als 6. Wie kommen die Sozialdemokraten dazu, wir machten weniger als sie?

Als ich mein Amt übernommen habe, gab es 29 000 ABM-Plätze. Wissen Sie, wie viele es jetzt gibt? 111 000. Was ist mehr: 111 oder 29? Wieso ist es Sozialabbau, wenn wir dreimal mehr machen als die SPD? Wieso ist das Sozialabbau? Schaltet nicht den Rückwärtsgang ein, sondern geht offensiv an die Genossen ran, denn die haben weniger gemacht als wir.

(Beifall)

Wenn es niemanden langweilt, kann ich auch weitermachen: 260 000 Arbeitnehmer waren 1982 in von der Bundesanstalt geförderten Lehrgängen zur Umschulung und Weiterbildung. Wissen Sie, wie viele es in diesem Jahr sein werden? 460 000. Ich frage den DGB — das ist meine Rückantwort auf die Prüfsteine —: Was ist mehr, 460 000 oder 260 000? 460 000 sind mehr.

Wir haben die Arbeitslosen nicht im Stich gelassen. Wir haben die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für die älteren Arbeitslosen verlängert. Wir haben den Ehegattenfreibetrag für die Arbeitslosenhilfe verdoppelt. Wir haben die jugendlichen Arbeitslosen wieder ins Kindergeld und die Krankenversicherung hineingenommen; die SPD hatte sie herausgeworfen. Jetzt läuft der Herr Rau durchs Land und sagt, sie hätten die jugendlichen Arbeitslosen ins Kindergeld und die Krankenversicherung einbezogen. Ich weiß gar nicht, wie der darauf kommt. Ich kann es nur so verstehen: Wenn die SPD sie nicht herausgeworfen hätte, dann hätten wir sie nicht hereinnehmen können. Insofern sind sie die Verursacher, daß wir sie hereinnehmen können, das stimmt.

(Beifall)

Ich kann auch das in Zahlen sagen. Kürzungen — wir mußten kürzen — bei der Bundesanstalt in dieser Legislaturperiode: 2 Milliarden DM. Verbesserungen für diejenigen, die der Hilfe am meisten bedürfen: 3,2 Milliarden DM. Was ist mehr: kürzen oder dort verbessern, wo Hilfe gebraucht wird?

Alle reden über Kürzungen; laßt uns einmal darüber reden, was wir mehr gemacht haben. Als ich mein Amt übernommen habe, hatte die Bundesanstalt 1982 ein Defizit von 7 Milliarden DM und für das Jahr 1983 von 13 Milliarden DM. Jetzt haben wir wieder einen Überschuß. Und diejenigen, die das Defizit produziert haben, wollen uns jetzt Ratschläge geben, wie wir mit dem Überschuß zurechtkommen. Das erinnert mich an folgendes: Jemand wirtschaftet einen Betrieb herunter, bringt ihn in die roten Zahlen, macht bankrott. Dann kommt jemand, saniert den Laden, und dann

kommt der Bankrotteur und sagt dem Sanierer, wie er es in Zukunft besser machen soll. So ähnlich ist es mit der SPD.

Heute höre ich vom DGB, unsere Vorschläge zu einer weiteren Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes seien völlig unzureichend. Wir haben den DGB eingeladen, mit uns ins Gespräch darüber einzutreten. Der weiß zwar noch nicht, was wir wollen, aber er sagt vorsorglich einmal, sie seien unzureichend. Er weiß noch nicht, was wir wollen, aber er sagt, es sei falsch. Das ist so ähnlich wie bei der IG Metall, die sagt, es gebe überhaupt keinen Beschäftigungszuwachs, aber der, den es gebe, stamme von ihr, und zwar durch Arbeitszeitverkürzung.

(Heiterkeit)

Ich denke, daß wir uns durch nichts irritieren lassen und auf unserem Weg weitergehen. Freilich: Wir allein werden es nicht schaffen, sondern nur mit Arbeitgebern, mit Gewerkschaften. Sie sind eingeladen. Wir alle sind nicht für uns eingesetzt, sondern für andere. Je mehr Zusammenarbeit, um so besser. Wir brauchen Mut und Phantasie.

Vielleicht darf man das auch noch in Erinnerung bringen: „Macht euch die Erde untertan.“ — Das ist der ursprüngliche Arbeitsvertrag. Er richtet sich an alle Erdenkinder. Alle sind Arbeitnehmer im Sinne dieses Arbeitsvertrages. Auch die Arbeitgeber sind nur Filialleiter des lieben Gottes. Insofern sind wir alle verpflichtet, jedem seine Chance zu geben, mitzuwirken an der Arbeit am Schöpfungsauftrag Gottes. Der Ausschluß von der Arbeit durch Arbeitslosigkeit ist ebenso ein Angriff auf diesen Schöpfungsauftrag wie der Ausstieg aus der Arbeit in alternative Utopien.

Wir werden immer zur Stelle sein, wenn es darum geht, all denjenigen zu helfen, die arbeiten wollen, aber nicht können, nämlich den Arbeitslosen, Behinderten, Alten, Kranken. Wir werden nicht mit von der Partie sein bei denen, die arbeiten können, aber nicht wollen. Das sind die neuen Ausbeuter der Gesellschaft.

(Beifall)

Ich träume auch gern alternativ unter den Palmen Balis, wenn ich weiß: Im Notfall steht die deutsche Sozialhilfe, für die die Malocher ihre Knochen hingehalten haben, zur Verfügung. Das ist nichts als Ausbeutung, und mit denen haben wir nichts zu tun. Mit diesen grünen Aussteigern liegen wir — im Unterschied zur SPD — nicht im Bett. Wir bleiben der Arbeiterschaft treu.

(Beifall)

Nichts löst sich von selbst. Es bedarf Ausdauer, Zähigkeit und Mut, aber es bedarf auch der Zuversicht, daß wir es schaffen können.

Pessimismus blockiert Phantasie. Insofern geht es in diesem Wahlkampf auch um die Alternative: Zittern und Zagen oder Zukunft und Zuversicht? Wir brauchen in dieser Gesellschaft die Zuversicht, daß wir mit den Problemen fertig werden können.

Es gab Zeiten, die größere Probleme hatten, und diese Zeiten liegen noch nicht allzu lange zurück. Der Wiederaufbau Deutschlands war eine größere Leistung der Gründergeneration dieser Republik als die Aufgaben, die uns ins Haus stehen. Und es wäre gelacht, wenn wir es nicht schaffen würden. Wir müssen es schaffen. Wir

schaffen es — wie beim Wiederaufbau —: nicht durch Klassenkampf, sondern durch Kooperation und Zusammenarbeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

**Ingrid Roitzsch**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Norbert Blüm hat gesagt: Wir wollen die Maschinen beherrschen und den Menschen dienen. Sie, lieber Norbert Blüm, haben als Arbeitnehmer die Maschinen beherrscht und dienen als Minister, als ehrlicher Vertreter den Arbeitnehmern. Und ich bin sicher: Niemand wird so bald von Ihnen bedient sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zum Bericht aus dem Forum 3 — „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“ — erteile ich das Wort der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, unserer Rita Süßmuth.

**Ministerin Prof. Dr. Rita Süßmuth** (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Nachdem mir Norbert Blüm unter dem Motto der neuen Partnerschaft die Restarbeitszeit zugebilligt hat,

(Heiterkeit)

brauche ich, denke ich, nur noch wenig zu ergänzen. Das ist die neue Flexibilisierung.

(Anhaltende Heiterkeit)

Wir haben in unserem Forum unter der Leitung von Frau Verhülsdonk und eingeleitet durch Herrn Albrecht soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit diskutiert. Ich denke, am Anfang meines Berichts sollte stehen, daß in der Diskussion durchgängig eines deutlich geworden ist: Wir sind nicht — wer auch immer uns dazu abstempeln will — die Partei der sozialen Kälte, wir sind diejenigen, die in dieser Legislaturperiode angesichts von riesigen Löchern überhaupt erst wieder die Grundlagen zur sozialen Sicherung gelegt haben.

(Beifall)

Allerdings sind auch wir nicht der Auffassung, daß der Staat und daß die großen kollektiven Sicherungssysteme schon ausreichen, um den Menschen das Gefühl von sozialer Sicherheit und Geborgenheit zu vermitteln. Ganz im Gegenteil: Institutionen können zu Apparaten werden, in denen sich die Menschen überhaupt nicht mehr wiederfinden und die, obwohl sie den Anspruch der Totalversorgung erheben, weit hinter den Mindestbedürfnissen der Menschen zurückbleiben.

Es wurde im Verlauf des Forums gesagt: Ältere Menschen suchen nicht nur Geborgenheit, sie geben auch eine Menge Geborgenheit.

(Beifall)

Aber lassen Sie mich, da sich soziale Sicherung nicht nur auf das Alter bezieht,

sondern sehr jung beginnt, hinzufügen: Ebenso muß, glaube ich, in unserer Gesellschaft ein entscheidender Satz gelernt werden: Eltern geben nicht nur Kindern Geborgenheit, Kinder geben auch Erwachsenen Geborgenheit — manchmal mehr, als diese wissen.

(Beifall)

Uns beschäftigte die Frage, wie wir angesichts des Altersaufbaus unserer Gesellschaft den Generationenkonflikt vermeiden könnten. Wir können hier keine fertigen Antworten geben. Es ist oft auch besser, bei der Problemsicht einen Augenblick zu verweilen und nicht vorschnell in die Gesellschaft zu schießen, die sich dann als Nichtantworten erweisen.

Ich kann hier nur stichwortartig wiederholen, was zur Frage der Vermeidung des Generationenkonflikts gesagt worden ist: Die beste Lösung wäre, wir hätten einen Altersaufbau, bei dem alle Altersgruppen vergleichmäßig vertreten sind, wir lebten in Zukunft wieder in einer Gesellschaft, in der Kinder selbstverständlich dazugehören, ohne daß wir ständig über diese Selbstverständlichkeit sprechen müßten.

(Beifall)

Dazu gehört aber auch Respekt, wechselseitiger Respekt vor den Jungen und vor den Alten oder Älteren.

Einer der wichtigsten Beiträge in diesem Forum war: Sprechen wir doch nicht einseitig von Betreuung, Pflege und Versorgung! Die alten Menschen wollen in ihrer Mehrheit etwas anderes. Sie wollen ihre Eigenständigkeit, ihre Eigenverantwortlichkeit, ihre Mündigkeit. Sie wollen gewiß soziale Sicherheit, aber wie das Leben läuft, hängt ganz entscheidend davon ab, wie wir miteinander leben. Das kann keine Solidargemeinschaft größten Stils gewährleisten. Dazu müssen wir uns offenbar der „Krücken“ der Vergangenheit erinnern: der Nachbarschaft, der kleinen Gruppen, der Selbsthilfe — alles mit einer sehr alten Tradition. Wir sollten nicht so tun, als hätten wir das ganz neu erfunden; wir müssen es nur wieder praktizieren.

(Beifall)

Aber wer glaubt, dies sei nur über die Nachbarschaft zu machen und dabei das grundlegende und wesentlichste Element vergißt, die Familie, der kann im letzten keine soziale Sicherheit und Geborgenheit bereitstellen. Deswegen ist die Familie nach wie vor der entscheidende Ort, an dem Menschen ein Leben lang Erfahrung machen und mit dem sie ein Leben lang Erfahrung machen.

Unser eindeutiges Votum in diesem Forum war bei aller Anerkennung des sozialen Sicherungssystems der Vergangenheit: Wenn wir eine Zukunft, eine menschliche Zukunft, wollen, dann dürfen wir die Menschen nicht überwiegend in die Erwerbsarbeit schicken und die Restarbeit gerade noch für die Familie freistellen, sie aber nirgendwo absichern und gleichzeitig vom menschlichen Miteinander sprechen. Unsere Forderung lautet: Dort, wo Menschen erzogen, wo sie jahrelang gepflegt werden — Behinderte, Kranke und Alte —, ist es längst überfällig, daß wir ideelle und materielle Anerkennung verstärken. Das muß unser Zukunftsprogramm sein.

(Beifall)

Und an dieser Aufgabe beteiligen sich eben nicht nur die Jungen, sondern auch die Älteren.

Und noch ein Wort aus dem Forum: Wir haben uns geeinigt, nicht mehr einseitig von dem verheerenden Wort „Alterslast“ Gebrauch zu machen, wie wir auch immer von den „Kinderlasten“ sprechen, sondern von dem Begriff „Altenkapital“.

(Beifall)

Das ist vielleicht ein Ausdruck aus der Ökonomie, es bezeichnet aber etwas an Erfahrung, an menschlicher Bereicherung, was nicht unterschätzt werden kann und ohne das keine Gesellschaft auskommt.

(Beifall)

Wenn wir dies zur Grundlage machen, dann machen wir weder in der Sicherungs- noch in der Altenpolitik den Fehler, eine Politik für alte Menschen zu machen, sondern gehen aus von ihren Eigeninitiativen, von ihren Leistungen, erkennen diese an und machen mit den Alten Politik, vielleicht auch von den Alten her. Das ist eine gute Perspektive, die uns aufgegeben ist.

Allerdings sollten wir uns gleichzeitig erinnern, soziale Sicherung über Renten ist kein Geschenk, es ist Lohn für Lebensarbeit, etwas, das den Menschen nicht sozial wie ein Geschenk angeboten wird, an dem man beliebig herumlaborieren kann, sondern etwas, was ihm als Lebensleistung zusteht. Deswegen sagen wir, wir halten an der beitragsbezogenen Rente fest. Dies schließt nicht aus, daß wir für neue Aufgaben auch neue Systeme entwickeln müssen. Es geht nicht an, daß bei 1,50 DM oder 1 DM Rezeptkosten geschrien wird, daß wir aber das Pflegerisiko zu 100 % nicht abgesichert haben. Also müssen wir hier Balancen schaffen, und wir werden uns dieser Aufgabe, wie wir begonnen haben, weiterhin annehmen. Wir brauchen keinen anderen, der uns sagt, wie dies besser geschehen könnte. Wir wollen ältere Kranke solange wie möglich in ihren Wohnungen, dort, wo sie selbständig leben können, wir wollen die Familienbetreuung, wo immer sie möglich ist, aber wir wollen auch keine soziale Ungerechtigkeit für die Familien, und das heißt: Anerkennung der in der Familie geleisteten Pflege. Diese Aufgabe wird uns abverlangt.

(Beifall)

Nun möchte ich daran erinnern, daß wir in dieser Legislaturperiode grundlegende Aufgaben sozialer langfristiger Zukunftssicherung angepackt haben, die angesichts der Staatsfinanzen keineswegs selbstverständlich waren. Ich kann hier nur wieder aufnehmen: In vier Jahren ist weit mehr geleistet worden als versprochen. Das betrifft nicht nur das Erziehungsgeld für alle Mütter, sondern es betrifft gerade den ersten Schritt in die Anerkennung der Familienarbeit hinein, die Anerkennung von Erziehungszeiten. Der revolutionärste Schritt in der Familienpolitik ist die Anerkennung von Erziehungszeiten, weil damit tatsächlich die Familienarbeit der Erwerbsarbeit im ersten Schritt gleichgestellt wird. Das haben wir in unseren Programmen immer gefordert.

(Beifall)

Aber wir wollen keine Familie, in der Leistungen verrechnet werden, keine Marxsche Tauschgesellschaft. Wenn wir an allen Orten nur noch fragen, was wir für das

bekommen, was wir tun, dann ist das der Ausverkauf einer menschlichen Gesellschaft, dann verrechnen wir nur noch.

(Beifall)

o

Dann gibt es weder Leistungen für Kinder noch für Hilfsbedürftige.

Zu der Diskussion um das Ehrenamt. Es steht jeder Gesellschaft als selbstverständliche Aufgabe an. Eine Gesellschaft kann nicht human überleben nur durch die großen Systeme, sie kann nur human überleben, wenn neben der Erwerbs- und Familienarbeit Menschen Dienst am Menschen leisten. Wenn wir dies in unseren Systemen nicht auch berücksichtigen, wenn wir den, der im Sport tätig ist, steuerlich besserstellen, als den, der langjährig zu Hause oder im Altersheim Ehrenarbeit tut, dann ist das sozial ungerecht und nicht motivierend. Deswegen braucht auch die Ehrenarbeit ihre Anerkennung.

(Beifall)

Lassen Sie mich bei aller positiven Bewertung der hauptamtlichen Arbeit in den sozialpflegerischen Bereichen aber auch sagen: Wir brauchen ein Stück weit mehr Bescheidenheit, einen anderen Umgang zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen. Mancher erfährt dort, daß er gleichsam als Ungelernter eine Tätigkeit übernimmt, und dies geht besonders Hausfrauen so, die wichtigste menschliche Arbeit leisten, aber beachtet werden wie Menschen, die nichts vermögen. Dies ist nicht nur unsozial, sondern unchristlich und verstößt gegen die elementarsten Umgangsformen zwischen Menschen. Hier haben alle Institutionen miteinander zu lernen.

(Beifall)

Lassen Sie sich draußen nicht sagen, wir wollten die Familie einseitig überfordern, wir wollten die anstehenden großen sozialen Aufgaben einseitig mit dem Ehrenamt lösen. Nein, wir wollen Verhältnisse, in denen die Tradition der großen Solidargemeinschaften fortgeführt werden, sowohl was die Kranken-, Arbeitslosen- und Alterssicherung betrifft, aber wir wollen nicht anonyme soziale Sicherung. Was die Menschen entscheidend brauchen als Kranke, Behinderte, als Ältere, ist der Mensch und über den Menschen seine Hilfeleistung materieller und anderer Art. Wo die Menschen ausfallen, helfen uns die Systeme nichts. Deswegen rufen Sie, ich möchte sagen, mit Nachdruck in dieser Gesellschaft zu mehr Mitmenschlichkeit auf, denn die kann durch kein System gewährleistet werden.

(Beifall)

Vergessen Sie dabei nicht, daß, wenn wir von Alterssicherung sprechen, dies in jungen Jahren beginnt. Wir haben im Podium wenig Zeit gehabt, hinreichend über die Jugend zu sprechen, aber ich denke, der beste Dienst, den wir der Jugend erweisen können, ist ein dreifacher, sie vor Herausforderungen stellen, nicht meinen, daß sie mit Betreuung, Versorgung und Verwöhnung angemessen erwachsen werden könnte.

(Beifall)

Wir müssen ihr zweitens in der Gesellschaft über Ausbildung und Arbeit einen Platz

zuweisen. Arbeit ist ein wesentlicher Teil der Erfahrung, gebraucht zu werden, einen Platz unter den Menschen zu haben.

Ein drittes. Ermutigen wir sie und erkennen wir sie an in den Leistungen, die sie an verschiedenen Orten für die Menschen erbringt, auch im Sport, in der Gymnastik, in der Musik, in den Altenheimen, bei den Behinderten, denn wie wir unsere Gesellschaft bauen, hängt von allen ab, den Jungen, der Generation des mittleren Alters und den Älteren, die voll zu uns gehören.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Frau Ingrid Roitzsch**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bin sicher, in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich unserer Ministerin sage: Liebe Frau Süßmuth, Sie sind ein Glücksfall für die Union,

(Beifall)

ein Glücksfall für die Jugend, für die Familien, für die Frauen in unserem Lande. Wir sind stolz auf Sie. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Dr. Rolf Olderog**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe nunmehr die Anträge A 1 bis A 3 auf. Wir beginnen mit dem Antrag A 2, wenn Sie damit einverstanden sind. Das ist der Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz über den technischen Fortschritt. Fundstelle für diesen Antrag ist die Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission II auf Seite 10.

Die Fundstelle für diesen Antrag ist die Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission II auf der Seite 10. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag A 2 anzunehmen. Er soll darüber hinaus bei der redaktionellen Endfassung des Zukunftsmanifestes berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag A 2 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Damit ist der Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz einstimmig angenommen. Ich danke den Rheinland-Pfälzern für ihren Antrag und die Arbeit, die sie in diesen Antrag gesteckt haben.

Ich rufe den Antrag A 3 auf. Fundstelle ist die Sammlung der Anträge II auf Seite 12. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags A 3. Es geht darin um die gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeitsplätze. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Er soll darüber hinaus bei der redaktionellen Endfassung des Zukunftsmanifestes berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Damit ist der Antrag der Kreisverbände im Bezirksverband Osnabrück-Emsland für eine gerechte Verteilung der

Erwerbsarbeit einmütig angenommen. Ich danke den Parteifreunden im Bezirksverband Osnabrück-Emsland für ihre Arbeit.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zum Zukunftsmanifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Ich rufe den Antrag A1 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission II. Dieses Papier ist im Plenum verteilt worden. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Zukunftsmanifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — 2 Enthaltungen. Damit ist das Zukunftsmanifest der CDU mit ganz großer, überwältigender Mehrheit angenommen worden.

(Beifall)

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren. Wir haben damit ein wichtiges Dokument für die zukünftige Arbeit der CDU beschlossen, ein wichtiges Dokument für die Zukunft unseres Volkes.

**Christoph Böhr**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir fahren jetzt mit den C-Anträgen fort.

Da über den Antrag C 25 bereits bei der Behandlung des Antrages C 2 beschlossen wurde, rufe ich jetzt den Antrag C 26 auf. Fundstelle ist die Antragsbroschüre Seite 32. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag C 26 in der auf Seite 34 abgedruckten Fassung anzunehmen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? — Dies ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Ihr Handzeichen, falls Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchten. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich.

Es folgt nun der Antrag C 27 auf Seite 35 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages in der auf Seite 36 wiedergegebenen Fassung. Darf ich fragen, ob das Wort gewünscht wird. — Bitte schön.

**Dr. Siegfried Ernst**: Liebe Parteifreunde! Ich kann diesem Antrag deshalb nicht zustimmen, weil hier Helfen und Strafen als Alternative aufgeführt werden. Wenn wir diesen Unsinn, daß man Strafen abschaffen und durch Hilfen ersetzen will, akzeptieren wollten, wäre das die Verwirklichung einer sozialistischen Idee. Wenn wir das akzeptieren, können wir das Justizministerium und alle anderen Gesetze ebenfalls abschaffen. Ich halte das als Arzt für sehr gefährlich. Ich werde mit 40 Mark bestraft, wenn ich falsch parke. Aber wenn ich einen Menschen, ein ungeborenes Kind, töte, soll ich dafür Geld bekommen.

Hier sehe ich eine Diskrepanz in unserem Rechtswesen. Ich wehre mich gegen diese Parole, die auch von vielen CDU-Frauen vertreten wird. Ich wehre mich dagegen, daß mit der Parole „helfen statt strafen“ zweierlei Recht geschaffen werden soll, nämlich daß Frauen töten dürfen und Männer nicht.

Ich bitte deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

**Christoph Böhr**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! — Ich darf fragen: Gibt es weitere Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich gern darauf hinweisen, daß wir verabredet haben, auf dem nächsten Parteitag über dieses Thema sehr ausführlich miteinander zu sprechen.

Für die Antragskommission hat jetzt Frau Verhülsdonk das Wort.

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission schlägt eine Abänderung des Antrages des Kreisverbandes Herne vor. Dieser sieht vor, daß wir uns zu dem Thema „Stiftung Mutter und Kind“ mit folgendem vierten Spiegelstrich äußern:

Dabei sind zentrale Aufgaben ...

— der weitere Ausbau der „Stiftung Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ und die Aufstockung hierfür erforderlicher Mittel

Ich nehme an, es ist Ihnen allen bekannt, daß zur Zeit im Deutschen Bundestag über eine weitere Aufstockung dieser Stiftung beraten wird und daß in der nächsten Woche eine Aufstockung um 20 Millionen Mark verabschiedet wird. Damit hat diese Stiftung für dieses Jahr und die Folgejahre 80 Millionen Mark an Bundesmitteln zur Verfügung. Dies ist in völliger Einmütigkeit zwischen Bundesregierung, also Finanzminister, und Fraktion geschehen. In dem vorliegenden Antrag ist nicht von dem Thema „Strafe“, sondern von dem Thema „Helfen“ in der Form die Rede, wie ich es vorgetragen habe.

Die Antragskommission bittet Sie deshalb, dem Änderungsantrag der Antragskommission zuzustimmen. Ansonsten ist bereits gesagt worden, daß über die Frage Schutz des ungeborenen Lebens auf einem späteren Parteitag umfassend beraten wird. Hier sind nur sozial- und familienpolitische Hilfen gefragt. — Vielen Dank.

**Christoph Böhr**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Verhülsdonk. — Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dem Antrag in der Fassung, wie sie gerade von Frau Verhülsdonk noch einmal vorgetragen wurde, die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt, da wir den Antrag C 28 bereits bei der Beschlußfassung zum Antrag C 8 behandelt haben, gemäß der Empfehlung der Antragskommission die Anträge C 29 und B 3 auf. Diese beiden Anträge sollen zusammen behandelt werden. Fundstelle in der Antragsbroschüre ist Seite 37. Die Antragskommission weist vorab darauf hin, daß zur Materie dieser beiden Anträge bereits auf dem letzten, dem 33. Bundesparteitag der CDU Deutschlands ein Beschluß gefaßt wurde und somit die Anträge C 29 und B 3 an den Bundesvorstand überwiesen werden sollen.

Darf ich fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird. — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag C 30. Sie finden ihn in der Antragsbroschüre auf Seite

38. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag C 30 in der dort abgedruckten Fassung anzunehmen. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte Sie um das Handzeichen, wenn Sie der Empfehlung folgen möchten. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Einstimmig so beschlossen

**Siegfried Dübel**, Tagungspräsidium: Der Antrag C 31 wurde bereits bei der Beschlußfassung über den Antrag C 2 behandelt.

Wir kommen damit zum Initiativantrag C 32. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 39. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages C 32 in der Fassung der Antragskommission. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag C 32. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenstimmen! — Stimmenthaltungen? — Einstimmige Annahme.

Ich rufe den Initiativantrag C 33 auf. Fundstelle in der Antragsbroschüre: Seite 40. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 33 anzunehmen. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich lasse dann über den Antrag C 33 abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Auch hier erfolgte einstimmige Annahme.

Da wir den Initiativantrag C 34 bereits im Zusammenhang mit dem Antrag C 17 behandelt haben, kommen wir jetzt zum Initiativantrag C 35. Sie finden ihn in Ihrer Antragsbroschüre auf Seite 41. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag C 35 an die EVP-Fraktion und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung zu Antrag C 35 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch hier ist einstimmige Annahme festzustellen.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 15 abgeschlossen.

**Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel**, Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands das Wort gebe, habe ich Grund zum Danken. Ich bedanke mich zuerst bei den Damen und Herren Delegierten dieses 34. Bundesparteitages für die engagierte und hilfreiche Mitarbeit.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Präsidium für die Führung dieses Bundesparteitags.

(Beifall)

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rheingoldhalle, die in den letzten Tagen fast Tag und Nacht im Einsatz waren, um die Arbeit zu bewältigen.

(Beifall)

Ich danke den Polizisten des Landes Rheinland-Pfalz, die uns beschützt haben, denen, die den Verkehr geregelt haben, und denen, die gestern abend im Musikkorps gespielt haben.

(Beifall)

Ich danke den Helferinnen und Helfern der Feuerwehr und des Malteser Hilfsdienstes für ihren Einsatz während unseres Parteitag.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern der Post und auch bei den Damen und Herren von der Gastronomie des Hilton-Hotels, die uns bedient haben.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei den ehrenamtlichen Helfern aus den Kreisverbänden Mainz und Mainz-Bingen, die als Hilfskräfte und Ordner geholfen haben. Ich danke dem Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz Hans Terlinden für seine Mitarbeit.

(Beifall)

Vor allem aber gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die diesen Parteitag vorbereitet und uns geholfen haben. Ich bedanke mich vor allem bei Herrn Radunski und bei Herrn Schumacher.

(Beifall)

Unser herzlicher Dank gilt schließlich den Vertretern der tönenden, der schreibenden und der fotografierenden Zunft, den Vertretern der Medien, die uns auf diesem Parteitag begleitet und der Öffentlichkeit in Deutschland von diesem Parteitag berichtet haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Parteitag geht zu Ende. Das Schlußwort hat der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir stehen vor dem Abschluß des 34. Bundesparteitags in Mainz. Jeder, der in diesen beiden Tagen hier dabei war, hat guten Grund, mit der Überzeugung nach Hause zu fahren: Dies war ein guter Parteitag.

(Beifall)

Es war ein guter Parteitag, weil man hier das Miteinander, den Geist der Kameradschaft und der freundschaftlichen Bindung spüren konnte.

Eine Partei ist eben nicht irgendein Interessenverband. Eine Partei ist immer auch eine Kampfgemeinschaft. Eine Partei funktioniert dann gut, wenn ihre Mitglieder,

wenn diejenigen, die sich in ihr in guten und in schlechten Tagen zusammenfinden, miteinander siegen und feiern können, aber auch unter Niederlagen miteinander leiden. Das ist etwas ganz anderes als irgendein Interessenverband.

Deswegen ist es auch so wichtig, daß wir auf unseren Parteitag zusammenkommen, um uns nachdenklich und besinnlich miteinander einzustimmen, wie dies beim ökumenischen Gottesdienst im Dom geschehen ist, und daß wir miteinander diskutieren, wie das gestern der Fall war und wie es heute in den Foren der Fall war, indem wir auch unsere Erkenntnisse und Erfahrungen um Kenntnisse und Möglichkeiten erweitern, die andere auf ihren Fachgebieten gewonnen haben. Wer so Partei leben kann liefert den Beweis dafür, daß diese Christlich Demokratische Union Deutschlands eine offene Volkspartei ist,

(Beifall)

eine Partei, die um ihre eigene Kraft weiß, die aber auch weiß, daß eigene Kraft auch daraus erwächst, daß man auf andere zugeht, sie um Hilfe, um Unterstützung, um ihren Sachverstand bittet. So versuchen wir, mit unseren Möglichkeiten unseren Beitrag zur politischen Kultur unseres Landes zu leisten, indem wir andere, Erfahrene und auch im Sachverstand oft Klügere, bitten, uns zu helfen. Wir tun dies, weil wir eben wissen — darin unterscheiden wir uns von allen Totalitären —: Auch diejenigen, die anders denken, könnten recht haben. Auf dieser Grundlage waren dies auch fruchtbare Tage. Die drei Berichte aus den Foren, die wir soeben miterlebt haben, haben ja deutlich gemacht: Dies ist eine Partei, die für die Zukunft offen ist.

Meine Freunde, es waren auch gute Tage, weil wir hier in Mainz von den Bürgern der Stadt so freundschaftlich aufgenommen wurden.

(Beifall)

Wer dabei war und die Zeit fand, wenigstens kurz zum Domplatz hinüberzugehen, ein paar Minuten in der Altstadt zu sein und die Mainzer zu erleben, wie sie eben sind, der weiß: Dies ist eine wunderschöne Stadt, in der sich zu leben lohnt, eine Stadt, die auch Gäste freundlich aufnimmt. Dafür haben wir sehr herzlich zu danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur hart gearbeitet, sondern auch ein richtiges Fest gefeiert. Wer — wie ich — heute Nacht noch um 1 Uhr hier oben saß und diesen Saal überblickte, der wußte: Diese Union kann auch Feste feiern. Meine Damen und Herren, wirklich schaffen — das ist meine Überzeugung — kann nur der, der auch Feste feiern kann.

(Beifall)

Wir danken unseren Freunden aus Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel und allen anderen, für diese gastliche Einladung, für die Möglichkeiten, bei vielen hervorragenden Weinen — und natürlich auch bei Bier — gute Gespräche zu führen. Und allen jenen, die nicht aus den Weinregionen der Bundesrepublik kommen, will ich noch eine Bitte mit nach Hause geben. Sagen Sie zu Hause: In Deutschland wächst ein vorzüglicher Wein.

(Beifall)

Unsere Winzer haben es verdient, daß ihre ehrliche Arbeit auch ehrliche Anerkennung findet.

Ich habe gesagt: Wir haben auch hart gearbeitet. Das Parteitagspräsidium unter der Leitung von Bernhard Vogel hat in einer vorzüglichen Weise unsere Sitzungen geleitet. Wir haben — und jeder hat es gespürt — auch Grundlagen gelegt für die Auseinandersetzungen der nächsten Wochen, zur Bundestagswahl, aber vor allem zum nächsten Termin, der uns hier in der CDU betrifft, zur Wahl zur Hamburger Bürgerschaft im November.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist nicht irgendeine Wahl. Und wir wollen schon gar nicht bei uns zulassen, daß etwa in jenen Ländern, wo wir uns von Haus aus schwerer tun als in anderen Ländern, Wahlen von uns für weniger bedeutsam gehalten werden. Unsere Hamburger Freunde unter Führung von Hartmut Perschau haben eine gute Chance, nicht nur die Mehrheit der SPD zu brechen, sondern in Hamburg eine wirkliche Veränderung einer verkrusteten Stadtsituation herbeizuführen.

(Beifall)

Deshalb erwarte ich von jedem, auch von jedem in der Parteiführung, von jedem, der in dieser Partei Verantwortung trägt oder, vom Vertrauen der Partei getragen, in wichtige Ämter unseres Staates gekommen ist, daß, wenn eine Anforderung aus Hamburg in diesen Tagen kommt, der Termin in Hamburg Vorrang hat. Wir kämpfen auch in Hamburg um jede Stimme für den Sieg der Union.

(Beifall)

Und ich sage, liebe Freunde: Wir haben eine gute Chance-auch bei der Bundestagswahl. Jeder spürt dies, der mit wachen Sinnen durchs Land geht — bei der Bundestagswahl.

Über diesen Parteitag ist in den letzten 24 Stunden schon wieder viel kommentiert, gesagt und geschrieben, worden. Da gibt es die eine Stimme, die da sagt: Die sind viel zu euphorisch. Da gibt es die andere Stimme, die sagt: Die müßten noch euphorischer sein.

Ich finde, liebe Freunde, wir sollten so sein, wie wir nach dem Gesetz des Anfangs unserer Union eigentlich immer waren oder immer hätten sein sollen: gelassen, entschieden und mutig vor der Aufgabe. Gelassen, indem wir auf diese vier Jahre zurückblicken und unseren Wählerinnen und Wählern Rechenschaft geben, und mutig, im Visier die Zukunft.

Wir sind die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die das Thema Zukunft mit einer solchen Entschlossenheit, Offenheit, aber auch Fähigkeit zum Nachdenken und zum sensiblen Überdenken, angegangen ist. Dieses Zukunftsmanifest ist ja eine Chance, um Fragen, die gestellt werden, zu beantworten und Fragen weiterzuführen. Das ist ein Thema nicht nur bis zum 25. Januar. Es ist das Thema der Christlich Demokratischen Union, wie sie Erbe und Auftrag - und das heißt immer auch: Zukunft - miteinander verbinden kann.

Ich glaube, wir haben mit dem Text, den wir eben gemeinsam so einmütig verabschiedet haben, einen guten Anfang für viele Diskussionen — dies wünsche ich mir — in allen Organisationsstufen unserer Partei gelegt — in dem Sinne, wie es Rita Süßmuth eben gesagt hat: indem eben die Älteren sehen, daß wir ihre Leistungen, ihre Weisheit, ihre grundlegende Arbeit für diese Republik anerkennen; indem die handelnde Generation — das sind im wesentlichen wir in diesem Saal — ihren Auftrag erkennt, auch für die nächste Generation, die Generation unserer Kinder zu wirken; und indem die vielen sympathischen jungen Leute, die uns gestern und heute in Mainz begegnet sind, wissen: Diese CDU ist kein Interessenverband, sie ist die Chance für politische Heimat in der Zukunft, für Deutschland.

(Beifall)

Und es ist auch wahr: Diese Wahl ist natürlich noch nicht gewonnen. Es ist genug zu diesem Thema gesagt worden. Bloß sollte sich niemand darüber wundern, was sich in diesen nächsten Wochen noch alles ereignen wird. Sie haben das Wort von Willy Brandt vom Holzen noch im Ohr. Und die Politik der Desorientierung wird mancherlei Blüten treiben. Heiner Geißler sprach davon. Erst hieß es: Wir wollen die absolute Mehrheit. — Und jetzt ist plötzlich — wie das Ungeheuer von Loch Ness — das Thema Große Koalition in vieler Munde.

Meine Damen und Herren, ich kann nur unterstreichen, was Franz Josef Strauß gestern gesagt hat: Unter demokratischen Parteien muß es selbstverständlich sein — unter demokratischen Parteien —, daß sie untereinander koalitionsfähig sind. Aber eine Koalition muß doch zur Regierung führen. Und Regieren, das hat doch nur dann einen Sinn, wenn man ein Programm verabreden kann, das dem Land Zukunft verheißt, das man verantworten kann, nach bestem Wissen und Gewissen. Und wer will heute in dieser CDU Deutschlands verantworten, etwa mit einer politischen Gruppierung zusammenzugehen, die in den zentralen Fragen der Sicherheits- und der Außenpolitik — und das ist die entscheidende Frage für Frieden und Freiheit — Wanderer zwischen den Welten geworden ist, die in der Gesellschaftspolitik ins 19. Jahrhundert zurückführt, die gerade jetzt, in diesen Wochen vor der Wahl, wieder die geballte Faust des Genossen statt die ausgestreckte Hand des Partners deutlich werden läßt?

(Beifall)

Und natürlich — und das muß man draußen auf Straßen und Plätzen, überall, wo Menschen sich in diesen Wochen begegnen, sagen — weiß auch die SPD, daß keine Chance für eine solche Große Koalition besteht. Aber sie will von ihrem eigentlichen Tun ablenken. Die, die in der SPD wirklich Macht haben, sind ja auch längst aufgebrochen — auch das ist hier deutlich gesagt worden —, um gemeinsam mit den GRÜNEN an die Macht zurückzukehren, ja, sogar, wenn es möglich ist, an die Macht zu schleichen.

Ich streite nicht über den Begriff und diskutiere nicht darüber, ob dies Richtungswahl ist oder Schicksalswahl. Jede Wahl von einer nationalen Bedeutung wie diese Wahl, die über die Jahrhundertgrenze hinausweist, hat schicksalhafte Bedeutung. Und deswegen ist es wichtig, daß alle am Wahltag wissen, um was es geht. Wir als Partei, als Kandidaten, als Politiker haben das Urteil, den Spruch des höchsten Souveräns unseres Landes — das ist der Wähler — entgegenzunehmen und zu respektieren. Aber wir haben die Pflicht, den Wählern vor der Wahl zu sagen, um was es geht, damit niemand nach der Wahl sagen kann: Das habe ich nicht gewußt, das habe ich

nicht übersehen. — Das ist unsere Pflicht, in diesen entscheidenden Wochen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen in einer schwierigen Wahlkampfzeit mitten im Winter auf die Menschen zugehen, mit den Möglichkeiten, die diese Tage bieten. Wir müssen dem Wähler sagen: Paß auf! Es geht auch um Deine ganz persönliche Zukunft! Wir müssen ihm sagen: Wir bitten um Deine Stimme und um dein Vertrauen, mit dem Ausweis und der Legitimation der Leistungen der letzten vier Jahre. Wir wollen ihm sagen: Wir bieten ein ehrliches, an der Zukunft ausgerichtetes Konzept deutscher Politik an.

Wer in diesen Tagen in Mainz dabei war, der weiß, wir dürfen ohne jede Angeberei auch sagen: Wir haben die bessere Mannschaft anzubieten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer so lange auf Parteitag dabei war wie viele im Saal und auch ich, der darf in dieser Stunde auch mit Stolz sagen: Wir bieten uns dem Wähler als die geschlossene, einige Partei in Deutschland an: Christlich Demokratische Union Deutschlands.

(Beifall)

Für jeden von uns ist wichtig — ich will mein Bild von meiner gestrigen Rede noch einmal aufnehmen —, daß wir das Haus Bundesrepublik Deutschland nach unserer Überzeugung, nach unserer Vorstellung von Wohnlichkeit weiterbauen können. Aber dazu müssen wir aus der Wahl am 25. Januar möglichst stark hervorgehen.

Wir wollen die Koalition der Mitte fortsetzen, die Koalition aus FDP, CSU und CDU. Aber die nächsten vier Jahre wird es entscheidend davon abhängen, wie wir am 25. Januar bei der Wahl abschneiden, inwieweit wir mit kräftiger Handschrift im Buch der Geschichte unseren Beitrag in der Regierungspolitik eintragen können.

(Beifall)

Ihre Bereitschaft zur Diskussion, zum Mittag in diesen zwei Tagen, die Disziplin, die auf unseren Parteitagen in der Vergangenheit nicht immer so selbstverständlich war, dies alles stimmt mich mit vielem anderen zusammen für diese Wahlentscheidung optimistisch. Es hat sich gezeigt: Wir wollen zu dieser Entscheidung unseren kämpferischen Beitrag leisten.

Liebe Freunde, zu Beginn dieses Parteitags — ich sprach bereits davon — trafen wir uns im tausendjährigen Mainzer Dom zum ökumenischen Gottesdienst. Das war nicht nur eine Begegnung im Gebet, das war auch eine Begegnung an einer Stätte deutscher Geschichte. Jeder hat das wohl so empfunden. Wir haben dort verspürt und es hier immer wieder ausgesprochen: Unser geschichtlicher Auftrag, so wie wir ihn in vierzig Jahre Geschichte der CDU Deutschlands verstehen, heißt immer Politik für die Menschen im ganzen deutschen Vaterland. So wollen wir, wie dies inzwischen bei uns Tradition geworden ist, in dieser Stunde des Abschlusses unseres Parteitags vom Rhein, vom deutschen Schicksalsstrom unsere Landsleute in der DDR grüßen,

(Beifall)

unsere Landsleute in den vielen Städten, Dörfern und Gemeinden im anderen Teil Deutschlands, die uns in der Sprache und der Geschichte der einen Nation aufs engste verbunden sind. Wir wollen ihnen zurufen: Wir freuen uns über jeden, der die Chance hat, in diesem Jahr und, wie ich hoffe, in den kommenden Jahren zu uns zu Besuch zu kommen, mit uns zu sprechen. Wir wünschen, daß möglichst viele von uns diese Besuche erwidern. Denn bei all dem, was wir im Bereich der Wirtschafts-, der Sozial-, der Außen- und der Sicherheitspolitik diskutieren und bewegen können: Es bleibt der Auftrag unseres Grundgesetzes, für die Einheit unserer Nation einzutreten. Dies war, ist und bleibt ein Grundanliegen der Christlichen Demokraten in Deutschland.

(Beifall)

In dieser geschichtlichen Kontinuität und in dieser Überzeugung schließen wir den Bundesparteitag in Mainz mit dem Lied der Deutschen ab.

(Die Delegierten erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Schluß: 15.57 Uhr)

## ANHANG I

### **Beschlußprotokoll** des 34. Bundesparteitages 7./8. Oktober 1986 — Mainz

#### Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Stimmzählkommission
6. Grußworte
7. Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
8. Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler MdB
9. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger MdB
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP
11. Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1984 zur Erörterung, Einführung: Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep
12. Aussprache zu den Berichten
13. Beratung und Verabschiedung des „Zukunftsmanifestes der CDU“  
Einführung: Generalsekretär Dr. Heiner Geißler MdB
14. Anträge auf Änderung des Statuts der CDU
15. Sonstige Anträge
16. Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

**Zu TOP 2:** Folgendes Tagungspräsidium wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig gewählt:

**Tagungspräsident:**

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel MdL

**Beisitzer:**

Christoph Böhr

Dr. Josef Bugl MdB

Manfred Carstens MdB

Gertrud Dempwolf MdB

Hansjürgen Doss MdB

Siegfried Dübel

Jürgen Echternach MdB

Rudolf Friedrich MdL

Johannes Gerster MdB

Otti Geschka MdL

Dr. Renate Hellwig MdB

Peter Jacoby MdL

Alfons Jung

Parl.Staatssekretär Dr. h.c. Peter Lorenz MdB

Bernd Neumann MdB

Dr. Rolf Olderog MdB

Dieter Pützhofen

Ingrid Roitzsch MdB

Bundesministerin Prof. Dr. Rita Süßmuth

Roswitha Verhülndonk MdB

Parl.Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt MdB

Johanna Gräfin von Westphalen

Bundesministerin Dr. Dorothee Wilms MdB

**Zu TOP 3:**

Die vorstehende Tagesordnung wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, folgende Einreichungsfristen für Initiativanträge festzulegen:

1. Dienstag, 7. Oktober 1986, 13.00 Uhr  
für alle Initiativanträge zu TOP 14 (Anträge auf Änderung des Statuts der CDU) und zu TOP 15 (Sonstige Anträge)
2. Mittwoch, 8. Oktober 1986, 10.30 Uhr  
für alle Initiativanträge zu TOP 13 (Beratung und Verabschiedung des „Zukunftsmanifestes der CDU“)

**Zu TOP 4:**

Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen wie folgt bestätigt:

**Vorsitzender:**

Dr. Heiner Geißler MdB

**Stellv. Vorsitzender:**

Peter Radunski

**Weitere Mitglieder:**

Minister Dr. Peter Bendixen MdL

Christoph Brand

Ministerin Birgit Breuel MdL  
 Roswitha Erlenwein MdB  
 Senator Ulf Fink MdA  
 Hartmut Gassner  
 Parl.Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig MdB  
 Peter Jungen  
 Dr. Egon A. Klepsch MdEP  
 Roland Koch  
 Gerd Meyer MdL  
 Dr. Karl Miltner MdB  
 Heinrich Ostrop  
 Minister Walter Remmers MdL  
 Hannelore Rönsch MdB  
 Ingrid Roitzsch MdB  
 Volker Rühle MdB  
 Hans Peter Schmitz MdB  
 Bundesminister Dr.Christian Schwarz-Schilling MdB  
 Erwin Teufel MdL  
 Christa Thoben MdL  
 Roswitha Verhülsdonk MdB  
 Staatsminister Friedrich Vogel MdB  
 Parl.Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt MdB  
 Heinrich Weiss

**Zu TOP 5:** In die Stimmzählkommission wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Vorsitzender:**

Hans-Joachim Woelke

**Weitere Mitglieder:**

Udo Abel	Walter Lanzerath
Alfred Aldenhoff	Josef Lipke
Carl Andresen	Horst Lutze
Martina Arnds	Wolfgang Müller
Norbert Arnold	Roland Mitschke
Bernhard Bauer	Gerd Ozimek
Bernhard Beerbaum	Hans Joachim Pack
Deflev Bendel	Anton Pettrup
Hans Bender	Gerhard Quast
Hubert Benning	Christian Sönksen
Heinz-Jürgen Engberding	Günter Schulze
Franz Feldmann	Helmut Schwartz
Karl-Heinz Fokken	Manfred Steinmann
Jürgen Funke	Stefan Stinner
Klaus Funnemann	Reinhold Vatter
Rainer Hascher	Hans-Jochen Wadewitz
Paul Holtmannspötter	Willy H. Wagner
Heinz-Josef Körtling	Lothar Weicherding
Willi Kierdorf	Paul Westeppe
Aribert Kopnarski	Peter Wiener
Reinhold Krischel	Manfred Wynands

- Zu TOP 7/12:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 8/12:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs, Dr. Heiner Geißler, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 9/12:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 10/12:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 11/12:** Der Bundesparteitag nahm den Rechenschaftsbericht 1984 zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 12:** Der Bericht der Mandatsprüfungskommission lautet:

„Die von Ihnen eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir konnten dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Die entsprechenden Wahlprotokolle einschließlich der Regelungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten der Bundesgeschäftsstelle. Nach § 28 unseres Statuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände und dem ebenfalls voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden, Bundeskanzler a.D. Dr. Kurt Georg Kiesinger. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben. Nach unseren Feststellungen waren heute, 7. Oktober 1986, um 16.45 Uhr von den 751 voll stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesparteitages 748 anwesend. Von den 30 Delegierten der Exil-CDU sind alle 30 anwesend.

Der Bundesparteitag ist beschlußfähig.

gez. Hans Terlinden  
gez. Richard Hartmann  
gez. Martin Schiestl  
gez. Karl Schumacher”

Der Bundesparteitag nahm den mündlichen Kurz-Bericht der Mandatsprüfungskommission zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 13:** Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung zum „Zukunftsmanifest der CDU - Für eine Gesellschaft von morgen: Fortschrittlich und menschlich“ folgende Beschlüsse:

- Annahme von Antrag A 1 des Bundesvorstandes („Zukunftsmanifest der CDU - Für eine Gesellschaft von morgen: Fortschrittlich und menschlich“) mit überwältigender Mehrheit ohne Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen.
- Annahme von Antrag A 2 des LV Rheinland-Pfalz (Neue Technologien) sowie Berücksichtigung dieses Antrages bei der redaktionellen Endfassung des „Zukunftsmanifestes der CDU“ (einstimmig).
- Annahme von Antrag A 3 der Kreisverbände im Bezirksverband Osnabrück-Emsland (Offensive für eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit) sowie Berücksichtigung dieses Antrages bei der redaktionellen Endfassung des „Zukunftsmanifestes der CDU“ (einstimmig).

**Zu TOP 14:** Der Bundesparteitag nahm in offener Abstimmung die Anträge B1 des LV Rheinland und B2 des LV Westfalen-Lippe (Änderung des Statuts der CDU im Zusammenhang mit der Fusion beider Landesverbände zum CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen) mit überwältigender Mehrheit bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung an; die erforderliche satzungsändernde Mehrheit wurde erreicht.

**Zu TOP 15:** Der Bundesparteitag faßte in offener Abstimmung über die sonstigen Anträge folgende Beschlüsse:

- Annahme von Antrag C 1 der BV Junge Union (Verurteilung der schweren Menschenrechtsverletzungen und demokratischen Grundsätze in Chile sowie Bekundung der Verbundenheit mit den chilenischen Christdemokraten) mit überwältigender Mehrheit ohne Gegenstimmen und bei wenigen Stimmenthaltungen.
- Annahme einer Entschließung auf Antrag der Antragskommission sowie Überweisung der Anträge C 2 der BV Junge Union, C 25 des KV Gütersloh und C 31 des KV Tuttlingen (Gentechnologie und künstliche Befruchtung) an den Bundesvorstand zur Vorbereitung des 35. Bundesparteitages (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 3 der BV Frauenvereinigung (Verwirklichung der Essener Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau) in der Fassung der Antragskommission mit überwältigender Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen.
- Annahme von Antrag C 4 der BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (Bedeutung der Gedenktage des 17. Juni und des 13. August) (einstimmig).

- Annahme von Antrag C 5 der BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (Durchsetzung der Menschenrechte auch im Ostblock) (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 6 der BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (Unterstützung von Verhandlungen der Bundesregierung mit der CSSR, der DDR und Polen wegen wirksamen Umweltschutzes) (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 7 der BV Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (Offenheit der deutschen Frage) (einstimmig).
- Annahme der Anträge C 8 des LV Braunschweig und C 15 des KV Emmendingen in der Fassung der Antragskommission, dadurch Erledigung der Anträge C 22 des KV Göttingen und C 28 des KV Hildesheim (Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung für Frauen — und Männer — der Geburtsjahrgänge vor 1921) (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 9 des LV Rheinland-Pfalz in der Fassung der Antragskommission (Reform des Steuerrechts in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages) mit überwältigender Mehrheit bei 1 Gegenstimme und ohne Enthaltungen.
- Überweisung von Antrag C 10 des LV Rheinland-Pfalz (Lückenlose Aufklärung des Neue Heimat-Skandals) an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig).
- Überweisung von Antrag C 11 des LV Westfalen-Lippe (Anteil der nachgeordneten Gebietsverbände an den Wahlkampfkosten-Erstattungen der Bundespartei) an den Bundesvorstand mit überwältigender Mehrheit bei 1 Gegenstimme und ohne Enthaltungen.
- Annahme von Antrag C 12 des KV Bonn (Fachkongreß „Kunst und Kultur“ der Bundespartei in 1987) (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 13 des KV Bonn (Berücksichtigung des Themas „Spiel-Sport-Freizeit und Umwelt“ in der Arbeit des Bundesvorstandes und der Partei) (einstimmig).
- Annahme der Anträge C 14 des KV Breisgau/Hochschwarzwald und C18 des KV Freiburg (Verhandlungen mit der Französischen Republik wegen des französischen Kernkraftwerks Fessenheim/Oberrhein) in der Fassung der Antragskommission (einstimmig).
- Kenntnisnahme, daß Antrag C 16 des KV Emmendingen (Anerkennung weiterer Kfz-Überwachungsorganisationen) von den Antragstellern zurückgezogen wurde.
- Überweisung von Antrag C 17 des KV Emmendingen und des Initiativantrags C 34 der Delegierten Pesch, Bunkowitz, Speller-

berg u.a. (Steuerliche Maßnahmen zugunsten schadstoffarmer Kraftfahrzeuge) an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig).

- Überweisung von Antrag C 19 des KV Göttingen (Überprüfung der Neufassung des Beamtenversorgungsgesetzes) an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 20 des KV Göttingen (Gleiche lebensmittelrechtliche Bestimmungen für einheimische Produkte und für Importe von Lebensmitteln) (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 21 des KV Göttingen (Staatliche Förderung des Exports von Sicherheits- und Umwelttechnologien für die Energiegewinnung) in der Fassung der Antragskommission (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 23 des KV Göttingen (Förderung des Verbrauchs von bleifreiem Benzin) in der Fassung der Antragskommission (einstimmig).
- Einverständnis damit, daß Antrag C 24 des KV Gütersloh (Hilfe und Schutz für das ungeborene Kind) zur Beratung auf dem 35. Bundesparteitag zurückgestellt wird, mit überwältigender Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen.
- Annahme von Antrag C 26 des KV Hagen (Neuordnung des deutschen Stiftungsrechts) in der Fassung der Antragskommission (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 27 des KV Herne (Weiterentwicklung der Jugend-, Familien- und Altenpolitik in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages) in der Fassung der Antragskommission mit überwältigender Mehrheit bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen.
- Überweisung der Anträge B 3 des KV Konstanz und C 29 des KV Kaiserslautern-Land (Änderung des Statuts der CDU wegen beabsichtigter Gründung einer Senioren-Union als neuer Vereinigung der CDU) an den Bundesvorstand zur Vorbereitung des 35. Bundesparteitages (einstimmig).
- Annahme von Antrag C 30 des KV Lingen (Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe sowie Begrenzung der tierischen und pflanzlichen Produktion durch entsprechende nationale und EG-weite rechtliche Regelungen) in der Fassung der Antragskommission (einstimmig).
- Annahme von Initiativantrag C 32 der Delegierten Dr. h.c. Späth, Teufel, Dr. Schroeder u.a. (Verbesserung der Besteuerung der gemeinnützigen Vereine) in der Fassung der Antragskommission (einstimmig).

- Annahme von Initiativantrag C 33 der Delegierten Dr. Klepsch, Dr. Pöttering, Prof. Dr. Rinsche u.a. (Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte durch Bundestag und Bundesrat noch in 1986) (einstimmig).
- Überweisung von Initiativantrag C 35 der Delegierten van Aerssen, Prof. Dr. Rinsche, Dr. Heimes u.a. (Vereinigte Staaten von Europa - Politische Union Europas) an die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (einstimmig).

## **ANHANG II: BESCHLÜSSE**

### **Beschluß Nr. A 1\***

#### **ZUKUNFTSMANIFEST DER C D U FÜR EINE GESELLSCHAFT VON MORGEN: FORTSCHRITTLICH UND MENSCHLICH**

##### **Mut zur Zukunft**

Der Mensch als Geschöpf Gottes ist dazu aufgerufen, in verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten. Die Zukunft werden jene bewältigen, die sich an diesem Auftrag orientieren, durch entschlossenes und verantwortungsbewußtes Handeln die Welt schrittweise freiheitlicher, gerechter und menschlicher zu machen — trotz Irrtums und Schuld, trotz Mühsal und Rückschlägen. Gestaltet wird die Zukunft von denjenigen, die mit realistischem Optimismus die Chancen des Fortschritts für die Menschen nutzen und gestalten und gleichzeitig die Risiken begrenzen. Das nächste Jahrzehnt wird ein Jahrzehnt des Fortschritts sein, wenn sich die Bürger für Zukunftsoffenheit und gegen Zukunftsblockade, für Fortschritt und gegen Rückschritt entscheiden.

Die CDU ist die zukunfts offene, moderne und soziale Volkspartei, die am ehesten die mit der Gestaltung der Zukunft verbundenen Spannungen und Konflikte überwinden und lösen kann. Während das Wahlprogramm die Aufgaben und Ziele in der nächsten Legislaturperiode beschreibt, eröffnet die CDU mit diesem Zukunftsmanifest die Diskussion über politische Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts. Dazu laden wir alle interessierten Bürger und gesellschaftlichen Gruppen ein, insbesondere die junge Generation, weil es um ihre Zukunft geht.

Mit ihrer Politik der Erneuerung hat die Union unser Land aus der schwersten Krise der Nachkriegszeit herausgeführt. Das neugeschaffene wirtschaftliche Fundament zu festigen und zu verbreitern, die Volkswirtschaft weiter zu modernisieren, wirtschaftliche Dynamik freizusetzen und die Arbeitslosigkeit weiter nachhaltig abzubauen, bleiben auch in Zukunft vorrangige Ziele. Die Fortsetzung unserer erfolgreichen Politik der Sozialen Marktwirtschaft eröffnet uns neue Gestaltungsmöglichkeiten für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft. Wir rufen alle Bürger auf, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Interessen gemeinsam an einer Zukunft für mehr Fortschritt und Menschlichkeit mitzuwirken.

##### **Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen und einer lebenswerten Umwelt**

Die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik ist für den Menschen zur humaneren Gestaltung seiner Lebensverhältnisse und zur Sicherung seines Überlebens unverzichtbar. Nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft erscheint, ist unter humanen Gesichtspunkten wünschenswert. Darum verstehen wir Fortschritt auch als ethische, nicht allein als politische oder wirtschaftliche Herausforderung. Der Mensch muß auf der Grundlage des jeweils aktuellen Erkenntnisstandes verantwortlich entscheiden, ob in der Nutzung oder in der Nichtanwendung einer technischen Neuerung ein größeres Risiko zu sehen ist.

\* Vergleiche Beschlußprotokoll zu TOP 13 auf Seite 169

Die CDU tritt dafür ein, in der Forschung und bei der Nutzung der Technik drei ethische Grundforderungen einzuhalten: Wahrung der Menschenwürde, Verantwortung für die Schöpfung und Verantwortung für künftige Generationen.

Die Gentechnologie und die Informations- und Kommunikationstechnik eröffnen zum Beispiel zahlreiche, vor wenigen Jahren noch ungeahnte Möglichkeiten für Forschung und Entwicklung. Doch sie bergen auch Gefahren für die Würde des Menschen in sich. Der Mensch darf nicht zum Gegenstand genetischer Manipulationen herabgewürdigt werden. Die Persönlichkeitsrechte des Bürgers sind auch bei der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechniken zu schützen.

Die ethische Verpflichtung zum Schutz der Natur verlangt, lebenswichtige Funktionen, Schönheit und Vielfalt der Natur zu erhalten. Wichtige Umweltprobleme können nur durch moderne, neue und umweltschonendere Techniken gelöst werden. Was wir heute für Wissenschaft und Forschung ausgeben, investieren wir in unsere eigene Zukunft und die unserer Kinder.

### **Forschung und Technologie als Grundlagen für wirtschaftlichen Fortschritt, neue Arbeitsplätze und soziale Sicherheit**

Unser Land ist arm an Rohstoffen, aber reich an Erfindungskraft, Leistungsbereitschaft und beruflichen Fähigkeiten seiner Bürger. Unsere wirtschaftlichen Chancen liegen daher im Export hochwertiger Produkte und Dienstleistungen. Spitzenleistungen in der Forschung und bei der Herstellung und Nutzung moderner Technologien werden immer wichtiger für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Entwicklung einer handlungsfähigen europäischen Forschungs- und Technologiegemeinschaft ist hierbei unverzichtbar.

Die Arbeitsplätze sind dort am sichersten, wo der technische Fortschritt kreativ genutzt und vorangetrieben wird. Arbeitnehmer müssen bei Entscheidungen über Einsatz und Verwendung neuer Techniken im Sinne sozialer Partnerschaft beteiligt sein.

Unser Land muß Energiequellen nutzen, die die Umwelt und Rohstoffe schonen, die ausreichend vorhanden, wirtschaftlich und sicher sind und die unserer Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen und der Dritten Welt gerecht werden. Heute ist die Kernenergie, für die höchste Sicherheitsstandards gelten, eine der Energiequellen, deren Nutzung verantwortbar ist, weil sie diesen Anforderungen entspricht. Technischer Fortschritt ist ein Prozeß, der durch neue Erkenntnisse Schritt für Schritt bestehende Techniken verbessert und neue Optionen eröffnet. Darum ist weiter intensiv an der Entwicklung neuer Energietechniken zu arbeiten, damit sobald als möglich alternative Techniken zur Energiegewinnung eingesetzt werden können, die wirtschaftlich und sozial verantwortbar sind. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Energieeinsparung verstärkt werden.

Eine Voraussetzung für den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt sind Spitzenleistungen in der Forschung. Wir brauchen ein forschungsfreundliches Klima. Darum wird die CDU weiterhin unnötige Reglementierungen abbauen und den Informationsaustausch wie den Wechsel von Personen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erleichtern. Wir stehen zur Freiheit der Forschung und zur staatlichen Förderung der Grundlagenforschung.

## **Neue Chancen durch mehr Beschäftigung und mehr Wahlmöglichkeiten**

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit bleibt auch in den kommenden Jahren eine große Herausforderung. Durch die an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik und aktive Beschäftigungspolitik der Union haben mehr Menschen wieder Arbeit. Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Durch eine konsequente Fortsetzung dieser Politik wird es uns gelingen, die Arbeitslosigkeit schrittweise zu beseitigen.

Die neuen Technologien schaffen nicht nur neue und sichere Arbeitsplätze, sondern eröffnen auch die Chance, Lebens- und Arbeitsrhythmus besser miteinander zu verbinden sowie Beruf und Familie, aber auch Beruf und Freizeitinteressen, soziales und politisches Engagement, oder Beruf und Weiterbildung besser miteinander zu vereinbaren.

Durch Teilzeitarbeit, Arbeitsplatzteilung, Vereinbarung einer Jahresarbeitszeit und die Möglichkeit des Ansparens von Teilen des Jahresurlaubs erhalten Arbeitnehmer mehr Wahlmöglichkeiten bei der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Neue Technologien ermöglichen eine Arbeitsgestaltung mit höherer Verantwortung für den einzelnen. Je mehr ein Unternehmen seinen Mitarbeitern Raum für Kreativität, Eigeninitiative und persönliche Verantwortung läßt, desto größer wird die Identifikation der Arbeitnehmer mit ihrer Arbeit und der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens sein.

Nicht nur bei der Arbeitsgestaltung, auch bei der Lohnfindung gibt es neue Möglichkeiten, den differenzierter gewordenen Wünschen der Arbeitnehmer gerecht zu werden. Tarifverträge sollen daher mehr Wahlmöglichkeiten zwischen Lohn, Arbeitszeit, Urlaub und Vermögensbildung zulassen. Um die neuen Chancen zu nutzen, brauchen wir Tarifpartner mit Mut und Einfallsreichtum.

## **Durch Bildung und Weiterbildung zu mehr persönlicher und beruflicher Selbstentfaltung**

Bildung und Wissen werden immer wichtiger. Persönliche und berufliche Bildung und Weiterbildung werden den Menschen das gesamte Leben lang begleiten. Deshalb sind mehr Angebote der beruflichen Qualifikation sowie der Weiterbildung und Umschulung in engem Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft notwendig.

Gerade auch viele ältere Menschen wollen ihre Freizeit bei gleichzeitiger materieller Sicherheit nutzen, um sich persönlich weiterzubilden. Daher müssen die Bildungseinrichtungen ein Angebot für Menschen aller Alters- und Berufsgruppen anbieten. Bildung und Weiterbildung dürfen nicht an eine bestimmte Lebensphase oder an bestimmte Berufe gebunden sein.

## **Die Familie als unverzichtbare Voraussetzung für eine menschliche Gesellschaft**

Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnerfahrung. In einer Gesellschaft, in der die Vielfalt der Lebensstile und Lebensformen, der Interessen und Weltanschauungen, der Chancen und Risiken weiter zunehmen wird, erhält die Familie als Gemeinschaft mit Bindungen auf Lebenszeit eine unverzichtbare und herausgehobene Bedeutung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der es wieder eine Selbstverständlichkeit ist, mit Kindern zu leben und in der die Menschen ihren Wunsch nach Kindern verwirklichen können, ohne langfristig Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Wir wollen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft. Materielle Besserstellung der Familien — auch alleinerziehender Mütter und Väter — mit Kindern, Ausbau von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, Förderung familienergänzender Einrichtungen, familien-gerechte Flexibilisierung der Öffnungszeiten von privaten Dienstleistungsunternehmen und öffentlichen Einrichtungen bleiben unsere Ziele für die Zukunft.

Wir brauchen die Solidarität der Generationen in der Familie, deren Mitglieder füreinander Verantwortung übernehmen, auch wenn sie nicht unter einem Dach wohnen. Die Pflege von Familienangehörigen bedarf sowohl der materiellen Unterstützung als auch der Anerkennung und praktischen Hilfe. Wer seinen Nächsten pflegt, darf nicht benachteiligt sein, sondern muß unterstützt werden.

Zu einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft gehört eine kindgemäße Umwelt, die Kindern Möglichkeiten der Entfaltung bietet. Dazu gehören auch eine ausreichende Zahl von geeigneten Wohnungen für kinderreiche Familien sowie kindgerechte Schulen.

### **Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau**

Wir wollen, daß Frauen und Männer in der Arbeitswelt, in der Familie, in der Politik und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Chancen und Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens besitzen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit in der Familie und der Arbeit im Beruf. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Familie und Arbeitswelt keine unüberwindlichen Gegensätze mehr darstellen und in der nicht länger der Vater nur für die Erwerbsarbeit, die Mutter nur für die Erziehungstätigkeit zuständig ist. Dabei muß es der freien Entscheidung der Ehepartner überlassen sein, wie sie Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kindererziehung unter sich aufteilen.

Immer mehr Frauen und Männer wollen Familien- und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren oder ihre Erwerbsarbeit unterbrechen, um sich vorrangig ihrer Familie widmen zu können. Danach müssen Frauen und Männer wieder auf qualifizierte Arbeitsplätze zurückkehren können. Deshalb sind Angebote familienbegleitender Fort- und Weiterbildung vordringlich. Bestimmungen, die einer partnerschaftlichen Gestaltung des Erwerbslebens entgegenstehen, müssen aufgehoben und neue, flexiblere Organisationsformen arbeits- und sozialrechtlich abgesichert werden.

### **Mehr Sinnerfüllung in einer farbigen Kulturgesellschaft**

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die ihr Selbstbewußtsein nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft bezieht, sondern die sich auch als Kulturgesellschaft versteht.

Der Mensch braucht Arbeit und Muße, Verstand und Gefühl, Technik und Kultur. Kunst und Kultur werden immer mehr natürlicher Bestandteil im Lebensalltag aller Schichten der Bevölkerung. Immer mehr Menschen erkennen auch die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte als identitätsstiftende Kraft.

Kulturelle Entwicklung braucht den Streit der Meinungen und den Wettstreit der Ideen und Lebensvorstellungen. Die Ausgestaltung unserer Kulturgesellschaft ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Politik muß Kultur fördern — behutsam, unaufdringlich, mit Respekt vor ihrer Freiheit und Eigenständigkeit.

Wir wollen Menschen mehr Möglichkeiten eröffnen, selbst schöpferisch tätig zu sein. Kulturelle Ausdrucksformen wie zum Beispiel Musizieren, Malen, künstlerisches Gestalten, Literatur sollen gefördert und in der Ausbildung berücksichtigt werden. Auch neue Medien und Informationstechnologien, die durch Programmvielfalt und unterschiedliche regionale und internationale Sendegebiete die Menschen erreichen, bieten Chancen zur kulturellen Entfaltung und zur Entwicklung eines neuen kulturellen Bewußtseins.

Eine Kulturgesellschaft ist durch kleine, dezentrale Einheiten dem Menschen näher. Darum sollen auch kleine Kulturgruppen, Vereine und Initiativen, in denen Millionen von Menschen schöpferisch tätig sind, ausreichende Unterstützung finden.

Bestandteil der Kultur ist auch immer mehr das Wohnumfeld der Menschen. Städte und Dörfer sollen den Menschen Heimat und deshalb auch kulturelle Gestaltungs- und Erlebnisräume sein. Öffentliche Bauten stellen an die Architektur besondere ästhetische Anforderungen.

Wir wollen auch die Kultur und Vielfalt des ländlichen Raumes erhalten, die über Jahrhunderte hinweg von bäuerlichen Traditionen geprägt wurde. Wir wollen dieses Erbe bewahren. Zur freiheitlichen Gesellschaft der Zukunft gehört auch der bäuerliche Familienbetrieb.

### **Für einen Staat, der sich auf seine eigentlichen Aufgaben beschränkt**

Wir setzen auf das Prinzip der Subsidiarität. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Raum läßt für individuelle Entfaltung. Der Einforderung von Rechten gegenüber dem Staat muß eine Bereitschaft zur Erfüllung von Pflichten durch den einzelnen entsprechen. Nicht der bevormundende Betreuungsstaat ist unser Ideal, sondern der Staat, der persönlicher Initiative, Leistungsbereitschaft sowie Selbst- und Mitverantwortung eine Chance gibt. Steigende Einkommen und Vermögen ermöglichen es immer mehr Privathaushalten, Risiken in eigener Verantwortung zu übernehmen und selbständige Formen der Lebensgestaltung zu verwirklichen.

Eine vorrangige Aufgabe künftiger Politik ist eine grundlegende Reform des Steuersystems, die den Bürger dauerhaft finanziell entlastet. Die Vereinfachung des Steuersystems ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen geringere Steuersätze, weniger Ausnahmen und Begünstigungen. Steuervergünstigungen und Subventionen müssen auf ihre soziale Berechtigung überprüft werden.

Bund, Länder und Gemeinden sollen staatliche Unternehmensanteile und Dienstleistungen soweit wie möglich privatisieren. Weitere Maßnahmen zur Dezentralisierung und Entbürokratisierung sind unerlässlich.

Der demokratische Rechtsstaat muß die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft gewährleisten. Ohne Sicherheit und Ordnung, ohne Durchsetzung des Rechts, wird es auch in Zukunft keinen inneren Frieden und keine soziale Gerechtigkeit geben.

Der Sozialstaat soll persönliche und solidarische Daseinsvorsorge sicherstellen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Eigenverantwortung und soziale Sicherung müssen eine Einheit bilden.

Der moderne Sozialstaat hat als Anwalt des Gemeinwohls die Aufgabe, die Interessen der Machtlosen, Minderheiten und Nichtorganisierten in der Gesellschaft zu vertreten. In der technisch-industriellen Welt muß denjenigen durch eine gemeinsame Kraftanstrengung des Staates, der Tarifpartner und gesellschaftlichen Organisationen gezielt geholfen werden, deren Leistungsfähigkeit aus unterschiedlichen Gründen eingeschränkt ist und die den modernen Anforderungen der Arbeitswelt nicht oder nur begrenzt gewachsen sind. Keiner soll sich in die Nutzlosigkeit gestoßen fühlen.

### **Ehrenamtliches Engagement, soziale Initiativen und Selbsthilfegruppen als Bereicherung des modernen Sozialstaates**

Die sozialen Sicherungssysteme sind eine große Errungenschaft des Sozialstaates und bleiben weiterhin unverzichtbar. Durch sie werden keine widerruflichen Almosen und keine kostenlose Versorgung gewährt, sondern es wird für den einzelnen ein Recht auf soziale Sicherheit begründet. Jeder trägt mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, daß die Gemeinschaft aller für den einzelnen eintreten kann. Solidarität verbietet den Mißbrauch des Systems der sozialen Sicherung.

Zur Solidarität gehört die persönliche Zuwendung von Mensch zu Mensch. Die Bereitschaft vieler Menschen zu sozialem Engagement ist heute schon groß. Deshalb müssen diejenigen, die der Hilfe bedürfen, mit denjenigen zusammengeführt werden, die helfen wollen.

Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliche Mitarbeit in Kirchen, Verbänden und sozialen Initiativen schenken dem hilfeschuchenden Menschen persönliche Zuwendung, Anteilnahme, Verständnis und Geborgenheit. Sie ergänzen und bereichern den modernen Sozialstaat. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Verbänden, Selbsthilfegruppen und dem einzelnen Bürger sind notwendig.

### **Sicherheit, Geborgenheit und eigenständige Lebensgestaltung im Alter**

Der Altersaufbau unserer Bevölkerung verändert sich: Der Anteil älterer Menschen nimmt zu. Um den Generationenvertrag aufrechtzuerhalten, ist eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung unter Beibehaltung ihrer tragenden und bewährten Elemente notwendig. Sichere Renten sind eine wichtige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung für ein sinnerfülltes Leben im Alter.

Auf die Lebenserfahrung der Älteren, auf ihre Weisheit und ihre Urteilsfähigkeit sind wir ebenso angewiesen wie auf die kritische Phantasie der Jungen. Ältere Menschen sind in der Regel aktive und selbstbewußte Bürger, die ihre Erfahrungen und Kenntnisse nutzen, erweitern und auch weitergeben wollen. Dies wollen wir ideell und materiell unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, daß die Älteren stärker am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Wir wollen den Älteren neue Wahlfreiheiten eröffnen und sichern. Deshalb treten wir für flexible und gleitende Übergänge in den Ruhestand ein. Dazu gehört: Wer länger arbeiten will als bisher üblich, der muß die Möglichkeit dazu erhalten und später eine höhere Rente beziehen.

Die Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen in den eigenen vier Wänden ist menschlicher als in fremder Umgebung. Deshalb müssen ambulante Hilfen — häusliche Krankenpflege und Hilfe zur Weiterführung des Haushalts — Vorrang haben vor teilstationärer und stationärer Pflege. Mit unserer Politik wollen wir dazu beitragen, daß ältere Menschen solange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

### **Für eine Welt, die ein Leben in Frieden, Freiheit und Würde ermöglicht**

Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit und Zukunft der freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft, die wir wollen, ist die Sicherung von Frieden und Freiheit. Frieden und Freiheit können wir in Europa und der Welt nur mit unserer Bundeswehr und gemeinsam mit unseren Freunden im westlichen Bündnis erhalten. Wir wollen friedliche Nachbarschaft. Deshalb befürworten wir konstruktive und stabile Beziehungen mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa, vor allem auch mit der Sowjetunion. Verständigungsbereitschaft und Verteidigungsbereitschaft gehören hierbei für uns zusammen. Wir verfolgen beharrlich unser Ziel: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland — das bleibt unser nationaler und europäischer Auftrag. Die Einheit Europas, aber auch die Einheit der deutschen Nation soll und muß sich zuerst in der Freiheit der Menschen erfüllen. Die Freiheit ist und bleibt der Kern der deutschen Frage. Im Rahmen einer europäischen Friedensordnung in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, ist unsere nationale Verpflichtung.

*Der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zur politischen Union als Grundlage für den Bau der Vereinigten Staaten von Europa bleibt für die CDU eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Wir wollen den europäischen Binnenmarkt verwirklichen. Die Europäer müssen enger zusammenarbeiten, um den Umweltschutz zu verbessern, die Nutzung modernster Technologien zu fördern, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen sowie die soziale Sicherheit zu festigen. Die europäische Einigung muß für den Bürger im Alltag persönlich erfahrbar sein. Auch die Vertretung der gemeinsamen Interessen Europas in der Welt verlangt eine enge Zusammenarbeit.*

Wir wollen eine Welt ohne Hunger, Not und Elend. Das Gebot der christlichen Nächstenliebe verlangt von uns Opfer, um das Überleben von Millionen von Menschen sichern zu helfen. Unser Wohlstand verpflichtet uns, bei immer stärker wachsender Weltbevölkerung besonders den Menschen zu helfen, deren Überleben durch Hunger und Not gefährdet ist. Wir müssen anders leben, damit andere überleben können.

Wir verurteilen Menschenrechtsverletzungen, Folter, Unterdrückung und Gewalt überall in der Welt. Als Teil einer weltweiten Wertegemeinschaft freiheitlicher Demokratien ist es unsere besondere Pflicht, weltweit die Verwirklichung demokratischer Ideale und der Menschenrechte sowie die Festigung des Friedens in Freiheit zu fördern.

## Beschluß Nr. A2

1. Der technische Fortschritt gewinnt zunehmend an Tempo. Durch Weiterentwicklungen und die Nutzung neuer Technologien veralten Produkte und Verfahren immer schneller. Der Einsatz vor allem der Mikroelektronik in der Forschung ermöglicht heute Entwicklungen, die ohne die Hilfe von Datenverarbeitungsanlagen nur durch Generationen von Forschern zu bewältigen wären.

Die Umsetzung neuer Forschungsergebnisse in eine betriebliche Anwendung und damit in eine ökonomischen Nutzung ist nur möglich, wenn die Arbeitnehmer die neuen Technologien beherrschen. Im betrieblichen Alltag entscheidet sich, ob neues Wissen wirtschaftlich verwertet werden kann.

2. Es ist nicht nur eine Frage der ökonomischen Effektivität, wie die Arbeitnehmer den technischen Fortschritt beherrschen. Neue Technologien können auf Dauer nur dann zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen, wenn sie auch am Arbeitsplatz akzeptiert werden. Soziale Akzeptanz aber wird sich nur einstellen, wenn sich die Arbeitnehmer durch den Umgang mit neuer Technik nicht überfordert sehen.

3. Der Einsatz neuer Technologien in Produktion und Dienstleistung stellt erhöhte Anforderungen an die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer. Monotone, anspruchslose und wiederkehrende Arbeiten werden in immer stärkerem Maße von elektronisch gesteuerten Maschinen übernommen. Die Zahl der Arbeitsplätze, für die keine qualifizierte Berufsausbildung nötig ist, geht ständig zurück.

4. Während Jugendliche über eine moderne berufliche Ausbildung von Anfang an mit neuen Technologien vertraut gemacht werden, erfordert der technische Fortschritt von älteren Arbeitnehmern oft Umstellungen. Viele Arbeitnehmer sind besorgt, daß ihre beruflichen Qualifikationen entwertet werden und ihr Arbeitsplatz dadurch gefährdet ist.

Diese Besorgnis ist oft grundlos. Vor allem in der industriellen Fertigung werden Arbeitskräfte benötigt, die eine solide Grundkenntnis und Erfahrung in der Produktion mit relativ einfachen Zusatzkenntnissen über die Anwendung elektronisch gesteuerte Maschinen verbinden: Berufserfahrung veraltet nicht.

5. Vor allem mit dem Vordringen der Computertechnik wird die Trennung zwischen gewerblich-technischen und Dienstleistungsberufen fließend. Es kommt immer stärker zu einer Technisierung auch der Dienstleistungsberufe.

Umso notwendiger ist es, daß auch den Frauen der Zugang zu den neuen Technologien erleichtert wird. Wenn es nicht gelingt, Vorurteile über eine mangelnde technische Begabung von Frauen und die ebenso vorhandene Technik-Distanz der Frauen abzubauen, werden immer mehr Arbeitsplätze für Männer reserviert bleiben.

6. Um einen sozial verträglichen und wirtschaftlich effektiven Einsatz der neuen Technologien sicherzustellen, sind die folgenden Voraussetzungen zu schaffen:

- Arbeitnehmer an neue Technologien heranzuführen und sie in die Lage zu versetzen, mit neuen Maschinen ohne Probleme umzugehen, ist eine anspruchsvolle und wichtige Aufgabe. Die CDU fordert die Arbeitgeber auf, durch eine frühzeitige und umfassende Information über geplante Produktionsumstellungen unnötige Besorgnisse zu vermeiden. Sie sieht in einer sorgfältigen Einarbeitung und einer gezielten Fortbildung die beste Möglichkeit, die Anpassung an neue Produktions-

und Dienstleistungstechniken zu erleichtern. Die überbetrieblichen Einrichtungen der Fort- und Weiterbildung können hierzu entscheidend beitragen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, müssen diese Einrichtungen weiter ausgebaut werden. Ebenso notwendig aber ist es, auch im Betrieb eine ausreichende Einarbeitung ohne unangemessenen Zeitdruck zu ermöglichen.

- Die CDU begrüßt es, daß die Jugendlichen überwiegend ihr Ausbildungsverhalten auf die gestiegenen beruflichen Anforderung eingestellt haben. Nahezu alle Jugendlichen sind heute bereit, eine qualifizierte berufliche Ausbildung zu erwerben. Für viele wird damit der Umgang mit neuen Technologien von vornherein zur Selbstverständlichkeit. Die CDU fordert, Schüler bereits behutsam an die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung heranzuführen, um ihnen die spätere Ausbildung an computergesteuerten oder -gestützten Maschinen zu erleichtern.

- Die CDU setzt sich dafür ein, bereits in der Schule auf eine Überwindung der Technik-Distanz von Mädchen hinzuwirken. Sie fordert ebenso, betriebliche und überbetriebliche Weiterbildungsmaßnahmen zur Vorbereitung auf den Umgang mit neuen Technologien für Frauen ebenso zugänglich zu machen wie für Männer. Für Frauen, die nach einer längeren Berufsunterbrechung wieder erwerbstätig werden wollen, sind gezielte Wiedereingliederungshilfen notwendig, die insbesondere auf den Umgang mit neuen Techniken ausgerichtet sein müssen.

### **Beschluß Nr. A3**

Der Bundesparteitag der CDU fordert die Bundesregierung auf, eine Offensive für eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch neue Ansätze der Arbeitszeit und Arbeitsplatzgestaltung zu starten. Dazu sollte die Bundesregierung eine Expertengruppe einberufen, in der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen, insbesondere die Tarifparteien vertreten sind. Dieses Gremium sollte unter Wahrung wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Erfordernisse Vorschläge ausarbeiten und entsprechende Maßnahmen initiieren, die darauf abzielen, daß die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben flexibler, differenzierter, individueller und auch familienverträglicher gestaltet werden.

Diese Offensive ist aus mehreren Gründen dringend geboten.

1. Die verschiedenen Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung geben dem einzelnen größere Entscheidungsspielräume bei der Bestimmung seiner Tages-, Wochen- oder Lebensarbeitszeit und ermöglichen dem einzelnen ein größeres Maß an individueller Lebensgestaltung.

2. Flexible Arbeitszeitgestaltung bietet Frauen und Männern die Chance für eine bessere Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit.

3. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht ein Mißverhältnis zwischen dem schmalen Angebot z.B. an Teilzeitarbeitsplätzen und der großen Zahl von nachfragenden Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden.

4. Die Ausdehnung der Teilzeitarbeit wird als wichtiges Instrument angesehen, um im Sinne einer Neuverteilung der Erwerbsarbeit die Beschäftigungskrise zu bekämpfen und allen — auch den Frauen — Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

## **Beschluß Nr. B 1/2**

1. In § 16 (Landesverbände) des Statuts der CDU vom 27. April 1960, zuletzt geändert am 9. Mai 1984, wird in Absatz 1 der Satz 2 wie folgt geändert:

1.1 Der 1. Halbsatz entfällt ersatzlos;

1.2 Der 2. Halbsatz wird als Satz 2 wie folgt neu gefaßt:

„Die CDU in Niedersachsen besteht aus den Landesverbänden Braunschweig, Hannover und Oldenburg.“

2. Der CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen ist der Rechtsnachfolger der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe und übernimmt unmittelbar deren Rechte und Verpflichtungen.

3. Der nach § 15 der Satzung des CDU-Landesverbandes Rheinland und § 34 der Satzung des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe gebildete gemeinsame Landesparteitag der CDU in Nordrhein-Westfalen, der nach eben diesen Bestimmungen am 8. März 1986 die Satzung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen verabschiedet hat und durch die Landessatzungen Rheinland und Westfalen-Lippe auch bevollmächtigt ist, den CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen zu konstituieren, wird mit der Konstituierung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in den Landesparteitag des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Sinne von §§ 24 ff der Satzung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen übergeleitet und übt dessen Rechtsstellung, Funktionen, Aufgaben, Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten aus.

4. Der nach § 15 der Satzung des CDU-Landesverbandes Rheinland und § 34 der Satzung des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe in Verbindung mit den §§ 26 ff der Satzung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 8. März 1986 gewählte gemeinsame Landesvorstand der CDU in Nordrhein-Westfalen wird mit der Konstituierung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in den Landesvorstand des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Sinne der §§ 26 ff der Satzung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen übergeleitet und übt dessen Rechtsstellung, Funktionen, Aufgaben, Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten aus.

5. Dieser Beschluß tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1986 in Kraft. Die rechtswirksame Konstituierung des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und seiner Organe erfolgt mit Wirkung ab 1. Januar 1987.

## **Beschluß Nr. C 1**

1. Heute, mehr als 13 Jahre nach dem blutigen Militärputsch vom 11. September 1973, leidet das mit einer großen demokratischen Tradition ausgestattete chilenische Volk noch immer unter einer brutalen Militärdiktatur.

Der 34. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands verurteilt die schweren Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze durch das Pinochet-Regime. Wir bekunden unsere Hochachtung für den aufopfe-

rungsvollen Einsatz aller oppositionellen Demokraten in Chile. Wir gedenken der Menschen, die diesen Einsatz mit dem Leben bezahlen mußten.

2. Die CDU Deutschlands erhebt mit den Unterzeichnern der „Nationalen Übereinkunft zur Wiederherstellung der Demokratie in Chile“ unter Kardinal Juan Francisco Fresno folgende Forderungen:

- sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes
- vollständige Wiederherstellung aller bürgerlichen Freiheiten
- Freilassung aller politischen Gefangenen
- Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Garantien
- freie Betätigung für alle demokratischen Parteien
- Fortentwicklung einer Verfassungsreform mit dem Ziel freier Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor 1989

3. Die CDU Deutschlands unterstützt die Forderung nach einem nationalen Dialog zur Wiederherstellung der demokratischen Ordnung in Chile. Wir appellieren an die reformfreudigen Kräfte im Militär, sich diesem gewaltfreien Weg der Demokraten anzuschließen und ihre Loyalität gegenüber der politischen und militärischen Führung aufzukündigen.

4. Die CDU Deutschlands fordert alle demokratischen Staaten der Welt auf, in einer konzentrierten Aktion den politischen Druck auf das Unrechtsregime in Santiago zu verstärken. Die Bundesregierung ist aufgefordert, entsprechende Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu ergreifen.

5. Wir bekunden besondere Verbundenheit mit unseren christdemokratischen Freunden in Chile und ermuntern sie im Kampf für eine friedliche demokratische Entwicklung in ihrem Heimatland nicht nachzulassen. Keine Diktatur kann unserem Glauben an die Freiheit widerstehen, wenn die Zeit für sie reif geworden ist. Das Unrechtsregime in Chile wird ein Ende haben.

### **Beschluß Nr. C 2**

1. Der technisch-wissenschaftliche Fortschritt hat uns von Krankheit, Hunger und den Mühsalen physischer Arbeit in hohem Maße befreit. Vor allem die Bio- und Gentechnologie hat sich zu einer wichtigen Zukunftstechnologie entwickelt. Wir begrüßen die Initiativen des Bundesministers für Forschung und Technologie zur Förderung der gentechnologischen Forschung.

2. Bei den heute aktuellen Entwicklungen muß aber sichergestellt werden, daß der Fortschritt dem Menschen dient. Wir müssen in vielen Bereichen Chancen und Risiken abwägen. Leihmütter und Retortenbabys, apparative Medizin und gentechnische Eingriffsmöglichkeiten stellen uns heute vor Fragen, die sich nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gestellt haben.

3. Der 34. Bundesparteitag begrüßt, daß Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion damit befaßt sind, die offenen ethischen und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit den neuen Möglichkeiten der Biotechnologie zu lösen. Der Schutz des Lebens und der Würde des Menschen erfordern klare und umfassende Regelungen durch den Gesetzgeber.

4. Der 34. Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, das Thema „Leben und Würde des Menschen“ in den zuständigen Gremien der Partei, durch Fachkongresse und auf dem nächsten Bundesparteitag behandeln zu lassen.

### **Beschluß Nr. C 3**

1. Eine konsequente Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Sinne der Beschlüsse des 33. Bundesparteitages setzt gleiche Chancen auch in der Politik voraus. Durch die Essener Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau wurde die politische Gleichstellung der Frau zum Parteithema. In diesen Leitsätzen hat sich die CDU verpflichtet, eine klare Zielangabe der Beteiligung von Frauen zu formulieren und planvoll stufenweise durchzusetzen sowie die Maßnahmen zur politischen Gleichstellung bewußter, intensiver und kontrollierbarer umzusetzen und zu ergänzen. (Ziff. 35)

Die CDU kommt diesem Auftrag des 33. Bundesparteitages nach und leistet ihren Beitrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Politik. Der Anteil der Frauen an Mandaten, Ämtern und Funktionen wird so gesteigert, daß er bis zum Beginn der 90er Jahre dem Anteil an der CDU-Mitgliedschaft in etwa entspricht.

2. Die CDU verpflichtet sich, innerparteilich auf allen Organisationsstufen und in allen Gliederungen den Grundsatz der Gleichberechtigung durchzusetzen.

a) Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, bei der Aufstellung von Listen und Direktkandidaturen Frauen aussichtsreich zu berücksichtigen. Das gilt für Kommunal- und Landtagswahlen, für Bundestagswahlen und für die Wahlen zum Europäischen Parlament.

b) Auch für Führungsämter, die von den Fraktionen zu besetzen sind, und für Positionen in der Regierungsverantwortung soll dieser Grundsatz gelten.

c) Auf den Bundesparteitagen der CDU wird jährlich — entsprechend den Essener Beschlüssen — über den Stand der Entwicklung der innerparteilichen Gleichstellung berichtet. Die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände werden aufgefordert, entsprechend zu verfahren. Diese Berichte informieren über den Anteil von Frauen an der Mitgliedschaft der Partei, über die Beteiligung von Frauen an Funktionen, Ämtern und Mandaten, an den Gremien der Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie in Delegationen der Partei, in der Bildungsarbeit und unter den hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei.

d) Der 34. Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit dem Vorstand der Frauenvereinigung entsprechende Maßnahmen zu erarbeiten und einzuleiten, um die Ziele dieses Beschlusses zu erreichen. Der Generalsekretär wird dem nächsten Bundesparteitag über die Ergebnisse berichten.

### **Beschluß Nr. C 4**

Der Bundesparteitag fordert die Gliederungen der CDU auf, auf örtlicher Ebene

sicherzustellen, daß 17. Juni und 13. August als Gedenktage nicht verdrängt werden. Wie kaum ein anderer Tag sind diese Gedenktage geeignet, die Widernatürlichkeit der Teilung Deutschlands breiten Bevölkerungsschichten darzustellen und für die Einheit des Vaterlandes einzutreten. Da die SPD aus der Gemeinsamkeit der Deutschlandpolitik ausgestiegen ist, hat die Union die vornehme Aufgabe, alles zu unternehmen, damit der Willen zur deutschen Einheit wachgehalten wird.

#### **Beschluß Nr. C 5**

Der Bundesparteitag begrüßt das Bemühen der Bundesregierung um Durchsetzung der Menschenrechte in aller Welt. Im Ostblock werden Millionen Deutschen elementare Menschenrechte vorenthalten. Das Bemühen, Menschenrechte für alle Deutschen zu sichern, sollte im Vordergrund stehen, damit wir Deutsche uns glaubhaft für Menschenrechte auch in anderen Regionen der Welt einsetzen können.

#### **Beschluß Nr. C 6**

Die Umweltverschmutzung durch Schadstoffe aus der CSSR, der DDR und der Volksrepublik Polen hat erschreckend zugenommen. Von den Folgen dieser Umweltzerstörung ist die Bundesrepublik Deutschland besonders betroffen. Deshalb bittet der Bundesparteitag die Bundesregierung, weiterhin intensive Verhandlungen mit den genannten Staaten zu führen, damit unsere Umwelt wirksamer geschützt wird.

#### **Beschluß Nr. C 7**

Der Bundesparteitag begrüßt, daß die Bundesregierung sich zur Offenheit der deutschen Frage bekennt. Die Aussage des Deutschlandvertrages, daß eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ein wesentliches Ziel der gemeinsamen westlichen Politik ist, bleibt gültig und verpflichtend.

#### **Beschluß Nr. C 8**

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz unseres Staates und im Mittelpunkt christlich-demokratischer Gesellschaftspolitik. Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands steht die Familie im Mittelpunkt einer Politik, die auf Freiheit, Eigenverantwortung, Zukunftssicherung, Mitmenschlichkeit und Vorrang der Personen vor Systemen und Ideologien gerichtet ist. Die Entscheidung für den Vorrang der Familie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft.

Der 34. Bundesparteitag begrüßt nachdrücklich die bisherigen gesetzgeberischen Maßnahmen der Bundesregierung, die zu mehr Gerechtigkeit für die Familien geführt haben:

- Die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung sowie die Einführung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs sind ein entscheidender Durchbruch bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Familien.

- Mit der Erhöhung der Kinderfreibeträge werden die Familien mit Kindern entlastet; der Kindergeldzuschlag für diejenigen Familien, denen die steuerlichen Kinderfreibeträge wegen ihres geringen Einkommens nicht oder nur teilweise zugute kommen, ist ein weiterer Schritt zu mehr Gerechtigkeit.

Der 34. Bundesparteitag begrüßt darüber hinaus die Entscheidung der Bundesregierung, in die Regelung der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht auch die Mütter der Jahrgänge vor 1921 einzubeziehen. Durch diesen Beschluß, der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitgetragen wird, schafft die Bundesregierung Schritt für Schritt Gerechtigkeit für alle Mütter und baut das seit langem bestehende Unrecht ab, daß die Erziehungsleistung in der Familie, durch die der Generationenvertrag erst lebensfähig wird, bisher in der Rentenversicherung überhaupt keine Rolle spielte. Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, ihre konstruktive Politik für alle Mütter fortzusetzen.

### **Beschluß Nr. C 9**

Mit einer Reform des Steuerrechts ist in der nächsten Legislaturperiode der seit 1982 eingeschlagene Weg einer gerechten, d. h. an der Leistungsfähigkeit orientierten Besteuerung sowie zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Förderung des Wachstums und der Beschäftigung weiter zu gehen. Schwerpunkte bilden dabei

- die Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs
- die Fortführung der Reform des Einkommensteuertarifs und
- eine Reform der Unternehmensbesteuerung.

Im übrigen verweist der Bundesparteitag auf die Beschlüsse des Bundesausschusses zur Steuerreform vom 5. September 1986.

### **Beschluß Nr. C 12**

Die Bundespartei wird aufgefordert, den auf dem 26. Bundesparteitag 1978, auf dem 31. Bundesparteitag 1983 sowie auf dem 33. Bundesparteitag 1985 auf Antrag des CDU-Kreisverbandes Bonn beschlossenen Fachkongreß „Kunst und Kultur“ im Jahre 1987 nunmehr endlich durchzuführen.

### **Beschluß Nr. C 13**

Der Bundesparteitag fordert den CDU-Bundesvorstand auf, das Thema „Spiel - Sport - Freizeit und Umwelt“ zu behandeln und Anregungen für die Gesetzgebung in

Bund und Ländern sowie für die Arbeit der CDU-Kreisverbände und CDU-Fraktionen in den Gemeinden zu erarbeiten und über die Ergebnisse auf dem nächsten Bundesparteitag zu berichten.

#### **Beschluß Nr. C 14**

Der 34. Bundesparteitag begrüßt die erfolgreichen Initiativen der Bundesregierung, international einen möglichst hohen Sicherheitsstandard bei kerntechnischen Anlagen zu vereinbaren und Maßnahmen der internationalen Vertrauensbildung auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit zu verwirklichen. Hierzu zählen insbesondere die auf Anregung der Bundesregierung zustandegekommenen Beratungen und Vereinbarungen der Internationalen Konferenz zur Reaktorsicherheit in Wien. Der Erfolg der Verhandlungen mit dem Betreiber des Kernkraftwerkes Cattenom bestätigt die Politik der Bundesregierung und der rheinland-pfälzischen Landesregierung, daß mit Kooperation mehr zu erreichen ist als durch Konfrontation. Die getroffenen Vereinbarungen haben Bedeutung über den Einzelfall hinaus und sollten Modell sein für die Lösung noch offener Fragen im Zusammenhang mit anderen grenznahen Kernkraftwerken.

#### **Beschluß Nr. C 20**

Der Bundesvorstand wird ersucht, die geeigneten Maßnahmen und Initiativen einzuleiten, damit sichergestellt wird, daß für Importe von Lebensmitteln die gleichen lebensmittelrechtlichen Bestimmungen gelten wie bei einheimischen Produkten.

#### **Beschluß Nr. C 21**

Der Bundesvorstand wird ersucht, geeignete Initiativen einzuleiten, um zu erreichen, daß der Export von Sicherheits- und Umwelttechnologien für die Energiegewinnung, vor allem in die Länder der Dritten und Vierten Welt, forciert wird.

#### **Beschluß Nr. C 23**

Bundesregierung und Länderregierungen werden aufgefordert, im Interesse der Gesundheit unserer Bürger und zum Schutze der Umwelt den Anteil bleifreien Benzins erheblich zu steigern. Das erfordert eine noch bessere Information der Autofahrer über die Möglichkeit, bleifrei zu tanken. Die Bundesregierung wird aufgefordert, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auf eine europäeinheitliche Regelung hinzuwirken, die das Verbot bleihaltigen Benzins zum Inhalt hat.

#### **Beschluß Nr. C 26**

Der 34. Bundesparteitag begrüßt, daß der Bundesminister der Finanzen zur Prüfung des Gemeinnützigkeitsrechts eine unabhängige Sachverständigenkommission eingesetzt hat.

Der Bundesparteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, in der nächsten Legislaturperiode eine Neuordnung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts sowie eine Novellierung des geltenden Stiftungsrechts auf der Grundlage der gutachtlichen Stellungnahme dieser Kommission zu prüfen. In diese Prüfung sind auch die steuerlichen Rahmenbedingungen für Stiftungen mit einzubeziehen, da diese die bestehenden Stiftungen in ihrer Arbeit fördern und überdies zur Gründung neuer Stiftungen anregen können.

### **Beschluß Nr. C 27**

Der Bundesparteitag begrüßt die erfolgreiche Familienpolitik der Bundesregierung. Die Neuorientierung in der Jugend-, Familien- und Altenpolitik hat in den vergangenen vier Jahren stattgefunden. Die Situation der Familie hat sich deutlich verbessert. Für die Familie waren ganz besonders wichtig:

- die Einführung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs,
- die Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht,
- die Erhöhung des steuerlichen Freibetrags für Kinder und des Kindergeldzuschlags sowie die Einführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche,
- die Einrichtung der Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“,
- die Sicherung der Renten.

Der 34. Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, in der nächsten Legislaturperiode die Jugend-, Familien- und Altenpolitik weiter in den Mittelpunkt ihrer Gesellschaftspolitik zu stellen. Zentrale Aufgaben dabei sind:

- die Anhebung des Kindergeldes für kinderreiche Familien,
- die Erhöhung des Kindergeldzuschlags zusammen mit dem Kinderfreibetrag,
- der Ausbau des Erziehungsgeldes,
- die Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes,
- Fortsetzung der christlich-demokratischen Politik zum Schutze des ungeborenen Lebens. Das Prinzip „Helfen statt Strafen“ ist konsequent umzusetzen, auch durch den Ausbau der Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“;
- Verbesserung der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit; insbesondere soll die soziale Sicherheit derjenigen, die Schwerstbehinderte pflegen, in Verantwortung der Länder und der Gemeinden verbessert werden. Die Pflege durch Angehörige und durch Sozialstationen ist nachhaltiger anzuerkennen und zu fördern.

### **Beschluß Nr. C 30**

Der Bundesparteitag der CDU unterstützt mit Nachdruck die Entschließung des Bundesrates zum Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe durch Begrenzung der tierischen und pflanzlichen Produktion.

Er fordert die Bundesregierung und die sie tragenden Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und FDP auf, umgehend national und EG-weit für rechtliche Regelungen zur Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebsstruktur zu sorgen.

Die CDU will im Interesse der bäuerlichen Familienbetriebe EG-weit die Massentierhaltung begrenzen, Bestandsobergrenzen einführen und eine Begrenzung der Futtermittelimporte erreichen.

Die CDU tritt für eine schrittweise Beseitigung der EG-weiten Überproduktion ein, um wieder eine Markt- und Preispolitik zu ermöglichen.

### **Beschluß Nr. C 32**

Bundestag und Bundesregierung werden aufgefordert, die Besteuerung der gemeinnützigen Vereine so rasch als möglich unter Berücksichtigung der jüngsten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes zu überprüfen. Das Vereinssteuerrecht ist so zu gestalten, daß es der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Vereine gerecht wird, ehrenamtliche Arbeit zugunsten der Vereine erleichtert statt „bestraft“ und für den durchschnittlichen Verein einfach zu handhaben ist.

### **Beschluß Nr. C 33**

1. Die CDU begrüßt die Absicht der Bundesregierung, von ihrer Seite das Erforderliche zu tun, die Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte in dieser Legislaturperiode durch Bundestag und Bundesrat zu ermöglichen. Die Ratifizierung noch in diesem Jahr ist wegen der europapolitischen Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland unerläßlich.

2. Das berechnigte Interesse der Bundesländer, über die Europapolitik der Bundesregierung informiert zu werden und darauf Einfluß zu nehmen, darf nicht zu einer Verzögerung des europäischen Entscheidungsverfahrens in Brüssel führen.



**F O R U M 1**  
Durch Wissenschaft und Technik  
an der Spitze des Fortschritts

**F O R U M 2**  
Neue Chancen in der Arbeit

**F O R U M 3**  
Soziale Sicherheit in  
Freiheit und Geborgenheit



## FORUM 1

### Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts

Beginn: 10.45 Uhr

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit dem ersten Forum.

Ich darf zunächst einige wenige geschäftsleitende Bemerkungen machen. Rede-recht haben alle Delegierten. Wer das Wort nehmen möchte, gibt die Wortmeldung bitte auf der Karte ab und teilt gleichzeitig mit, zu welchem Bereich er sprechen möchte.

Ich darf Sie bitten, meine lieben Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas auf die Zeit Rücksicht zu nehmen. Wir sind um eine halbe Stunde verspätet. Wir wollen versuchen, bis gegen 13 Uhr oder 13.10 Uhr fertigzuwerden. Wir möchten natürlich, daß möglichst viele hier zu Wort kommen können.

Nach dem Einführungsreferat von Herrn Dr. Riesenhuber wird die Diskussion eröffnet. Wir haben das große Glück, daß wir einige Persönlichkeiten bei uns haben, die sich jeweils nach zwei, drei Wortmeldungen aus dem Kreise der Delegierten zu bestimmten Sachfragen äußern.

Ich darf hier Herrn Prof. Dr. Maier-Leibnitz vorstellen. Über ihn brauche ich nichts zu sagen; er ist uns allen bekannt. Ich begrüße Sie herzlich, Herr Prof. Maier-Leibnitz.

(Beifall)

Wir haben Herrn Prof. Dr. Helmut Klages von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer bei uns. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir haben Herrn Prof. Dr. Pestel bei uns, Minister über vier Jahre in Hannover,

(Beifall)

Lehrer an der Technischen Hochschule in Hannover und Vorstandsmitglied des Club of Rome.

Wir haben Herrn Leister von der Gesellschaft für Informations- und Kommunikationstechnik in Stuttgart eingeladen. — Ich sehe ihn im Moment nicht; er wird aber gleich bei uns sein.

Ich darf Herrn Prof. Dr. Staudt von der Universität Bochum sehr herzlich begrüßen. Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön, daß Sie gekommen sind.

Ich freue mich ganz besonders darüber, meine Damen und Herren, daß wir mit Herrn Wilhelm Schelsky den Vorsitzenden des Betriebsrats der Siemens AG in Erlangen begrüßen können. Er vertritt fünfzehntausend Mitarbeiter der Siemens-Werke.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind im Grunde genommen durch das großartige Referat von Heiner Geißler in das eingeführt worden, was uns auf diesem Parteitag besonders beschäftigt, also auch hier auf diesem Forum. Wir wollen das Zukunftsmanifest verabschieden. Wir sind uns darüber im klaren, daß es an dieser Vorstellung, die von uns ganz plakativ herausgestellt wird, Kritik geben wird. Wir wissen, daß es in unserer Gesellschaft immer — nicht nur aktuell — Streit über Gegensatz oder Nichtgegensatz von Kultur und Technik gegeben hat. Wir wissen alle miteinander, daß es sowohl Euphorie gegenüber technischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten als auch Kulturpessimismus gegeben hat, nicht nur in den vergangenen Jahren. Ein Buch — uns allen bekannt — von Oswald Spengler, der das Ende des Abendlandes prophezeit, sagt alles über die Entwicklung, die in Pendelschlägen verlaufen ist.

Meine Damen und Herren, wir wollen uns bei dieser Gelegenheit über das, was wir geleistet haben und was wir tun wollen, unterhalten. Heinz Riesenhuber wird das im einzelnen darlegen. Sie werden verstehen, daß ich als Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit besonderen Wert darauf lege, daß Umwelt, Naturschutz und moderne, ethisch verantwortbare Technik zueinander gehören, daß Umwelt und Naturschutz heute nur denkbar sind, wenn wir die Technik, das, was uns die Wissenschaft an die Hand gibt, in verantwortbarer Weise nutzen.

Ich möchte auch hier in diesem Forum die Gelegenheit wahrnehmen, darauf hinzuweisen, daß die ethische Dimension gerade bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie für uns von überragender Bedeutung ist. Die ökonomischen Konsequenzen und die sozialen Konsequenzen haben ihr ganz großes Gewicht. Aber ich bin ganz sicher, daß wir z.B. von Herrn Prof. Pestel erfahren werden, wie die sogenannte Vorbildfunktion der Bundesrepublik Deutschland bei einem sofortigen oder kurzfristigen Ausstieg — von dieser Vorbildfunktion haben wir immer wieder gehört — zu beurteilen ist. Wenn man das Szenario auf der ganzen Welt betrachtet, hat das, was wir bei uns erleben, einen fast provinziellen Charakter — so habe ich es neulich einmal ausgedrückt. Wie würde sich weltweit der Kohlendioxidausstoß erhöhen? Weltweit wächst natürlich der Energieverbrauch gewaltig. Was würde es bedeuten, wenn wir in diesem Umfang Kohle oder Erdöl in Anspruch nehmen würden? Das sind die Fragen, mit denen wir uns bei dieser Gelegenheit vor allem beschäftigen wollen.

Berichterstatter im Plenum wird unser Kollege und Freund Gerhard Stoltenberg sein. Er wird sicher in gekonnter Manier alles zusammenfassen, nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehend, sondern in großen Zielvorstellungen im Plenum vortragen.

Heinz Riesenhuber, darf ich Sie jetzt bitten, das Wort zu nehmen.

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung von 1983 festgestellt: Wir wollen wieder an die Spitze des technischen Fortschritts und zugleich die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht verwirklichen.

Dies galt aus der Diskussion der 70er Jahre zumindest als Spannungsfeld, möglicherweise als Gegensatz. Die Diskussion der 70er Jahre lief so, daß gesagt worden ist: Durch Wirtschaftswachstum wird Umweltschutz gefährdet. Sie lief so, daß gesagt worden ist: Nullwachstum bedingt Humanität; Wachstum kann Humanität beeinträchtigen.

Was wir heute erkennen, ist über die verschiedenen Bereiche hinweg eine Chance zur Konvergenz der Ziele. Es ist die Chance, daß wir das, was wir als gesellschaftliche Ziele anstreben, nicht gegen die Technik erreichen, sondern durch einen vernünftigen Einsatz von Technik. Es ist die Chance, daß Umweltschutz durch einen langfristig geplanten und zuverlässigen Einsatz von Technik verlässlich erreicht wird. Es ist die Chance, daß wir Wirtschaftswachstum bekommen, ohne daß unser Energiebedarf ständig weiter steigt. Nur wenigen ist klargeworden, was wir hier schon erreicht haben.

Von 1973 bis heute ist unsere Wirtschaft fast um ein Viertel real gewachsen. Der Energiebedarf ist nicht gewachsen. Für das Jahr 2000 sagen uns Kritiker der Energiepolitik, wir sollten es so anlegen, daß wir nicht mehr Energie verbrauchen als heute. Aber die Wissenschaftler sagen, daß wir genau das erreichen werden, bei wachsender Wirtschaft, wenn wir unsere Energiepolitik so weiterführen, die technischen Vorbereitungen unterstützen, aber dann auf die Leistung des Marktes vertrauen, auf den Unternehmungsgeist des einzelnen, auf die Bereitschaft der vielen, Energie zu sparen, nicht auf die Reglementierung des Staates, die das nie durchsetzen kann, was die vielen Einzelnen erreichen, wenn sie wissen, daß dies in ihrem Ziel und ihrem Interesse liegt.

(Beifall)

Was hier aufscheint, ist die Chance, in einer begrenzten Welt bei einer wachsenden Menschheit Zukunft und Wohlstand zu sichern, ist die Chance, Produktionen zu entwickeln, die nicht umweltbelastende Energien aufzehren, Produktionen zu entwickeln, die das einzige brauchen, von dem man sagt, es sei unbegrenzt, das knapp ist, wenn man es sucht, die menschliche Intelligenz, die so angelegt sind, daß wir wirtschaftliches Wachstum in Bereichen bekommen, in denen die neuen Techniken entstehen, mit neuen Materialien, mit neuen Chips, mit neuen Verfahren, die aber im wesentlichen auf einem Konzept beruhen, das nicht die klassischen Ressourcen nutzt, sondern problemlösendes Wachstum in neuen Bereichen anlegt.

Wenn wir hierbei an der Spitze des technischen Fortschritts stehen wollen, dann ist dies einerseits eine Frage der Zukunft unseres Landes. Der Bundeskanzler hat es gesagt: Wir können in dieser Welt intensiven Wettbewerbs nur dann überleben, wenn wir an der Spitze sind. Wer sich damit abgefunden hat, in einer Welt, die zunehmend von Technik geprägt ist und in der Wissenschaft und Technik sich in ihrem Fortschritt einander zunehmend bedingen, zweitklassig zu sein, der ist schnell drittklassig. Die Zukunft unseres Landes kann nur im Wettbewerb mit den Besten auf den Weltmärkten aufgebaut werden, am Markt der Ideen, am Markt der Produkte. Notwendig ist ein Wettbewerb in der Wissenschaft, der stolz ist auf die Spitzenleistung und sie fördert. Nicht die Spitzenleistung darf Gegenstand des Neids sein, nicht der Gegensatz zwischen Breitenforschung und Spitzenforschung darf Paradigma sein. Die Freude an der hervorragenden Leistung ist Voraussetzung dafür, daß wir über eine breite Palette von Techniken und Produkten wettbewerbsfähig sind, uns zunehmend auf den Weltmärkten durchsetzen und Arbeitsplätze und damit Zukunft für unser Land schaffen.

(Beifall)

Aber ein zweites gehört dazu. Dazu gehört, daß Sie den Charakter des Fortschritts nur gestalten können, wenn Sie die Techniken an der Spitze beherrschen. Wir

können Techniken nicht gestalten, wenn wir sie von anderen übernehmen. Die Sicherheit der Kernkraftwerke gestalten wir dadurch, daß wir selbst die höchsten Sicherheitsstandards von uns verlangen, daß wir die Wirtschaft herausfordern, daß die Technik sie leistet, daß die Wissenschaft die neuen Fragen stellt, daß wir an der Spitze des technischen Fortschritts das Beste tun, was erreichbar ist. Das begründet ein mögliches, wachsendes Vertrauen in Kernkraft. Das begründet die Verantwortbarkeit von Kernkraft. Das begründet aber auch unsere Möglichkeit, Sicherheit von Kerntechnik über unser Land hinaus in der Gemeinschaft der Völker zu prägen, so daß Kernkraft, in der Zeit, in der wir sie brauchen, weltweit verantwortlich, sicher und voll vertretbar ist.

(Beifall)

Dabei ist die Ausgangslage, in der wir uns befinden, gut. Der Export ist ständig gewachsen. Die Konkurrenz auf den Weltmärkten besteht. Wir sind in diesem Jahr die stärkste Industrienation auf den Weltmärkten im Export. Wir waren es schon 1983 bei den Industriegütern, und zwar vor Japan und den USA. Wir haben in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen wieder Spitzenpositionen erarbeitet. Es geht vom Kraftwerksbau bis zum Maschinenbau und zum Werkzeugmaschinenbau, aber auch in der Medizintechnik. Wir nehmen sie in den Bereichen der Chemie, im Automobilbau ein.

Dies alles sind gute Voraussetzungen. Aber es wäre gefährlich, sich auf diesen Voraussetzungen auszuruhen. Japan hat seinen Anteil auf den Weltmärkten in einer beispiellosen Aufholjagd von 1966 bis heute gesteigert, und zwar in den Hochtechnologiebereichen von 8 % auf 18 %. Die USA haben ihren Anteil hier nicht gesteigert. Aber wenn wir davon sprechen, daß wir hinsichtlich unserer Aufwendungen für Forschung vergleichbar mit anderen Nationen seien, dann dürfen wir nicht nur von den 2,7 % und 2,8 % des Bruttosozialprodukts sprechen. Da sind wir gleichauf mit Japan und den USA, wir liegen somit an der Spitze. Wir müssen aber vielmehr auch wissen, daß in Japan doppelt so viele Wissenschaftler arbeiten, daß in den USA fünfmal so viele Wissenschaftler arbeiten und daß die Wettbewerbe natürlich auf den Weltmärkten ausgetragen werden, und zwar durch Verlässlichkeit und durch Produkttreue, durch Terminalsicherheit, durch Qualität, durch Akquisition und Nachbesorgung, aber vor allem auch durch technische Wettbewerbsfähigkeit. Da müssen wir uns an den besten Konkurrenten messen. Damit haben wir eine gute Ausgangslage, aber wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, der trägt sie immer am falschen Körperteil. Wir müssen uns an den Besten messen.

(Beifall)

Was hier an Neuem entsteht, ist von der Wirtschaft in einer Dynamik aufgegriffen worden, die vor vier Jahren noch nicht zu sehen war. Die Wirtschaft hat die Aufwendungen für ihre Forschungskapazität seit 1982 um ein Drittel gesteigert. Die Wirtschaft hat den Anteil an unserem gesamten Forschungsbudget gesteigert. Sie ist heute bei 60 %. Sie war vor zwei Jahren noch bei 56 %. Dies ist keine beliebige Zahl. Der Vergleich mit unseren stärksten Konkurrenten zeigt: Wettbewerb wird nicht nur in bezug auf die Größe des Forschungsbudgets ausgetragen. Eine Industrienation ist um so erfolgreicher, je größer der Anteil der Wirtschaft an ihrem Forschungsbudget ist. Der Unternehmer kämpft nur für sein eigenes Geld. Und je mehr er einsetzt, desto besser kämpft er. Nicht der Staat kann die neue Technik verordnen, nur aus

der Initiative, der Fachkunde und der Entschlossenheit der Unternehmen, ihre Produkte durchzusetzen, können wir unsere Stellung auf dem Weltmarkt behaupten, und darauf setzen wir.

(Beifall)

Dies bedeutet zugleich, daß der Anteil der Wirtschaft hier nicht stagnieren darf und nicht stagnieren wird, daß die Forschungskapazität nicht stagnieren darf und nicht stagnieren wird. Aber dies heißt auch, daß wir prüfen müssen, was Sache des Staates ist, wo der Staat Aufgaben sieht, wo wir helfen können. Wie vollbringt der Staat seine vornehmste Aufgabe, indem er Menschen nicht mehr als nötig bei der Arbeit stört? Indem er sich zurückhält, indem er Freiräume schafft und Initiativen freisetzt.

Der Staat setzt den Rahmen. Der Staat setzt den Rahmen auf den Kapitalmärkten. Ein Staat, der sich zurückhält, schafft Freiräume für Unternehmen, die Kredite aufnehmen, die sich Eigenkapital besorgen. Wir sprechen von einem kraftvollen Staat, nicht von einem fetten Staat. Ein fetter Staat ist fett, weil er die Kapitalmärkte ausgesogen hat; dann steigen die Zinsen, dann steigen die Inflationsraten, dann geht das Geld in die Staatsverfügung und nicht in die Unternehmen. Dann wird die Eigenkapitalquote sinken. Dies war die Situation bis 1982. Nachdem Gerhard Stoltenberg Schritt für Schritt zusammen mit der Mannschaft die Haushalte in Ordnung gebracht hat, ist ein größerer Freiraum für Unternehmen entstanden, der sich in mehr Investitionen, in mehr Arbeitsplätzen, in wachsendem Eigenkapital, in Innovationen, in der Bereitschaft zum Risiko, in dem Mut, das Neue anzugehen, niedergeschlagen hat. Daraus entsteht die wachsende Dynamik, die wir in diesen Jahren erleben. Sie beinhaltet ein Riesenspektrum von Technik, in der Mikroelektronik, in den Bio-Wissenschaften, in den Materialwissenschaften, mit einem wachsenden Schwung.

Der Staat — auch dies gehört zu dem Rahmen — hat die Steuern so festzusetzen, daß unsere Unternehmen im Wettbewerb der Steuersysteme nicht im Nachteil sind. Der Staat hat Rahmenbedingungen für Umweltgesetze zu setzen. Diese können streng sein, sie müssen streng sein; nur wenn sie streng sind, haben wir hier eine Technik, die objektiv verantwortbar und damit dauerhaft erfolgreich ist.

Es ist gesagt worden, dies sei zu teuer. Dies ist durch die Erfahrung widerlegt. In den 70er Jahren sind Milliarden verschwendet worden, weil die Gesetze nicht klar waren, weil die Bauzeiten nicht absehbar waren, weil die Bauzinsen stiegen, weil die Entscheidungen vertagt wurden, weil sie von einer Behörde auf die andere geschoben wurden und von den Behörden wiederum auf die Gerichte und weil die Politik nicht entschieden hat. Wenn die Politik klar entscheidet, dann sind die Voraussetzungen dafür gegeben, daß Umweltgesetze streng durchgesetzt werden, daß sie eingehalten werden, daß unsere Umwelt verträglich wird und daß sie nicht teurer sind, weil die Bauzeiten verlässlich sind und die Wirtschaft sich darauf einstellt. Nur mit der Wirtschaft, nicht gegen die Wirtschaft können wir eine gesunde Umwelt zurückgewinnen, und dafür setzt der Staat den verantwortlichen Rahmen.

(Beifall)

Wo liegen die Aufgaben des Staates in der Forschung selbst? Die große Kraft unserer Forschung ist die Grundlagenforschung, die reine Wissenschaft, bei Max Planck, an den Universitäten, in der Vielfalt der Institutionen.

Die Stärke unserer Struktur ist außerhalb jeden Streits; sie ist allgemein anerkannt. Aber wir müssen die Voraussetzungen für die langfristige Planbarkeit schaffen. Deshalb haben wir die Großprojekte verabschiedet: die Forschungsschiffe, Tiefbohrungen, die großen Beschleuniger. Deshalb haben wir den Anteil der Grundlagenforschung an unserem Haushalt ständig gesteigert. Er stand über die Jahre bei 25 Prozent. Wir sind jetzt bei über 35 Prozent, und dabei werden wir bleiben, weil es Aufgabe des Staates ist, die Freiheit der Forschung zu sichern, weil Forschung nur gut ist, wenn sie frei ist, nicht gebunden an Ziele, wenn sie von Fragen ausgeht, aber nicht Zwecke angehen will. Nur dann ist der Sprung in das Neue möglich, wenn die einzelne Idee sich durchsetzen kann, wenn der einzelne Wissenschaftler das Neue riskiert, statt das Alte zu verwalten. Wenn der Geist sich ändert, dann kann Forschung erfolgreich sein. Dafür kann der Staat einen Rahmen schaffen, nicht mehr.

(Beifall)

Wir haben in den 70er Jahren Bündel von wachsenden Bürokratien gehabt, von Verwaltungsvorschriften, von Gremien und Gremien. Wenn ein Professor in einem Gremium saß, mußte er auch ins Gegengremium, damit dort nicht das Gegenteil beschlossen wurde. Wir haben ein System entwickelt, in dem sich ein Professor fleißig - und fleißig sind sie - den ganzen Tag beschäftigen kann, ohne mit der Wissenschaft viel zu tun haben zu müssen.

Wir müssen die Freiräume schaffen. Wir haben es erreicht, daß bei der Max-Planck-Gesellschaft und bei den Großforschungseinrichtungen in der Verfügung über die Haushaltspläne und die Stellenpläne vor Ort schnell und direkt entschieden wird. Wenn der Chef eines Instituts wirklich gut ist, dann weiß er besser als jede Administration, wie etwas richtig angelegt wird. Aber der Rahmen muß stimmen, die Verlässlichkeit muß gegeben sein. Wir verwalten öffentliche Gelder, und der Modellversuch hat bis jetzt gezeigt, wie verantwortlich die Wissenschaft mit diesen Möglichkeiten umgeht.

Wir haben in der Forschungspolitik die Märkte nicht zu gestalten. Dies kann nicht die Aufgabe der Politik sein. Politik kennt nicht die Märkte, kennt nicht die Ziele, kennt nicht die Zukunft. Politik, die auf Prognosen aufbaut - wir haben das in den 70er Jahren erlebt-, reproduziert immer nur den Stand der Technik. Das Neue entsteht als Sprung, nicht aus Planung. Und so ist die Forschungsförderung von der Wirtschaft angelegt. Wir schaffen die Rahmenbedingungen. Die Verdingungsordnung für Leistungen ist die Nachfrage nach neuen Produkten, nicht nur nach bewährten Produkten bewährter Anbieter. So haben wir es novelliert. Wir bauen die Normen und den Standard auf. Wir bauen die Netze auf. Hoheitliche Aufgaben des Staates müssen so erledigt werden, daß die Wirtschaft sich darauf einstellen kann, daß sich Märkte entwickeln können, daß die Dynamik entsteht.

Wir fördern die kleinen und mittleren Unternehmen. Wir fördern sie nicht deshalb, weil wir Strukturpolitik betreiben, sondern weil die Zukunft bis weit in den Mittelstand davon abhängt, daß die mittelständischen Unternehmen die neue Technik als Chance und Herausforderung begreifen, auch Unternehmen, die bis jetzt Technik nur am Rande betrieben haben, daß sie sie integrieren, daß sie sie aufgreifen, daß sie sie in maßgeschneiderte Produkte hineinbringen.

Die große Stärke unserer Wirtschaft ist die Dynamik und die Flexibilität des Mittelstandes. Und das Tempo, mit dem wir in den letzten Jahren die neuen Techniken aufgegriffen haben, über ein großes Spektrum vom Laser bis zur numerisch gesteu-

erten Werkzeugmaschine, das ist eine großartige Leistung einer großen Zahl von Unternehmern. Wir werden dies nicht durch eine staatliche Lenkung oder Zielvorgabe einschränken. Die Dynamik ist das Ziel und die Grundlage von künftigen Erfolgen. Hier können wir uns nur auf die Verantwortlichen selber verlassen.

(Beifall)

Wir haben Defizite gehabt in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Es gab in den 70er Jahren die Regel: Ein Professor, der mit einem Unternehmen zusammenarbeitet, begeht Verrat an der Wissenschaft. Wenn dieses geredet wird, dann haben die Leute keine Lust daran. Die Zusammenarbeit wird dann dünner. Wir können die Zusammenarbeit nicht verordnen, aber wir können versuchen, die Kooperationen zu stärken in Verbundprojekten in der Auftragsforschung. Wir wählen dort nicht die Projekte, die wählen die Unternehmen selber. Auf dieser Grundlage helfen wir. Wir helfen auf Zeit. Ein Programm kann nicht dauern. Ein Programm muß sich erledigen. Entweder ist es erfolgreich, dann hat es sich durch den Erfolg erledigt — es darf nur anstoßen —, oder es ist nicht erfolgreich; dann dürfen wir nicht gegen den Markt fördern. Wir können nur Anstöße geben. Daraus entsteht unsere Chance.

Wir haben in dieser Zeit den Anteil des Mittelstandes an unseren Haushalten ständig weiter gesteigert. Der Mittelstand hat 13 Prozent der Forschungskapazität der Wirtschaft. An unserem Haushalt hat er 26 bis 29 Prozent — wiederum nicht deshalb, weil wir dies als Dauerstruktur verfestigen, aber deshalb, weil wir hier erfolgreiche Anstöße brauchen.

Der Staat hat die Aufgabe, die großen Langfristprojekte anzugehen: das Meer zu verstehen, die Ökologie, die Kohle zu verstehen, die Polarforschung, die Antarktis zu verstehen, damit wir sie in ihrer verletzlichen Ökologie bewahren können. Der Staat hat die Aufgabe, Umwelt zu verstehen, so daß sie bewahrt werden kann. Nicht daß der Staat sie völlig verstehen könnte, aber doch so, daß wir die Wissenschaft fragen, daß wir die Wirtschaft fragen, daß wir unsere Partner fragen: Wo entstehen die neuen Risiken? Wie begreifen wir sie? Wo bauen wir die neuen Techniken, die mit den Risiken fertig werden? Nur dann, wenn wir in der ökologischen Wirkungsforschung die Probleme verstehen, können wir Techniken entwickeln, die sie lösen. Nur dann kann der Staat so entscheiden, daß seine Entscheidungen zu Umweltschutzgesetzen und Verordnungen so dauerhaft, tragfähig und solide sind. Nur daraus entsteht Vertrauen der Wirtschaft, das langfristig haltbar ist. Nur darauf können wir aufbauen.

(Beifall)

Wir haben in den neuen Energien Vorsorge zu treffen und alle Chancen zu prüfen. Wir können nicht — es ist gesagt worden — aus der Kerntechnik aussteigen, bevor wir wissen, in was wir einsteigen. Aber wir müssen alle Möglichkeiten ergreifen, um das Neue so schnell und zügig wie möglich zu entwickeln, so daß wir die Alternative in einer großen Palette von Möglichkeiten haben. Nur dann wird rechtzeitig Vorsorge getroffen sein, daß Wirtschaft sich dynamisch weiterentwickelt, daß knappe Ressourcen abgelöst werden durch mehr Technik und mehr Intelligenz, daß wir in Zukunft in einer begrenzten Welt gemeinsam überleben können.

(Beifall)

Wir haben bei der Waldschadensforschung 1982 die große Problematisierung gehabt. Im Haushalt waren die Aufwendungen fast null, 0,2 Millionen DM. Es fehlte nicht an der Bereitschaft der Wissenschaft. Wir haben sie gefragt. Innerhalb von sechs Monaten waren Hunderte von Wissenschaftlern an den entscheidenden Fragen dran. Der Staat weiß nicht von vornherein etwas. Der Staat muß fragen. Er muß die Gemeinschaft der Verantwortlichen heranziehen zu einem gemeinsamen Zusammenspiel in der Problemlösung.

Wir haben die Aufwendungen verhundertfacht. Aber das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, daß wir Antworten gefunden haben. Wir haben nicht abgewartet, bis wir alles wissen. Wir haben entschieden, sobald wir hinreichend sicher waren. Daraus entstanden dann die Umweltgesetze, die Walter Wallmann angesprochen hat. Daraus entstand das, was jetzt verlässlich begründet, daß wir unsere Umwelt zunehmend zurückgewinnen — nicht gegen die Wirtschaft, sondern mit der Wirtschaft. Die Verantwortlichen bezahlen die Technik, und deshalb werden sie die beste Technik wählen.

(Beifall)

Wir haben neue Themen aufgegriffen: Denkmalschutz, ein Thema mit Dutzenden von Milliarden DM Verlust in jedem Jahr. Wir verstehen, was im Boden geschieht. Wir arbeiten uns schrittweise heran. Wir versuchen, die Fragen der Gesundheit grundsätzlich neu anzugehen.

Die neuen Themen: Was bedeutet es, wenn die Menschen älter werden? Wie sind die Chancen dafür, daß sie in Würde und Selbstverantwortung altern? Hier kann Politik Voraussetzungen schaffen. Sie kann nichts veranlassen, aber sie darf die Menschen nicht aus ihrer Selbstverantwortung herausjagen in einer Zeit, in der sie noch bereit sind, ihr eigenes Leben und ihre eigene Umwelt mit Kraft und Geistesklarheit zu gestalten.

(Beifall)

Wir müssen begreifen, woran es liegt, daß 80 Prozent der Einlieferungen in psychiatrische Kliniken Rückfälle sind, warum wir in so vielen Fällen keine dauerhaften Heilungen erreicht haben. Wir müssen begreifen, was Rehabilitation wirklich bedeuten kann - nicht nur in der Physis, nicht nur im Organismus, sondern auch in der Haltung eines Menschen in einer schwierigen Situation der Erfahrung von Leid: daß er die Kraft findet, dieses Leid zu bewältigen. Der Mensch ist nicht ein Organismus, den wir durchkonstruieren, nein, er gestaltet sein Leben aus seiner Verantwortung. Wir müssen ihm die Voraussetzungen dafür schaffen, daß er es in Würde und Kraft mit der Hilfe und Solidarität seiner Nächsten tun kann.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heinz Riesenhuber. Wir eröffnen jetzt die Diskussion. Als erster hat unser Freund Christoph Böhr das Wort.

**Christoph Böhr**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Heinz Riesenhuber hat, wie ich finde, in beeindruckender Weise den Entwurf einer Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht vorgestellt. Ich möchte sagen, daß in den Jahren seit dem

Regierungswechsel 1982 niemand so wie Heinz Riesenhuber mit seiner ganzen Person für ein solches Konzept der Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht eingestanden ist und die Politik dieser Regierung in einer außerordentlich positiven Weise geprägt hat.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, Heinz Riesenhuber hat auch davon gesprochen, daß es in Teilen unserer Bevölkerung nach wie vor eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der Technik gibt. Ich denke, es ist richtig, den Gedanken aufzugreifen, den er hier vorgetragen hat: daß es Ziel unserer Politik sein muß, diese Zurückhaltung zu überwinden, einen möglichst breiten Konsens dort herzustellen, wo es um die Nutzenanwendung von Technik geht.

Es ist sicher richtig, daß eine skeptisch distanzierte Einstellung zur Technik in den letzten zehn, vielleicht sogar fünfzehn Jahren vornehmlich in Teilen der jungen Generation artikuliert wurde. Aber richtig ist auch, meine Damen und Herren, daß viele der Untergangspropheten nicht recht hatten. Denn es gab beispielsweise nie eine ausgesprochene Technikfeindlichkeit, selbst in der jungen Generation nicht. Es gab bestenfalls so etwas wie eine Distanz oder eine gewisse Skepsis.

Da wir keine Alternative dazu haben, unsere Gesellschaft mit hochentwickelter Technik auszubauen und voranzutreiben, denke ich, muß es unser Ziel sein, diese Kluft, soweit sie entsteht, zu überwinden. Dazu möchte ich drei kurze Bemerkungen machen.

Erstens. Meine Damen und Herren, mir scheint es notwendig, daß wir uns auf das besinnen, was wir als Christliche Demokraten unter Fortschritt verstehen. Es gibt keine automatische Koppelung zwischen technischer Fortentwicklung und humanem Fortschritt mehr. Technische Fortentwicklung beinhaltet Chancen, sie beinhaltet aber auch Gefahren. Ich denke, wir müssen klarmachen, daß wir unter Technik nicht nur Kernenergie verstehen, sondern daß Technik — wie es Heinz Riesenhuber vorgetragen hat — etwa für einen besseren Umweltschutz unabdingbar ist. Es gibt keinen wirksamen Umweltschutz, wenn wir die Technik nicht fortentwickeln. Wir müssen klarmachen, daß Technik für eine bessere Medizin notwendig ist. Weite Teile der Krebsforschung lassen sich ohne hochentwickelte Technik überhaupt nicht mehr denken.

Wir müssen klarmachen, daß Technik für eine weitere Humanisierung unserer Arbeitswelt notwendig und unabdingbar ist. Das vor allem gehört zum technischen Fortschritt und zur Fortentwicklung von Technik.

Zweitens. Wir müssen über die Dimensionen technischer Nutzenanwendung nachdenken. Überall dort, wo Technik geradezu gigantische Ausmaße annimmt — beispielsweise in der Energiewirtschaft —, wo sie nicht mehr überschaubar ist, wo sie für den einzelnen nicht mehr nachvollziehbar ist, überall dort wächst die Ablehnung, wachsen Skepsis und Distanz gegenüber der Technik. Überall dort müssen wir nach Wegen suchen, Technik auf ein überschaubares Maß und auf überschaubare Dimensionen zurückfahren, die für den einzelnen nachvollziehbar sind. Wir müssen zu Größenordnungen zurückfinden, die dem Menschen angemessen sind.

Drittens. Walter Wallmann, unser Umweltminister, hat vor wenigen Tagen gesagt: Wir müssen über Technik und ihre Nutzenanwendung nicht nur nachdenken, sondern

wir müssen verstärkt vordenken — etwa über die Folgen technischer Nutzenanwendung —, bevor wir uns zu einer solchen Nutzenanwendung entschließen. Das Stichwort, das hier aufgerufen wird, ist die Technikfolgenabschätzung. Ich möchte diese Aussage von Walter Wallmann sehr nachdrücklich unterstreichen und unterstützen.

Meine Damen und Herren, der Deutsche Bundestag hat in den letzten vier Jahren unter der Leitung von Josef Bugl im Bereich der Technikfolgenabschätzung eine Arbeit geleistet, die meines Erachtens für die Fortentwicklung unserer Gesellschaft ganz wichtig werden wird, wenn wir technische Fortentwicklung im Konsens mit unserer Bevölkerung, auch im Konsens mit der jungen Generation verankern wollen. Wir müssen vor der Nutzenanwendung die Folgen bedenken und uns über die Folgen klarwerden. Darüber müssen wir das Gespräch führen.

Ich denke, daß wir auf einem Weg, der solche Dinge berücksichtigt und der sich an diesen Zielen orientiert, unser Ziel erreichen werden, unsere Gesellschaft als eine menschliche Gesellschaft unter den Bedingungen technischer Fortentwicklung zu gestalten.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Danke schön, Christoph Böhr.

Ich darf Frau Kollegin Wilms bitten, jetzt zu uns zu sprechen.

**Frau Dr. Dorothee Wilms:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn Forschung und Wissenschaft gut sein sollen, dann muß auch das Bildungswesen gut sein. Ich denke, daß wir nach Jahrzehnten einer quantitativen Expansion unseres Bildungswesens in eine neue Phase der Bildungs- und Wissenschaftspolitik eintreten. Es geht jetzt um mehr Leistung, um mehr Qualität. Die vorhandene, sehr ausgebaute Infrastruktur des Schulwesens, der Ausbildungsbetriebe, der Hochschulen muß jetzt so ausgebaut werden, daß wir ein Optimum an Qualität erreichen.

Denn ich denke, wir sind uns darin einig, daß die Qualifikation des einzelnen, das Können und die Tüchtigkeit jedes einzelnen Menschen der wichtigste Rohstoff in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall)

Wir stehen vor der Aufgabe — ich sage das mit allem Nachdruck —, unseren Schulen, unseren Ausbildungsbetrieben und unseren Hochschulen wieder einen Spitzenrang im internationalen Maßstab in der Welt zu geben. Gleichmacherei, wie sie die Sozialdemokraten in der Bildungspolitik immer wieder anstreben — das Irseer Programm gibt Zeugnis davon —, führt zu Mittelmaß und zur Vergeudung von Begabungen, Talenten und Fähigkeiten.

Ich denke, alle jungen Menschen, seien es Schüler, Auszubildende, Lehrlinge oder junge Wissenschaftler, haben ein Anrecht auf die Förderung ihrer jeweiligen Begabungen und Talente. Das ist praktizierte Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik.

(Beifall)

Es ist höchst aktuell, wenn auch von diesem Parteitag dazu ein Signal ausgeht. Meine Damen und Herren, wir brauchen auch in Zukunft in der ganzen Bundesrepublik Deutschland auch unter Berücksichtigung der geburtsstarken Jahrgänge ein vielfältig gegliedertes und differenziertes Bildungssystem,

(Beifall)

und zwar ein Bildungssystem, das jedem eine seiner Begabung gemäße Bildung ermöglicht. Meine Damen und Herren, wir wollen ein Bildungssystem, das sich am Menschen orientiert. Wir lehnen eine Bildungspolitik ab, die die Egalität in der Gesellschaft zum Ziel erhebt. Dies ist nicht unsere Bildungspolitik. Ich denke, wir müssen durchsetzen, daß die Eltern und die jungen Menschen auch in der Bildung die Freiheit der Wahl haben.

Meine Damen und Herren, das Rückgrat von Forschung und Wissenschaft in der Bundesrepublik ist traditionell das Hochschulsystem. Unsere Hochschulen stehen — wie alle anderen Forschungsinstitutionen — vor der Aufgabe, höchste Qualität in Forschung und Lehre zu erreichen oder, wo sie erreicht ist, auszubauen. Dies geht nur, wenn ihnen der Staat mehr Freiraum für höchstmögliche wissenschaftliche Leistung und Profilierung ermöglicht und wenn wir ihnen die Chance zum wissenschaftlichen Wettbewerb geben. Durch die Veränderung des Hochschulrahmengesetzes und die Inangriffnahme der Landeshochschulgesetze sind hier wichtige Schritte eingeleitet worden.

Meine Damen und Herren, um Qualität und Leistung im wissenschaftlichen Wettbewerb zu erreichen, brauchen wir auch eine breite Förderung unseres wissenschaftlichen Nachwuchses. Wir müssen unsere jungen Menschen fördern, die den Wunsch und die Qualifikation haben, in die Wissenschaft zu gehen. Wir brauchen auf allen Ebenen die Kreativität junger Wissenschaftler und ihr hohes Fachwissen, ohne die Spitzenleistungen nie zu erreichen sind.

Meine Damen und Herren, wenn wir hier von jungen Wissenschaftlern reden, so möchte ich gleich hinzufügen: und von jungen Wissenschaftlerinnen, von jungen Frauen, die auch auf diesem Feld ihre Frau stehen können.

(Beifall)

Ich möchte noch einen Gedanken aufgreifen, der jetzt schon zweifach angeklungen ist, und zwar bei Herrn Riesenhuber und Herrn Böhr. Zu Qualität und Leistung gehört zukünftig auch ein Verantwortungsethos, gehört die Verantwortung auch für die wissenschaftliche Arbeit. Ich denke, wir müssen in den Hochschulen mehr als in der Vergangenheit Fragen der wissenschaftlichen Ethik thematisieren. Dazu bedarf es — mehr als dies in Deutschland traditionell üblich war — der Zusammenarbeit zwischen Philosophie, zwischen Geisteswissenschaften, zwischen naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen.

Und ein Letztes möchte ich anmerken. Forschung und Wissenschaft und Spitzenleistung auch an den Hochschulen kosten Geld. Hier sind Bund und Länder aufgerufen. Aber wir müssen noch mehr als bisher auch private Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung von Forschung und Wissenschaft aufsuchen. Die Drittmittelforschung, erleichtert durch die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, ist der eine Weg. Wir werden uns aber auch in den nächsten Jahren noch viel stärker als bisher dem Gedanken der Stiftung in der Wissenschaft, in der Forschung mit den nötigen

Förderungen zuwenden müssen. Dies hat einen sehr gesunden finanziellen Aspekt, aber, meine Damen und Herren, ich halte es für genauso wichtig, daß es uns gelingt, in der Forschungsförderung auch zu einer Pluralität der Quellen und der finanziellen Fördermöglichkeiten zu kommen. Eine solche Pluralität der Förderung verhindert auch Monopolisierungen, sei es des Staates oder sei es auch privater Geldgeber.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist CDU-Politik, immer wieder festzustellen: Der Staat hat die Rahmenbedingungen zu setzen, so auch im Bildungswesen, in der Wissenschaftspolitik, in der Forschungspolitik. Der Staat hat den Rahmen dafür zu setzen, daß die Menschen und daß die Institutionen zu einem Höchstmaß an Qualität und Leistung finden können. — Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Wilms.

Bevor ich Herrn Professor Maier-Leibnitz bitte, das Wort zu nehmen, darf ich feststellen: Mir liegen im Augenblick vier Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, daß, nachdem Herr Professor Maier-Leibnitz gesprochen hat, Herr Schwarz-Schilling, Frau Breuel, Herr Vogel und Herr Hassemer — das sind die vier Wortmeldungen, die mir vorliegen — sich jeweils vorbereiten. Dann werden wir die nächste Runde eröffnen.

Bitte schön, Herr Professor Maier-Leibnitz.

**Prof. Dr. Heinz Maier-Leibnitz:** Meine Damen und Herren! Wissenschaft und Technik brauchen zur Innovation Kenntnisse als Grundlagen, die Fähigkeit, sie zu vermehren und mit ihnen zu arbeiten. Und dann braucht man den Willen und die Fähigkeit, diese Kenntnisse zusammen mit der Wirtschaft und anderen Stellen anzuwenden. Man braucht darüber hinaus sehr oft einen Staat, der — erstens — Freiheit gibt, wie Herr Riesenhuber gesagt hat, und der — zweitens — wo nötig zusätzlich helfend eingreifen kann.

Innovation braucht Menschen. Hier sind Schule und Hochschule gefordert. Sie haben entscheidende Bedeutung für unsere Zukunft. Die Hochschule ist der Ort für die Bewahrung und die Weitergabe der Kenntnisse in der Welt. Forschung vermehrt sie. An der Spitze der Welt zu sein, ist ein erreichbares Ziel. Die Politik muß helfen und vor allem zu besonderen Leistungen ermutigen und diese anerkennen, wie Frau Wilms es gerade gesagt hat.

Dann noch etwas, was Herr Riesenhuber betont hat. Die Qualität eines Erziehungssystems wird in Zukunft mehr und mehr auch daran gemessen werden müssen, wieweit es gelingt, das Denken — das des Mathematikers und des Naturwissenschaftlers ebenso wie die allgemeine Bildung, die Geisteswissenschaften — zum Gemeingut zu machen. Andere Länder sind uns in dieser Gemeinsamkeit bei der Bildung weit voraus.

Die Zukunft gehört einer Gesellschaft, in der der Prozeß der Innovation von allen getragen wird, in der zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im weitesten Sinne eine Symbiose besteht, wo technischer Fortschritt, wirtschaftliche Gesichts-

punkte und Werte abgewogen werden müssen. Wir brauchen eine Diskussion zwischen allen diesen Gebieten.

In der Öffentlichkeit kann rationale Argumentation nur eine untergeordnete Rolle spielen. Wir sind ganz in der Domäne der Werte und der Emotionen. Alle Partner müssen hier dazulernen und ihr Publikum besser verstehen. Der Wissenschaftler braucht mehr Vertrauen, und er kann es nur erhalten, wenn er die akademische Ethik beachtet. Die akademische Ethik hat — das ist öffentlich nicht genug bekannt — eine ungeheure Bedeutung. Sie gibt dem Wissenschaftler auf, selbst als erster an seinen Ergebnissen zu zweifeln und alle Kritik zu suchen und sorgfältig zu analysieren. Auch die Politiker und das Publikum können die ernsthaften Wissenschaftler von denen unterscheiden, die die wissenschaftliche Ethik anderen Zielen unterordnen, und sie können sie dann von Entscheidungen ausschließen, wenn sie sich nicht an diese Ethik halten.

(Beifall)

Ich glaube nicht, daß dies unmöglich oder schwierig sein sollte.

Schließlich möchte ich noch ein Wort zur Verantwortung des Wissenschaftlers sagen. Diese Verantwortung betrifft nicht die Entdeckungen, die er macht, weil man vorher nicht weiß, was herauskommen kann. Die Verantwortung besteht in erster Linie darin, daß sich der Wissenschaftler an die Gebote der wissenschaftlichen Ethik hält.

Und noch etwas ganz Wichtiges: Bei der Anwendung muß er alles beitragen, was nur er weiß; er muß vor allem auch Warnungen beachten, und er muß bereit sein, mit der Wirtschaft, und zwar von Person zu Person, zusammenzuarbeiten. Er muß mithelfen, daß die Kontakte hier sehr eng und gut sind. Ich meine, es ist dafür auch wichtig, daß die Wirtschaft als Mäzen auftreten kann, daß sie in Stiftungen mitwirkt. Was Frau Wilms über die Stiftungen gesagt hat, ist auch sehr wichtig.

Und beim Nachwuchs kann der Wissenschaftler vielleicht mehr als andere darauf hinwirken, daß die Jüngeren wieder große Leistungen anstreben. Junge Menschen sind nach meiner Erfahrung zu ganz großen Leistungen befähigt, wenn sie in einer entsprechenden Umgebung fröhlich tätig sein können.

(Beifall)

Dann muß das Wort Abwägung fallen. Der Wissenschaftler, aber auch alle anderen, die beteiligt sind, die Wirtschaft und vor allem die Politik, müssen lernen, ihre Partner besser zu verstehen, an der Abwägung teilzunehmen. Genau dies wird natürlich nicht nur von den Wissenschaftlern, sondern auch von der Politik gefordert. Dann kommen beide zusammen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen. Auf diese Weise ist es möglich, optimale Entscheidungen vorzubereiten.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Maier-Leibnitz.

Ich darf unseren Freund Christian Schwarz-Schilling bitten, das Wort zu ergreifen.

Ihm folgt Frau Breuel. Es gibt auch Mikrophone im Saal. Wer von dort sprechen möchte, hat die Gelegenheit, von dort aus zu sprechen. — Bitte.

**Dr. Christian Schwarz-Schilling:** Liebe Freunde! Es besteht kein Zweifel darüber, daß insbesondere die Telekommunikation zu den großen Wachstumsbereichen moderner Technologie gehörte, und zwar weltweit und nicht nur hier in Europa. Es besteht weiterhin kein Zweifel darüber, daß wir uns in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren, in denen weltweit entsprechende Entwicklungen in Gang gekommen sind, nämlich von Mitte der 60er bis Anfang der 80er Jahre, vorwiegend in Grundsatzdiskussionen erschöpft haben, ohne konkrete Entscheidungen zu treffen. Das bedeutete, daß wir in vielen Bereichen weltweit nicht den Anschluß bekommen haben.

Grundsatzdiskussionen sind sicherlich richtig und gut, nur muß man natürlich wissen, daß gerade in der Kommunikation ein menschliches Grundbedürfnis befriedigt wird, das genauso zum Nutzen wie zum Schaden der Menschen benutzt werden kann. Wenn wir uns einmal die Erfindungen auf dem Gebiet der Kommunikation ansehen, dann beginnt es mit der Schrift. Die Schrift hat dazu geführt, daß die Hochkulturen entstanden sind. Ohne Schrift gäbe es keine Hochkulturen, weder in Griechenland, China, an Euphrat und Tigris oder in Ägypten.

Der zweite große Schub war die Buchkultur, der Buchdruck. Das war die Voraussetzung für Wissenschaft und Technik und damit auch die Voraussetzung für viele Risiken unserer Welt.

So stehen wir heute vor einem Zeitalter der elektronischen Kommunikation, die die gleichen Chancen wie diese anderen Erfindungen der Kommunikation oder aber auch große Risiken beinhalten. Deswegen ist vollkommen richtig, was Herr Kollege Wallmann und Herr Böhr hier über die Technologieabschätzungen, die wir vornehmen müssen, gesagt haben. Darauf komme ich gleich zurück.

Wichtig scheint mir nur, daß wir bei der Beurteilung nicht zu schnell die Fakten aus den Augen verlieren und uns in Ideologien austoben. Da haben wir festzustellen, daß in den 70er Jahren in der Massenkommunikationstechnologie die Anwendung moderner Technik damit verhindert wurde, daß man sagte, damit würden unsere Familien zerstört. Was war die Konsequenz? Die Konsequenz war, daß wir einen riesigen Schub von Videorecordern aus Japan nach Deutschland bekamen, daß die Familien Videobänder mit schlimmsten Programmen gekauft haben und daß damit genau das eingetreten ist, was man verhindern wollte.

(Beifall)

Es reicht also nicht, nur so zu tun, sondern man muß Technologien richtig anwenden. Man kann nicht durch Blockade die falsche Nutzung abwenden.

(Beifall)

Damit sind auch keine Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen worden, sondern sie sind in Japan geschaffen worden, und die schlechten Ergebnisse sind nach Deutschland transportiert worden. Manche haben es ja bis heute noch nicht begriffen. Ich denke nur an die Borniertheit von Herrn Börner, der moderne Technologien im Stile eines absoluten Fürsten in seinem Lande verhindern will, wie es früher einmal entsprechende Regionalfürsten beim Buchdruck gemacht haben. Aber sie haben

nach 20 Jahren gemerkt, daß sie die Bücher doch nicht an ihren Grenzen aufhalten konnten.

(Beifall)

Hier haben wir, gemäß dem, was Kollege Riesenhuber gesagt hat, den Staat wieder auf die Rahmensetzung und nicht auf die inhaltliche Festlegung zurückgeführt. In der Regierungserklärung von Helmut Kohl wurde die Blockade auch für die Kommunikationstechnologie beendet. Wir sind mit Hochdruck dabei, den Anschluß wiederzufinden.

Aber wir müssen natürlich auch die Frage stellen, die viele besorgte Bürger an uns stellen, nämlich: Können wir denn wirklich wissen, was mit der einen oder anderen Technologie geschieht? Es gibt z.B. Menschen, die grundsätzlich sagen: Technische Apparate zwischen den Menschen sind böse. Sie behinderten die Kommunikation zwischen Menschen. Das ist falsch. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Das Telefon ist in unserer heutigen bewegten Welt eines dieser technischen Apparate, die gerade die personale Kommunikation von Familienmitgliedern, Freunden, zwischen den Generationen, ja zwischen den Erdteilen in einer Weise verdichtet haben, wie wir sie uns vorher gar nicht vorstellen konnten.

Aber die Frage ist: Wie weit können wir prognostizieren? Und da stelle ich mit zunehmender Sorge fest, daß wir, wohl der deutschen Gründlichkeit und Mentalität entsprechend, stark dazu neigen, die Auseinandersetzung mit der Technologie zu einer Schwarz-Weiß-Ideologie zu machen. Der Sinn technologischer Forschung und Entwicklung wird viel zu häufig nach Ausschließlichkeitsgrundsätzen beurteilt. Hierbei erliegen wir sehr schnell der Versuchung, den derzeitigen Erkenntnisstand festzuschreiben und über Jahrzehnte auf die Zukunft hochzurechnen. Dabei geben sich einige Leute jede erdenkliche Mühe, alle möglichen Implikationen einzubeziehen und zu bewerten, um dann letztendlich eine mit mathematischer Sorgfalt ermittelte Entscheidung für oder gegen einzelne Technologien zu finden. Sie vergessen jedoch, daß gerade die letzten Jahre gezeigt haben, wie begrenzt und unvollkommen die technologische Prognosefähigkeit des Menschen ist und wie schnell Projektionen in die Zukunft von der Realität eingeholt werden. Niemand konnte vor zehn Jahren vorausahnen, welche Riesenschritte in der Mikroelektronik in der Zeit der 70er und 80er Jahre auf uns zukommen, die selbstverständlich größte Rückwirkungen auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft haben. Denn die Innovationssprünge, die sich auf allen Teilgebieten der Technik abspielen, lassen durch ihre gegenseitigen Verknüpfungen Technologien immer wieder zu einer neuen Blüte gelangen, von der wir vor fünf oder acht Jahren gar nicht wußten, daß sie in einer entsprechenden Kombination eine neue Auferstehung erlebt.

Deswegen glaube ich, daß die Methode, 20 Jahre lang Grundsatzdiskussionen zu führen und zu meinen, dann wären wir klüger geworden, falsch ist. Wir müssen eine Grundsatzdiskussion in einer angemessenen Zeit führen, und dann müssen wir den Mut zur Entscheidung haben, aber dann auch noch etwas Wichtigeres: auch den Mut zur Korrektur. Das ist die einzige Chance, die wir haben.

(Beifall)

Und da sind uns die anderen Länder voraus. In den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in Japan — wo immer Sie hinschauen — geht man die Dinge

pragmatischer an und bemüht sich dann, die entsprechenden Korrekturen vorzunehmen.

Meine lieben Freunde, ich möchte eines dazu sagen: Das hängt auch mit unserem Menschenbild zusammen. Wir müssen uns ein bescheideneres und damit treffenderes Menschenbild auch in diesen Fragen zulegen, und wir müssen selber die Begrenztheit unserer Zukunftsprognosen kennen. Was wir brauchen, ist ein neuer Regelkreis zwischen Situationsanalyse, politische Entscheidung, praktischem Ergebnis, das die politischer Entscheidung hervorgerufen hat, Informationen über dieses Ergebnis seitens der Betroffenen für die politischen Entscheidungsträger — ein Schritt, der heute überhaupt nicht existiert — und der Mut zur Nachkorrektur der politischen Entscheidung. Wenn dieser Regelkreis nicht installiert wird, wird der Aktionsraum der Politik von Jahr zu Jahr geringer. Wir werden vor der technologischen Entwicklung an der Wand stehen, weil sie uns überrollt, ehe wir überhaupt nachgedacht haben.

(Beifall)

Ich möchte auch sagen, daß der Kollege Bugl in seiner Enquete-Kommission hier ganz entscheidende Erkenntnisse beigebracht hat. Wir müssen das jetzt praktisch umsetzen, um diesen Regelkreis auch in Gang zu setzen.

Meine Damen und Herren, ich möchte schließen mit einem Zitat von Kant, das heute noch genauso wie damals gilt: „Die Notwendigkeit des Entscheidens geht über die Möglichkeit der Erkenntnis hinaus.“ Das gilt für Unternehmer, das gilt für Politiker, das gilt für Folgenabschätzer, das gilt für Grundsatzdiskussions-Kombattanten. Wir müssen wissen, daß wir immer wieder neu den Mut zur Entscheidung brauchen, daß wir aber fähig sein müssen hinzuzulernen und daraufhin wieder neu zu entscheiden.

Die Grundsatzdiskussionsleute meinen, wenn sie zwanzig Jahre grunddiskutiert haben, könnten sie ein Gebiet abhaken. Dabei sind sie nach den zwanzig Jahren auf einer Stufe, auf der sie überhaupt nicht angefangen hatten. Bloß, sie haben nichts gemerkt, weil sie nur geredet haben. Andere haben gehandelt. Wir müssen wieder lernen zu reden, zu denken und zu handeln und dann wieder über das nachzudenken, was wir getan haben, den Informationsfluß aufzunehmen und erneut zu korrigieren. Das ist die einzige Chance, um auch der Politik einen Entscheidungsspielraum zurückzugewinnen, der sonst von den Technologien überrollt wird. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich darf jetzt Frau Breuel ans Rednerpult bitten. Danach machen wir eine Expertenrunde und hören zunächst aus der Wissenschaft Herrn Professor Staudt und dann aus der Praxis Herrn Kollegen Leister. — Bitte schön, Frau Breuel.

**Frau Birgit Breuel**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, daß die CDU heute ein Zukunftsmanifest diskutieren und dann auch verabschieden wird. Ich glaube, es ist ganz entscheidend, sichtbar zu machen, daß diese Partei nicht nur für den materiellen Wohlstand sorgen kann — dieses haben wir bewiesen und als einzige leisten können —, sondern daß diese Partei den Menschen auch eine Perspektive für die Zukunft gibt. Dies um so mehr, meine Damen und

Herren, als wir in den vergangenen Monaten und Jahren ganz intensiv die Erfahrung gemacht haben, daß mehr Wohlstand nicht automatisch dazu führt, daß die Menschen glücklicher sind. Unsere Aufgabe muß es sein, den Rahmen zu schaffen, den Menschen wieder die Chance zu geben, auch glücklicher zu sein.

Deshalb füge ich hinzu — bei aller Begeisterung für die Ausführungen unseres Bundesforschungsministers —: Die Zukunft wird nicht nur von der Technologie bestimmt. Wir brauchen auch das, was die Amerikaner als Low-Tech und als No-Tech bezeichnen. Ich denke hier speziell auch an die menschlichen, sozialen und kulturellen Dienstleistungen. Auch dies muß im Vordergrund unserer Überlegungen für die nächsten Jahre stehen.

Wenn wir hier über die neue Industriegesellschaft diskutieren, dann wird diese auch Elemente einer nachindustriellen Gesellschaft beinhalten müssen, die den Menschen stärker in den Mittelpunkt stellt und den Produktionsprozeß gegenüber anderen Prozessen hintanstellt.

Meine Damen und Herren, die Chancen, die heute morgen aufgezeigt worden sind, bergen Möglichkeiten, aber auch Risiken für die Wirtschaft. Schauen wir uns doch mal an, was wir gegenwärtig erleben.

Wir erleben gewaltige technische Schübe, die teilweise zu einem immer größeren Konzentrationsprozeß führen mit der Konsequenz, daß die Gefahr besteht, daß die Großen den Markt erobern und die Kleinen auf der Strecke bleiben. Aber gerade die neuen Technologien beinhalten auch die Chance, daß dezentrale, kleine Einheiten eine Zukunft haben können. Und das sind in weiten Teilen die menschlicheren Einheiten, denen wir uns stellen.

(Beifall)

Denn sonst, meine Damen und Herren, werden wir eine Entscheidung und einen Prozeß erleben, der unterscheidet zwischen Frühanwendern — das sind die Großen — und den Spätanwendern — das sind die Kleinen. Und dann werden wir ein völlig neues Gefälle zwischen Großen und Kleinen bekommen. Die Soziale Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn Große und Kleine friedlich im Wettbewerb miteinander erfolgreich arbeiten.

Schauen wir uns mal einen kleineren Betrieb an! Der Weg bis zur Markteinführung eines Produktes oder einer Dienstleistung wird immer länger, wird immer teurer. Die Informationen, die heute kleinere Firmen genauso brauchen wie große, sind für diese oft viel schwerer zu erwerben, weil sie eben die neuen Technologien nicht so schnell verfügbar haben. Das heißt, wir haben dort erhebliche Informationsdefizite. Die Qualifizierung, von der heute morgen zu Recht so viel gesprochen worden ist, findet bei großen Betrieben, die hierfür Stäbe haben, leichter statt als bei kleineren Betrieben. Deshalb glaube ich, daß hier in den nächsten Jahren sehr stark unsere Aufgabe liegt, um auch den Menschen, die in kleinen Betrieben arbeiten wollen, in der Zukunft eine angemessene Chance zu geben. Das heißt, daß Forschungsrichtungen ihre Ergebnisse gleichmaßen für Große und Kleine öffnen müssen.

(Beifall)

Es heißt auch, daß der Informationsbedarf bei den kleinen Betrieben durch eine viel

bessere Beratung befriedigt werden muß. Ich sage nochmals: sie hinken sonst hinterher, aber wir brauchen sie ganz entscheidend.

Dies heißt aber auch, meine Damen und Herren, daß die Investitionen, die die öffentliche wie auch die private Hand in den nächsten Jahren tätigen, erhebliche Umschichtungen erleben müssen. Wir brauchen nicht mehr in dem Umfang der Vergangenheit die Sachinvestitionen. Hier hat es auch sehr sichtbar Sättigungsgrenzen gegeben, ganz zu schweigen von den Folgekosten. Wir brauchen eine Umschichtung in Humaninvestitionen, und das in allen Bereichen, von den Hochqualifizierten bis zu denen, die weniger qualifiziert sind. Denn daran besteht für mich überhaupt kein Zweifel: Wir werden in Zukunft nicht allein von den Sachinvestitionen leben, sondern vor allem von dem, was an Wissen in den Köpfen der Menschen vorhanden ist. Das ist das Kapital unserer Zukunft, das es zu gestalten und zu entwickeln gilt.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt hinzufügen, der, wie ich glaube, eine große Rolle spielt. Eine Zeit, die exponentiell wachsende technische Schübe erlebt, eine Zeit mit immer schneller eintretenden Technologiefolgen, ist auch eine Zeit, die die Gefahr in sich birgt, daß eine gewisse Sterilität und Langeweile für die Menschen ausbricht - vielleicht ein Teil der Erklärung, warum Menschen heute glauben, nicht immer glücklich sein zu können.

Um so wichtiger ist es, daß wir die dritte Säule neben Wirtschaft und Wissenschaft, nämlich die Säule Kultur, stärker akzentuieren. Wir werden die Zukunft nur dann attraktiv gestalten können, wenn wir Kreativität, wenn wir Regeneration, wenn wir das, was den Menschen inhaltlich wirklich ausmacht, was sein Leben gestaltet, stärker zum Tragen kommen lassen. Hier haben wir als CDU eine besondere Aufgabe.

Deswegen lassen Sie mich abschließend sagen: Drei Säulen brauchen wir, um unsere Zukunft bewältigen zu können. Das ist die Wirtschaft mit allen ihren sozialen Komponenten, insbesondere auch der Dienstleistungen, die eine bedeutende Rolle spielen werden. Das ist die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Als dritte Säule aber ist es die Kultur, die uns die Chance gibt, unsere Zukunft kreativ zu gestalten. — Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Kollegin Breuel. — Jetzt Herr Professor Staudt und dann Herr Kollege Leister. — Bitte schön.

**Prof. Dr. Dr. Erich Staudt**: Meine Damen und Herren, mit dem Programmatischen habe ich als Wissenschaftler eigentlich keine Probleme. Das ist auch kein Wunder auf einem Wahlparteitag. Mit dem, was Minister Riesenhuber zum grundsätzlichen Ansatz gesagt hat, kann ich mich auch anfreunden. Erhebliche Probleme habe ich allerdings mit der in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten Politik auf den Gebieten Wissenschaft und Technik. Sie wird ja nicht nur von einzelnen Ministerien in Bonn aus betrieben — sogar dort allerdings auch widersprüchlich —, sondern auch in allen Provinzen bis herunter zum lokalen Wirtschaftsförderer. Hier ist eine Verwirrung in den Köpfen, auch bei Mitgliedern Ihrer Partei, eine Verwirrung, die die Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nicht so sauber abbil-

det, wie das hier im Programmatischen dargestellt wurde. Ich möchte also warnen vor etwas, was heute doch sehr verbreitet ist: vor einer naiven technokratischen Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie Bildungspolitik, die daran hängt.

Ich möchte auch warnen vor der Betulichkeit, mit der man sich heute mit notleidenden Unternehmen oder Unternehmensgruppen wie Mittelständlern und ähnlichen beschäftigt. Ich bin der Meinung, daß sich Politiker und Verwalter, die schon die richtige Technik für morgen kennen und direkt oder indirekt für einzelne Gruppen fördern, immer sehr nahe an zentraler Planwirtschaft bewegen, wo man ständig versucht, Chancen zu nutzen und letztlich doch nur Risiken bündelt.

Ich würde auch behaupten, daß dann, wenn die derzeit in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte Mischung aus Technologie- und Regionalpolitik weiter um sich greift, aus dem natürlichen Wettbewerb der Region eine Art Aufforderung zu Bestechung und Erpressung wird. Bestechung deshalb, weil die anderen Wirtschaftsunternehmen das ja auch tun, und Erpressung, weil Unternehmen dann nicht mehr nur den Markt, sondern auch die echten und vermeintlichen Subventionsangebote bewirtschaften müssen.

Und wenn Wissenschaft und Technik, Aus- und Weiterbildung auf vermeintlich fortschrittlichen Gebieten gebündelt werden, wie das bei Politikern immer wieder durchklingt, dann sind Forscher, Institutionen und Mittel gebunden, dann entstehen — auch durch eine gefälligkeitsorientierte Wissenschafts- und Bildungspolitik — verspätet neue Überkapazitäten und Großinstitutionen, und dann fehlen morgen die Mittel für dann aktuelle Aufgaben. Es kommt zu einer Verödung in nicht gerade modischen Bereichen auch im Wissenschafts- und Ausbildungssystem.

Ich bin also der Meinung, der Technologietransfer ist zwar wünschenswert und, wo er funktioniert, sicher auch zu begrüßen, allerdings beinhaltet der Aktivismus, der derzeit in der Bundesrepublik Deutschland um sich greift, das Risiko zu Fehlentwicklungen, zu Fehlentwicklungen kurzfristiger Art, wenn Anwender mit technisch unreifen Ideen, die zu früh aus dem Labors transferiert werden, befaßt sind, und das Risiko zu Fehlentwicklungen langfristiger Art, wenn heute Forschungseinrichtungen einmal mehr an den kurzfristigen Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichtet werden. Denn wer betreibt dann in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich noch mittel- und langfristig wirksame Forschungen?

Was hier also regelmäßig vernachlässigt wird, ist die Arbeitsteilung zwischen dem Wissenschaftssystem und der Wirtschaftspraxis. Was ebenfalls vernachlässigt wird, ist die notwendige zeitliche, inhaltliche und räumliche Differenzierung.

Die zeitliche Differenzierung sollte sich eigentlich aus den verschiedenen Zeithorizonten ergeben, an denen sich die einzelnen Gruppierungen ausrichten. Und die verschiedenen Inhalte ergeben sich dann ganz natürlich aus dieser zeitlichen Divergenz. Die räumliche Differenzierung sollte eigentlich auch Ihre Partei vor der provinziellen Denkart bewahren, die nach der wohnortnahen Hochschule für die Ausbildung heute auch die Nahhochschule für die Industrieentwicklung fordert und in einen Zustand zurückführt, der in der Zeit vor dem Deutschen Zollverein bestand.

Daraus folgt für mich, daß man das Wissenschaftssystem etwas zukunftsoffener ausgestalten sollte, als es viele einflußreiche Regionalfürsten heute tun, und daß das Wissenschaftssystem die Möglichkeit haben oder bekommen sollte, dies auch selbst zukunftsöffener zu gestalten. Ich bin der Meinung, dann ist dieses Wissen-

schaftssystem auch in der Lage, die Ungewißheiten der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung aufzufangen.

Dabei wäre es — auch das ist hier heute morgen schon angeklungen — besonders zu begrüßen, wenn angesichts des hohen erreichten Wohlstandsniveaus in der Bundesrepublik Deutschland — man muß sich ja deutlich machen, daß wir seit dem Deutschen Reich zum erstenmal wieder eine Generation haben, die in sehr breitem Umfang erbt — zunehmend auch private Förderer, also vor allem Wirtschaft und Erben, sich in einer zweckfreien Förderung des Wissenschaftssystems engagieren. Die Entwicklung von freien und unabhängigen Stiftungen, wie sie in anderen Ländern längst praktiziert wird, würde neben dem Staat als Mäzen wesentlich mehr Differenzierung und damit auch Entwicklungsdynamik bei uns zulassen, als es der Staat allein vermag.

Ich könnte mir vorstellen, daß das Einbringen der Verkaufserlöse von Bundesunternehmen Stiftungen nicht schwächen, sondern neue Stiftungen gründen sollte. Darüber hinaus ist der Staat natürlich auch aufgerufen, die geeigneten Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß diese Mittel auch in solche Stiftungen fließen und nicht an anderem Ort verbraucht werden.

Kommen wir zum letzten Punkt, Technologiefolgenabschätzung. Angesichts der hohen Komplexität der Folgen der Technologiefolgenabschätzung — denn das, was hier andiskutiert wird, hat ja Folgerungen —, angesichts der Komplexität neuer Techniken und ihrer breiten Wirksamkeit bei der Umsetzung sind zur Kontrolle in einer Demokratie durchaus Selektionsmechanismen zu installieren, die allerdings nicht — das möchte ich ganz klar sagen — auf rein sozialwissenschaftlichen Technologiefolgespekulationen über noch unbekannte technische Entwicklungen basieren können. Vielmehr brauchen wir eine kompetente interdisziplinäre Wirkungsanalyse und Grenzziehung. Vor allem aber wird man den marktlichen Regulativen dabei eine bevorzugte Stellung einräumen müssen, weil letztere wesentlich intensiver wirken als Technologiebewertungsbehörden.

Über die Einrichtung einer Institution zur Technologiefolgenabschätzung beim Bundestag ist bei uns in der Bundesrepublik Deutschland, Herr Dr. Bugl, eigentlich lange genug diskutiert worden. Trotz verbleibender methodischer Bedenken und klarer Einsicht in die begrenzten Möglichkeiten einer solchen Einrichtung sollte man die Diskussion nicht nach dem Muster „Was wäre, wenn wir eine solche Einrichtung hätten?“ noch in der nächsten Legislaturperiode weiterführen, sondern endlich die Möglichkeiten dazu schaffen und eine entsprechende Institution in der Bundesrepublik Deutschland einmal an der Wirklichkeit testen.

Auch daran wird sich Ihre Partei bewähren, ob sie dieses Thema so ernst sieht und auch einmal in Institutionen gibt oder ob sie nur weiterdiskutieren will.

Eine derartige Einrichtung kann natürlich nicht als Reparatur- oder Kontrollsystem einer ausufernden technischen Entwicklung mißverstanden werden. Sie wirkt vielmehr als erster Teil eines Orientierungssystems, das dem Bundestag und einer breiten Öffentlichkeit objektivierte Information, Mitbestimmung und Mitgestaltung erlaubt. Auch das wird ja immer nur programmatisch angesprochen, aber kaum institutionalisiert.

Eine derartige Einrichtung — da möchte ich nicht mißverstanden werden — ersetzt in keinsten Weise weitergehende Bemühungen um die Deregulation. Ich bin der Mei-

nung, daß es an Stelle der Inflation öffentlicher Hilfsprogramme von der kommunalen Ebene bis zur Bundesebene für innovationsunfähige Unternehmen wesentlich effizienter wäre, gezielt Innovationsbarrieren bei uns abzubauen und bei gleichzeitiger Kontrolle der Rahmenbedingungen entsprechende Freiräume für deren Entwicklung zu schaffen.

(Beifall)

Doch auch eine derartige Deregulation ist ja nicht absolut durchsetzbar — das wäre furchtbar naiv —, und sie wird nur mittel- bis langfristig wirken. Des weiteren — das sieht man bei jeder Deregulationskommission in der Bundesrepublik Deutschland — ist das, was Sie als Politiker als neue Regulative installieren, mengenmäßig wesentlich größer als das, was auf der anderen Seite dereguliert wird. Ich erwarte also in absehbarer Zeit keinen Gleichgewichtszustand.

Da ich aber davon ausgehe, daß man in der Bevölkerung Technologiefolgenabschätzung auch ohne entsprechende Einrichtungen durchführt, dann eben im emotionalen, im irrationalen Bereich, daß das also immer stattgefunden hat und weiterhin stattfinden wird, ist es dringend erforderlich, sich auch den Folgen dieser Technologiefolgenabschätzung zu stellen und in der Zukunft Hilfsmittel und Instrumente zur Verfügung zu stellen, die es erlauben, dem Wissenschaftler und Techniker für technische Entwicklungen schon im Vorfeld — das ist ein Stück Vertrauensschutz, den die Wissenschaft und Technik hier wieder dringend braucht — an Einzelheiten und Rahmenbedingungen sowie gesellschaftlichen Vorgaben zu orientieren, ohne inhaltliche Vorsteuerung. Wenn man weitere Fehlentwicklungen und Investitionsruinen in einzelnen Technikfeldern vermeiden muß, brauchen Wissenschaft und Technik viel mehr Vertrauensschutz durch Vorgaben aus der Politik, als das in der Vergangenheit der Fall war. — Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns sehr bei Ihnen, Herr Professor Staudt. — Nach dem Wissenschaftler jetzt der Praktiker. Bitte schön, Herr Leister.

**Rolf Dieter Leister**: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte in meinem Beitrag zu diesem Forum auch die notwendige enge Nähe zwischen der technischen Entwicklung, die auch Herr Professor Staudt soeben angesprochen hat, und ihrer Anwendung im Markt ansprechen. Das heißt, ich möchte auf jenes Feld hinweisen, wo schlußendlich der Nutzen die Technik bezahlt und damit jede Entwicklung und wissenschaftliche Forschung.

Man hat dazu — Sie haben heute die Zeitungen gelesen — Veranlassung. Eine überregionale Zeitung weist heute im Wirtschaftsteil darauf hin, daß, einer Veröffentlichung des ZVEI zufolge, eine Abflachung der Wachstumskurve bei den Produkten der Computertechnik in Deutschland bemerkbar ist.

Dies ist nichts anderes als die klar absehbare Folge einer Tendenz, die wir seit etwas über einem Jahr in den USA erleben. Der Grund hierfür liegt keineswegs darin, daß

die technischen Produkte weniger attraktiv sind. Der Grund liegt keineswegs darin, daß der Verfall der Preise dieser Produkte und damit der Preisvorteil für den Anwender irgendwo eine Abflachung erfahren hat. Der Grund liegt einzig und allein darin, daß wir im Augenblick erleben können, daß ohne einen neuen Nutzen selbst die beste Technik nicht verkaufbar ist.

Ich möchte meinen Beitrag auf das Feld konzentrieren, in dem ich zu Hause bin, nämlich die Computertechnik und die Nachrichtentechnik, das heißt jene Techniken, die zunehmend zu Systemtechniken, gespeist durch die Innovationen der Mikroelektronik, zusammenwachsen.

Wenn ich die Basistechnologie der Mikroelektronik anspreche, dann müssen wir uns in ihrer Behandlung darüber im klaren sein, daß sie wie selten eine andere Technologie ein Spannungsfeld von Innovation und gleichzeitiger Substitution erzeugt. Dieses Spannungsfeld kann nur durch eine Betonung von neuem Nutzen und nicht durch Rationalisierungsanwendungen alleine harmonisiert werden. Das heißt, wir müssen neben einer basistechnologischen Forschung und Entwicklung — die natürlich notwendig ist — mindestens gleich stark die Förderung der innovativen Anwendung und auch eines entsprechenden organisatorischen und Ausbildungsumfeldes adressieren.

Die Chance für unser Land, mit der Technik an der Spitze des Fortschritts zu stehen, muß deshalb darin gesehen werden, daß wir als Industrieland — um diesen Teil der Wirtschaft anzusprechen — nicht etwa das billigste Kaufhaus der Welt werden, sondern das beste Systemhaus, auch deshalb, weil high tech, so sehr wir auch darüber reden, nur ein verschwindend kleiner Teil unserer gesamten Volkswirtschaft ist und auch bleiben wird.

Unsere Anstrengungen in der mikroelektronischen Basistechnologie sind deshalb nur dann gerechtfertigt, wenn wir sie zügig in die Breite aller Branchen unserer Volkswirtschaft integrieren. Unsere Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in diesem Segment der Branche, sowohl öffentlich als auch privat, stehen eindeutig mit an der Spitze im internationalen Vergleich. Nicht jedoch stehen wir im internationalen Vergleich so eindeutig an der Spitze bei der Umsetzung dieser beherrschten Technologie in Marktanteile. Wir müssen deshalb wesentlich mehr auf den Kundennutzen und weniger auf die Technik allein fixiert sein.

Ich begrüße deshalb sehr, was Sie, Herr Dr. Riesenhuber, hier zur stärkeren Anwendungsorientierung der Forschungspolitik Ihres Ministeriums — die in den letzten Jahren sichtbar geworden ist — ausgeführt haben. Deshalb verstehen Sie bitte meine kleinen Anregungen auch nur als eine Betonung einiger Elemente Ihres Programms. Denn ich unterstelle auch, daß Ihre strategischen Aussagen nicht von heute auf morgen in allen Bereichen Wirkungen entfalten können.

Meine drei Anmerkungen, die ich gerne als Diskussionsbeitrag beisteuern möchte, beziehen sich deshalb auf jene Bereiche, in denen wir, wie ich glaube, Bordinstrumente hätten, um früher in die Nähe Ihrer strategischen Vision zu kommen.

Erstens. Das Kennzeichen der Informationstechnologie ist auf der einen Seite ihre Komplexität, auf der anderen Seite ihre zunehmende Teilnehmernähe. Dies ist in der Nachrichtentechnik ganz besonders deutlich. Völlig gleichgültig, wie ausfallsicher Techniker Technik gestalten und darüber empfinden, ist ihre enge Nähe zum Menschen grundsätzlich fehlergefährdet. Ein altes Sprichwort sagt: Irren ist menschlich. Ich möchte dieses Sprichwort einmal umkehren: Nicht irren dürfen — mit

moderner Technik — ist deshalb unmenschlich. Das heißt, wenn wir weiterhin Komplexität handhaben und verantworten wollen, muß oberstes Ziel die Toleranz der Fehler bei diesen Technologien sein.

Wir brauchen deshalb — Anregung 1 — eine Verstärkung unserer Grundlagenforschung und auch der Entwicklung an der Schnittstelle zwischen dem Menschen und der Informationstechnologie in einem erweiterten sozio-technischen Verständnis. Denn alle Informations- und Kommunikationssysteme sind künftig stärker sozio-technische Systeme.

Zweitens. Natürlich ist Forschungsförderung unverzichtbar, insbesondere die Förderung der Grundlagenforschung. Aber ich glaube, es gehört zum Thema, darauf hinzuweisen: Aufträge an die Industrie sind die beste Technologieförderung. Sie sind grundsätzlich wirksamer, und sie sind auch überschaubarer als Fördermittel. Herr Dr. Riesenhuber, ich weiß aus dem Regierungsbericht „Informationstechnik“, den das Kabinett im März 1984 verabschiedet hat, daß Sie das Thema der innovativen Beschaffung der öffentlichen Hand angesprochen haben. Hier ist noch etwas zu tun. Wir brauchen, sowohl was die VOL als auch das Haushaltsrecht anbelangt, eine bessere Anpassung an die leistungsmäßigen Fähigkeiten in der Mikroelektronik, damit nicht Rationalisierung in der Beschaffung von Informationstechnologien gerade bei der öffentlichen Hand im Vordergrund steht. Denn das ist heute immer noch der Fall.

Wir müsen bei den Beschaffungsprojekten der öffentlichen Hand stärker nach Möglichkeiten suchen, mit Hilfe der modernen Technik qualitative Mehrleistungen zu adressieren. Die Nutzung des Leistungspotentials der Mikroelektronik kann das Ziel einer bürgerfreundlichen Verwaltung am nachhaltigsten unterstützen.

Drittens. Ich glaube, die achtziger und die neunziger Jahre werden in einem technischen Rückblick aus dem nächsten Jahrhundert erstrangig damit gekennzeichnet werden, daß wir Basistechnologien in neuen Infrastruktursystemen mit einer engagierten Zukunftsvision angewendet haben. Dies wird sowohl für die öffentlichen digitalen Fernmeldenetze und -dienste gelten — in denen die Deutsche Bundespost heute eindeutig eine technische Spitzenposition in der Welt einnimmt, auch auf Grund ganz wesentlicher Planerneuerungen in den vergangenen Jahren — als auch für schnellere Transporte auf der Schiene.

Die staatliche Förderung beider Infrastrukturmaßnahmen erfordert den Mut, im täglichen Wettstreit verschiedener Technologien eine Langfristplanung durchzusetzen. Ich erwähne das Wort Mut vor allem nach dem, was Herr Dr. Schwarz-Schilling gerade gesagt hat. Der Mut ist deshalb gefordert, weil wir nicht mehr in einer Welt des technischen „entweder — oder“ leben. Wir müssen technische Optionen in einem Gesamtszenario beherrschen. Das gilt sowohl für die Nachrichtentechnik in der Notwendigkeit der parallelen Anwendung von Glasfasertechnologie und Satelliten als auch für die Bahntechnik in der parallelen Erprobung schnellerer Rad-Schiene-Technologien und der Magnetbahntechnologien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, staatliche Unterstützung der mikroelektronischen Schlüsseltechnologie ist aus verschiedenen Gründen in unserem Land unverzichtbar. Sie wird aber nur zweitrangig darüber entscheidend sein, ob wir an der Spitze des Fortschritts weiter mithalten. Digitaltechnik, so komplex sie ist, entsteht heute viel schneller in den Labors und in den Entwicklungshäusern, als wir in der Lage sind, neue Märkte für Digitaltechnik zu bauen. Wir müssen unseren

Fokus deshalb sehr viel stärker auf die Breitenutzung dieser wichtigen Technik legen. Wir müssen unseren Fokus wesentlich stärker als bisher auf die Förderung neuer Märkte legen und weniger auf die Förderung dieser Technik.

Weil digitale Produkte nur aus dem Nutzen heraus und nicht aus dem Kostenvorteil erklärbar sind, kann der Politiker alleine nicht die Rolle des Dolmetschers zwischen Technik und Gesellschaft einnehmen. Aber er kann meiner Überzeugung nach helfen, daß zumindest in seiner unmittelbaren Umgebung, in seinem unmittelbaren Einflußbereich dieser Nutzen am konsequentesten gefördert wird und Informationstechnik für Mehrleistung am deutlichsten sichtbar wird.

Ich glaube, daß es wegen der hohen Publikumsnähe der wesentlichste Beitrag im Zusammenhang mit modernen Infrastrukturen ist, daß ein Land und damit eine Gesellschaft erkennt und erlebt, welchen Zusatznutzen, welche Zusatzqualität durch moderne Technik möglich ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Leister.

Mit einem Blick zur Uhr möchte ich daran erinnern, wir wollen uns bemühen, unser Forum einigermaßen zeitig zu Ende zu bringen. Ich habe jetzt noch insgesamt sieben Wortmeldungen, die wir nach Möglichkeit auch abhandeln wollen.

Als nächster hat Herr Kollege Gölter das Wort.

**Dr. Georg Gölter:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte einen vergleichsweise bescheidenen Gesichtspunkt aufgreifen, der in dem einleitenden Referat von Herrn Riesenhuber eine Rolle gespielt hat. Wenn wir ernst damit machen, durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts zu stehen, dann werden wir uns in der Bundesrepublik Deutschland den jetzt auch mit breiter Zustimmung der Union praktizierten Verlust an Kreativität und Spontaneität in der Lebensphase zwischen 18 und 25 Jahren nicht weiter leisten können. Die jungen Leute sind bei uns ganz eindeutig zu alt, wenn sie eigenverantwortliche Tätigkeiten übernehmen.

(Beifall)

Hier sieht unsere Bilanz miserabel aus. Die Studienreform in der Bundesrepublik Deutschland ist gescheitert. Sie ist vor allem deshalb gescheitert, weil wir zwar mit Empfehlungen gearbeitet haben, aber nicht mit klaren Vorgaben, und weil wir nicht den Mut gehabt haben, klare Vorgaben gegenüber den Hochschulen durchzusetzen. Sie ist gescheitert, weil man Bildung und Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland mit Perfektionismus verwechselt und weil diejenigen an den Hochschulen, die die Konzepte entwickeln, sich nicht auf das Wesentliche konzentriert haben, sondern Perfektionismus anstrebten. Insofern ist die Autonomie der Hochschulen auch eine sehr gefährliche Geschichte. Ich darf das in den Reihen der Union ja kaum ansprechen.

Allgemeinbildung und Bildung ist nach einer Definition von Erich Weniger, einem der großen Pädagogen der fünfziger und sechziger Jahre, die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, wenn man in die Situation gestellt wird, Verantwortung übernehmen zu müssen. Das ist etwas anderes als Perfektionismus. Ich bin bezüglich der Entwicklung der nächsten Jahre sehr skeptisch. Wir werden dann in vielen deutschen Hochschulen viel Platz haben. Wir werden uns mit der Verkürzung der Ausbildungsgänge mit Blick auf Spontaneität und Kreativität sehr schwer tun. Deshalb müssen wir uns als Union zum Wettbewerb bekennen. Wir müssen ein Klima schaffen, wo es in Deutschland wirklich heißt: Es ist besser und sichert Berufsperspektiven, an einer guten Universität kurz zu studieren — meinerwegen mit einer schlechteren Note — als an einer mäßigen Universität sehr lange.

(Beifall)

Wir müssen mit Blick auf das generelle Thema auch noch einmal über das Thema Gymnasium reden. Die Abiturienten in der Bundesrepublik Deutschland sind im Schnitt 19 Jahre und acht Monate alt. Das ist im internationalen Vergleich ein völlig unmögliches Faktum.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich Zeit hätte, würde ich Ihnen einmal vortragen, welche Erfahrungen ich als Kultusminister dieses Landes mit ein paar Modellversuchen in den Schulen in den letzten zwei Jahren gemacht habe. In vielen Schulen kriegen Sie heute eher ein 14jähriges Gymnasium durch als den Gedanken, ein 12jähriges auszuprobieren.

Hier hat die Union ein großes Feld vor sich. Wir müssen mit entsprechendem Mut darangehen. Wir müssen auch in mehr Alternativen denken. Wer sagt denn, daß alle 12 oder 13 oder 14 Jahre nur das Gymnasium besuchen sollen? Hier müßte mehr in alternativen Möglichkeiten gedacht werden.

Ich weise auch mit einiger Sorge auf einen Punkt hin, der bei uns in den letzten zwei Jahren ein bißchen zu unreflektiert zuviel Beifall findet: der Weg Abitur, Lehre, Bundeswehr oder Ersatzdienst und dann Studium. Die jungen Leute müssen mindestens 30 Jahre alt sein, wenn sie diesen Weg gegangen sind. Die Abiturienten, die in die Wirtschaft gehen und eine Lehre machen wollen, sollen das tun. Aber ich denke, wir sind schon wieder an dem Punkt, wo wir warnen müssen, wo wir den jungen Leuten sagen müssen: Wenn du doch studieren willst, dann bemühe dich mit Blick auf deine Lebensperspektive um einen Studienplatz.

Wenn man diese Aspekte anspricht, dann kommt man in der öffentlichen Diskussion in eine Ecke, als ob man ein unreflektiertes und naives Computerbewußtsein hätte, ein einseitiges Verständnis von informativer Gesellschaft. Ich bin Frau Kollegin Breuel sehr dankbar für das, was sie gesagt hat.

Wir müssen es in der Bundesrepublik Deutschland schaffen, und zwar wir als Union — die SPD ist völlig unfähig dazu —, deutlich zu machen, daß verkürzte, straffe Ausbildungszeiten auch im Informationszeitalter ein Stück Freiheit sind, auch für eine intensiv von Kultur geprägte Gesellschaft ein Stück Möglichkeit sind, daß das keine Gegensätze sind. Wir müssen deutlich machen, daß die Chance, Spontaneität und Kreativität in einer bestimmten Lebensphase viel stärker zu nutzen, uns auch auf Dauer kulturell viel produktiver machen wird als der Trott, in dem wir jetzt sind.

Diesen Trott tragen auch wir von der Union weitgehend mit. Darüber müssen wir uns im klaren sein.

Deshalb, meine ich, wäre die inhaltliche Ausgestaltung des Themas Hamburg, Ausbildungszeiten usw. für einen Bundesparteitag in absehbarer Zeit ein sehr wichtiges und geeignetes Thema.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Kollege Gölter. — Jetzt darf ich Herrn Schelsky bitten.

**Wilhelm Schelsky**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, aus der Sicht eines Arbeitnehmervertreters zu dem Zukunftsmanifest Stellung nehmen zu können. Der Antrag des Bundesvorstandes stellt in meinen Augen einen gelungenen Versuch dar, den Menschen eine Perspektive für die Zukunft aufzuzeigen. Lassen Sie mich trotzdem noch einige Bemerkungen — arbeitnehmertypisch im Doppelschritt — machen, die ihren Ursprung in der Praxis eines technologisch ausgerichteten Unternehmens haben.

Die Entwicklung im Bereich der Naturwissenschaften und der Technik haben in den letzten Jahren für die Arbeitnehmer drei spürbare Folgen gehabt: erstens eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung ihres jeweiligen Unternehmens, zweitens das zum Teil sprunghafte Ansteigen der Zahl der Arbeitsplätze — der von qualifizierten Mitarbeitern leider nicht in ausreichendem Maße — und drittens das Sich-Identifizieren der Arbeitnehmer mit ihren Aufgaben in wachsendem Maße.

Der Zustand der inneren Kündigung scheint mir heute bei vielen Kollegen überwunden zu sein. Es ist daher unbestritten, daß nur weiterer technologischer Fortschritt uns die Konkurrenzfähigkeit weltweit erhält, unsere Arbeitsplätze sichert und dem Arbeitsleben einen Sinn gibt. Dem widerspricht auch nicht die Tatsache, daß wir leider immer noch eine viel zu hohe Anzahl unverschuldet Arbeitsloser aus wohl zu lange subventionierten Industriezweigen haben.

Das Zukunftsmanifest fordert, bei Einsatz und Verwendung neuer Techniken die Arbeitnehmer zu beteiligen. Die Forderung des DGB nach Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien ist hinreichend bekannt. Trotzdem möchte ich dieser Forderung ein wenig widersprechen.

Ich halte es für nicht richtig, den Betriebsrat bei der Entscheidung, ob eine neue Technologie eingeführt wird oder nicht, zu beteiligen. Das stellt nach meiner Meinung eine Überforderung für ihn dar, vor allem, wenn ich an die zu übernehmende Verantwortung denke.

Anders sieht es bei der Gestaltung neuer Technologien in einem Unternehmen aus. Hier ist der Betriebsrat zweifellos in voller Mitbestimmung zu beteiligen. In der Praxis habe ich dabei festgestellt, daß eine neue Technik immer dann problemlos eingeführt wurde, wenn man dem Arbeitnehmer vorher einen Schnupperkontakt gewährt hat. Die Nutzung des menschlichen Spieltriebes oder auch das vorherige Schulen an bereits eingerichteten Arbeitsplätzen hilft erheblich, die Hemmschwellen abzubauen.

Dies gilt übrigens für ältere Arbeitnehmer in gleichem Umfang wie für die jüngeren.

Es sind nicht die neuen Technologien, sei es in der Produktion oder zunehmend in den Bürobereichen, die die Arbeitnehmer erschrecken; es ist die Tatsache, daß man schlecht oder gar nicht darauf vorbereitet ist. Die Angstmache vor neuen Technologien wie z.B. Roboter, Personal-Computer oder dem Chip erfolgt bezeichnenderweise ja nicht aus den Reihen der Arbeitnehmer, die mit ihnen arbeiten und leben, sondern aus dem Bereich von Ideologen und Funktionären, die wohl selten praktische Erfahrungen gesammelt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es muß in den nächsten Jahren gelingen, deutlich zu machen, daß Entwicklungen im Bereich von Forschung und Technik hilfreich in unserem Leben, vor allem auch in unserem Arbeitsleben sind. Da ist es dann aber hinderlich, wenn wir in der Praxis zur Betreuung unserer im Moment ja sehr kapitalintensiven Produktionsautomaten eher wieder ein Ansteigen des Drei-Schicht-Betriebes denn einen Abbau feststellen. Hier muß die Entwicklung der Technik beweisen, daß sie zunehmend in der Lage ist, die Arbeitnehmer von dieser „Plage“ zu befreien.

Meine Damen und Herren, es wird heute vielfach ein Zusammenhang zwischen der Einführung neuer Technologien und einer Flexibilisierung der Arbeitszeit hergestellt.

Gestatten Sie mir hierzu und auch zu den Ausführungen des Generalsekretärs einige einschränkende Bemerkungen. Wir haben bei uns festgestellt, daß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit vor allem im Angestelltenbereich im wesentlichen zu einer Erhöhung des Arbeitsdruckes geführt hat. Viele Arbeitnehmer erledigen heute in der verkürzten Arbeitszeit denselben Arbeitsumfang wie zu Zeiten der 40-Stunden-Woche. Das war wohl nicht der Sinn der Arbeitszeitverkürzung.

Auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit hat dort, wo sie ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten stattgefunden hat, eher zu einer Verunsicherung der Arbeitnehmer denn zu einem Mehr an Freizeit geführt. Nur dort, wo die Arbeitnehmer eine Umgestaltung ihrer Wochen-, Monats- oder Jahresarbeitszeit nachvollziehen können, wird es eine dauerhafte praktische Lösung geben. Bedenken Sie bitte, daß die wenigsten unter der Arbeitnehmerschaft Forscher und Entwickler im Sinne von freischaffenden Künstlern sind. Das Festhalten an gewohnten und regelmäßigen Arbeitszeiten ist noch nicht Ausdruck einer fehlenden Leistungsbereitschaft. Gerade dieses Thema wäre es wert, aus der vorgeschobenen Position von Tariffunktionären in die einzelnen Betriebe delegiert zu werden. Nur dort können aus meiner Sicht gerade für die Zukunft arbeitnehmer- und unternehmensgerechte Entscheidungen getroffen werden.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Schlenker. Über die Verdienste der Tarifparteien bei der Entwicklung dieser Republik besteht überhaupt kein Zweifel. Heute aber scheint mir der Grad der Fremdbestimmung und der ideologischen Fernsteuerung von Funktionärszentralen aus so stark über die Interessen der einzelnen Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer hinwegzugehen, daß dieses den Fortbestand unserer wirtschaftlichen Entwicklung gefährden kann.

(Beifall)

Ich habe deshalb die Bitte an Sie: Stärken Sie bitte den Unternehmern und den Betriebsräten in den einzelnen Unternehmen — sofern es sich nicht um Tarifver-

handlungen handelt — den Rücken. Ihre Selbständigkeit wird für viele Unternehmer und Unternehmen und damit auch für die Mitarbeiter über Erfolg oder Mißerfolg entscheiden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch zu zwei Aspekten kurz Stellung nehmen. Die Sorge vieler Menschen wegen der Zunahme der DV-maschinellen Verarbeitung von Personaldaten, die in dem semantisch gefährlichen Begriff des „gläsernen Menschen“ mündet, muß für die Zukunft abgebaut werden. Wir haben heute in vielen Unternehmen mit DV-maschineller Verarbeitung das Prinzip der reinen Hilfestellung durch die Datentechnik wie z.B. bei so profanen Dingen wie dem Erstellen von Lohnsteuerkarten oder dem Fortschreiben von Jahresurlaub. Wir haben in diesen Betrieben durch die Ausübung der Mitbestimmung aber auch unterbunden, daß der zeitweilige Wildwuchs im Bereich der Datentechnik zu Beurteilungen von Leistung und Verhalten geführt hat. Es muß, so glaube ich, in der Zukunft gelingen, den Menschen deutlich zu machen, daß die Datentechnik ausschließlich zur Unterstützung, nicht aber zur Beurteilung von Einzelpersönlichkeiten eingesetzt wird.

Und ein zweites möchte ich noch ansprechen. Zur weiteren Entwicklung unseres Landes zu einer erfolgreichen Industrienation ist es unabdingbar notwendig, an dem Bestand der Kernenergie in unserem Lande festzuhalten. Es gibt bei allem Forschungsaufwand für alternative Energien für die nächste Dekade keine adäquate Alternative. Ich stehe hier ganz auf der Seite der vielen Betriebsratskollegen, die dies in den vergangenen Monaten öffentlich kundgetan haben. Wie wollen wir denn der Bevölkerung deutlich machen, daß wir durch Wissenschaft und Technik an die Spitze des Fortschritts streben, wenn wir gleichzeitig eine als richtig erkannte Technologie kurzfristig opfern?

(Beifall)

Welches Vertrauen erwarten Sie denn noch von Wissenschaftlern und Technikern, die sich seit 30 Jahren um die sicherste Form der Kernenergie bemühen, wenn dieses wegen eines fahrlässig herbeigeführten Unfalls aus wahltaktischen Gründen geopfert wird? Ein Bekenntnis zur Kernenergie, wie es Minister Dr. Wallmann auf dem Betriebsräte-Kongreß in Dortmund abgegeben hat, stärkt das Vertrauen der Arbeitnehmer in die Inhalte ihrer Tätigkeit.

Meine Damen und Herren, der Entwurf des Zukunftsmanifestes ist mit Sicherheit eine Perspektive gerade auch für junge Menschen. Es wird von der Konsequenz des Umsetzens abhängen, das Vertrauen der Menschen in Wissenschaft und Technik zu stärken. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Herr Schelsky. Ich darf jetzt Herrn Professor Klages bitten, das Wort zu ergreifen.

**Prof. Dr. Helmut Klages:** Meine Damen und Herren! Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik in den zurückliegenden Jahren durch eine Krise der Technikakzeptanz hindurchgegangen ist, die sich beim Blick auf die empirischen Daten als Teil einer umfassenden Akzeptanzkrise der technisch-

wissenschaftlichen Zivilisation enthüllt. Die Talsohle dieser Krise scheint durchschritten zu sein, aber die Gefahr ist noch keineswegs gebannt.

Allerdings trifft die gelegentlich auftauchende Meinung nicht zu, die Bevölkerungsmehrheit betrachte die Technik pauschal als „Fluch“. Herr Böhr hat ja vorhin schon darauf hingewiesen. Die entscheidende Entwicklung der vergangenen Jahre besteht darin, daß gegenüber den überzeugten Technikanhängern, die einstmals überwogen, heute die sogenannten „Ambivalenten“ im Vordergrund stehen, d.h. diejenigen Menschen, die Technik zwar nicht bedingungslos ablehnen, sondern ihr positive Seiten abzugewinnen vermögen, die zu gleicher Zeit aber von Bedrohungsgefühlen und von Risikoängsten heimgesucht werden und die deshalb auch unsicher sind und von verschiedenen Seiten her leicht beeinflussbar sind.

Grob gesagt entscheidet über die Technikakzeptanz heute das Gewichtsverhältnis zwischen dem Nutzen, den man der Technik individuell zuschreibt, und dem Risiko, das man mit ihr verbindet. Diese Formel klingt sehr einfach, aber sie trifft die Wirklichkeit exakt. Alles, was der einzelne, wie er meint, persönlich handhaben und — aus eigener Kraft und Kompetenz — beherrschen kann, kommt bei der Risikoabschätzung gut weg. Das Auto, das Motorrad, Funk, Video und Fernsehen, die Technik im Haushalt, die Phototechnik, ja selbst die Weltraum- und Raketentechnik und der Computer werden — auch von der Mehrheit der jungen Leute — definitiv bejaht, sofern sie aus der Perspektive eigenen Gebrauchs und eigener Interessen gewertet werden. Es werden hierbei individuelle Handhabungen und Beherrschbarkeit und zugleich der persönliche Nutzwert für Freizeit und Beruf zugrunde gelegt.

Ganz anders steht es dagegen mit den Großtechnologien, insbesondere dann, wenn Aspekte ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen jenseits der persönlichen Umgangs- und Erfahrungschancen in Freizeit und Arbeit bei der Bewertung den Ausschlag geben.

Die Kernenergie wurde schon vor Tschernobyl von einer Bevölkerungsmehrheit mit „Gefahr“, mit „Protest“, mit „Angst“ und „Verseuchung“ assoziiert, d.h. als risikoreich eingestuft. Sie konnte dennoch bei einer knappen Mehrheit auf Akzeptanz stoßen, weil man ihr einen hohen Nutzen, genauer gesagt eine Notwendigkeit für die Energieversorgung zuschrieb. Tschernobyl verstärkte das ohnehin schon vorhandene Risikoempfinden, so daß die prekäre Bilanz der Risiko-Nutzen-Abwägung bei vielen abkippen konnte, eine Bilanz, die allerdings schon vorher durch eine allzu sorglose energiepolitische Debatte beeinträchtigt worden war, die den künftigen Bedarf an Kernenergie in den Augen der Bevölkerung fraglich gemacht hatte.

Bei Risiko- und Nutzen-Einschätzungen kommen, wie dieses Beispiel zeigt, gewollte und ungewollte Effekte öffentlicher Informationspolitik wie auch der Umgang der Medien mit Information zur Geltung. Spektakulär präsentiertes und dramatisiertes Risiko werden groß empfunden, auch wenn es unendlich unwahrscheinlich ist, jedenfalls solange der von den Medien bestimmte sogenannte Thematisierungszyklus andauert. Die Einstellungen zu verschiedenen Technologien sind schon deshalb nicht gleichartig, sondern sehr unterschiedlich. Sie sind auch nicht stabil, sondern sie schwanken sehr stark im Zeitablauf.

Auf den beiden Seiten der Akzeptanzformel spielt aber weiterhin eine Rolle, ob und inwieweit man Technologien mit vorrangigen Zielprioritäten und Ansprüchen in Verbindung bringt. So wirkt sich das angewachsene Umweltbewußtsein bis heute — noch, will ich optimistisch sagen — zuungunsten der Kernenergie und zugunsten der

Kohle aus, weil man mit Kernenergie Umweltschäden in Verbindung bringt.

Der Komplex Computer/Automatisierung steht bisher noch in Spannung mit dem Zielbereich Arbeitsplatzsicherheit, weil man glaubt, daß neue Technologien Arbeitsplätze vernichten.

Drittens spielt auf beiden Seiten der Formel, also beim Risikoempfinden wie auch bei der Nutzeneinschätzung, aber auch der Faktor Vertrauen zu den tragenden Kräften und Instanzen, die man hinter der Technologie sieht, eine Rolle. Die Einstellung zur Kernenergie wurde in den vergangenen Jahren durch ihre Zurechnung zu einem großindustriellen Komplex belastet, dem man relativ wenig Vertrauen entgegenbrachte.

Hinter diesem Faktor stehen sozialpsychologische Tiefenvorgänge unserer Gesellschaft, die man mit Begriffen wie Wertwandel, Grundeinstellungswandel erfassen kann. Pflicht- und Akzeptanzbereitschaften wurden in den sechziger und siebziger Jahren ganz allgemein gesehen deutlich rückläufig. Es entstanden dagegen Mißtrauensneigungen, die sich überall dort anhäuferten und kundtaten, wo man sich vor belastende Einwirkungen großorganisatorischer Entscheidungen gestellt sah, denen man keinen unmittelbaren Nutzwert abzugewinnen vermochte und die man infolgedessen mit fremden und möglicherweise abträglichen Interessen in Verbindung brachte.

Das Fazit aus dem Zahlenwald der Akzeptanzforschung lautet wie folgt:

Erstens. Technologien, insbesondere Großtechnologien, die mit spektakulären, dramatisierbaren Risiken, Opfern und Aufwendungen verbunden sind, sind vertrauensabhängig. Sie bedürfen heute und morgen des überzeugenden Bekenntnisses derjenigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte, denen in der Bevölkerung Legitimität zugemessen wird.

Dieser Parteitag gibt mir die Zuversicht, daß die CDU diesbezüglich auf einem richtigen Wege ist. Aber man muß das auch durchhalten und umsetzen. Das hat Herr Schelsky soeben schon einmal gesagt.

Zweitens. Technologien dieser Art müssen heute und morgen sowohl von ihrer Risikoseite her als auch von ihrer Nutzenseite her mit den in der Bevölkerung vorherrschenden zentralen Leitwerten und Lebensansprüchen in eine direkte und positive Verbindung gebracht werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, an dem wir sicherlich noch Defizite haben.

Drittens. Neben den realen Aspekten sind auch symbolische Aspekte der Politik einschließlich der Informationspolitik angesprochen. Die Informationspolitik muß eine Aufklärungsarbeit leisten, die, wie ich meine, eine besondere Verantwortung einschließt. Ärgerlich sind, wie ich meine, heute vier Dinge in diesem Zusammenhang: die Dramatisierungstendenz der Medien, die Abstraktionskatastrophe der Experten, die vielfach nicht in der Lage sind, sich in die Menschen hineinzudenken und hineinzufühlen, die häufige Indifferenz von Bürokratie und letztlich auch die Angst vieler Politiker vor der Eindeutigkeit.

Viertens. Vor allem den jungen Menschen muß Technik nähergebracht werden, als dies heute der Fall ist. Daß die Technik zu den fundierenden Grundlagen unserer Lebenswelt gehört, muß auch im Bildungssystem deutlicher gemacht werden.

Ich meine, es ist am Ende ausdrücklich auf die Bedeutung der gesellschaftlichen Grundeinstellungen und Werte hinzuweisen. Diese sind auf dem Hintergrund eines massiven Wertwandlungsschubs der sechziger und siebziger Jahre in einen flüssigen und instabilen Zustand geraten, der Stimmungskonjunkturen begünstigt. Die Politik ist in einer solchen Lage in einer steten Gefahr, zum bloßen Stimmungsauswerter und Stimmungsverstärker abzusinken. Das darf sie nicht. Die Förderung einer Wertsynthese in der Bevölkerung ist demgegenüber eine politische Zukunftsinvestition von fundierender Bedeutung. Ihre Erfolge — es handelt sich natürlich um ein Langfristprogramm — werden mit einer nachdrücklichen Veränderung der gesellschaftlichen Akzeptanzbedingungen auch für die Technologiepolitik von morgen von Bedeutung sein. — Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Wir danken Ihnen, Herr Professor Klages.

Jetzt darf ich Herrn Kollegen Hassemer bitten, das Wort zu ergreifen. Danach folgt Herr Professor Pestel.

**Dr. Volker Hassemer**: Meine Damen und Herren! Wir diskutieren hier, wie ich denke, auf der Grundlage eines sehr gut formulierten Papiers. Deswegen möchte ich vor allem unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes nur drei Anmerkungen machen.

Erstens. Ich glaube, es ist sehr gut, daß wir, die CDU, auf diesem Parteitag die Botschaft formulieren, daß Fortschritt, Ideenreichtum und Technik in den Dienst des Umweltschutzes zu stellen sind. Wir sind diejenigen, die diese Botschaft zu transportieren haben. Wir müssen weiterkommen, wir müssen uns anstrengen. Wir brauchen die Technik, weil wir eine saubere Umwelt haben wollen. Das ist, glaube ich, der wichtigste Grundgedanke dieses Papiers.

Da wir — das ist meine zweite Überlegung — dieses Bekenntnis zu Fortschritt und Technik meiner Ansicht nach sehr vertrauenswürdig in der Gesellschaft verkünden, können wir zugleich ebenso vertrauenswürdig und ebenso deutlich sagen, daß wir nicht bedenkenlos und mit Hurra vorangehen, sondern daß wir mit Bedacht vorangehen. Unsere Botschaft für den Fortschritt erfolgt mit Bedacht; das ist etwas anderes als mit Bedenken. Wir widmen uns der Technik verantwortlich und mit Bedacht. Wir bekennen, daß es früher einfacher war, den Fortschritt mit der Verbesserung der Situation der Menschen gleichzusetzen, während das heute zu bedenken ist. Heute muß man sorgfältiger vorgehen, wenn man Fortschritt plant und initiiert. Ich glaube, wir als die Apostel des Fortschritts sind zugleich die Apostel des bedachten Fortschritts. Das sollte, denke ich, in den Papieren noch stärker zum Ausdruck kommen.

Drittens. Wenn wir die Partei sind, die sich sicher ist, die Probleme lösen zu können, die mit ihrem Optimismus und ihrer Zukunftszuversicht allen deutlich macht, daß wir uns vor Problemen nicht zu verstecken brauchen, dann brauchen wir auch nicht Halt zu machen vor einer harten und deutlichen Problemanalyse. Wir, die wir keine Angst vor der Zukunft haben, können die Gegenwart realistisch beschreiben. Ich denke, es würde dem Papier guttun, wenn wir noch deutlicher, als es bisher geschehen ist, klarmachen, daß wir einen Grund haben, uns sehr anzustrengen und wirklichen

Fortschritt zu verkünden, statt dem Festhalten an dem erreichten Fortschritt das Wort zu reden. Wir haben deshalb allen Grund dazu, weil die Situation durchaus nicht einfach ist, sie ist sehr komplex. Fortschritte müssen gerade unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes erzielt werden, denn es gilt, gerade für den Umweltschutz etwas zu erreichen. Ich hielte mehr Deutlichkeit und Schärfe bei der Problembeschreibung für richtig.

Viertens. Es ist schon von anderen Rednern angesprochen worden: Wir sollten uns bei unserem Eintreten für den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt davor hüten, den Begriff Fortschritt einseitig zu verwenden. Wir sollten vielmehr dafür eintreten, daß auch der Fortschritt auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und auf dem Felde der geistig-moralischen Werte eine der Grundvoraussetzungen ist, um die Zukunft bestehen zu können. Einige Redner haben schon gesagt, daß es nicht nur wichtig ist, wie wir in Zukunft mit der Technik umgehen. Das ist sehr wichtig, aber es wird auch wichtig sein, wie wir mit den Menschen umgehen, die mit dieser Technik leben und wie sie selbst reifen und immer stärker werden, um die Zukunft bestehen zu können.

Der letzte Punkt: Ich denke, wir sollten dem Parteitag aus diesem Forum auch empfehlen zu bedenken, daß das sehr spannend und gut geschriebene Zukunftsmanifest nicht das Ende der Bearbeitung des Themas Zukunft in unserer Partei ist, sondern daß damit zwar ein gewichtiger, ein großer Stein in den Teich geworfen wurde, daß wir das aber als Aufforderung und Herausforderung an die Landesverbände und alle Gremien sehen sollten, das Zukunftsthema als ständiges Thema der Zukunftsbewältigung zu begreifen. Denn sicherlich gilt nicht der Grundsatz, daß man zwei Jahre lang über das Thema Zukunft nachdenkt und das dann umsetzt, sondern man muß sich so, wie man tagtäglich in der Praxis arbeiten, handeln und entscheiden muß, auch tagtäglich zu den Grundsätzen und Prinzipien der weiteren Zukunft Gedanken machen, damit man tagtäglich handeln kann. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kollege Hassemer. — Jetzt darf ich Herrn Professor Pestel bitten. Danach rufe ich die letzte Wortmeldung auf, die von Herrn Kollegen Geil. — Bitte schön, Herr Professor.

**Prof. Dr. Eduard Pestel**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Den Letzten — ich habe gerade gemerkt: ich bin der Vorletzte — beißen ja die Hunde. Mein sonniges Gemüt bewahrt mich davor, bitter zu sein, daß ich für diese paar Minuten heute morgen um halb sechs aufgestanden bin, um hierher zu kommen.

(Beifall)

Ich werde mich kurz fassen. In die Gefahr, den Saal leer zu reden, kann ich ja nicht kommen, denn viel weniger können es ja nicht mehr werden.

(Zustimmung)

Lassen Sie mich wenige Grundsatzbemerkungen machen.

Ein Grundsatz, den ich Ihnen hier nahebringen will, ist der: Ohne Risikobereitschaft werden wir keinen Fortschritt haben.

(Beifall)

Hierzu ist sehr viel zu sagen, aber lassen Sie mich nur einmal das Verhältnis von Staat und Wirtschaft ansprechen. Der Staat darf die Risikobereitschaft in der privaten Wirtschaft nicht dadurch untergraben, daß er dazu beiträgt, daß die Vertrauensbasis zwischen beiden schwindet. Lassen Sie mich da etwas konkreter werden und ein Beispiel aus Amerika nehmen, wo ich ja auch zu Hause bin, ein Beispiel, bei dem ich nicht Gefahr laufe, irgendwelchen Leuten zu nahe zu treten, ein Beispiel dafür, wie das Schwinden der Vertrauensbasis die Risikobereitschaft immer mehr unterminiert hat.

Vor 30 Jahren wurde ein taktisches Transportflugzeug ausgeschrieben. Das Pflichtenheft umfaßte damals wenige Seiten, aber alles Wesentliche stand darin. Dann wurden drei große Flugzeugfirmen in Amerika aufgefordert, und die unterbreiteten nach zweimonatiger Arbeit ein Angebot. Das Angebot der gewinnenden Firma war wenige Millimeter dick. Inzwischen sind von diesem Flugzeug 1700 Exemplare gebaut. Es ist heute noch in Betrieb und wird noch heute gebaut. Es entspricht also auch noch den heutigen Anforderungen.

1973 wurde dann ein ähnlicher Auftrag ausgeschrieben. Damals war bereits die Technikfolgenabschätzung — dazu werde ich später noch etwas sagen — angelaufen. Der Kongreßmann Sadario, der Hauptvertreter, hatte schon Wirkung gezeigt. Das Pflichtenheft umfaßte — hören Sie hin — bereits 2700 Seiten. Das gewinnende Angebot war ein Papier, das drei Tonnen wog. Aber der Kongreß hat sich damit nicht zufriedengegeben, sondern hat gesagt: Wir brauchen aber noch Testflugzeuge. Es wurden dann Testflugzeuge gebaut. Um den Anforderungen zu genügen, wurde in drei Firmen jeweils ein riesiger Stab ständig in Betrieb gehalten. Das kostete den Steuerzahler umgerechnet 500 Millionen Mark. Die Sache ist später entschieden worden, aber bis heute fliegt noch keine dieser Maschinen.

Was ich sagen will, ist dies: Wenn die Risikobereitschaft so tief gesunken ist, dann legt sich sozusagen die kalte Hand der Bürokratie auf die technische Entwicklung.

(Beifall)

Ich bin sicher, wir denken da auch an Entwicklungen in unserem Lande. Denken wir an das Schicksal des Schnellen Brüters oder des Hochtemperaturreaktors.

Ich meine, eines sollten wir festhalten: Management von industrieller Innovation ist natürlich auch Management von Risiko. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht in ein Management ohne Risiko verfallen. Dann stirbt der technische Fortschritt, und wir kommen dazu, daß sich nur noch kleine Verfeinerungen und Verbesserungen von Altgewohntem abspielen.

Auch hier ein Beispiel: Von den zehn führenden Herstellern von Radoröhren in den USA vor dem Zweiten Weltkriege ist heute kein Unternehmen mehr führend in der modernen Transistortechnik und Mikroelektronik. Warum? — Weil sie sich festgehalten haben an immer weiteren Verbesserungen von etwas, was schon fast die Vollkommenheit erreicht hatte. Dabei hat man den Anschluß an die moderne

Technik, ausgehend von der Erfindung des Transistors, versäumt. Auch hierauf haben wir zu achten.

Lassen Sie mich am Ende einen weiteren Punkt ansprechen, weil Sie, Herr Wallmann, dies in Ihrer Einleitung angebracht haben. Wir dürfen nicht das Risiko übersehen, das für alle existiert, die die Tatsache nicht beachten, daß wir in den Industrieländern für die Schwellenländer und die anderen aufstrebenden Länder in aller Welt das Vorbild darstellen. Diese Vorbildfunktion sollten wir sehr ernst nehmen. Wir müssen uns klarmachen: Was wird denn aus dieser Welt, wenn wir heute auf den technischen Fortschritt, z.B. in der Energietechnik, verzichten und alles wieder auf den Weg der Verbrennung fossiler Brennstoffe zurückdrängen in der Hoffnung, daß uns die Kernfusion eines Tages aus der Misere hilft? Ich weiß, 1970 sprach man von 50 Jahren, die man dazu brauche, und alle weiteren zehn Jahre wurde wiederum von 50 Jahren gesprochen, die es dauern werde, bis dies kommerziell nutzbar sein würde. Heute spricht man gar von 70 Jahren.

Auch bei der Solarenergie, für die ich sehr eintrete, muß man damit rechnen, daß sie, auch wenn wir bis zum Jahre 2000 alle technischen Probleme gelöst hätten und sie wirtschaftlich nutzen könnten, fünfzig Jahre benötigen würde, bis zwanzig Prozent der Primärenergie auf solarem Wege erzeugt werden könnten. Man braucht sich ja nur klarzumachen: Um die thermische Leistung eines großen Kernkraftwerks zu erzeugen, brauchen wir in der Solartechnik 10 000 qkm. — Stimmt das genau? — Das spielt aber keine Rolle. Würden wir jedes Jahr Solarfarmen bauen, die eine Fläche bedecken, die der Größe von etwa zwanzig Prozent des Landes Niedersachsen entspricht, würden wir nach fünfzig Jahren erst zwanzig Prozent der dann erwarteten Primärenergie aus Solarenergie decken können.

Das heißt: Wir würden ohne Kernenergie weiter an den fossilen Brennstoffen hängen. Die Folgen wären natürlich durchaus groß. Sie würden bei weitem das Ausmaß übertreffen, das die Prognostiker heute bezüglich des CO<sub>2</sub>-Anstiegs und der damit verbundenen Klimaveränderungen in der Welt angeben. Deshalb meine ich, wir sollten uns — da spreche ich auch den Bundesminister für Forschung und Technologie an — schon einmal Gedanken machen, wie wir die Technik so weiterentwickeln können — sicherlich wird es da viele Alternativen geben —, daß wir unsere Vorbildfunktion in einer Weise wahrnehmen können, daß wir, wenn der Wohlstand, den wir heute erleben, sich auf fünf oder sechs Milliarden Menschen erstreckt, noch in einer Welt leben, in der die Umwelt lediglich in erträglichem Maße belastet wird.

Diese Aufgabe steht vor uns als eine sehr langfristige Aufgabe. Sie ist zu lösen, aber nicht durch Rückschritt und durch die Vermeidung von Risiken, durch Verweigerung der Bereitschaft, Risiken zu tragen, sondern nur durch Risikobereitschaft, natürlich gezügelt durch das nötige Verantwortungsbewußtsein. Ich glaube, das finden wir in unserer Industrie in hohem Maße vor.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Pestel. — Jetzt darf ich Herrn Kollegen Geil bitten.

**Rudolf Geil**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wer über und mit der Technik an die Spitze des Fortschritts will, der muß über die Anwendung

über die Anwendung auf dem Markt diskutieren. Ich bin Herrn Leister sehr dankbar, daß er dieses Thema angesprochen hat. Ich möchte von mir aus darauf hinweisen, daß es dann dringend notwendig ist, sich auch über die Infrastruktur zu unterhalten, die dieser Markt braucht.

Infrastrukturaufgaben sind immer Aufgaben des Staates gewesen und werden es auch in Zukunft sein. Sicherlich haben wir bei uns die klassische Infrastruktur im wesentlichen geschaffen: Verkehrswege, Schulen, soziale und kulturelle Einrichtungen. Es mögen hier und da Ergänzungen und Abrundungen notwendig sein, aber diese Infrastruktur ist da.

Was aber noch im Aufbau befindlich ist, das ist die informationstechnische Infrastruktur. Darüber sollten wir uns in der Union unterhalten. Ich bitte, es mir nicht übelzunehmen, wenn ich aus der Sicht eines Flächenlandes, wie es beispielsweise Rheinland-Pfalz darstellt, sage: Wir sollten uns darüber unterhalten, wie diese informationstechnische Infrastruktur eingerichtet werden kann.

Ich sehe die große Gefahr, daß sich diese Infrastruktur ausschließlich nachfrageorientiert entwickelt, wie manche sagen, sogar entwickeln muß. Das würde bedeuten, daß wir die ballungsfernen Regionen unserer Republik wieder einmal vernachlässigen. Ich habe die herzliche Bitte sowohl an den Bundesforschungsminister wie auch an den Bundespostminister, darauf zu achten, das gerade bei diesen neuen Infrastrukturen, die nach meiner Auffassung die gleiche Bedeutung erlangen werden, wie sie die Verkehrswege einmal hatten und heute noch haben, nicht aus den Augen zu verlieren, daß auch die ballungsfernen, die peripher gelegenen Regionen die Berechtigung haben, hier angeschlossen zu werden. — Herr Schwarz-Schilling nickt mir zu; er pflichtet mir also bei. Dafür bin ich ihm sehr dankbar.

Eine zweite, auch ganz kurze Bemerkung. Herr Staudt hat hier, aus seiner Sicht sicherlich zu Recht, beklagt, daß es gerade beim sogenannten Technologietransfer immer wieder auch zu Mißliebigkeiten und letztlich auch zu einer Art staatlicher Lenkung, dann auch noch im Wettbewerb der einzelnen Regionen unserer Republik, gekommen ist und wahrscheinlich — so habe ich ihn verstanden — auch weiterhin kommen wird. Wenn man dem grundsätzlich zustimmt, meine verehrten Damen und Herren, muß man aber darauf hinweisen dürfen, daß die mittelständische Wirtschaft — und die ist für mich nicht notleidend, sondern in höchstem Maße kreativ und innovativ — ganz selbstverständlich an dem partizipieren muß, was auch an unseren Universitäten und Hochschulen an neuen Entwicklungen entsteht. Ich sehe keine andere Möglichkeit, als gerade diesen kleinen und mittleren Betrieben dabei Hilfestellung zu leisten. Ich bin sogar der Auffassung, wir sind zu dieser Leistung verpflichtet. Man mag sich über die Bedingungen streiten, und wahrscheinlich machen wir da auch vieles falsch, aber daß dieser Transfer grundsätzlich vorhanden sein muß, das, meine ich jedenfalls, muß auch in Zukunft wesentlicher Bestandteil unserer Politik bleiben.

Eine letzte Bemerkung. Herr Schelsky hat auf den Arbeitnehmer, auf den Menschen hingewiesen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß der Landesverband Rheinland-Pfalz dazu den Antrag A 2 formuliert hat. Ich wäre dankbar, wenn dieser Antrag heute nachmittag die Mehrheit des Parteitages fände. Es geht da um die Probleme, die hier bereits abgehandelt worden sind; ich erspare es mir, dazu noch einmal Stellung zu nehmen.

(Beifall)

**Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Herr Kollege Geil. Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich habe Ihnen allen für Ihre Diskussionsbeiträge und für Ihre Aufmerksamkeit zu danken.

Natürlich hatten wir ein weites Feld zu beackern. Das wußten wir vorher. Worum es ging, war uns auch klar: Unseren Beitrag zu leisten zur Versachlichung all jener Fragen, die wir im Zusammenhang mit Wissenschaft und Technik behandeln.

Ich möchte noch einmal sagen - das ist hier in den Beiträgen schon mehrfach angesprochen worden -: Es gibt überhaupt keine Alternative zu vernunftgeleiteten Entscheidungen. Es gibt keine Alternative zur Rationalität.

Natürlich ist es für uns in der gegenwärtigen Situation angesichts hochkomplizierter Sachverhalte und angesichts von Ängsten und Sorgen, die wir nicht bestreiten dürfen, manches Mal sehr schwer. Die SPD wirbt zum Beispiel mit Plakaten mit der Aufschrift „SPD für eine gefahrlose Energie“. Das ist ein Widerspruch in sich, wie wir gerade eben auch von Herrn Pestel noch einmal gehört haben.

Einen dritten Punkt möchte ich zum Schluß noch einmal nennen: Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland, aber wir leben in einer Welt, die uns mit beeinflußt und auf die wir Rücksicht zu nehmen haben. Ich habe vorhin bewußt davon gesprochen, daß wir in der Gefahr sind, die Dinge provinziell zu betrachten. Ich habe auf den weltweit ansteigenden Energieverbrauch hingewiesen. Ich will bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß wahrscheinlich — so sagen es die Fachleute — am Ende dieses Jahrhunderts — gleichzeitig Ende dieses Jahrtausends — sechs bis sieben Milliarden Menschen auf der Erde leben werden. Da wächst das Ganze eben in der Tat in eine ethische Dimension. Es ist die Frage — sagen wir es doch in aller Offenheit: Was dürfen wir, die im Wohlstand lebenden, die reichen Völker, uns erlauben? Was dürfen wir uns erlauben im Hinblick auf die Generationen, die nach uns kommen? Was dürfen wir uns erlauben im Hinblick auf die Menschen in der Dritten und Vierten Welt? Was bedeutet unsere Entscheidung für unsere Umwelt?

Ich habe bei einigen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß wir hier eben in der Tat abzuwägen haben. Es gibt hier keine einfachen, keine monokausalen Entwicklungen. Was bedeutet zum Beispiel eine ansteigende Belastung durch CO<sub>2</sub>? Es ist wohl so gewesen, daß in den vergangenen Jahrzehnten, vielleicht in den 50, 60, 70 zurückliegenden Jahren, der Anteil an CO<sub>2</sub> in unserer Atmosphäre um 27 bis 30 Prozent gestiegen ist und daß sich der Anstieg nach Untersuchungen von Wissenschaftlern pro Jahr um etwa zweieinhalb Prozent fortsetzt, daß wir dadurch in der thematischen Entwicklung irreversible Schäden zu befürchten haben, wenn wir nicht die richtigen Entscheidungen treffen.

Das sind nur einige wenige Punkte, auf die ich am Schluß unserer Diskussion noch einmal hinweisen möchte. Ich möchte noch einmal klarmachen, daß wir als Politiker — gleichgültig, wo wir stehen — nicht nur Fragen formulieren dürfen, sondern daß wir auch zur Entscheidung verpflichtet sind. Nachdem wir zuvor nachgedacht haben, nachdem wir die Diskussion gesucht und geführt haben, müssen wir uns unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern stellen.

Kraft und Mut zur Entscheidung, denke ich, sind die Aufgabe der Union. Wir dürfen uns nicht — wie andere — opportunistisch gehen lassen.

Ich bedanke mich noch einmal bei Ihnen allen und schließe damit unser heutiges Forum.

(Beifall)

(Schluß: 13.14 Uhr)

## FORUM 2

### Neue Chancen in der Arbeit

Beginn: 10.15 Uhr

**Frau Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wenn auch immer noch einige kommen, so meine ich, daß wir doch anfangen sollten; denn der Zeitverzug macht uns sonst zu schaffen. Meine Damen und Herren, wir müssen hier um Viertel vor ein Uhr schließen. Ich gehe realistischerweise davon aus, daß es dann doch fünf vor eins werden wird. Viertel vor eins ist hier Schluß. Sie können dann hier im Schloß Mittagessen. Sie sind alle gebeten, um 14 Uhr dann zur Fortsetzung unseres Parteitages wieder drüben in der Versammlungshalle zu sein. — Dies also zum rein formalen Ablauf.

Ich möchte, meine Damen und Herren, Ihnen auch mitteilen, daß die Sprecher hier zwar alle ihre Vorträge schriftlich abgegeben haben, so daß sie Ihnen dann auch zur Verfügung stehen, in das Parteitagprotokoll aber das gesprochene Wort kommt. Es wird also von jedem Redebeitrag ein Wortprotokoll gemacht. Das ist auch für alle Beteiligten wichtig.

Meine Damen und Herren, unser Hauptreferent ist Lothar Späth, Ministerpräsident. Zu ihm brauche ich kein Wort der Vorstellung zu sagen.

(Beifall)

Dasselbe gilt für den Berichterstatter, Norbert Blüm. Da brauche ich auch nichts zu kommentieren.

(Beifall)

Ich gehe jetzt einfach einmal dort in der Reihe weiter. Sie sehen zunächst Herrn Professor Schmidchen von der Universität Zürich, der extra aus Zürich zu uns gekommen ist.

(Beifall)

Neben ihm sitzt Axel Preusch, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates einer großen Firma, Hewlett Packard GmbH, in Böblingen. Er macht den Flügel Norbert Blüms stark.

(Beifall)

Dort ganz außen — aber das ist keine Außenposition — sitzt Herr Dr. Barth von der Prognos AG. Meine Damen und Herren, wer sich mit unseren Themen beschäftigt hat, der hat hoffentlich schon mehr als eine der wichtigen Prognos-Studien gelesen. Herr Dr. Barth, seien Sie hier herzlich willkommen.

(Beifall)

Wenn wir dann nach der anderen Seite weiter schauen, sehen wir dort Herrn van Hooven. Er ist hoffentlich allen als ausgewiesener Bankmann bekannt, aber noch mehr bekannt als jemand, der sich dem Hamburger Team als künftiger Wirtschafts-senator zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall)

Bei Herrn Präsident Franke zögere ich auch, ob ich ihn überhaupt vorstellen muß; denn wir sagen nicht mehr „Stingl-Stadt“ auf Nürnberg, wir sagen inzwischen „Franke-Stadt“ auf Nürnberg.

(Beifall)

Damit unser geistiger Level abschließend auch noch richtig gehoben wird, sitzt dort Professor Rüthers.

(Zurufe)

- Also, Leute, lästert ruhig.

Dort sitzt also Professor Rüthers von der Universität Konstanz, der heute hier zu uns gekommen ist.

(Beifall)

Zum Ablauf nur noch folgende Bemerkung: Nach dem Referat von Lothar Späth werden wir die Diskussion freigeben. Keiner darf — ich bin angewiesen, dies so zu sagen, und zwar so, daß Sie es akzeptieren — länger als fünf Minuten reden. Eine Uhr steht vor mir. Die Experten werden ab und an zwischengeschleust, je nach Thema. Die dürfen zehn Minuten reden. Und bei jedem wird es klingeln, wenn die Zeit rum ist.

Herr Späth, Sie haben das Wort.

**Dr. h. c. Lothar Späth**, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg: Liebe Frau Laurien! Meine Damen und Herren!

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Ich habe noch etwas vergessen, Entschuldigung. - Die Wortmeldungen sind bei Herrn Dr. Büttner abzugeben, der hier steht.

**Dr. h. c. Lothar Späth**, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg: Ich will den Versuch machen, ein bißchen Zeit zu gewinnen und vielleicht eine Reihe von komplizierten Thesen mehr beispielhaft zu erläutern, was allerdings bedeutet, daß ich dann Teile meines Manuskripts vereinfache. Deshalb sollte das irgendwann verteilt werden. Für die, die es haben wollen, gilt der Vorwegsatz: Alles, was da drinsteht, gilt als gesagt, und der Redner kann dafür in Haftung genommen werden.

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Sehr gut.

**Dr. h. c. Lothar Späth**, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg: Dieses Thema ist ja enorm kompliziert und umfangreich. Es ist eigentlich nur einfach, solange man mit Schlagworten arbeitet. Aber alle Schlagworte in der Politik sind im Ernstfall immer wenig hilfreich. Sobald man dann detailliert an ein Problem herangeht, wird es ziemlich kompliziert.

Deshalb möchte ich zunächst einmal sagen: Ich will drei Aspekte und Bereiche ansprechen, gewissermaßen als Gliederung, nämlich einmal das Thema „Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, dann das Thema „Veränderung bei den Arbeitsinhalten“, und zum Schluß will ich ein paar Bemerkungen zu den gesellschaftlichen und ethischen Fragen dieses Themas machen.

Vorweg: Wir haben eine Trendwende in dieser Frage geschafft. Dies kann niemand bestreiten. Der Fehler ist nur, daß wir uns zu lange gefallen ließen, daß man die Frage, ob wir in der Arbeitsplatzpolitik weiterkommen, nur an der Arbeitslosenquote gemessen hat. Wir haben dabei übersehen, daß, sobald die Wirtschaftssituation besser wird, wieder viel mehr Leute zur Arbeit gebracht werden können, die sich vorher wegen Aussichtslosigkeit gar nicht gemeldet haben, und zweitens, daß die ganz starken Jahrgänge jetzt ins Arbeitsleben gegangen sind. Wir hatten ja vor einigen Jahren nie geglaubt, wie »problemlos«, mit gewissen Einschränkungen bei Problemgruppen, wir das Thema Ausbildungsplätze würden lösen können. Tatsache ist aber, daß die Beschäftigung doch immerhin um eine halbe Million besser geworden ist. Das heißt, die gegenwärtige Politik hat 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, oder anders gesagt: Die wirtschaftlich positive Entwicklung hat den Arbeitsmarkt beeinflusst, nicht in dem Maße, wie wir geglaubt haben oder wie wir auch hofften, aber sie hat doch etwas bewirkt. Und es ist doch ein Riesenunterschied, ob man den Trend bei der Arbeitslosigkeit vom Ende der 70er und vom Beginn der 80er Jahre fortschreibt oder ob man die jetzigen Zahlen zugrunde legt.

Trotzdem, ich glaube, etwas müssen wir akzeptieren: Wir brauchen nicht grundsätzlich eine Kurskorrektur vorzunehmen. Aber wir müssen überlegen, mit welchen Instrumentarien wir den Problemen des Arbeitsmarktes besser begegnen können, das heißt, wie wir zielgenauer mit dem Thema der Arbeitslosigkeit umgehen können, oder anders gesagt: was wir strukturell am Arbeitsmarkt ordnungspolitisch strukturell verändern können, um ihn noch stärker zu beeinflussen. Wir müssen uns vor allem deshalb auf diese Situation vorbereiten, weil sich gezeigt hat, daß uns bei hervorragendem Wirtschaftswachstum das Arbeitslosenproblem noch ein Stück begleiten wird und wir uns darauf einstellen müssen, daß Weltkonjunkturen nicht ewig dauern. Das heißt, wir müssen uns auch auf eine Zeit vorbereiten, wo wir unter schlechteren Rahmenbedingungen trotzdem intensiver mit dem Thema „Arbeit für alle“ vorankommen müssen.

Ich meine, das Wichtigste ist, daß wir uns noch viel stärker mit dem Wandel der Gesellschaft befassen, beispielsweise der Tatsache, daß 1975 die Dienstleistungsgesellschaft zum erstenmal die Produktionsgesellschaft überholt hat, das heißt, mehr Menschen im Dienstleistungsbereich tätig waren als in der Produktion, und beispielsweise Dienstleistungsarbeitsplätze sehr viel mehr der Flexibilität von Arbeitszeitregelungen zugänglich sind als Produktionsarbeitsplätze. Das bedeutet schon, daß wir uns viel gründlicher mit dem Wandel befassen müssen. Aber dazu nachher ein paar Bemerkungen.

Zunächst noch eine weitere Bemerkung zum Stichwort Rahmenbedingungen: Ich habe vorhin gesagt, die wirtschaftliche Besserung habe sicher auf den Arbeitsmarkt

gewirkt, wenn auch nicht so gewaltig, wie wir uns das erhofft haben. Aber etwas Zweites hat auch auf den Arbeitsmarkt gewirkt, nämlich das bessere unternehmerische Klima. Deshalb gehört, wenn wir von Arbeitsplatzstrategien reden, auch dazu, zu sagen: Die steuerpolitischen, die sozialpolitischen, mit anderen Worten, die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln sind auch ausschlaggebend dafür, wie schnell neue Arbeitsplätze entstehen. Wenn wir am technischen Fortschritt sind, wenn wir innovativ sind, wenn viele neue Unternehmen gegründet werden, wenn der Mittelstand exportorientiert erfolgreich ist, dann heißt das: Es gibt zunächst einmal eine Ausweitung der Zahl der Arbeitsplätze, ganz generell. Deshalb dürfen wir bei der Frage neue Arbeitsplätze nicht nur den ganz engen Bereich der Arbeitsplatzpolitik sehen, sondern wir müssen zunächst einmal die generellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehen. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen, etwa durch die vorgesehene Steuerreform, etwa durch eine Entbürokratisierung, etwa durch den Technologietransfer, der vor allem mittelständischen Unternehmen helfen soll, über eine bessere Infrastruktur schneller an Produktinnovationen zu kommen, ist ein erster Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsplatzsituation.

Dann kommt eigentlich das Hauptproblem in diesem Zusammenhang, daß wir nämlich gegen viel zu starre Vorstellungen von der Industriegesellschaft kämpfen müssen. Für mich ist der größte Hinderungsgrund die Starrheit, mit der große Organisationen, allen voran der DGB — aber ich nehme auch die Arbeitgeberorganisationen nicht davon aus —, im Grunde immer noch im Schema der Produktionsgesellschaft der 60er Jahre denken und nicht in die Flexibilität hinein wollen, die in den 90er Jahren das System der Gesellschaft, des Arbeitsmarktes bestimmen wird. Mit anderen Worten: Im Grunde sind es große Kräfte, die an bestimmte Strukturen gewöhnt sind, sich nicht auf das Neuland begeben wollen und am Schluß für die Mißerfolge, die durch ihre eigene Starrheit bedingt sind, den Staat verantwortlich machen sollen. Wir werden also in dieser Frage vor allem gegen die großen starren Gruppen der Gesellschaft kämpfen müssen, die nämlich Angst haben, ihre Machteinflüsse bei einer stärkeren Individualisierung und Flexibilisierung des Marktes zu verlieren.

Ich will an einem Beispiel erläutern, was ich meine, wenn ich sage: wir müssen völlig neue Überlegungen beispielsweise in der Sozialpolitik anstellen. Wir widersprechen uns in dieser Gesellschaft im Grunde bei zwei Fragen. Einmal sagen wir zu Recht: Es ist doch eigentlich ganz logisch, daß die Menschen, wenn sie ein höheres Einkommen haben, dieses höhere Einkommen nicht zwangsläufig durch Fortschreibung ihres jetzigen Konsums ausgeben, sondern neue Nachfrage, z. B. nach gesundheitlichen Dienstleistungen, entwickeln, seien es jetzt präventive Leistungen für ihre Gesundheit, seien es sportliche Aktivitäten, seien es Kuren, seien es auch im Krankheitsfall eine Vielzahl von Beratungen, die sie einsammeln, die aber nicht Bedingungen ihrer Gesundheit sind, also Grundbedarf, sondern die ganz einfache Zusatzbedarf sind, den sie sich leisten können, weil sie individuell eine bessere Fürsorge haben wollen. Dies ist eigentlich gar nicht falsch. Das heißt, wir dürften gar nichts dagegen haben, wenn in unserer Gesellschaft eine Menge neuer Dienstleistungsarbeitsplätze entstünde, die individuell in Anspruch genommen würden, ohne verbindlich zur Gesundheitspolitik zu gehören. Das große Problem ist, daß wir aber die Gesundheitsdienstleistungen weitgehendst kollektiviert haben. Und jetzt sagen wir aus volkswirtschaftlichen Gründen: Die Gesundheitskosten dürfen nicht ansteigen. — Ich halte diesen Satz für falsch. Ich halte es für richtig, zu sagen: Die kollektiven Kosten des Gesundheitswesens sollten nicht mehr ansteigen, weil ihre Belastungen für die Löhne, die Zuschläge usw. zu groß werden würden. Aber das

heißt doch beileibe nicht, daß nicht der einzelne individuell entscheiden können sollte, zusätzliche gesundheitliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Hier haben wir eine ganz interessante Entwicklung. Während einerseits die Einkommen der Bevölkerung mehr Wahlmöglichkeiten und mehr individuelle Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen zulassen, bekämpfen wir gleichzeitig eine Entwicklung, die deshalb so hohe Kosten verursacht, weil sie im Grunde kollektive Ursachen hat. Wenn wir also von der Änderung der Sozialpolitik reden, müssen wir auch darüber reden. Ich bin ganz dafür, daß die Gesundheitsfürsorge, die unabdingbar ist, kollektiv garantiert wird. Aber es müssen neue Formen und Modelle, auch der Transparenz der Kosten, entwickelt werden, so daß der einzelne Zusatzentscheidungen treffen kann. Er kann das heute schon in einigen Bereichen, aber er kann es noch nicht in der Breite, die beispielsweise nachher ein Dienstleistungssystem Gesundheit zuließe, das aus einem Kern kollektiver Leistungen, gewissermaßen für den Sicherheitsfall, und einem Geflecht von individuell bestellbaren Dienstleistungen bestünde. Ich sage das auch, weil das in anderen Bereichen eine große Rolle spielt. Wir kommen da in eine große Zahl von völlig neuen Dienstleistungsstrukturen hinein.

Nun eine Bemerkung zum direkten Arbeitsmarkt, also dem Arbeitsmarkt im engeren Sinne: Hier meine ich, daß das, was wir hier schaffen müssen, eine neue Flexibilität ist. Dies wird deshalb schwierig, weil wir es einmal mit einem System freier Tarifparteien zu tun haben, die das im Grunde frei entscheiden können. Trotzdem darf die Politik weder dort, wo sie ordnungspolitische Rahmen setzt, noch dort, wo sie ihren Einfluß geltend machen kann, davon befreien, systematisch aufzuzeigen, welche Möglichkeiten Flexibilität für den Arbeitsmarkt bringen könnte.

Ganz konkret gibt es zwei Möglichkeiten, den Arbeitsmarkt zu verbessern. Die eine ist, das Arbeitsplatzangebot auszuweiten und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften zu erhöhen. Die andere ist, das Arbeitskräftepotential zu verringern. In die erste Kategorie fallen vor allem Maßnahmen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums, der Produktivität, der Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Beschäftigungsförderung. In die zweite Kategorie fallen Maßnahmen wie beispielsweise *Vorruhestand, erweiterte Bildungszeiten, großzügigere Urlaubsregelungen* oder *Rückkehrhilfen für Ausländer*.

Ich glaube, es ist richtig: Man muß beide Elemente sehen, benutzen. Man muß allerdings aufpassen, daß sie sich nicht zum Teil kompensieren.

Zunächst ist, glaube ich, das Wichtigste, daß wir das Arbeitsplatzangebot weiter erhöhen, nicht zuletzt deshalb, weil wir auch noch nicht wissen, wie langfristig die Entwicklung in den verschiedensten Bereichen des Arbeitslebens, also in der Produktion, in den Dienstleistungen oder auch in der Kombination zwischen Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungsbereich und freier Zeit, Bildungszeit, Familienzeit, ist.

Ich will hier gleich auch sagen: Mich bewegt die Frage, ob wir nicht, wenn die kleineren Jahrgänge ins Arbeitsleben kommen, sehr bald neue Entwicklungen haben werden, bei denen wir froh sind, wenn wir mindestens Teilzeitarbeitskräfte wieder aus der großen Zahl von gebildeten Mitbürgern rekrutieren können, die jetzt zu Hause sind, entweder zur Erziehung von Kindern oder aber, weil sie meinen, an diesem Arbeitsmarkt kämen sie nicht unter, oder sie seien gegenwärtig auf diesen Arbeitsplatz nicht angewiesen.

Ich bin auch der Meinung, daß die Vorruhestandsregelung eine absolute Übergangslösung sein muß, weil ich erstens große Zweifel habe, ob wir es uns auf die Dauer leisten können, die Menschen so früh in einen Ruhestand zu schicken, der dann zum großen Teil nicht aufgebauter, aktiver Ruhestand ist, sondern so ein bißchen Abschieberuhestand. Ich glaube auch, daß wir auf die ruhige Qualifikation älterer Arbeitnehmer auf die Dauer nicht verzichten können, sondern daß wir eher über Übergangslösungen für das Alter nachdenken müssen, über Teilzeitarbeit, über langsames Hinausgehen aus der vollen Arbeitsverpflichtung, aber daß wir diese Überlegung „mit 58 in den Ruhestand“, mit dem Ergebnis, daß wir bald niemanden mehr haben werden, der ein 40jähriges Betriebsjubiläum feiert, aber schon die ersten haben werden, die 40jähriges Rentnerjubiläum feiern, nicht zur Grundlage für eine Dauersystematik unseres Arbeitslebens in Deutschland machen können.

(Beifall)

Ich will auch ganz klar sagen, daß für mich der Gedanke des Dualismus Familie/Beruf nicht einfach so fortgeschrieben werden kann. Wir dürfen nicht den bequemen Weg gehen und sagen: Wir wollen Anreize schaffen, daß möglichst viele Mütter, auch hochqualifizierte, endgültig zu Hause bleiben. Wir werden Lösungen finden müssen, wie wir durch Flexibilität der Mutter die Möglichkeit geben, vorübergehend aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, wieder zurückzufinden, während des Draußenseins Kontakte zu pflegen, auch mal Urlaubsvertretungen und Fortbildungen zu übernehmen. Das heißt, der Idealzustand wäre eine flexible Arbeitswelt, die nicht dauernd die Endentscheidung herbeizwingen will: Bleibst du jetzt drin, mit allen Opfern für die Kinder und die Familie, oder gehst du raus, mit dem Opfer im Hinblick auf das soziale Gefälle, das die Familie dann erleidet?

(Beifall)

Ich warne dringend davor, die Erwerbstätigkeit von Frauen als die stille quantitative Reserve des Arbeitsmarktes zu betrachten.

(Beifall)

Wir dürfen uns da übrigens auch familienpolitisch selber nicht in die Tasche lügen. Das sage ich mal ganz mahnend an unsere eigene Partei. Manchmal habe ich so ein bißchen das Gefühl: Wir begründen familienpolitisch, was wir arbeitspolitisch wollen, nämlich: Es wäre ja so schön, wenn die Mutter wieder bei den Kindern wäre; dann hätten wir das Beschäftigungsproblem statistisch gelöst, und außerdem wären die Kinder und die Mutter gut aufgehoben. Irgendwo sehen wir dann in 15 Jahren, was wir mit den Müttern machen. — Ich glaube, wir müssen ehrlicherwise sagen: Die Zeit ist vorbei, wo diese strenge Trennung von Arbeitswelt und Familienwelt erfolgen durfte. Die Chance, daß wir zu flexiblen Arbeitszeiten kommen können, ist doch die einmalige Chance, daß wir die Familie, die die arbeitsteilige Industrielwelt gespalten hat, politisch wieder versöhnen. Es war vielleicht der größte Nachteil

(Beifall)

der Industriegesellschaft der Vergangenheit, daß sie durch diese Stechuhrenstruktur die Menschen eingeteilt hat in Arbeitswelt und in Freizeit- und Familienwelt und damit diese Flexibilisierung, die wir jetzt einleiten können, im Grunde verboten hat.

Und damit zunächst eine Forderung, die ich nachher noch etwas begründen will: Die Notwendigkeit einer innovativen Arbeitszeitpolitik. Wir können zunächst einmal fest-

stellen: Die Arbeitszeit ist seit über 100 Jahren immer verkürzt werden. 1960 bis heute ist sie um 0,9 % pro Jahr verkürzt worden. Dabei ist sie in den 60er Jahren, als wir die meisten Ausländer geholt haben, viel schneller verkürzt worden als in den 70er Jahren, wo sich die ersten Arbeitslosenzahlen gezeigt haben. Das heißt, daß die Arbeitszeitpolitik überhaupt nicht im Zusammenhang mit Innovationsprozessen gesehen worden ist. Man hat ganz einfach gesagt: jetzt brauchen wir Arbeitskräfte, und dann hat man sie geholt. Mit den Folgen sind wir heute noch nicht fertig. In einer Zeit, in der der Arbeitsmarkt dann nicht mehr so viel Arbeitskräfte angefordert hat, ist die Arbeitszeitverkürzung langsamer gegangen. Das heißt also, daß wir uns in der Vergangenheit viel zuwenig mit Strukturfragen befaßt haben, aber mehr mit quantitativen Fragen.

Als Union müssen wir also lernen, die Strukturfragen viel stärker zu beachten, weil wir damit viel mehr Steuerungs- und Handlungsinstrumente bekommen können.

Eine zweite Feststellung: Bei der Teilzeitarbeit rangiert die Bundesrepublik — und dies ist eine Kritik an den starren Rahmenregelungen — im internationalen Vergleich immer noch ziemlich schlecht. Einige Vergleichszahlen mögen das verdeutlichen: 1980 lag die Teilzeitquote bei uns bei 11,8 %, in den USA bei 13,8 %, in Schweden und Norwegen bei 24, %. Heute haben wir zwar 13 %, wir liegen aber immer noch am Ende der Skala.

Das Interessanteste ist, daß die Männer in der Bundesrepublik gerade mit 1,6 % an der Teilzeitarbeit beteiligt sind, während es in den USA 7,2 %, in Schweden 6,9 % und in Norwegen 9,1 % sind. Das ist ein deutliches Zeichen, daß wir im Grunde in unserer Auffassung noch ein Stück weit konservativ sind: Teilzeitarbeit ist etwas für Frauen, und dann möglichst zwei Halbtagsjobs. Das ist aber nicht die eigentliche Flexibilität, auf die wir hinaus müßten.

Und eine dritte Bemerkung dazu: Ich habe den Eindruck, daß es sich bei dem Thema Arbeitszeitverkürzung — das hat der Machtkampf der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern gezeigt — immer noch mehr um eine Machtfrage der Tarifvertragsparteien als um eine Arbeitsmarktstrategie handelt. Daher resultiert dann auch die Fehlentwicklung, daß man die Arbeitszeit pauschal für alle kürzen will, statt sie flexibel zu verändern. Die alte Überstundendiskussion ist immer noch falsch. Es ist nämlich falsch, wenn man die Sache nur rein statistisch betrachtet und sagt: durch Arbeitszeitverkürzung entstehen die richtigen neuen Arbeitsplätze. Wenn bei mir Daimler in Sindelfingen 3000 Facharbeiter braucht und ich habe jetzt zu Schuljahresbeginn 3000 arbeitslose Lehrer, dann kann ich die nicht zum Daimler schicken, denn sonst wird aus den Autos nichts mehr, denn die Lehrer sind am Band nicht die richtigen Leute, weil sie etwas anderes gelernt haben. Man kann also nicht sagen: Wenn man jetzt die Arbeitszeit der Facharbeiter verkürzt und dafür die Lehrer bei Daimler einsetzt, dann ist die Statistik in Ordnung. Das ist alles dummes Zeug.

Ganz ähnlich ist es bei den Überstunden. Viele Betriebe müssen ihre qualifizierten Führungsfiguren zu Überstunden bringen, weil sie sonst die Beschäftigungsvoraussetzungen für die vielen anderen nicht schaffen und sie müßten Leute entlassen, wenn in der Führungsebene keine Überstunden gemacht werden.

Dies zeigt, daß eben nicht alle Arbeitsplätze der vollen Flexibilisierung zugänglich sind. Auch dazu einige Zahlen. Rheinland-Pfalz hat 1978 mal auf Grund einer Untersuchung erklärt, etwa 60 % der Vollzeitarbeitsplätze seien teilbar. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg hat ermittelt, etwa 50 % der

vollzeitbeschäftigten Frauen und rund 20 % der vollzeitbeschäftigten Männer würden eigentlich gerne etwas weniger als die volle Zeit arbeiten; das heißt nicht unbedingt die halbe Zeit. Aber sie wären bereit, eine Reduzierung der Arbeitszeit zu akzeptieren. Wenn man das einmal umrechnet, käme man bei einer vorsichtigen Schätzung zu einer Verminderung des Arbeitsvolumens um mindestens 13 %. Das wären zwei Millionen Vollzeit Arbeitsplätze.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch eine Studie von McKinsy, die gerade in diesen Tagen veröffentlicht wurde. Es handelt sich um eine Feldstudie an 3000 Arbeitsplätzen. Hier ging es darum, wieviel Arbeitsplätze flexibel, aber auch sozialverträglich eingesetzt werden könnten. Nach dieser Studie könnten unter dem Gesichtspunkt „sozialverträglich“ etwa 30 % der bestehenden Vollarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden.

„Sozialverträglich“ bedeutet hier, daß die Beschäftigung nicht unter das sozialversicherungsrechtlich relevante Niveau von 20 Wochenstunden sinken darf.

Eine solche Umwandlung muß aber nicht nur sozialverträglich, sondern auch betriebsverträglich sein. Das heißt, daß die durch die Flexibilität entstehenden Kosten aus den Erträgen des investierten Kapitals gedeckt werden können. Die Teilung und Veränderung der Arbeitsplätze durch die Flexibilität muß sich nach anderthalb Jahren für den Betrieb als rentabel erweisen.

Das Ergebnis der McKinsy-Studie ist, daß 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze bei einer solchen sozialverträglichen Flexibilität geschaffen werden könnten.

Nun kann man hier natürlich eine Menge Vorbehalte machen. Werden die Arbeitnehmer sich im Ernstfall so verhalten, wie sie bei der Studie angegeben haben? Ist der Umstellungsaufwand für alle Betriebe erträglich? Ist er zum Beispiel auch für den Mittelstand erträglich? Beim Großbetrieb ist das ohne weiteres anzunehmen. Ist die Qualifikation der Arbeitnehmer ausreichend, um die Flexibilität durchführen zu können? Wird sich nicht der Facharbeitermangel in einigen Bereichen schnell als eine Bremse erweisen?

Ich würde dennoch sagen: Auch wenn nur die Hälfte der oben genannten 1,5 Millionen Arbeitskräfte herauskäme, wäre es immer noch ein großartiges Ergebnis. Wir könnten dann auf diese Weise zu 700 bis 750 000 neuen Arbeitsplätzen kommen.

Die Schlußfolgerung daraus: Wir müssen unsere Anstrengungen in der Arbeitszeitpolitik verstärken. Die wichtigste Maßnahme, die wir durchsetzen müssen und gegen die sich zum Beispiel die Gewerkschaften meiner Meinung nach völlig zu Unrecht gewaltig wehren, ist, dahin zu kommen, daß wir größere Betriebszeiten bekommen. Oder anders gesagt: Wer „A“ wie Arbeitszeitverkürzung sagt, muß auch „B“ wie Betriebszeitenverlängerung der Maschinen sagen. Oder anderes ausgedrückt: Die Menschen können nur weniger arbeiten, wenn die Maschinen länger arbeiten. Warum setzen wir das eigentlich nicht durch? Das ist die eigentliche Frage.

(Beifall)

Ich kann hier ein konkretes Beispiel sagen. In Ettenheim hat die BASF mit Zustimmung der Gewerkschaften und der Betriebsräte ein Konzept entwickelt, indem sie Frauen ein Angebot gemacht hat, wo sie über vier Wochen in verschiedenen

Schichten einmal pro Tag sechs Stunden, einmal sieben, einmal acht Stunden und dann wieder eine Woche gar nicht arbeiten. Dafür wurde dann die Betriebszeit der Maschinen von 6 Uhr bis 11 Uhr abends festgesetzt. Der Ertrag aus der Mehrnutzung des Produktivkapitals war so, daß sie für 32 Stunden Arbeit den Lohn für 35 Stunden bezahlen konnten. Es gibt also auch einen Spielraum, gewissermaßen diese Flexibilität so zu ordnen, daß der Mehrertrag bei Betriebszeitenverlängerung, also bei verstärkter Maschinennutzung, geteilt wird. Ein Teil wird also dann dem Unternehmerertrag zufließen beziehungsweise für die Kapitalkosten verwendet werden, ein anderer Teil wird zur Verbesserung der Arbeitnehmerentlohnung dienen. — Das heißt also, daß wir hier Spielräume haben, die wir noch nicht genutzt haben.

Wir sollten also einmal überlegen — und das ist auch ein Hinweis an den Freund Franke —, ob wir nicht verstärkt aus Nürnberg Modelle solcher Flexibilitätsmaßnahmen fördern sollten, damit sichtbar wird, daß die Maschinen Mehrertrag erarbeiten können, der uns allen zur Verfügung steht, der uns mehr Spielraum für die Flexibilität von Arbeitszeiten läßt. Dann erst schaffen wir nämlich für die Familien auch eine größere Verträglichkeit des privaten Familienlebens mit dem Arbeitsleben.

(Beifall)

Die nächste Konsequenz ist dann eine Qualifikationsoffensive. Dazu wäre es höchste Zeit, und dazu sollten wir auch die Gewerkschaften auffordern; ich möchte es hier ausdrücklich tun. Die Gewerkschaften sollten bei ihren Tarifverträgen nicht nur um Arbeitszeit und Geld, sondern vor allen Dingen auch um einen Qualifikationsanspruch und Weiterbildungsanspruch der Arbeitnehmer kämpfen.

(Beifall)

Das Problem ist doch heute nicht der junge Arbeitnehmer und sein Weiterbildungssystem, sondern der alte Arbeitnehmer, der herausgedrängt wird, weil er die Qualifikation nicht mehr schafft. Deshalb müssen wir mit der Weiterbildung viel früher einsetzen. Die Kapazitäten, die wir jetzt durch die zurückgehenden Jahrgänge in den Berufsschulen und den überbetrieblichen Ausbildungszentren frei bekommen, müssen voll für die Weiterbildung genutzt werden. Wir sollten die Tarifpartner auffordern, dem die erste Priorität zu geben, weil das im Grunde das Humankapital ist, mit dem wir morgen arbeiten müssen.

(Beifall)

Lassen Sie mich ganz global etwas zu den Arbeitsinhalten sagen. Mich beschäftigt gegenwärtig am meisten die Veränderung der Arbeitsinhalte. Ich zeige das immer an einem zumindest vordergründig ganz blödsinnigen Beispiel, daß das aber am besten deutlich macht. Wir verlieren immer mehr Arbeitsplätze in der Produktion. In Amerika sind nur noch 30 % der Arbeitsplätze in der Produktion. Aber es gibt Ausgleich. Wir in Baden-Württemberg haben beispielsweise den Berufsstand des Musikschullehrers. Vor zehn Jahren haben wir ihn eigentlich nur an der Schule gehabt. Inzwischen haben wir in den Musikschulen 150 000 junge Leute, und dort werden 3000 Musiklehrer mehr oder weniger hauptamtlich beschäftigt. Diese neuen Arbeitsplätze sind eigentlich dadurch erreicht worden, daß in den Fabriken immer mehr Roboter arbeiten, die keine Rente beanspruchen, sondern deren volkswirtschaftliches Ergebnis verteilt wird als Unternehmergewinn, als Arbeitnehmerlohn oder als Steuereinnahmen der öffentlichen Hand.

Selbst das arme Land Baden-Württemberg

(Heiterkeit)

ist inzwischen in der Lage, 15 Millionen DM pro Jahr für die Förderung von Musikschulen bereitzustellen. Die armen Gemeinden Baden-Württembergs sind in der Lage, dafür 20 Millionen DM bereitzustellen. Die armen Eltern sind heute in der Lage, ihren Kindern eine Geige, eine Flöte oder ein anderes Musikinstrument zu kaufen und ihnen Musikunterricht, der subventioniert ist, erteilen zu lassen. Das Ergebnis ist, daß aus Arbeitsplätzen der Produktion auf Grund der Einkommenslage der Bevölkerung Arbeitsplätze im Bereich der Kulturdienstleistungen geworden sind.

Wenn Sie das einmal volkswirtschaftlich betrachten, dann zeigt sich folgendes. Wir haben zur Zeit völlig überfüllte Theater- und Konzertsäle und Museen. Das heißt, die junge Generation, die künftig weniger abhängige Arbeit leistet, wird in ihrer Freizeit ganz andere Ansprüche stellen. Sie wird eben nicht diese Marktsättigungsdiskussion führen, und sie wird nicht den Kritikern recht geben, die sagen: ihr habt doch schon alles, warum braucht ihr Wirtschaftswachstum? Ihr habt doch genügend Autos, genügend Fernseher, genügend Videogeräte. — Wir sagen: Richtig, aber wir brauchen Wachstum, damit die Leute einen Katalysator ins Auto bauen können und damit umweltfreundlich Auto fahren. Oder sie müssen mehr für Strom aufbringen, damit die Wälder geschont werden, weil wir die Kraftwerke entschwefeln. Oder sie können sich plötzlich kulturelle Dienstleistungen leisten, die sich unsere Eltern oder wir selber uns überhaupt nicht hätten leisten können.

Mit anderen Worten: Dies kann eine phantastische Gesellschaft sein, wenn es uns gelingt, die Arbeitszeitverkürzung mit dieser neuen Nachfrage nach flexiblen Dienstleistungen in Übereinstimmung zu bringen. Niemand wird bestreiten, daß der Frauenarbeitsplatz am Band, der irgendwo wegfällt, möglicherweise für die Frau mehr gebracht hätte als derjenige, den sie in einem musischen oder sozialen Dienstleistungsbereich als Teilzeitaufgabe übernimmt. Die letzteren sind aber mit ihrer Familienarbeit, mit ihrer Freizeit und ihrer Arbeitseinteilung viel leichter und flexibler zu vereinbaren als die sture Bandarbeit mit bestimmten Arbeits- und Betriebsstunden.

(Beifall)

Ich bin dabei, meine Zeit zu überziehen, und will deshalb jetzt gleich zum Abschluß kommen. Ich meine, wir sollten das Thema Arbeitszeit — das ist mein größtes Anliegen — nicht isoliert und blockweise diskutieren, sondern wir sollten den Wandel der Gesellschaft beschreiben und aus diesem zu erwartenden Wandel der Gesellschaft ableiten, wo wir unsere Positionen für die Arbeitsmarktsituation sehen. Wir sollten auch sagen, daß gerade die neuen Technologien, gerade die Automatisierung in der Produktion bestimmte Arbeitsplätze vernichten. Meist handelt es sich aber um Arbeitsplätze, denen wir gar nicht nachtrauern, etwa wenn ich an den Arbeitsplatz des Lackierers in der Automobilindustrie denke. Das Sozialprodukt, das aus der Automatisierung entsteht, macht uns aber trotz unserer hohen Lohn- und Sozialkosten auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig und gibt uns einen großen Spielraum für die Schaffung neuer Dienstleistungsarbeitsplätze, vor allem im Kultur-, Sozial- und Umweltbereich. Exakt diese Dienstleistungen lassen die größte Flexibilität und damit Harmonisierung mit dem Privatleben zu.

Und damit noch ein Wort zu dem Wertewandel! Es gibt Untersuchungen, die

besagen, die Menschen seien immer kritischer gegenüber der Arbeit eingestellt. Ich glaube, daß das falsch ist. Die Menschen möchten aber, daß es nicht mehr bei der traditionellen Auffassung bleibt: „Arbeit ist der Lebensinhalt“, um den sich alles drumherum gruppiert. Die haben vielmehr inzwischen zusätzliche Gewichte, möchten aber die Arbeit, die sie nach wie vor bejahen — ich spreche jetzt nicht von Außengruppen oder Einzelgruppen — in ihren gesamtheitlichen Lebensinhalt integrieren, auch in ihre Zuwendung zur Familie, zur Kultur, zur Freizeit. Insoweit haben wir einen Wertewandel, den wir eigentlich begrüßen müssen, nämlich einen Wertewandel zur Gesamtheitlichkeit. Es ist doch ganz interessant, daß zur selben Zeit, in der in der Wissenschaft die Gesamtheitlichkeit wieder neu geboren wird - nach der großen Separierung aller Teile -, auch zwischen Familie, Arbeit und Lebenswelt die Gesamtheitlichkeit wieder gesucht wird.

Für uns Christliche Demokraten ist das eine unglaubliche Chance, diese Elemente aufzunehmen und für die Zukunft eine Gesellschaft zu formulieren, die genau von diesem Individualismus geprägt wird. Von den Sozialdemokraten kann man da nichts erwarten. Die Sozialdemokraten haben immer ihre kollektiven Geschichten bereit. Kollektivismus ist aber das Ungeeignetste, um gerade diesen Individualanspruch zu befriedigen. Dagegen ist das Wertesystem der Christlich Demokratischen Union von der Zuwendung zum Nachbarn, gerade von dieser menschlichen Komponente geprägt. Hier geht es nicht darum, nur das Sozialprodukt zu produzieren und durch den Staat verteilen zu lassen. Dem Menschen soll wieder die Zeit für die Zuwendung zu anderen ermöglicht werden. Damit wird dann auch der Lebenswert der Gesellschaft erhöht. Die arbeitsteilige Welt soll wieder ein Stück zusammengeführt werden. Dennoch soll aber durch moderne Technik, durch modernes Denken in Wirtschaft und Struktursystemen das Sozialprodukt ermöglicht werden, das uns dieses Leben so lebenswert genießen läßt, das uns aber auch wettbewerbsfähig erhält.

Dieses Zusammenführen ist die eigentliche Versöhnungstheorie, die allerdings im Programm der SPD und ihres Kanzlerkandidaten keinen Ausdruck findet. Welche Chance für die Konservativen, diesen Fortschritt zu verwirklichen, während die sogenannten Fortschrittlichen auf der Strecke bleiben!

(Lebhafter Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es war eine Meisterleistung, ein so komplexes Thema in nicht einmal einer halben Stunde zu schaffen.

(Beifall)

Es liegt nun eine Fülle von Wortmeldungen vor. Wir nehmen zunächst einmal diejenigen, die sich mit dem Thema Arbeitszeit und Qualifizierungsoffensive befassen. Ich rufe schon einmal alle auf und meine, daß wir dann zu diesen Themen die Expertenbeiträge von Herrn Schmidchen und Herrn van Hooven hören.

Zu dem Thema haben wir die Wortmeldungen in folgender Reihenfolge: Herr Scharrenbroich, Frau Thoben, Herr Jung, Alfons Müller MdB, Senator Pieroth, Paul Haarmeyer, Frau Braun-Moser und Herr Badeck.

Zunächst hören wir nun Herrn Scharrenbroich und Frau Thoben.

**Heribert Scharrenbroich:** Das Motto dieses Parteitages heißt: „Fortschrittlich und menschlich“. Deswegen möchte ich eine mir wichtig erscheinende Vorbemerkung machen. Herr Ministerpräsident Späth hat in Anlehnung an diese McKinsey-Studie eine Zahl genannt. Wenn unser Motto heißt „Fortschrittlich und menschlich“, dann sollten wir nicht nur an Rezepten festhalten, die möglichst große zahlenmäßige Erfolge haben, vielmehr ist für uns jeder einzelne Mensch wichtig. Wir sollten diese Wege, die hier angedeutet worden sind, gehen. Wir sollten uns aber nicht darüber streiten, ob von einer Maßnahme 130 000 oder 80 000 oder nur 10 000 begünstigt werden. — Das als eine erste Vorbemerkung.

Sie haben in Ihrem Manuskript noch stärker als in der Rede davon gesprochen, daß die Arbeitszeitverkürzung sozialverträglich sein müßte. Den anderen Begriff — „betriebsverträglich“ — haben Sie in Ihrer Rede dann nicht mehr genannt. Ich meine, daß das die Meßlatte für Arbeitszeitverkürzung, für Arbeitszeitpolitik sein sollte.

Sozialverträglich heißt, daß die Arbeitszeitverkürzung für den Menschen, der in der Arbeit ist, sinnvoll ist, daß sie ihm mehr Lebensqualität bringt. Sozialverträglich heißt für diejenigen, die draußen sind, daß sie wieder reinkommen. Das ist ja gerade die große Leistung, die mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz angestrebt worden ist. Dadurch sollen diejenigen, die draußen sind, wieder reinkommen können. Es sollen die Wettbewerbsnachteile, die sie haben, ausgeglichen werden. Sozialverträglich heißt aber auch: für die Gesamtgesellschaft verträglich.

Da komme ich auf einen Punkt, Herr Ministerpräsident: Qualifizierung. Uns fehlen die Fachkräfte. Ich möchte das hier noch etwas stärker sagen, als Sie es ausgedrückt haben. Wir müssen jetzt die Unternehmen auch auffordern, daß sie ihrem selbstgesetzten Anspruch gerecht werden und die Fachkräfte ausbilden und nicht über die Maßen den Ausweg der Überstunden gehen.

(Beifall)

Manchmal ist das notwendig.

Ich bitte auch hier, daß wir dazu die Politik fordern, soweit das nicht betrieblich geht, daß wir aber auch sagen, hier sind zusätzlich die Tarifvertragsparteien gefordert. Wir wissen, daß die Betriebsräte in einer verdammt schlimmen Situation sind. Da ist der Arbeitgeber, der sagt: „Überstunden“, da sind die Belegschaften, die sagen: „Wollt ihr uns das Geld nehmen?“ Hier brauchen die Betriebsräte die Stärkung durch das Gesetz, aber vor allen Dingen auch durch den Tarifvertrag. Das sollten wir klar sagen, es ist nicht nur alles Sache der Gesetzgeber.

Sie haben einen sehr schönen Spruch gesagt, Herr Ministerpräsident: zu starre Vorstellungen der Großorganisationen. Sie haben den DGB und die Arbeitgeber genannt. Ich möchte, mit Verlaub, auch die öffentlichen Arbeitgeber hier nennen, und zwar zum Thema Vorruhestand im öffentlichen Dienst. Ich glaube zum Beispiel die ehemalige Kultusministerin und Kultussenatorin wird mir das vielleicht bestätigen —, die Tätigkeit eines Lehrers ist mindestens genauso anstrengend wie die Tätigkeit eines Generals. Insofern habe ich kein Verständnis dafür, daß man dies bei den Generälen macht, bei den Lehrern oder Beamten im öffentlichen Dienst aber verweigert. Man meint, 120 000 Arbeitsplätze würde man durch einen Vorruhestand im öffentlichen Dienst schaffen können. Streiten wir uns hier wiederum nicht um die Zahl. Ich meine nur, eines geht nicht, daß wir als Gesetzgeber sagen, Vorruhestand

sei eine phantastische Leistung, aber weil er etwas koste, bitte nur in der privaten Wirtschaft, nicht im öffentlichen Dienst.

(Beifall)

Das geht nicht, und das entspricht auch nicht der besonderen Verantwortung des öffentlichen Arbeitgebers für die Vollbeschäftigung.

Ich möchte, da Herr Franke hier ist, etwas zu neuen Modellen zu überlegen geben: Können wir nicht zu einem Teilvorruhestand kommen? Die Brutalität besteht doch darin, daß einer von heute auf morgen ins Rentenalter geworfen wird. Ob er das mit 58 oder 62 erleidet, ist nicht so wichtig. Entscheidend ist, daß man dem einzelnen die Möglichkeit gibt, auszugleiten. Ich bitte, dieses Thema auch im Parteitag noch einmal zu überlegen: bessere Ausstattung des Gesetzes, andere Modelle und Weiterführung des Gesetzes.

Danke schön.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Scharrenbroich.

Wir haben nicht die Absicht, widersprüchliche Meinungen von hier aus zu kommentieren. Das muß so nebeneinander stehenbleiben können.

Frau Thoben hat als nächste das Wort.

**Frau Christa Thoben:** Herr Ministerpräsident, ich bin eigentlich mit allem, was Sie vorgetragen haben, sehr einverstanden, so daß ich nur zwei Aspekte noch einmal etwas vertiefen möchte, und zwar die Bedeutung der Qualifizierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Verhandlungen über weitere Arbeitszeitverkürzungen. Ist es denn nicht denkbar, daß man bei Arbeitgebern und Gewerkschaften diese Idee so weit verankert, daß es sogar eine Art Weiterbildungspflicht gibt, wenn man einen bestimmten Umfang an Arbeitszeitverkürzung in Zukunft in Anspruch nehmen will?

Sie wissen wahrscheinlich weitaus besser als ich, daß viele Unternehmen — Herr Scharrenbroich hat eben deren Bereitschaft zur Weiterqualifizierung stärker einfordern wollen — auch Schwierigkeiten haben, die Arbeitnehmer in Betrieben in Qualifizierungsmaßnahmen hineinzubekommen. Es sind längst nicht alle so bereitwillig und neugierig, Neues aufzunehmen, wenn sie einmal mit einer Ausbildung fertig sind. Wäre es nicht eine sehr sinnvolle Aufgabe der Tarifvertragsparteien zu sagen, wir sind einverstanden mit bestimmten Urlaubsverlängerungen, wenn sie für Weiterbildung genutzt werden?

Ich komme aus Nordrhein-Westfalen und unterstreiche das deshalb besonders gerne, weil wir dort ein Bildungsurlaubsgesetz haben, bei dem genau diese Art der beruflichen Qualifizierung im Betrieb ausgeschlossen wird. Ich halte das arbeitsmarktpolitisch für ausgesprochen schädlich und unsinnig und möchte das hier noch einmal unterstreichen.

(Beifall)

Vielleicht noch ein zweiter Aspekt. Ich habe das bei Ihnen nicht so herausgehört, vielleicht ist das im schriftlichen Text drin. Im Zusammenhang mit neuen Techniken ergeben sich erhebliche Möglichkeiten auch zur Arbeitsplatzdezentralisierung. Auch darin liegt eine Möglichkeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Nun haben die Gewerkschaften vor dieser Art neuer Heimarbeitsplätze einen Horror, weil sie die Erfahrungen mit herkömmlichen Heimarbeitsplätzen übertragen und sagen: Da gehen Schutzrechte verloren. Müßte nicht auch da, weil die Tendenz absehbar ist, eher darüber nachgedacht werden, wie man mit dem auftauchenden Problem fertig wird, als daß man sich der erkennbaren Tendenz zur Dezentralisierung einfach verweigert?

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Thoben. Herr Jung.

**Jung:** Herr Ministerpräsident, Sie haben kein Hehl daraus gemacht, daß für Sie die Vorruhestandsregelung wirklich nur eine Übergangsmaßnahme ist. Ich teile Ihre Meinung: nach einer nochmaligen Verlängerung.

Ich bin Betriebsratsvorsitzender in einem Betrieb mit ca. 2 000 Beschäftigten, einem Betrieb, der in vorbildlicher Weise in hohem Maße die Vorruhestandsregelung praktiziert. Sie wird in einer Form praktiziert, die bei den Arbeitnehmern bestens ankommt, ja begehrt ist, die aber ebenso, wie ich von meinem Vorstand weiß, sehr teuer ist.

Ich bekomme ständig von meinen Mitarbeitern gesagt: Hoffentlich wird dieses Gesetz noch einmal verlängert und hoffentlich recht bald. Von meiner Geschäftsleitung bekomme ich ebenso dringend gesagt: Hoffentlich ist damit eine Erhöhung des Zuschusses an die Arbeitgeber verbunden. Da wir in unserem Betrieb durch die Anwendung dieser Vorruhestandsregelung jährlich alle Auszubildenden übernehmen, ist das eine große Chance für diese jungen Leute.

Mein Beitrag noch einmal in Kurzform: Verlängerung des Gesetzes, Erhöhung des Zuschusses an die Arbeitgeber, somit Chancen für die Übernahme von Ausgebildeten. Auch einen Übergang, wie Heribert Scharrenbroich andeutete, nach einer Verlängerung in Form eines Teilruhestands halte ich für möglich.

Danke schön.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Danke schön. Herr Senator Pieroth als nächster.

**Elmar Pieroth:** Ich möchte gerne zwei Grundwahrheiten, die der Ministerpräsident des 'armen' Bundeslandes Baden-Württemberg ausgesprochen hat, aus unserer bescheidenen Berliner Sicht unterstreichen. Die erste Grundwahrheit: Mehr Arbeitsplätze sind die erste Voraussetzung dafür, daß wir eines Tages weniger Arbeitslose

haben. Es wird höchste Zeit, daß diese 500 000 Arbeitsplätze, die während dieser Regierung Kohl geschaffen worden sind, genauso zu unserem selbstverständlichen Wissen gehören wie die Arbeitslosenquote oder die Zahl der Arbeitslosen. Letzteres wissen wir. Ob wir ersteres so wissen, möchte ich noch bezweifeln. Nach diesem Parteitag werden wir es besser wissen.

Ich sage das deshalb, weil wir vor anderthalb Jahren in Berlin auch deshalb die Wahlen gewonnen haben, obwohl wir zu diesem Zeitpunkt elf Prozent Arbeitslose hatten, weil wir schlicht darauf hinweisen konnten, daß wir nach Übernahme der Regierung nach 35 Jahren Sozi-Herrschaft drei schwere Jahre hatten, daß wir aber die Tendenzwende, von der Lothar Späth eben gesprochen hat, erreicht hatten: Es waren im letzten Jahr vor der Wahl 2 000 Arbeitsplätze mehr geworden. Die Zahl ist nicht so entscheidend wie das Vorzeichen vor der Zahl. Wenn es nämlich mehr Arbeitsplätze werden, dann wissen die, die in Arbeit sind, daß sie ihren Arbeitsplatz nicht als nächste verlieren, weil es immer weniger Arbeitsplätze werden.

Wenn da welche meinen, es gebe kein Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit: Es gibt ein Wundermittel — es ist banal, es zu sagen — gegen die Arbeitslosigkeit, das sind nämlich mehr Arbeitsplätze, und diese Regierung Kohl hat das Wunder geschafft, daß es wieder mehr Arbeitsplätze geworden sind. Das muß man sagen.

(Beifall)

Das zweite. Neue Arbeitsplätze, die entstehen, müssen auch besetzt werden, und neue Arbeitsplätze sind andere Arbeitsplätze. Da genügen auch Facharbeiterberufe früherer Jahre nicht unbedingt, um sie besetzen zu können. Es ist also nicht die Frage, ob wir genügend Facharbeiter haben, sondern ob wir die richtigen Facharbeiter haben. Im internationalen Wettbewerbsprozeß, den wir bestehen müssen, können wir uns nur durch Rationalisierungsinvestitionen, sprich Arbeitslosigkeit, anpassen, oder wir nehmen Lohnanpassungen in Kauf, was wir ja nach unten nicht wollen, oder wir kommen zu Produktinnovationen oder zu neuen Produkten. Beides erfordert neue Maschinen und neue Fertigungstechniken, um mit dem Neuen in der Welt bestehen zu können.

Diese neuen Maschinen erfordern aber auch neue Qualifikationen. Deshalb ist festzustellen, daß die Regionen geringere Arbeitslosigkeit haben, die mit dem Strukturwandel rascher vorangekommen sind. Lothar Späth hat weniger Arbeitslose, nicht weil er es geschickt verstanden hat, den Strukturwandel zu verlangsamen und möglichst viele Betriebe am Leben zu erhalten, sondern weil er ihn eher beschleunigen konnte. Strukturwandel heißt für die Arbeitsseite, daß der Qualifikationswandel *uno actu* erfolgen muß.

Also Norbert, Du mußt eines Tages die Arbeit des Wirtschaftsministers in Bonn mit übernehmen, damit das so vorankommt, wie wir hoffen, daß wir in Berlin vorankommen, weil der Wirtschaftssenator Arbeitssenator geworden ist.

(Beifall)

Das ist aber keine isolierte Berliner Erscheinung, die ich Ihnen aufzeigen wollte.

Prognos hat vor kurzem veröffentlicht, daß sich bis zum Jahre 2000 fünf Millionen Arbeitsplätze verändern werden. Das sind potentiell Arbeitslose, wenn wir sie nicht rechtzeitig umschulen können. Ich darf Ihnen einmal kurz etwas zur Berliner Arbeits-

losenstruktur sagen. Da wird deutlich, was versäumt wird, wenn nicht frühzeitig genug mit der Weiterqualifizierung begonnen wird. 68 Prozent der Berliner Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Im Bundesgebiet sind es zum Glück nur 49 Prozent. 15 Prozent der Berliner Arbeitslosen sind arbeitslose Hochschulabgänger in einem engeren oder auch weiteren Sinne. Das heißt, für die direkte Qualifizierung der Facharbeiter aus Facharbeiterkreisen stehen weniger als 20 Prozent, sprich weniger als 15 000 von 80 000 Arbeitslosen, zur Verfügung.

Wenn ich dann noch daran denke, daß 1 700 Arbeitslose aus Sicherheitsberufen registriert sind und das gar nicht die sind, die durch das Wirken von Heinrich Lummer als Kriminalbeamte arbeitslos geworden wären, sondern sich hinter „Sicherheitsberufen“ nichts anderes verbirgt als arbeitslose Pfortner, dann werden die nicht dadurch, daß neue Arbeitsplätze entstehen, auch wieder Pfortner werden können. Ich sage dies nur, um verständlich zu machen, wie wir in den Betrieben insbesondere - da geht es noch am leichtesten - diejenigen wieder in hochwertige Arbeit bringen, die noch in Arbeit sind, damit sie durch höherwertige Tätigkeit in Arbeit bleiben können und nicht arbeitslos werden.

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Lieber Kollege, ich habe Ihnen schon einen Berlin-Zuschlag gegeben.

**Elmar Pieroth**: Ich wollte jetzt nur sagen, das läßt sich in den Betrieben nur lösen, wenn wir die Tarifparteien dazu bringen, Tarifverträge über Weiterbildungszeiten abzuschließen oder wenn die Betriebe Betriebsvereinbarungen treffen oder wenn individuelle Vereinbarungen getroffen werden. Neben Arbeitszeit und Freizeit muß es die Weiterbildungszeit geben und nicht einen gesetzlichen Anspruch auf Weiterbildungsurlaub. Mir Urlaub hat das überhaupt nichts zu tun, das ist harte Anstrengung für jeden einzelnen. Alle müssen sich anstrengen, damit sich alle anstrengen werden.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Herr Müller, MdB, hat als nächster das Wort.

**Alfons Müller**, Wesseling: Meine Damen und Herren, ich möchte Lothar Späth besonderen Dank sagen für die Aussagen in Teil 3, die die Perspektive unter dem Stichwort „Wertwandel“ ansprechen. Ich meine, wir brauchen auch eine neue Definition des Begriffes Arbeit. Was verstehen wir unter Arbeit? Ist das wie seit vielen Jahren so, daß das nur die außerhäuslich erbrachte Erwerbsarbeit ist, die bezahlt wird, oder ist da nicht auch die erzieherische und die pflegerische Leistung, die in der Familie erbracht wird, mit einzubeziehen? Ich meine, wir hätten einen entscheidenden Durchbruch zustande gebracht, indem wir mit Erziehungsgeld, mit Erziehungsurlaub und vor allen Dingen mit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht dieses deutlich gemacht haben. Meine Damen und Herren, das hat unsere Partei geschaffen, und das halte ich für einen ganz großen Fortschritt.

(Beifall)

Ich meine, wir müssen jetzt aber auch den nächsten Schritt tun, daß wir die pflegerischen Leistungen in der Familie auch entsprechend dem Sozialrecht anerkennen und honorieren. Es ist doch viel wirtschaftlicher und viel billiger und auch menschenwürdiger, wenn das in der Familie geschieht anstatt in irgendeinem Pflegeheim oder Altersheim. Ich möchte das hier deutlich unterstreichen.

(Beifall)

Ich stimme zu, wenn wir sagen, wir haben traumhaft gute Rahmenbedingungen geschaffen. Ich habe als junger Mann vor vielen Jahren gelernt, eine Volkswirtschaft ist in Ordnung, wenn vier Ziele erreicht sind: stabile Preise, eine Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und eine gute Leistungsbilanz. Drei Ziele sind erreicht, nur die Vollbeschäftigung ist noch nicht erreicht. Wenn ich in meiner Stadt, in der ich als Bürgermeister herausgehobene politische Verantwortung trage, mit den Unternehmen diskutiere, dann sagen die mir: Das Arbeitslosenproblem wird immer mehr zu einem Problem der fehlenden Qualifikation, weil wir Fachleute suchen, und die sind nicht da. Deswegen meine ich, wir sollten von diesem Parteitag aus zu einer Qualifizierungsoffensive aufrufen. Mit der Siebenten Novelle haben wir entsprechende Voraussetzungen geschaffen.

Es kann nicht so bleiben, daß nur fünf Prozent der Arbeitnehmer über EDV-Kenntnisse verfügen und in Gutachten wird prognostiziert, in wenigen Jahren müssen 70 Prozent der Arbeitnehmer diese Kenntnisse haben. Dies ist aber nicht nur eine Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit, sondern auch der Tarifvertragsparteien. Ich stimme dem zu, was gesagt wurde, daß hier die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern und der Bundesanstalt für Arbeit für die nötige Qualifizierung der Arbeitslosen sorgen und eintreten.

1982 haben wir 265 000 Menschen in Fortbildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gehabt, 1986 sind es 450 000. Für diese Ausgaben, so meine ich, sollten wir draußen Stimmung machen und sollten den Leuten sagen, was die CDU-geführte Bundesregierung hier in der Tat leistet.

Eine letzte Bemerkung. Es paßt nicht, wenn wir bei zwei Millionen Arbeitslosen immer noch 1,5 Milliarden Überstunden haben. Das ist ein ständiger Verstoß gegen die Solidarität. Ich weiß selbst aus meiner praktischen Betriebszeit, daß man in Spitzenzeiten, in Stoßzeiten Aufträge durch Überstunden abfangen muß, aber es gibt immer noch Unternehmen, die fahren lieber Überstunden, als daß sie neue Leute einstellen. Ich meine, wir müssen deutlich darauf hinweisen, wir brauchen die Solidarität aller, um das Problem zu lösen.

Ich bin für mehr Flexibilität in der Arbeitswelt. Das darf aber nicht zu Lasten hart erkämpfter Schutzrechte gehen, die sich die Arbeitnehmer mit den Gewerkschaften in vielen Jahren erkämpft und erstritten haben. Wir brauchen neue Formen und wir brauchen mehr Flexibilität. Wenn über 20 Prozent der Arbeitnehmer von sich aus erklären, sie seien bereit, weniger zu arbeiten als 40 Stunden, dann sollten wir auch die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bin leider, was die Zeit angeht, nicht in der Lage, eine flexible Arbeitszeitordnung zu

praktizieren, sondern muß, damit auch der Sachverstand hier oben zur Geltung kommt, folgendes sagen: Erstens wird Herr Professor Schmidtchen seinen Beitrag zur Kenntnis geben, dann Herr van Hooven und Herr Dr. Barth. Dann nehme ich hier wieder Wortmeldungen auf, und dann muß der Vertreter des Betriebsrats, Herr Preusch, zu Wort kommen.

Die anderen Wortmeldungen kommen dann nicht mehr zum Zuge, denn dann kommt das Thema Arbeitsrecht zur Sprache, zu dem auch einige Wortmeldungen vorliegen. Dazu wird dann Herr Professor Rùthers etwas sagen. Herr Franke, Sie müssen dann irgendwo das arbeitsmarktpolitische Schlußsignal setzen. Wir kommen sonst nicht zu der notwendigen Information, auf die Sie einen Anspruch haben.

Herr Professor Schmidtchen hat das Wort.

**Prof. Dr. Gerhard Schmidtchen:** Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen acht empirisch belegbare Thesen für die Diskussion vortragen, und zwar Thesen zum Thema „Technik und die Zukunft der Arbeit“.

Erstens. Nach dem Einzug neuer Techniken in die Industriebetriebe haben Mitarbeiter den alten und den neuen Zustand erlebt: Niemand will zurück zum alten. Der Grund: Die Arbeit wird geistig anregender, interessanter, vielseitiger, die Belastungen gehen zurück. Mit der Erhöhung der Investition pro Arbeitsplatz ändert sich die Qualität der Arbeit. Sie wird komplexer, humaner. Die Mitarbeiter sind mehr als früher disponierend und gestaltend tätig gegenüber den Apparaten. Den Entwicklungen in Elektronik und Maschinenindustrie wohnt die Tendenz inne, den Menschen aus der Knechtschaft der Maschine zu befreien.

Zweitens. Die Arbeitsorganisation wird bestimmt durch den Einbau von Wissen, von Intelligenz in Verfahrensweisen, in die Produktion. Damit steigt nicht nur die Produktivität, sondern auch das Niveau des Mitarbeiterverhaltens. Ein neues Profil der Arbeitsmoral breitet sich in den Betrieben aus. Die Fähigkeit zur Informationsverarbeitung, das Denken in Abläufen, die Kommunikation innerhalb der Arbeitsgruppen werden wichtig. Eine reine Ausführungs- und Stückzahlmoral wird gegenstandslos, wenn die Automaten präzise und fleißig sind. Stereotype Moral ist hinderlich in den Betrieben. Eine neue kommunikative Arbeitsmoral bestimmt das Klima und den Führungsstil.

Drittens. Mehr Autonomie. Die neuen Techniken haben so etwas wie eine Kulturrevolution in den Betrieben ausgelöst. Die Mitarbeiter werden in Lern- und Qualifikationsprozesse hineingezogen. Die Verantwortung wächst. Gerade an den durch Elektronik bestimmten Arbeitsplätzen wird von den Mitarbeitern betont, man sei selbständig und lerne hinzu. Damit wächst natürlich auch das Selbstbewußtsein der Mitarbeiter — sehr zu Recht. Die neuen Techniken lassen sich nur mit einem höheren Grad von Autonomie sinnvoll und produktiv einsetzen. Die Investitionsgrenzen liegen heute bei der Qualifikation und der dispositiven Kompetenz der Mitarbeiter. Die Anforderungen neuer Techniken enthalten für die Mitarbeiter die Chance zu persönlicher Entwicklung zu einer menschlicheren Form der Arbeit.

Das Vierte: Mehr Ressourcen, attraktivere Arbeit.

Nicht nur die Produktivität steigt durch die neuen Techniken, sondern auch der Ressourcenreichtum innerhalb des Betriebes und beim einzelnen Mitarbeiter. Je größer die internen und externen Ressourcen, desto besser kann ein Mitarbeiter mit

Belastungen fertig werden. Das ist jetzt nachgewiesen. Diese Ressourcensteigerung hat dazu geführt, daß die Mitarbeiter mit ihrer Arbeit trotz der veränderten Anforderungen zufriedener sind als früher. Die Mitarbeit in den Positionen der Industrie ist attraktiver geworden. Die Arbeitsmotivation ist gestiegen.

Das Fünfte: Auswirkungen auf die Freizeit.

Die neuen Anforderungen am Arbeitsplatz haben eine neue Beziehung zur Welt der Freizeit gestiftet. Das Verhalten in der Freizeit wird durch ähnliche Grundsätze bestimmt wie das am Arbeitsplatz: partnerschaftlicher Austausch, Weiterbildung, Informationsaufnahme, persönliche Entwicklung. Je kommunikativer der Lebensstil in der Freizeit, desto selbstverständlicher werden kommunikative Tugenden am Arbeitsplatz praktiziert. Die Freizeit, mehr verfügbar als vor Jahrzehnten, ist zu einem produktiven Bereich eigener Art geworden. Sie dient nicht nur der Regeneration, sondern der Familie, der Fortbildung, den Aktivitäten in Vereinsleben, Politik, Kultur und Kirche. Im ganzen ist Freizeit ebenso wie die Arbeit attraktiver geworden. Ihr Grenznutzen steigt. Das aber ist kein Beweis für eine sinkende Arbeitsmoral. Im Gegenteil: Beide Bereiche können sich stützen.

Das Sechste: Die Individualisierung der Arbeitszeit.

Der Wunsch nach neuen Grenzziehungen zwischen Arbeit und Freizeitwelt hat die Frage der Arbeitszeit aktuell gemacht. Einer Arbeitszeitverkürzung reden nicht alle Mitarbeiter in der Industrie das Wort. Eine knappe Mehrheit würde eher Lohnerhöhungen begrüßen. Insbesondere die linearen Verkürzungen der Arbeitszeit sind unbeliebt. Die Mehrheit möchte persönlich wählbare Arbeitszeiten. Für zwei Fünftel ist Teilzeitarbeit interessant. Der Wunsch nach flexiblen Arbeitszeiten wird insbesondere begründet mit einer besseren Abstimmung der Anforderungen in Beruf und Familie und mit der Tatsache, daß die Freizeit wichtiger ist. Auch soziales Engagement, ehrenamtliche Tätigkeiten in der Freizeit, werden in diesem Zusammenhang von vielen erwähnt. Für eine flexible Verteilung vertraglicher Arbeitszeiten über das Jahr hinweg oder über die Woche hinweg plädieren ebenfalls Mehrheiten. Für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit plädiert die große Mehrheit. 72 Prozent würden einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit gegenwärtig vor einer linearen Reduzierung der Wochenarbeitszeit den Vorzug geben. Der Wunsch nach Individualisierung der Arbeitszeiten ergibt sich folgerichtig aus den veränderten Bedingungen in Arbeitswelt und Freizeit. Die Gewerkschaften sollten diese Interessen der Arbeitnehmer ernst nehmen. Dann würden vielleicht ihre Mitgliederzahlen wieder steigen.

(Beifall)

Das Siebente: Eine intelligente Industrieproduktion und Verwaltung haben Folgen für die Berufsstruktur. Der tertiäre, der Dienstleistungssektor, wird sich weiter ausdehnen. In einem weit entwickelten Land wie der Schweiz lebt zur Zeit schon mehr als die Hälfte der Bevölkerung vom Dienstleistungssektor. Das ist nicht der Sektor der einfachen Arbeit. Auch hier herrscht das Qualifikationsgesetz. Die Wertschöpfung des Dienstleistungssektors wird ebenfalls mit der Investition pro Arbeitsplatz steigen. Die Leistungsfähigkeit der großen Berufspalette des Dienstleistungssektors wird Arbeitsplätze erzeugen. Und die neuesten Statistiken zeigen, daß hauptsächlich hier neue Arbeitsplätze entstanden sind. Sie werden das Sozialprodukt mit steigen lassen. Der tertiäre Sektor sollte deswegen systematisch gefördert werden.

Und das achte Problem ist, daß wir es in Zukunft mit einem hohen Lebensstandard zu tun haben werden. Wenn die Möglichkeiten einer intelligenten Technik genutzt werden, wird sich der Lebensstandard auf ein nach heutigen Maßstäben wahrschein-

lich ungewohntes Niveau heben. Wir sind auf dem Wege in eine ressourcenreiche Gesellschaft. Damit aber stellen sich neue Herausforderungen. Reichtum, wozu? Neue Lösungen für alte Probleme können ins Auge gefaßt werden, das kulturelle Interesse wird sehr breit steigen, die Befähigung, den Sozialproblemen im eigenen Land und den Problemen der Weltgesellschaft begegnen zu können, wird wesentlich größer werden. In ihrer Geschichte haben die Deutschen sicherlich gelernt, arm zu sein. Lernen müssen wir in Zukunft wahrscheinlich, auf richtige Weise reich zu sein. Gerade eine reichere Gesellschaft wird an ihrer Humanität gemessen werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Danke schön. - Das Vorstandsmitglied Herr van Hooven hat das Wort.

**Dr. Eckart van Hooven:** Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Sie werden sich natürlich fragen: Was kann ein Bankmann schon zum Thema Arbeit sagen? Ich möchte zwei Gründe zur Rechtfertigung anführen.

Erstens. Der Wirtschaftssenator der Hansestadt Hamburg soll auch, so, wie in Berlin, das Ressort Arbeit übernehmen. Ich meine, das ist richtig so; denn Arbeit ist ein Reflex auf Wirtschaft.

Das Zweite ist, daß ich in meiner beruflichen Tätigkeit in der Bank gerade mit diesem Thema immer wieder gefordert bin; denn einmal beraten wir Unternehmen, sind eingebunden in Unternehmensstrategien, und zum zweiten sitzen wir in Aufsichtsräten. Insbesondere in den Aufsichtsräten mitbestimmter Unternehmen wird dieses Thema Arbeit mit großer Intensität und, von beiden Seiten, wie ich meine, mit großem Sachverstand erörtert.

Deshalb ist das, was ich Ihnen hier heute über neue Techniken und Beschäftigung sagen möchte, im Grunde beinharte Praxis, so, wie ich es in meinem Beruf erlebt habe.

Sie werden sagen: Neue Techniken, das ist eigentlich erst in die Diskussion gekommen, seit es IBM gibt. - Ich darf Sie hier informieren, daß der Kaiser Vespasian 70 nach Christus bereits befunden hat, daß die Verwendung arbeitskraftsparender Seilwinden mit der Begründung abzulehnen sei, daß dann den Armen ja kein Brot beschafft würde. Also, wir haben hier ein sehr altes Thema zu erörtern.

Es ist dann immer wieder gesagt worden: Steigende Produktivität senkt den Arbeitskräftebedarf. Das hatte Geltung bei der Erfindung der Dampfmaschine, der Elektrizität, des Autos. Heute wird es bei der Mikroelektronik wieder verwendet — mit gleichen Argumenten. Und dabei läßt es die Verfechter dieser These „Neue Techniken vernichten Arbeitsplätze“ kalt, daß sich diese im historischen Kontext per Saldo eigentlich immer als falsch erwiesen hat. Jede wichtige neue Technik wurde als Chance für Innovationen und damit für mehr Arbeit von den Beteiligten genutzt. Es entstanden neue Industriezweige. Die Zahl der Arbeitsplätze und demzufolge der allgemeine Wohlstand nahmen beträchtlich zu. Der Technik ist es zu verdanken, daß wir heute nicht einmal halb soviel wie noch vor der industriellen Revolution arbeiten

müssen. Höchstens ein Fünftel der Arbeitszeit von damals wird benötigt, um den gleichen Lebensstandard zu sichern.

Deshalb, meine ich, ist es ganz wichtig, auch für uns als Partei, daß wir dieser Verunsicherung über den Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Beschäftigung entgegenwirken; denn es ist leichter, breite Bevölkerungsschichten von den negativen Technikfolgen — so, wie sie sie verstehen — zu überzeugen als umgekehrt. „Technik vernichtet Arbeitsplätze“, das klingt natürlich plakativ, ist gut verkäuflich, leicht nachvollziehbar. Und viele haben natürlich auch am eigenen Leibe erfahren, oder sie sind über die Massenmedien davon in Kenntnis gesetzt worden, wie eben Maschinen punktuell — und ich wiederhole: punktuell — zu Arbeitsplatzverlusten geführt haben. Sie sind empfänglich für Vorschläge, die Einführung neuer Technologien unter eine wie auch immer definierte soziale Kontrolle zu stellen, damit der eigene Arbeitsplatz geschützt werde.

Die Äußerung „Technik schafft Arbeitsplätze“ ist viel schwieriger zu begreifen. Zusammenhänge sind hier häufig nur indirekt erkennbar. Das gilt insbesondere dann, wenn neue Arbeitsplätze nicht dort entstehen, wo diese neuen Techniken eingesetzt werden. Die Ratio eines marktwirtschaftlichen Systems, über die laufende Umverteilung von Produktionsfaktoren ein immer besseres Ergebnis insgesamt zu erwirtschaften, ist für den einzelnen eben schwer verständlich und leistet natürlich einer einseitigen Optik viel Vorschub.

Die Kritiker des technischen Fortschritts argumentieren ja so: Es gibt „gute“ und „schlechte“ Innovationen. Zu „guten“ Innovationen gehören Produktinnovationen, also Neuerungen, die auf eine Erweiterung der Absatzmöglichkeiten abzielen und für jedermann sichtbar beschäftigungsfreundlich sind.

Und dann kommen die „schlechten“. Die „schlechten“ sind die Prozeß- und Verfahrensinnovationen, weil sie den Produktionsprozeß rationalisieren. Diese Art technischer Fortschritt, so das Argument der Technologiegegner, zerstört also unsere Arbeitsplätze. Ich meine, daß diese Betrachtungsweise schlicht falsch ist. Tatsächlich sind auch Verfahrensinnovationen ein Glied in einer Kette, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens erfordert die Einführung neuer Produktverfahren — das ist ja auch schon gesagt worden — in der Regel neue Maschinen. Diese müssen hergestellt werden, beschäftigen also die Investitionsgüterindustrie und wirken unmittelbar beschäftigungssteigernd. Der starke Beschäftigungsaufbau in diesem Industriezweig, meine Damen und Herren, seit 1985 ist heute ad oculos demonstriert. Ich nenne insbesondere die numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen und die Datenverarbeitungsanlagen.

Zum zweiten verringern ja neue technische Verfahren die Produktionskosten. Die Einführung der Fließbänder durch Henry Ford war damals das Paradebeispiel arbeitsplatzvernichtender Technik. Heutzutage greifen wir die automatisierte Halle 54 bei VW an. Aber gerade das sichert doch unsere Beschäftigung. In der Automobilindustrie haben wir heute 800.000 Beschäftigte. Und wenn wir den Mercedes 190 heute so fertigten wie in der Werkstatt von Gottlieb Daimler, dann wäre er unbezahlbar.

Dieser Wettbewerbsaspekt wird meines Erachtens in der Auseinandersetzung über

den Beschäftigungsfaktor im Zusammenhang mit neuen Techniken nicht ausreichend berücksichtigt.

Vielfach haben wir gar keine Alternative zur Kostensenkung. Sie wird uns von unseren Wettbewerbern im Ausland quasi diktiert. Bei der Kernenergie ist das natürlich nicht anders. Nur die Frage ist immer wieder: Wann werden wir hier lernfähig?

Die Textilindustrie hat ihre Überlebensstrategie den neuen Prozeß- und Produktinnovationen zu verdanken.

Bei unserer Wertindustrie — und ich sage das als Hamburger sehr ungern — haben wir das Beispiel dafür, wie uns unzureichende Innovationen, Warten auf bessere Zeiten unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit haben verlieren lassen.

(Beifall)

Die Folge ist, daß mehr als 10.000 Arbeitsplätze von den 30.000 Werftarbeitsplätzen im Norden der Republik in diesem Jahr noch verlorengehen werden. Und ich kann nicht erkennen, wie die letzten 20.000 echt gerettet werden könnten.

Insgesamt gesehen sind also Innovationen notwendiger Bestandteil für das Wachstum, notwendige Voraussetzung für die Bewältigung der strukturellen Basis. Für ein so exportabhängiges Land wie unsere Bundesrepublik Deutschland sind sie eben eine *conditio sine qua non*. Es ist unredlich, lediglich den Rationalisierungseffekt neuer Techniken hervorzukehren und die beschäftigungsfördernden Fernwirkungen hier nicht zu berücksichtigen.

Ich darf zum Schluß noch ganz kurz auf das Gewerbe, in dem ich tätig bin, eingehen, das Kreditgewerbe. Da ist eine sehr, sehr starke Rationalisierungs- und Technisierungswelle in Bewegung gekommen, die uns in einen engen Kontext mit den Gewerkschaften bringt. Sie kostet Arbeitsplätze. Aber wir haben in unserem Haus einmal durchgerechnet, was denn in den letzten 20 bis 25 Jahren geschehen ist. Rechnerisch sind 22.000 Mitarbeiter heute mehr im Unternehmen. Im Kreditgewerbe hat sich die Beschäftigtenzahl in den letzten 20 Jahren von 266.000 auf 560.000 erhöht. Hinter dieser starken Personalexpansion verbirgt sich eben, was hier auch schon angeklungen ist, etwas sehr Interessantes: Die Arbeitsplätze werden alle höherwertig.

Im Kreditgewerbe hat eine Revolution stattgefunden, seit der Arbeitnehmer seine Lohntüte losgeworden ist und ein persönliches Lohn- und Gehaltskonto hat. Hier hat eine persönliche Betreuung des Kunden eingesetzt, die dazu geführt hat, daß das Selbstbewußtsein breiter Schichten im Hinblick auf den Umgang mit Geld in einer Form gewachsen ist, daß es ein wesentlicher Stabilisator der sozialen Verhältnisse in unserer Republik ist. Lassen Sie mich das als jemand, der diese Entwicklung 25 Jahre lang begleitet hat, hier einmal ganz deutlich aussprechen. Heute wird jeder Arbeitnehmer persönlich von seiner Sparkasse oder seiner Bank betreut und legt ein Verhalten an den Tag, das ihm als Empfänger einer Lohntüte völlig fremd gewesen ist. Ich wünsche mir, daß das noch etwas stärker in unser Bewußtsein dringen möge.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Unsere Gesellschaft befindet sich im Übergang von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft oder besser: zu einer Betreuungsgesellschaft. Der persönliche Dienst am Kunden, ganz egal wo, bei

Banken, bei Versicherungen, im Gaststättengewerbe, in der Touristik, in der Sozialfürsorge, im Gesundheitsdienst, bei Behörden aller Art, hat erste Priorität. Ich würde jedem, der kontaktfreudig ist, wenn ich jetzt in die Berufsberatung einstiege, sagen: Suchen Sie sich heute einen Betreuungsberuf; denn dann bliebe Arbeitslosigkeit für Sie ein Fremdwort. — Der Dienstleistungssektor ist der beschäftigungspolitische Hoffnungsträger unseres Landes. — Das gilt auch für die 3000 Musiklehrer, die Herr Späth genannt hat. Die könnten diese schöne, optimistisch stimmende Zeit ja ganz gut intonisieren. Wie sagte Herr Späth: eine phantastische Zeit? — Und ich meine, wir sollten uns voller Optimismus auf sie einrichten.

Ich möchte dies in Hamburg dann übrigens vorzuturnen versuchen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr van Hooven.

Nur, meine Damen und Herren, wenn man etwa Lehrer oder Sozialarbeiter auch als Betreuungsberufe definiert, muß ich warnen, in diese Berufe zu gehen. Deshalb bleiben wir doch besser bei der Bezeichnung „Dienstleistung“.

Wir hier oben haben gelästert: Politiker sein ist dann der intensivste Betreuungsberuf, weil unsere Sprechstunden aus allen Nähten platzen. So viele Leute wollen immer betreut werden. — Das ist ein Aufruf zu Kandidaturen.

Herr Dr. Barth, Sie haben das Wort.

**Dr. Hans J. Barth**: Schönen Dank. — Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz die Aspekte Bildung und Weiterbildung beleuchten. Ich will auch versuchen, die zehn Minuten, die mir zugestanden worden sind, nicht voll in Anspruch zu nehmen. Um so mehr Zeit haben wir dann zum Diskutieren.

Der sektorale Strukturwandel — das hat Ministerpräsident Späth in seiner Einführung schon ausgeführt — wird, im Ganzen gesehen, weiter zu Lasten der Primärproduktion und auch der Sekundärproduktion, also des verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes, gehen und den Dienstleistungssektor, dabei vornehmlich die produktionsorientierten Dienstleistungen, begünstigen.

Innerhalb der Sektoren wird der Strukturwandel noch ausgeprägter sein als zwischen den Sektoren. Die treibenden Kräfte dahinter sind einmal internationale Arbeitsteilung, dann der technische Fortschritt, aber auch Änderungen im Umfang und in der Altersstruktur der Bevölkerung und schließlich im Erwerbs- und Ausgabeverhalten.

Mit all diesen Dingen ändert sich schon die Arbeitsplatzstruktur. Sie ändert sich ferner, weil neue Techniken, allen voran die Organisations- und Kommunikationstechniken sowie die Automations- und Steuerungstechniken, neue Anforderungen an die Beschäftigten auf den jeweiligen Arbeitsplätzen stellen, ihre Tätigkeiten also inhaltlich verändern.

Es wurde auch schon gesagt: manuelle Tätigkeiten verlieren an Bedeutung sowohl in der Produktion als auch in der Lagerung als auch im Transport. Auch einfache Bürotätigkeiten verlieren weiter an Bedeutung. Statt dessen gewinnen an Bedeutung kontrollierende und dispositive Tätigkeiten, beratende Tätigkeiten ebenso auch betreuende Tätigkeiten.

Daraus lassen sich nun zwei Schlüsse ziehen; auch das ist schon klar geworden. Erstens geht die Tendenz am Arbeitsmarkt hin zu höher qualifizierten Arbeitskräften, und zweitens geht sie hin zu flexibler einsetzbaren Arbeitskräften. Das sind zwei wichtige Feststellungen, weil sich daraus nämlich mit Blick auf Bildung und Weiterbildung wesentliche Konsequenzen ergeben.

Was zunächst die Erstausbildung betrifft, so muß verstärkt dem absehbaren Wandel bei den überkommenen Berufsbildern Rechnung getragen werden. Das bedeutet — und da stimme ich der Wortmeldung aus dem Plenum von vorhin zu —, daß es nicht genügt, nur den Auszubildenden in wenigen Spezialberufen mit dem Einsatz neuer Techniken vertraut zu machen. Dies muß vielmehr in der Breite der Berufe geschehen. Zum zweiten bedeutet es, daß die jeweiligen Ausbildungsordnungen — auch das bitte ich zu beachten — so zu gestalten sind, daß spätere Übergänge zwischen verwandten Berufen möglichst leicht gemacht werden. Hier könnte man als Stichworte nennen: tätigkeitsfeldbezogene Ausbildung und weniger berufsspezifische Ausbildung.

Allein aus dem Nachwuchs, der die neueste Ausbildung mitbringt, werden die Unternehmer den Bedarf an Arbeitskräften, die mit den neuen Techniken umgehen können, künftig immer weniger decken können. Der zum Teil noch bestehende Ausbildungsstellenmangel und die weiterhin bestehenden Schwierigkeiten beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben dürfen den Blick dafür nicht verstellen, daß die Altersjahrgänge der 15 bis 17jährigen mittlerweile bereits rückläufig sind. Im Jahre 1990 wird die durchschnittliche Jahrgangsstärke der 15 bis 17jährigen um etwa ein Drittel niedriger sein als 1984. Bei den 18 bis 20jährigen ist der Rückgang nicht viel weniger ausgeprägt; er ist auf mindestens ein Viertel zu veranschlagen.

Die berufliche Weiterbildung des vorhandenen Personals wird folglich einen zunehmend höheren Stellenwert einnehmen müssen. Betriebliche wie überbetriebliche Weiterbildungsprogramme müssen von daher im ureigenen Interesse auch der Unternehmen liegen.

Noch ein weiterer Aspekt, der hier häufig übersehen wird. Es wird viel davon geredet, daß wir in den Belegschaften Widerstände gegen die Einführung neuer Technologien haben. Ich vermute: Wenn die Unternehmen sich so viel Mühe mit einer vorausschauenden Personalplanung geben würden, wie sie das mit der Investitionsplanung tun, und wenn sie beides besser aufeinander abstimmen würden, dann könnte man viel von diesen Akzeptanzproblemen abbauen.

(Beifall)

Den Staat selbst oder in diesem Fall besser die Bundesanstalt für Arbeit mit ihren arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Förderung der beruflichen Weiterbildung sehe ich hier eher in einer flankierenden Rolle. Vor dem Staat oder vor der Bundesanstalt für Arbeit sind noch die Tarifvertragsparteien gefordert. Hier unterstreiche ich das, was schon gesagt worden ist.

Wichtig erscheint mir aber — und damit möchte ich schließen, um Ihre Zeit nicht noch weiter in Anspruch zu nehmen —, daß beide, Staat und Tarifparteien, die passenden Rahmenbedingungen setzen und daß sie nicht falsche incentives setzen. Nicht zuletzt sollten sie mit einer Senkung der marginalen Steuersätze und mit einer differenzierteren Lohnpolitik mit dazu beitragen, daß sich für den einzelnen Arbeitnehmer Weiterbildung nicht nur in der Chance für mehr Selbstentfaltung — auch das ist sicherlich wichtig — sondern auch in einem höheren verfügbaren Einkommen auszahlt. — Schönen Dank.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Barth, Sie haben als erster die Zeit absolut eingehalten: 10 Minuten und keine Sekunde darüber. Ganz toll!

Meine Damen und Herren, damit wir hier vernünftig miteinander umgehen: Ich habe noch drei Experten, die zu Wort kommen müssen, und etwa 15 Wortmeldungen. Das geht also nicht. Ich muß themenbezogen auswählen. Einer der Gründe — ich glaube, wir akzeptieren ihn alle — ist, daß Heiner Geißler eine so begeisternde Rede gehalten hat. Deshalb ist unser Arbeitskreis etwas in Bedrängnis geraten. Ich glaube, soviel sind wir alle Parteitagsdelegierte, daß wir das zu schlucken vermögen und flexibel sind und nicht nur von flexibler Arbeitszeit reden.

Ich rufe jetzt Herrn Badeck, Herrn Heinzel und Frau Braun-Moser auf.

(Zuruf)

— Ich kann doch nichts dafür, wenn diese Wortmeldungen nach Ihrer Meinung keine Praktiker sind. Wie war Ihr Name? Herr Haarmeyer. Diese Wortmeldung liegt hier auch. Sie haben „Flexibilisierung“ angegeben. Ich rufe die Stichworte auf und versuche, Sie noch unterzubringen.

**Georg Badeck**: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich mich als amtierender Betriebsrat auch als Praktiker bezeichnen darf, und ich wollte deshalb auch auf dieses Thema eingehen.

Herr Ministerpräsident Späth hat die Zauberformel „Flexibilisierung“ angesprochen. Ich bin sehr damit einverstanden. Wir erleben in der Praxis, daß heute viele Arbeitnehmer in ihrer inneren Einstellung durchaus willens sind, diese Flexibilisierung, die auf sie zukommt, auch zu akzeptieren und darauf einzugehen, und zwar manchmal vielleicht noch viel stärker als ihre Vertreter in Arbeitnehmerorganisationen. Dort stellen wir fest, daß man zum Teil aus ideologischen Gründen zu starr ist.

Dennoch, glaube ich, sollten wir auch hier etwas vorsichtig sein. Es stellt sich nämlich die Frage, von welcher Seite her ich diese Flexibilisierung betrachte. Sollen man sie einzig und allein von den Produktionsnotwendigkeiten her betrachten, wie das hier angesprochen worden ist? Oder sind wir nicht gerade durch die Technisierung auch in der Lage, dieses Problem in einem viel stärkerem Maße auch vom Menschen und von seiner Motivation her zu sehen? Für uns Christliche Demokraten stellt sich ja in diesem Zusammenhang auch die Frage der Preisgabe des Samstags und des Sonntags. Wird das von uns unter dem Aspekt der Produktivitätssteigerung, der weiteren Auslastung der Maschinen, die nun in die Produktion eingestellt werden, ohne weiteres hingenommen? Darauf wird von uns in der nächsten Zeit eine

Antwort erwartet. Wollen wir bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit so weit gehen, daß wir sagen: es ist uns wurscht, wie das mit der Arbeitszeitverkürzung aussieht, wir sind auch unter Preisgabe des Samstags und des Sonntags dafür? — Ich möchte das hier nur einmal angesprochen haben.

Ein zweiter Aspekt, auf den es uns in Zukunft ankommen sollte. Ich glaube, daß die Arbeitnehmer um so stärker bereit sind, ihre Skepsis gegenüber neuen Technisierungen zurückzudrängen, je stärker man sie daran beteiligt. Deshalb muß, glaube ich, unsere Forderung sein, daß wir in der nächsten Legislaturperiode unseren Beitrag zur Frage der Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Betriebsräte bei der Einführung neuer Technologien leisten. Wir haben ja unsere Diskussion dazu begonnen. Aber ich meine, das, was da zur Bewältigung ansteht, müssen wir auch als Union akzeptieren. Wir dürfen uns bei diesem Thema nicht sperren, weil sich nun einmal bei einer Situation gezeigt hat, daß die Mitbestimmung auch versagt hat. Das darf uns nicht hindern, als Union in Zukunft dieses Thema neu aufzugreifen, um die Arbeitnehmer in einem stärkeren Maße, als das bisher der Fall war, auch an der Mitgestaltung bei der Einführung von neuen Technologien zu beteiligen. Wenn wir das in ausreichendem Maße tun, werden diese neuen Technologien auch in hohem Maße von den Arbeitnehmern akzeptiert werden. Meine Erfahrung in 25 Jahren als Betriebsrat sagt mir, daß der gute Wille bei den Arbeitnehmern vorhanden ist und daß auch die Zuwendung zu ihrem Betrieb in einem viel höheren Maße gegeben ist, als das manchmal von Unternehmern unterstellt wird. — Danke schön.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Badeck. Jetzt Herr Heinzel, dann Frau Braun-Moser.

**Richard Heinzel**: Ich bin Bergmann und auch Mitglied des Betriebsrats auf einer Schachtanlage im östlichen Ruhrgebiet. Ich sage das vorab, um zu kennzeichnen, daß ich durchaus subjektiv aus dieser meiner Betriebsrats-sicht zu der Frage der Flexibilisierung der Arbeitszeit Stellung nehmen will.

Wenn wir davon ausgehen, daß Arbeitszeitverkürzung für Unternehmer nur dann eine akzeptable Größe ist, eine Größe, über die sie mit sich reden lassen, wenn es zu einer größeren Flexibilität im Bereich der Arbeitszeit kommt, dann, meine ich, sollten wir uns auch intensiv damit befassen. Wie mein Vorredner gesagt hat, kommt dann aber sofort auch die Überlegung, ob wir den Samstag oder den Sonntag wieder in die Arbeitszeit einbeziehen wollen. Maschinen müssen wie der Herr Ministerpräsident so schön gesagt hat, ja immer tätig sein; nur dann kann man den nötigen Gewinn damit erzielen. Wir sollten hier aber nicht die Frage stellen, ob wir da auch den Samstag und den Sonntag wieder reinnehmen sollen. Wir sollten vielmehr aus unserer Verantwortung heraus sagen: Samstag und Sonntag sind für uns Arbeitnehmer keine Zeiten. Wir haben während der Woche genug Tage, in denen wir die Maschinen so gut wie möglich auslasten können.

Und damit komme ich zu dem zweiten Punkt: Diese Auslastung der Maschinen wird auch von den Arbeitnehmern akzeptiert, wenn sie ihnen in der nötigen Weise nahe gebracht wird. Der Herr Ministerpräsident sagt, aus ihm unverständlichen Gründen seien Arbeitnehmerorganisationen beispielsweise gegen eine Flexibilisierung. Ich

kann Ihnen als Gewerkschaftler sagen: Ich weiß, warum es die Gewerkschaften gar nicht so gern sehen, wenn die Arbeitnehmer über den ganzen Tag arbeiten. Sie gleiten ihnen dann nämlich aus der Hand. Wenn sie sie aber in einem ganz bestimmten Rahmen haben, dann können sie ständig auf sie einwirken. Von daher haben sie dann auch den nötigen Einfluß. Das ist also eine ganz klare Sache. Dies sollte man den Gewerkschaften auch einmal vorhalten. Man sollte auch den Mitarbeitern sagen, warum die Gewerkschaften sich dagegen sträuben.

Aber ich meine, man sollte nicht nur den Gewerkschaften sagen: Ihr müßt euch auf die neue Zeit einstellen, ihr müßt mithelfen, daß wir Arbeitsplätze in der Weise schaffen, daß die Maschinen mehr ausgelastet werden. Man muß über dieses Problem auch mit denjenigen reden, die für die Flexibilisierung sind, also auch mit der Unternehmerseite. Ich habe in meiner Tätigkeit festgestellt, daß die Akzeptanz von unterschiedlichen Arbeitszeiten immer dann größer war, wenn sich die Arbeitnehmer recht frühzeitig auf solche unterschiedlichen Arbeitszeiten einstellen konnten. Das heißt, Unternehmen, die solche Dinge vorhaben, müssen langfristig planen, müssen ihren Leuten sagen: Ihr könnt dann und dann über eure freie Zeit zu anderen Zeiten verfügen. Das ist aus meiner Sicht eine sehr wichtige Empfehlung, die wir den Unternehmern mitgeben müßten.

Der Arbeitnehmer an sich verhält sich gegenüber der Arbeitszeitflexibilisierung indifferent. Wir haben ja auch schon recht viele flexible Gestaltungen. Wir haben Gleitzeiten. Im Bergbau arbeitet man schon seit ewigen Zeiten über 24 Stunden hinweg. Die Arbeitnehmer im Bergbau akzeptieren das. Es gibt viele Leute, die gehen unheimlich gern auf Nachtschicht; das muß man auch mal sagen.

Wir haben auch einen breiten Markt, den wir gar nicht erreichen: grauer Markt, schwarzer Markt. Viele Leute arbeiten in einem Bereich unter der Sozialversicherungsgrenze. Ich meine, der Gesetzgeber müßte langsam tätig werden, daß wir diese Leute da hineinnehmen,

(Beifall)

damit auch diese Beschäftigungsverhältnisse wieder als Arbeitsplätze öffentlich herausgestellt werden. Ich finde, daß das eine wichtige Sache ist. Das müßte auf jeden Fall von einem solchen Forum aus auch mitgenommen werden. - Danke schön.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich glaube, Sie haben gemerkt: alle hier oben haben geklatscht. Volle Zustimmung!

Bitte, Frau Braun-Moser.

**Frau Ursula Braun-Moser**: Ich hatte eine Frage zu den sehr interessanten Bemerkungen von Herrn Späth über die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Er bekommt ein Schlußwort, und dort kann er das aufnehmen.

**Frau Ursula Braun-Moser:** Mich hat als Europaabgeordnete in den letzten Jahren eine Studie über die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes in den europäischen Ländern besonders interessiert. Es ging da um die größeren Möglichkeiten einer Flexibilisierung des Frauenarbeitsmarktes. In diesem Zusammenhang ergab sich — das ist sehr wenig bekannt —, daß die Aktivitätsrate der Frauen — also die Teilnahme am Berufsleben — in den einzelnen Ländern höchst unterschiedlich ist. In Großbritannien gibt es zum Beispiel die berühmte U-Kurve. Dort kommen sehr viele Frauen nach der Familienphase wieder in das Arbeitsleben zurück. Das liegt daran, daß es dort sehr viel Teilzeitarbeit gibt. Aber diese Teilzeitarbeit ist zu großen Teilen auch nicht sozialversicherungspflichtig. Insofern ist das für uns nicht gerade ein Modellfall.

Sie erwähnten dann, daß von der Bundesanstalt für Arbeit neue Modelle ausgearbeitet werden sollten. Das war eine Ihrer Anregungen, der man sehr zustimmen sollte. Es gibt ja solche Flexibilitätsmodelle, ob das nun Blockarbeitszeit oder bestimmte Arbeitsplatzteilungen sind. Es gibt ja nicht nur das Job-sharing, sondern auch andere Formen. Bei allen sollten aber auch immer die arbeitsrechtlichen und die sozialversicherungsrechtlichen Aspekte geprüft werden. Sie sollten tatsächlich einen selbständigen Sozialversicherungsanspruch für die Frau begründen. Es soll nicht heißen: Das ist eine Familienmutter, also kann sie praktisch über ihren Mann versichert sein. Wenn nämlich solche Frauen einmal alleinstehend sind — das kommt ja häufig vor —, dann haben sie keinen eigenen Sozialversicherungsanspruch.

Wenn eine solche Familienmutter dann im Beruf verbleiben will, sollte sie in dieser Firma auch, wie Herr Schmidtchen gesagt hat, an betrieblichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können. Bei der großen Zahl von Arbeitnehmerinnen, von Familienmüttern, die eine Teilzeitarbeit anstreben, sollte man sich tatsächlich neue Möglichkeiten einfallen lassen. Zum Teil sind solche Möglichkeiten ja schon vorhanden, aber sie müßten auf ihre arbeitsrechtlichen Aspekte hin noch einmal durchdacht werden.

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien,** Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Preusch. Sie passen jetzt hier genau herein, weil so viel Stimmen aus dem Betrieb laut wurden.

Ich will hier nur sagen: Das Randgruppenthema können wir hier nicht auch noch aufnehmen. Wir können nicht alle gemeldeten Themen aufnehmen. Das ist ganz ausgeschlossen. Deshalb muß ich manche um Verständnis bitten, daß sie nicht drankommen. — Bitte schön, Herr Preusch.

**Axel Preusch:** Meine Damen und Herren! Sie erwarten bestimmt keine theoretische Abhandlung über das Thema von mir. Ich möchte Ihnen vielmehr meine Meinung und diejenige der Kolleginnen und Kollegen zu diesem Thema darlegen. Dazu möchte ich Ihnen noch sagen, daß vieles von dem, was ich Ihnen an Hand von Beispielen darlegen werde, bei uns auch praktiziert wird. Einige Sachen sind auch schon gesagt worden. Deshalb werde ich versuchen, mich etwas kurz zu fassen.

Im betrieblichen Alltag sind Geschäftsleitungen und Mitarbeiter aufgerufen, gemeinsam die Zukunft in Angriff zu nehmen. Es ist doch unser wichtigstes Ziel, daß beide zusammenarbeiten. Viele unserer heutigen Arbeitsplätze werden morgen anders aussehen. Einige werden wegfallen, neue werden entstehen, und bei vielen werden sich die Arbeitsinhalte ändern.

Jeder Arbeitnehmer — auch die Jugend, für die heute das Arbeitsleben beginnt — muß sich im klaren sein, daß er in Zukunft keine Arbeitsplatzgarantie, sondern eine Beschäftigungsgarantie erhalten wird. Das heißt: Aufgaben mit sich verändernden Inhalten zu übernehmen. Dieses sicherzustellen, ist bestimmt nicht leicht. Wenn wir uns aber alle dieser Situation bewußt werden, sehe ich keine Schwierigkeiten, dieses Ziel zu erreichen.

Moderne Betriebe mit aufgeschlossenen Geschäftsleitungen tun alles, um soziale Spannungen bei diesem sich abzeichnenden Prozeß zu vermeiden und den Mitarbeitern die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu nehmen. Was wollen die Mitarbeiter, und wozu müssen sie bereit sein, um im Arbeitsprozeß zu bleiben? Welche Maßnahmen tragen dazu bei, daß Mitarbeiter auf eine zugesagte Beschäftigungsgarantie vertrauen?

Die Mitarbeiter wollen doch über anstehende Veränderungen rechtzeitig und umfassend informiert werden, denn wer weiß, was auf ihn zukommt, sieht neuen Entwicklungen gelassener entgegen. Die Firmenleitungen müssen ihre Mitarbeiter über alle geplanten Änderungsvorhaben so frühzeitig und eingehend wie möglich informieren. Das ist bestimmt nicht zuviel verlangt. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Arbeitnehmer bereit sein, andere Aufgaben, in vielen Fällen verantwortungsvollere Aufgaben, zu übernehmen. Das setzt allerdings voraus, daß sie sich neue Kenntnisse und neues Wissen aneignen. Die Arbeitnehmer müssen zum Lernen, ich meine, sie müssen zum lebenslangen Lernen bereit sein. Dazu gehört, daß nicht nur die Betriebe, sondern auch andere Bildungseinrichtungen Weiterbildungskurse anbieten. Wir haben vorhin schon einige Vorschläge gehört.

Umschulungsmaßnahmen sind auf der anderen Seite ebenso geeignet, Mitarbeiter auf andere, meist höherwertige Tätigkeiten vorzubereiten. Wir z.B. haben unsere ersten betrieblichen Umschulungskurse vor 15 Jahren im technischen Bereich durchgeführt. Wir haben Mitarbeiter, die aus anderen Berufen kamen oder ungelernt waren, so weit gebracht, daß sie vor der Industrie- und Handelskammer eine Ausbildung mit Prüfung abgeschlossen haben. Seit zwei Jahren laufen bei uns Umschulungskurse auch mit dem Ergebnis, einen qualifizierten Abschluß im kaufmännischen Bereich zu haben.

Eine ganz wichtige Rolle spielt auch eine gute, in die Zukunft gerichtete Berufsausbildung. Sie muß sich nämlich an den bereits jetzt erkennbaren Anforderungen von morgen orientieren. Leider muß ich feststellen — auch im betrieblichen Alltag —, daß manche Berufsbilder diese Anforderungen heute noch nicht erfüllen.

Wir machen uns viele Gedanken über zukünftige Mitarbeiter, zum einen über die benötigte Anzahl — das war schon immer üblich —, zum anderen aber über deren erforderliche Qualifikationen, mit anderen Worten darüber: Welches Wissen können wir von unseren zukünftigen Mitarbeitern verlangen, aber auch von unseren beschäftigten Mitarbeitern, wo müssen sie dazulernen? Wir bezeichnen diese Überlegungen als quantitative und qualitative Personalplanung. Sie ermöglicht uns, nämlich der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat, rechtzeitig Umschulungsprogramme zu entwickeln, um Mitarbeiter, deren Arbeitsplätze wegfallen oder sich verändern, auf andere Aufgaben vorzubereiten.

Bei den Vorbereitungen und Einführungen solcher Maßnahmen haben Geschäftsleitung und Betriebsrat eng zusammengearbeitet, bestimmt, wenn ich jetzt das Betriebsverfassungsgesetz oder bestimmte Gesetze auslege, über das dort gebo-

tene Maß hinaus. Wir waren in verschiedenen Projektgruppen vertreten, haben Änderungen eingebracht, Vorschläge vorgebracht und wurden auf der anderen Seite von der Geschäftsleitung immer über den Stand informiert. Beiden Seiten war es gleichgültig, wer eine Idee gehabt hatte. Wichtig war allein, daß wir sie aufgegriffen und in die Praxis umgesetzt haben.

Bei unserem Bemühen, den technischen Fortschritt durch solche Sachen zu meistern, dürfen wir aber die soziale Komponente nicht aus den Augen verlieren. Technischer Fortschritt läßt sich längerfristig ohne sozialen Fortschritt nicht verwirklichen. Dabei denke ich ganz bewußt nicht in erster Line an höhere Löhne, eine Gewinnbeteiligung oder Sozialleistungen aller Art. Die sind bestimmt wichtig und dürfen nicht in den Hintergrund treten. Andere Faktoren sind aber genauso wichtig, und sie stehen meiner Ansicht nach sogar im Vordergrund. Wenn nämlich die Entlohnung stimmt, d.h. wenn sie vom Mitarbeiter als gerecht empfunden wird, haben wir kein Problem.

Weitere Faktoren, die viel wichtiger sind, sind einmal die Möglichkeit der Selbstverwirklichung des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz ebenso wie die weitgehend flexible Freizeitgestaltung und die Anerkennung des Arbeitnehmers als Partner im Betrieb, im Unternehmen.

Unsere Arbeitszeit wird kürzer werden, d.h. wir werden mehr Freizeit haben. Freizeit hat jedoch einen höheren Stellenwert, wenn sie nach eigenen Vorstellungen, nämlich flexibel genommen werden kann. Flexible Freizeit heißt aber: keine starren Regelungen der Arbeitszeit. Lassen wir doch die Arbeitnehmer so weitgehend wie möglich selbst bestimmen, wann und wie lange sie arbeiten wollen. Hierzu gehört auch das Nachdenken über mehr Teilzeitarbeit und über mehr Jobsharing-Plätze, aber auch für unsere älteren Mitarbeiter über einen gleitenden Ruhestand, denn nicht alle Mitarbeiter können und wollen den ganzen Tag arbeiten. Es wäre sicher eine für manche Betriebsräte lohnende Aufgabe, bei ihren Firmenleitungen deshalb vorstellig zu werden.

Moderne Technik sollte eigentlich von einem modernen Führungsstil begleitet sein. Ein moderner Führungsstil ist aber von Vertrauen in die Mitarbeiter geprägt. Der Vorgesetzte führt durch Zielvereinbarungen und nicht durch Anordnungen. Das bedeutet jedoch auch Mitverantwortung der Mitarbeiter. Die Mitarbeiter werden im Betrieb als Persönlichkeit respektiert. Sie genießen viel Freiraum und Selbstverwirklichung. Der Umgang miteinander soll so informell wie möglich sein. Der Mitarbeiter muß sich als Beteiligter in seinem Unternehmen empfinden, nicht als Betroffener von Entscheidungen, die am grünen Tisch gefällt wurden. Der Mitarbeiter will Partner der Geschäftsleitung sein und will partnerschaftliche Zusammenarbeit praktiziert sehen.

All das ist wichtig, wenn wir wollen, daß der Mitarbeiter an seinem Betrieb nicht nur wirtschaftlich beteiligt ist, sondern in diesen Betrieb auch sozial integriert ist. Wir sollten deshalb alle dafür sorgen, daß die soziale Innovation mit der technischen Innovation Schritt hält.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Preusch. Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen, daß wir uns bei dem Thema Flexibilisierung etwas festgebissen haben. Lieber eine Sache konzentriert als sozusagen ein Musterwerk.

Die beiden Experten sind zu einer hohen Disziplin bereit, so daß ich Herrn Haarmeyer noch bitten darf, das Wort zu nehmen. Bei der Redezeitbegrenzung muß ich aber durchaus unflexibel sein.

**Paul Haarmeyer**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende, daß Sie mir noch einmal Gelegenheit geben, einige wenige Sätze zu sagen, weil ich als mittelständischer Unternehmer zu einer Gruppierung gehöre, die immerhin 95 Prozent aller Wirtschaftsunternehmen in Hamburg repräsentiert und auch über 60 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt.

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Herr van Hooven wird ganz genau auf Sie hören, damit er für die Zukunft um die mittelständische Komponente in Hamburg weiß.

**Paul Haarmeyer**: Ja, wir kommen ja aus einem Land.

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Sie lächeln sich ja schon an.

**Paul Haarmeyer**: Genau.

Ich gehöre aber auch zu einem Bereich, nämlich einem handwerklichen Einzelhandelsbetrieb, der seit vielen Jahren Flexibilisierung praktiziert. Wir können zu diesem Thema auch etwas beitragen, weil wir nicht etwa durch politische Planung, sondern durch den Zwang der Wirklichkeit zu einer unglaublichen Flexibilisierung bei den Beschäftigten gekommen sind, und zwar in allen Variationen. Das sind nicht nur halbe Tage oder Vierteltage, sondern einzelne Tage oder nur das Wochenende, z.B. in unseren Einzelhandelsgeschäften.

Hier muß ich auch einmal aus der Sicht gerade der kleineren Unternehmen sagen, daß das auch eine ungeheure Anforderung an die Geschäftsführung, sprich an den mittelständischen Unternehmer, oder, wie das oft üblich ist, an die mithelfende Ehefrau ist. Hier sind große Probleme der Organisation, die vielleicht ein Großbetrieb über Computer und Datenverarbeitung machen kann, die aber der Kleinbetrieb durch stundenlange Beschäftigung mit dem Aufstellen von Arbeitsplänen bewältigen muß.

Ich meine, daß das auch deshalb ein Problem ist, weil manche vielleicht sagen, diese Arbeitsleistung ist nicht zusätzlich zu erbringen. Es besteht möglicherweise die Gefahr, daß das dann mehr auf Großbetriebe zuläuft und kleinere noch mehr vom Markt verschwinden, was wir ja alles nicht wollen. Insofern sollten wir diese Frage in die Überlegungen für Lösungsmöglichkeiten einbeziehen. Ich glaube, wenn wir hier vernünftige Lösungen finden, um den mittelständischen, den kleineren Unternehmen diese Aufgabe zu erleichtern, dann ist gerade der Mittelstand prädestiniert, flexible Arbeitszeiten einzuführen, weil hier besonders durch die menschliche Nähe eine Erfüllung der Wünsche des einzelnen möglich ist. Das ist, wenn man das im

mittelständischen Bereich löst, eigentlich die höchste Stufe der Mitbestimmung auch im Interesse der Arbeitnehmer.

Danke schön.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit Sie jetzt auch für sich das Zeitbudget genau ansehen können: Es wird jetzt Herr Professor Rüthers die Rechtsfragen aufnehmen. Anschließend wird Herr Franke das, was hier gefordert worden ist, aufzunehmen versuchen, indem er sich von seinem Manuskript löst. Das Manuskript ist verteilt worden.

Auch wenn Herr Professor Rüthers schon am Rednerpult steht, möchte ich doch diejenigen noch nennen, die sich zu Wort gemeldet haben, hier aber nicht mehr zu Wort kommen, damit sie sich nicht einfach untergebuttert fühlen. Ich möchte wenigstens sagen, wer zu was reden wollte. Die Bundestagsabgeordnete Frau Renate Hellwig wollte das Thema „Gegenleistung bei Erhalt von Sozialleistungen“ aufnehmen. Herr Laumann wollte über Arbeitszeitverkürzung und deren Finanzierung sprechen. Herr Schapfel wollte etwas zu Herrn Dr. van Hooven sagen, Herr Krömer aus Nordrhein-Westfalen etwas über die Arbeit für Randgruppen — ein neues Thema. Aus der Exil-CDU wollte Frau Erika Koch über NB-Verträge für Sportlehrer in Niedersachsen sprechen und Frau Charlotte Mägdefessel, Exil-CDU, wollte etwas über den Ärger über die Samstagarbeit beim Rasenmähen beim Südwestfunk in Mainz sagen, weil das für Arbeitsplätze verwendet werden könnte. Herr Professor Pinger wollte die soziale Sicherheit in Dienstleistungsbereichen ansprechen, Herr Dr. von Stetten Arbeitsrecht. Dies alles sei hier wenigstens gesagt, um zu zeigen, welch breites Interesse Lothar Späth ausgelöst hat.

Herr Professor Rüthers Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Bernd Rüthers:** Meine Damen und Herren! Auch mein Beitrag wird hier ausgelegt. Ich kann von meinen elf Thesen schon einmal die erste weglassen und beginne mit der zweiten:

Arbeit ist auch in der Zukunft ein zentraler Wert menschlicher Existenz. Ich sage das deswegen so mit Nachdruck, weil ich doch Zweifel habe, ob man die Arbeit als einen Reflex der Wirtschaft betrachten soll oder nicht eher die Wirtschaft als einen Reflex der Arbeit. Zumindest würde ich aus dieser These keine Rangordnung herleiten wollen.

Massenarbeitslosigkeit ist für jedes politische Gemeinwesen eine schwärende Wunde. Der Verweis auf plausible Entstehungsgründe dieser Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit, das sicher zutreffende Erblast-Argument, beseitigt keineswegs die Vergiftungsgefahren, die von dieser Massenarbeitslosigkeit für Gegenwart und Zukunft ausgehen. Wir können allenfalls die Hoffnung haben, daß die Massenarbeitslosigkeit strukturell ein temporäres Problem bleiben wird, weil sich schon von der Demographie her Anfang und Mitte der 90er Jahre vieles ändern wird, von den technologischen Folgen ganz abgesehen.

These 3: Der „Arbeitsmarkt“ hat eine ganz besondere von allen anderen Märkten abweichende Struktur. Der Arbeitsmarkt wird im wesentlichen durch die Tarifautono-

mie, also staatsfrei, organisiert. Er ist durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände weitgehend vermachtet. Marktmacht bedeutet immer und auf allen Märkten Mißbrauchsgefahr, und zwar Mißbrauchsgefahr von beiden Seiten.

These 4: Die Tarifparteien haben, ob sie das sehen wollen oder nicht, eine ganz maßgebliche Mitverantwortung - ich betone: Mitverantwortung, nicht Alleinverantwortung - für die Entwicklungen am Arbeitsmarkt, die hinter uns liegen. Sie haben diese Verantwortung übrigens mindestens in den letzten fünf bis sechs Jahren durchaus objektiv gesehen und in den Grundzügen ihrer Tarifpolitik entsprechend auch beachtet.

Ich stimme mit Herrn Ministerpräsident Späth vollkommen überein, daß der Flexibilisierung und der Qualifikationsoffensive in der künftigen Tarifpolitik ein ganz vorderer Rang, vielleicht der erste Rang zuzuschreiben wäre. Sie werden es einem Schlichter von 1984 nicht übelnehmen, wenn er das so sieht. Die Tarifparteien mit ihrer Fixierung auf die Wochenarbeitszeit und auf Lohnfragen haben in dieser Sicht aus meiner Sicht auch nicht die Hand am Puls der Interessen ihrer Mitglieder.

These 5: Es gibt einen unlösbaren Zusammenhang zwischen Arbeitsrecht und Arbeitsmarkt. Er mag unbequem sein, aber er ist unlösbar. In sozialgeschichtlicher Sicht hat das Arbeitsrecht die primäre Aufgabe gehabt, den erforderlichen Mindestschutz der Arbeitnehmer in der industriellen Arbeitswelt staatlich zu gewährleisten. Das ist auch heute ein zentraler Schutzzweck. Arbeitsrecht war und ist notwendiger sozialer Schutz.

These 6: Industriestaaten leben wesentlich vom Erfolg oder Mißerfolg ihrer sozialen und ökonomischen Leistungen. Der enge Zusammenhang zwischen Ökonomie, Politik und Systemstabilität steht im Grundsatz heute bei allen Gruppen außer Frage. Der Machtwechsel 1982 ist übrigens ein Beleg für dieses Abhängigkeitsverhältnis. Die Funktionsfähigkeit und die Leistungskraft der Wirtschafts- und Sozialordnung sind die primäre Existenzbasis der Industriestaaten der Gegenwart, insbesondere derer liberal-demokratischer Prägung. Das gilt zugleich auch für die Stabilität der sie führenden Regierungen.

These 7: Die soziale Schutzfunktion des Arbeitsrechts kann nicht ohne Schaden für die Arbeitnehmer und für das Gemeinwesen verabsolutiert werden. Effektiver Sozialschutz durch Arbeitsrecht setzt im Interesse der zu schützenden Arbeitnehmer voraus, daß seine unvermeidbaren volkswirtschaftlichen Kosten systemverträglich aufgebracht werden können. Werden diese Grenzen der Finanzierbarkeit überschritten, die sich aus der Leistungskraft des ökonomischen Systems ergeben, so treffen die Folgen solcher Fehleinschätzungen gerade die sozial schwachen und die sozial schutzbedürftigen Bevölkerungsschichten. Es ist gewissermaßen wie bei den Folgen der Inflation. Die unvergessene These „Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslose“ ist ein Wechsel auf die Zukunft, der später 10 Prozent Arbeitslose und mehr kosten kann. Überzogener Sozialschutz wirkt also notwendigerweise sozial schädlich.

These 8: Die Grenze der Finanzierbarkeit arbeitsrechtlichen Sozialschutzes sind mindestens in Teilbereichen in der Vergangenheit von allen — ich betone: von allen — beteiligten Instanzen und Gruppen, also von den Konstrukteuren der Arbeitsrechtsordnung, nicht immer beachtet worden. Diese Verletzung der Finanzierbarkeitsgrenzen ist objektiv arbeitnehmerfeindlich.

These 9: Unser Arbeitsrecht hat heute viele Väter, aber kein einheitliches Regelungskonzept. Das Parlament hat in der Vergangenheit zahlreiche Einzelgesetze gemacht, oft in der Art einer sehr gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Feuerwehr. Diese Feuerwehr kam dann sehr kurzatmig unter Zeitdruck und meistens mit dem Blick auf den nächsten Wahltermin am Brandherd an. Dann wurde möglichst eifrig gepumpt, manchmal in des Wortes doppelter Bedeutung. Die Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland spiegeln diese politische Praxis der vergangenen Jahrzehnte wider. Das gesetzliche Arbeitsrecht ist heute nicht einheitlich, sondern ein Flickenteppich, und dieser Flickenteppich hat Lücken. Eine der Lücken - aus meiner Sicht - ist hier genannt worden. Es sind die sogenannten 410-Mark-Arbeitnehmer. Hier wäre vielleicht ein neuer Flecken nützlich.

Materielle Eckdaten für die Arbeitskosten setzen allerdings in erheblichem Umfang die Tarifparteien. Sie vertreten ungeachtet aller Lippenbekenntnisse über edle Motive und Ziele die nüchternen materiellen Interessen ihrer jeweils zahlenden Mitglieder. Das gilt für beide Seiten. Arbeitslose zahlen nun aber keine Beiträge und haben deshalb bei realistischer Betrachtung nur Außenseiterchancen, von den Tarifparteien ernstlich berücksichtigt zu werden.

Der Löwenanteil des geltenden Arbeitsrechts besteht aus dem Richterrecht des Bundesarbeitsgerichts. Dieses Richterrecht produziert in seiner dynamischen Progression eine fortlaufende erhebliche Wachstumsrate an Arbeitskosten, und zwar am Parlament und allen Kontrollinstanzen vorbei.

(Beifall)

Es beeinflusst damit in einer außerordentlichen Weise die Eingliederungschancen der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß. Steigende Arbeitskosten bedeuten in der Regel wachsende Scheu vor Neuinvestitionen und Neueinstellungen, also weniger Arbeitsplätze. Es ist also nicht damit getan, den Unternehmern zuzureden, man muß die Neuschaffung von Arbeitsplätzen attraktiv machen.

Das Richterrecht des Bundesarbeitsgerichts ist also in der Regel Umverteilungsrecht. Es muß, wenn das sozialökonomische System funktionieren soll, so beschaffen sein, daß es den Arbeitnehmern nützt, und zwar den Arbeitslosen, nicht aber so, daß es Neuinvestitionen hemmt oder Rationalisierungsschübe fördert.

These 10: Ein wesentliches Problem ist die Überregulierung des Arbeitsrechts in der Vergangenheit. Dieses Problem ist deutlich erkannt. Das Beschäftigungsförderungsgesetz ist ein Beispiel dafür. Was wir brauchen, ist die Kombination von sozialstaatlich gewährleisteter Sicherheit der Arbeitnehmer und hinreichender sozialer Beweglichkeit aller Beteiligten in einer offenen Arbeitsgesellschaft. Dazu braucht es Partnerschaft, ich würde sagen, mehr Partnerschaft und Wettbewerb in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Arbeitnehmer selbst wünschen übrigens mehr Flexibilität und mehr Eigenverantwortung. Sie sind, und zwar besonders die qualifiziert ausgebildeten unter ihnen, weit entfernt von jenen Einstellungen des Unmündigseins, des wehrlosen Ausgebeutetseins oder der stumpfsinnigen Routine, geistigen Verarmung, die ihnen in der öffentlichen Diskussion oft zugeschrieben werden. Sie wollen im Gegenteil mehr Individualität und mehr Selbstbestimmung, und zwar gegenüber allen Partnern, gegenüber den Arbeitgebern, gegenüber den Gewerkschaften und eben zum Teil auch gegenüber den Betriebsräten. Sie wissen im wesentlichen heute überwiegend

selbst, was sie wollen, und brauchen nicht gesagt zu bekommen, was sie wollen sollen, und sie handeln in aller Regel auch danach. Die Kluft zwischen der realen Arbeitswelt der meisten, vor allem der gut geführten Unternehmen einerseits und den Diskussionen darüber in vielen Medien andererseits ist für die Beteiligten und die Sachkundigen oft überraschend. Diese Kluft dient übrigens nicht den Interessen der Arbeitnehmer, sondern politischen Propagandaintressen.

These 11: Es gibt unstreitig gewaltige ungelöste Probleme in der gegenwärtigen Arbeitswelt. Wir stehen ja auch ganz am Anfang einer völlig neuen Epoche, die durch den Einzug neuer Technologien und auch neuer Werthaltungen geprägt ist, es besteht aber keinerlei Anlaß, den vielverbreiteten Katastrophenszenarien zu applaudieren. Die Chancen dieser vor uns liegenden Epoche sind auch für die Jugend wesentlich größer, wie mir scheint, als ihre Risiken. Fragen wir uns doch: Hatte eigentlich die junge Generation von 1945 oder von 1948 oder von 1950 bessere oder schlechtere Perspektiven als heute?

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Sehr herzlichen Dank, Herr Professor Rüthers.

Jetzt wird Herr Franke das Kunststück versuchen, auf einige der Dinge zu antworten, und Lothar Späth hat dann das Schlußwort.

**Heinrich Franke**, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: Frau Laurien! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte drei Stichworte aufgreifen, fern von meinem Manuskript, welche von Lothar Späth und anderen im Plenum aufgegriffen worden sind.

Erstens: Beschäftigung, Rahmenbedingungen. Wir werden in diesem Jahr das erste Mal seit 1979, seit 1980 jahresdurchschnittlich eine Arbeitslosenzahl haben, die geringer ist als ein Jahr zuvor. Das hängt mit zwei Dingen zusammen: Der Potentialanstieg ist etwas geringer, obwohl mehr Zuwanderungen aus der stillen Reserve und Ausländerzuwanderungen auch heute noch zu registrieren sind, was auch in den nächsten Jahren weiter der Fall sein wird. Die Zunahme bei den Beschäftigten weist etwa 500 000 auf, d.h. eine halbe Million mehr als 1983. Es kann sein, daß wir bis zum Jahresende auf 600 000 mehr Beschäftigte kommen werden. Das ist ein Erfolg der Rahmenbedingungen, die von der Politik gesetzt worden sind. Ich brauche diese Rahmenbedingungen jetzt nicht im einzelnen aufzuzählen. Ich glaube, daß diese Entwicklung wegen der günstigen binnenwirtschaftlichen Nachfrage auch in das nächste halbe Jahr 1987 - auf mehr sollte man zunächst einmal nicht schauen; damit gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß es auch in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres positiv weitergeht - hineinreichen wird.

Zweitens: Überstunden. Das ist eine lange Diskussion. Man kann auf Überstunden für den Betriebsablauf und für die Erfüllung von Aufgaben nicht verzichten. Aber ob wir 1,6 Milliarden Überstunden brauchen, das stelle ich als ein ehemaliger Praktiker in einem großen Betrieb, aus der Betrachtung als sozialpolitischer Sprecher der Fraktion, als Parlamentarischer Staatssekretär und in meiner heutigen Aufgabe

durchaus in Frage. Ich wäre schon zufrieden, wenn Unternehmensleitungen und Betriebsvertretungen es schaffen könnten, etwa so viel Überstunden zu vermeiden, daß es statt der Bruttoentwicklung bzw. Beschäftigungswirkung von 1,6 Milliarden Überstunden gleich etwa einer Million Beschäftigter gelänge, 100 000 bis 200 000 Arbeitsplätze durch Verzicht auf Überstunden zu schaffen. Niemand kann mir weismachen, daß das nicht geht. Ich spreche als ehemaliger Praktiker.

(Beifall)

Ich werbe dafür. Ich werbe bei Unternehmensleitungen und Betriebsvertretungen dafür.

Drittens: Facharbeitermangel. Mein Gott, was bewegt uns das. Sicherlich gibt es in einigen Regionen Facharbeitermangel, selbstverständlich. Das hat eine positive Seite: Die wirtschaftliche Entwicklung ist so gut, daß uns jetzt Facharbeiter fehlen. Das könnte man sozusagen an den Anfang setzen. Man muß aber auch fragen: Woran liegt es, daß Facharbeiter fehlen? Weil wir möglicherweise in den 70er Jahren etwas zu sehr auf die Disziplinen geisteswissenschaftlicher Art in der universitären Ausbildung und weniger auf das duale System geachtet haben.

(Beifall)

Wir leiden heute darunter, daß wir keine Ingenieure in genügender Zahl haben. Damals war in der Null-Bock-Phase, in der Null-Wachstum-Phase die Aufnahme eines Studiums oder einer Tätigkeit im naturwissenschaftlichen oder ingenieurwissenschaftlichen Bereich total verpönt. Wir hatten Mitte der 70er Jahre etwa 450 000 Lehrverträge im dualen System, im letzten Jahr 700 000. Diese Fehlsteuerungen der 70er Jahren müssen wir alle gemeinsam, die Politik, die Wirtschaft und die Bundesanstalt für Arbeit, in den Griff kriegen. Wir, die Bundesanstalt, sind mitten drin in der Qualifizierungsoffensive. Wir haben im letzten Jahr 410 000 Eintritte von Bürgern in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen gehabt, wir werden dieses Jahr 450 000 bis 460 000 Eintritte in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen haben, und wenn der Bundesarbeitsminister und der Bundesfinanzminister uns nächstes Jahr den Haushalt genehmigen, werden wir 500 000 Eintritte in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen haben. Wir werden für alle diese Maßnahmen über 10 Milliarden Mark ausgeben und werden hier alle gemeinsam an einem Strang ziehen müssen: Sie, die Unternehmer, die Bundesanstalt für Arbeit, die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer. Zur Bewußtmachung und zur Fortführung eines solchen Programms gehört auch die inhaltliche Gestaltung. Wir wollen uns nicht nur an den Zahlen berauschen. Die enge Verzahnung von Bundesanstalt und Betrieben ist eine Aufgabe, die wir noch vor uns haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Danke schön. Er hat die Meisterleistung vollbracht.

Lothar Späth hat das Schlußwort, und dann kommen Sie alle rechtzeitig zum Essen und rechtzeitig zur Fortsetzung des Parteitages.

**Dr. h.c. Lothar Späth**, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg: Auch ich will jetzt versuchen, noch einmal Zeit zu gewinnen.

Meine erste Feststellung ist, wir haben das Thema jetzt so breit angerissen, man müßte der CDU raten, dies weiter aufzuarbeiten.

(Beifall)

Es gibt da einen ganz langfristigen Aspekt. Das ist mir in der Diskussion noch bewußter geworden. Es geht nämlich im Grunde weiter. Ich erinnere mich an eine Diskussion vor drei Wochen mit Spezialisten für das Thema „künstliche Intelligenz“, und da wurde festgestellt, daß die Leute, die wir jetzt als Organisatoren in der Datenverarbeitung ausbilden, eines Tages durch die Weiterentwicklung der Datenverarbeitung selbst überflüssig werden und daß die eigentlich entscheidende Frage die ist: Wer hat dann noch ein kreatives Konzept, das dieser Struktur zugänglich ist? Das heißt, wenn wir das einmal ganz langfristig sehen, dann wird es zwei große Elemente geben, die wir in der Bildungs- und Weiterbildungspolitik noch nicht berücksichtigt haben, einmal die Entwicklung zu diesem kreativen Tun, die übrigens ganz stark in den Mittelstand hineingeht. Die Mittelstandsunternehmen werden sich gewaltig ändern, wenn ich an die Dienstleistungsunternehmen des Mittelstandes denke. Die werden in völlig neue Entwicklungen gehen. Ich werde eines Tages nicht nur von der Deutschen Bank oder einer anderen Bank meine Gebühren abgebucht bekommen, sondern ich werde Beratungskosten abgebucht bekommen für eine Beratung, die mir ein Handwerker möglicherweise über das Fernsehen gegeben hat, um nur einmal ein ganz langfristiges Beispiel zu nennen. Da sind wir in einem Riesenumstrukturierungsprozeß. Das ist aber das ganz Langfristige.

Das Zweite ist das, was wir unter Dienstleistung und Betreuung verstehen, was aber eben eine Zuwendung ist und ganz anderen Maßstäben gehorcht als die bisherigen Produktionsstrukturen.

Ein weiteres Element, das man weiter diskutieren müßte, ist auch aus den Ausführungen deutlich geworden ist, die Herr Preusch gemacht hat. Ich habe gerade an meinen letzten Besuch bei Hewlett Packard gedacht. Dort können Sie als Außenstehender nur noch feststellen, wo die Arbeitsvorbereitung endet und die Produktion beginnt, wo die Beratung übergeht in die Bereitstellung von Geräten.

Das heißt, wir werden eine so breite Palette bekommen, daß wir eine Flexibilisierung in einer Weise zulassen können, wie er sie beschrieben hat: Laßt doch den Arbeitnehmer entscheiden.

Ich will auf die Frage nach der Einbeziehung von Samstag und Sonntag sagen: Den Sonntag würde ich schon frei halten. Beim Samstag würde ich zum Beispiel zwei Fragen stellen. Den Fußballfan würde ich nie gewinnen, samstags zu arbeiten. Das brauche ich ja auch nicht. Aber derjenige, der in Ruhe wandern will, wird möglicherweise fragen: Warum arbeite ich nicht am Samstag fünf Stunden, wenn ich dafür am Montag acht Stunden Freizeit habe? - Warum? Der Betrieb muß rechnen, ob sich das für ihn lohnt und ob er genügend Mitarbeiter hat, die lieber am Montag auf der Schwäbischen Alb oder im Schwarzwald in Ruhe wandern als Samstag ins Stadion oder zur Großveranstaltung zu drängen.

(Beifall)

Also, ich bin nun kein großer Wanderer. Ich würde wahrscheinlich ins Fußballstadion gehen. Aber wieso müssen alle ins Fußballstadion gehen? Und wieso müssen wir für alle den Samstag frei halten? - Damit der Verkehr zusammenbricht? Damit sichergestellt ist, daß alle das gleiche tun?

Was wir noch nicht begriffen haben — ich nehme den Sonntag jetzt aus unserer Überlegung heraus —, ist, daß die Menschen Individualisten sind und sie sich im Grunde nur mühsam daran gewöhnen, aus dem Gedanken auszubrechen, daß immer alle zur selben Zeit das gleiche tun müssen. Warum sollen wir denn den Menschen nicht diesen Riesenspielraum einräumen?

(Beifall)

Zum erstenmal sehen wir doch Licht in der Frage der echten Individualität.

Und jetzt kommt genau das, was vorher der Kollege aus dem Betrieb gesagt hat: Die Gewerkschaften kriegen natürlich panische Angst und Entsetzen, wenn sie sich vorstellen, daß sie diese Ansammlung von Individualisten für die gewerkschaftliche Betreuungsarbeit erfassen sollen. Und die Unternehmerverbände haben eine panische Angst, wie sie mit einer solchen Vereinigung von fröhlichen Unternehmern, die sich mit ihren Arbeitnehmern so einigen wie der Mittelständler in Hamburg, noch einheitliche Abschlüsse machen sollen.

Im Grunde ist es doch genau das, was ich ansprechen wollte: Es sind die festgefügtten Großstrukturen, die aus der Stechuhrengesellschaft der sechziger Jahre kommen und wieder zu den sechziger Jahren zurück wollen, weil sie panische Angst vor den neunziger Jahren haben. — Es ist wie bei der Technikfeindlichkeit. Wir sagen immer: Die Jugend ist technikfeindlich. — Ist völlig falsch. Die Alten sind frustriert, weil die Jungen mit der Technik so gut zurechtkommen und ihnen längst weggelauften sind.

(Beifall)

Genau dies wird mit der Individualisierung und Flexibilisierung unserer Arbeitswelt passieren.

Unsere Aufgabe als Union ist, das, was wir heute andiskutiert haben, kritisch weiter zu diskutieren und den Leuten ein Bild zu entwickeln, wie die Gesellschaft nach unserer Auffassung aussehen wird und was wir politisch tun wollen, um den Menschen in dieser Gesellschaft sozialverträglich, umweltverträglich, individuell Chancen zu eröffnen. Im Grunde führt das nach den Auseinandersetzungen von Arbeit und Kapital gestern zur Versöhnung, zur Versöhnung auch von Ökologie und Ökonomie.

Ich glaube, wir reden zu oft davon, daß die Menschen Angst vor der Zukunft hätten. Die haben Angst, wenn wir ihnen nicht zeigen, wie die konstruktiven Elemente dieser Zukunft aussehen. Bisher zeigen wir ihnen immer nur die negativen, problembehafteten Elemente der Entwicklung. Wir sollten nicht einfach sagen: Hurra, wir haben eine neue Welt. Wir sollten dieser Mythokratie der Sozialdemokraten nicht die Technokratie der CDU entgegensetzen, sondern ein Menschen-, Lebens- und Arbeitsbild, das einer jungen Generation Mut macht. Es ist also unsere Aufgabe als Union, dies vorzudenken. Je früher wir damit anfangen, desto sicherer werden wir das Vertrauen der Menschen nicht nur für die nächste Bundestagswahl, sondern

auch langfristig haben. Langfristig ist Vertrauen nämlich an die Mischung der Handlungsfähigkeit heute und der Zukunftskonzeption für morgen gebunden.

Insoweit fand ich alle Beiträge wichtig, interessant. Sie sind einbettbar in eine langfristige Konzeption.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Norbert Blüm wird dann im Plenum die Berichterstattung aus diesem Forum vornehmen.

Lassen Sie mich zum Abschluß nur eines feststellen. Es wird eine Leitlinie erkennbar: Die Menschen müssen in Arbeitswelt, Bildungswelt, persönlicher Welt wählen lernen. Das ist eine Leitlinie, die uns allen Zukunft gibt.

Ich schließe das Forum.

(Schluß: 13.10 Uhr)

## FORUM 3

### „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“

Beginn: 11.01 Uhr

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir freuen uns, daß Sie sich für das Forum 3 entschieden haben und Interesse an dem Thema „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“ zeigen. Wir wollen heute morgen hier die Aussagen des Zukunftsmanifestes im Hinblick auf die Weiterentwicklung unseres Sozialstaats diskutieren. Wir haben dazu Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und der Sozialversicherung sowie den freien Wohlfahrtsverbänden eingeladen. Sie sehen hier oben ein Podium mit Experten. Ich danke den Damen und Herren, daß sie die Einladung der Union angenommen haben und heute hierhergekommen sind, um uns ihren Sachverstand zur Verfügung zu stellen und ihre Erfahrungen mitzuteilen.

Ich möchte die Damen und Herren in der Reihenfolge, wie sie hier oben sitzen, vorstellen und dabei auch ihre Funktion nennen. Ich beginne zu meiner Rechten. Herr Walter Quartier ist Vorsitzender des Vorstandes der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Neben ihm sitzt Frau Professor Dr. Ursula Lehr von der Universität Heidelberg. Sie ist durch ihre Forschungen speziell zu dem Thema „Der ältere Mensch in unserer Gesellschaft“ bekannt geworden. Es folgt Herr Professor Dr. Bernd Baron von Maydell. Er ist Leiter des Instituts für Arbeitsrecht und Recht der sozialen Sicherheit an der Universität Bonn. Direkt neben mir sitzt ein Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle, der mir assistiert. Zu meiner Linken sehen Sie Herrn Ministerpräsidenten Dr. Albrecht, der, wie Sie in Ihrer Einladung gelesen haben, heute morgen das Einführungsreferat hält. Dann folgt Frau Professor Süßmuth, unsere Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, die am Nachmittag dann als Berichterstatterin über das Forum 3 im Plenum tätig sein wird. Es folgt Herr Potthast. Er ist Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung „Die Mitarbeit“. Neben ihm sitzt Herr Prälat Hüssler. Er ist Präsident des Deutschen Caritasverbandes. Neben ihm sitzt Herr Wienholz. Er ist der Geschäftsführer des Christlichen Jugenddorfverbandes Deutschlands. Ganz links außen sitzt Herr Professor Dr. Knappe von der Universität Trier. Er ist dort Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik.

Wir werden heute morgen inhaltlich folgende Themenbereiche beraten und diskutieren müssen: Sicherstellung der persönlichen und solidarischen Daseinsvorsorge — dabei geht es also um die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme —, Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe, staatliche Interessenvertretung der Machtlosen, Minderheiten und Nichtorganisierten in der Gesellschaft, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Verbänden, Selbsthilfegruppen und dem einzelnen Bürger, ehrenamtliche Mitarbeit, Nachbarschaftshilfe, soziale Initiativen, Selbständigkeit, Sicherheit und Geborgenheit im Alter. Wir schlagen Ihnen vor, daß wir die Diskussion in zwei Blöcke einteilen, unter denen wir dann die Themen, die ich soeben genannt habe, subsumieren wollen. Der erste Block beinhaltet die Weiterentwicklung der sozialen Sicherheitssysteme, wobei insbesondere auch der Bereich der solidarischen Daseinsvorsorge einbezogen werden soll. Der zweite Block, den wir — insbesondere zeitlich — nicht zu kurz kommen lassen wollen, wird dem Themenbereich der Sicherheit und Geborgenheit der Menschen in unserer Gesellschaft, also

mehr den immateriellen Themen gewidmet sein. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind.

Ich habe nur noch wenige geschäftsleitende Bemerkungen zu machen.

Erstens. Nach dem Einführungsreferat werden wir die Diskussion eröffnen. Redezeit haben alle Delegierten, die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Antragskommission.

Zweitens. Damit wir möglichst viele Diskussionsbeiträge abwickeln können, schlage ich Ihnen vor, die Redezeit auf höchstens fünf Minuten zu begrenzen. Für die Experten hier auf dem Podium gilt das nicht. Für sie haben wir eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Drittens. Im Laufe der Diskussion werden wir Kurzstatements von Experten hören. Für diese steht, wie gerade gesagt, eine Redezeit von zehn Minuten zur Verfügung.

Viertens. Ich bitte Sie, für Wortmeldungen die in Ihren Unterlagen befindlichen Wortmeldezettel zu benutzen und dabei auch das Thema, zu dem Sie sprechen wollen, anzugeben. So würde es uns z.B. genügen, wenn Sie das Stichwort „Sozialstaat“ oder das Stichwort „Geborgenheit“ angeben. Dann haben wir eine einfache Formel für den materiellen Teil bzw. den immateriellen Teil. Wir können die Wortmeldungen hier dann entsprechend erteilen. Die Wortmeldezettel geben Sie bitte hier herauf zu Herrn Wagner.

Fünftens. Wir werden die Forumdiskussion gegen 13 Uhr abzuschließen versuchen, damit Sie noch Gelegenheit zum Mittagessen haben.

Wir bitten Sie, möglichst pünktlich bis 14 Uhr wieder in der Rheingoldhalle zu sein, weil im Plenum dort dann die Berichterstattung über die Foren beginnt. Ich denke, Sie werden interessiert sein, auch zu hören, was die anderen Foren an Zukunftsperspektiven für unseren Parteitag beibringen.

Ich gebe jetzt Herrn Ministerpräsidenten Dr. Albrecht das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht:** Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir sind, wie ich glaube, hier in dem Forum versammelt, das den weitesten Themenkreis zu behandeln hat. Wir haben, gemessen an der Größe der Probleme, die wir heute ins Auge fassen wollen, arg wenig Zeit, um diese Themen auch nur einigermaßen adäquat zu diskutieren. Wir werden uns also alle sehr anstrengen müssen.

Mir liegt nicht daran, daß wir fertige Antworten geben. Vielmehr liegt mir daran, daß wir eine gemeinsame Sicht der Probleme gewinnen, daß wir auch gewisse Elemente für Lösungen finden, allerdings ohne Anspruch auf Vollkommenheit.

Ich möchte Ihnen vorschlagen — das ist für unsere Diskussion ganz wichtig —, daß wir uns nicht mit den Problemen der nächsten Legislaturperiode befassen. Unsere Intention ist es, daß wir den Blick etwas weiter in die Zukunft, nämlich auf die neunziger Jahre, auf die Jahrhundertwende und sogar auf den Beginn des nächsten Jahrhunderts richten. Natürlich wird das, was wir für diese Zeit ins Auge fassen, auch unsere Politik in der nächsten Legislaturperiode mit prägen müssen.

Die Frage ist, welche Prognosen man für einen solchen Zeitraum stellen kann. Ich glaube doch, daß man unter einer Voraussetzung einiges dazu aussagen kann, nämlich unter der Voraussetzung, daß Frieden und Freiheit bei uns auch in den nächsten Jahrzehnten gewährleistet bleiben. Wäre das nicht der Fall, so würde so ziemlich alles, was wir heute diskutieren, hinfällig sein. Wenn wir dies voraussetzen dürfen, kann man wohl sagen, daß alles dafür spricht, daß in den nächsten Jahrzehnten der Wohlstand — trotz steigender Ausgaben und trotz anderer wichtiger Ausgaben — immer noch weiter steigen wird. Man kann auch sagen, daß die Freizeit der Menschen weiter zunehmen wird. Man hat auch den Begriff von der Freizeitgesellschaft geprägt. Es ist auch eine verlässliche Aussage, daß die menschliche Handarbeit zumindest in der Industrie weniger gefragt sein wird und daß der Ersatz menschlicher Handarbeit durch Roboter und andere Maschinen zunimmt. Dies heißt ebenso, daß die Masse der Menschen im Dienstleistungssektor im weitesten Sinne des Wortes — also einschließlich der sozialen und kulturellen Dienstleistungen — Arbeit finden wird.

Es ist auch klar, daß — eines der Foren beschäftigt sich damit — die individuelle Gestaltungsfreiheit der Menschen insbesondere in zeitlicher Hinsicht zunimmt. Schließlich — das wissen wir; vielleicht wissen wir aber noch nicht, was das alles für Auswirkungen haben könnte — stehen wir vor gravierenden demographischen Veränderungen. Ich komme gleich noch darauf zurück.

Die Ziele sind durch unser Thema eigentlich schon klar angegeben. Wir wollen auch in den kommenden Jahrzehnten soziale Sicherheit. Wir wollen sie in Freiheit und wir wollen sie, soweit das möglich ist, mit dem verbinden, was wir Geborgenheit nennen.

Ich möchte Ihnen gern vier Hauptfragen vorlegen und meinerseits dann auch selber Elemente von Antworten auf diese Fragen beisteuern. Die erste Frage lautet: Wie können wir angesichts der demographischen Perspektive einen wirklich ernsthaften Generationenkonflikt vermeiden?

Die zweite Frage ist diese. Wieviel Risiko muß in einer noch reicheren Gesellschaft wie bisher weitgehend obligatorisch, also durch gesetzlich bestimmte Beiträge abgesichert werden? Welcher Teil kann durch freie Entscheidung der Menschen — ob sie sich nun über das Obligatorische hinausgehend versichern oder nicht — abgesichert werden?

Die dritte Frage läßt sich wie folgt formulieren: Wie können wir unser soziales System und vor allen Dingen auch wichtige Teile dieses sozialen Systems noch effizienter machen, so daß die soziale Leistung mit geringeren Kosten erbracht wird oder daß mit denselben Kosten eine noch höhere soziale Wirkung erzielt werden kann?

Die vierte Frage schließlich lautet: Wie ist das Ganze überhaupt finanzierbar?

Lassen Sie mich zunächst die erste Frage aufgreifen, die für mich besonders wichtig ist. Ich glaube schon, daß wir ernsthaft mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß es in den nächsten Jahrzehnten zu sich verstärkenden und vielleicht sogar bitteren Auseinandersetzungen zwischen der alten Generation und der aktiven Generation kommen wird. Tatsache ist, daß wir immer mehr alte Menschen haben. Tatsache ist, daß wir immer weniger junge Menschen haben. Tatsache ist, daß die alten Menschen erfreulicherweise immer länger leben. Tatsache ist, daß die Jugend später in den Beruf kommt, weil die Ausbildungszeiten bei uns auch immer länger geworden sind. Ob das so bleiben muß, ist eine andere Frage. In den letzten Jahrzehnten ist es

aber so gewesen. Ich glaube, daß sich daraus doch die Gefahr ergibt, daß sich die berufstätige Schicht, die mit dem Ergebnis ihrer Arbeit ja sowohl die junge Generation als auch nach dem Generationenvertrag die alte Generation tragen muß, schlußendlich dann überfordert fühlt. Es sind vielerlei Untersuchungen hierzu erarbeitet worden. Es gibt Kennziffern. Man geht zum Beispiel in Status-quo-Prognosen immer davon aus, daß im Jahre 2030, wenn sich an der Geburtenrate nichts ändert, auf 100 aktiv im Arbeitsleben stehende Menschen 74 ältere Menschen kommen, während es heute nur 36 ältere Menschen sind. Man hat berechnet, daß — so die Status-quo-Prognose; es braucht allerdings nicht so zu kommen; solche Prognosen zeigen aber die Problematik auf —, wenn wir die jetzigen Beitragssätze in der Rentenversicherung aufrechterhalten, das Rentenniveau im Jahre 2030 halbiert sein müßte, weil die Beiträge derer — das sind ja Menschen in geringerer Zahl —, die den Lebensunterhalt der großen Menge der alten Menschen finanzieren müssen, eben nicht ausreichen. Man kann es auch umgekehrt sagen: Wenn das Rentenniveau gehalten werden soll, müßten in diesem Zeitraum die Beitragssätze zur Rentenversicherung, die die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber zu leisten haben, verdoppelt werden.

Ich warne sehr davor, solche Aussagen zu mißinterpretieren. Das heißt weder, daß es so kommt, noch heißt es gar, daß wir dies etwa so wollen. Ich warne auch die Presse, etwa zu schreiben: Die CDU will eine Halbierung der Renten. — Ich habe in dieser Hinsicht meine Erfahrungen.

(Heiterkeit)

Der einzige Sinn dieser Berechnung, die von Wissenschaftlern und Experten ange stellt worden ist, ist, uns deutlich zu machen, daß wir hier vor einem großen Problem stehen und daß wir nach Mitteln und Wegen suchen müssen, wie wir dieses Problem angehen und vielleicht lösen können.

Ich will hier nur stichwortartig aufzeigen, wo ich Ansätze sehe. Die beste Lösung liegt auf der Hand. Sie sieht so aus, daß wir das Geburtenverhalten ändern, daß wir uns zu Kindern bekennen, daß wir in den nächsten Jahrzehnten mehr Kinder haben. Ich muß allerdings hinzufügen, daß die Wirkung — dies ergibt sich aus den bekannten simplen Tatsachen — selbst eines verhinderten Geburtenverhaltens im Hinblick auf diese Problematik der Finanzierung der Renten sich erst in 20 Jahren zeigt. Zunächst muß die dann stärkere junge Generation ja auch noch von der aktiv im Arbeitsleben stehenden Generation gewissermaßen gezogen werden.

Ein zweites wichtiges Thema wird für uns dieses sein: Können wir in der Lebensarbeitszeit flexibler werden? Auf jeden Fall sollten wir damit beginnen. Das muß allerdings nicht jetzt sein. Ich hebe noch einmal hervor, daß das, was ich hier anspreche, nicht alles schon jetzt geschehen muß. Ich beziehe mich auf die neunziger Jahre, insbesondere auf die zweite Hälfte der neunziger Jahre. Wenn das, was ich hier vortrage, auf die jetzige Zeit bezogen würde, würde man sofort Gegenargumente ins Feld führen. Wir müssen im Blick auf die Zukunft daran denken, daß das Recht, länger als über die heutige Pensionsgrenze hinaus zu arbeiten, den Menschen wieder eingeräumt wird, daß derjenige, der länger arbeitet, dann auch weiß, daß er einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Gesellschaft leistet, das heißt, daß er weiß, daß seine Arbeit hochwillkommen ist. Ich habe die Einschränkung soeben gemacht, damit man uns jetzt nicht entgegenhält: Wir haben doch aber noch so viele Arbeitslose! — Ich spreche über eine Zeit, in der die Arbeit

knapp — bitter knapp — sein wird und in der die Perspektiven sich total umkehren. Auch das zu unterstreichen, ist wichtig.

Wir werden vielleicht auch darüber nachdenken müssen, ob wir nicht gewisse Mißbräuche abstellen. Es ist ja heute wirklich dann, wenn man keine Lust mehr hat, zu arbeiten, eine allgemeine Tendenz da, jemanden zu finden, der einem bescheinigt, daß man zur Arbeit nicht mehr fähig ist, und schon mit 50 Jahren in der Ruhestand zu gehen. Ich persönlich meine — dies meine ich nun aber aus anderen Gründen —, wenn es uns gelingen würde, die Ausbildungszeiten einzugrenzen, nicht mehr weiter steigen zu lassen, sondern, wenn es geht, sie sogar wieder ein bißchen zu verkürzen, wäre dies für die jungen Leute nicht nur eine Chance, früher Sinnerfüllung durch eigene Tätigkeit zu finden, sondern auch ein Beitrag zur Lösung dessen, was ich hier als möglichen Generationenkonflikt in den Raum gestellt habe.

Ich will noch eine kurze Bemerkung hinzufügen. Sie werden aber sehen, daß auch dies wichtig ist. Je mehr die Kinderlosen heute und morgen Solidarität mit den Kinderreichen üben, desto leichter lassen sich später vielleicht auch die möglichen Konflikte lösen und die Einhaltung des Generationenvertrages sichern.

Auf die zweite Frage will ich nicht sehr lange eingehen. Es geht dabei um die Risikoabsicherung: wieviel obligatorisch, wieviel freiwillig? Ihnen ist klar, was damit gemeint ist. Der Grundgedanke ist, daß bei ständig steigendem Wohlstand die totale Absicherung durch obligatorische Versicherung nicht mehr nötig erscheint. Darüber, wo nun aber die Grenze zu ziehen ist — man wird hier nicht nur mit Prozentsätzen der Selbstbeteiligung kommen können —, oberhalb derer man mit gutem Gewissen sagen kann: Hier ist das Ganze in das Belieben und in die freie Entscheidung des einzelnen gestellt, das wird noch intensiv diskutiert werden müssen. Ich möchte auch hier Mißverständnisse gleich ausschalten. Dieser Punkt hat nichts mit der Frage einer Grundrente zu tun. Die Beitragsbezogenheit der Rente beispielsweise ist für mich ein ganz, ganz wichtiger Fixpunkt. Im Bereich der Gesundheitsvorsorge lassen sich aber viele Formen einer obligatorischen Absicherung gegen die Grundrisiken und einer dann freiheitlicher ausgestalteten Absicherung gegen darüber hinausgehende Risiken denken.

Die dritte Frage, die sich auf die größere Effizienz des sozialen Systems bezieht, will ich hier auch nur antippen. Ich glaube, daß diese Frage heute hier nicht im Mittelpunkt stehen wird. Dazu ist auch schon viel gesagt worden. Ich will hier nur noch einmal meine Überzeugung wiederholen: Unser Gesundheitssystem, unsere Krankenversicherung, das ganze Gesundheitswesen sind im Augenblick so angelegt, daß niemand ein Interesse daran hat, Kosten zu sparen. Das System ist so angelegt, daß es ein gewisses Gefälle gibt, diejenigen zu ermuntern, die das System möglichst weit ausnutzen, die es also ausbeuten und damit Kosten produzieren. Wir müssen es nach meiner Überzeugung irgendwie schaffen, daß das Interesse der unmittelbar am Gesundheitswesen Beteiligten — der Patienten, der Ärzte, der Kassen, der Krankenhäuser — an Kostenersparnis wiederhergestellt wird.

Die vierte Frage ist die nach der Finanzierung. Sicher ist: Je mehr Wirtschaftswachstum und einen je höheren Beschäftigungsstand wir haben, desto leichter werden die Probleme der Finanzierung unseres sozialen Systems lösbar sein. Das ist wahr. Aber selbst dann, wenn wir dies als Hypothese voraussetzen können, laufen wir noch in erhebliche Finanzierungsprobleme hinein. Ich will hier das wiederholen, was ich schon vor zwei Jahren gesagt habe und was mich in manche Kontroverse gebracht hat. Ich persönlich glaube nach wie vor, daß wir einen Fehler machen,

wenn wir fast die gesamte Finanzierung des sozialen Systems nur dem Produktionsfaktor Arbeit aufbürden, obwohl als Perspektive klar zu erkennen ist, daß die Wertschöpfung in unserer Wirtschaft, wie ich schon eingangs gesagt habe, in immer stärkerem Maße nicht unmittelbar der menschlichen Handarbeit, sondern der Maschinenarbeit zuzuschreiben ist. Ich habe die Gutachten von Schmähl, Henke und Schellhaaß gelesen. Sie haben mich nicht überzeugt. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß eines der wichtigsten Probleme in diesen Gutachten gar nicht angesprochen worden ist, nämlich das Problem der steigenden Lohnnebenkosten. Jede zusätzliche Finanzierung etwa durch Beiträge bedeutet ja, daß die Lohnnebenkosten weiter steigen. Jedes Steigen der Lohnnebenkosten bedeutet u.a., daß wir auf verlorenem Posten in dem Bemühen stehen, die Schwarzarbeit und die Schattenwirtschaft einzudämmen. Wenn inzwischen, wie manche meinen, Hunderte von Milliarden DM in der Schattenwirtschaft erwirtschaftet werden — total vorbei am sozialen System —, so muß man diesen Gesichtspunkt schon besonders ernst nehmen.

Wir haben in der Partei darüber eine engagierte Diskussion geführt. Um hier Mißverständnisse zu vermeiden, sage ich ein weiteres Mal: Auch wenn man andere Produktionsfaktoren zur Finanzierung von Teilen des sozialen Systems heranzieht, so heißt dies mitnichten, daß die Beitragsbezogenheit etwa der Rente aufgegeben wird. Mitnichten! Wir wären schon einen großen Schritt weiter — in dieser Hinsicht bin ich auch mit den Sozialausschüssen schnell einig geworden —, wenn wir die Versicherungssysteme von dem entlasten würden, was man die versicherungsfremden Leistungen nennt, d.h. wenn man der Solidargemeinschaft und damit auch den Beiträgen und den Lohnnebenkosten nicht nun auch noch diese ganzen Milliarden aufbürden würde, die in Wahrheit mit dem Versicherungsprinzip nichts zu tun haben.

Wir werden es nach meiner Überzeugung nicht vermeiden können, auch einige Worte zu dem Thema zu sagen, das die Menschen immer mehr bewegt — dies liegt im Trend dessen, was ich eingangs geschildert habe —, nämlich zu der Frage: Wie steht es mit der Absicherung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit im Alter? Meine Meinung ist, daß wir alle Probleme im Zusammenhang mit unserem Sozialversicherungssystem, die ohnehin schon groß sind, noch weiter verstärken würden, wenn wir versuchen wollten, noch eine Pflegeversicherung gewissermaßen oben darauf zu setzen.

Die Kostendämpfung wäre dann Illusion, die Lohnnebenkosten müßten ein weiteres Mal steigen, und auch das Problem des Erlahmens der privaten Verantwortung ist meines Erachtens ernst zu nehmen.

Näher liegen würde es uns — und da sollten wir einmal sehen, daß wir uns hier herantasten und den richtigen Weg gemeinsam finden —, wenn wir erstens den Einsatz der Familie — er ist in unserer Gesellschaft nach wie vor das Entscheidende — honorieren, etwas mehr honorieren, als das heute der Fall ist. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zielt ja in diese Richtung.

Es gibt aber viele andere Maßnahmen, mit denen man es der Familie erleichtern kann. Wir in Niedersachsen gehen jetzt dazu über, im Wohnungsbau das Mehrgenerationenhaus besonders zu fördern. Schon die Tatsache, daß die ältere Generation mit der jüngeren zusammenleben würde, ist ein solcher Beitrag.

Der zweite Gesichtspunkt, den ich Ihnen nahebringen möchte, ist die Hilfe für die Helfer. Wenn wir den Helfern, denen, die die Pflege auf sich nehmen, ihre Existenz

etwas erleichtern könnten, hätten wir vielleicht auch einen richtigen Zugangsweg gefunden.

Das dritte ist, daß wir das ehrenamtliche Engagement stärken. Und hier bin ich nach wie vor der Meinung: Da ist noch ein Feld, auf dem manches verbessert werden kann. Ich vermag auch nicht einzusehen, warum etwa der ehrenamtliche Helfer im Sport in mancherlei Hinsicht besser gestellt ist als der ehrenamtliche Helfer bei den sozialen Diensten.

Wir haben uns vorgenommen, im zweiten Teil nun nicht über diese vorwiegend — wenn auch nicht ausschließlich — materiellen Probleme zu sprechen, sondern uns besonders dem Stichwort „Geborgenheit“ zuzuwenden. Geborgenheit heißt doch, wenn ich es richtig sehe, daß die Menschen in vertrauter Umgebung und getragen von Menschen, die ihnen nahestehen, leben können.

In Wahrheit ist dies eine Herausforderung für die Gesamtheit unserer Politik. Das beginnt mit der Raumordnung, mit dem Städtebau, mit dem Wohnungsbau. Das heißt: Es gilt, Bedingungen zu schaffen, unter denen der Mensch sein Gesicht behält, unter denen er als Person in der örtlichen Gemeinschaft bekannt ist, und alles zu tun, damit wir nicht ein weiteres Ausbreiten der Anonymität erfahren müssen, wie sie in manche unserer Großstädte schon eingezogen ist. Die Menschen empfinden das zu Recht als inhuman und als das Ende aller Geborgenheit. Geborgenheit wächst nur dort, wo man als Person anderen Personen begegnen kann.

Ich meine, daß es hier drei Themen gibt, die wir als christliche Demokraten herausstellen müssen, zum Teil auch traditionell herausgestellt haben. Das eine ist auch hier: Dort, wo Geborgenheit wachsen soll, gibt es keinen vollwertigen Ersatz für Familie und Freunde. Nur wenn die Familien intakt sind und die Familien auch die Generationen wieder umfassen und wir nicht auf die Kleinfamilie zurückgeworfen werden, können wir hoffen, daß wir unseren Anspruch, soziale Sicherheit in Geborgenheit, tatsächlich wahr machen können.

Das zweite ist, daß die örtliche Gemeinschaft unheimlich wichtig ist — ich habe das soeben schon angedeutet —, daß wir im Rahmen unserer Gesamtpolitik alles tun müssen, daß die örtliche Gemeinschaft, was das Behaustsein, das seelische Behaustsein der Menschen angeht, wieder voll funktionsfähig wird.

Das dritte ist — auch hier unverzichtbar — in jedem Falle die ambulante Hilfe. Wir haben das bei uns im Land gesehen, als wir, nachdem wir in die Regierung gekommen waren, damit anfangen, Sozialstationen einzuführen. Wir haben gesehen, was das für die alten Menschen bedeutet hat, die ja gern in ihrer vertrauten Umgebung, wie ich es eingangs gesagt habe, weiterleben wollten, etwa die Witwe, aber Angst davor hatten, was passiert, wenn sie sich einmal nicht mehr gut genug fühlen. Die Angst ist eben, daß sie dann mutterseeleallein sind. Allein die Tatsache, daß sie wußten, da ist eine Sozialstation, bei der ich nur anzurufen brauche, dann kommt sofort jemand vorbei und sorgt für das Notwendigste, macht die Einkäufe, macht ein bißchen sauber, geht vielleicht zur Apotheke, ich kann mit ihm sprechen, schafft ein Gefühl der Sicherheit und hat einen großen Zuwachs an Geborgenheit für Hunderttausende und, so glaube ich, sogar für Millionen Menschen gebracht.

Dies alles ist das, was Politik tun kann, und vielleicht kann sie auch noch eine ganze Menge mehr tun.

Nun, eine letzte Bemerkung — Frau Vorsitzende, ich bin genau in der Zeit von 20 Minuten geblieben —, die ich machen möchte, ist die: Täuschen wir uns nicht: Dies alles ist nichts, wenn die Liebe unter den Menschen nicht wächst: Das ist die Liebe zwischen Mann und Frau, daß ist die Liebe der Eltern zu den Kindern, daß ist die Liebe der Kinder zu den Eltern, und das ist das, was wir Nächstenliebe nennen. Und hier sind wir an den Grenzen von Politik. Das kann Politik nicht bewirken. Aber sie sollte zumindest wissen, daß sie davon abhängt.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident Albrecht, auch für das Vorbild an Zeitdisziplin. Ich hoffe, daß Ihnen da alle nacheifern werden.

Sie haben hier alle heute schon absehbaren Fragen und Probleme unseres sozialen Sicherungssystems von morgen und einer solidarischen Gesellschaft aufgerissen. Sie haben sich auch nicht gescheut, Perspektiven von hoher politischer Brisanz einzubeziehen und aufzuzeigen. Ich meine, das ist gut so. Denn wir müssen wohl alle Vorschläge und Lösungsmöglichkeiten, die gemacht werden, ernst und kritisch prüfen, den Sachverstand in Wissenschaft und Praxis einbeziehen, wie wir es hier heute morgen tun wollen, natürlich vor dem Hintergrund unseres christlichen Verständnisses vom Menschen. Darauf haben Sie ja insbesondere in Ihren Schlußworten hingewiesen.

Noch einmal ganz herzlichen Dank für diesen Einführungsvortrag.

Ich möchte dann jetzt Herrn Professor Knappe das Wort geben, mit dem wir verabredet haben, daß er den Einstieg macht. Ich ermuntere Sie, danach dann Wortmeldungen hier heraufzugeben, zunächst zum ersten Themenbereich: Weiterentwicklung des sozialen Sicherungssystems.

Bitte schön, Herr Professor Knappe.

**Prof. Dr. Eckehard Knappe**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die Dramaturgen dieses Parteitages haben um einige Leitsätze für die langfristige Zukunftsgestaltung — keine Einzelheiten bitte — gebeten. Ich hoffe, ich halte mich daran. Ich erinnere Sie an das Leitthema dieses Forums, das lautet: „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“. Diesen zweiten Aspekt, mehr Geborgenheit zu gewährleisten, wollte man in der Vergangenheit vor allem dadurch berücksichtigen wissen, daß man den Umfang der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere in den Großinstitutionen der sozialen Sicherheit, ausbaute. Das hat zu dem geführt, was wir heute erleben: Die Systeme stoßen an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Darüber hinaus hat es zu dem geführt, worüber wir heute auch diskutieren: Wie bekommen wir die Ausgaben in den Griff, wie schaffen wir Ausgabendämpfung?

Aus der Sicht der ökonomischen Wissenschaft ist Ausgabendämpfung an und für sich genauso wenig ein sinnvolles Ziel, wie es technischer Fortschritt ist. Ich wiederhole: Ausgabendämpfung an sich ist kein sinnvolles Ziel. Wie in jeder Politik geht es auch in der Sozialpolitik primär darum, die Effizienz zu steigern oder, ganz simpel ausgedrückt, mehr soziale Sicherheit für dasselbe Geld oder, wie die Englän-

der sagen, höheren „value for money“ zu bekommen. Das müßte eigentlich das Ziel sein.

Wenn wir heute einen Blick in die Zukunft, in die fernere Zukunft richten, dann zeichnen sich ganz eindeutig schon voraussehbare, dringliche, zusätzliche Zukunftsausgaben ab. Die wohl schwierigste hat Herr Albrecht bereits genannt: Wie kriegen wir das Problem der Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung in den Griff? Die Prognosen dazu liegen auf dem Tisch. Das wirkt sich vor allem auf die Rentenversicherung aus, das wirkt sich aber auch auf die Krankenversicherung aus, das wirkt sich auch auf neue Probleme der Altenpflege aus. Das ganze System der sozialen Sicherung wird davon massiv betroffen.

Das, was gar nicht angesprochen worden ist, sind die Probleme, die vom Arbeitsmarkt kommen. Dort kommen neue soziale Aufgaben auf uns zu. Ich will nur einmal eine nennen: Gehen wir davon aus, daß wir das Gesamtgleichgewicht langfristig wiederherstellen, also Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Maß zurückgeht. Dann ist trotzdem damit zu rechnen, daß vor allen Dingen die Zahl der schlecht ausgebildeten, chancengeminderten Jugendlichen im Laufe der Zeit einfach deswegen zunimmt, weil der technische Fortschritt, so wie er sich vollzieht, die Anforderungen auf der untersten Eintrittsbarriere Jahr für Jahr nach oben zieht. Wenn wir sozialpolitisch nicht gegensteuern, ist die Zahl derer, die diese Eintrittsbarriere nicht überwinden, tendenziell steigend.

Dazu, wie diese Zukunftsprobleme in den Griff zu kriegen sind, stehen eine ganze Reihe von Richtungsanweisungen im Zukunftsmanifest. Zwei will ich nur einmal als pars pro toto herausgreifen: keine gesetzliche Pflegefallversicherung zu den alten Institutionen hinzu, materielle, ideelle Unterstützung und Förderung der Familien bei der häuslichen Pflege. Das ist eine der Grundrichtungen, die sich dort abzeichnen.

Ein anderes Beispiel ist, größere individuelle Entscheidungsfreiheit beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben eben auch für mehr und längere Arbeit nutzbar zu machen. Das Stichwort ist: mehr Flexibilität.

Die ganze Richtung im Zukunftsmanifest zeigt an, wie die Leitlinie in der Sozialpolitik, die über allem steht, heißen sollte: Das ist im Grunde das Subsidiaritätsprinzip, dem es wieder mehr Geltung zu verschaffen gilt. Es geht darum, mehr individuelle Freiheitsspielräume zu schaffen, dadurch gleichzeitig Erfolge in der sozialen Sicherung preiswerter zu machen und — im Sinne von mehr Geborgenheit — einen größeren Nutzen für die Menschen zu schaffen.

Das klingt alles recht gut, aber man darf sich hinsichtlich der harten Fakten keinerlei Illusionen hingeben. Wenn man diesen Weg beschreitet und nicht will, daß durch die Bewältigung der Zukunftsaufgaben immer größere Teile der Arbeitnehmerinkommen — wie auch immer sie finanziert werden — in Form von Pflichtabgaben gebunden werden, wenn man also nicht will, daß von der Finanzierungsseite letztlich die Freiheit und Selbstbestimmung der Arbeitnehmer Schritt für Schritt ausgehöhlt werden, wenn man nicht will, daß diese steigende Abgabenlast, diese steigenden Pflichtabgaben — gleich, in welcher Form sie auftreten, über Steuern, über Abgaben, an den Lohn gekoppelt, nicht an den Lohn gekoppelt; letztlich ist das bei den Zukunftsaufgaben alles relativ unerheblich — das Wirtschaftswachstum über mangelnde Leistungsanreize bremsen, die Schattenwirtschaft ausufern lassen, dann kann man diese für Zukunftsaufgaben neu erforderlichen Mittel nur durch Umschichtung, durch Freisetzung in anderen Bereichen freibekommen.

Das war der letzte Aspekt, auf den ich kurz eingehen möchte: Das geht sicher nicht über Detailkorrekturen, wie wir das heute machen. Das geht schon deswegen nicht, weil die Größenordnung des Finanzbedarfs, der allein auf die Rentenversicherung zukommt — wir haben es gerade gehört —, wenn Sie heutige Einkommen, heutigen Geldwert zugrunde legen, bei 150 Milliarden Mark zusätzlich liegt. Da helfen keine Detailkorrekturen mehr.

Woher können die Mittel kommen, wo kann man umschichten? Es fallen einem auf finanzpolitischem Gebiet relativ rasch die Subventionen ein, das also über den Steuerapparat zu machen. Aber das ist nicht unser Thema hier. Wir müssen auch umschichten im Netz der sozialen Sicherung selbst, und zwar in massivster Form. Und wenn Sie sich die Größenordnung ansehen, gibt es eigentlich nur einen Bereich, aus dem entsprechend hohe Mittel herkommen können, und das ist der Bereich der gesetzlichen Krankensicherung.

Das, was wir bis heute erlebt haben und was uns unter Reformbemühungen geboten wird, hat nicht einmal dazu gelangt, um in ernsthaften zehnjährigen Bemühungen die Wachstumsdynamik der Krankenversicherung zu durchbrechen, geschweige denn irgend etwas an Kostendämpfung im Sinne von Freisetzung zu erreichen. Ganz im Gegenteil: Der medizinisch-technische Fortschritt, der immer neue, hilfreiche, dringend benötigte Behandlungsmöglichkeiten entwickelt, die in der Regel leider auch immer teurer werden, geht unaufhaltsam weiter. Das ist im Grunde auch gut so, das soll auch weiterhin allen Bevölkerungsschichten — nicht immer gleichermaßen, aber im Prinzip — zugute kommen. Um so notwendiger wird es, gerade im Bereich der gesetzlichen Krankensicherung Mittel freizusetzen, sie auf jene Risiken zu begrenzen, die die ökonomische Existenz der Arbeitnehmer tatsächlich potentiell gefährden können.

Im Grunde brauchen wir dafür zwei politische Basisentscheidungen — wie die im einzelnen aussehen, ist nicht das Thema —: Wir müssen festlegen, welches der adäquate Umfang einer verbindlichen Grundsicherung ist, an dem die individuelle Wahlfreiheit der Versicherten ihre Grenze finden muß. Oder umgekehrt: Wir müssen festlegen, wieviel Wahlfreiheit man den Arbeitnehmern bei ihrem heutigen Wohlstand letztlich zutrauen kann, ohne daß eine Existenzgefährdung durch Unterversicherung befürchtet werden muß.

Dabei sollte diese Mindestsicherung meines Erachtens nicht über einzelne medizinische Leistungskataloge definiert werden. Diesen Prozeß stehen wir, so würde ich vermuten, politisch nicht durch. Vielmehr sollte sie auf die denkbar einfachste Art, die es da gibt, definiert werden. Und die denkbar einfachste Art ist ein Betrag der Eigenbeteiligung eines Versicherten, den er zulässigerweise maximal für sich persönlich wählen darf.

Von der wissenschaftlichen Seite sind da Größenordnungen vorgeschlagen worden, die bis zu zehn Prozent des individuellen Jahreseinkommens eines Arbeitnehmers reichen. Es gibt da eine Unzahl von einzelnen Plänen. Selbstverständlich — ohne jedes Wenn und Aber — heißt das auf der Beitragsseite natürlich eine entsprechende Entlastung bei den Pflichtabgaben.

Die Modellrechnungen, die wir heute haben, bieten Pläne an, bei denen sichergestellt werden kann, daß selbst diejenigen, die krank werden, keinen finanziellen Zusatzbeitrag zu leisten haben, auch bei der direkten Eigenbeteiligung.

Ein weiteres Problem ist: Wir brauchen auch in der gesetzlichen Krankenversicherung, wenn wir dort wirklich Mittel umschichten wollen, eine funktionsfähige Selbstverwaltung. Das ist auch in der Wissenschaft umstritten, was das denn eigentlich sein könnte. Wir brauchen ein System, in dem sich die gesetzliche Krankenversicherung im Rahmen der Mindestsicherung selbst steuert, ohne daß jedes Jahr ein neues Gesetz zur Kostendämpfung erforderlich ist, was in die Einzelheiten hineinregieren muß, weil es heute nun einmal nicht anders geht.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Ausgabendämpfung in der Sozialversicherung allein ist sicherlich kein sinnvolles Ziel; davon müssen wir loskommen. Im Vordergrund steht — wie überall — die Verbesserung der Effizienz. Die Sozialversicherung muß auch für die Übernahme ganz neuer sozialer Risiken, sozialer Probleme offengehalten und darf nicht durch Ausgabendämpfungspolitik zugemauert werden. Das sollte über mehr Freiheitsspielräume, durch eine stärkere Ausrichtung am Subsidiaritätsprinzip und - das wird auch im Zukunftsmanifest etwas vernachlässigt — durch eine Nichtausweitung der Gesamtausgabenlast geschehen.

Zusätzlicher Finanzbedarf erfordert demzufolge Entlastung in anderen Bereichen. In der angesprochenen Größenordnung kann das meines Erachtens aus vielen Einzelbereichen kommen, aber die Masse ist eigentlich nur im Bereich des Krankheitsrisikos freisetzbar.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Knappe.

Man sieht, die Wissenschaft geht kühn ran und eröffnet Perspektiven. Wir Sozialpolitiker — ich nenne mich einmal mit — sehen natürlich den politischen Sprengstoff, der sich hier anhäuft. Ich glaube, so sollte es heute morgen auch sein, daß es so läuft. Schönen Dank.

Ich möchte jetzt zunächst einem weiteren Experten das Wort geben, Herrn Walter Quartier, und dann werden wir die Wortmeldungen aus dem Publikum aufrufen.

**Walter Quartier:** Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Rentenversicherung, der mehr als 20 Millionen Versicherte und mehr als 10 Millionen Rentner angehören, ist für die Zukunft die Grundsatzfrage zu entscheiden, ob unser heutiges leistungs- und lohnbezogenes System, das eine am Lebensdurchschnittsverdienst bemessene Rentenleistung gewährt, aufrechterhalten werden kann oder durch ein anderes System ersetzt werden muß.

Aus meiner Sicht ist diese Antwort relativ einfach: Die Aufgabe unseres leistungsbezogenen sozialen Rentensystems käme für mich überhaupt nur dann in Frage, wenn dieses System keine ausreichende Versorgung mehr bieten oder wenn es in Zukunft nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. Beides aber ist nicht der Fall.

Allerdings werden in der Zukunft wichtige Korrekturen notwendig werden. Auf die Rentenversicherung werden durch die demographische Entwicklung — immer weni-

ger Beitragszahler müssen immer mehr Renten finanzieren — erhebliche zusätzliche Lasten zukommen. Wir stehen vor der schwierigen Aufgabe, diese Lasten angemessen zu verteilen. Einerseits müssen die Renten einen altersgemäßen Lebensstandard gewährleisten, andererseits dürfen die Belastungen der Beitragszahler nicht übermäßig steigen. Hier muß unter Beteiligung des Bundes ein angemessener Weg gefunden werden, der von einem breiten Konsens in der Bevölkerung, aber auch in den politischen Parteien getragen wird.

Bevor jedoch über konkrete Reformvorschläge diskutiert werden kann, ist es notwendig, die Ziele zukünftiger Rentenpolitik zu bestimmen. Nur dann wird es möglich sein, die Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung des Systems erforderlich sind.

Oberstes Ziel der Alterssicherungspolitik muß die Garantie eines angemessenen Lebensstandards sein. Die Höhe der Altersversorgung muß sich wesentlich an der Einkommensposition während der Erwerbsphase orientieren.

Unter den heutigen Bedingungen erscheint ein Alterseinkommen von 70 bis 90 Prozent des zuletzt erzielten Nettoarbeitseinkommens nach erfülltem Erwerbsleben verteilungspolitisch sinnvoll und wirtschaftlich verkraftbar. In diesem Sinne hat sich auch die Alterssicherungskommission geäußert.

Unter Berücksichtigung dieses Ziels kommt es darauf an, in welchem Verhältnis die verschiedenen Alterssicherungssysteme hierzu beitragen sollen. Zur Zeit kann man davon ausgehen, daß die gesetzliche Rentenversicherung nach 40 Versicherungsjahren ein durchschnittliches Rentenniveau von rund 65 Prozent des letzten Nettoverdienstes gewährleistet. Gemessen an den Zielvorstellungen eines 70- bis 90-prozentigen Versorgungsniveaus bleibt damit für die Zusatzsicherungssysteme, das heißt betriebliche Altersversorgung und private Lebensversicherung, ein beträchtlicher Spielraum, der etwa ein Viertel des gesamten Sicherungsbedarfs umfaßt.

Dieses Verhältnis der verschiedenen Sicherungssysteme zueinander darf allerdings nicht zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung geändert werden. Nur wenn die gesetzliche Rentenversicherung wesentlicher Bestandteil der Alterssicherung bleibt, ist sichergestellt, daß auch diejenigen Erwerbstätigen, die nicht in den Genuß einer Zusatzversorgung kommen und allein auf die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung angewiesen sind, nach erfülltem Arbeitsleben noch ausreichend versorgt sind.

Meine Damen und Herren, wenn die gesetzliche Rentenversicherung einen altersgemäßen Lebensstandard gewährleisten soll, dann muß allen Überlegungen zur Einführung einer Grundrente eine Absage erteilt werden. Das Modell einer allgemeinen Grundrente widerspricht dem erklärten Ziel der gesamten Selbstverwaltung der Rentenversicherung, also der Versichertenseite und Arbeitgeberseite. Die Rente ist und muß lohn- und leistungsbezogen sein. Die Rente ist, wie Bundesarbeitsminister Norbert Blüm meiner Ansicht nach richtig betont, „Lohn für Lebensleistung“. Grundrente bedeutet dagegen Sicherung auf Sozialhilfeniveau.

In einem gegliederten System der sozialen Sicherung, wie es in der Bundesrepublik Deutschland gewachsen ist, dürfen diese Ordnungsprinzipien nicht leichtfertig aufgegeben werden, sofern man nicht das ganze System in Frage stellen will.

Ein weiterer Punkt ist die Stärkung der Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung. Um das Vertrauen von Versicherten in die soziale Alterssicherung zu erhalten,

reicht es nicht aus, allein die Finanzierung sicherzustellen. Vielmehr muß auch deutlich werden, nach welchen Prinzipien bestimmte Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung bzw. Finanzierbarkeit getroffen werden.

Leitgedanke jeder Reform muß das Versicherungsprinzip in seiner sozialversicherungsrechtlichen Ausgestaltung sein: Die Vorleistung der Versicherten und die Leistung der Versicherung müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Wenn sich für die Versicherten und Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung Belastungen auf Grund der demographischen oder wirtschaftlichen Entwicklung ergeben, so kann dies an Versicherten anderer organisierter Versorgungssysteme nicht spurlos vorbeigehen.

Nun einige Worte zur notwendigen Strukturreform in der Rentenversicherung. Als Lösungsansätze für die Strukturreform der Rentenversicherung werden vordringlich zwei Maßnahmen diskutiert: Erstens die modifizierte Rentenanpassung und zweitens die Neufestsetzung des Bundeszuschusses. Um das Ziel einer gleichgewichtigen Entwicklung von Renten und verfügbaren Entgelten auch bei steigenden Beitragssätzen zu gewährleisten, ist eine Veränderung des Rentenanpassungsverfahrens unumgänglich. Hierüber herrscht im übrigen bei allen Beteiligten Einigkeit. Die Renten sollen in Zukunft nicht mehr im gleichen Umfang wachsen wie die Bruttolöhne, also gleichgewichtigt-zwischen Arbeitnehmern und Rentnern.

Über die konkrete Ausgestaltung und den Umfang einer modifizierten Anpassung besteht allerdings zur Zeit noch keine Übereinstimmung. Es stehen sowohl Verfahren zur Diskussion, die die Steuerbelastung der Erwerbstätigen — die sogenannte Nettoanpassung — mitberücksichtigen, als auch solche, die sich auf die Belastung durch Beiträge beschränken — die sogenannte beitragsbezogene Anpassung. Meine Damen und Herren, ich persönlich bevorzuge die beitragsbezogene Anpassung, weil eine Nettoanpassung sich zuungunsten kleiner Renten auswirken würde.

Ein weiterer wesentlicher Punkt der Strukturreform ist die Neufestsetzung des Bundeszuschusses. Zur Konsolidierung der Rentenversicherung ist es dringend geboten, den Bundeszuschuß auf eine verlässliche Grundlage zu stellen und jährlich angemessen zu erhöhen. Es kann nicht hingenommen werden, daß sich der Staat, der ein Interesse an einem funktionierenden und in der Bevölkerung akzeptierten Sozialversicherungssystem haben muß, zunehmend seiner Verantwortung gegenüber den Versicherten und Rentnern entledigt. Der Bund muß sich vielmehr als Organisator des Systems angemessen an der Altenlast beteiligen. Ich weiß, daß das in Richtung des Bundesfinanzministers geht, und ich weiß auch, daß ich mich hier in Übereinstimmung mit dem Bundesarbeitsminister befinde.

In Erfüllung dieser Verantwortung müßte der Bundeszuschuß zunächst auf ein höheres Niveau angehoben werden und anschließend an die Entwicklung der Rentenausgaben und nicht wie bisher an die Entwicklung der Durchschnittsentgelte angebunden werden. Nur auf diese Weise bleibt der Anteil des Bundes an den Rentenausgaben konstant.

Meine Damen und Herren, als einfachste Lösung — das ist auf diesem Parteitag mehrfach angeklungen — zur Bewältigung der demographischen Veränderungen wird vielfach das Heraufsetzen der Altersgrenze genannt. Rein rechnerisch wird dadurch natürlich die Zahl der Rentner verringert und wird gleichzeitig die Zahl der potentiell Erwerbstätigen vergrößert. Nicht berücksichtigt werden bei dieser Argu-

mentation aber die ökonomischen Rahmenbedingungen. Eine Heraufsetzung der Altersgrenze mit dem Ziel, die Lebensarbeitszeit zu verlängern und die Rentenphase zu verkürzen, kann realistischerweise nur in Betracht kommen, wenn am Arbeitsmarkt eine entsprechende Nachfrage nach Arbeitskräften besteht.

Anderenfalls würde sich durch ein Heraufsetzen der Altersgrenze die Schere zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage weiter öffnen. Dies hätte zur Folge, daß das Risiko der Arbeitslosigkeit für jüngere Erwerbspersonen steigt, da sich eine Freisetzung älterer Arbeitnehmer in der Regel aus sozialen und rechtlichen Gründen, ich meine, mit Recht, verbietet. Gesamtwirtschaftlich dürften zudem kaum Einsparungen entstehen, da auch die Arbeitslosen einen Anspruch auf eine angemessene Versorgung haben. Wir hätten es also lediglich mit einem Verschiebepbahnhof zu tun.

Angesichts der bestehenden Arbeitsmarktprobleme scheidet meines Erachtens ein Heraufsetzen der Altersgrenzen als kurzfristige und, ich meine auch, als mittelfristige Lösung aus. Ich bin der Meinung, bis zum Jahre 2000 ist das nicht möglich.

In diesem Zusammenhang ist auch die vielfach erhobene Forderung nach der Einführung versicherungsmathematischer Abschläge bei vorzeitigem Altersruhegeldbezug zu sehen. Die Einführung von versicherungsmathematischen Abschlägen setzt aber voraus, daß die Versicherten über den Zeitpunkt ihrer Verrentung wirklich „frei“ entscheiden können und nicht durch äußere Faktoren zu einem vorzeitigem Rentenbezug veranlaßt werden.

Insofern stellt die Einführung versicherungsmathematischer oder entsprechender Rentenabschläge bei vorzeitigem Bezug von Altersruhegeld keine diskussionsfähige Alternative dar, solange vom Arbeitsmarkt für einen Großteil der Versicherten erhebliche Restriktionen ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit ausgehen.

Meine Damen und Herren, betrachtet man die Vorschläge zur Strukturreform und untersucht sie auf ihre finanzielle Entwicklung, so muß man sich aus heutiger Sicht allerdings eines klarmachen: Allein durch Strukturmaßnahmen kann der prognostizierte Beitragssatzanstieg nicht vollständig abgebremsert werden. Mit anderen Worten: Ein Anstieg der Beitragssätze in den nächsten 50 Jahren bis zum Jahre 2035 wird sich aus heutiger Sicht auch durch Strukturmaßnahmen nicht vermeiden lassen, wenn ein angemessenes Versorgungsniveau gewährleistet werden soll. Allerdings dürfte dieser Beitragssatzanstieg um weit mehr als die Hälfte geringer ausfallen, als heute prognostiziert wird.

Aus ökonomischer Sicht erscheint es denkbar, daß ein moderater Beitragssatzanstieg, verteilt über 50 Jahre, bei entsprechender wirtschaftlicher Entwicklung verkraftbar sein wird.

Rückwirkend betrachtet lag im wirtschaftlichen Bereich der Schlüssel zur Bewältigung der Probleme, die sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 20 Jahre ergeben haben. Ich meine, das wird auch in Zukunft so sein.

Hierbei sollte man eines bedenken: Nicht entscheidend ist, ob der Beitragssatz heute als tragbar erscheint, sondern ob er in 40 oder 50 Jahren verkraftbar sein wird. Vor 20 Jahren lag der Beitrag in der Rentenversicherung bei 20 %. Hätte man vorausgesagt, daß er in den Jahren 1985 und 1986 bei 19 % liegen würde, hätte jeder gesagt: Das ist nicht zu verkraften. Man sieht, es ist, wenn auch schwer, zu verkraften.

Wichtig ist allerdings, meine Damen und Herren, daß die belastungsreduzierenden Maßnahmen bald und im vollem Umfang realisiert werden; denn die Rentenversicherung muß für die Bevölkerung kalkulierbar bleiben. Nur so läßt sich das Vertrauen in die soziale Sicherheit erhalten und ausbauen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Quartier! Ich habe großzügig darüber hinweggesehen, daß Sie etwas länger gesprochen haben. Aber das hatte eben den Hintergrund, daß die Strukturreform der Rentenversicherung wohl das sozialpolitische Thema schon der nächsten Legislaturperiode sein wird und daß dabei Lösungen anstehen. Es ist sehr erfreulich, daß sich auf diesem Felde zwischen den Politikern und den Rentenversicherungsträgern doch schon eine recht große Übereinstimmung ergeben hat. Das, was die Wissenschaft dazu zu sagen hat, wird später sicherlich auch Herr Professor von Maydehl vortragen.

Ich möchte jetzt so verfahren, daß ich zunächst einmal zwei Wortmeldungen aus dem Plenum nehme, und zwar von Frau Dr. von Kügelgen und danach von Frau Griesinger. Es sind Mikrophone im Saal aufgestellt. Ich bitte die Damen, sich im Rahmen ihrer Redezeit möglichst an die 5-Minuten-Grenze zu halten. Danach möchte ich einen Experten aus der Politik, Herrn Senator Fink, bitten, der auch der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Sozialpolitik“ der CDU ist und mit diesem Thema in mehreren Funktionen unmittelbar umgeht. Anschließend folgen zwei weitere Wortmeldungen aus dem Publikum sowie Herr Professor von Maydehl. Ich möchte auch diesen Themenbereich zu Ende bringen, damit für den zweiten Teil, dem wir einmal den Sammeltitel „Geborgenheit“ gegeben haben, noch genügend Zeit bleibt.

Das Wort hat jetzt Frau von Kügelgen

**Frau Dr. Helga von Kügelgen**: Frau Vorsitzende! Meine Damen, meine Herren! Ich möchte bei der Betrachtung der Zukunftsperspektiven auf eine besondere Problematik hinweisen. Sie hatten gesagt, die Zahl der älteren Menschen wächst, die Zahl der Hochbetagten wächst, zum Teil auch als Folge des medizinischen Fortschritts. Das gleiche gilt für alle diejenigen, die früher nicht gerettet werden konnten, die heute aber chronisch krank sind und deren Zahl auch ständig zunimmt. Wir wissen, welche Kosten chronisch Kranke verursachen. Wir wissen, daß alte Menschen immer mehrere Krankheiten gleichzeitig haben, also sehr viel höhere Gesundheitskosten verursachen. Wir müssen noch mit einer größeren Zahl von älteren Menschen rechnen. Deshalb erwarte ich, daß wir die Kosten in diesem Gesundheitsblock nicht werden reduzieren können. Dieser Block wird noch einmal anwachsen.

Auf der anderen Seite dürfen wir den älteren Menschen nicht signalisieren: Ihr dürft wohl älter werden; aber für eure gesundheitliche Betreuung stehen keine Mittel mehr zur Verfügung. Das gehört auch zum Thema „Geborgenheit“. Auf dieses sehr wichtige Thema wollte ich hinweisen und ein bißchen davor warnen, darauf zu hoffen, daß wir viel Geld aus den gesetzlichen Krankenversicherungen herauschneiden können.

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau von Kügelgen, vor allen Dingen auch für die Kürze und Prägnanz Ihrer Darstellung.

Frau Griesinger, bitte schön!

**Frau Annemarie Griesinger:** Frau Vorsitzende, ich bin sehr dankbar dafür, daß wir heute über das Thema „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“ sprechen können. Ich möchte dazu nur zwei Gedanken beitragen.

Ich denke, wir sollten nicht so schnell von den Überlegungen zur Pflegeversicherung Abschied nehmen. Ich selbst habe 1976, während meiner Zeit als Sozialminister, in meinem Hause eine Arbeit vorbereiten lassen, in der sich sehr deutlich gezeigt hat, daß sich neben den Grundrisiken Arbeitslosigkeit, Alter, Unfall und Krankheit das Grundrisiko Pflegebedürftigkeit in unserer Bevölkerung immer stärker stellt und daß die Not in unseren Altersheimen, aber auch die Not unserer alten Mitbürger, die zu Hause sind, immer größer wird und sie sich fragen: „Reicht das, was ich gespart habe, noch für mich selber?“ Sie sagen: „Ich möchte für mich selber gar nicht viel ausgeben; ich hätte das Geld lieber für viele andere gespart, denen ich es geben möchte; aber ich muß für mich sehr viel Geld ausgeben.“ Das ist die größte Not der altgewordenen Menschen.

Hinzu kommt das Bedürfnis, daß sie verständnisvolle Menschen um sich haben, die wirklich den Respekt bis zum letzten Tag des Absterbens dieses Lebens behalten.

Deshalb möchte ich hier zwei Dinge ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Lassen Sie uns zum einen noch einmal darüber nachdenken, ob wir den freiwillig versicherten Besserverdienenden nur in Form der Privatversicherung eine Pflegeversicherung anbieten lassen können oder nicht unter Gesichtspunkten der Solidarität verpflichtet sind, eine Chance zur Selbstversorgung in jungen Jahren anzubieten, die die Gretel und der Hans und jeder, der ins Arbeitsleben geht, unter dem Aspekt der eventuellen Pflegebedürftigkeit ergreifen können. Im Falle der Pflegebedürftigkeit hat er dann ein kleines Entgelt zu erwarten, und zwar nicht nur im Falle der stationären Versorgung, der kleinere Teil der Fälle wird stationär versorgt-, sondern auch und gerade im Falle der ambulanten Versorgung. Er kann dann selbst entscheiden: Gebe ich den kleinen Betrag, den ich dann aus meiner Versicherung bekomme, meiner Schwiegertochter, der offiziell ausgebildeten Schwester oder wem auch immer? Er selbst als Pflegebedürftiger kann entscheiden, nicht der Staat oder irgend jemand entscheidet für ihn.

Ich möchte noch einmal ganz herzlich darum bitten, daß wir dieses Problem in unserer Partei nicht einfach wegschieben. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge hat eine gute Vorlage erarbeitet, die diskussionswürdig ist und über die wir uns noch einmal Gedanken machen sollten.

Ein Drittes. Liebe Freunde, ich bin derzeit Bundesvorsitzende der Lebenshilfe für geistig Behinderte und war früher selbst Politikerin. An unsere politischen Kollegen in den Parlamenten und Regierungen ist die Bitte zu richten: Wir müssen wieder etwas mehr nach der Art der Pflegebedürftigkeit unterscheiden, etwa danach, ob sie in einem späteren Lebensabschnitt beginnt und auf einen Unfall oder eine chronische Erkrankung zurückgeht, ob es sich um Alterspflege handelt oder ob ein Fall von lebenslanger Hilfsbedürftigkeit — etwa bei Mehrfachbehinderung von Geburt an — vorliegt.

Wir müssen stärker, als es in den letzten 13 Jahren der Fall war, familienfreundliche Maßnahmen treffen. Gott sei Dank, verehrte, liebe Frau Süßmuth, geschieht das in den letzten vier Jahren wieder in einer bewundernswerten Weise. Denken wir aber bitte auch an die Familien mit behinderten Kindern. Im Rahmen der Spargesetze ist mancher Mittelansatz reduziert worden. Im Bayerischen Landtag ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, damit sich für die Familien mit behinderten Kindern keine

Nachteile ergeben. Dahinter steht, daß für ein behindertes Kind nach dem Bundessozialhilfegesetz Pflegehilfe beantragt werden darf, dies in manchen Fällen aber unmöglich ist, weil das Schonvermögen nicht mehr gewährleistet ist, wenn ein Bausparvertrag abgeschlossen worden ist. Manch einer will aber gerade deshalb ein eigenes Haus für seine Familie bauen, damit er nicht Probleme mit der Ruhestörung hat, die er den Nachbarn zumuten muß, wenn er ein krankes Kind hat. Ebenso muß dafür gesorgt werden, daß ich, wenn ich ein kleines Hausgrundstück habe und in einer Stadt wohnen muß, wo die Grundstücke teuer sind, vom Sozialamt nicht abgewimmelt werde, weil das Hausvermögen eine bestimmte Grenze überschreitet. Ich könnte dann, obwohl ich ein behindertes Kind habe, nicht die Hilfe zur Pflege bekommen. Es gibt gute Ansätze. Frau Süßmuth weiß darum, auch um die erwähnte Problematik. Mir ist das bekannt. Im Bundessozialhilfegesetz ist all das, was wir tun, zusätzlich auch mit der Folgewirkung, was ältere Menschen angeht, gekoppelt.

Deshalb bitte ich herzlich darum, über die Dinge etwas differenzierter zu diskutieren. Lebenslange Behinderung bedarf anderer solidarischer Hilfen zur Selbsthilfe als vielleicht eine kurze Pflegebedürftigkeit, die man anders absichern kann. Deshalb ist es meine herzliche Bitte, daß wir uns gerade auch den Familien besonders verpflichtet fühlen, die eine bewundernswerte Opferbereitschaft zeigen, alles aus eigener Kraft zu tun, so gut sie es können, und die erst dann nach der Gemeinschaft und nach dem Staat rufen.

Ein Letztes: Erhalten wir uns unsere differenzierten und vor allem unsere kirchlichen Ausbildungsstätten im Bereich der Pflegeberufe! Ich habe es Frau Wulf-Mathies einmal ganz deutlich gesagt, die mit ihrer Gewerkschaft einmal in all diese Ausbildungsstätten eindringen wollte: Wir können keine grauen Mäuse dort haben, wo es darum geht, Respekt vor der Persönlichkeit des anderen Menschen zu haben. Wir brauchen die differenzierten Ausbildungsstätten, in denen gewissermaßen Wurzelboden angeboten wird. Es muß das Bewußtsein vorhanden sein, daß einem ein Geschöpf Gottes gegenübersteht, vor dem ich Respekt haben muß. Es geht nicht um irgendeine Frau Meier oder einen Herrn Müller, die vielleicht sogar aus kapitalistischen Kreisen kommen und dann selber für sich sorgen können. Wir haben hier eine ganz wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die Ausbildung muß in verantwortungsbewußter Weise darauf ausgerichtet sein, fremden, unbekanntem Menschen genauso mit Respekt zu begegnen wie unseren eigenen Angehörigen. Die Familie ist klein geworden. Wir können nicht mehr so stark wie früher auf die Familie zurückgreifen, sosehr wir auch verpflichtet sind, es zu tun. Verantwortlichkeit gegenüber Unbekannt ist heute unser Los geworden. Unsere Aufgabe ist es, in der Ausbildung und in der Erziehung in der Familie den erforderlichen Respekt zu gewährleisten. Ich freue mich, daß wir diese Fragen in unserer Partei so offen diskutieren können und Möglichkeiten finden, zugunsten all derer, die auf unsere Hilfe warten, zueinanderzufinden.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Griesinger. Ich habe Sie unter „Experten“ gebucht. Deshalb habe ich auch nicht eingegriffen, als Sie die vorgesehene Redezeit von fünf Minuten überschritten haben. Ihr Engagement in der CDU als Sozialministerin und jetzt im Bereich der Sozialverbände rechtfertigt dies auf jeden Fall. Herzlichen Dank!

Frau Süßmuth möchte nun kurz eine Mitteilung zu einem Punkt, den Sie angesprochen haben, machen. Diese Mitteilung dürfte insofern für Sie interessant sein.

**Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau Griesinger, ganz kurz: Die Bausparsumme ist bei behinderten Sozialhilfeempfängern jetzt wieder freigestellt.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk,** Tagungspräsidium: Das ist offensichtlich eine gute und wichtige Mitteilung.

Jetzt hat Herr Senator Fink das Wort, und zwar ebenfalls als politischer Experte. Wir bitten aber auch ihn, sich in der Redezeit möglichst zu beschränken.

**Ulf Fink:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Forum steht unter dem Thema „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“. Ich meine, einer der wichtigsten Punkte, den wir insbesondere als Christlich Demokratische Union-bedenken müssen, ist, daß die Menschen draußen erkennen, daß wir unsere Politik unter dem genannten Gesichtspunkt prinzipienorientiert, wertorientiert betreiben, nicht aber nach dem Prinzip, daß man dort am meisten und am intensivsten etwas tut, wo die Lobby am stärksten ist. Deshalb ist es so wichtig, sich immer wieder an das zu erinnern, was wir im Grundsatzprogramm der CDU dazu niedergelegt haben. Dieses Grundsatzprogramm ist, wie ich finde, eines der modernsten und am meisten nach vorne weisenden sozialpolitischen Konzepte, die Parteien haben. Ich möchte dies an Hand von zwei oder drei Beispielen verdeutlichen.

Das erste Beispiel ist die Rentenversicherung. Dort wird nach dem Prinzip verfahren: Renten sind keine Geschenke, die der Staat den alten Menschen gibt. Die alten Menschen haben sich durch ihre Beiträge vielmehr selber den Anspruch auf Rente erworben. Dieser Anspruch ist durch den Staat nicht manipulierbar. Hier gibt es vielmehr eigentumsrechtlich geschützte Bestandteile. Die Rente ist von nicht geringerem Wert, von nicht geringerer Bedeutung als die D-Mark, die man im normalen Leben verdient. Die Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Demzufolge darf das Rentenniveau nicht so weit absinken, daß die Beträge, die man eingezahlt hat, in keinem richtigen Verhältnis mehr zu dem stehen, was man später herausbekommt. Es gibt insofern einfach Grenzen, unter die das Rentenniveau nicht absinken darf — es sei denn, man gibt den Versicherungsgedanken preis. Ich glaube, dies wird auch richtig erkannt.

Es gibt noch ein Spezialthema, das ich in diesem Moment allerdings nicht vertiefen möchte, das ich im Hinblick auf eine Strukturreform aber für wichtig und bedeutsam halte. Wir wissen auf der einen Seite, daß es Menschen gibt, die unser Sozialsystem in einem Maße in Anspruch nehmen, das nicht mit dem vereinbar ist, wofür dieses Sozialsystem geschaffen worden ist. Wir wissen aber auf der anderen Seite auch, daß es Menschen — insbesondere ältere Menschen — gibt, die die ihnen zustehenden Rechte nicht in Anspruch nehmen. Es ist an uns, daß wir nicht nur auf die einen schauen. Wir bekommen die Legitimation nur dadurch, daß wir uns mindestens genauso um diejenigen kümmern, die die ihnen zustehenden Rechte nicht in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Zweitens möchte ich das Prinzip der sozialen Sicherung ansprechen und dabei insbesondere auf den Bereich der Krankenversicherung eingehen. Der grundlegende Gedanke ist der Solidargedanke. Was bedeutet dies? Es bedeutet, daß man für sich selber sorgen soll, wenn man für sich selber sorgen kann, und daß die vielen für einen eintreten sollen, wenn man für ein Risiko nicht selber vorsorgen kann. Wie sieht der Leistungskatalog aber aus? Werfen wir einen Blick auf den Leistungskatalog in der Krankenversicherung. Die Leute stimmen ein Riesengeschrei an, wenn man sich über die Frage unterhält, ob man 1,25 Mark oder 1,50 Mark für ein Rezeptblatt bezahlt. Dieselben Leute lassen aber zu, daß es eine hundertprozentige Selbstbeteiligung gibt, wenn es darum geht, das Risiko der Pflegebedürftigkeit zu tragen, obwohl niemand Vorsorge im Hinblick auf dieses existentielle Risiko treffen kann. Hier stimmt der grundlegende Gedanke, der Solidargedanke mit dem, was wir tatsächlich praktizieren, einfach nicht mehr überein. Demzufolge muß an dieser Stelle eine Änderung herbeigeführt werden.

Ein dritter Gedanke. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß wir großen Bereichen insbesondere in den Ballungsgebieten — keine vollständigen Familien mehr haben. In Berlin beispielsweise ist es so, daß bereits jeder zweite Haushalt ein Einpersonenhaushalt ist. In anderen großen Städten ist der Anteil noch nicht ganz so hoch, aber oft sind dort auch 30 oder 40 % der Haushalte Einpersonenhaushalte. Was tun wir denn aber, wenn wir den Leuten sagen, daß im Bereich der Pflegefälle die ambulante Versorgung vor der stationären Versorgung stehe? Wir können in einem gut Teil der Fälle professionelle Dienstleistungen anbieten: Krankenschwester, Arzt, Hauspflegekraft. Was machen wir mit den Menschen aber in den restlichen zehn oder 13 Stunden, die sie im wachen Zustand zu Hause verbringen? Man kann das Problem doch nicht so, wie es manche wollen, lösen, daß wir noch mehr staatlich geprüfte Vorleser, Animatoren usw. einstellen. Das ist weder finanziell machbar noch sinnvoll. Was muß man also tun? Man muß versuchen, den Selbsthilfegedanken zu stärken und die ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Kräfte neu zu wecken. Wir in Berlin führen jetzt beispielsweise die dritte große Werbekampagne für ehrenamtliche Dienste unter der Überschrift „Ich für dich“ und „Berliner helfen-Ehrensache!“ durch. Viele sagen, dies dürfe man nicht tun. Sie stellen solche Werbekampagnen in Frage. Ich halte dem entgegen: Wir geben Millionen Mark für die Werbung für Zigaretten und alles mögliche aus. Für die wichtigste Sache in der Welt soll aber nicht geworben werden dürfen. Das ist doch ganz unmöglich. Wenn wir die ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Dienstleistungen aus der Ecke herausholen wollen, in der sie heute noch sind und in der sie nur eine relativ geringe Bedeutung haben, muß man wirklich auch die modernsten und wichtigsten Methoden, die uns zur Verfügung stehen, einsetzen. Jede Mark, die man in die Werbung für ehrenamtliche und nachbarschaftliche Dienstleistungen hineinsteckt, ist nicht vergeben. Man muß vielmehr groß und professionell für solche Dienstleistungen werben. Dann bekommen wir auch eine neue Chance.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Wir sagen Ihnen Dank, insbesondere dafür, daß Sie die Prinzipien des Solidargedankens noch einmal sehr deutlich dargelegt haben. Ihr Beitrag hat — wie schon der Beitrag von Frau Griesinger — auf das dritte Thema Bezug genommen, das wir auf keinen Fall aus dem Auge verlieren wollen.

Ich möchte nun zwei Wortmeldungen berücksichtigen, die aus dem Publikum kommen. Zunächst hat Frau Dora Sandherr das Wort, danach spricht Herr Dr. Ernst. Im Anschluß daran möchte ich Herrn Professor von Maydell das Wort erteilen.

Ich weise bereits jetzt darauf hin, daß die Beiträge der Experten hier oben auf dem Podium im Vorraum in genügender Zahl in ausgedruckter Form ausgelegt sind. Sie können diese Beiträge also mitnehmen.

**Frau Dora Sandherr:** Frau Vorsitzende! Meine Herren! Meine Damen! Wir haben jetzt allgemeine Ausführungen zu dem Problem der finanziellen Sicherung unseres sozialen Netzes gehört. Ich möchte jetzt einen ganz konkreten Einwurf machen — ich bin dankbar, daß ich ihn machen kann — und hoffe wirklich, damit eine Hilfe für eine mögliche Verbesserung der sozialen und finanziellen Sicherung geben zu können. Herr Ministerpräsident Albrecht hat in seinem Eingangsreferat, wie Sie sich erinnern werden, die Schattenarbeit erwähnt, die in nicht solidarischer Weise an unseren Prinzipien und auch am sozialen Netz vorbeiläuft. Ich denke dabei an einen Bereich, der mir besonders Sorgen macht und der nicht ganz in den Bereich der Schattenarbeit fällt, weil er zulässig ist. Herr Ministerpräsident, ich meine das Feld der jetzigen 410-Mark-Arbeitsverträge. Früher waren es die 390-Mark-Arbeitsverträge.

Meine Gedanken gehen dahin — ich fasse mich jetzt ganz kurz und hoffe, daß aus meiner Anregung etwas gemacht werden kann —, daß aus den 410-Mark-Verträgen — in zulässiger Weise — 500-Mark-Verträge werden und dadurch die Möglichkeit einer Steigerung der Altersrenten eröffnet wird. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung in vielen Fällen, daß die Frauen, die solche Verträge eingehen, diese Verträge auch wünschen. Ich weiß aber auch, wieviele junge Frauen es gibt, die sich heute, zum gegenwärtigen Zeitpunkt gar keine Gedanken über spätere Zeiten machen. Es liegt nun einmal in der Natur der Sache, daß junge Menschen etwas leichtfertiger denken, sozusagen etwas gegenwärtiger und nicht zukunftsbezogen denken. Sie scheinen mir alle krankenversichert zu sein, etwa über Ehemänner oder wie auch immer. Sonst würden sie diese Verträge vielleicht nicht so leichtfertig eingehen. Deswegen hebe ich hier darauf ab — ich weiß nicht, ob es möglich ist; dies ist ja nur ein Einwurf —, durch solche Verträge wenigstens die Möglichkeit zu schaffen, die Altersrenten zu steigern.

Eine letzte Bemerkung. Was ebenfalls ganz wichtig wäre, ist dies. Wenn es sich um Einzelverträge handelt, mag alles noch gar nicht so gravierend sein. Es gibt aber, wie Sie wissen, ganze Firmen, die Arbeitskräfte nur auf der Grundlage solcher Verträge einstellen. Ich wiederhole: Dies läuft völlig an unserem sozialen Netz und an unseren Prinzipien der Solidargemeinschaft vorbei. — Danke schön.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk,** Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Sandherr. Sie haben ein sehr wichtiges Thema angeschnitten, mit dem sich auch unsere Bundestagsfraktion schon intensiv beschäftigt, da diese Art der Arbeit zunimmt. Sie haben recht, wenn Sie darauf hinweisen, daß für Frauen, die etwa Kindererziehungszeiten haben, solche Zeiten der geringfügigen Arbeit auch unter dem Gesichtspunkt der Rentenversicherung zunehmend interessant werden. Dieses Problem wird sicher in der nächsten Legislaturperiode angepackt werden.

Ich erteile nun Herrn Dr. Ernst mit der Bitte das Wort, sich in der Redezeit etwas zu beschränken. Es gibt noch eine Reihe von Experten, die wir hier auf jeden Fall noch hören möchten.

**Dr. Siegfried Ernst:** Gnädige Frau, diesen Hinweis bitte erst, wenn ich die vorgesehene Redezeit überschritten habe.

Ich möchte als Arzt etwas zur Frage der Kosten im Gesundheitswesen sagen. Zu Beginn möchte ich feststellen, daß wir im gesamten Gesundheitswesen und in der Ärzteschaft eine zunehmende Apathie, eine Resignation, ja geradezu einen Zynismus im Hinblick auf all diese Probleme zu verzeichnen haben. Was die Gesetzgeber für die Ärzteschaft fabriziert haben, ist eine radikale Zerstörung des ärztlichen Ethos in seinen Grundlagen. Man hat nämlich die ärztliche Gewissensfreiheit insgesamt — für den gesamten Ärztestand — per Gesetz dadurch beseitigt, daß man die Kassenärztlichen Vereinigungen praktisch gezwungen hat, die Tötungen zu honorieren. Dies geschah über eine entsprechende Ziffer in unserer Gebührenordnung. Dadurch hat man für den Ärztestand als ganzen sein grundsätzliches hippokratisches Prinzip, niemals zu töten und niemals absichtlich jemandem zu schaden, von Staats wegen beseitigt. Liebe Freunde, das hat eine katastrophale Auswirkung gehabt. Mir sagte jetzt der stellvertretende Bezirksvorsitzende der Ärzteschaft München/Oberbayern, der die Gegebenheiten genau untersucht hat: Zwei Drittel der Gynäkologen leben heute vom Töten. — Stellen wir unter diesem Aspekt einmal einen Vergleich mit dem an, was wir offiziell tun. Heute dürfen wir als Ärzte Schnupfenmittel nicht mehr verschreiben. Ein Schnupfenmittel muß der Betreffende selber bezahlen. Die Tötung des eigenen Kindes wird aber durch die Krankenkassen finanziert.

Nun geht es hier nicht bloß um diese vielleicht 500 Millionen Mark. Ich weiß nicht, wieviel es im Moment sind. Denn die Zahlen sind ja gar nicht mehr greifbar, und zwar deshalb, weil die Meldungen über die erfolgten Tötungen von vornherein vielleicht höchstens noch zu 20 % abgegeben werden. Vielleicht schreiben doppelt so viele eine falsche Diagnose, weil die Frauen wünschen, daß von Abtreibung überhaupt nichts darin steht. Somit haben wir jeglichen Überblick verloren.

Aber wir müssen hier nicht nur die Direktkosten sehen, die durch das absichtliche Krankmachen von Frauen, durch das Krankschreiben von Frauen entstehen, die vorher völlig gesund waren. Vielmehr muß man hier auch noch die Folgekosten im Blick haben. Denn wir haben doch in den Kliniken in 25 bis 35 Prozent der Fälle mit Komplikationen zu rechnen. Die Züricher Universitätsklinik hat z. B. in 25,6 Prozent der Fälle Komplikationen gemeldet. Wir haben in der Bundesrepublik jetzt 20 000 verkaufte Absaugegeräte, und die müssen sich amortisieren. Eines kostet immerhin 5 000 Mark. Diejenigen, die sich das gekauft haben, wollen damit auch etwas verdienen.

Liebe Freunde, es sind also durch die Gesetzgebung und vor allem dadurch, daß diese Dinge auf Krankenschein abgerechnet werden können, Entwicklungen ausgelöst worden, die den Ärztestand in seinen Grundlagen erschüttert haben.

**Frau Roswitha Verhülsdonk,** Tagungspräsidium: Herr Dr. Ernst, können wir uns nicht darauf einigen, daß Sie Ihre Wortmeldung an dieser Stelle beenden?

**Dr. Siegfried Ernst:** Einen Satz muß ich noch sagen, weil ich dieses Papier vorhin

verteilt habe. Ich habe im übrigen nicht gewußt, daß man es nicht darf. Ich habe hier ein Blatt von „Pro Familia“. Da wird — das ist das Titelblatt von dem Heft — ein Kreuz umgeworfen; Schwerpunktthema: Schwangerschaftsabbruch. Im selben Heft ist ein ganz übler Hetzartikel gegen Mutter Theresa von Kalkutta. Auch von CDU-Stadträten oder anderen Gremien wird „Pro Familia“ teilweise mitfinanziert. Dann dürfen Sie sich allerdings nicht wundern, wenn dann Leute austreten. Ich denke gerade an eine ganz hervorragende Frau, eine Stadträtin in Niedersachsen, die aus der CDU wegen dieser Dinge ausgetreten ist. Ich kenne einen anderen, der seine Ämter in Landau ebenfalls niedergelegt hat. Also, Sie dürfen sich nicht wundern, wenn die Glaubwürdigkeit unserer Partei gerade bei den Schichten, die früher die aktivsten und entschiedendsten Kämpfer für das Gewinnen von Wahlen waren, langsam verschwindet und wir dann erleben, etwa in Nordrhein-Westfalen und an anderen Stellen, daß diese Leute zunehmend zu Hause bleiben und nicht mehr zur Wahl gehen, Leute, die uns früher gewählt haben.

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Ernst, ich darf Sie doch ermahnen. Wir diskutieren heute nicht über die Glaubwürdigkeit der CDU generell, sondern speziell über Probleme auf dem Feld der sozialen Sicherheit. Dazu haben Sie einen Beitrag geleistet.

Sie können die Materialien ja verteilen lassen. Wer es nehmen möchte, kann es nehmen. Aber ich möchte jetzt doch in der Diskussion fortfahren.

**Dr. Siegfried Ernst**: Aber — entschuldigen Sie, daß ich das sage — die Glaubwürdigkeit steht in diesem Punkt öffentlich zur Diskussion.

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Wir werden ja dieses Thema auf einem späteren Parteitag — das haben wir ja beschlossen — ausgiebig behandeln. Dann können Sie sich gern wieder zu Wort melden.

Ich gebe das Wort jetzt an Herrn Professor von Maydell und bitte danach Frau Professor Lehr.

**Prof. Dr. Bernd von Maydell**: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema meines kurzen Beitrags könnte lauten: Wie sollte eigentlich die Organisationsform der sozialen Sicherheit in der Zukunft aussehen?

Der Ausgangspunkt für diese Überlegungen ist die Feststellung, daß unser Sozialrecht gegenwärtig, auch was die Strukturen und Organisationsformen anlangt, in Frage gestellt wird. Wenn man die Diskussion als mehr oder weniger Beteiligter verfolgt, so könnte man den Eindruck erhalten, als sei dieses Sozialrechtssystem morsch und eigentlich nur noch dazu wert, abgelöst zu werden. Ich meine, daß dieses Sozialrechtssystem, das grundlegend auf der Sozialversicherung basiert, nach wie vor in der Lage ist, auch die Probleme der Zukunft zu lösen, daß es aber insbesondere mit seinen kleineren Einheiten, mit seinen Möglichkeiten der Selbstverwaltung, mit seinen Möglichkeiten der Wahl besser geeignet ist, diese Probleme zu lösen, und daß es vor allen Dingen den Grundprinzipien unserer Verfassung besser entspricht. Im einzelnen ist das hier schon angesprochen worden, so daß ich darauf nicht zurückkommen muß.

Mir scheinen für diese Organisationsformen in der Zukunft zwei große Schwierigkeiten zu bestehen: Das erste Problem ist, daß wir mit den zukünftigen Aufgaben, z. B. dem demographischen Problem, fertig werden und fragen müssen, ob dieses System in der Lage ist, diese Probleme zu lösen. Herr Quartier hat dazu Vorschläge gemacht, er hat auf Vorschläge hingewiesen. Meines Erachtens geht es heute nicht mehr darum, zu diskutieren, ob das möglich ist oder nicht, sondern es geht darum, diese Vorschläge ernsthaft umzusetzen, und zwar möglichst schnell. Vorschläge, und zwar realistische Vorschläge, gibt es genug, und die sind sowohl von Praktikern als auch von der Wissenschaft abgesichert.

Es gibt aber ein zweites Problem, eine zweite Frage: Das System, das im wesentlichen auf der Sozialversicherung basiert, könnte durch eine Entwicklung unglaublich werden, wie sie in der Vergangenheit teilweise erfolgt ist. Es könnte gleichsam von innen heraus problematisiert und problematisch werden. Hier möchte ich nur ganz kurz einige Punkte aufzeigen, bei denen ich als Sozialrechtler Wünsche an den Sozialpolitiker habe, Wünsche, was die Festigung des Systems anlangt, die meines Erachtens notwendig ist, um dieses System weiterführen zu können.

Lassen Sie mich nur vier Punkte nennen: Unser Sozialversicherungssystem baut im wesentlichen auf dem Versicherungsprinzip auf. Dieses Versicherungsprinzip basiert letzten Endes darauf, daß zwischen Beitrag und Leistung eine gewisse Beziehung besteht, wie immer man die bezeichnen mag. Dieses Prinzip kann strapaziert werden, indem man die Versicherung mit beitragsfremden Leistungen belastet. Das ist soeben schon angesprochen worden. Das heißt: Wir müßten die Versicherung wirklich nur dort einsetzen und sie dort für zuständig halten, wo es um versicherungsgerechte, versicherungsadäquate Leistungen geht. Die anderen Leistungen müßten herausgelöst werden.

Ein zweiter Punkt: Die Sozialversicherung ist im starken Maße darauf angewiesen, auf die jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu reagieren. Wir alle erleben das jährlich durch diese Flut von Änderungsgesetzen. Diese Situation, daß sich der Gesetzeszustand jedes Jahr laufend regelmäßig ändert, kann, auch was den Punkt der subjektiven sozialen Sicherung anlangt - und der Punkt wird ja hier im zweiten Teil noch angesprochen werden —, von entscheidender Bedeutung sein. Jemand, der sein Recht nicht mehr kennt, jemand, der nur noch den Eindruck hat, daß sich alles laufend ändert, wird diesem Sozialrecht kein Vertrauen mehr entgegenbringen. Deswegen müßte man ernsthaft fragen, ob nicht diese Fülle von Detailänderungen durch mehr Formelhaftigkeit ersetzt werden könnte. Wir haben ja ein großartiges Beispiel für eine solche Formel. Das ist die Rentenformel der Jahre 1956/57. Dort wurde von Fallgerechtigkeit abgegangen und eine Formel gewählt, an der sich der einzelne orientieren konnte. Ich meine, wir brauchen in unserem Sozialrecht mehr solche Formeln, auf die man bauen, mit denen man rechnen kann.

*Ein dritter Punkt, eine Wunschvorstellung: Ein Grundprinzip unserer Sozialversicherung ist die soziale Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung ist nicht nur ein Organisationsprinzip, sondern sie ist auch symptomatisch dafür, daß Sozialversicherung eben nicht Staatsverwaltung ist, sondern im Bereich zwischen Staat und dem einzelnen angesiedelt ist.*

Die soziale Selbstverwaltung funktioniert nicht so optimal, wie sie vielleicht funktionieren könnte. Ich erinnere nur an die geringe Wahlbeteiligung, gerade bei den letzten Sozialwahlen. Daraus den Schluß zu ziehen, die soziale Selbstverwaltung sei

überflüssig, halte ich für völlig verfehlt. Die Alternative wäre nur die unmittelbare Staatsverwaltung. Ich glaube, das sollte man ernsthaft gar nicht diskutieren. Die Frage ist dann aber: Wie kann ich die soziale Selbstverwaltung effektiver machen? Ich meine, da gibt es nur einen Weg, indem man dieser Selbstverwaltung wieder echte Aufgaben gibt. Wenn der Gesetzgeber alle Aufgaben wegzieht, dann kann eine solche Selbstverwaltung nicht funktionieren, und der Weg müßte wieder sein: zurück zur Selbstverwaltung.

Und ein vierter Punkt. Die Glaubwürdigkeit und die Lebensfähigkeit unseres sozialen Systems hängen natürlich auch davon ab, ob dieses System auf soziale Herausforderungen reagiert. Eine dieser sozialen Herausforderungen, die heute schon mehrfach erwähnt worden sind, ist eben die Absicherung des Pflegefalles. Es ist unbefriedigend - Herr Senator Fink hat das soeben deutlich gesagt —, daß z. B. Bagatellbelastungen durch Krankheit von der Solidargemeinschaft getragen werden, aber eine wirklich schwerwiegende Belastung wie die Pflegebedürftigkeit auf die Familie und/oder die Sozialhilfe abgewälzt wird.

Meine Damen und Herren, sie werden gemerkt haben, daß ich mich nicht mit der inhaltlichen Gestaltung einzelner Fragen des Sozialrechts beschäftigt habe. Ich habe mich insoweit bewußt zurückgehalten und mich auf eine sozialrechtliche Organisationsanalyse beschränkt. Denn es ist meines Erachtens wichtig, zu erkennen, daß es nicht auf die absolute Höhe der Sozialleistung, auf die Soziallastquote ankommt, mit der man so gerne arbeitet, sondern in starkem Maße auch darauf, wie die Finanzierung und Verteilung dieser Sozialleistungen erfolgen. Hier gibt es den mehr etatistischen, den mehr staatlichen Weg und den mehr freiheitlichen Weg. Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, wo meine Präferenz liegt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank für die Prägnanz und die Kürze Ihres Beitrags. Sie haben sich darauf konzentriert, das, was Sie uns sagen wollten, unter die Firmierung „Wünsche an die Politiker“ zu stellen. Die hier anwesenden Sozialpolitiker, Adolf Müller und die anderen Kollegen, die hier sind, haben Ihnen gut zugehört. Ich glaube, daß Sie mit den meisten Punkten offene Türen eingerannt haben. Noch einmal herzlichen Dank.

Wir haben jetzt eine sehr gute Überleitung zu Frau Professor Lehr, weil das Thema Pflegeversicherung und Pflege im Alter sowie das Thema Mitmenschlichkeit immer wieder unter verschiedenen Aspekten angesprochen worden sind.

Bitte schön.

**Frau Professor Dr. Ursula Lehr**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Es ist zweifellos ein Verdienst dieser Bundesregierung, daß sie Altersfragen in ihrem Programm größere Beachtung schenkt. Es ist anerkennenswert, daß die Familienpolitik alte Menschen — mehr, als es bisher üblich war — berücksichtigt. Der von der Bundesregierung in Auftrag gegebene 4. Familienbericht analysiert die Situation des alten Menschen in der Familie. Die Bundesregierung hat eine Vielzahl der von Experten geäußerten Vorschläge positiv aufgenommen. Es ist darüber hinaus zu

honorieren, daß — bei einem Blick in die Zukunft — die Bundesregierung, die CDU Altersfragen nicht nur ausschließlich unter dem Aspekt der Rente und Pflegeversicherung behandelt, sondern übergreifenden „menschlichen Aspekten“ mehr Beachtung schenkt.

Der Seniorenkongreß der CDU am 19. März dieses Jahres kann als entscheidender Markstein in der Altenpolitik gesehen werden. Gerhard Braun hat die älteren Mitbürger mit Recht als die „tragenden Eckpfeiler unserer Gesellschaft“ bezeichnet und unterstrichen, „daß es beim Problem des Alters heute nicht nur um Schutz und Versorgung geht, sondern vielmehr um die Frage, wie man die älteren und alternden Menschen mit einbeziehen und mitwirken lassen kann.“ Zu fordern ist eine Politik nicht f ü r alte Menschen, sondern eine Politik m i t alten Menschen und — in manchen Bereichen — eine Politik v o n alten Menschen!

(Beifall)

„Sicherheit, Geborgenheit und eigenständige Lebensgestaltung“ war das Motto dieses Kongresses, ein Motto, an dem lediglich zu kritisieren war, daß die „eigenständige Lebensgestaltung“ hintangestellt war. Die Forderung nach einer „eigenständigen Lebensgestaltung“ sollte an erster Stelle stehen! Daß diese Forderung nach „eigenständiger Lebensgestaltung“ heute bei diesem Forum expressis verbis als Thema nicht vorgegeben ist, ist ein bißchen zu bedauern.

Meine Damen und Herren, wenn auch die Pensionierung, das Ende der Berufstätigkeit, plötzlich, von heute auf morgen, aus einem „Erwachsenen“ einen „Alten“ macht — wir können auch vornehmer sagen: einen Senioren —, so bedeutet das noch lange nicht, daß er gleich besonderer sozialer Sicherheit und Geborgenheit bedarf.

Die Problematik ist heute eine andere: Es gibt relativ wenig Alte, die arm sind und deswegen auf eine besondere soziale Absicherung angewiesen sind. Lediglich eine bestimmte Gruppe älterer Frauen oder die Gruppe der Pflegebedürftigen wäre hier zu nennen. Aber die dürfen wir nicht mit d e n Alten gleichsetzen. Und es gibt ebenso relativ wenig Alte, die plötzlich hilflos und einsam werden und in sozialer Geborgenheit Schutz suchen müssen, auch wenn das Fernsehen, die Medien nahezu ausschließlich solche Fälle herausheben. Die meisten Alten brauchen keinen „Senioren-Schutzbund“! Für die meisten Alten von heute geht es nicht primär um den goldenen Käfig mit emotionalen Beziehungen, die man ihnen schaffen muß, sondern um die Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten an Aufgaben der Gesellschaft, an Aufgaben, die uns alle angehen.

(Beifall)

Ältere Menschen von heute wollen und sollen sich nicht bei Seniorennachmittagen bei Kaffee und Kuchen „verbasteln“ lassen.

(Beifall)

Ältere Menschen wollen und brauchen Aufgaben und Betätigung für andere, die ihrem Leben einen Sinn geben. Untersuchungen haben eindeutig nachgewiesen, daß das „Gefühl, gebraucht zu werden“, zur Lebensqualität im Alter am meisten beiträgt.

(Beifall)

Die meisten der heute in viel zu jungen Jahren und bei viel zu gutem Gesundheitszustand zu „Alten“ gemachten Mitbürger haben auf vielen Gebieten eine höhere Kompetenz erworben als manche Jüngeren. Warum greifen wir so wenig auf diese Kompetenz zurück? Warum schicken wir arbeitswillige und arbeitsfähige Mitbürger zu einem Zeitpunkt in den „Ruhestand“, zu dem sie noch einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten können und wollen? — Mit mehr Zeit würde ich hier gern weitere Ausführungen machen; schenken wir es uns. —

Ich fordere aber unter psychologischen Aspekten eine Flexibilität der Altersgrenze nach unten und nach oben. Flexibilität muß ja nicht bedeuten, länger zu arbeiten, sondern kann auch bedeuten, Arbeit besser zu verteilen. Ist es nicht so, daß im mittleren Lebensalter Freizeit besonders wichtig wäre: für die Familie, für die Kinder, für die Partnerschaft? Warum sollte man nicht diese Arbeitszeit etwas reduzieren und dafür in das siebte Jahrzehnt oder gar in das achte Jahrzehnt vielleicht mit einer Zehn-Stunden-Woche hineingehen? Doch das ist ein anderer Diskussionspunkt.

Soziale Sicherheit — eine berechtigte Forderung, über die hier bereits diskutiert wurde. Doch die meisten unserer jungen Alten können finanziell sehr wohl für sich selbst sorgen und sind als Großeltern oft diejenigen, die ihre Kinder und Enkelkinder unterstützen, *die der jüngeren Generation finanzielle Sicherheit geben.*

Die meisten unserer Alten sind auch diejenigen, die selbst Geborgenheit geben, und nicht primär die, die Geborgenheit suchen. Alte Menschen sind heute in unserer Zeit, in unserem Land häufiger die Gebenden als die Nehmenden, sei es in finanziellem oder emotionalem Bereich.

Sicher, es gibt Schwache und Kranke, Hilflose und Gebrechliche in unserer Gesellschaft. Für sie muß weit mehr getan werden, als bisher möglich war.

Aber wir können keineswegs Alte, auch nicht einmal Hochbetagte, über 80jährige, von vornherein in die Gruppe der Hilfs- und Pflegebedürftigen einordnen.

Selbst wenn durch methodisch äußerst fragwürdige Erhebungen, nach denen viele der hier im Saale Anwesenden selbst zu Pflegebedürftigen gemacht würden, sofern sie ihre Fenster nicht selbst putzen können und auch als Männer sich nicht selbst ihr tägliches Mittagessen bereiten können, Deutschland zu einem Land der Pflegebedürftigen und zu einem Land der Depressiven und der Dementen wurde, wie es eine einseitige Forschungsförderung nahelegt, selbst wenn bei uns derartige Erkrankungen wirklich fünfmal so hoch angegeben werden wie in allen anderen europäischen Ländern, in den USA und Japan, selbst wenn das so ist, sind es immer noch mehr als drei Viertel aller über 75jährigen, die nicht zu dieser zu betreuenden und zu pflegenden Gruppe zu zählen sind.

Es wäre vor allem nötig, daß die jetzige Bundesregierung sich von der von der früheren Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie über Pflegebedürftigkeit distanzieret und die dort mit wissenschaftlich höchst zweifelhaften Methoden gewonnenen Horrorzahlen nicht zur Grundlage politischen Handelns macht und nicht zur Grundlage von Kalkulationen der künftigen anfallenden Pflegekosten für Ältere benutzt.

Eine Politik der CDU sollte auch diesen 75 % der nicht pflegebedürftigen, der nicht auf soziale Sicherheit und Geborgenheit übermäßig angewiesenen Hochbetagten

gerecht werden und ihr Wissen und ihre Erfahrung für die Aufgaben und die Herausforderungen der Zukunft heranziehen. Es gilt hier, ein brachliegendes Potential unserer Alten zu nutzen. Ich hoffe, man wird die Alten im nächsten Bundestag besser vertreten finden, und nicht nur bei den GRÜNEN bzw. als ergraute GRÜNE. Und diese Alten in verantwortungsvoller Stellung sollen nicht nur „Senioren schützen“, sondern sollten die wirklichen Interessen der Senioren vertreten und durchsetzen. Diese unmittelbaren Interessen sind zunächst u. a. darauf gerichtet, eine Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter weitgehend zu vermeiden, um einen möglichen Altersabbau, der vielfach durch fehlende Herausforderung, durch fehlende Aufgaben bedingt ist, zu vermeiden. Es gilt hier, Möglichkeiten auch der Weiterbildung anzubieten. Es gilt weiterhin, Möglichkeiten der ehrenamtlichen Dienste anzubieten, aber bitte mit zusätzlicher Qualifikation. Es gilt aber auch, Rehabilitationsmaßnahmen zu verstärken, Rehabilitationszentren zu errichten. Es gilt, die Kompetenz der Alten zu stärken, Ansehen und Anerkennung der Alten zu fördern. Es gilt, den Alten eine Chance zu geben, Stütze unserer Gesellschaft zu sein.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen eine hohe Kompetenz im Alter. Altern kann bei ungünstigen Bedingungen einen Kompetenzverlust bedeuten, bei günstigen Voraussetzungen jedoch einen Kompetenzgewinn. Ist es nicht die dringendste Aufgabe einer Politik, hier günstige Voraussetzungen zu schaffen, Voraussetzungen, die nicht nur dem Leben Jahre, sondern den Jahren Leben geben, Voraussetzungen, die nicht die Phase des Sterbens, sondern des aktiven Lebens verlängern? Diese günstigen Bedingungen, die den Alternsprozeß positiv beeinflussen, sollte man weiter untersuchen und fördern. Sie sind nach heutigem Wissensstand erstens in der Korrektur des negativen Altersbildes gegeben, in der Schaffung von Voraussetzungen für ein positives Selbsterleben im Alter, zweitens in einem möglichst lebenslangen und auch im hohen Alter noch fortzusetzenden Training der körperlichen, geistigen und sozialen Fähigkeiten, drittens in der Gewährleistung einer Eigenständigkeit in einer von dem Älteren selbst bevorzugten, anregenden Umgebung — der alte Mensch soll selbst entscheiden, wo er wohnen will, in der Familie, allein, mit Unterstützung oder in Heimen —, viertens in der Herausforderung auch der Älteren zur Aktivität und Verantwortungsübernahme — es gilt, diese Fähigkeiten zu fördern durch Fordern —, fünftens in der Gewährung einer als sinnvoll erlebten Aufgabe und sechstens schließlich in der Pflege familiärer, aber auch außerfamiliärer anregender Sozialkontakte mit der eigenen Generation, aber auch mit Jüngeren und noch Älteren.

Die Zukunftschancen der älteren Generation — und diese sollten genauso interessieren wie die Zukunftschancen der jüngeren Generation — liegen nicht primär im Betreut- und Gepflegtwerden. Die Zukunftschancen der Älteren liegen im Gestalten und Mitgestalten der Gesellschaft von morgen. Die Alten sind eine lebens- und beruflerfähre Generation, oft voller Aktivitätsdrang, aber oft ohne richtiges Betätigungsfeld. Können wir es uns als Gesellschaft leisten, ihre Erfahrungen, ihr Können, ihr Wissen brachliegen und verkümmern zu lassen?

Es liegt an uns, ob wir Alte zur Altenlast, Rentenlast, Pflegelast werden lassen oder ob wir ihre Erfahrung, ihr Wissen, ihre spezifischen Fähigkeiten abrufen und aus der Altenlast ein Altenkapital machen. — Danke schön.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diesen sehr wichtigen und vor allem sehr engagierten Beitrag, Frau Professor Lehr. Ich habe in

den Gesichtern gesehen, wieviel Freude und wieviel Zustimmung dieser Beitrag ausgelöst hat, schon ehe überhaupt Applaus möglich war. Es ist sehr gut, daß Sie uns an Ihren hochinteressanten Forschungsergebnissen haben teilnehmen lassen, die in der sozialpolitischen Diskussion leider nicht hinreichend bekannt sind. Hier sehe ich auch eine Aufgabe für uns Sozialpolitiker, das mehr zu nutzen, was Sie einbringen. Nochmals danke schön!

Ich will Sie jetzt über die Geschäftslage informieren. Sie ist gar nicht ungünstig. Ich glaube, wir kommen hier sehr gut zu einem Rundenende. Ich habe noch eine Wortmeldung, die eigentlich zum ersten Teil gehört hätte, und zwar von Herrn von Heusinger zu dem Spezialproblem „agrarsoziale Sicherung“. Ich möchte sie nicht untergehen lassen, möchte dann aber im zweiten Teil fortfahren, in den Frau Lehr bereits weit eingeführt hat, indem ich dann Herrn Prälaten Hüssler bitte, ferner Herrn Kollegen Dr. Hoffacker, Herrn Schinzel, Herrn Wienholz und Herrn Potthast. Dann haben Sie, glaube ich, eine sehr breite Information auch zu diesem sehr wichtigen zweiten Teil, der eigentlich die sogenannten weichen Themen enthält.

Das Wort hat jetzt Herr von Heusinger. Bitte schön!

**Wolfgang von Heusinger:** Meine Damen und Herren, darf ich zu dem, was Frau Lehr gesagt hat, kurz noch ein praktisches Beispiel beisteuern. Unsere Kinderfrau, die seit 50 Jahren in unserer Familie und jetzt 90 Jahre alt ist, hütet mit ihren 90 Jahren jedesmal meinen Hof. Sie macht das mit ihrer 85jährigen Schwester prima, wenn ich z.B. in Wiesbaden bin. Das ist ein sinnvoller Einsatz, und das unterstützt das, was Sie, Frau Lehr, gesagt haben.

Ganz kurz zu den Sorgen der Landwirtschaft, die der Bundeskanzler und auch Ministerpräsident Strauß angeschnitten haben. Ich möchte in diesem Gremium darum bitten, daß der Strukturwandel und die Umstrukturierung in den Sozialbereich mit aufgenommen werden. Hier ist schon einiges getan worden und wird auch noch einiges getan: vorzeitiges Altersruhegeld, Landabgaberente usw. Die Zuschüsse müssen aber bei den Vollerwerbsbetrieben, den Familienbetrieben, dann auch ankommen. Die Sozialmittel, die vorhanden sind, die jetzt bereitgestellt werden, sollen der Landwirtschaft voll erhalten bleiben.

Als letztes: Wenn bei Vollerwerbsbetrieben, die hohe Beträge — 380 Mark für Krankengeld und 152 Mark für Altersgeld — zahlen, die Söhne oder Töchter, die mitarbeiten, denselben Betrag zahlen sollen, ist das nicht zu schaffen. Auf dem Lande stecken ja drei Generationen voll in der Arbeit. Dieses Problem wollte ich hier noch anreißen und hoffe, daß Frau Süßmuth das nachher in die abschließende Diskussion mit aufnimmt. — Schönen Dank.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk,** Tagungspräsidium: Danke schön! Das war vorbildlich kurz. Ein geübter Landtagsabgeordneter hat hier gesprochen.

Jetzt hat Herr Prälat Hüssler das Wort.

**Prälat Dr. Georg Hüssler:** Meine Damen und Herren, ich spreche aus der Sicht eines kirchlichen Verbandes der freien Wohlfahrtspflege. Bei der Weite des Themas kann ich natürlich nur auf einige Aspekte eingehen.

Erstens: zur Gemeinwohlverpflichtung des Sozialstaates. Die finanziellen und strukturellen Einschränkungen im sozialen Bereich um das Jahr 1982 stellten zunächst einen empfindlichen Einschnitt in die sozialen Verhältnisse zahlreicher Bevölkerungsgruppen dar. Zwar war eine Überprüfung der vielseitigen sozialen Förderungen nicht ohne Grund; jedoch kam es hierbei bei manchen Teilen der Bevölkerung zu empfindlichen Härten.

Hierzu gehörte auch der Bereich der Sozialhilfe. Erfreulicherweise ist nun inzwischen die Sozialhilfe durch gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern leistungsmäßig verbessert worden. Jetzt sollte aber auch alles getan werden, damit die Hilfe zum Lebensunterhalt wieder eine verlässliche und überprüfbare Berechnungsgrundlage erhält. Darüber besteht auch mit den Kommunen Einigkeit. Besonders dringlich ist die Festsetzung eines „Warenkorbes“, der dem Hilfsbedürftigen eine bescheidene Lebensführung sichert und ihn nicht in weitere gesellschaftliche Isolation drängt.

Auf ihrer Herbstvollversammlung haben die deutschen Bischöfe an das Schicksal der schwervermittelbaren Arbeitslosen erinnert. Voraussichtlich wird es in den nächsten Jahren realistisch gesehen eine erhebliche Gruppe von Menschen geben, die unabhängig vom Konjunkturverlauf als einzige Lebensperspektive Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von der Sozialhilfe vor Augen haben werden. Staat, Tarifpartner und freie Wohlfahrtspflege müssen gemeinsam Wege suchen und finden, um diesem Personenkreis zu helfen.

Hierher gehört ein Wort zu den ausländischen Flüchtlingen. Unabhängig von der Diskussion um das Flüchtlingsrecht soll die Flüchtlingshilfe verbessert werden, in gemeinsamer Anstrengung von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen sowie von Bund und Ländern. Dabei muß diese Hilfe ortsnah angelegt werden, um die Verantwortung aller Bürger noch mehr zu wecken und durch die auch von unten mitverantwortete Hilfe die Ängste und die Distanz vor den Fremden abzubauen. Im übrigen: Die Gemeinwohlverpflichtung des Sozialstaates macht an den eigenen Grenzen nicht halt. Die Verbindung von Flüchtlingsnot mit der Notwendigkeit von Entwicklungs- und Katastrophenhilfe liegt auf der Hand.

Ich bin der Auffassung, daß hier quantitativ und qualitativ mehr als bisher geleistet werden kann und muß, und zwar vom Staat und von freien Kräften, einschließlich der Kirchen. Hier liegt heute ein entscheidendes Zukunftsfeld jeder Politik, die eine Politik für den Menschen sein will.

Zweiter Punkt: zur Förderung der Familie. In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die Familie in verschiedener Hinsicht verbessert: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Anrechnung von Erziehungszeiten bei den Renten der Rentenversicherung. Das erleichtert die Situation der Familie. Das sind erste Schritte zu ihrer Entlastung. Auf diesem Weg müssen bald weitere entschlossene Schritte folgen.

Dritter Punkt: zum Bewußtsein für das Leben. Wir hoffen, daß sich durch eine solche Förderung der Familie zugleich auch die Einstellung zum Leben, auch zum ungebohrenen und zum behinderten Leben, positiv verändert. Die Erfahrungen unserer Beratungsstellen zeigen freilich, daß materielle Verbesserungen allein keine Änderung der Einstellung zum Leben bewirken. Im Hinblick auf die verheerende Abtreibungspraxis in unserem Lande müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Vierter Punkt: zur Förderung der Jugend. Die jungen Menschen haben es heute vielfach schwerer als früher, Perspektiven für ihre private und berufliche Zukunft zu finden. Eine Politik für die Familie, die auch die Erziehung in der Familie fördert, kommt gerade den jungen Menschen zugute. Darüber hinaus ist ein besonderes Augenmerk der Weiterentwicklung der Jugendhilfe zu widmen.

Fünfter Punkt: zur Solidarität mit den alten Menschen. Eine Politik, die die Solidarität der Generationen in der Familie unterstützt, findet unsere Zustimmung. Dazu gehören zunächst eine solide Altersversorgung, ferner u. a. eine Verstärkung der ambulanten Dienste, die Anrechnung der Pflegetätigkeit im Sozialversicherungsrecht sowie steuerliche Entlastungen. Gleichwohl reichen auch diese Maßnahmen nicht aus, weil die Familien schon heute und in Zukunft auf Grund der demographischen Entwicklung überfordert sind. Um situationsgerecht helfen zu können, ist ein ausreichendes und differenziertes Angebot ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen unerlässlich. Schematische Vorrangregelungen sind im Interesse der Hilfesuchenden und auch unter Kostengesichtspunkten, wie in allen sozialen Diensten, falsch. Der deutsche Caritasverband hält im übrigen eine gesetzliche Regelung der Pflegekosten in der nächsten Legislaturperiode für vordringlich. Frau Griesinger und andere haben das eloquenter gesagt.

Sechster und letzter Punkt: zum Verhältnis von Staat, freier Wohlfahrtspflege, ehrenamtlicher Arbeit und Selbsthilfegruppen. Für unsere sozialstaatliche Ordnung ist kennzeichnend, daß diese sich nicht erschöpft in einem Gegenüber von Staat einerseits und Hilfesuchenden andererseits. Entscheidend ist unser Sozialstaat geprägt durch das Zusammenwirken organisierter, gesellschaftlicher Kräfte in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege leisten ihre Hilfen nicht nur qualifiziert und praxisnah, sondern sie tragen auch zur Aktivierung ehrenamtlicher Mitarbeit und zur Entwicklung des Selbsthilfegedankens entscheidend bei.

Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfen sind wichtige neue Formen, die sich neben der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in jüngster Zeit entwickelt haben. Professionelle, Ehrenamtliche einerseits und Initiativen der Selbsthilfe andererseits dürfen im Interesse der Hilfebedürftigen nicht als Konkurrenten auftreten, sondern müssen im Rahmen ihrer jeweiligen Zielsetzungen und unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit konstruktiv zusammenarbeiten. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Paul Hoffacker:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur einen besonderen Schwerpunkt herausgreifen, und zwar den der ehrenamtlichen Tätigkeit. Sie haben heute morgen von Herrn Ministerpräsident Albrecht deutlich gehört, daß der einzelne in einer örtlichen Region eingebettet sein muß. Er hat in diesem Zusammenhang von einer Behausung gesprochen. Herr Geißler hat heute morgen von der neuen Politik und von der neuen Arbeit gesprochen. Ich glaube, mit dem, was ich zum Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit sagen möchte, kann ich nahtlos an das anschließen, was heute morgen Herr Fink und jetzt auch Herr Prälat Hüssler gesagt haben. Wir können eine Politik mit den Betroffenen, von der Frau Lehr gesprochen hat, in Zukunft nur betreiben, wenn wir das ehrenamtliche Prinzip in unseren Gemeinschaften wieder deutlicher hervorheben. Dies bedeutet nicht eine Kritik an der hauptamtlichen Tätigkeit. Wir müssen aber wissen, daß alle bezahlte hauptamtliche Tätigkeit heute im gesamten Bereich der sozialen Arbeit und auch der

Wohlfahrtsarbeit nicht mehr ausreicht. Wenn eine Politik von morgen zukunftsweisend sein soll, muß der Stellenwert der ehrenamtlichen Tätigkeit — lassen Sie mich das deutlich sagen — anerkannt und honoriert werden.

Was meine ich damit? Ich meine, wir sollten nun nicht glauben, daß die Tätigkeit unserer Institutionen bei allem, was sie tun, keine Kritik verträgt. Wir müssen hier zugeben, daß die Selbsthilfegruppen bis zu einem gewissen Grade sicherlich noch auf etwas unsicherer Grundlage arbeiten. Eine Partei wie die CDU darf aber nicht nur den Mund spitzen, sondern sie muß auch pfeifen. Das heißt, sie muß auch etwas tun, damit die ehrenamtliche Tätigkeit anerkannt wird. Sie ist erstens qualitativ anzuerkennen. Zweitens muß eine solche ehrenamtliche Tätigkeit, wenn sie auf jedes Salär verzichtet, zumindest im sozialen Sicherheitssystem eine Anerkennung finden. Dies ist eine Forderung, die von vielen ehrenamtlichen Verbänden, so beispielsweise auch von dem Sozialverband, dem ich seit 15 Jahren vorstehe, seit langem erhoben wird. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Aufgabe erfüllt werden kann und daß sie die Anerkennung durch die Öffentlichkeit bekommt, daß sie also nicht als eine Art von Almosen gerne entgegengenommen wird, sondern einen Stellenwert bekommt, der, wie Herr Prälat Hüssler gesagt hat, nicht in Konkurrenz zur professionellen Arbeit gesehen wird. Es geht vielmehr um eine Zuordnung, die abgesprochen werden kann. Das ist später nämlich das Elixier unseres Lebens. Wir haben das heute morgen vielfach gehört. — Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Bundestagsfraktion denkt schon sehr weitgehend über diese Frage nach. Herr Hoffacker hat nicht nur persönliche Überlegungen vorgetragen, sondern auch solche, die in der Fraktion unter den Sozialpolitikern sehr ernstlich eruiert werden.

Die zwei nächsten Wortmeldungen schließen vermutlich unmittelbar an die soeben gemachten Ausführungen an. Zur ehrenamtlichen Hilfe spricht zunächst Frau Schinzel. Ihr folgt Frau Ley. Nach Frau Ley möchte ich sodann wieder zwei Experten — vermutlich abschließend — zu Wort kommen lassen.

**Frau Maria Schinzel**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin seit einem Jahr Landesvorsitzende der Senioren-Union Hessen und im Kreis Wiesbaden als Kreisvorsitzende tätig, und zwar seit sechs Jahren. Ich möchte einen wunden Punkt ansprechen, der gerade die ehrenamtliche Tätigkeit betrifft, die wir sehr verbreitet in Heimen durchführen. Wir mußten diese Tätigkeit teilweise leider einstellen. Wir haben unter anderem nach Art der sogenannten grünen Damen, die in den Krankenhäusern tätig sind, ältere Menschen in Rollstühlen ausgefahren oder mit weniger Gehbehinderten Spaziergänge gemacht. Wir sind in keiner Weise abgesichert. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt bei diesen ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Auch wir sind schließlich ältere Menschen, und es kann passieren, daß ein älterer Mensch, wenn er einen anderen im Rollstuhl ausfährt, auch einmal stolpert. Wir haben mit den Heimleitern ganz konkrete Gespräche geführt. Kein Heim ist bereit, dafür eine Versicherung zu übernehmen. Ich glaube, wir können zwar sehr viel von ehrenamtlicher Tätigkeit sprechen, aber bevor diese Probleme nicht gelöst sind, befinden wir uns wohl leider Gottes auf einem nicht gangbaren Weg. — Danke schön.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns für die Information über diese Erfahrungen aus der Praxis.

Jetzt hat Frau Ley das Wort.

**Frau Marie-Theres Ley**: Herr Ministerpräsident Albrecht hat eben als ersten Punkt angesprochen, wie wir den Generationenkonflikt bewältigen können. Ich gehe davon aus, daß ein Konflikt ins Haus steht. Nach dem, was ich jetzt gerade gehört habe, wird dieser Konflikt vor allen Dingen aus finanziellen Fragen resultieren.

Nun wissen wir alle, daß wir Menschen in erster Linie durch das geprägt werden, was wir in unserer Kindheit empfangen. Heute ist es leider so, daß wir eine kinderfremde, wenn nicht gar kinderfeindliche Gesellschaft haben. Unsere Kinder empfinden die Mitglieder der älteren Generation — das Wort „älter“ beziehe ich dabei durchaus schon auf 30jährige, denn für ein sechsjähriges Grundschulkind ist die 30jährige Lehrerin schon eine „Ältere“ — als fremd und für sie feindlich. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren nun sicher viel für die Familien getan, vor allen Dingen in finanzieller Hinsicht. Herr Fink hat hier eben von einer großen Werbekampagne gesprochen, die er in Berlin für die Nachbarschaftshilfe gestartet hat. Ich frage mich, ob wir nicht in ähnlicher Form etwas dafür tun können, daß unsere Gesellschaft kinderfreundlicher wird. Ich glaube, eine gute Politik für Kinder ist die beste Möglichkeit, den Konflikt, der sich anbahnt, in Grenzen zu halten.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Sie laufen bei der Bundesregierung offene Türen ein. Denken Sie nur an die Aktion „Reden ist Silber, Helfen ist Gold“. Solche immateriellen Ansprachen erfolgen ja in vielfältiger Weise. Wir alle müssen sie weitertragen und multiplizieren.

Jetzt hat Herr Wienholz das Wort.

**Uwe Wienholz**: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Beitrag schließt sich, wie ich glaube, an die letzte Frage nahtlos an.

„Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“ hat zweifellos auch etwas mit Jugend zu tun. Das vergessen wir manchmal ein wenig. In der Jugend erfolgt schließlich gewissermaßen der Start für diese Fragestellung. Der Generationenvertrag wird mit Sicherheit nur einzuhalten sein, wenn wir die jungen Menschen von heute davon überzeugen können, daß sie nach dem Jahre 2000 bereit und in der Lage sein müssen, diesen Generationenvertrag mitzutragen. Das heißt, wir haben, bezogen auf die jungen Menschen von heute, ein sehr wichtiges Einwirkungsfeld.

Aus Zeitgründen möchte ich mich auf vier kurze Beispiele beschränken, wobei meine Grundthese ist, daß sich bis zum Jahre 2000 eine Anzahl von bisher als gesichert geltenden Erkenntnissen und bestimmte Handlungsweisen nicht mehr durchhalten lassen werden. Es wird nicht nur Trendänderungen, sondern auch Trendumkehrun-

gen geben. Die Beispiele haben für mich exemplarischen Charakter, und sie sind untereinander auch interdependent.

Erstens. Die sogenannte zielgruppenorientierte Arbeit, die wir immer noch propagieren, hilft den Betroffenen sicherlich in ihrem gemeinsamen Anliegen. Aber der Schulterschuß nach innen führt in der Regel zunehmend zu einer Isolierung nach außen. Die Segmentierung der Gesellschaft in die unterschiedlichsten Zielgruppen führt zunehmend zur Dialogunfähigkeit zwischen den Mitgliedern und Vertretern — gerade auch den Funktionären — unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien wird dies eindeutig verstärken, wenn wir nicht ganz gezielt zu einer Gegenstrategie antreten. Ich meine, der Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen und Schichten muß erneut angebahnt werden. Dabei ist insbesondere auf den intergenerativen Dialog Rücksicht zu nehmen. Frau Lehr, dies wird ein wichtiges Thema sein. Sie kennen aus anderen Zusammenhängen die Fragestellung Großeltern/Enkel. Diesbezüglich ist einiges zu tun. Wichtig für mich ist, daß die Modellvorhaben und Programme im sozialen Bereich, die wir ja weiter durchführen werden, nicht mehr so gestaltet werden, daß eine Ausgrenzung und Isolierung erfolgen kann. Sie müssen vielmehr so gestaltet werden, daß sie übergreifend sind und vor allen Dingen integrieren.

Zweitens. Vor etwa 40 Jahren haben wir in der Bundesrepublik großartige Instrumente zur Förderung junger Menschen geschaffen, nämlich den Bundesjugendplan und die Landesjugendpläne. Der Grundgedanke bei der Schaffung dieser Jugendförderungsinstrumente war, die Kraft, die in der Suche junger Menschen nach neuen Wegen steckt, auch finanziell zu fördern und damit insgesamt die Innovationsfähigkeit und die Innovationsbereitschaft zu unterstützen. Meine Damen und Herren, nach meinen Beobachtungen hat sich dieses hervorragende Innovationsinstrument zum Teil in sein Gegenteil verkehrt. Diejenigen, die seit langem finanziell daran partizipieren, benutzen ihre Beteiligungsmöglichkeiten weitgehend dazu, diejenigen, die neu vor der Tür stehen und anklopfen, abzuweisen. Sie machen geltend, daß sie die Mittel, die sie bisher erhalten, zur Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Arbeit und der Strukturen im Interesse junger Menschen benötigen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der sogenannten institutionellen Förderung. Selbst dann, wenn der Haushaltsansatz ein wenig erhöht wird, erhalten diesen Zuwachs in der Regel nicht die Newcomer, die draußen stehen und anklopfen, sondern der Zuwachs wird im Rahmen einer closed shop policy weitgehend unter den bisherigen Anteilseignern verteilt. Dieses gilt für die Gesamtstruktur. Ich darf einfach fragen: Warum gibt es eigentlich immer noch nicht die Förderung in den Bereichen „Jugend und Technik“ oder „Jugend und Ökologie“? Dieses gilt aber genauso für einzelne Förderungsbeiräte, z.B. die Jugendsozialarbeit, der ich vor wenigen Jahren sogar einige Jahre vorgesehnen habe.

Hinzu kommt — dies macht die Sache besonders problematisch —, daß die mühevoll gewonnenen neuen Ansätze wie z.B. das Consult-Projekt — ein Beratungsprojekt — oder die Jugendstiftungen, die es in zwei Bundesländern gibt, sofort diffamiert werden. Damit wird ihnen eigentlich die Möglichkeit genommen, zunächst einmal zu zeigen, daß neue Wege eingeschlagen werden.

Drittens. Wir arbeiten zur Zeit noch mit dem Kernsatz: Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit kann nicht über die Jugendhilfe gelöst werden. — Wenn wir uns die heutigen Entwicklungen im mittleren Neckarraum, im Münchener Großraum oder im Bodenseeraum anschauen und diese Entwicklungen mit unseren demographischen Kenntnissen hochrechnen, stellen wir fest, daß wir derartige Entwicklungen in

wenigen Jahren fast überall in der Bundesrepublik haben werden. Das heißt dann aber — ich sage dies bewußt so spitz —: Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit muß zukünftig weitgehend über die Jugendhilfe gelöst werden. Denn neben den so notwendigen fachlichen Qualifizierungen, die unbestritten sind, müssen die Persönlichkeitsbildung und die Persönlichkeitsstabilisierung stehen. Sie sind aber eben in der Regel nicht über die fachliche Qualifizierung, insbesondere nicht über das AFG usw. erreichbar, abgesehen davon, daß dies juristisch auch gar nicht zulässig wäre. Ich will ganz kurz einige Zahlen nennen. Wir haben zu registrieren, daß in einem Jahrgang junger Menschen 5 Prozent den behinderten jungen Menschen und etwa 10 Prozent den beeinträchtigten jungen Menschen zuzurechnen sind. Das sind 15 Prozent eines Jahrgangs. Jährlich brechen etwa 90 000 junge Menschen ihre Ausbildung ab. Sie sind überwiegend jenen erwähnten 15 Prozent eines Jahrgangs zuzurechnen. Angesichts dessen müssen wir Wege der personalen Begleitung junger Menschen suchen und finden, die es diesen jungen Menschen ermöglichen, in einer zur Zeit noch überlang ausgedehnten Jugendphase eine stabile Persönlichkeit zu gewinnen. Meines Erachtens ist dieses eine zentrale, vielleicht sogar die zentrale Aufgabe einer neu zu definierenden Jugendhilfe. Herr Hüssler, Sie haben dies soeben auch schon kurz angesprochen.

Und viertens: Der Verband, der Träger, dem ich angehöre, das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands, hat etwa 4000 Mitarbeiter und gilt damit in diesem Bereich schon fast als ein „Elefant“. Es gibt darüber hinaus noch einige „Dinosaurier“, vielleicht nicht in dem Sinne, wie wir es heute früh noch gehört haben.

Das, was zur Zeit im Bereich der Jugendarbeit beginnt, wird sich im Laufe der nächsten Jahre in allen anderen Bereichen altersgemäß durchsetzen. Die Träger haben sehr viele Einrichtungen zu unterhalten. Zum Teil gehören sie ihnen, zum Teil haben sie langfristige Pachtverträge. Sie haben insgesamt viele tausend Mitarbeiter, deren arbeitsrechtliche Belange voll gewahrt werden müssen.

Von 1 050 000 jungen Menschen eines Jahrgangs sinken wir jetzt auf 650 000 junge Menschen in einem Jahr ab. Im Bereich der Schulen, vor allem hinsichtlich der Frage der Lehrereinstellung, wird darüber ständig diskutiert. Was ist aber mit den Trägern der Jugendsozialarbeit, der Jugendbildungsarbeit? Zur Zeit wird ihnen wegen der geburtenstarken Jahrgänge noch gesagt: Ihr müßt das tun, ihr müßt expandieren. In ganz wenigen Jahren sind 400 000 junge Menschen weniger da — pro Jahr. Was heißt das für die Träger? Sie müssen also schrumpfen. Aber wie? Auch unter den Trägern in der Bundesrepublik Deutschland gilt das marktwirtschaftliche Prinzip. Das schreibt die Haushaltsordnung vor, das schreibt z. B. das AFG vor. Das heißt, der Billigstanbieter muß den Zuschlag bekommen. Wenn Sie sich den Markt — ich sage bewußt: den Markt — zur Zeit anschauen, dann werden Sie im Jugendbereich Billiganbieter finden, die schon unverantwortlich arbeiten. In diesem Bereich ist das auch bekannt.

Was gilt als Alternative? Hineingehen in den einzig expandierenden Bildungsmarkt der Zukunft, in die Weiterbildung? Dort stößt man auf die Volkshochschulen, die umgekehrt unterdessen längst in die Jugend- und Jugendsozialarbeit hineinwirken, auch staatlich subventioniert.

Und jetzt kommen noch — gestatten Sie, daß ich das so etwas ironisch sage — diese Selbsthilfegruppen, die fachlich in Frage stellen, die preislich oft unterbieten können und die den zur Verteilung anstehenden „Kuchen“ noch kleiner machen. Meine Damen und Herren, die Sorge der zur Zeit im Bereich der Jugendarbeit vorhandenen

Träger muß ernstgenommen werden. Der Schrumpfungsprozeß ist unausweichlich. Ich glaube aber, daß die öffentliche Hand im Rahmen eines wohlverstandenen Subsidiaritätsprinzips den freien Trägern bei dieser Schrumpfung gezielt Hilfe und Unterstützung geben muß. Meines Erachtens ist nur dann die Voraussetzung gegeben, daß die traditionellen Träger neuen Formen und neuen Trägerstrukturen bis hin zu den Selbsthilfegruppen wirklich wieder offen gegenüberstehen können. Zur Zeit wird es zum Teil als Bedrohung empfunden.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsonk**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Auch Sie haben sich sehr konzentriert. Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß diese Erfahrungen aus der Jugendarbeit hier nicht hätten fehlen dürfen. So wurde uns insbesondere auch der Zusammenhang zwischen Geburtendefizit und dem künftigen Probleberg dargestellt. Ich verstehe natürlich, daß Sie die Chance nutzen wollten, Ihre Sorgen vor der zuständigen Ministerin und diesem Auditorium vorzutragen. Noch einmal schönen Dank.

Jetzt die letzte Wortmeldung. Das Wort hat Herr Potthast.

**Karl Heinz Potthast**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Ich glaube nicht, daß ich hier etwas erzählen kann, was diese Verteilungskämpfe betrifft. Ich bin dankbar, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Selbsthilfegruppen lenken darf, auf Zehntausende von Menschen, die sich in solchen Gruppen geborgen fühlen, die dort eine Arbeit für andere tun, aber natürlich auch für sich selber, bei denen es aber unklar ist, ob ihre Geborgenheit in der Gesellschaft und im System der Verbände, der Parteien in der Zukunft nicht verbessert werden kann.

Die Stiftung DIE MITARBEIT hat seit 20 Jahren auf die Selbsthilfegruppen aufmerksam gemacht. Die Zahlen, die darüber im Augenblick gehandelt werden, liegen etwa zwischen 20 000 und 40 000 solcher Gruppen in der Bundesrepublik und in Berlin. In Berlin ist ja, von Herrn Fink vorgelegt, ein Modell entwickelt worden, wie man mit diesen Selbsthilfegruppen umgeht.

Meine Damen und Herren, die Frage ist: Wie wird das Schicksal dieser Gruppen in unserer Gesellschaft zukünftig sein? Die einen vermuten, daß wir uns in Richtung auf eine Selbsthilfegesellschaft entwickeln werden — ich bin diesen wissenschaftlichen Untersuchungen gegenüber skeptisch —, andere haben die Sorge, daß diese Selbsthilfegruppen zu einer Abschirmung und Selbstabkapselung neigen und daß dies dann ein politisch brisantes Problem für die Gesellschaft im ganzen wird.

Ich möchte zu dem Punkt nur sagen: Wir haben uns vielleicht noch nicht genügend klargemacht, daß, etwa verglichen mit der Weimarer Republik, mit diesen Selbsthilfegruppen ein politisches Potential vorhanden ist, das unsere Demokratie im ganzen qualifiziert. Auf diesem Hintergrund ist es um so unverständlicher, daß die Ortsebene, die hier auch schon mehrfach angesprochen worden ist, mit diesem Phänomen unserer gesellschaftlichen Entwicklung so wenig umgehen kann. Die örtliche Parteebene ist für die Mitglieder dieser Selbsthilfegruppen noch viel zu wenig gesprächsfähig. Unter dem Gesichtspunkt der Demokratie ist es ein Mangel, daß wir

uns diesen Gruppen so wenig offen zuwenden, um etwa, wie Herr Fink das in Berlin praktiziert hat, in diesem Bereich zu flexibleren und partnerschaftlicheren Mitteleinsätzen im ganzen zu kommen.

Das Zukunftsmanifest, meine Damen und Herren — ich mache jetzt einen Sprung in meinem Manuskript —, hat festgestellt, daß sich die hilfeschuchenden Menschen in solchen Gruppen geborgen fühlen könnten, etwa wie in den Arbeitsfeldern der hier schon erwähnten größeren Verbände. Wenn man dies aber nur als Entlastungscharakter helfender Dienste für den Sozialstaat ansieht, dann wird man diesen Gruppen in ihrem Selbstverständnis nicht ganz gerecht.

(Beifall)

Die Gruppen, meine Damen und Herren, verstehen sich natürlich auch als eine gewisse kreative Gegeninstanz. Ihre Innovationskräfte und ihre Eigenständigkeit sind ihnen sehr viel wert. Stiftungen wie DIE MITARBEIT können aber solchen Gruppen keine inhaltlichen Ziele vorgeben, sondern nur allgemeine Verfassungsziele zur Geltung bringen. Deswegen müssen sich Parteien, die Ziele werthalt bündeln können, diesen Gruppen zuwenden. Das ist meine Bitte. Ich denke, daß dies auch noch in den Kontext hineingehört, auch wenn es dabei nach meinem Eindruck vordergründig zunächst nicht um Geld, sondern um Akzeptanz, um Offenheit geht. Weniger angstbesetzte Reaktion, mehr Verblüffungsfestigkeit wünsche ich der Parteibasis an dieser Stelle.

(Beifall)

**Frau Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Pothast. Ich glaube, es war sehr wichtig, daß dieses Versatzstück im sozialen Netz mit seinen Problemen und seinen Chancen hier noch vorgetragen worden ist. Ich verweise darauf, daß das vollständige Manuskript, das hier sehr verkürzt vorgetragen worden ist, draußen ausliegt.

Ich danke Ihnen allen, daß Sie bis jetzt geblieben sind. Wir sind ja etwas über die vorgesehene Zeit hinausgegangen. Ich hatte zeitweise die Sorge, es geht hier wie bei der berühmten Haydn-Sinfonie: Einer nach dem anderen klappt das Notenpult zu, und am Ende bleibt die Bank hier oben übrig. Dafür, daß das nicht so war, herzlichen Dank.

Ich danke insbesondere denen, die hier durch ihre Referate und ihre Diskussionbeiträge mitgewirkt haben. Herrn Ministerpräsidenten Albrecht danke ich für seinen Aufriß der Thematik.

(Beifall)

Ich danke allen Experten insbesondere dafür, daß sie in der Lage waren, von ihrem Manuskript auf die Dinge zu abstrahieren, die im Zusammenhang besonders wesentlich waren. Das ist eine ganz große Leistung. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Den Diskussionsteilnehmern aus dem Plenum danke ich für ihre große Disziplin und ihre engagierten Beiträge.

Wir konnten hier heute morgen sicherlich keine Ergebnisse erwarten; das ist Ihnen allen klagewesen. Aber ich meine, das Problembewußtsein ist allgemein gewachsen, und zwar nicht nur in bezug auf Einzelprobleme, sondern auch in bezug auf die ganze Bandbreite der Themen, die auf uns zukommen.

Wir haben auch erkannt — zumindest die, die da politisch hellhörig sind —, daß es für all die großen Fragen, die zu lösen sind, durchaus Lösungen gibt, daß sich solche abzeichnen, die in der Gesellschaft konsensfähig sein können, die gleichzeitig aber auch unseren Vorstellungen von einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht entsprechen werden.

Ich möchte die Veranstaltung schließen und gebe jetzt sozusagen die Fackel an Frau Professor Süßmuth weiter, die sie dann für uns alle in das Plenum des Parteitages in der Form ihres Abschlußberichts einbringt. Wir sehen uns dann drüben wieder.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Tagung des Forums 3 ist beendet.

(Schluß: 13.21 Uhr)

## ANHANG IV

**Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann**  
**Bischof von Mainz**

Predigt beim Ökumenischen Gottesdienst  
im Dom zu Mainz am 7. Oktober 1986

Lesung: Gal 1, 6-12

Schwestern und Brüder im gemeinsamen Glauben!

*Wir wollen keinen Bibeltext für diesen Ökumenischen Gottesdienst an den Haaren herbeiziehen und gar noch direkt oder indirekt mit ihm Politik machen. Wir haben vielmehr eben einen Text aus dem 1. Kapitel des Galaterbriefes vernommen, der überall auf der Welt in diesen Tagen bei der gottesdienstlichen Bibellesung an der Reihe ist. Gott sagt uns allen in jedem Wort, was notwendig ist und uns am Ende gut tut.*

Der Galaterbrief ist ein Zeugnis des leidenschaftlichen Eintretens des heiligen Paulus für die Freiheit der Christen. Gegen alle Sitte des damaligen Briefeschreibens folgt der knappen Anschrift und dem Gruß (1,1-5) keine Danksagung, sondern Paulus beginnt sofort mit dem Hinweis auf die Lage in den Gemeinden. Pauli Sorge gilt nicht zweitrangigen Angelegenheiten, sondern es geht von Anfang an um die radikale Mitte und um das Ganze des Glaubens. Das Evangelium selbst steht auf dem Spiel. Evangelium ist die Kunde, die mit Gott zu tun hat beziehungsweise von Gott kommt. Im Galaterbrief spitzt sie sich zu auf die Botschaft von Jesus Christus, der uns allein der Macht der Sünde entreißen und aus der Verlorenheit retten kann. Grundlegender Inhalt des Evangeliums ist die durch den Tod besiegelte Lebenshingabe Jesu für alle und das endgültige Ja Gottes zu ihm und zur Welt in der Auferweckung von den Toten.

Paulus hat Gegner vor sich, die etwas grundlegend anderes wollen. Sie verkünden „ein anderes Evangelium“ (1,6f). Mit aller Schärfe weist er darauf hin, daß es jedoch angesichts der ein-für-allemal ergangenen Befreiungstat Jesu Christi kein weiteres, einen solchen Namen verdienendes „Evangelium“ gibt. „Doch es gibt kein anderes Evangelium.“ (1,7) Weil dies eine regelrechte Verdrehung der wahren Frohbotschaft ist und dem Menschen unnötige Lasten auferlegt, geht Paulus mit seinen Gegnern scharf und entschieden ins Gericht: Es sind Leute, die andere verwirren, verführen und in die Irre führen. Darum werden sie geradezu verflucht, denn sie nehmen den Menschen die neue Freiheit und das neue Leben. Der Christ steht immer vor einer solchen Grundentscheidung, ob er der Wahrheit des Evangeliums mit allen Herausforderungen treu bleibt oder sich ein plausibleres Programm wählt. Gerade Paulus zeigt uns in seinen Briefen, wie sehr er unermüdlich im Gespräch und in der Auseinandersetzung mit allen Fragen und Nöten des Menschen steht. Es gibt keine Situation, der er sich nicht stellt und aussetzt. „Freut euch mit den Fröhlichen und weint mit den Weinenden.“ (Röm 12,5) Immer wieder wird es darauf ankommen, im Anderen ein Stück Wahrheit, im Fremden das künftig Eigene zu erkennen. Paulus geht seinen Gesprächspartnern weit entgegen. Manchmal könnte man ihn fast mit seinen Gegnern verwechseln. Da er jeden Menschen gewinnen möchte, sucht er überall Anknüpfungspunkte und verborgene Brücken zum Gespräch. Immer wieder

kann man von ihm diese ungewöhnliche geistige Kraft der Vermittlung und der Versöhnung lernen.

Diese Fähigkeit ist jedoch etwas ganz anderes als ein willfähiges Sichanpassen. Dieser Vorwurf wird sogar Paulus selbst gemacht, und zwar mit massiven Worten: „Geht es mir denn um die Zustimmung der Menschen, oder geht es mir um Gott? Suche ich etwa Menschen zu gefallen?“ (1,10). Hier liegt eine bleibende Urverführung des Menschen, sich nach Belieben und Geschmack der Menschen zur richten, sich von dem, was die Gunst der Zeit bevorzugt und den Beifall der Mehrheit erhält, bestimmen zu lassen. Dabei ereignet sich immer ein Doppeltes: Grundsätze werden zur Disposition gestellt und zur Auswahl freigegeben; ist dies einmal geschehen, gibt man sich eher mit billigem Erfolg zufrieden. So können andere Heilslehren entstehen: das Evangelium der Hemmungslosigkeit, das Evangelium eines faulen Friedens, das Evangelium vom Vorrang bloß der eigenen Bedürfnisse. Ein solcher Wandel ist darum oft so verführerisch, weil alle Propheten eines „anderen Evangeliums“ schillernd als „Engel des Lichtes“ auftreten: sie bringen das Leichtere, Mühelosere . . . Wir können von Paulus lernen: Wenn es um das Evangelium und um das geht, was ihm ähnlich ist (sittliche Überzeugungen, Grundwerte), dann ist er unerbittlich und kompromißlos, während darüber hinaus ein großer Spielraum für die Gestaltung des Lebens existiert.

Der Apostel ist in dieser Überzeugungstreue entschieden. Aber er ist mit keinem Hauch Ideologie und in keiner Silbe Fanatiker. Es gibt für ihn auch nicht die zu allen Zeiten beliebte Schwarz-Weiß-Malerei mit ihrem schrecklichen Hang zu immer neuen Feindbildern. Er verteidigt im Eintreten für das Evangelium Jesu Christi nicht bloß sich selbst oder gar seine Interessen. Gott in Jesus Christus ist die einzige geltende Instanz. Darum kennt er auch kein Ansehen der Person. Ihm liegt daran, daß die Gemeinden von der Lauterkeit seiner Absichten überzeugt sind. Dies alles hat seinen Grund darin, daß sein Evangelium nicht von ihm selbst kommt.

„Wollte ich noch den Menschen gefallen, dann wäre ich kein Knecht Christi. Ich erkläre euch, Brüder: Das Evangelium, das ich verkündigt habe, stammt nicht von Menschen; ich habe es ja nicht von einem Menschen übernommen oder gelernt, sondern durch die Offenbarung Jesu Christi empfangen.“ (1,10b.11) Nur so kann er letztlich Wankelmütigkeit der Überzeugung und billigen Menschenfang ausschalten, weil er sich stets an seinem Auftrag messen läßt.

Die Nähe zu unserem alltäglichen Leben und zu den darin geltenden Maßstäben liegt auf der Hand. Der Politiker, der dem Wind der Zeit besonders ausgesetzt ist, spürt dies gewiß noch stärker. Er erfährt wohl auch die Versuchung mächtiger und bedrängender, nur den Menschen zu gefallen und sie zu überreden. Konsens für seine Überzeugung zu finden ist unerlässlich, Zugeständnisse an die gerade herrschenden Meinungen und Strömungen können lebensgefährlich werden. Zwischen beidem verläuft eine sehr schmale Gipfelinie, die oft zu Gratwanderungen zwingt. Relativ kurze Legislaturperioden von wenigen Jahren können — so unerlässlich sie für demokratische Mitverantwortung sind — dazu verführen, das im Augenblick Erreichbare und Eindrucksvolle überzubewerten gegenüber den mühsamen, langfristigen Zielsetzungen, die Überzeugungsarbeit, ja vielleicht Verzicht und gar Opfer verlangen. Aber nur auf diesem schwierigen Weg lassen sich die großen Probleme der sozialen Gerechtigkeit, der Arbeitslosigkeit, der Besserstellung der Frau, einer dauerhaften Friedensordnung der Nord-Süd-Spannung und der Bewahrung von Umwelt und Schöpfung überzeugend und nachhaltig einer Lösung näher bringen.

In allem geht es darum, Leben zu schützen und zu fördern. Dies gilt für alle soeben genannten Bereiche. Leben ist ein universales Gut, das man nicht nur diesem oder jenen zuerkennen darf. Die neue Sensibilität für alles gefährdete Leben kann vom Christen nur unterstützt werden, aber sie muß sich darin bewähren, daß sie uneingeschränkt und ungeteilt Leben fördert, auch und gerade beim ungeborenen Kind und in eigener Weise beim sterbenden Menschen. Wir müssen dabei an der Wurzel ansetzen, indem wir wieder die Gewissen schärfen für die Achtung vor jedem Leben und indem wir wieder die Gewissen schärfen für die Achtung vor jedem Leben und indem wir in jeder Not helfen. Es kann nicht um Strafe gehen, aber eine hohe und weitverbreitete Anmaßung und Mutwilligkeit im Blick auf die Lebensrechte anderer darf niemand hinnehmen. Auch der besondere Schutz von Ehe und Familie gehört in diesem Zusammenhang zu jenen bleibenden Aufgaben, denen sich niemand entziehen darf.

Diese wenigen Beispiele markieren große Felder künftiger Politiker, deren sorgsame Gestaltung einen langen Atem und eine tiefe Überzeugungstreue verlangt. Sie werden sich heute und morgen besonders damit beschäftigen. Die Worte des heiligen Paulus sind für alle, die sich auf den Geist Jesu Christi berufen, nicht nur hilfreiche Mahnung, sondern vor allem inspirierende Ermutigung, für ein Leben möglichst aller in Freiheit und Menschenwürde einzutreten. Dann dienen wir auch dem wahren Evangelium. Amen.

### **Kirchenpräsident Helmut Spengler**

Predigt beim Ökumenischen Gottesdienst  
im Dom zu Mainz am 7. Oktober 1986

Liebe Gemeinde,

„Und ich werde den Vater bitten, und er wird euch einen anderen Beistand geben, den Geist der Wahrheit.“

Dieser Satz der Schriftlesung ist der Lehrtext der Herrnhuter Losungen für heute. Jesus verheißt seinen Jüngern den Geist der Wahrheit als Beistand. Dies im Hohen Dom zu Mainz, vor einem Parteitag gesagt, ist gewiß ein Wagnis. Wir dürfen es aber eingehen, wenn wir bei unserer gemeinsamen Auffassung bleiben, daß Gottesdienste keine Gütesiegel für politische Veranstaltungen und ihr Programm sind. Sie wären es auch nicht für die feierliche Verabschiedung kirchlicher Stellungnahmen oder als Auftakt zu Demonstrationen. So einfach ist der Geist der Wahrheit nicht zu haben. Gottesdienste haben andere Dimensionen.

Die Übersetzung Luthers veranschaulicht das sehr gut. Sie nennt den Geist der Wahrheit den Tröster. Die Wahrheit Christi hat gewiß auch andere Eigenschaften — sie offenbart, sie lehrt, sie beunruhigt und bewegt, sie führt in Krisen und richtet, aber sie tut das alles nicht ohne Trost. Und eine Kirche ohne Trost wäre nicht Kirche des Geistes, wie richtig und treffend ihre Stellungnahmen auch sein mögen. Sie wäre eben eine trostlose Kirche.

Es mag befremdlich anmuten und stimmt doch: Wir sind hier versammelt, um Trost zu suchen und zu finden. Brauchen wir den Geist als tröstenden Beistand? Wollen wir ihn? Oder weisen wir ihm Reservate zu an den Grenzen des Lebens, auf der

Schwelle zur Ewigkeit, angesichts der wir nichts mehr machen können?

Das wäre verständlich, denn wenn wir in unseren Mandatsbereichen als Bürger, Politiker oder als Kirchenleitungen etwas machen müssen—denkend, redend, handelnd, gestaltend, so ist es in der Tat schwer, sich als hilfsbedürftig oder gar trostbedürftig zu bekennen. Denn das hieße eingestehen, nicht unbedingt im Besitz der Wahrheit sein, also an die Tragfähigkeit der eigenen Wahrheit Fragen zuzulassen.

Das ist alles andere als selbstverständlich: Wir gehören zu einer Welt, in der die Besitzer etwas gelten; auch die Besitzer von Wahrheit. Deshalb—so sagt unser Wort—kennt die Welt den Geist Christi nicht. Sie sieht uns deshalb besser lieber nicht auf Kirchenbänken, sondern da, wo wir Stärke und Zuversicht ausstrahlen sollen, wo wir im Programm festgelegt sind. Eindeutigkeiten werden eingefordert und erfreuen sich großer Beliebtheit.

Kann man anders Macht ausüben, anders sich um Gunst und Vertrauen bewerben als auf diesem „weltlichen Weg“? Geht das also zusammen: Macht und Trost? Stärke und Hilfsbedürftigkeit?

Als Christen müssen wir diese Spannung erkennen und wir sollten sie auch aushalten. Selbst am Beginn eines Wahlkampfes, in dem die Öffentlichkeit zwangsläufig etwas anderes zu hören bekommt als die Gesänge und Bitten eines Gottesdienstes. Es war Pilatus, der diese Spannung auf die Frage gebracht hat: „Was ist Wahrheit?“ Das hieß für ihn: Wer steht mir bei, da ich doch in meinen Entscheidungen ganz auf mich selbst gestellt bin, da ich Sachen nach eigenem Ermessen und in eigener Kompetenz entscheiden muß? Ich muß meine Wahrheit leben. Gibt es eine andere? Was ist Wahrheit?

Es ist gut, dem Pilatus des Johannes-Evangeliums als hilfreichen Typus für unsere politische Existenz anzunehmen — auch als Typus für Bescheidenheit. Denn er kann noch fragen. Er kann noch ratlos sein. Er ist letztlich des Beistandes und des Trostes bedürftig. So könnte er zu uns herüberfragen: Auf wieviele Fragen der Welt wißt ihr wirklich eine Antwort und welcher Antwort, die ihr gebt, seid ihr gewiß?

Wahlkämpfe brauchten uns weniger zu strapazieren, wenn wir über den Weg der Erde aus Bedrohung und Leid Genaueres ausmachen könnten. Der Bürger hätte es leichter, mit Werbung und Wahrheit zurechtzukommen. So hat er es aber immer schwerer, politische Wahrheit zu erkennen. Und junge Menschen sind nicht nur wehleidig, wenn sie behaupten, es fielen ihnen schwer, sich politisch zu beteiligen—und wir möchten doch, daß sie das tun und unser Gemeinwesen mittragen.

Sind wir eines tröstenden Beistandes bedürftig? So lautete die Frage. Und wenn wir das bejahen, dann wissen wir, daß der Geist Christi als Tröster durchaus nicht beschwichtigt, sondern uns vor dem Angesicht Gottes die Frage stellt, ob wir demütig sein können.

So unabdingbar der Politiker Wege aus Gefahren zeigen muß, so unabdingbar er also in einem gewissen Sinne politisch-pragmatische Wahrheit riskieren muß, so unausweichlich stellt ihn das Gebot Gottes und die Wirklichkeit der Menschen in die bohrende Pilatusfrage: Was ist Wahrheit? Habe ich recht? Haben andere recht? Hat Christus recht? Solche Fragen öffnen, sie machen demütig und unsere Demokratie ist auf Demut angewiesen, wenn sie sich selber gerecht werden will.

Ein demokratischer Parteitag gewinnt Glaubwürdigkeit, wenn er gegenüber möglichst vielen Mitgliedern diese Offenheit hat und sich auch darüber hinaus fragt, was bei Erkenntnissen anderer Gruppen wahr sein könnte. Der selbstgewisse Geist ist weder des Trostes bedürftig, noch vermag er andere zu trösten.

Was ist Wahrheit? Für Pilatus war mit dieser Frage kein Agnostizismus verbunden, denn er sieht Jesus vor sich stehen und seine Sinne und sein Denken machen sich an diesem einen fest.

Er muß es sagen: „Seht, welch ein Mensch.“ Und das heißt: Die Wahrheit ist kein Buch mit sieben Siegeln. Die Wahrheit wird nicht als politischer Besitz des römischen Prokurators verwaltet. Die Wahrheit ist dieser einsame, leidende, fragende, ganz und gar nicht fanatische, sondern liebende und duldsame Mensch. Er ist die eigentliche Herausforderung an die Politik.

Und er, Jesus, ist der tröstende Geist der Wahrheit. Ich weiß, die Pilatus-Szene spielt am Rande eines Todesurteils. Am Rande eines furchtbaren Irrtums. Und dennoch entbehrt sie nicht des Trostes, weil die Frage nach der Wahrheit nicht verhallt, sondern auf diesen einen Menschen weist. Mit seinem Geist gibt sich Jesus selber jeder Generation neu als eine Aufgabe, als eine Tür der Zukunft. Was ist daran tröstlich?

Wir müssen nicht auf unseren Besitz von theologischer, politischer Wahrheit oder persönlicher Wahrheit fixiert sein, sondern dürfen uns in der Nachfolge Jesus für die Menschen und von den Menschen herausfordern lassen. Von den Menschen und für die Menschen, so wie sie sind, mit ihrem Glück und Leid, mit ihren Fragen und ihren Behauptungen, mit ihrem Zorn und ihrer Versöhnungsbereitschaft, vor allem in ihrer Wandelbarkeit.

Ich arbeite — wie die meisten von Ihnen — in einer Institution. Die Frage, die mich am intensivsten begleitet und bedrängt, lautet: „Bist du noch bei den Menschen? Kennst du sie wirklich oder hast du dich etwa längst von ihnen entfernt — in hohe kirchliche Regionen?“ Abgehoben — wie man heute sagt.

„Seht, welch ein Mensch.“ Jesus, seine Schwestern und Brüder auf der ganzen Welt sind mehr als das Bild, das wir uns von ihnen machen. Daß wir sie in ihrer Lebendigkeit und Wandelbarkeit wahrnehmen, ihre Nähe suchen, mit ihnen das Leben teilen, das ist auf dem Weg Jesu zugleich Herausforderung und tröstlich. Der Geist Christi ist auf diesem Weg unserer Beistand.

## NAMENVERZEICHNIS

Albrecht 270  
Badeck 254  
Barth 252  
Biedenkopf 107  
Blüm 141  
Böhr 94, 156 ff., 200  
Brand 98  
Braun-Moser 256  
Breuel 208  
Bugl 111 ff., 116  
Carstens 136 ff.  
Dregger 52  
Dübel 158  
Echternach 92 ff.  
Ernst 100, 156, 289 f.  
Fink 286  
Franke 264  
Friedrich 102 ff.  
Fuchs 15  
Geil 226  
Geißler 113, 119, 120  
Gerster 17 ff.  
Geschka 95 ff.  
Gölter 216  
Griesinger 284  
Haarmeyer 260  
Hassemer 223  
Heinzel 255  
Hellwig 63 ff.  
von Heusinger 296  
Hoffacker 298  
van Hooven 103, 249  
Hüssler 296  
Jacoby 95  
Jung 243  
Kiep 86  
Klages 220  
Knappe 276  
Kohl 7, 22, 159  
Kropp 112  
Kügelgen 283  
Laurien 230 ff.  
Lehmann 307  
Lehr 292  
Leister 213  
Ley 300  
Lorenz 60  
Luster 60

Maier-Leibnitz 204  
von Maydell 290  
Mock 47  
Müller, A. 245  
Müller, P. 102  
Neumann 87  
Olderog 155  
Perschau 88  
Pestel 224  
Pieroth 243  
Pöttering 92  
Potthast 303  
Preusch 257  
Pützhofen 106 ff.  
Quartier 279  
Riesenhuber 194  
Roitzsch 151 ff.  
Rühe 111  
Rüthers 261  
Sandherr 288  
Scharrenbroich 241  
Schelsky 218  
Schinzel 299  
Schmidtchen 247  
Schwarz-Schilling 206  
Späth 231, 266  
Spautz 49  
Spengler 309  
Staudt 210  
Stoltenberg 136  
Strauß 65  
Süßmuth 151, 286  
Terlinden 87  
Thoben 242  
Verhülsdonk 157, 269 ff.  
Vogel 11, 18, 45, 115 ff., 158  
Waffenschmidt 47 ff.  
Wallmann 193 ff.  
Wienholz 300  
Wilms 202